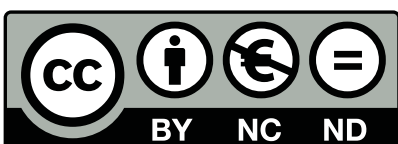


Der Deutsche Bundestag 1949 bis 1989 in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR

Gutachten für den Deutschen Bundestag gemäß § 37 (3) des Stasi-Unterlagen-Gesetzes



Ein Gesamtverzeichnis und weitere lieferbare Publikationen erhalten Sie beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abteilung Bildung und Forschung, 10106 Berlin

E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Tel.: 030 18 665-8803

Fax: 030 18 665-8809

Bestellungen und kostenlose Downloads vieler Publikationen auch unter: www.bstu.bund.de

Der Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe der Quelle sowie unter Beachtung der Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes gestattet. Dem Bundestag im März 2013 als Gutachten übergeben.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 5,00 €
Berlin 2013

ISBN 978-3-942130-94-3

Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN kostenlos abrufbar:
[urn:nbn:de:0292-97839421309433](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421309433)

Inhaltsübersicht

Ausführliches Inhaltsverzeichnis

A. Einführung und Zusammenfassung	9
1. Auftrag und Vorgeschichte.....	9
2. Struktur und Ergebnisse des Gutachtens.....	10
3. Ausblick.....	15
B. Theoretische Einordnung: Die ideologiegeleitete Perspektive des MfS auf die Bundestagsparteien im Spiegel der Dissertationen, Diplom- und Abschlussarbeiten an der MfS-Hochschule	17
1. Einführung.....	17
2. Die besondere Situation der SPD.....	20
3. Parteiströmungen in der SPD aus Sicht der HV A.....	24
4. Umsetzung geheimdienstlicher Analysen in konkrete Maßnahmen gegen SPD und CDU.....	25
5. Fazit.....	28
C. Der Deutsche Bundestag und seine Mitglieder im Spiegel der MfS-Überlieferung. Eine Archivbegehung	30
1. SIRA: Der Deutsche Bundestag, seine Mitglieder und Gremien in der elektronischen Datenbank der MfS-Auslandsspionage.....	30
2. „Rosenholz“: Bundestagsabgeordnete in der zentralen Kartei der MfS-Auslandsspionage.....	162
3. „Aktive Maßnahmen“: Einflussnahme und Desinformation.....	265
4. Telefonüberwachung.....	281
5. Bundestagsabgeordnete und ihre Einreisen in die DDR.....	299
6. Die Rolle von Entführungen in die DDR und Haft-Erfahrungen von Abgeordneten in der DDR.....	311
7. Der Deutsche Bundestag im Blickfeld anderer östlicher Geheimdienste.....	315
D. Anhang	319
Spionageberichte über den Deutschen Bundestag: Die Informationen der HV A für die Partei- und Staatsführung.....	319
Literaturverzeichnis.....	372
Abkürzungsverzeichnis.....	381
Personenverzeichnis.....	386

Ausführliches Inhaltsverzeichnis

A. Einführung und Zusammenfassung	9
1. Auftrag und Vorgeschichte.....	9
2. Struktur und Ergebnisse des Gutachtens.....	10
3. Ausblick.....	15
B. Theoretische Einordnung: Die ideologiegeleitete Perspektive des MfS auf die Bundestagsparteien im Spiegel der Dissertationen, Diplom- und Abschlussarbeiten an der MfS-Hochschule	17
1. Einführung.....	17
2. Die besondere Situation der SPD.....	20
3. Parteiströmungen in der SPD aus Sicht der HV A.....	24
4. Umsetzung geheimdienstlicher Analysen in konkrete Maßnahmen gegen SPD und CDU.....	25
5. Fazit.....	28
C. Der Deutsche Bundestag und seine Mitglieder im Spiegel der MfS-Überlieferung. Eine Archivbegehung	30
1. SIRA: Der Deutsche Bundestag, seine Mitglieder und Gremien in der elektronischen Datenbank der MfS-Auslandsspionage.....	30
1.1. Einleitung.....	30
1.2. Spionageinformationen aus dem und über den Deutschen Bundestag: Sachrecherche „Deutscher Bundestag“ in der SIRA-Teildatenbank 12 der HV A.....	32
1.2.1. Informationen und Einschätzungen über Abgeordnete und fraktionsinterne Strömungen.....	35
1.2.2. Bundestagswahlen.....	35
1.2.3. Auslands- und DDR-Reisen von Abgeordneten.....	37
1.2.4. Berichte und Dokumente aus Bundestagsausschüssen.....	39
1.2.4.1. Haushaltsausschuss.....	43
1.2.4.2. Verteidigungsausschuss.....	44
1.2.4.3. Auswärtiger Ausschuss.....	52
1.2.4.4. Sonder- und Untersuchungsausschüsse.....	65
„Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele“.....	65
U-Boot-Untersuchungsausschuss.....	67
Untersuchungsausschuss Flick-Spenden-Affäre.....	69
1.2.5. Informationen aus den Fraktionen.....	71
1.2.5.1. Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion.....	72
1.2.5.2. Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion.....	78
1.2.5.3. Arbeitskreis V der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.....	89
1.2.5.4. Arbeitskreis 4 der Bundestagsfraktion der Grünen.....	91
1.2.6. Andere Themen.....	95
1.2.7. Bewertung der Spionageinformationen durch die HV A.....	96
1.2.8. Die Informationsquellen der DDR-Auslandsspionage.....	99
1.2.8.1. Ständige Vertretung der DDR in Bonn und andere „legale Dächer“.....	100
1.2.8.2. Die West-IM: klassische Spionage.....	104

1.2.8.3. Funkaufklärung/Telefonüberwachung.....	105
1.2.8.4. Informationen von Geheimdiensten verbündeter Länder.....	106
1.2.9. Verwendung der Spionageinformationen durch die HV A.....	124
1.2.9.1. Informationen der HV A an die Partei- und Staatsführung.....	125
1.2.9.2. Aktive Maßnahmen/Desinformation.....	125
1.3. MfS-Informationsbeschaffung aus dem und über den Deutschen Bundestag:	
Personenrecherchen in der SIRA-Teildatenbank 12 der HV A.....	130
Fallbeispiel 1: Informationen über den Abgeordneten Manfred Wörner.....	131
Fallbeispiel 2: Informationen über die Abgeordnete Annemarie Renger.....	132
Fallbeispiel 3: Informationen über den Abgeordneten Jürgen Möllemann.....	133
Fallbeispiel 4: Informationen über die Abgeordnete Petra Kelly.....	134
2. „Rosenholz“: Bundestagsabgeordnete in der zentralen Kartei der MfS-	
Auslandsspionage.....	162
2.1. Zur Struktur der „Rosenholz“-Unterlagen.....	162
2.2. Bisherige Verwendung von „Rosenholz“-Unterlagen im Kontext „Deutscher	
Bundestag“.....	164
2.3. Statistische Angaben.....	165
2.4. Objekt- und Sicherungsvorgänge zu CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen.....	169
Exkurs: Objektvorgänge zur Bundestagsverwaltung und zur Sicherungsgruppe	
Bonn sowie Baupläne des Abgeordnetenhochhauses.....	172
2.5. Die KPD im Deutschen Bundestag.....	174
2.6. IMA- und OPK-Registrierungen: Die Bandbreite möglicher Interpretationen.....	176
2.6.1. Einführung.....	176
2.6.2. IM im Umfeld von Bundestagsabgeordneten.....	179
2.6.2.1. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen von DDR-Bürgern mit erfasst	
wurden.....	180
2.6.2.2. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen bundesdeutscher Journalisten	
oder Publizisten mit erfasst wurden.....	187
2.6.2.3. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen anderer Abgeordneter mit erfasst	
wurden.....	189
2.6.2.4. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen von Parteifreunden mit erfasst	
wurden.....	190
2.6.2.5. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen sonstiger Personen mit erfasst	
wurden.....	191
2.6.3. Pläne oder Versuche des MfS, Bundestagsabgeordnete anzuwerben.....	192
2.6.4. Zwischenbetrachtung.....	203
2.6.5. Sondervorgänge über prominente Abgeordnete.....	203
2.6.6. Frühe DDR-Kontakte von FDP- und CSU-Politikern.....	212

2.6.7. IMA-Vorgänge zu Abgeordneten. Beschreibung einiger Einzelfälle	216
2.6.7.1. IMA-Vorgänge, die nur aus einem Aktenband bestanden	216
2.6.7.2. IMA-Vorgänge, die aus mindestens zwei Aktenbänden bestanden	218
2.6.8. Karteikarten – sonst nichts? Deutung problematischer Karteikarten- Erfassungen	225
2.6.8.1. SPD-Abgeordnete	226
2.6.8.2. Leo Wagner (CSU) und das Misstrauensvotum 1972	232
2.6.8.3. Zwischenbetrachtung	234
2.6.9. Abgeordnete als inoffizielle Mitarbeiter	235
2.7. Fazit	247
2.8. Fallstudie: Der HVA-Überläufer Max Heim und die Spionage gegen die CDU/CSU bis 1959	249
2.8.1. Einführung	249
2.8.2. Die DDR-CDU als Instrument der HVA-Spionage: Bundestagsabgeordnete in der IM-Akte Jost Biedermann	250
2.8.3. Von Max Heim angelegte „Rosenholz“-Karteikarten zu Abgeordneten	257
2.8.4. Spionage gegen die CDU: Die Überlieferung im Objektvorgang „Gegenschlag“	260
2.8.5. Schlussbetrachtung	263
3. „Aktive Maßnahmen“: Einflussnahme und Desinformation	265
3.1. Das manipulierte Misstrauensvotum 1972	265
3.2. Versuchte Einflussnahme auf verschiedenen Wegen	267
3.3. Öffentliche Kampagnen gegen Bundespolitiker	270
3.4. Fritz Erler – ein NS-Gegner im Visier des MfS	274
3.5. Subtile Formen der Einflussnahme	277
3.6. Transparenz als Mittel gegen geheime Einflussnahme	279
4. Telefonüberwachung	281
Dokument: Bundespolitische Themen, für die sich die MfS-Telefonüberwachung im Frühjahr 1989 interessierte	292
5. Bundestagsabgeordnete und ihre Einreisen in die DDR	299
5.1. Vor dem Mauerbau: Freies Geleit für Adenauer in Ostberlin	299
5.2. Nach dem Mauerbau: Einreisen und Einreiseverbote	300
5.3. Anwerbungsversuche	306
6. Die Rolle von Entführungen in die DDR und Haft-Erfahrungen von Abgeordneten in der DDR	311
7. Der Deutsche Bundestag im Blickfeld anderer östlicher Geheimdienste	315

D. Anhang	319
Spionageberichte über den Deutschen Bundestag: Die Informationen der HV A für die Partei- und Staatsführung.....	319
1. Einführung.....	319
2. Titelliste der Spionageberichte.....	326
Literaturverzeichnis.....	372
Abkürzungsverzeichnis.....	381
Personenverzeichnis.....	386

A. Einführung und Zusammenfassung

1. Auftrag und Vorgeschichte

Mit seinem Schreiben vom 28. Oktober 2010 beauftragte Bundestagspräsident Norbert Lammert die damalige Bundesbeauftragte für Stasi-Unterlagen Marianne Birthler damit, „eine gutachterliche Stellungnahme zu den in den Stasi-Unterlagen dokumentierten tatsächlich erfolgten oder versuchten Einflussnahmen des Staatssicherheitsdienstes der DDR auf Mitglieder des Deutschen Bundestages in der Zeit von 1949 bis 1989 zu erstellen“. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz räumt dem Bundestag mit Paragraph 37 Absatz 3 die Möglichkeit, bei der Bundesbeauftragten Gutachten anzufordern, ausdrücklich ein.

Während einer Besprechung am 14. Dezember 2010 verständigte sich die Bundesbeauftragte mit dem Bundestagspräsidenten und den parlamentarischen Geschäftsführern auf den inhaltlichen und zeitlichen Rahmen eines solchen Gutachtens. Es soll auf der Basis der überlieferten Stasi-Unterlagen die geheimdienstlichen Aktivitäten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegen den Deutschen Bundestag zwischen 1949/50 und 1989 systematisch untersuchen und auch MfS-Verstrickungen von Abgeordneten dokumentieren. Die Parlamentarier sprachen die Erwartung aus, das Gutachten möge im Laufe des Jahres 2012 vorgelegt werden. Angesichts des engen Zeitrahmens müsse es nicht alle Fragen erschöpfend behandeln. Es könne gegebenenfalls auch die Grundlage für eine weiterführende Untersuchung bilden.

In den vergangenen Jahren kursierte immer wieder das Gerücht, das MfS habe so viele Abgeordnete als „inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) geführt, sodass es in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten gewesen sei. Diese irriige Annahme fand auch Eingang in eine Bundestagsdrucksache: Mit ihrem Antrag vom 25. Juni 2008 forderte die FDP-Fraktion den Bundestag auf, die Bundesregierung zu einer umfassenden Aufarbeitung der MfS-Aktivitäten gegen Bundesministerien und nachgeordnete Behörden zu bewegen und die Bundestagsabgeordneten der Jahre 1949 bis 1990 auf eine IM-Tätigkeit hin überprüfen zu lassen. Zur Begründung führt der FDP-Antrag unter anderem an, die Bundesbeauftragte habe festgestellt, „dass über 49 Bundestagsabgeordnete der 6. Legislaturperiode von 1969 bis 1972 Informationen bei der BStU vorlagen. 43 Bundestagsabgeordnete waren als Inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes registriert worden.“¹ Tatsächlich sagte die Bundesbeauftragte eben das nicht. Einerseits ist die Zahl von 49 Abgeordneten viel zu niedrig angesetzt. In den MfS-Unterlagen findet man nämlich zu weitaus mehr Parlamentariern jener Legislaturperiode Informationen. Andererseits ist die Zahl von 43 Abgeordneten viel zu hoch gegriffen, da die Bundesbeauftragte bei weitaus weniger Abgeordneten der Jahre 1969 bis 1972 eine Registrierung als IM feststellte, wobei allenfalls fünf von ihnen bewusst für das MfS tätig gewesen seien.²

Die inhaltlichen und begrifflichen Missverständnisse, die in der zitierten Bundestagsdrucksache vom 25. Juni 2008 zum Ausdruck kommen, bilden einen inhaltlichen Ausgangspunkt des Gutachtens. Es räumt mit unhaltbaren Feststellungen und den daraus abgeleiteten Deutungen auf. Einen anderen Bezugspol bilden die bisherigen Erfahrungen des Bundestages mit einer freiwilligen Überprüfung seiner Mitglieder auf MfS-Verstrickungen, die nicht zur Erhellung historischer Abläufe beitragen.³

¹ Bundestagsdrucksache 16/9803.

² Frankfurter Rundschau v. 22.6.2006, S. 5: Birthler weist Vorwürfe zurück. „Bericht über Stasi-Kontakte von Bundestagsabgeordneten falsch“. Zum Problem solcher missverständlicher Zahlenangaben siehe Kapitel C. 2.3. und C. 2.6.1. dieses Gutachtens, S. 165 ff. und 178 f.

³ In allen Legislaturperioden seit 1990 ließen sich Bundestagsabgeordnete auf freiwilliger Basis auf eine mögliche MfS-Tätigkeit überprüfen. Von dieser Möglichkeit machten die Abgeordneten in den ver-

Das Gutachten stellt MfS-Unterlagen vor, die für die aufgegebene Fragestellung relevant sind, und erläutert sie ausgiebig und systematisch. Dazu gehört auch, Unsicherheiten und Unwägbarkeiten bei der Auswertung und Interpretation der MfS-Unterlagen offenzulegen, die von der lückenhaften Aktenüberlieferung und der MfS-internen Konspiration herrühren. Das verlangt Besonnenheit und eine differenzierte Betrachtungsweise.

Zur Dimension der vorgelegten Untersuchung mag an dieser Stelle der Hinweis genügen, dass zwischen 1949 und 1989 insgesamt 2 190 Abgeordnete dem Deutschen Bundestag angehörten und sie in dieser Zeit eine Vielzahl an Themen zu behandeln und Entscheidungen zu treffen hatten. Schon von daher erwies es sich als unumgänglich, bestimmte Schwerpunkte zu setzen.

2. Struktur und Ergebnisse des Gutachtens

Das Gutachten geht von der Archivüberlieferung des MfS in der Stasi-Unterlagen-Behörde aus. Die Kapitel des Gutachtens untersuchen, mit wenigen Ausnahmen, jeweils einen zusammenhängenden Teil des Archivbestandes, der zugleich einen thematischen Schwerpunkt bildet. Die jeweilige Archivüberlieferung wird insbesondere um Erkenntnisse aus der Fachliteratur und aus Spionagestrafverfahren ergänzt.

Zu Beginn (Teil B.) werden theoretische Grundlagen erörtert. Dies geschieht anhand von Diplom- und Doktorarbeiten, die MfS-Offiziere an der Stasi-Hochschule in Potsdam verfasst haben. Diese Schriften bieten einen Einblick in längerfristige Strategien und ideologische Denkmuster des DDR-Geheimdienstes. Einige Schriften beziehen sich auf die bundesdeutsche Politik und reflektieren sie aus MfS-Perspektive.

Folgt man diesen Arbeiten, erachtete das MfS den Stellenwert des Bundestages im Machtgefüge der Bundesrepublik als nachrangig. Das Zentrum der parlamentarischen Demokratie trat darin hinter Exekutive, Parteien und Interessensverbänden zurück und befand sich demzufolge nicht im Mittelpunkt der MfS-Spionage in der Bundesrepublik. Die ideologischen Denkmuster bedingten eine solche Wahrnehmungsausrichtung des MfS. Eine politische Gewaltenteilung kam hier nicht vor. Stattdessen vermutete man stets ein zentrales Machtzentrum hinter den Kulissen. Ebenso nahm das MfS die Gesamtheit der Parlamentarier nicht als eigenständige Größe wahr, sondern sah sie nur innerhalb ihrer jeweiligen Fraktionen, die es als Gremien der jeweiligen Partei betrachtete. Gleichwohl war das MfS pragmatisch genug, seine Agenten dort zu platzieren, wo es interessante Informationen zu finden hoffte. Tatsächlich kommt das vorliegende Gutachten zu dem Schluss, dass der Bundestag nicht das einzige herausragende Ziel der politischen Spionage des MfS war, sondern in einer Reihe mit anderen politischen Institutionen wie den Parteien und Ministerien stand.

Das MfS verfolgte bis in die siebziger Jahre gegenüber der SPD eine andere Strategie als gegenüber der CDU/CSU und der FDP. Der Blick auf die SPD folgte bis dahin noch den Denkmustern der KPD der Weimarer Republik. Man rechnete die SPD-Basis der Arbeiterbewegung zu und sah dort potenzielle Verbündete, während man die „rechten Parteiführer“ als politische Feinde einstufte. Diese Hassliebe gegenüber der SPD trug dazu bei, dass die SPD in besonderer Weise im

schiedenen Wahlperioden unterschiedlich Gebrauch: Anfang der neunziger Jahre ließen sich 49 Prozent überprüfen, dann sank der Wert auf bis zu 22 Prozent. In der aktuellen, 17. Wahlperiode beantragten hingegen drei Viertel aller Abgeordneten ihre Überprüfung. Der Immunitätsausschuss stellte seit 1990 bei acht Abgeordneten eine MfS-Tätigkeit fest. Diese wurden jedoch nicht im Rahmen freiwilliger Überprüfungen bekannt, sondern auf andere Weise, etwa im Zuge journalistischer oder zeitgeschichtlicher Recherchen, oder der Betreffende hatte sich bereits früher zu einer MfS-Tätigkeit bekannt. Alle betreffenden Abgeordneten gehörten der PDS/Linkspartei an und lebten bis 1990 in der DDR. Für das vorliegende Gutachten sind diese Überprüfungsergebnisse daher unerheblich. Siehe im Einzelnen die Bundestagsdrucksachen 12/4613, 12/6655, 13/2994, 13/4478, 13/10498, 13/10893, 13/11104, 14/1900, 14/3145, 14/3228, 14/6694, 15/2029, 15/3608, 15/4971, 16/3391, 16/3392, 17/6436 u. 17/6917. Siehe auch Feldkamp, Michael F.: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010. Baden-Baden 2011, S. 229–232.

Visier des MfS stand. Sie wurde heftiger bekämpft und zugleich stärker umworben als die anderen Parteien und ist daher in den Akten stärker präsent.

In einem zweiten Schritt (Kapitel C. 1.) untersucht das Gutachten die Informationsgewinnung. Es zeigt, welche Informationen das MfS aus dem und über den Deutschen Bundestag gewann und woher diese Informationen kamen. Als archivistische Grundlage dient hierbei die elektronische Datenbank der MfS-Auslandsspionageabteilung, der Hauptverwaltung A (HV A). Diese Datenbank trug bei der HV A die Bezeichnung SIRA-Datenbank (SIRA: System der Informationsrecherche der HV A). Die HV A erfasste darin nach bestimmten Kriterien die Informationen, die sie mithilfe ihrer geheimdienstlichen Möglichkeiten zwischen 1969 und 1989 beschaffte.

Die besondere Bedeutung der SIRA-Datenbank ergibt sich aus der Tatsache, dass die HV A ihr Archiv 1990 fast vollständig vernichtete. Der zentrale Aktenbestand für die Erforschung der MfS-Westspionage ist also nicht überliefert. Die 1998 rekonstruierte SIRA-Datenbank kompensiert die Aktenvernichtung zumindest teilweise.

Es ist inzwischen allgemein bekannt, dass das MfS über das politische Bonn gut Bescheid wusste. Es gehörte denn auch zu seinen hauptsächlichen Aufgaben, die politische Führung in der DDR mit aktuellen und hochwertigen Informationen zu versorgen. Das Gutachten stellt den geheimdienstlichen Informationsfluss vom Bonner Bundestag zur Ostberliner MfS-Zentrale überblicksartig dar. Es zeigt sodann anhand ausgesuchter Fallanalysen, wie präzise man mithilfe der SIRA-Datenbank, trotz der umfassenden Aktenvernichtung, die Spionage gegen einzelne Bundestagsgremien rekonstruieren kann. Es lässt sich beispielsweise feststellen, welches Sitzungsprotokoll aus welchem Ausschuss von welchem Informanten beschafft wurde und wann es bei der HV A in Ostberlin eintraf. Dies wird beispielhaft für den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss und den Auswärtigen Ausschuss analysiert, ferner für den „Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele“ (1969/72) und die Untersuchungsausschüsse zur U-Boot-Affäre (1986/90) und zur Flick-Spenden-Affäre (1983/86) sowie für diejenige Arbeitskreise der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, die sich mit der Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik beschäftigten.

Diese Herangehensweise rückt Gremien, Institutionen und Themen in den Mittelpunkt der Betrachtung und beantwortet zugleich die Frage, von wem die HV A ihre Berichte und Dokumente zu Belangen des Deutschen Bundestages erhielt. Sie kamen vor allem aus drei Richtungen: Von der Ständigen Vertretung (StäV) der DDR in Bonn, von inoffiziellen Mitarbeitern (IM) in der Bundesrepublik („West-IM“) und seit Ende der siebziger Jahre zunehmend auch aus der Telefonüberwachung (Funkaufklärung). Unter den West-IM findet man Bundestagsabgeordnete, Mitarbeiter der Abgeordneten und Menschen aus deren näheren und weiteren Umfeld sowie Menschen, die ohne ihr Wissen von HVA-Mitarbeitern zielgerichtet „abgeschöpft“ wurden.

Prinzipiell sind diese Informationskanäle bekannt. Lediglich die große Bedeutung der Ständigen Vertretung in Bonn für die Informationsbeschaffung der HV A wurde bisher nicht gesehen. Das vorliegende Gutachten gewichtet diese Informationskanäle und benennt die ergiebigeren Informationsquellen der siebziger und achtziger Jahre – die bewusst tätigen IM ebenso wie die unwissentlich abgeschöpften Personen – mit Namen und Funktionen.⁴ Hierbei fällt auf, dass fast alle diese Namen in der seit 1990 erschienenen Fachliteratur bereits genannt sind. Die zeitgeschichtliche Forschung ist auf diesem Gebiet schon weiter, als dies manchmal öffentlich wahrgenommen wird. Von daher betritt dieses Gutachten kein Neuland.

Aus der Analyse der SIRA-Datenbank ergeben sich einige Schlussfolgerungen: Die HVA-Spionage gegen den Deutschen Bundestag wurde nur zu einem geringen Teil von Bundestagsabgeordneten ausgeführt. Das Agentennetz, das aus dem und über den Deutschen Bundestag berichtete, setzte sich vor allem aus Referenten und Sekretärinnen zusammen, ferner Parteifreunden der Abgeordneten außerhalb des Parlaments sowie Journalisten. Sie werden im vorliegenden Gutachten oftmals auch namentlich benannt. Die HV A betrieb einen enormen Aufwand, um Agenten zu platzieren oder Informationen abzuschöpfen. In ihrer geheimdienstlichen Arbeit profitierte sie auch von Indiskretionen im Parlament und von nachlässigem Umgang mit ver-

⁴ Siehe insbes. Tabelle 15, Seiten 107–124, und die dort gegebenen weiterführenden Hinweise.

traulichen Unterlagen oder Informationen. Denn nur auf diese Weise gelangten journalistisch tätige West-IM sowie die MfS-Telefonüberwachung an gewisse Informationen. Dieses Problem, mithin eine Mitverantwortung einiger Abgeordneter, wird an mehreren Stellen in diesem Kapitel angesprochen. Die Rolle der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn erinnert schließlich an den Grenzbereich zwischen diplomatischer und nachrichtendienstlicher Informationsgewinnung.

Indem mithilfe der SIRA-Datenbank der Informationsfluss vom Bundestag zur HV A analysiert wird, geraten automatisch diejenigen Personen aus dem Umfeld der Abgeordneten in den Blick, die beispielsweise als Parteifreunde, Mitarbeiter oder Journalisten zugleich als Informanten für die HV A fungierten. Aus dieser Perspektive wird im vorliegenden Gutachten das Umfeld der Abgeordneten einbezogen. Eine umfassende Recherche in den MfS-Unterlagen nach allen Menschen aus dem Umfeld der 2 190 Abgeordneten hat hingegen nicht stattgefunden.

Im dritten Schritt (Kapitel C. 2.) fragt das Gutachten danach, welche Bundestagsabgeordneten als IM für die Hauptverwaltung A des MfS tätig waren. Für diese Fragestellung wertet das Gutachten insbesondere die sogenannten Rosenholz-Unterlagen aus. Sie bestehen im Wesentlichen aus Karteikarten und bildeten einen Teil der HVA-Registrierung. In der Öffentlichkeit ist gelegentlich der Eindruck entstanden, „Rosenholz“ enthalte ganze Personendossiers oder sei gar eine Agentenkartei, die sich leicht hin entziffern und auf personale und politische Zusammenhänge übertragen ließe. Beides ist falsch. Die Karteien enthalten rund 280 000 Personengrunddaten. Erfasst wurden Ost- und Westdeutsche, IM der HV A ebenso wie Menschen aus deren persönlichen oder beruflichen Umfeld oder andere Personen, für die sich die HV A aus welchen Gründen auch immer interessierte. Trotzdem: Sofern Abgeordnete als IM für die HV A tätig waren, finden sich hier die entscheidenden Hinweise. Denn die „Rosenholz“-Unterlagen widerspiegeln die Arbeitslogik der HV A und lassen, besonders in Verbindung mit zusätzlichen Informationen aus MfS-Akten oder der SIRA-Datenbank, einige Schlussfolgerungen zu. Im Rahmen dieses Gutachtens wurde für alle 2 190 Parlamentarier, die zwischen 1949 und 1989 Mitglied des Bundestages waren, geprüft, ob zu ihnen Daten in den „Rosenholz“-Unterlagen vorliegen. In 94 Prozent der Fälle liegen entweder keine Daten vor, oder sie belegen lediglich eine allgemein gehaltene Karteikartenerfassung bei der HV A. Das trifft selbst für viele prominente Bundestagsabgeordnete zu, die deshalb in diesem Kapitel folgerichtig nicht vorkommen. Die übrigen sechs Prozent der Fälle werden eingehender betrachtet und vorgestellt. An ihnen wird deutlich, dass die HVA-Registrierungen nicht beliebig oder grundlos erfolgten, dass es aber eine Vielzahl verschiedener Gründe gab, warum Abgeordnete im Zusammenhang mit einem IM-Aktenvorgang erscheinen. Häufig wurde ein Abgeordneter zu dem IM-Aktenvorgang eines Bekannten oder Parteifreundes hinzuregistriert, den die HV A auf den betreffenden Parlamentarier angesetzt hatte oder dies auch nur beabsichtigte zu tun. Der IM-Aktenvorgang mit dem Decknamen „Pfeiffer“, den die HV A 1959 zu Willy Brandt anlegte, war sogar das Gegenteil eines IM-Vorgangs. Es war der Codename einer geplanten Verleumdungskampagne der HV A gegen Willy Brandt. Das lässt sich trotz der weitgehenden Aktenvernichtung noch rekonstruieren.⁵ Es setzt aber die Bereitschaft voraus, jede Karteikartenerfassung sorgfältig zu betrachten, um allen Aspekten ihrer Aussagekraft beizukommen.

Auf der Grundlage der „Rosenholz“-Unterlagen sowie zusätzlicher Dokumente – MfS-Archivalien, Erkenntnisse aus Spionageprozessen, Selbstzeugnisse und andere – werden neun Bundestagsabgeordnete als bewusst tätige IM der HV A oder ihrer Vorläufer bezeichnet.⁶ In chronologischer Reihenfolge waren das die Abgeordneten Otto Graf (SPD), Karlfranz Schmidt-Wittmack (CDU), Anton Donhauser (CSU), Josef Braun (SPD), William Borm (FDP), Gerhard Flämig (SPD), Julius Steiner (CDU), Karl Wienand (SPD) und Dirk Schneider (Grüne). Folglich handelt es sich um eine parteiübergreifende Erscheinung. Mit Ausnahme von Otto Graf sind die genannten Abgeordneten bereits bekannt gewesen und in der Fachliteratur und den Medien schon erwähnt worden. Graf wiederum stellt ein Sonderfall dar: Er war zunächst an den KPD/SED-Nachrichtendienst („Parteiaufklärung“) angebunden und eine wenig ergiebige Informationsquel-

⁵ Siehe unten, S. 208 f.

⁶ Siehe unten, Kap. C. 2.6.9., S. 235–247.

le.⁷ Hinlänglich bekannt ist die Agententätigkeit des SPD-Abgeordneten Alfred Frenzel für den tschechoslowakischen Geheimdienst von 1956 bis 1960. Mit Walter Vesper, KPD-Abgeordneter von 1949 bis 1951/52, saß außerdem ein wichtiger Funktionär des KPD/SED-Nachrichtendienstes – eines faktischen Vorläufers der HV A – im Bundestag.

Die „Rosenholz“-Daten über weitere elf Abgeordnete werden im vorliegenden Gutachten als „problematisch“ eingestuft.⁸ Die Karteikarten deuten in diesen Fällen darauf hin, dass die HV A von den Betreffenden über einen längeren Zeitraum Informationen bekam. Doch es bleiben, in Ermangelung zusätzlicher Dokumente, mehr oder weniger erhebliche Zweifel, ob hier eine bewusste Zusammenarbeit mit dem DDR-Geheimdienst erfolgte. Grundsätzlich ist nicht auszuschließen, dass in dem einen oder anderen Fall noch weitere Archivunterlagen aufgefunden werden, die dann zur Klärung beitragen. Immerhin lagern in den Archiven des BStU noch über 90 Säcke mit zerrissenen Unterlagen der MfS-Auslandsspionage, die in den kommenden Jahren computergestützt rekonstruiert werden sollen.⁹

Indem die gegebene Überlieferungslage im Archiv dargestellt wird, legt das Gutachten den Leserinnen und Lesern auch offene Fragen vor und thematisiert fortbestehende Unsicherheiten im Umgang mit einzelnen „Rosenholz“-Daten. Die offenen Fragen und Unsicherheiten ergeben sich vor allem aus dem Umstand, dass die HV A ihr Archiv 1990 fast vollständig vernichtete. Die „Rosenholz“-Daten schließen diese elementare Überlieferungslücke nicht. Ihnen kommt heute, ähnlich wie den SIRA-Daten, dennoch große Bedeutung zu, weil sie trotz dürftiger Aktenlage immerhin gewisse Einblicke in das Agentennetz sowie in die Strukturen der HV A ermöglichen. Doch die archivische Betrachtung überlieferter Fragmente genügt oftmals nicht, um daraus weiterführende, gesicherte Tatsachenbehauptungen abzuleiten.

Das Gutachten enthält also keine abschließende statistische Angabe darüber, wie viele Abgeordnete zwischen 1949 und 1989 als IM für den DDR-Geheimdienst arbeiteten. Es steckt mit dem zuvor Dargelegten aber den Rahmen ab. Eine „Stasi-Fraktion“ hat es im Bundestag zu keinem Zeitpunkt gegeben. Gleichwohl arbeiteten zwischen 1949 und 1985 fast durchgängig ein oder mehrere Bundestagsabgeordnete als inoffizielle Mitarbeiter für die HV A oder ihre Vorläufer. Das bedeutet indes nicht zwangsläufig, dass sie sich von der HV A beliebig steuern ließen. Unabhängig von den konkreten Folgen ihrer geheimdienstlichen Anbindung handelte es sich in jedem Fall um einen Vertrauensbruch gegenüber Parlamentskolleginnen und -kollegen sowie gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

Die Analyse der „Rosenholz“-Daten und ergänzender MfS-Akten zeigt außerdem, dass das MfS im gesamten Zeitraum der deutschen Teilung große Anstrengungen unternahm, um nachrichtendienstliche Kontakte zu Bundestagsabgeordneten anzubahnen. Das Gutachten geht darauf ausführlich ein. Parlamentarier bildeten eine jener Personengruppen, unter denen das MfS gezielt Quellen (IM, Kontaktpersonen) zu rekrutieren versuchte. Die Methoden der versuchten oder erfolgten Kontaktaufnahme waren vielfältig und zugleich banal. Das MfS instrumentalisierte die Beziehungen zahlreicher Abgeordneter zu ihren Verwandten in der DDR, es benutzte alte politische Freundschaften oder Bekanntschaften aus der Arbeiterbewegung oder dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, es versuchte politische Gespräche in vertrauliche Informationskanäle umzufunktionieren, oder es bot materielle Vergünstigungen. Die allermeisten Kontaktabbahnungsversuche misslangen.

Als vierten Punkt (Kapitel C. 3.) geht das Gutachten der Frage nach, in welchem Umfang eine aktive Einflussnahme des MfS auf den Deutschen Bundestag feststellbar ist. Das vom MfS mani-

⁷ Siehe unten, S. 235 ff.

⁸ Siehe unten, Kap. C. 2.6.8., S. 225–235

⁹ Es handelt sich hierbei ausschließlich um Unterlagen der regionalen HVA-Niederlassungen in den MfS-Bezirksverwaltungen Magdeburg (43 Säcke), Gera (26 Säcke), Leipzig (22 Säcke) und Neubrandenburg (5 Säcke). Die HVA-Niederlassungen in den MfS-Bezirksverwaltungen firmierten dort als „Abteilung XV“. Bei der computergestützten Rekonstruktion wird ein digitales Abbild jeder einzelnen Seite erstellt, aber nicht das papierene Original wieder zusammengeklebt. Die Akte eines bundesdeutschen IM, der führende SPD-Politiker in Niedersachsen ausspionierte, wurde vor einiger Zeit von Hand zusammengefügt; siehe hierzu Anm. 396.

pulierte Misstrauensvotum 1972, mit dem Bundeskanzler Willy Brandt im Amt gehalten wurde, markiert die Dimension der Einflussmöglichkeiten des DDR-Geheimdienstes. Im Archiv des MfS ist bis heute aber nicht ein Dokument gefunden worden, das die Hintergründe der damaligen Ereignisse erhellt und das MfS als Drahtzieher ausweist. Das Wissen um den Stimmenkauf zweier Abgeordneter durch das MfS – faktisch in erster Linie ein Fall von Korruption – speist sich aus anderen Quellen, die im Einzelnen dargelegt werden. Generell ist die MfS-Archivüberlieferung hinsichtlich „aktiver Maßnahmen“ dürftig. Dennoch lassen sich Einflussversuche des MfS auf Bundestagswahlen, Maßnahmen gegen die Bundestagspräsenz in Berlin oder die Diskreditierung einzelner Politiker beschreiben. Dies ist auch in der Fachliteratur schon dargestellt worden. Die parlamentarische Arbeit wurde von solchen Maßnahmen, abgesehen von der Abstimmung 1972, nicht entscheidend beeinflusst. Ein erweiterter Forschungsansatz, der insbesondere die SED-Akten und die persönlichen Erinnerungen der Abgeordneten einbeziehen würde, könnte zu zusätzlichen Erkenntnissen führen.

Der Verdacht, das MfS habe womöglich mehrfach Abstimmungen im Bundestag beeinflusst, kann schon deshalb entkräftet werden, weil fast alle Abstimmungen im Bundestag offen stattfanden. Geheim werden der Bundestagspräsident, der Bundeskanzler und der Wehrbeauftragte gewählt, ferner wird über die Vertrauensfrage geheim abgestimmt. Das Gutachten erinnert in diesem Zusammenhang an ein Plädoyer des früheren SPD-Abgeordneten Norbert Gansel, der sich generell für ein transparentes Abstimmungsverfahren in den Parlamenten ausspricht. Hätte es 1972 eine offene Abstimmung gegeben, hätte das MfS nicht im Geheimen das Ergebnis beeinflussen können.

In einem fünften Punkt (Kapitel C. 4.) widmet sich das Gutachten einer speziellen Methode der geheimdienstlichen Informationsbeschaffung, der Telefonüberwachung. Etwa seit Mitte der siebziger Jahre war die MfS-Funkaufklärung in der Lage, den ambitionierten Informationsbedarf der politischen Führung in der DDR und verschiedener MfS-Abteilungen in großem Umfang zu bedienen. Dieser wird anhand einiger Beispiele dokumentiert. Im Archiv des MfS liegen aus den achtziger Jahren zu mindestens 271 Abgeordneten sogenannte Zielkontrollaufträge vor. Darin ist festgehalten, welche ihrer Telefon- oder Faxnummern unter welchen inhaltlichen Aspekten überwacht werden sollten. Das Gutachten beleuchtet zudem die technischen Möglichkeiten der MfS-Funküberwachung. Die Telefonüberwachung wurde im Wesentlichen von der MfS-Hauptabteilung III durchgeführt, deren Akten zu einem großen Teil im Archiv des BStU erhalten sind. Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts¹⁰ kann das Thema der Telefonüberwachung derzeit nur zurückhaltend behandelt werden.

Den sechsten Themenschwerpunkt (Kapitel C. 5.) bilden Reisen von Bundestagsabgeordneten in die DDR. Die Aktenüberlieferung der MfS-Hauptabteilung VI, die für die Grenzkontrollen und die Überwachung des Reiseverkehrs verantwortlich war, ist vergleichsweise gut. Die Thematik ist trotzdem noch zu wenig erforscht. Bundestagsabgeordnete reisten während aller vier Jahrzehnte der deutschen Teilung nach Ostberlin und in die DDR. In den fünfziger Jahren wäre sogar Konrad Adenauer nicht an einem privaten Besuch Ostberlins gehindert worden, und die MfS-Unterlagen legen die Schlussfolgerung nahe, dass sich Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier 1957 touristisch in Ostberlin aufhielt. In den siebziger und achtziger Jahren bearzwöhnte das MfS vor allem die Kontakte zwischen Bundestagsabgeordneten und DDR-Oppositionellen oder Kirchenmitgliedern. Immer wieder verhängte das MfS Einreisesperren gegen unliebsame Abgeordnete, musste sie aufgrund von Weisungen übergeordneter Stellen aber häufig auch wieder aussetzen. Andererseits gehörte es zur Strategie des MfS, mit Abgeordneten während ihrer DDR-Aufenthalte direkt oder indirekt Kontakt aufzunehmen.

Der siebte Aspekt (Kapitel C. 6.) führt in einem kurzen Kapitel die Biografien der Abgeordneten Kurt Müller (KPD), William Borm (FDP), Kurt Koblitz (SPD) und Herbert Helmrich (CDU) zusammen, die eine gemeinsame Erfahrung gemacht haben: Sie mussten eine Zeit ihres Lebens in DDR-Gefängnissen verbringen. Müller war während seines Bundestagsmandats in der DDR in-

¹⁰ Siehe hierzu S. 289 in Kapitel C. 4. dieses Gutachtens.

haftiert, Borm, Koblitz und Helmrich vor ihrer Parlamentszugehörigkeit. Das Gutachten skizziert ihre Lebensläufe und deutet an, wie sich diese Erfahrung auf ihre politische Arbeit auswirkte. Müller wandte sich von KPD und DDR ab, Borm arbeitete nach der Haft für das MfS, Koblitz und Helmrich behielten ihre Ablehnung des DDR-Systems bei und nahmen sich später in besonderer Weise der Opfer des SED-Systems an.

Unter dem achten Punkt (Kapitel C. 7.) kommt das Gutachten darauf zu sprechen, dass neben dem MfS auch andere sozialistische Geheimdienste in der Bundesrepublik spionierten. Zu zwei Abgeordneten liegen MfS-Unterlagen aus den sechziger Jahren vor, die auf die beabsichtigte Anwerbung durch den tschechoslowakischen und den rumänischen Geheimdienst hindeuten. Daneben tauschten die sozialistischen Geheimdienste Informationen über Abgeordnete und Bundestagsbelange aus. Die MfS-Überlieferung bildet die Aktivitäten der verbündeten Geheimdienste jedoch nur bruchstückhaft ab.

An neunter und letzter Stelle (Teil D.) steht eine Liste mit den Titeln von rund 800 Informationsberichten, mit denen die HV A die Partei- und Staatsführung in der DDR zwischen 1959 und 1989 über Bundestagsangelegenheiten informierte. Die HV A fertigte diese Berichte auf der Grundlage der Informationen an, die sie im Westen beschafft hatte. Man kann daran den Kenntnisstand und das Erkenntnisinteresse der HV A sowie ihrer Auftraggeber ablesen. Viele dieser Berichte sind im Archiv des BStU noch vorhanden. In welchem Umfang die Partei- und Staatsführung in der DDR von den Spionageinformationen Gebrauch machte, inwiefern die Spionage also politisches Handeln beeinflusste, ist jedoch noch kaum bekannt. Auf diesen Aspekt sollte sich die Forschung zukünftig stärker konzentrieren.

3. Ausblick

Das vorliegende Gutachten ist ein Behördenbericht, der sich auftragsgemäß darauf beschränkt, MfS-Unterlagen im Archiv des BStU systematisch vorzustellen und auszuwerten. Es trifft Aussagen zur MfS-Spionage gegen den Deutschen Bundestag und zur IM-Tätigkeit einzelner Abgeordneter. Somit beantwortet es einige bislang offene Fragen und trägt zur Klarheit auf diesem Gebiet bei. Darüber hinaus unterzieht es kapitelübergreifend die MfS-Überlieferung der Quellenkritik. Dabei erweist sich die MfS-Überlieferung grundsätzlich als zuverlässig. Das Gutachten leistet insofern einen Beitrag zur Erforschung des bundesdeutschen Parlamentarismus. Es gründet aber nicht auf dem Anspruch eines wissenschaftlichen Forschungsberichts einer Historikerkommission und hat demzufolge auch keine derartige Dimension.

An mehreren Stellen spricht das Gutachten die Probleme an, die sich aus der vorgegebenen Fokussierung allein auf die MfS-Unterlagen ergeben. Das Wirken der MfS-Westarbeit kann nur dann verlässlich eingeschätzt werden, wenn man es in seinem Handlungsumfeld betrachtet. Denn das innerdeutsche Beziehungsgeflecht war weitaus vielschichtiger, als sich das alleine aus der MfS-Überlieferung heraus ablesen lässt. Zu einem erweiterten Forschungsansatz würde es gehören, die Akten der SED heranzuziehen, die nicht nur Auftraggeberin des MfS war, sondern selbst aktiv Westarbeit betrieb. Aussagekräftig dürften auch die Unterlagen der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn sein. Mithilfe solcher Unterlagen ließen sich die Grenzen zwischen politischen Gesprächen und geheimdienstlichen Kontakten herausarbeiten. Von westlicher Seite würden die Bestände des Bundestagsarchivs und der politischen Parteien die Perspektive erweitern, etwa die Sitzungsprotokolle der Bundestagsausschüsse, der Fraktionen und Arbeitskreise oder die Vor- und Nachlässe der Abgeordneten. Des Weiteren könnten Unterlagen der Sicherheitsbehörden Auskunft darüber geben, in welchem Umfang die bundesdeutsche Spionageabwehr von MfS-Aktivitäten wusste. Wichtig wären auch Zeitzeugengespräche, zumal mit damaligen Mitgliedern des Bundestages. Nur ganz vereinzelt wurden im Rahmen dieses Gutachtens kurze Gespräche mit früheren Parlamentariern geführt, um bestimmte Sachfragen zu klären. Diese Gespräche waren in jedem Fall hilfreich. Den Gesprächspartnern sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Die Archivbestände des BStU können noch intensiver ausgewertet werden. Die vorliegend analysierten Teile der Archivüberlieferung bieten Möglichkeiten für weiterführende Recherchen. Das Gutachten liefert hierfür Anregungen und methodische Hinweise. Da das HVA-Archiv, abgesehen von einem kleinen Restbestand,¹¹ nicht mehr existiert, gibt es auch keine umfassenden Aktenbestände mehr über die HVA-Spionage gegen den Deutschen Bundestag und auch keine kompakten Dossiers über einzelne Abgeordnete. Doch einschlägige MfS-Dokumente finden sich in diversen thematischen Zusammenhängen in den unterschiedlichsten Teilbeständen im Archiv des BStU. Es ist im Rahmen des vorliegenden Gutachtens jedoch nicht möglich gewesen, den gesamten Archivbestand lückenlos durchzusehen. Und auch viele der durchgesehenen Unterlagen mit den verschiedensten Informationen über einzelne Abgeordnete können hier schon aus Zeit- und Platzgründen nicht erschöpfend vorgestellt werden. Vielmehr erschien es angemessen, wie oben dargelegt Schwerpunkte bei den wesentlichen Aktenüberlieferungen zu setzen und Einzelfälle nur exemplarisch zu beschreiben.

Als schwierig erwies es sich, die Bundestagsbelange von denen der Parteien und der Bundesregierung zu trennen. Viele Bundestagsabgeordnete übten gleichzeitig Funktionen in ihrer Partei und/oder in der Regierung aus. Ihre Eigenschaft als Parlamentarier trat dann meistens hinter die des Kabinettsmitglieds oder des Parteivorstands zurück. Das Gutachten bietet deshalb unter anderem auch Fallstudien zu Bundestagsausschüssen und Fraktions-Arbeitskreisen an. Denn dort fand eine spezifische Parlamentsarbeit statt, für die sich das MfS interessierte. Dagegen treten Abgeordnete, die vor allem in ihren Regierungsämtern Politik gestalteten, im vorliegenden Gutachten in den Hintergrund.

Künftige Forschungsprojekte zum Themenkreis MfS und Deutscher Bundestag sollten sich auf enger umrissene Zeitperioden und Politikfelder beschränken, um diese dann umfassender und tiefer gehend zu untersuchen. Insbesondere sollte dann die Wirkungsgeschichte mehr in den Vordergrund rücken. Diese lässt sich aber nur auf einer breiteren Materialgrundlage, wie sie weiter oben angesprochen wurde, erforschen.

Indem das Gutachten auf die vorgelegte Fragestellung antwortet, erbringt es zugleich eine Vorleistung für weiterführende Arbeiten.

¹¹ Über die Reste des HVA-Archivs informiert Sonntag, Elke (Bearb.): Teilbestand Hauptverwaltung Aufklärung. Aktenverzeichnis zu den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Hg. BStU, Abt. Archivbestände. Berlin 2008. Zusätzlich zu den darin verzeichneten Akten finden sich HVA-Dokumente in anderen Teilbeständen im Archiv des BStU. Zerrissene Unterlagen der regionalen HVA-Niederlassungen in einigen DDR-Bezirken wurden – und werden noch – rekonstruiert.

B. Theoretische Einordnung: Die ideologiegeleitete Perspektive des MfS auf die Bundestagsparteien im Spiegel der Dissertationen, Diplom- und Abschlussarbeiten an der MfS-Hochschule

1. Einführung

Zu den erhalten gebliebenen Unterlagen, die Einblicke in die Spionage des MfS gegen die bundesdeutsche Politik geben, gehören die Dissertationen und Diplomarbeiten, die an der MfS-eigenen Hochschule in Golm bei Potsdam entstanden.¹² In diesen Arbeiten behandelten MfS-Offiziere verschiedenste praktische Probleme und Aspekte ihres jeweiligen Arbeitsbereiches. Die meisten dieser Arbeiten genügen zwar nicht wissenschaftlichen Ansprüchen, sondern haben den Charakter von „Handbüchern für die ‚operative Praxis‘“¹³. Doch sie legen Denkweisen, Methoden und Ziele der MfS-Tätigkeit offen. Einige MfS-Dissertationen erörtern theoretische Konzeptionen.¹⁴

Viele MfS-Hochschularbeiten befassten sich mit bundesdeutschen Themen.¹⁵ Unter anderem behandelten sie einzelne Institutionen. Entweder ging es darum, wie man dort Agenten platzieren konnte, beispielsweise im Bundeskanzleramt.¹⁶ Oder es ging darum, eine Institution in ihrer Struktur und Arbeitsweise zu beschreiben, ihre Stellung im Machtgefüge der Bundesrepublik darzustellen, ihre Position gegenüber der DDR herauszuarbeiten und gegebenenfalls auch Vorschläge für eine Bekämpfung einer solchen Institution zu machen.¹⁷ Der Bundestag kam in solchen Arbeiten allenfalls in Nebensätzen vor. Eine eigenständige MfS-Forschungsarbeit über Rolle, Bedeutung und gegebenenfalls Unterwanderungsmöglichkeiten des Bundestages gibt es nicht.

Bemerkenswert ist an diesen Schriften das politische Weltbild, das auch in anderen MfS-Dokumenten zum Ausdruck kommt. Bis weit in die siebziger Jahre hinein erscheint die Bundesrepublik aus MfS-Perspektive als ein autoritär geführter Staat in nazistischer Tradition. Daran

¹² Nach außen hin nannte sich die MfS-Hochschule „Juristische Hochschule Potsdam“. Dort wurden bis 1989 insgesamt 174 Dissertationen und 4 537 Diplom- und Abschlussarbeiten eingereicht, die im Archiv des BStU größtenteils noch vorhanden sind. Die Dissertationen entstanden zwischen 1966 und 1989, die anderen Arbeiten zum Teil schon davor. Siehe hierzu Förster, Günter: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie. 2. Aufl., Berlin 1997, S. 3–7; Ders.: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS. Berlin 1998, S. 3.

¹³ So die Einschätzung von Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“, 1997, S. 51.

¹⁴ Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten, 1998, S. 22.

¹⁵ Nach Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“, 1997, S. 47, behandelten von den insgesamt 174 MfS-Dissertationen knapp 40 den „Themenkomplex ‚Westen – Bundesrepublik – Grenze – Imperialismus (bezogen auf die Bundesrepublik)‘“. Bei den sehr viel zahlreicheren Diplom- und Abschlussarbeiten liegt die Zahl höher. Eine Auswahl von rund 140 Diplom- und Abschlussarbeiten mit Bezug zur MfS-Westarbeit ist aufgelistet in: Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“. Berlin 1999, S. 569–583.

¹⁶ Genschow, Rudolf; Wendel, Otto: Die Entwicklung operativer Vorgänge zum systematischen Eindringen in die exekutive Führungszentrale des Bundeskanzlers in der BRD (Bundeskanzleramt). Potsdam 1974; BStU, MfS, JHS 21842.

¹⁷ Beispielsweise die Dissertation der HVA-Offiziere Knut Höhne und Reinhard Tafelski über „Die Rolle und Einflussnahme des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) ...“ von 1983, oder die von Helmut Eck über „Die Rolle der Unternehmerverbände im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik“ von 1967, oder die von vier Offizieren 1987 eingereichte Forschungsarbeit über „Die politisch-ideologische Diversion gegen die DDR“, die als Träger des ideologischen Kampfes gegen die DDR unter anderem das Kanzleramt, das Bundesinnenministerium, das Gesamtdeutsche Institut, die Parteien und ihre Stiftungen und die Massenmedien ausmacht. Vollständige bibliografische Nachweise in: Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“, S. 56, 97 u. 106.

änderte zunächst auch der Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel 1969 nichts.

So stellte eine 1972 angenommene B-Promotion fest, die Bundesregierung unter Brandt und Scheel forcire die „psychologische Kriegsführung“ und die „politisch-ideologische Diversion“; ein Ausdruck hierfür sei, dass das Bundeskanzleramt seit dem Regierungswechsel 1969 „in zunehmendem Maße zu einer Art neuen ‚Führerhauptquartier‘ entwickelt wird“.¹⁸

Solche Vergleiche finden sich auch in anderen Dokumenten. Markus Wolf persönlich und die von ihm geleitete HV A standen der Entspannungspolitik lange Zeit ebenso ablehnend gegenüber wie ihr Chef Erich Mielke. Sie pflegten ihr Schwarz-Weiß-Denken unbeirrt weiter.¹⁹ Der Leiter der SED-Parteiorganisation innerhalb der HV A, Otto Ledermann, erklärte beispielsweise auf einer Parteiversammlung im Mai 1971, die Entspannungspolitik sei nur eine besonders raffinierte Variante des Antikommunismus, und Willy Brandt setze mit seiner sozial-liberalen Koalition lediglich den „Nazikurs“ der Vorgängerregierungen fort.²⁰ Ebenso warnte Erich Mielke den sowjetischen Geheimdienst KGB eindringlich vor den Gefahren, die den sozialistischen Staaten von der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition drohten.²¹ Erst 1976 räumte der stellvertretende HVA-Chef Werner Großmann in einem Referat ein, die HV A habe die „politischen Veränderungen [...] nicht genügend erkannt [...] und zu langsam, zu unbeweglich [...] darauf reagiert“.²²

Die MfS-Perspektive auf die Regierung Brandt war keineswegs originell, sondern, wie so oft, allenfalls eine Zuspitzung der Sichtweise der SED-Führung. Der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, hatte am 9. Juni 1970 auf einer Tagung des Zentralkomitees unter anderem erklärt:

„Die Politik der Bonner Regierung erweckt den Eindruck, dass in ihr mit verteilten Rollen gespielt wird. Herr Brandt bemüht sich, auf dem Wege sogenannter ‚innerdeutscher Beziehungen‘ die DDR unter Kuratel der Bonner Regierung zu bekommen. Er hatte sich zu diesem Zweck den Minister für ‚innerdeutsche Fragen‘ nach Kassel [zum Treffen mit DDR-Ministerpräsident Willi Stoph am 21.5.1970] mitgebracht, der die fünf Grauen Pläne zur Organisation der Konterrevolution in der DDR mit sich herumschleppt. Kassel zeigte jedoch, dass es besser gewesen wäre, Herr Brandt hätte einen Minister zur Organisation des Kampfes gegen den Faschismus und Revanchismus in der Bundesrepublik in seiner Regierung. [...] Tatsache ist, dass die Regierung Brandt unter dem Druck der CDU erklärte, dass sie sich noch nicht von der revanchistischen Adenauer-Politik getrennt hat. Die Bonner Regierung beharrt

¹⁸ Eck, Helmut; Tregubenkow, Jurij Grigorjewitsch: Die psychologische Kriegsführung und politisch-ideologische Diversion des westdeutschen Imperialismus gegen das sozialistische Lager, insbesondere gegen die DDR. Die Anforderungen an die Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion durch die Dienstseinheiten des MfS im Zusammenwirken mit anderen Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen. Potsdam 1972; BStU, MfS, JHS 21808, Bd. 1, Bl. 98. Die B-Promotion entspricht faktisch einer Habilitationsschrift. Mit ihr erlangten, nach sowjetischem Modell, bereits promovierte Personen (A-Promotion) den Grad eines „Doktors der Wissenschaften“ (Dr. sc.). Tregubenkow war bereits Professor und Leiter eines Lehrstuhls an der Schule des KGB, Eck lehrte von 1953 bis 1984 an der JHS, ab 1984 an der Schule der HV A.

¹⁹ Grundsätzlich hierzu Suckut, Siegfried: Der DDR-Staatssicherheitsdienst und die Deutschlandpolitik der KPdSU 1969/70. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58(2010)3, S. 403–439; darin S. 414–417 zu den Aktivitäten Markus Wolfs gegen die Entspannungspolitik im Herbst 1970. Zusammenfassend hierzu vgl. Der Spiegel 64(2010)27, S. 34 f.: Grotteske Lage. Bislang unbeachtete Dokumente legen nahe, dass die Stasi die Ostpolitik Willy Brandts verhindern wollte. Der KGB brachte die Genossen schließlich auf Linie.

²⁰ Diskussionsbeitrag des 1. Sekretärs der SED-Parteiorganisation in der HV A, Otto Ledermann, auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED-Kreisleitung 18-01 am 22.5.1971; BStU, MfS, SED-KL 3448, Bl. 244–248, hier 245–248.

²¹ Suckut: Der DDR-Staatssicherheitsdienst und die Deutschlandpolitik der KPdSU 1969/70, 2010, S. 408.

²² Diskussionsbeitrag Werner Großmanns auf der Kreisdelegiertenkonferenz (KDK) der SED-Kreisleitung (KL) 18-01 (MfS) am 2./3.4.1976; BStU, MfS, SED-KL 3366, Bl. 56–61, hier 58.

unter dem Druck der CDU/CSU auf irrealen Zielsetzungen, die hinter einem Vorhang nationaler Demagogie versteckt werden.“²³

Im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie maßen die MfS-Hochschularbeiten der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik kaum Bedeutung bei. Die eigentlichen Machtzentren wurden anderswo verortet. Eine MfS-Dissertation über „Die Rolle der Unternehmerverbände im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik“ kam 1967 zu dem Ergebnis, dass das Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie „in vieler Hinsicht als die eigentliche Regierung Westdeutschlands“ anzusehen sei.²⁴ Auch die umfangreiche MfS-Dissertation über die SPD, die der HVA-Major Kurt Gailat zusammen mit seinem Kollegen von der MfS-Hochschule Peter Kühn 1969 vorlegte, ging selbstverständlich von der ideologischen Standardthese aus, wonach in der Bundesrepublik eine Diktatur des Monopolkapitals herrsche.²⁵

Der Deutsche Bundestag spielt in den MfS-Hochschularbeiten eine nachgeordnete Rolle. Vor dem skizzierten ideologischen Hintergrund überrascht das nicht. Der Parlamentarismus, der selbstverständlich auch Defizite aufweist, erscheint aus MfS-Perspektive als bloße Fassade, hinter der sich die eigentlichen Machtzentren verstecken. Als eigenständige Institution mit politischer Gestaltungsmacht wird der Bundestag nicht wahrgenommen. Die ideologischen Denkmuster schränkten das Wahrnehmungsvermögen des MfS ein, das für eine politische Gewaltenteilung kein Verständnis hatte.

Die MfS-Schriften folgten grundsätzlich den politischen Sichtweisen der SED, so wie das MfS auch die politische Führungsrolle der Partei immer akzeptierte und sich insofern als „Schild und Schwert der Partei“ verstand.²⁶ Für die sechziger und frühen siebziger Jahre bescheinigt Siegfried Suckut dem MfS aber auch ideologische Beharrungskräfte. Nur mit Verzögerung habe man Veränderungen der ideologischen Vorgaben der SED, etwa nach dem Mauerbau oder zu Beginn der Entspannungspolitik, übernommen.²⁷

²³ Walter Ulbricht: Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Schlusswort auf der 13. Tagung des ZK der SED am 9. und 10. Juni 1970. Auszugsweise ediert in: Weber, Hermann (Hg.): DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985. 3. Aufl., München 1987, S. 310 f. Die gesamte Ulbricht-Rede wurde veröffentlicht im Neuen Deutschland, 16.6.1970, S. 3–5, Zitat S. 3.

²⁴ Eck, Helmut: Zur Rolle der Unternehmerverbände im Kampf gegen die Deutsche Demokratische Republik. Potsdam 1967; BStU, MfS, JHS 21778, Bl. 57, 61 u. 235; Eck stützt sich bei dieser Aussage auf ein 1966 vom Ostberliner „Deutschen Wirtschaftsinstitut“ herausgegebenen Band „Die Macht der Hundert“. Er begründet seine These mit dem seiner Ansicht nach „enormen“ Einfluss der Interessensverbände auf die Politik und insbesondere auf das Parlament; ebenda, Bl. 54. Er sieht eine von den Unternehmerverbänden betriebene Deutschland- und Ostpolitik; ebenda, Bl. 30, 32, 203, 213, 215 f., 218 u. 221.

²⁵ Gailat, Kurt; Kühn, Peter: Der Kampf um die Durchsetzung demokratischer Entwicklungsprozesse in Westdeutschland sowie die politisch-operativen Aufgaben zur Förderung und Formierung fortschrittlicher sozialer Kräfte und politischer Plattformen. Diss. JHS, Potsdam 1969; BStU, MfS, JHS 21792, hier Bl. 14. Kühn war damals Major an der JHS und leitete dort seit 1977 die zentrale Traditionsstätte des MfS. Gailat, damals Major der HVA, leitete von 1968 bis 1978 das SPD-Referat der HVA (HVA-Abteilung II/4), nachdem er in diesem Referat bereits seit 1955 als Sachbearbeiter einschlägige Erfahrungen sammeln konnte. 1978 wurde er stellvertretender Leiter in der Abteilung II der HVA (Spionage gegen bundesdeutsche Parteien und Organisationen wie Kirchen, Gewerkschaften, Landsmannschaften), von 1983 bis 1989 leitete er diese Abteilung. Vgl. zu diesen beiden Berufslaufbahnen auch die entsprechenden Kaderkarteikarten in: BStU, MfS, HA KuSch/AKG-KA HM.

²⁶ Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990. München 2011, S. 96.

²⁷ Suckut: Der DDR-Staatssicherheitsdienst und die Deutschlandpolitik der KPdSU, 2010, S. 414–417; Ders.: Generalkontrollbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan? Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren. In: Ders. und Süß, Walter (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997, S. 151–167, hier 154–158.

2. Die besondere Situation der SPD

Der Bundestag gerät in den MfS-Hochschulschriften nur im Zusammenhang mit den politischen Parteien in den Blick des MfS. So beschrieben und analysierten einige MfS-Hochschularbeiten die politischen Parteien der Bundesrepublik, stellten die verschiedenen Strömungen und Flügel dar und interessierten sich in besonderem Maße für deren Positionen in der Deutschland- und Ostpolitik. Damit verbunden war, mitunter nur indirekt, die Frage, an welchen Stellen das MfS aktiv ansetzen könne, um bestimmte politische Positionen zu unterstützen oder zu schwächen. Die Bundestagsfraktionen wurden hierbei als Gliederungen der jeweiligen Partei angesehen.²⁸ Insofern erschien das Parlament als Anhängsel der Parteien, dem sich das MfS gedanklich auf dem Umweg über die Parteien näherte.

Nachfolgend wird die schon erwähnte MfS-Dissertation aus dem Jahre 1969 von Kurt Gailat und Peter Kühn über die SPD näher untersucht. Der Titel der Arbeit verschleierte den Bezug zur SPD. Er lautete: „Der Kampf um die Durchsetzung demokratischer Entwicklungsprozesse in Westdeutschland sowie die politisch-operativen Aufgaben zur Förderung und Formierung fortschrittlicher sozialer Kräfte und politischer Plattformen“.²⁹ Ebenso wenig deutete der Titel darauf hin, dass in dieser Arbeit die politischen Positionen von rund 30 SPD-Bundestagsabgeordneten aus MfS-Perspektive charakterisiert wurden (darunter auch einige, die zum damaligen Zeitpunkt schon aus dem Bundestag ausgeschieden waren oder ihm erst später angehören sollten). Darauf wird noch einzugehen sein.

Vorab wird anhand dieser MfS-Dissertation gezeigt, wie man innerhalb des MfS die SPD grundsätzlich einschätzte. Von den beiden Autoren kann der eine als Praktiker, der andere als Ideologe angesehen werden: Kurt Gailat kam aus der geheimdienstlichen Praxis, begann 1955 als Sachbearbeiter im SPD-Referat der HV A bzw. ihrer Vorläufer und wurde am 1.9.1968 Leiter dieses Referats. Dagegen unterrichtete sein Mit-Autor Peter Kühn seit 1952 fast ununterbrochen als Dozent an der MfS-Hochschule in Potsdam.³⁰

Die MfS-Autoren Gailat und Kühn gingen von drei großen Strömungen innerhalb der SPD aus. Auf der einen Seite standen die sogenannten rechten, proimperialistischen SPD-Führer, auf der anderen Seite die sogenannten fortschrittlichen, potenziell antiimperialistischen, linkssozialdemokratischen Kräfte, und dazwischen die „traditionell reformistischen Kräfte“.³¹ Das Ziel der geheimdienstlichen Arbeit gegen die SPD bestand für Gailat/Kühn darin, die „fortschrittlichen“ Kräfte in der SPD zu fördern, den „Revisionismus und Antikommunismus abzubauen und die Zusammenarbeit aller progressiven Kräfte, einschließlich der Kommunisten, zu stärken“.³² Die „unter sozialdemokratischem Einfluss stehenden Teile der westdeutschen Arbeiterklasse“ sollten an den „Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus“ herangeführt werden.³³

Schon in diesen wenigen Zitaten wird die ambivalente Haltung des MfS gegenüber der Sozialdemokratie erkennbar. Während die SPD-Führung als Teil des kapitalistischen Systems gesehen wurde, galten andere Teile der Partei als potenzielle Bündnispartner im Kampf gegen die beste-

²⁸ Siehe hierzu die nachfolgenden Ausführungen zu den MfS-Hochschulschriften von Gailat/Kühn und Einicke/Mühlbauer. Diese beiden sind die einzigen MfS-Dissertationen, in denen Bundestagsparteien analysiert werden. Eine weitere MfS-Dissertation befasste sich mit einer aktiven Maßnahme gegen die CDU, siehe S. 26. Hinzu kommen mehrere MfS-Diplomarbeiten, von denen sich eine mit der CDU (siehe S. 22), vier mit der SPD und drei mit den Grünen bzw. der Alternativen Liste befassten. Die FDP als Partei war nicht Gegenstand der MfS-Hochschulschriften. Vgl. Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten, 1998, S. 74, 129, 246, 332, 376, 452 u. 488.

²⁹ Siehe Anm. 25.

³⁰ Ebenda.

³¹ Gailat; Kühn (wie Anm. 25), Bl. 9, 14, 54, 58 u. a.

³² Ebenda, Bl. 9.

³³ Ebenda.

hende politische Ordnung in der Bundesrepublik. Die beiden Autoren übernahmen in ihrer Arbeit ausdrücklich die „Strategie und Taktik“ der SED gegenüber der SPD.³⁴

Der Berliner Politikwissenschaftler Jochen Staadt hat bereits in der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ eine Expertise vorgelegt, in der er die „Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau“ – so der Titel seiner Expertise – untersuchte.³⁵ Darin zeigt er die Strategie der SED-Führung gegenüber der SPD auf. Die SED, so Staadt, folgte

„dem schon in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts von der Kommunistischen Internationale entwickelten und von der KPD in der Weimarer Zeit praktizierten Konzept einer ‚Einheitsfront von unten‘ [...]. Die Partei- und Gewerkschaftsbasis sollte gegen ihre Führungen ausgespielt und unter den Einfluss kommunistischer Kader gebracht werden.“³⁶

Seit den siebziger Jahren, so Staadt, habe die SED dann nicht mehr zwischen Basis und Führung differenziert, sondern die Zusammenarbeit mit „realistischen“ Kräften in der SPD gesucht und versucht, nicht genehme Positionen in der SPD zu isolieren.³⁷

Zwei Aspekte stechen hervor:

Erstens folgte die Einflussnahme des MfS auf bundesdeutsche Parteien den Vorgaben und Konzeptionen der SED. Die Westarbeit des MfS bildete nur eine von mehreren Komponenten der SED-Westarbeit. Ein breiter angelegtes Forschungsprojekt zu diesem Themenkreis sollte diesen Aspekt angemessen berücksichtigen und die Perspektive nicht auf das Handeln des MfS verengen. Das vorliegende Gutachten kann das nicht leisten, sondern nur darauf hinweisen.³⁸

³⁴ So trägt das einführende Kapitel 1 dieser MfS-Dissertation den Titel „Die Strategie und Taktik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gegenüber der westdeutschen Sozialdemokratie – Grundlage für das politische und politisch-operative Einwirken zur Formierung der fortschrittlichen Kräfte der sozialdemokratischen Partei“; ebenda, Bl. 2 u. 11. Das verzerrende Wahrnehmungsraster, wonach eine „reaktionäre“, „proimperialistische“ SPD-Führung, bestehend aus „Erfüllungsgehilfen“ des „Monopolkapitals“, die Interessen einer „fortschrittlichen“ Mitgliederbasis verrate, gehörte zu dieser Zeit noch zum Standardrepertoire der SED. Exemplarisch sei hier nur an die SED-interne Rezeption des Nürnberger SPD-Parteitag vom März 1968 erinnert. Sowohl die Berichterstattung im Neuen Deutschland über diesen Parteitag als auch eine interne „Information über den sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg vom 17. bis 21.3.1968“ des Sekretariats des ZK der SED deuteten die innere Entwicklung der SPD ausschließlich nach diesem Raster; siehe hierzu Neues Deutschland, 17.3.1968, S. 2, 18.3.1968, S. 1 f., 19.3.1968, S. 1, 7, 19.3.1968, S. 1, 7, 20.3.1968, S. 1, 7, 21.3.1968, S. 1, 7, 22.3.1968, S. 7. Die angesprochene Information des Sekretariats des ZK findet sich in BStU, MfS, SED-KL 864, Bl. 338-364. Empfänger der Information waren die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die Abteilungsleiter des ZK, die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, die für die Westabteilung verantwortlichen Funktionäre der Bezirksleitungen und die Mitglieder der Westkommission beim Politbüro.

³⁵ Staadt, Jochen: Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Hg. v. Deutschen Bundestag. Bd. V/3, Frankfurt/M. 1995, S. 2406–2600.

³⁶ Staadt: Versuche der Einflussnahme, 1995, S. 2414.

³⁷ Ebenda, S. 2415.

³⁸ Eine Studie, die die verschiedenen Ebenen der SED-Westarbeit gemeinsam betrachtet, ist die Arbeit von Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961: „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1999. Ebenso: Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei ‚Die Grünen‘. Münster 2003. Jochen Staadt arbeitet diesen Aspekt unter anderem in seiner Bundestagsexpertise anhand der Denunziationskampagne gegen Herbert Wehner heraus. Staadt stellt dort fest: „[...] das MfS folgte in seinen operativen Maßnahmen der politischen Aufgabenstellung durch die Parteiführung. Der ZK-Apparat behielt im Verlauf der Kampagne das Informationsmonopol und stellte den Experten des MfS offenbar zu keinem Zeitpunkt alle in den zentralen Archivbeständen vorhandenen Materialien zur Verfügung.“ Staadt: Versuche der Einflussnahme, 1995, S. 2431.

Zweitens unterschied sich die Westarbeit von SED/MfS gegenüber der SPD von ihrem ideologischen Ansatz her von der Westarbeit gegenüber den anderen bundesdeutschen Parteien. Gegenüber CDU/CSU und FDP ging es nie darum, eine „Einheitsfront von unten“ zu erreichen und die Mitglieder dieser Parteien als Verbündete zu gewinnen. Nur gegenüber der SPD konnten SED und MfS das gemeinsame Erbe der Arbeiterbewegung für ihre eigenen Ziele einsetzen, gelegentlich auch an alte persönliche Verbindungen anknüpfen und aus der Weimarer Republik herrührende Ressentiments gegen die „rechten“ SPD-Führer pflegen. SED und MfS instrumentalisieren ein besonderes Merkmal der Arbeiterbewegung: Die Arbeiterbewegung, so beschrieb das beispielsweise der Sozialwissenschaftler Theo Pirker, habe sich traditionell in erster Linie als eine kollektive Schicksalsgemeinschaft verstanden, in der zwischenmenschliche Solidarität eine Verhaltensnorm war. Konstituiert wurde sie als eine Beziehung abhängig Beschäftigter und ihrer Familien in Betrieben, Wohnvierteln und den eigenen Vereinen, Verbänden und Parteien, die ihren Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitbestimmung organisierten und Gewicht verliehen: „Gemeinsam sind wir stark!“ Die Organisationsstreitigkeiten ihrer Parteien und Verbände untereinander seien für die Menschen im Alltag weniger wichtig gewesen als das Bewusstsein, im gleichen Milieu zu leben und der gleichen Klasse anzugehören. Dieses verbindende Bewusstsein habe sich erst im Laufe der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik aufgelöst. Das „Ende der Arbeiterbewegung“ datiert Pirker auf diesen Zeitraum.³⁹

Ende der sechziger Jahre pflegten SED und MfS noch ihre intensive Hassliebe gegenüber der SPD. Das führte entscheidend dazu, dass die SPD in besonderer Weise im Visier des MfS stand. Bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre konnten SED und MfS gegenüber den Sozialdemokraten zudem die CDU-geführten Bundesregierungen als gemeinsamen politischen Gegner hervorheben. Diese Besonderheiten erklären zu einem wesentlichen Teil, weshalb die SPD in den überlieferten MfS-Unterlagen stärker präsent ist als die anderen Parteien.⁴⁰ Die SPD als Partei ist dem MfS nicht entgegengekommen. Vielmehr wurden manche Strömungen in der SPD von SED und MfS heftiger bekämpft, andere wiederum stärker umworben, als es bei den übrigen Parteien der Fall war.

Die Strategie der SED seit den siebziger Jahren, sogenannte realistische Kräfte zu stärken und andere zu isolieren, setzte sie einige Jahre später auch gegenüber den anderen Parteien ein. Jochen Staadt zufolge bemühte sich die SED noch vor dem Regierungsantritt der Unionsparteien 1982 darum, ihre Differenzierungspolitik auch auf sie anzuwenden.⁴¹ Analog verhielt sich das MfS. Auf dieser Linie lag die MfS-Abschlussarbeit des HVA-Offiziers Harald Niederländer aus dem Jahre 1985. Ihr Titel lautete: „Die Einflüsse politischer Spektren und Strömungen im CDU-Landesverband Westberlin auf dessen Neuformierungsprozess und die gegenwärtige Kräftekons-

³⁹ Die Wiedergabe der Thesen Pirkers folgt hier einem mündlichen Hinweis des Berliner Soziologen und Pirker-Schülers Manfred Wilke in einem Gespräch mit dem BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt am 20.6.2012. Ein Abriss über die allmähliche Auflösung der traditionellen, aus der Arbeiterbewegung herrührenden politischen Kultur in der SPD in den fünfziger und sechziger Jahren findet sich in Lösche, Peter; Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Darmstadt 1992, S. 134–157.

⁴⁰ Beispielsweise findet man in der SIRA-Datenbank der HV A rund 14 000 Spionageinformationen über die SPD nachgewiesen, aber nur rund 11 000 über CDU und CSU. Vgl. unten, S. 33. Innerhalb der HV A führte das für die SPD zuständige Referat mehr „Objektquellen“ (das war die wichtigste Kategorie unter den Westagenten) als die für die anderen Parteien zuständigen Referate (SPD: 14; CDU/CSU: 5; FDP: 5; Grüne: 5; Stand: 1988); Angaben nach Müller-Enbergs, Helmut: Was wissen wir über die DDR-Spionage? In: Herbstritt, Georg; Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 34–71, hier 50–55. An der MfS-Hochschule befassten sich mehr Abschlussarbeiten mit der SPD als mit den anderen Parteien. Vgl. Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“, 1997; Ders.: Bibliographie der Diplomarbeiten, 1998. Siehe ferner statistische Angaben zu den Karteikartenerfassungen in Rosenholz, S. 170 ff.

⁴¹ Staadt: Versuche der Einflussnahme, 1995, S. 2415.

tellation“.⁴² Niederländer beschrieb darin verschiedene Strömungen innerhalb der Westberliner CDU und zeigte damit zugleich auf, wo die „realistischen“ Kräfte zu verorten seien.⁴³

Eine HVA-Analyse vom Juli 1988 über die Lage in den Bundestagsparteien lässt schließlich erkennen, dass in der HV A inzwischen versucht wurde, die Situation in der Bundesrepublik differenzierter zu betrachten.⁴⁴ So gelangte die HV A nun zu der nur scheinbar paradoxen Erkenntnis, „dass der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger, der den rechtskonservativen Kräften zuzuordnen ist, in der speziellen Frage der Stationierung von nuklearen Kurzstreckenwaffen mit Positionen der SEW und SPD übereinstimmt, dass der prominente SPD-Politiker Eppler, der an der Ausarbeitung des gemeinsamen Dokumentes SED/SPD einen großen persönlichen Anteil hat, sich zugleich in starkem Maße für die Herausbildung einer inneren Opposition in der DDR engagiert.“⁴⁵ Die einst so klaren Feindbilder begannen zu verschwimmen.

Insgesamt schätzte die HV A im Sommer 1988 die Kräftekonstellation in den bundesdeutschen Parteien als „nicht ungünstig“ für die DDR ein. Denn in beiden großen Parteien würden in zunehmendem Maße die „realistischen“ Kräfte dominieren, die den Status quo in Europa allenfalls langfristig ändern wollten.⁴⁶ Die HV A ließ jedoch offen, inwieweit sie diese Entwicklung als ein Ergebnis der Differenzierungspolitik der SED und ihrer eigenen Aktivitäten betrachtete.

Gleichzeitig charakterisierte die HV A die politische Praxis aller Bundestagsparteien auch 1988 noch als „Doppelstrategie“. Denn alle Parteien gingen von „antikommunistischen Grundpositionen“ aus; sie missbrauchten „die Dialogpolitik für die ideologische Diversion“. In diese Kritik bezog die HV A ausdrücklich die SPD und ihr Dialogpapier mit der SED ein.⁴⁷

Auch wenn die HV A 1988 in der SPD nur noch „die sozialreformistische Stütze des imperialistischen Systems“ sah, war sie davon überzeugt, dass „ein Regierungseintritt der SPD für die DDR und das sozialistische Lager von Vorteil“ wäre.⁴⁸

Diese Präferenz war nicht neu. Jochen Staadt schreibt in seiner Expertise für den Deutschen Bundestag, die SED-Führung sei 1969 und auf Drängen der sowjetischen Parteiführung endlich dazu bereit gewesen, einer SPD-Regierung den Vorzug zu geben.⁴⁹ Doch schon in den fünfziger Jahren hatten SED und MfS vergebliche Versuche unternommen, zuungunsten der regierenden Christdemokraten Einfluss auf Bundestagswahlen zu nehmen. Aktiv unterstützt wurden aber nicht die Sozialdemokraten, sondern KPD und DFU als die offenen Bündnispartner der SED.⁵⁰

⁴² BStU, MfS, JHS 20431.

⁴³ Niederländer beschrieb vier Parteiströmungen in der Westberliner CDU: die „Betonfraktion“, den „Reformerflügel“, den „rechtskonservativen Block der Altfunktionäre“ und die Junge Union; ebenda, S. 2 u. a. Seine Arbeit beendete er mit Vorschlägen, verstärkt sogenannte Perspektiv-IM in die Westberliner CDU einzuschleusen; ebenda, S. 33 f.

⁴⁴ Parteiorganisation A, 20.7.1988: Einschätzung zur Lage der Bundestagsparteien der BRD bei Fortschreiten des Differenzierungsprozesses; BStU, MfS, HA IX 17985, Bl. 3–34. Dass. in: BStU, MfS, SED-KL 5123, Bl. 3–34.

⁴⁵ Parteiorganisation A, Juli 1988: Vorbemerkung zum Referentenmaterial: Einschätzung zur Lage der Bundestagsparteien der BRD bei Fortschreiten des Differenzierungsprozesses; BStU, MfS, HA IX 17985, Bl. 1 f., hier 1. Dass. in: BStU, MfS, SED-KL 5123, Bl. 1 f.

⁴⁶ Einschätzung zur Lage der Bundestagsparteien (wie Anm. 44), Bl. 13 f. u. 34.

⁴⁷ Ebenda, Bl. 12.

⁴⁸ Vorbemerkung zum Referentenmaterial (wie Anm. 45), Bl. 2; ähnlich in: Einschätzung zur Lage der Bundestagsparteien (wie Anm. 44), Bl. 34.

⁴⁹ Staadt: Versuche der Einflussnahme, 1995, S. 2414 u. 2431. Versuchte Einflussnahmen auf Bundestagswahlen seitens des MfS fanden indes schon früher statt. Vgl. hierzu unten, S. 268.

⁵⁰ Neubert, Ehrhart: Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi. Freiburg im Breisgau 2002, S. 81 u. 84 f.

3. Parteiströmungen in der SPD aus Sicht der HV A

Die MfS-Dissertation von Kurt Gailat und Peter Kühn aus dem Jahre 1969 ist von der Vorstellung geprägt, die HV A könne mit ihren speziellen Mitteln und Methoden dazu beitragen, die linkssozialdemokratischen Kräfte innerhalb der SPD zu stärken und die Positionen der rechten SPD-Führung zu schwächen. Der Ausdruck „realistische Kräfte“ wurde hier noch nicht benutzt. In die Dissertation flossen langjährige Erfahrungen Gailats mit der geheimdienstlichen Bearbeitung der SPD ein.

Nachfolgend wird gezeigt, welche SPD-Abgeordneten (darunter auch einige, die zum damaligen Zeitpunkt schon aus dem Bundestag ausgeschieden waren oder ihm erst später angehören sollten) die HVA-Offiziere Gailat und Kühn welcher Strömung zuordneten. Es wird dabei im Wesentlichen darauf verzichtet, die Partei-, Fraktions- oder Regierungsämter zu nennen, die die Abgeordneten innehatten.

a.) „rechte, proimperialistische Strömung in der SPD“

Friedrich Beermann und Karl Wilhelm Berkhan sowie Verteidigungsminister Helmut Schmidt gehörten Gailat/Kühn zufolge zu denjenigen SPD-Abgeordneten, die aktiv daran teilnahmen, offensive militärische Strategien vorzubereiten.⁵¹

Martin Hirsch, Gerhard Jahn, Friedrich Schäfer, Hermann Schmitt (Vockenhausen) und Herbert Wehner galten Gailat/Kühn als die „Einpeitscher der Notstandsgesetze“, denen es gelungen war, Widerstände in der eigenen Fraktion zu brechen.⁵²

Zu den Abgeordneten, die „mehr oder weniger unverhüllt die Belange des Monopolkapitals“ verträten, rechneten Kurt Gailat/Peter Kühn namentlich wieder Gerhard Jahn und Helmut Schmidt, ferner Georg Leber und Carlo Schmid. Ihnen würden in diesem Punkt jedoch andere rechte SPD-Führer wie Willy Brandt, Horst Ehmke und Heinz Kühn entgegentreten.⁵³ Als „unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitiker“ stuften Gailat/Kühn zudem Georg Kurlbaum, Alex Möller und Karl Schiller ein, die letztlich den Interessen der „Monopole“ dienen.⁵⁴

Den bereits 1966 verstorbenen SPD-Abgeordneten Wenzel Jaksch machten Gailat/Kühn maßgeblich für den Antikommunismus in der SPD verantwortlich. Er gehöre außerdem zu den Sozialdemokraten, die danach strebten, den Sozialismus in der DDR zu beseitigen und die sozialistischen Staaten zu sozialdemokratisieren.⁵⁵ Jaksch war im Februar 1964 zum Präsidenten des „Bundes der Vertriebenen“ gewählt worden. MfS-interne Aufzeichnungen lassen die Schlussfolgerung zu, dass Jaksch den Kommunisten in SED und MfS nicht nur aufgrund dieser Funktion ein Dorn im Auge war, sondern auch, weil er in der Zwischenkriegszeit als sozialdemokratischer, sudetendeutscher Politiker in der Tschechoslowakei eine „Einheitsfrontbewegung“ abgelehnt hatte.⁵⁶

b.) „fortschrittliche, potenziell antiimperialistische, linkssozialdemokratische Kräfte“

Was die „fortschrittlichen“ Politiker nach Auffassung von Gailat/Kühn verband, war ihre – verschieden begründete – Opposition gegen die Linie der „rechten“ Parteiführung. Ideologisch seien sie jedoch noch „stark verworren“.⁵⁷

⁵¹ Gailat; Kühn (wie Anm. 25), Bl. 48 f.

⁵² Ebenda, Bl. 44.

⁵³ Ebenda, Bl. 51.

⁵⁴ Ebenda, Bl. 41.

⁵⁵ Ebenda, Bl. 47.

⁵⁶ BStU, MfS, HA IX/11, Vorgangskartei (VK), Karteikarte zu Jaksch, Wenzel. Zu Jaksch siehe auch Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011, S. 138–144. Amos schildert hier, wie SED und MfS Jaksch in seiner Eigenschaft als Vertriebenenpolitiker einschätzten und welche Propagandaaktionen sie gegen ihn unternahmen.

⁵⁷ Gailat; Kühn (wie Anm. 25), Bl. 58.

Fortschrittliche Kräfte machten Gailat/Kühn unter anderem bei den Jusos aus. Die späteren Abgeordneten Peter Conradi und Björn Engholm bezeichneten sie als einige der „profilertesten Sprecher“ dieser Richtung bei den Jusos.⁵⁸

Den SPD- und DGB-Funktionär Karl Fred Zander, der Ende 1969 in den Bundestag nachrückte, sahen Gailat/Kühn als einen der „profilertesten Vertreter“ dieser innerparteilichen Opposition. Zander und weitere SPD-Funktionäre seien im SPD-Bezirk Hessen-Süd und im Unterbezirksvorstand Frankfurt am Main „bestimmend“. In anderen SPD-(Landes-)Verbänden (Schleswig-Holstein, Niederrhein, Ostwestfalen-Lippe, Westliches Westfalen) und einzelnen Unterbezirken oder Ortsvereinen nahm nach Erkenntnissen von Gailat/Kühn immerhin die Bedeutung der innerparteilichen Opposition gegen die „rechte“ Parteiführung zu.⁵⁹ Die Abgeordneten Hans Matthöfer und Dietrich Sperling unterstützten in ihrer Eigenschaft als Gewerkschafter nach Gailat/Kühn punktuell diese Parteiströmung.⁶⁰

c.) „reformistische Kräfte“

Die „reformistischen Kräfte“ zeichneten sich nach Gailat/Kühn dadurch aus, dass sie an alten, sozialdemokratischen Sozialismus-Vorstellungen festhielten, für Pazifismus eintraten und eine gerechte Sozialordnung anstrebten; längerfristig müssten sie sich aber für eine der beiden anderen Richtungen entscheiden. Zu dieser Gruppe gehörten ihrer Auffassung nach Wilhelm Dröschner, Heinrich Junker, Georg Kahn-Ackermann, Hans Koschnick, Helmut Lenders, Franz Marx und Fritz Sänger.⁶¹ Uneindeutig bleiben Gailat/Kühn bei Hans Matthöfer, den sie grundsätzlich dieser Richtung zuordnen, ihm aber auch gewisse Sympathien für die linkssozialdemokratischen Kräfte unterstellen. An der Schnittstelle zwischen reformistischen und linkssozialdemokratischen Positionen verorteten sie ebenso Waldemar von Knoeringen und Ulrich Lohmar.⁶²

4. Umsetzung geheimdienstlicher Analysen in konkrete Maßnahmen gegen SPD und CDU

Aus ideologischer Sicht stand die HV A den sogenannten fortschrittlichen Kräften am nächsten. Doch wie die HV A ihr ideologisches Raster in geheimdienstliches Handeln umsetzte, ist nicht zufriedenstellend nachvollziehbar.

Die Arbeit von Gailat/Kühn lässt keinen Zweifel daran, dass die HV A darauf hinarbeitete, bundesdeutsche Politiker in eine DDR-freundliche Richtung zu lenken und somit Einfluss auszuüben. Gailat/Kühn formulierten das wie folgt:

„Die Erfahrungen der politisch-operativen Praxis besagen, dass es möglich ist, bei konzentrierter individueller Arbeit, auch profilierte Funktionäre zu gewinnen. Der Katalog orientiert auf diese Aufgabe.“⁶³

Der hier und an anderen Stellen erwähnte „Katalog“ enthielt offenbar praktische Vorschläge und Handlungsanweisungen, wie die HV A die beschriebenen Differenzen innerhalb der SPD für ihre Ziele und mit ihren geheimdienstlichen Möglichkeiten ausnutzen sollte. Er bildete ein separates Kapitel der MfS-Dissertation, ist jedoch im Archivbestand des BStU nicht mehr vorhanden. Vermutlich unterlag dieser Katalog besonderer Geheimhaltung und wurde nur bei der HV A aufbewahrt, wo er 1989/90 der Aktenvernichtung zum Opfer gefallen sein dürfte.

Gailat/Kühn schrieben über diesen Katalog:

„Es wird [darin] eine Orientierung gegeben, die Möglichkeiten der vorhandenen politisch-operativen Verbindungen optimal zu nutzen und die parallel laufende politische Aktivität der fortschrittlichen Kräfte bei Wahrung der Konspiration in die einheitliche Richtung einer de-

⁵⁸ Ebenda, Bl. 59.

⁵⁹ Ebenda, Bl. 58 f.

⁶⁰ Ebenda, Bl. 60.

⁶¹ Ebenda, Bl. 54 f.

⁶² Ebenda, Bl. 65 f.

⁶³ Gailat; Kühn (wie Anm. 25), Bl. 57 f.

mokratischen Alternativpolitik zu kanalisieren. Die fortschrittlichen Kräfte, zu denen Verbindung besteht, werden darauf orientiert, innerhalb der Sozialdemokratie wirksam zu werden und sich nicht von der proimperialistischen Führung hinausdrängen zu lassen. [...] Es werden Maßnahmen zur Koordinierung der Möglichkeiten der in diesem Bereich wirkenden Linien der Aufklärung und offensiven Abwehr empfohlen. Der Katalog wurde vom Stellvertreter des Ministers, Gen. Generalleutnant Wolf, bestätigt.“⁶⁴

Ein Redemanuskript des Co-Autors Gailat bietet weitere Einblicke in den Inhalt dieses Katalogs.⁶⁵ Er enthielt praktische Anregungen, wie eine Spaltung zwischen SPD-Führung und Basis herbeigeführt werden könnte. Die HV A strebte danach, mittels Desinformationen „Emotionen gegen die Parteiführung zu erzeugen“.⁶⁶ Hierfür war sie auf Insiderinformationen aus der SPD angewiesen. Ferner zeigte der Katalog, wie die „fortschrittlichen Kräfte“ innerhalb der SPD offen oder verdeckt im Sinne der DDR politisch beeinflusst werden sollten. Vereinzelt sollten IM als Einflussagenten wirken. In ihren öffentlichen Auftritten sollten diese Einflussagenten dahingehend argumentieren, dass sie sich „aus der Sorge um die Partei“ gegen die Führung stellten. Ferner empfahl der Katalog, die Möglichkeiten des Organisationsstatuts und des Parteiengesetzes auszunutzen. Der Katalog zielte offenbar auf die Schaffung einer „Plattform“, einer gezielten Zusammenführung der „fortschrittlichen“ Sozialdemokraten, die nach außen nicht als solche erkennbar sein durfte. Auch die Einflussagenten sollten „aus konspirativen Gründen [...] keine Kenntnis der gesamten Plattform [erhalten], sondern nur einzelner Abschnitte“. Dadurch sollte vermieden werden, „dass sie sich in ihrem politischen Auftreten erkennen und Querverbindungen herstellen“.⁶⁷ Der Katalog regte außerdem eine „effektive Öffentlichkeitsarbeit“ an, „um die politisch-ideologische Verwirrung unter den oppositionellen Kräften überwinden zu helfen und auch, um ihren organisatorischen Zusammenschluss zu fördern“.⁶⁸ Die Verfasser des Katalogs waren sich letztlich bewusst darüber, dass sie mit ihren verdeckten Mitteln und Methoden nur sehr begrenzt Einfluss nehmen konnten. In diesem Sinne notierte Co-Autor Gailat: „[Der] Erfolg der Maßnahmen hängt wesentlich davon ab, inwieweit es gelingt, profilierte Persönlichkeiten aus den Reihen der Sozialdemokratie für solche Initiativen zu gewinnen.“⁶⁹

Die „Rosenholz“-Unterlagen geben hier kaum weiteren Aufschluss. Sie zeigen, dass sich die HV A mit ihren speziellen Mitteln und Methoden allen drei Strömungen zuwandte. Fast alle der hier erwähnten Politiker waren in irgendeiner Weise bei der HV A registriert.⁷⁰

Eine andere MfS-Dissertation, in der eine HVA-Aktion („aktive Maßnahme“) gegen die Unionsparteien beschrieben wurde, fehlt in Gänze im Archivbestand des BStU. Diese Arbeit, 1976 von dem Lehrstuhlinhaber an der HVA-Schule Henri Weiße verfasst, hatte den Titel: „Die Entlarvung der entspannungsfeindlichen antidemokratischen und sozialreaktionären Grundhaltung und Politik der CDU/CSU in der BRD durch eine aktive Maßnahme des MfS“.⁷¹ Anders als Kurt Gailat konnte Henri Weiße nicht auf eigene einschlägige Erfahrungen zurückgreifen. Seit er 1958 zum MfS kam, unterrichtete er bis 1989 fast durchgängig an der Schule der HV A.⁷²

⁶⁴ Ebenda, Bl. 408.

⁶⁵ Gailat, Kurt: Autorenreferat. Thema: Der Kampf um die Durchsetzung demokratischer Entwicklungsprozesse in Westdeutschland sowie die politisch-operativen Aufgaben zur Förderung und Formierung fortschrittlicher sozialer Kräfte und politischer Plattformen [1970]; BStU, MfS, JHS 94, Bl. 56–65. Es handelte sich hier vermutlich um den Vortrag Gailats anlässlich der Verteidigung seiner Dissertation an der MfS-Hochschule Potsdam am 23.1.1970.

⁶⁶ Ebenda, Bl. 58 f.

⁶⁷ Ebenda, Bl. 61 f.

⁶⁸ Ebenda, Bl. 63.

⁶⁹ Ebenda, Bl. 64.

⁷⁰ Siehe hierzu detailliert Kapitel C. 2. des vorliegenden Gutachtens, S. 162 ff.

⁷¹ Der Titel der Dissertation ist nachgewiesen in: Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“, S. 71. Nach Förster, S. 3 u. 45, sind von den 174 bekannten MfS-Dissertationen 155 im Archivbestand des BStU vorhanden.

⁷² Selbst verfasster Lebenslauf des MfS-Oberstleutnants Henri Weiße, 1.11.1976, in: BStU, MfS, JHS MF 940, S. 8 f. Siehe ferner BStU, MfS, HA KuSch/AKG-KA HM Henri Weiße (Kaderkarteikarte). Nur von

Einen Einblick in den Inhalt dieser Dissertation bieten die Promotionsakten der MfS-Hochschule. Sie enthalten unter anderem die drei Gutachten zu der Dissertation, von denen eines der stellvertretende Leiter der HV A, Werner Großmann, angefertigt hatte.⁷³ Folgt man den Inhaltsangaben der Gutachter, richtete sich die Dissertation gegen die „rechtskonservativen Kräfte in der CDU/CSU“ und insbesondere gegen Franz Josef Strauß. Die Arbeit verstand sich als aktiver Beitrag dazu, einen Sieg der Unionsparteien bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 zu verhindern.⁷⁴ Das MfS hatte sich entsprechende Beschlüsse des XXV. Parteitages der KPdSU (24.2. bis 5.3.1976) und des IX. Parteitages der SED (18. bis 22.5.1976) zu eigen gemacht und ging davon aus, dass „gegenwärtig die SPD/FDP-Koalition die einzig reale Alternative gegenüber der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU darstellt“.⁷⁵ Die politischen Führungen im sowjetischen Machtbereich betrachteten eine sozial-liberale Bundesregierung als das kleinere Übel und hofften sich von ihr die Fortsetzung der Entspannungspolitik und weniger Widerstände gegen die eigenen machtpolitischen Zielstellungen.

Ein Teil der Dissertation bestand offenbar aus einem längeren Text, der als Broschüre in der Bundesrepublik in Umlauf gebracht worden war und den Anschein erwecken sollte, vom rechten Flügel der SPD zu stammen. Der Text enthielt Argumente gegen die Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU/CSU und charakterisierte die Unionsparteien als revanchistisch, reaktionär, reform- und sozialfeindlich sowie als Gefahr für den europäischen Frieden und die Entspannungspolitik.⁷⁶ Dem HVA-Mann Henri Weiße war es hierbei gelungen – so der Gutachter Werner Großmann –

„sich in die Denk- und Arbeitsweise eines im politischen Leben stehenden, rechtsorientierten SPD-Politikers zu versetzen, da die aktive Maßnahme aufgrund der politischen Situation die Politik der SPD/FDP-Koalition vertreten und zu ihrer Unterstützung beitragen muss. Neben dieser vorgenannten Denkweise war der Autor gezwungen, sich im Stil und in der Terminologie mit dieser Position zu identifizieren. Der Autor hat es verstanden, unsere Klasseninteressen auch im Gewand gegnerischer Positionen zu vertreten [...]“⁷⁷

Auch der Gutachter Henri Walther von der Schule der HV A lobte die sprachliche Anpassungsleistung: „Es muss hervorgehoben werden, dass es gelungen ist, sich auch sprachlich dem Stil anzupassen, der für sozialdemokratische Publikationen als charakteristisch bezeichnet werden kann.“⁷⁸

Aus Sicht des Gutachters Helmut Eck von der MfS-Hochschule bestand die Leistung dieser Dissertation auch darin, „Angriffsflächen und Angriffspunkte zur Entlarvung der Politik der CDU/CSU“ herausgefunden zu haben.⁷⁹ Denn die Dissertation beschrieb verschiedene Strömungen innerhalb der Unionsparteien: Die „rechtskonservativen, entspannungsfrendlichen Positionen“ von Politikern wie Franz Josef Strauß, Alfred Dregger, Hans Filbinger und Werner Marx auf der einen Seite, und die „gemäßigt konservative Tendenz, die mit sozial-konservativen Kräften verbunden“ sei und für die in der CDU Namen wie Richard von Weizsäcker, Kurt Biedenkopf, Walther Leisler Kiep und Ernst Albrecht stünden, bei der CSU unter anderem Franz Heubl und Richard Jaeger.⁸⁰

November 1967 bis April 1969 war Weiße zur HVA-Abteilung III („legale Residenturen“, Ausnutzung der DDR-Botschaften für Zwecke der HV A usw.) abkommandiert.

⁷³ BStU, MfS, JHS MF 940, S. 21–37. Die beiden anderen Gutachter waren Helmut Eck, Leiter der Sektion marxistisch-leninistische Grundlagenausbildung an der MfS-Hochschule, und Henri Walther, stellvertretender Leiter der Schule der HV A. – Ein Dank gilt dem BStU-Mitarbeiter Benedikt Praxenthaler, für seinen Hinweis auf diese Promotionsunterlagen, die von der Forschung bislang noch nicht berücksichtigt wurden.

⁷⁴ Ebenda, S. 21 f., 25, 29 f. u. 34.

⁷⁵ Ebenda, S. 33 f.

⁷⁶ Ebenda, S. 29 f. u. 32.

⁷⁷ Ebenda, S. 30.

⁷⁸ Ebenda, S. 36.

⁷⁹ Ebenda, S. 23 u. 25.

⁸⁰ Autorreferat von MfS-Oberstleutnant Henri Weiße, 29.12.1976; BStU, MfS, JHS 145, Bl. 13–23, hier 19 f.

Sofern die aktive Maßnahme tatsächlich nur darin bestanden haben sollte, eine sozialdemokratisch aussehende Wahlkampfschrift gegen die Unionsparteien in Umlauf zu bringen, dürfte ihre Wirkung sehr begrenzt gewesen sein. Denn Wahlkampfmunition konnten die Bundestagsparteien auch ohne Hilfe aus Ostberlin herstellen. Doch so lange diese Schrift nicht identifiziert ist, kann darüber nur spekuliert werden.

Deutlich wird in dieser HVA-Dissertation erneut das ambivalente Verhältnis des MfS zur SPD. Die SPD wurde hier als Plattform für eine aktive Maßnahme missbraucht. Zugleich ließ die Dissertation aber keinen Zweifel an der grundsätzlichen ideologischen Gegnerschaft zwischen SED und MfS einerseits und der SPD andererseits. Gutachter Henri Walther bemerkte hierzu: „Der Verfasser [der Dissertation] war mitunter genötigt, aus der Sicht der SPD-Führung Positionen zu vertreten, die unseren marxistisch-leninistischen Überzeugungen nicht entsprechen und durch die marxistisch-leninistische Theorie und Praxis vielfältig widerlegt sind.“⁸¹

5. Fazit

Die MfS-Dissertation von Gailat/Kühn nimmt die SPD als Partei in den Blick und ordnet die Bundestagsmitglieder in die Parteiströmungen ein. Als eigene Größe nimmt sie die Parlamentarier nicht wahr.

Ähnlich verfuhr noch 20 Jahre später die MfS-Offiziere Ludwig Einicke und Hans-Ulrich Mühlbauer in ihrer MfS-Dissertation über die Grünen.⁸² Sie widmeten der Bundestagsfraktion der Grünen zwar ein kurzes Unterkapitel. Doch sie handelten die Fraktion lediglich als eine der Struktureinheiten bzw. Gremien der Grünen-Bundespartei ab, neben dem Bundesvorstand, dem Bundeshauptausschuss, den Bundesarbeitsgemeinschaften und dem „Stiftungsverband Regenbogen“.⁸³ Sie maßten der Fraktion allerdings besonderes Gewicht bei, weil die Fraktion ihrer Auffassung nach das Bild dieser Partei sowie ihre politischen Schwerpunkte maßgeblich bestimmten. Deshalb schrieben sie in ihrem Resümee, „dass die Bundestagsfraktion der Grünen [...] als wichtigstes Parteigremium anzusehen ist“.⁸⁴

Diese Perspektive scheint in vielen MfS-Dokumenten durch: Die Parlamentsfraktionen und ihre Mitglieder werden nicht als Teil des Bundestages analysiert und in Verbindung mit anderen Bundestagsfraktionen gebracht, sondern als Teile ihrer Bundesparteien gesehen. Der Bundestag als Institution und Versammlung von Parlamentariern verschiedener politischer Richtungen kommt in diesen grundlegenden MfS-Arbeiten nicht vor und stand von daher nicht im Zentrum der MfS-Westarbeit. Dieser Befund entspricht dem weiter oben skizzierten Weltbild des MfS, das nur ein eingeschränktes Verständnis vom parlamentarischen System erkennen ließ.

Die zeitgeschichtliche Forschung sollte sich deshalb nicht darauf beschränken, die MfS-Einflussnahme nur auf den Deutschen Bundestag zu untersuchen. Sie müsste auch die Strategien und Maßnahmen des MfS gegenüber den bundesdeutschen Parteien in den Blick nehmen. Das MfS unterschied nicht streng zwischen Partei und Fraktion, zwischen Exekutive und Legislative, sondern es beschaffte Informationen oder versuchte Einfluss zu nehmen stets dort, wo es Möglichkeiten fand. Das war durchaus pragmatisch. Denn im politischen Alltag zerfließen die Grenzen zwischen den verschiedenen Institutionen ohnehin, wenn beispielsweise ein Politiker gleichzeitig (herausgehobene) Aufgaben in Partei, Fraktion und Regierung innehat.

Dieses Gutachten ist entsprechend des zugrunde liegenden Auftrages gleichwohl begrenzt auf die Institution des Bundestages und seine Abgeordneten. Aufgrund dieser Perspektive tritt allerdings

⁸¹ BStU, MfS, JHS, MF, Nr. 940, S. 35.

⁸² Einicke, Ludwig; Mühlbauer, Hans-Ulrich: Die Grünen im politischen System der BRD und ihre Positionen zu den Grundfragen der Gegenwart. Politische und politisch-operativ bedeutsame Differenzierungsprozesse und Tendenzen. Die Arbeit wurde am 20.1.1989 abgeschlossen und umfasste 441 Seiten. BStU, MfS, JHS 20007.

⁸³ Ebenda, Bl. 285–329, zur Bundestagsfraktion Bl. 293–304.

⁸⁴ Ebenda, Bl. 304.

die Fraktion der Grünen in den Hintergrund. Mit dem Einzug dieser Partei in den Bundestag interessierte sich die HV A zwar in besonderem Maße für deren Fraktion und wie sie sich zu verschiedenen Themen politisch positionieren würde. Doch bedingt durch das Rotationsprinzip und die große personelle Fluktuation gab es fast keine profilierten und über einen längeren Zeitraum arbeitenden Bundestagsabgeordneten, gegen die das MfS hätte vorgehen können oder die es sich nutzbar gemacht hätte. Auch der bekannte, langjährige Stasi-IM Dirk Schneider gehörte dem Bundestag nur vom 29. März 1983 bis zum 30. März 1985 an. Als IM im Bundestag taucht er also nur für zwei Jahre auf. Seine Bedeutung als Spitzenquelle der HV A bei den Grünen ist damit selbstverständlich nur unzulänglich erfasst. Doch die Partei der Grünen an sich ist nicht Gegenstand dieses Gutachtens, ebenso wenig wie die Geschichte der anderen Parteien. Angesichts der fließenden Übergänge sowohl in der praktischen Politik wie in der Perspektive des MfS ist diese thematische Grenzziehung zwar nicht unproblematisch, aber für die vorgegebene Fragestellung dennoch unvermeidlich.

In der Partei der Grünen gab es indes schon in den frühen neunziger Jahren Versuche, die Aktivitäten von SED und MfS gegenüber den Grünen umfassend zu erforschen. Im März 1994 legten Carlo Jordan, Armin Mitter und Stefan Wolle eine als „Zwischenbericht“ deklarierte Untersuchung unter dem Titel „Die Grünen der Bundesrepublik in der politischen Strategie der SED-Führung“ vor.⁸⁵ Diese Studie war 1992 vom Bundesvorstand der Grünen in Auftrag gegeben worden. Die drei Autoren werteten hierfür auch MfS-Unterlagen aus, wobei der Erschließungsstand der MfS-Akten damals noch nicht weit gediehen war. Die Untersuchung kam über einen Zwischenbericht nicht hinaus. Sie wurde von den Autoren nicht weitergeführt und die Forschungsergebnisse auch nicht in einer eigenständigen Veröffentlichung publiziert. Die Autoren arbeiten vor allem die Wahrnehmung der Grünen seitens der SED und des MfS heraus. Sie weisen auf den Zwiespalt von SED und MfS, für die die Grünen „nützlich und gefährlich zugleich“⁸⁶ gewesen seien. Ferner heben sie die Differenzierungspolitik von SED und MfS hervor. Sie bestand darin, die sogenannten antikommunistischen Kräfte innerhalb der Grünen gegenüber den „realistischen Kräften“ – das heißt der SED-freundlichen Grünen-Strömung – zu schwächen. Breiten Raum nimmt in dieser Untersuchung das Verhältnis der Grünen zu den Friedens- und Umweltgruppen der DDR ein.

⁸⁵ Jordan, Carlo; Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Die Grünen der Bundesrepublik in der politischen Strategie der SED-Führung (Zwischenbericht). Berlin, 9.3.1994 (Manuskript). – Ein Dank gilt an dieser Stelle Stefan Wolle für die Bereitstellung dieser Studie. Nach Auskunft Stefan Wolles an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt wurde die Untersuchung publiziert als internes Arbeitspapier unter dem Titel: Die Deutschlandpolitik der Grünen. Dokumentation eines Diskussionsforums am 10. März 1994 in der Hessischen Landesvertretung in Bonn, September 1994. Ein kurzer Auszug wurde veröffentlicht in: Schrägstrich. Zeitschrift für bündnis/grüne Politik 4/1994, S. 17 f.

⁸⁶ Jordan; Mitter; Wolle: Die Grünen der Bundesrepublik, 1994, S. 3.

C. Der Deutsche Bundestag und seine Mitglieder im Spiegel der MfS-Überlieferung. Eine Archivbegehung

1. SIRA: Der Deutsche Bundestag, seine Mitglieder und Gremien in der elektronischen Datenbank der MfS-Auslandsspionage

1.1. Einleitung

Eine der wichtigsten Überlieferungen im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde, die einen Einblick in die MfS-Spionage gegen den Deutschen Bundestag und seine Mitglieder ermöglicht, ist die sogenannte SIRA-Datenbank.

SIRA steht für „System der Informationsrecherche der HV A“. In dieser Datenbank erfasste die HV A nach verschiedenen Kriterien die Informationen, die sie mithilfe ihrer diversen geheimdienstlichen Möglichkeiten zwischen 1969 und 1989 beschaffte. Bei den Informationen konnte es sich beispielsweise um Berichte eines IM handeln, oder um Dokumente, die ein IM beschaffte. In der SIRA-Datenbank erfasste die HV A unter anderem den Titel jeder Information, den Decknamen und die Registriernummer des IM, von dem sie die Information bekommen hatte sowie das Datum des Eingangs der Information bei der HV A. Die Informationen wurden in der Datenbank außerdem mit Deskriptoren versehen, also mit Suchbegriffen, die eine Recherche nach Personen, Institutionen und Sachverhalten ermöglichten und auch heute noch möglich machen. Da die Auswertungsabteilungen der HV A die Informationen bewerteten und mit Noten von eins („I“ = „sehr wertvoll“) bis fünf („V“ = „ohne Wert“) versehen, kann man feststellen, welche Informationen die HV A als herausragend einschätzte. Die SIRA-Datenbank lässt somit Rückschlüsse auf die Bedeutung eines IM zu, da sie dokumentiert, welche und wie viele Informationen ein IM über einen bestimmten Zeitraum lieferte und welchen Wert die HV A diesen beimaß.⁸⁷

Die SIRA-Datenbank gliedert sich in sechs Teildatenbanken: Teildatenbank 11 erfasste vor allem die Informationseingänge der Wirtschafts-, Industrie- und Wissenschaftsspionage. Teildatenbank 12 deckte das breite Spektrum der Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik sowie des Militärs der ausspionierten Staaten ab und somit auch den Arbeits- und Verantwortungsbereich des Deutschen Bundestages. Die Teildatenbank 13 wies Informationen nach, die die HV A benötigte, um ihre Kuriere und Agenten ungefährdet in den Westen schicken zu können, beispielsweise Angaben über westliche Grenzsicherungsmaßnahmen, das dortige Personenstands- und Meldewesen oder Angaben über zu fälschende Personaldokumente. Teildatenbank 14 verzeichnete Informationen über westliche Geheimdienste und Sicherheitsbehörden. Eine andere Funktion hatte hingegen die Teildatenbank 21. Darin wurde jeder IM-Vorgang der HV A in einem eigenen Datensatz mit Decknamen, Registriernummer, Namen der zuständigen HVA-Offiziere („vorgangsführende Mitarbeiter“) und weiteren Angaben erfasst. Nach dem gleichen Prinzip registrierte die HV A darin auch ihre anderen Vorgänge, beispielsweise Objekt- und Si-

⁸⁷ Eine ausführliche Beschreibung der SIRA-Datenbank findet sich im Internet unter http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Aktenfunde/HVA-Sira/hva-sira_node.html (Stand: 26.4.2012). Die Datenbank wurde Ende 1998 so weit rekonstruiert, dass sie seither der Forschung zur Verfügung steht. In den Folgejahren wurde die Rekonstruktion fortgeführt. Siehe auch Konopatzky, Stephan: Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken. Die Beispiele Günter Guillaume und Werner Stiller. In: Herbstritt; Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu, 2003, S. 112–132. Eine zusammenfassende Übersicht zu SIRA in Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007, S. 54–64. Wie häufig welche Noten vergeben wurden, ist unten in Tabelle 14, S. 97, aufgeschlüsselt.

cherungsvorgänge oder operative Personenkontrollen. Die Teildatenbank 21 ist die elektronische Variante der Vorgangskartei F 22 in „Rosenholz“.

Als sechste Teildatenbank gibt es die Teildatenbank 1. Sie beinhaltet den SIRA-Thesaurus, also ein normiertes Vokabular für die Speicherung in den anderen Teildatenbanken, der die gespeicherten Kurzbezeichnungen in verständliche Langbezeichnungen auflöst. Die Verknüpfung mit den anderen Teildatenbanken erfolgt heute bei der Recherche automatisch. In die Teildatenbank 1 wurden keine Informationen über Personen oder Sachverhalte eingespeichert.

Die Teildatenbanken decken unterschiedliche Zeiträume ab: die Teildatenbanken 11 und 12 die Jahre 1969 bis 1989 (mit deutlichen Überlieferungslücken für die Jahre 1972, 1988 und 1989 in der Teildatenbank 12), die Teildatenbank 13 die Jahre 1979 bis 1989, die Teildatenbank 14 die Jahre 1980 bis 1989. Die Teildatenbank 21 weist alle Vorgänge nach, die die HV A zwischen 1960 und 1989 führte.

Im Hinblick auf den Deutschen Bundestag sind in der SIRA-Datenbank sowohl Sachrecherchen als auch Personenrecherchen möglich.

Eine Sachrecherche bedeutet, alle in der SIRA-Datenbank nachgewiesenen Informationen zusammenzustellen und zu analysieren, die die HV A dem Themenkreis „Deutscher Bundestag“ zuordnete. Für das vorliegende Gutachten wurden folglich alle Datensätze ausgewertet, die entweder im Feld „Objekthinweis“ den Deskriptor „Bundestag“ (bzw. die Abkürzung „BT“) enthielten oder bei denen im Text der Begriff „Bundestag“ (bzw. die Abkürzung „BT“) vorkam.⁸⁸

Eine Personenrecherche bedeutet, den Namen jedes/jeder einzelnen Abgeordneten in der SIRA-Datenbank zu recherchieren und die ihn/sie betreffenden Informationen zusammenzustellen und zu analysieren.

In vielen Fällen gibt es Überschneidungen. Eine Information über eine/n Abgeordnete/n konnte zugleich mit dem Deskriptor „Bundestag“ versehen sein, was aber längst nicht immer der Fall war. Wo es Überschneidungen gibt, wird die entsprechende Information in der nachfolgenden Analyse sowohl bei der Sachrecherche als auch bei der Personenrecherche berücksichtigt.

Beide Recherchewege eröffnen die Möglichkeit, Einblicke in die Intensität der HVA-Spionage in diesem Bereich zu gewinnen, ferner den Kenntnisstand der HV A über den Deutschen Bundestag und seine Mitglieder zu rekonstruieren und zugleich herauszufinden, wer die wichtigsten Zuträger der HV A in diesem Bereich waren.

Gewisse Unschärfen sind bei beiden Recherchewegen in Rechnung zu stellen. Sie beeinträchtigen aber nicht grundsätzlich die Aussagekraft der Untersuchung. Bei der Sachrecherche ist zu bedenken, dass man den Kategorien der HV A folgt, denn es werden genau jene Informationen ausgewertet, die die HV A der Bundestagsthematik zuordnete. Bei einer Detailrecherche zu einem enger umrissenen Thema – etwa zu einem bestimmten politischen Ereignis oder einem einzelnen Bundestagsgremium – würde man die SIRA-Datenbank nach weiteren Stichworten durchsuchen, dabei im Regelfall auf einige zusätzliche Informationen bzw. Datensätze stoßen und somit zu noch detaillierteren Aussagen gelangen. Die nachfolgenden Ausführungen bilden daher zwar einen verlässlichen Einblick in die HVA-Spionage gegen den Deutschen Bundestag, sie verstehen sich aber als vorläufige Ergebnisse. Jedes der angesprochenen Themen könnte im Rahmen weitergehender Forschungsprojekte vertieft und vervollständigt werden.

Bei den Personenrecherchen besteht das Problem darin, dass häufig vorkommende Namen wie Schmidt oder Müller nicht immer eindeutig der richtigen Person zugeordnet werden können, erst recht nicht, wenn in einigen Fällen nur der Familienname in der SIRA-Datenbank erfasst wurde.

Die Datensätze zu Spionageinformationen, die die HV A unvollständig mit Deskriptoren oder Namen versah, können bei der Recherche übersehen werden. Das führt zu gewissen Lücken bei der Analyse. Angaben über die Anzahl von Informationen, die zu einem Sachverhalt vorliegen

⁸⁸ Die genaue Suchanfrage in den vier SIRA-Teildatenbanken lautete: OHW.OBNA="BUNDESTAG*" + OHW.OBNA="BUNDESTAG*" ODER OHW.OBNA="BT*" + OHW.OBNA="BUNDESTAG*" ODER OHW.OBNA="BT*" ODER TXT="*BUNDESTAG*" + OHW.OBNA="BUNDESTAG*" ODER OHW.OBNA="BT*" ODER TXT="*BUNDESTAG*" ODER TXT="* BT *".

oder die von einem IM beschafft wurden, stehen ebenfalls unter einem methodischen Vorbehalt: Denn die HV A konnte einen Agentenbericht als eine einzige Information verbuchen, sie konnte ihn aber auch in seine verschiedenen inhaltlichen Aussagen aufteilen und als separate Informationen in der SIRA-Datenbank verzeichnen. Die nachfolgenden Zahlen und Daten geben zwar präzise die entsprechenden Inhalte der SIRA-Datenbank wieder, gleichwohl verstehen sie sich aus den genannten Gründen grundsätzlich nur als Näherungswerte.

1.2. Spionageinformationen aus dem und über den Deutschen Bundestag: Sachrecherche „Deutscher Bundestag“ in der SIRA-Teildatenbank 12 der HV A

Das gesamte, dokumentierte Informationsaufkommen, das die HV A im Rahmen ihrer Spionagetätigkeit zusammengetragen hatte, beläuft sich für den Bereich der außen-, innen-, wirtschafts- und verteidigungspolitischen Themen sowie des Militärs auf rund 167 000 Informationen.⁸⁹ Da-

⁸⁹ Diese Zahl bezieht sich auf die Überlieferung der SIRA-Teildatenbank 12. Darin findet man 163 319 Eingangsinformationen, die direkt als SIRA-Eingangsinformation („SE“) gekennzeichnet sind. Hinzu kommen für den Zeitraum 1969 bis 1977 noch 3 724 SIRA-Ausgangsinformationen, die zugleich für mindestens eine Eingangsinformation stehen.

Die SIRA-Teildatenbanken 11, 13 und 14 sind für die nachfolgende Darstellung hingegen kaum von Bedeutung:

In der SIRA-Teildatenbank 11 beziehen sich von den dort nachgewiesenen 204 820 Eingangsinformationen nur 33 auf den Deutschen Bundestag. Dabei handelt es sich häufig um relativ wertlose, da offene Bundestagsdrucksachen. Themen sind die Meeresbiologie, die Enquete-Kommission für Forschung und Technologie sowie die AIDS-Politik. Diese 33 Informationen trafen bei der HV A zwischen 1971 und 1989 ein.

In der SIRA-Teildatenbank 13 beziehen sich von den dort nachgewiesenen 38 301 Eingangsinformationen fünf auf den Deutschen Bundestag. Darunter befindet sich eine Hintergrundinformation vom 12.2.1987 über ein geplantes Gesetz zum Ausländerzentralregister, das die HV A als „sehr wertvoll“ einschätzte. Die fünf Informationen trafen zwischen 1985 und 1987 bei der HV A ein.

In der SIRA-Teildatenbank 14 beziehen sich von den dort nachgewiesenen 46 479 Informationen 42 auf den Deutschen Bundestag. Da die Textfelder bei den meisten Datensätzen der Teildatenbank 14 nicht überliefert sind, können anhand der Deskriptoren jedoch nur sehr vage inhaltliche Aussagen getroffen werden. Die Informationen beziehen sich auf Sicherheitsbehörden wie Bundeskriminalamt, BfV, LfV-Ämter und MAD, deren Verbindungen zum Bundestag sowie Beratungen im Bundestag (insbesondere im Innenausschuss) über die diese Einrichtungen betreffenden Themen. Ferner befinden sich darunter Informationen über Regelungen zum Datenschutz im Allgemeinen, Regelungen zu Sicherheitsüberprüfungen und Geheimnisschutz im Deutschen Bundestag und in anderen sensiblen Einrichtungen, Unterrichtung der Abgeordneten zur Speicherung von Telefongesprächen und über die Haltung der Grünen zu Sicherheitsüberprüfungen der Bundestagsabgeordneten und ihrer Mitarbeiter sowie Unterstützung von DDR-Oppositionellen durch die Grünen. Diese Informationen erhielt die HV A vor allem von hochkarätigen IM, die in den genannten Sicherheitsbehörden (vor allem BfV, LfV, BKA) angestellt waren: Klaus Kuron („Bernhard“), Wilhelm Balke („Gräber“), Alexander Dahms („Dämon“), Ute Brunner („Ulla“). Zu den genannten IM vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. 2. Aufl., Berlin 1998, passim. Nur eine der 42 Informationen erhielt die HV A von einem Abgeordneten: am 22.11.1984 ging bei ihr eine Information über Beratungen im Deutschen Bundestag zu den Themen Rüstungsspionage, Geheimnisschutz und Sicherheitsüberprüfungen ein; Informant war der Grünen-Parlamentarier Dirk Schneider („H_Ludwig“, Reg.-Nr. XV/4646/75). Ferner sind hier 2 ehemalige Abgeordnete mit je einer Informationslieferung vertreten: Eine Information vom 2.6.1980 mit Bezug zur anstehenden Bundestagswahl führte die HV A offenbar auf Karl Wienand zurück (verbucht unter dem Decknamen seines Kuriers „Krüger“, Reg.-Nr. XV/18556/60), eine Information über Telefonüberwachung und andere Aktivitäten des MAD auf Leo Wagner („Löwe“, Reg.-Nr. XV/6985/75). Die angesprochenen 42 Informationen trafen zwischen 1980 und 1988 bei der HV A ein.

von ordnete die HV A genau 5 599 Informationen thematisch dem Deutschen Bundestag zu.⁹⁰ Informationen aus dem und über den Deutschen Bundestag machten demnach nur einen geringen Anteil an dem gesamten Informationsaufkommen der HV A aus. Der Deutsche Bundestag tritt in dieser Hinsicht hinter den bundesdeutschen Parteien zurück. So registrierte die HV A beispielsweise rund 14 000 Informationen mit Bezug zur SPD und rund 11 000 Informationen mit Bezug zu CDU und CSU.⁹¹ Diese Zahlen bestätigen den Eindruck, der sich auch aus der Analyse der Arbeiten ergibt, die an der MfS-eigenen Hochschule entstanden sind: Die politische Spionage des MfS konzentrierte sich, neben der Exekutive, in besonderem Maße auf die politischen Parteien. Eine intensivere Untersuchung der MfS-Spionage gegen den Deutschen Bundestag als das entscheidende politische Zentrum der Bundesrepublik müsste daher die Parteien als Untersuchungsgegenstand ausführlich einbeziehen.

Die 5 599 Informationen zum Deutschen Bundestag, die die HV A zwischen 1969 und 1989 registrierte, umfassen ein breites Themenspektrum. Dazu gehören geheime und vertrauliche Papiere aus Bundestagsausschüssen ebenso wie Insiderinformationen über fraktionsinterne Differenzen, fundierte Einschätzungen über die politischen Auffassungen einzelner Abgeordneter zu bestimmten Themen gleichermaßen wie Informationen aus US-Regierungskreisen über dortige Einschätzungen zum Ergebnis einer Bundestagswahl. Die HV A erfasste in der SIRA-Datenbank brisante und interne Informationen, aber auch banale Angaben oder leicht zugängliche Materialien. Wenn hier von einer „Information“ die Rede ist, so ist zu bedenken, dass eine einzige Information das Ergebnis einer längeren geheimdienstlichen Maßnahme (Überwachung, Bearbeitung) sein konnte. Wenn ein IM der HV A einen Bericht über die Lage in einer Bundestagsfraktion und dortige interne Auseinandersetzungen übermittelte, dann hatte er zuvor unter Umständen mehrere Wochen lang direkt oder indirekt von mehreren Abgeordneten deren Meinungen und Einschätzungen in Erfahrung gebracht. Eine einzelne Information steht deshalb nicht nur für eine punktuelle Überwachungs- oder Spionagehandlung, sondern kann auch Ausdruck einer dauerhaften Ausspähung sein.

Das Informationsaufkommen aus dem Deutschen Bundestag entwickelte sich bei der HV A wie folgt:⁹²

⁹⁰ Wie oben ausgeführt, dokumentiert die SIRA-Teildatenbank 12 Informationseingänge zwischen 1969 und 1989. Ganz vereinzelt verzeichnete die HV A 1969/70 nachträglich auch ältere Informationen in der Datenbank. Unter den 5 599 Eingangsinformationen mit Bundestagsbezug befinden sich 28 Informationen aus den Jahren 1960 bis 1968.

⁹¹ SIRA-Teildatenbank 12, Recherche zu Objekthinweis „SPD“ (OHW.OBNA=„SPD“) sowie zu „CDU“ und „CSU“ (OHW.OBNA=„CDU“ oder OHW.OBNA=„CSU“). Gelegentlich bezog sich eine Information auf mehrere Parteien, oder gleichzeitig auf die Partei und den Bundestag. Es gibt daher Schnittmengen.

⁹² Berücksichtigt sind hier alle Datensätze aus der SIRA-Teildatenbank 12, die entweder im Feld „Objekthinweis“ den Deskriptor „Bundestag“ (bzw. die Abkürzung „BT“) enthalten, oder bei denen im Text der Begriff „Bundestag“ (bzw. die Abkürzung „BT“) vorkommt. Die Suchanfrage ist daher identisch mit der in Anm. 88.

Tabelle 1: Anzahl der Spionageinformationen mit Bezug zum Deutschen Bundestag, die von der HVA in der SIRA-Teildatenbank 12 registriert wurden

Jahr	Anzahl Eingangs- informationen ⁹³
1960–1968	28
1969	104
1970	65
1971	44
1972	23
1973	116
1974	112
1975	130
1976	207
1977	179
1978	273
1979	463
1980	724
1981	297
1982	458
1983	644
1984	363
1985	442
1986	618
1987	272
1988	14 ⁹⁴
1989	23 ⁹⁵
Summe	5599

Inhaltlich umfassen die beschafften Informationen fast alle Themen, die zum jeweiligen Zeitpunkt im Bundestag verhandelt wurden: Ost- und Entspannungspolitik als die großen Themen der siebziger Jahre, Nachrüstungsdebatte und Aufkommen der Grünen in den achtziger Jahren, permanent die innerdeutsche Situation und vieles andere. Daneben stand das politische Agieren der Abgeordneten und Fraktionen im Visier des MfS: wie positionierten sich Abgeordnete zu bestimmten Fragen, oder welche Verbindungen unterhielten die Bundestagsparteien zu Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen.

Diese Informationen lassen sich unter thematischen und formalen Aspekten bestimmten Schwerpunkten zuordnen. Allerdings kann man diese Schwerpunkte nicht scharf voneinander abgrenzen. Die in den nachfolgenden Abschnitten gemachten Zahlenangaben verstehen sich deshalb nur als Näherungswerte, die gewisse Größenordnungen markieren.⁹⁶

⁹³ Beinhaltet die Informationen des Typs „SE“ (SIRA-Eingang bzw. Eingangsinformationen). Für die Jahre 1972 bis 1977 sind auch Informationen des Typs „SA“ (SIRA-Ausgang bzw. Ausgangsinformationen) einbezogen, die zugleich für mindestens eine Eingangsinformation stehen, die ihrerseits im Regelfall nicht mehr als „SE“ registriert ist. Die Angaben für das Jahr 1972 enthalten 9 Informationen des Typs „SIRA-Ausgang“, 1973: 34, 1974: 17, 1975: 33, 1976: 54, 1977: 18. Für die Jahre 1972, 1988 und 1989 sind erhebliche sowie für 1987 kleinere Überlieferungslücken festzustellen, weshalb die Zahlen für diese Jahre relativ gering ausfallen. Dies gilt auch für die nachfolgenden Tabellen. Zu den 28 Informationen der Jahre 1960–1968 siehe Anm. 90.

⁹⁴ Zur Erläuterung der niedrigen Zahlenwerte für das Jahr 1988 siehe Anm. 93.

⁹⁵ Zur Erläuterung der niedrigen Zahlenwerte für das Jahr 1989 siehe ebenda.

⁹⁶ Jede SIRA-Information wird in den nachfolgenden Statistiken nur genau einem formalen oder inhaltlichen Schwerpunkt zugeordnet.

1.2.1. Informationen und Einschätzungen über Abgeordnete und fraktionsinterne Strömungen

1 701 der in der SIRA-Datenbank registrierten Berichte und Dokumente, die sich die HV A im Rahmen ihrer Spionagetätigkeit beschaffte, befassten sich mit einzelnen Abgeordneten und fraktionsinternen Strömungen.⁹⁷ Dazu gehörten: allgemeine Einschätzungen und Informationen über einzelne Abgeordnete; Einschätzungen parteiinterner Strömungen und Richtungskämpfe sowie Kräfteverhältnisse zwischen verschiedenen Parteiflügeln, sofern es die Fraktion oder einzelne Abgeordnete betraf; Berichte über Äußerungen von Abgeordneten in kleinem Kreis über aktuelle politische Fragen sowie über politische Auffassungen und Positionen einzelner oder mehrerer Abgeordneter; Informationen über Meinungsverschiedenheiten und andere Differenzen zwischen Abgeordneten einer Fraktion sowie zwischen Abgeordneten und Politikern ihrer Partei außerhalb des Bundestages; Angaben über die allgemeine Lage in einer Bundestagsfraktion.

1.2.2. Bundestagswahlen

1 672 Informationen befassten sich mit verschiedenen Aspekten der Bundestagswahlen. Teilweise bezogen sie sich direkt auf Mitglieder des Bundestages sowie auf Bundestagskandidaten: so ging es um Äußerungen und politische Positionen einzelner Abgeordneter sowie um Hinweise auf parteiinterne Differenzen oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern innerhalb einer Partei im Kontext einer Bundestagswahl, ferner um Analysen, Meinungen und Hinweise seitens der Abgeordneten zu Wahlergebnissen, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildungen.

Informationsbeschaffung zu Bundestagswahlen zielte aber auch auf die Parteien als solche, auf ihre Wahlvorbereitungen und Wahlkampfstrategien, ihre Wahlprogramme und die Wahlkampffinanzierung. Darüber hinaus interessierte sich die HV A auch dafür, wie Politiker außerhalb des Parlaments, andere Personen des öffentlichen Lebens und ausländische Regierungen den Ausgang einer Bundestagswahl einschätzten.

Der Themenkomplex „Bundestagswahlen“ dokumentiert daher nur teilweise direkte Spionage gegen einzelne Abgeordnete. Gleichwohl waren sie indirekt immer mit betroffen.

Die nachfolgende Tabelle lässt erkennen, dass in den Wahl-Jahren 1969, 1972, 1976, 1980, 1983 und 1987 gehäuft entsprechende Informationen bei der HV A einliefen.⁹⁸

Doch auch in den Jahren dazwischen sammelte die HV A Informationen mit Bezug auf Bundestagswahlen. Sie interessierte sich für längerfristige Strategien der Parteien. So ging im April 1974 bei der HV A ein Dokument aus der CDU-Parteispitze ein, das sich mit der „Strategie der CDU bis 1976“ befasste und offenkundig Auskunft über strategische und taktische Überlegungen des damaligen CDU-Generalsekretärs Kurt Biedenkopf enthielt. Die HV A bewertete dieses Dokument als „sehr wertvoll“ (Note 1).⁹⁹ Eine Information, die die HV A im Juni 1978 erhielt und immerhin als „wertvoll“ (Note 2) einschätzte, befasste sich mit dem „Ausgang der Landtagswahl-

⁹⁷ Diese Zahl berücksichtigt jene Informationen, die im Rahmen der *Sachrecherche* in der SIRA-Teildatenbank 12 zum Thema „Deutscher Bundestag“ ermittelt werden konnten. Die HV A kennzeichnete jedoch nicht alle Informationen über Angeordnete mit dem Deskriptor „Bundestag“. Eine *Persone*recherche nach den Namen der Abgeordneten führt daher zu weiteren Fundstellen in der SIRA-Datenbank. Vgl. hierzu Kapitel 1.3., S. 130 ff.

⁹⁸ Da die Bundestagswahl 1987 bereits zu Jahresbeginn, am 25.1., stattfand, fand der Wahlkampf zu einem erheblichen Teil bereits 1986 statt, was sich auch in Tabelle 2 niederschlägt.

⁹⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7400960; dieses Dokument erlangte die HV A von Christel Broszey, die von 1970 bis 1979 im CDU-Bundesvorstand als Sekretärin arbeitete und zugleich für die HV A als IM „Christel“, Reg.-Nr. XV/3233/69, tätig war.

len in Niedersachsen, [den] bevorstehenden Wahlen in Hessen, [und] Probleme[n] der SPD in Vorbereitung der Bundestagswahlen“.¹⁰⁰

Im Dezember 1988 unterzeichnete der damalige HVA-Chef Werner Großmann die sogenannte Planorientierung für das Jahr 1989. Darin formulierte er für die HV A unter anderem die Aufgabenstellung:

„Aufzuklären und zu beeinflussen ist die weitere Entwicklung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses in der BRD. Dabei sind im Vorfeld einer Serie wichtiger Landtagswahlen und der Bundestagswahl im Jahre 1990 [!] die Wahl des Bundespräsidenten (23.5.1989), die Europawahlen (18.6.1989) sowie Kommunalwahlen in Hessen (12.3.1989), Rheinland-Pfalz und dem Saarland (18.6.1989), Nordrhein-Westfalen (1.10.1989) und Baden-Württemberg (22.10.1989) von Bedeutung.“¹⁰¹

In dieser Aufgabenstellung ist die langfristige Perspektive der HV A im Hinblick auf Bundestagswahlen, die in den beispielhaft genannten Informationen aus den Jahren 1974 und 1978 erkennbar ist, deutlich zum Ausdruck gebracht.

Tabelle 2: Anzahl der Spionageinformationen mit Bezug zu Bundestagswahlen, die von der HV A in der SIRA-Teildatenbank 12 registriert wurden

Jahr	Anzahl Eingangs- informationen
1969	48
1970	2
1971	1
1972	18
1973	18
1974	20
1975	38
1976	68
1977	9
1978	10
1979	177
1980	320
1981	3
1982	127
1983	307
1984	3
1985	86
1986	303
1987	111
1988	0 ¹⁰²
1989	3 ¹⁰³
Summe	1672

¹⁰⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7805339; diese Information wird auf die Quelle „Siegfried“, Reg.-Nr. XV/13815/73, zurückgeführt und stammte demnach aus dem Umfeld der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn; vgl. hierzu S. 100. Aus dem SIRA-Datensatz ist nicht ersichtlich, inwieweit exklusives Hintergrundwissen in diese Information einfluss, welches die gute Benotung erklären könnte.

¹⁰¹ MfS, Stellvertreter des Ministers [Großmann], 1.12.1988: Planorientierung des Leiters der Hauptverwaltung A für das Jahr 1989; BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XV, 24, Bl. 6–41, hier 22 f. Ediert in: Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS, 1999, S. 485–510, hier 496. Hervorhebung im Original. Für die 1970er Jahre sind derartige Planorientierungen nicht überliefert.

¹⁰² Zur Erläuterung der niedrigen Zahlenwerte für das Jahr 1988 siehe Anm. 93.

¹⁰³ Zur Erläuterung der niedrigen Zahlenwerte für das Jahr 1989 siehe ebenda.

1.2.3. Auslands- und DDR-Reisen von Abgeordneten

Über Auslandsbesuche der Abgeordneten erfasste die HV A erstaunlich selten Informationen in der SIRA-Datenbank. Die Gründe hierfür sind nicht ersichtlich. Insgesamt konnten 96 Spionageinformationen ermittelt werden, die entweder Auslandsreisen von Abgeordneten oder Besuche ausländischer Politiker bei Bundestagsmitgliedern zum Inhalt hatten. Damit ist dieser Themenbereich unvollständig dokumentiert und widerspiegelt den Kenntnisstand der HV A vermutlich nur lückenhaft.

Hinzu kommen 45 Informationen über Reisen von Abgeordneten in die DDR. Sie betrafen überwiegend Abgeordnete der Grünen. Einreisen der Parlamentarier in die DDR wurden allerdings auch von anderen MfS-Dienststeinheiten ausführlich dokumentiert (siehe hierzu in diesem Gutachten das Kapitel C. 5., Seite 299 ff.).

Die Informationen über Auslandsreisen der Abgeordneten bestanden offenkundig meistens aus Reiseberichten und gaben Auskunft darüber, wie Abgeordnete eine Reise und die hierbei geführten Gespräche einschätzten. In einigen Fällen gelangte die HV A vorab an Reisekonzeptionen. Die von der HV A dokumentierten Auslandsreisen wurden entweder von bekannteren Politikern unternommen oder es handelte sich um Reisen einer Bundestagsdelegation.

Geografisch waren die in der SIRA-Datenbank dokumentierten Reiseziele breit gestreut, angefangen von verschiedenen europäischen Ländern über den Nahen Osten und das südliche Afrika, die USA, Lateinamerika bis nach Ost- und Südostasien. Einige wichtige Länder fehlen: so sind in der SIRA-Datenbank keine Informationen über Abgeordnetenreisen nach Frankreich, Italien und Großbritannien verzeichnet. Ein besonderes Interesse der HV A ist hingegen an Reisen von Abgeordneten nach Polen und in die Sowjetunion erkennbar; dies gilt – wenig überraschend – insbesondere für die späten sechziger und frühen siebziger Jahre. Nachfolgend einige Beispiele:

Über die Reise des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt und seiner beiden Stellvertreter Egon Franke und Alex Möller vom 20. bis 22. August 1969 nach Moskau gingen bei der HV A Mitte September drei Informationsberichte ein.¹⁰⁴

Eine Einschätzung der Moskau-Reise, die die Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand (SPD) und Werner Mertes (FDP) vom 16. bis 20. Februar 1971 unternommen hatten, erreichte die HV A bereits am 4. März 1971. Als Informant¹⁰⁵ fungierte offenbar Wienand selbst, dessen Kontakt zur HV A damals wahrscheinlich noch keinen geheimdienstlichen Charakter hatte.¹⁰⁶

Über die Reise des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick nach Polen im Juni 1971 informierte die HV A umgehend der Berliner FDP-Abgeordnete William Borm (IM „Olaf“).¹⁰⁷

Informationen über „Konzeptionelle außenpolitische Vorstellungen des SPD-Vorsitzenden Brandt in Vorbereitung seiner Reise in die UdSSR“ erlangte die HV A offenbar über Karl Wienand

¹⁰⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE6901106 (Note 3), SE6901180 (Benotung fehlt), SE6901781 (Note 3). Die Informanten waren einmal der DGB-Sekretär Wilhelm Gronau (IM „Steiger“, Reg.-Nr. XV/11825/60), einmal Gerhard Grunwald (IM „Mai“, Reg.-Nr. XV/6455/60), der über einen guten Zugang zum Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Egon Franke verfügte (siehe Anm. 396). Über den dritten Informanten fehlen Angaben. Zu der Moskau-Reise und den dort geführten Gesprächen siehe auch die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Ruete, veröffentlicht in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. München 2000, Bd. II, S. 1001–1008, sowie Der Spiegel 23(1969)35 v. 25.8.1969, S. 21 f.: Moskau-Reise: Leute des Volkes.

¹⁰⁵ Der Begriff „Informant“ bezeichnet in diesem Gutachten sowohl IM als auch andere Kategorien von Personen, von denen das MfS auf unterschiedliche Weise Informationen erhielt, beispielsweise auch auf dem Wege der gesprächsweisen „Abschöpfung“, bei der sich das MfS nicht zu erkennen gab.

¹⁰⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7100525 (Benotung fehlt), Quelle: „Krüger“, XV/18556/60. Zu Wienand siehe ausführlich S. 243–245.

¹⁰⁷ Ebenda, SE7101662 (Note 3), Eingang des Berichts der Quelle „Olaf“, Reg.-Nr. XV/4604/60, bei der HV A am 18.6.1971.

und den Journalisten Karl-Heinz Maier (IM „Komet“).¹⁰⁸ Die HV A legte einen darauf basierenden Bericht der Partei- und Staatsführung in der DDR vor.¹⁰⁹

Im Sommer 1979 reiste der FDP-Abgeordnete Jürgen Möllemann in den Nahen Osten und sprach dort mit PLO-Vertretern. Anschließend berichtete er „im engsten Kreis“ darüber. Zu diesem Kreis hatte offenbar auch der IM „Sascha“ Zugang; er lieferte der HV A über Möllemanns Reise einen vier Seiten langen Bericht, den die HV A als „wertvoll“ (Note 2) einschätzte.¹¹⁰

Über eine Informationsreise einer Delegation des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie nach Japan im August und September 1979 berichteten zwei Informanten. Der eine war Gerhard Flämig, SPD-Abgeordneter und Mitglied dieses Ausschusses, von dem die HV A eine 46-seitige Dokumentation zu dieser Reise erlangte.¹¹¹ Die andere war die Redakteurin Doris Bretschneider, die seit 1978 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim „Deutschen Atomforum e.V.“ machte und von Gerhard Flämig ausdrücklich für diese Stelle empfohlen worden war.¹¹²

Als „sehr wertvoll“ schätzte die HV A einen Bericht ein, in dem es um eine Reise von Mitgliedern des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle – einem Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses – nach Wien in der ersten Jahreshälfte 1980 ging. Dieser Bericht erwähnte die Ausschussmitglieder Alfons Pawelczyk (SPD), Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg (CSU), Karsten Voigt (SPD) und Kurt Jung (FDP) sowie den Abgeordneten Alfred Biehle (CSU), der dem Verteidigungsausschuss angehörte. Der Bericht ging der HV A allerdings nicht über einen ihrer IM zu, sondern kam vom tschechoslowakischen Geheimdienst StB.¹¹³

Ebenfalls vom tschechoslowakischen Geheimdienst erhielt die HV A zwei Jahre später eine „Information über ein geplantes Treffen zwischen amerikanischen Kongressmitgliedern und Bundestagsabgeordneten“.¹¹⁴

Auch den Reisen des Verteidigungsausschusses galt das Interesse der HV A. 1984 ging bei ihr ein Bericht über die Reise einer Delegation des Verteidigungsausschusses nach Spanien und Portugal im Frühjahr 1984 ein. Die SIRA-Datenbank ordnet diesen Bericht dem Vorgang „Petra“, Reg.-Nr. XV/1471/65, zu.¹¹⁵ Unter der Registriernummer XV/1471/65 ist in den „Rosenholz“-Unterlagen in der Personenkartei auf einer Karteikarte F 16 unter anderem verzeichnet: Deuling,

¹⁰⁸ Ebenda, SA7501775 (Benotung fehlt); Quellen: „Krüger“, Reg.-Nr. XV/18556/60; „Komet“, Reg.-Nr. XV/15996/60. Karl-Heinz Maier (IM „Komet“), Redakteur, seit 1968 Leiter des Studios der „Deutschen Welle“ in Westberlin und Mitglied der SPD, über die er viele Informationen lieferte; von 1956 bis 1989/90 als IM der HV A II/4 geführt; siehe Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. Berlin, München 2001, S. 207–210, sowie Müller, Michael-Ludwig: Vom Friseur zum IM „Komet“: Die Karriere des Journalisten K.-H. Maier. In: Fischer, Evelyn (Hg.): Unter 3. Berliner Presse Club. Geschichte einer Institution. Berlin 2007, S. 54–59.

¹⁰⁹ Vgl. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7501775. Der Bericht ist im Archiv des BStU nicht vorhanden.

¹¹⁰ Ebenda, SE7920948, Quelle: „Sascha“, Reg.-Nr. XV/3060/75. „Sascha“ verfügte offenbar über einen guten Zugang zum Auswärtigen Amt in Bonn und besaß die Staatsbürgerschaft eines arabischen Landes. Nach Müller-Enbergs: Was wissen wir über die DDR-Spionage, 2003, S. 34–71, hier 52, handelte es sich bei „Sascha“ um einen „hochrangigen PLO-Funktionär“.

¹¹¹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8002031 (Note 3), Quelle: „Walter“, Reg.-Nr. XV/750/66. Die Information erreichte die HV A erst am 20.3.1980, also mit halbjähriger Verzögerung.

¹¹² Ebenda, SE8000076 (Note 3), Quelle: „Smaragd“, Reg.-Nr. XV/3365/71. Zu Bretschneider (IM „Smaragd“), die von ihrem damaligen Ehemann Hartmut Meyer dem MfS zugeführt worden war, vgl. auch das erstinstanzliche Urteil gegen den langjährigen Leiter der HV A, Mark Wolf: OLG Düsseldorf, Urteil v. 6.12.1993 – Az. IV-40/92, veröffentlicht in: Marxen, Klaus; Werle, Gerhard (Hg.); Schäfer, Petra; Thiemrodt, Ivo (Mitarb.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bd. 4: Spionage. Berlin 2004, S. 7–153, hier 72–74.

¹¹³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8003659 (Note 1), bei der HV A am 19.5.1980 eingegangen.

¹¹⁴ Ebenda, SE8200084 (Note 3), bei der HV A am 8.1.1982 eingegangen.

¹¹⁵ Ebenda, SE8406272 (Note 3), Vorgang: „Petra“, Reg.-Nr. XV/1471/65, bei der HV A am 20.9.1984 eingegangen. Vgl. auch BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/1471/65.

Barbara; Sekretärin, SPD-Bundestagsfraktion.¹¹⁶ Ferner befindet sich in den „Rosenholz“-Unterlagen unter derselben Registriernummer ein Statistikbogen. Dort heißt es unter der Überschrift „Angaben zum IM“ unter anderem: „Deckname/Vorgang: Petra – XV/1471/65“ sowie „Kategorie: O-Quelle“.¹¹⁷

Über die Reisen von Mitgliedern des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Frühjahr 1986 nach Moskau und Washington berichteten gleich mehrere Quellen. Als „wertvoll“ stufte die HV A das dokumentarische Material ein, das ihr IM „Jürgen“ zu beiden Reisen übergab. In Moskau waren demnach unter anderem die Ausschussmitglieder Egon Bahr (SPD), Hans Graf Huyn (CSU), Helmut Schäfer (FDP), Jürgen Todenhöfer (CDU) und Günter Verheugen (SPD) sowie Torsten Lange (Grüne) vom Verteidigungsausschuss.¹¹⁸ Unter dem Decknamen „Jürgen“ führte die HV A damals Hans Mario Bauer, den wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Bürogemeinschaft der SPD-Abgeordneten Heide Simonis, Norbert Gansel und Horst Jungmann. Bauer war als Mitarbeiter ausschließlich für Horst Jungmann tätig. Jungmann gehörte von 1976 bis 1988 als ordentliches Mitglied dem Verteidigungsausschuss an, Norbert Gansel von 1983 bis 1997 als stellvertretendes Mitglied. Da sich auch der Verteidigungsausschuss mit Abrüstungsfragen befasste, verfügte IM „Jürgen“ über vergleichsweise leichten Zugang zu entsprechenden Unterlagen.¹¹⁹ Außerdem war Norbert Gansel von 1980 bis 1997 ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Inhalte der Moskaureise des Unterausschusses erfuhr die HV A auch über mehrere Gesprächskontakte der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn¹²⁰ sowie über einen bundesdeutschen Journalisten, der bereits seit vielen Jahren als Korrespondent für mehrere deutschsprachige Zeitungen aus Moskau berichtete und bei der HV A unter dem Decknamen „Rabe“ geführt wurde.¹²¹

1.2.4. Berichte und Dokumente aus Bundestagsausschüssen

Ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Arbeit wurde und wird in den Bundestagsausschüssen geleistet. Die Geschäftsordnung des Bundestages charakterisiert die Ausschüsse als die „vorbereitenden Beschlussorgane des Bundestages“.¹²² Dort finden Meinungsfindungs- und Abstimmungsprozesse statt, werden Gesetzentwürfe beraten, verworfen oder dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Informationen und Dokumente aus den Bundestagsausschüssen verschafften der HV A einen Informationsvorsprung, weil sie frühzeitig über zu erwartende Gesetze

¹¹⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1471/65. Siehe auch die Ausführungen in Anm. 117.

¹¹⁷ Ebenda. Zur Struktur der „Rosenholz“-Unterlagen siehe S. 162–164. Zum Begriff O-Quelle siehe S. 222 sowie Anm. 793 u. 794. Zur Reg.-Nr. XV/1471/65 vgl. auch Tabelle 15, S. 110.

Barbara Deuling hat am 23.1.2008 eidesstattlich versichert, „zu keiner Zeit bewusst und/oder gewollt mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammen gearbeitet“ zu haben. Das Hanseatische OLG Hamburg folgte ihr hierin, indem es die Behauptung für unzulässig erklärte, Barbara Deuling „sei als Bundesbürgerin wissenschaftlich und willentlich für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR tätig gewesen“; OLG Hamburg, Urteil v. 3.5.2011 – Az. 7 U 26/10, S. 5.

¹¹⁸ Ebenda, SE8603404 (Note 2), Quelle: „Jürgen“, XV/2808/78; die Moskaureise fand vom 9. bis 11.4.1986 statt, der Ergebnisbericht hierüber traf schon am 21.4.1986 bei der HV A ein. In Washington hielt sich die Delegation vom 17. bis 19.6.1986 auf; Dokumente hierüber erreichten die HV A am 3.7.1986.

¹¹⁹ OLG Düsseldorf, Urteil v. 18.2.1998 – Az. VII-21/94.

¹²⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8603319 (Note 3), Quelle: „Bar/002“, Reg.-Nr. XV/3140/82, bei der HV A am 18.4.1986 eingegangen, sowie SE8603646 (Note 3), Quelle: „Bar/875“, Reg.-Nr. XV/3140/82, eingegangen am 28.4.1986.

¹²¹ Ebenda, SE8603765 (Note 3), Quelle: „Rabe“, Reg.-Nr. XV/3438/60, bei der HV A am 2.5.1986 eingegangen.

¹²² Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.7.1980 (Bundesgesetzblatt (BGBl.) I, S. 1237), zuletzt geändert laut Bekanntmachung vom 24.11.2011 (BGBl. I, S. 2454), § 62 (1). Im Internet abrufbar unter http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/go_btg/go07.html (Stand: 23.4.2012).

und Entscheidungen informiert war. Die Ausschusssitzungen fanden zudem im Regelfall nicht öffentlich statt.¹²³ Häufig behandelten sie vertrauliche Themen.

Nachfolgend wird summarisch die Anzahl der bei der HV A registrierten Informationen aus den verschiedenen Bundestagsausschüssen angegeben. Mehrheitlich handelte es sich bei diesen Informationen um Kopien der Sitzungsprotokolle. Vereinzelt kommen auch Informationen aus Bundestags-Untersuchungsausschüssen, Enquete-Kommissionen oder Beiräten vor. Gelegentlich fasste die HV A in ihrer Datenbank mehrere Sitzungsprotokolle – auch aus verschiedenen Ausschüssen – zu einer einzigen Information zusammen.

Sofern die HV A Dokumente oder Informationen aus Ausschüssen beschaffte, aber in der SIRA-Datenbank die Herkunft nicht vermerkte, bleiben sie in der folgenden Untersuchung unberücksichtigt, weil der Bezug zum jeweiligen Ausschuss kaum zu erkennen ist. Insofern sind die nachfolgenden Befunde wiederum nur als Näherungswerte anzusehen. Eine umfassende Recherche zu jedem einzelnen Ausschuss wird zu höheren Zahlen führen.

¹²³ Die bis 1970 geltende Fassung der Geschäftsordnung des Bundestages bestimmte in § 73 (1) knapp: „Die Beratungen der Ausschüsse sind nicht öffentlich.“ Zit. in: Deutscher Bundestag (Hg.): Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode. Darmstadt o. J. [1965/66], S. 127. 1970 wurde diese Bestimmung etwas gelockert. In der Fassung vom 22.5.1970 hieß es in § 73 (2) der Geschäftsordnung: „Die Beratungen der Ausschüsse sind grundsätzlich nicht öffentlich. Der Ausschuss kann beschließen, dass die Öffentlichkeit zugelassen wird.“ Zit. in: Deutscher Bundestag (Hg.): Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode. Darmstadt o. J. [1972], S. 153. Sinngemäß gilt diese Bestimmung bis zur Gegenwart.

Tabelle 3: Anzahl der in der SIRA-Teildatenbank 12 nachgewiesenen Informationen zu Bundestagsausschüssen (Informationseingänge pro Jahr)

Jahr	Anzahl Eingangsinformationen	Jahr	Anzahl Eingangsinformationen
1969	7	1980	33
1970	14	1981	52
1971	19	1982	41
1972 ¹²⁴	0	1983	34
1973	12	1984	32
1974	24	1985	25
1975	20	1986	28
1976	24	1987	26
1977	37	1988	1 ¹²⁵
1978	43	1989	2 ¹²⁶
1979	42	Summe	516

Folgt man den Daten der SIRA-Teildatenbank 12, so beschaffte die HV A nicht aus jedem Bundestagsausschuss kontinuierlich Informationen. Es muss dahingestellt bleiben, ob die HV A an einigen Ausschüssen kein Interesse hatte, oder in einigen Fällen nicht beständig über Informanten verfügte. Sofern Ausschüsse über nicht vertrauliche Gegenstände verhandelten und Kontroversen öffentlich ausgetragen wurden, bedurfte es keiner geheimdienstlichen Informationsbeschaffung. Unter diesem Gesichtspunkt waren nicht alle Bundestagsausschüsse für das MfS von Bedeutung.

Aus geheimdienstlicher Perspektive gehörten die Ausschüsse für Verteidigung, Auswärtiges und Haushalt zu den bedeutenderen. Die beiden Erstgenannten tagten bis 1990 nicht öffentlich und zählten außerdem zu den „geschlossenen Ausschüssen“, zu denen grundsätzlich nur die Ausschussmitglieder und deren namentlich benannte Stellvertreter Zugang hatten, aber keine anderen Abgeordneten.¹²⁷ In diesen drei Ausschüssen wurden sicherheitsrelevante und vertrauliche Themen behandelt, die häufig auch die Interessen der DDR berührten. Sie werden deshalb nachfolgend eingehender betrachtet. Aber auch andere Ausschüsse, etwa der für innerdeutsche Beziehungen, dürfte für die HV A von Interesse gewesen sein.

Die nachfolgende Tabelle zeigt, wie viele Informationen über die einzelnen Bundestagsausschüsse in welchem Zeitraum bei der HV A erfasst wurden. Dabei weist die Tabelle nur solche Informationseingänge in der SIRA-Teildatenbank 12 aus, die die HV A mit dem Deskriptor „Bundestag“ gekennzeichnet hatte und bei denen sie explizit den jeweiligen Ausschuss nannte. Tatsächlich lag die Zahl der von der HV A beschafften Informationen aus Bundestagsausschüssen höher. Denn nicht bei allen politischen Insiderinformationen, die die HV A aus Bundestagsausschüssen erhielt,

¹²⁴ Die vorliegende Tabelle berücksichtigt nur solche SIRA-Datensätze, die den Deskriptor „Bundestag“ enthalten. Wie bereits ausgeführt, sind aber nicht alle Informationen zu Bundestagsangelegenheiten mit diesem Deskriptor gekennzeichnet. Das gilt beispielsweise für den auf S. 65 f. beschriebenen „Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele“, über den die HV A 1972 in der SIRA-Datenbank eine Information verzeichnete, ohne sie jedoch mit dem Deskriptor „Bundestag“ zu kennzeichnen. Siehe dort auch Anm. 212. Hinzu kommt, dass die SIRA-Teildatenbank 12 für die Jahre 1972, 1988 und 1989 deutliche Überlieferungslücken aufweist, was in dieser Tabelle die geringen Zahlenwerte für die drei genannten Jahre erklärt.

¹²⁵ Zur Erläuterung der niedrigen Zahlenwerte für das Jahr 1988 siehe Anm. 93.

¹²⁶ Zur Erläuterung der niedrigen Zahlenwerte für das Jahr 1989 siehe ebenda.

¹²⁷ Vgl. Berg, Hans-Joachim: Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Kontrollorgan zwischen Macht und Ohnmacht. München 1982, S. 128 f. u. 138–143. Schick, Rupert; Zeh, Wolfgang: So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise. Die Gesetzgebung des Bundes. 3., völlig überarb. Aufl., Rheinbreitbach 1987, S. 39.

vermerkte sie in der SIRA-Datenbank die Herkunft der Information.¹²⁸ Eine verfeinerte Recherche in der SIRA-Datenbank, die für jeden Ausschuss noch weitere Suchbegriffe¹²⁹ oder auch Personennamen zugrunde legen könnte, würde daher zusätzliche Informationslieferungen aus Ausschüssen an die HV A belegen.

Tabelle 4: Anzahl der in der SIRA-Teildatenbank 12 nachgewiesenen Informationen zu Bundestagsausschüssen (Informationseingänge pro Ausschuss)¹³⁰

Institution ¹³¹	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen	Anzahl der Informationen
Haushaltsausschuss	1970–1987	128
Verteidigungsausschuss	1969–1987	79
Ausschuss für Forschung und Technologie	1973–1987	64
Auswärtiger Ausschuss	1969–1987	60
Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen	1969–1986	53
Ausschuss für Wirtschaft	1971–1987	37
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit	1973–1988	37
Innenausschuss	1971–1989	26
Finanzausschuss	1969–1989	15
Sportausschuss ¹³²	1970–1983	11
Ausschuss für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen ¹³³ bzw. Verkehrsausschuss	1977–1987	7
Ausschuss für Bildung und Wissenschaft	1971–1984	4
Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1978–1983	3
Rechtsausschuss	1977–1978	3
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	1971, 1977	2

¹²⁸ Diese Problematik wird unten, S. 55, am Beispiel der auf den Abgeordneten Werner Marx angesetzten Agentin Inge Goliath verdeutlicht. Hinzu kommt als methodisches Problem, dass die Zahlen je nach Recherche-Ansatz etwas variieren.

¹²⁹ Dies könnten allgemein gehaltene Suchbegriffe wie „Gesetz“ und „Entwurf“ sein, aber auch Fachbegriffe, die in dem jeweiligen Ausschuss häufig verwendet werden.

¹³⁰ Tabelle 3 folgt, wie weiter oben schon erläutert, dem Prinzip, dass jede in SIRA erfasste Information nur ein einziges Mal gezählt und nur einem Sachverhalt zugeordnet wird. In Tabelle 4 wird eine SIRA-Eingangsinformation jedoch doppelt zugeordnet und somit doppelt gezählt, wenn sie inhaltlich zu zwei verschiedenen Ausschüssen gehört. So bestand zum Beispiel die Information SE8604504 vom 26.5.1986 aus dem Kurzprotokoll der 90. Sitzung des Haushaltsausschusses und dem Kurzprotokoll der 11. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft. Beide Kurzprotokolle hatte IM „Jutta“, Reg.-Nr. XV/1815/60 (wie Anm. 134), beschafft.

¹³¹ Die Benennung der Ausschüsse folgt im Wesentlichen den in der 7. Wahlperiode (1972–1976) verwendeten Bezeichnungen. Eine Auflistung aller Bundestagsausschüsse nebst Unterausschüssen ab der 1. Wahlperiode in: Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999 (Hg. Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste). Bd. 2, Baden-Baden 1999, S. 2024–2074. Eine Zusammenstellung aller Bundestagsausschüsse zwischen 1949 und 2002 mit namentlicher Auflistung der jeweiligen Ausschussmitglieder in jeder Wahlperiode in: Vierhaus, Rudolf; Herbst, Ludolf (Hg.); Jahn, Bruno (Mitarb.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. Bd. 3, München 2003, 467–587.

¹³² Siehe auch die statistischen Bemerkungen in Anm. 124 und 212.

¹³³ 1983 teilte sich der Ausschuss in einen Verkehrsausschuss und einen Ausschuss für das Post- und Fernmeldewesen. Die Informationen ab 1983 betrafen nur den Verkehrsausschuss.

Institution	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen	Anzahl der Informationen
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1986	1
Untersuchungsausschüsse	1973–1974, 1987	6
Enquete-Kommissionen (darin: Chancen und Risiken der Gentechnologie: 7; Zukünftige Kernenergie: 6; sonstige: 4)	1971, 1980–1986	17
Beirat des Bundestages für handelspolitische Vereinbarungen	1976–1984	3
Zuordnung zu einem bestimmten Ausschuss nicht möglich	1970–1987	16
Summe	1969–1989	572

1.2.4.1. Haushaltsausschuss

Zwischen 1970 und 1987 (über die Jahre 1988 und 1989 liegen in SIRA keine Daten vor) erfasste die HV A in der SIRA-Teildatenbank 12 mindestens 128 Informationen, die sich auf den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bezogen. Zum ganz überwiegenden Teil handelte es sich hierbei um Ablichtungen von Sitzungsprotokollen des Ausschusses. 83 der 128 Informationen bezog die HV A von einer einzigen inoffiziellen Mitarbeiterin, Inge Wucyna alias IM „Jutta“. Wucyna war Angestellte beim Berliner Finanzsenator und Leiterin der Verbindungsstelle des Finanzsenators zum Bund.¹³⁴ Das bedeutet, der Haushaltsausschuss wurde maßgeblich von einer einzigen, Westberliner Quelle der HV A ausspioniert. Wucyna belieferte die HV A durchgängig von 1970 bis 1987 vor allem mit Sitzungsprotokollen des Ausschusses, aber auch mit anderen Dokumenten. Faktisch beschaffte sie mehr als die genannten 83 Informationen, doch ist die Verzeichnung in SIRA nicht immer eindeutig. So wird manchmal nur angegeben, dass die Quelle „Jutta“ Protokolle von Ausschusssitzungen des Bundestages und auch des Bundesrates beschaffte, ohne dass der Ausschuss näher bezeichnet wird.¹³⁵ In den meisten Fällen dürfte es sich ebenfalls um den Haushaltsausschuss gehandelt haben.

Während Inge Wucyna die Protokolle der Haushaltsausschusssitzungen im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben in die Hände bekam, verhielt es sich bei Adolf Kanter alias IM „Fichtel“ anders. Kanter, der politisch der rheinland-pfälzischen CDU entstammte, war Lobbyist des Flick-Konzerns und von 1973/74 bis 1981 stellvertretender Leiter des Bonner Büros der Flick KG. In dieser Eigenschaft hatte er gute Verbindungen zu allen Bundestagsparteien. Der HV A und ihren Vorgängereinrichtungen diente er inoffiziell bereits seit 1948.¹³⁶ 13 der 128 Informationen zum Haushaltsausschuss hatte er für die HV A beschafft, und zwar im Zeitraum von 1976 bis 1983. Da Kanter kein politisches Amt ausübte, konnte er nur im Rahmen seiner Lobbyarbeit an einschlägige politische Informationen gelangen. Das setzte zumindest in einigen Fällen Indiskretionen seitens der Politiker oder ihrer Mitarbeiter voraus. Kanter lieferte offenbar nur zweimal ein Sitzungsprotokoll.¹³⁷ Ansonsten erhielt die HV A von ihm vor allem Dokumente über Sachverhalte, mit denen sich der Haushaltsausschuss beschäftigte. Dazu gehörten beispielsweise grundsätzliche Fragen zu Bürgschaften für den Handel mit sozialistischen und arabischen Ländern.¹³⁸

Von 1984 bis 1986 weist die SIRA-Datenbank insgesamt neun Informationslieferungen der Quelle „Dorn“ nach, einem Beamten im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.¹³⁹

¹³⁴ Inge Wucyna, IM „Jutta“, Reg.-Nr. XV/1815/60; BStU, MfS, Bestand Rosenholz. Vgl. auch Berliner Zeitung v. 26.2.2002, S. 22: Bewährung für 69 Jahre alte Spionin.

¹³⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7003766, SE8203498, SE8301429, SE8302480.

¹³⁶ Herbstritt: Bundesbürger, 2007, S. 343. Ausführlich zu Kanter siehe unten, S. 69 f.

¹³⁷ Ebenda, SE8301379 und SE8301380: Kurzprotokolle der 62. und 64. Sitzung des Haushaltsausschusses, 160 bzw. 123 Blatt, jeweils Note 3 und am 25.2.1983 bei der HV A eingegangen.

¹³⁸ Ebenda, SE7601756, SE7805618, SE7821473, SE8120836, jeweils Note 3.

¹³⁹ Zu „Dorn“ siehe unten, Anm. 274.

Die übrigen 19 Quellen, die zum Informationsaufkommen über den Haushaltsausschuss beitrugen, lieferten zumeist nur eine einzige Information. Darunter befindet sich auch einmal ein Bundestagsabgeordneter, und zwar Gerhard Flämig (IM „Walter“), der der HV A im April 1971 über „Intrigen im Haushaltsausschuss des Bundestages“ berichtete.¹⁴⁰

Mehrere IM, nicht nur die drei relevanten IM „Jutta“, „Fichtel“ und „Dorn“, lieferten der HV A aus dem Haushaltsausschuss auch Informationen, die die Verteidigungs- und Rüstungspolitik betrafen. Dazu gehörten beispielsweise ein „Protokoll der 80. Sitzung des Haushaltsausschusses zu rüstungspolitischen Fragen“¹⁴¹, ein Dokument über das „NATO-Infrastrukturprogramm 1980–1984“ als Vorlage 58/79 des Bundesfinanzministeriums¹⁴² und ein „Kurzprotokoll der 51. Sitzung des Haushaltsausschusses im Bundestag der BRD vom 31.1.85, TOP 2 zur Beschaffung der Flugabwehrraketensysteme Patriot und Roland“¹⁴³.

Im Rahmen eines weitergehenden Forschungsprojektes ließe sich die Informationsbeschaffung aus den Bundestagsausschüssen detaillierter analysieren. Die hier vorgestellten Beispiele können nur die Problemlage umreißen und exemplarisch vertiefen.

1.2.4.2. Verteidigungsausschuss

Anders als im Falle des Haushaltsausschusses verfügte die HV A im Hinblick auf den Verteidigungsausschuss nicht über einen einzelnen Agenten wie IM „Jutta“, der kontinuierlich Informationen geliefert hätte. Die 79 Informationen aus dem oder über den Verteidigungsausschuss, die in der oben stehenden Tabelle ausgewiesen sind, gehen auf 23 verschiedene Quellen zurück. 19 von ihnen lieferten nur eine oder zwei Informationen.¹⁴⁴ Dagegen werden in der SIRA-Datenbank vier Quellen als vergleichsweise ergiebig dargestellt:

Der Journalist und Wehrexperte Gerhard Baumann (IM „Schwarz“) stand der CSU nahe und gehörte ihrem Wehrpolitischen Arbeitskreis an. Er war seit Langem auf militärische Themen spezialisiert; so war er 1960 bis 1971 Chefredakteur der Zeitschrift *Soldat im Volk*.¹⁴⁵ Zwischen 1977 und 1985 lieferte er immerhin 18 einschlägige Dokumente oder Berichte.

16 Informationslieferungen mit Bezug zum Verteidigungsausschuss registrierte die HV A in den Jahren 1981 bis 1982 von der Sekretärin Johanna Olbrich alias Sonja Lüneburg, die seit 1969 für die FDP-Bundesgeschäftsstelle sowie anfangs für den FDP-Abgeordneten William Borm und später für den FDP-Politiker Martin Bangemann arbeitete und den Decknamen „Anna“ trug.¹⁴⁶

¹⁴⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7100713, Note 4.

¹⁴¹ Ebenda, SE7906264, bei der HV A am 17.8.1979 eingegangen, Quelle: „Jutta“, Note 2.

¹⁴² Ebenda, SE7905665, bei der HV A am 6.7.1979 eingegangen, Quelle: „Fichtel“, Note 3.

¹⁴³ Ebenda, SE8502072, bei der HV A am 19.3.1985 eingegangen, Quelle: „Dorn“, SE8502072, Note 3.

¹⁴⁴ Darunter befanden sich durchaus wichtige IM, deren Haupteinsatzgebiet aber in einem anderen Bereich lag, so die BND-Mitarbeiterin und HVA-Agentin Gabriele Gast („Gerald“, XV/378/68; Gast werden auch die Vorgänge „Gisela“, XV/34/69, „Denkmal“, XV/22/65, „Reinhard“, XV/3331/77 und „Katja“, ebenfalls XV/378/68 zugeordnet), die Sekretärin des CDU-Abgeordneten Werner Marx, Inge Goliath („Herta“, 1087/67), die Sekretärin im CDU-Bundesvorstand, Christel Broszey („Christel“, 3233/69), der Angehörige des Berliner Abgeordnetenhauses Bodo Thomas, SPD („Hans“, XV/14906/60), oder die Angestellte im Bundesverteidigungsministerium Erika Schmitt („Erich“, XV/47/68). Weitere Angaben finden sich in der in Anm. 368 genannten Literatur.

¹⁴⁵ Zu Baumann siehe dessen mehrbändige IM-Akte: BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1027/91; ferner die Anklageschrift des Generalbundesanwaltes gegen Baumann vom 21.12.1994 – Az. 3 StE 14/94-4; das Strafverfahren wurde wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten am 14.3.1996 vom Bayerischen Obersten Landesgericht – Az. 3 St 17/94, eingestellt. Baumann wurde von der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig unter „fremder Flagge“ geführt, indem sich die MfS-Mitarbeiter als Angehörige eines politischen Informationsdienstes des Büros des französischen Ministerpräsidenten ausgaben. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, dass Baumann die „fremde Flagge“ spätestens in den 1980er Jahren durchschaut hatte, da die ihm erteilten Aufträge eindeutig auf einen östlichen Nachrichtendienst hinwiesen.

¹⁴⁶ Die DDR-Bürgerin Johanna Olbrich wurde 1967 von der HV A unter dem Namen und der Identität der Westberlinerin Sonja Lüneburg in die Bundesrepublik eingeschleust. Die echte Sonja Lüneburg war

Als Johanna Olbrich 1985 in die DDR zurückgezogen wurde, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, hatte bereits IM „Jürgen“ damit begonnen, regelmäßig Berichte und Dokumente aus dem Verteidigungsausschuss für die HV A zu beschaffen. Allein zwischen 1983 und 1987 verzeichnete die SIRA-Datenbank von ihm 15 entsprechende Informationslieferungen. Tatsächlich spionierte er bis Ende 1989 für die HV A; doch da die SIRA-Datenbank für die Jahre 1988 und 1989 nur bruchstückhaft überliefert ist, liegen für diese beiden Jahre keine Angaben über die von ihm an die HV A übergebenen Informationen vor. Bei „Jürgen“ handelte es sich um den bereits erwähnten Hans Mario Bauer, den Mitarbeiter in der Bürogemeinschaft der SPD-Abgeordneten Heide Simonis, Norbert Gansel (1983 bis 1997 stellvertretendes Mitglied im Verteidigungsausschuss) und Horst Jungmann (1976 bis 1988 ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss, 1988 bis 1994 ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und darin mit dem Verteidigungsetat befasst). Bauer arbeitete ausschließlich für Horst Jungmann und hatte sich in dem Abgeordnetenbüro um den laufenden Bürobetrieb zu kümmern. Hierbei gelangte er an Dokumente des untersten Geheimhaltungsgrades („VS-NfD“, „Nur für den Dienstgebrauch“). Zum Umgang mit höher eingestuften VS-Unterlagen war Bauer nicht befugt, da ihm die dafür erforderlichen Sicherheitsüberprüfungen fehlten. Wie sich Horst Jungmann erinnert, übte Bauer keinen Einfluss auf politische Inhalte aus. Entscheidungsfindungsprozesse in politischen Fragen und im Hinblick auf Abstimmungsverhalten hätten in den Sitzungen der Fraktion bzw. ihrer Arbeitsgruppen stattgefunden sowie in sonstigen Gesprächen mit Fraktionskollegen.¹⁴⁷ Nachdem Bauers IM-Tätigkeit Anfang der neunziger Jahre bekannt wurde, bezogen Heide Simonis, Norbert Gansel und Horst Jungmann im Oktober 1992 hierzu öffentlich Stellung. Sie benannten seine Aufgabengebiete, hielten sich aber mit Schlussfolgerungen noch zurück: „Welcher Schaden durch seine Tätigkeit entstanden ist, können wir naturgemäß nicht abschätzen.“¹⁴⁸ Gleichwohl brachten sie ihre Enttäuschung zum Ausdruck: „Natürlich fühlen wir uns von ihm verraten und in unserem Vertrauen missbraucht. Wir müssen den Eindruck haben, dass er planmäßig auf unsere Bürogemeinschaft angesetzt worden ist.“¹⁴⁹

Immerhin acht Informationen über den bzw. aus dem Verteidigungsausschuss, darunter auch als „Verschlussache“ klassifizierte Dokumente, ordnet die SIRA-Datenbank in den Jahren 1984 bis 1986 dem Vorgang „Petra“ zu.¹⁵⁰

Aufschlussreich dürften für die HV A unter anderem die Sitzungsprotokolle des Verteidigungsausschusses gewesen sein. Folgt man der SIRA-Teildatenbank 12, so gelangte die HV A in den Besitz von fotokopierten oder abfotografierten Exemplaren der nachfolgend genannten Protokolle. Die Protokolle selbst sind im Archiv des BStU, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zwar nicht überliefert, sie könnten aber beim Deutschen Bundestag eingesehen werden. Es ist somit auch heute noch möglich, den Kenntnisstand der HV A hinsichtlich dieser Dokumente präzise nachzuvollziehen. Bei jedem einzelnen Protokoll müsste geprüft werden, welchen Geheimhaltungsgrad es trug. Kopien sämtlicher dieser Dokumente übergab die HV A dem sowjetischen

kurz zuvor aus persönlichen Gründen nach Ostberlin übersiedelt und wusste nichts vom Missbrauch ihrer biografischen Daten. Siehe hierzu das erstinstanzliche Urteil gegen Markus Wolf (wie Anm. 112), veröffentlicht in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, hier S. 68–72. Ebenso Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999, S. 70. Der IM-Vorgang zu Olbrich lief bei der HV A unter dem Decknamen „Anna“, Reg.-Nr. XV/2873/62. In seinem 2002 erschienenen Buch „Freunde sterben nicht“ widmet Markus Wolf seiner früheren Agentin Johanna Olbrich auf den Seiten 230–255 ein eigenes, wohlwollend gehaltenes Kapitel.

¹⁴⁷ Telefonische Auskunft von Horst Jungmann an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt am 12.6.2012.

¹⁴⁸ Sozialdemokratischer Informationsbrief Nr. 156/92, Kiel, 29.10.1992, S. 2.

¹⁴⁹ Ebenda.

¹⁵⁰ Neben den 5 Informationen mit Sitzungsprotokollen des Verteidigungsausschusses, die in Tabelle 5 ausgewiesen sind, gehören dazu: ein „Bericht einer Delegation des Verteidigungsausschusses des Bundestages nach Spanien und Portugal in der Zeit vom 27.5.–1.6.84“; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8406272, Note 3; eine „vertrauliche Besprechungsnotiz über die Obleute-Besprechung des Verteidigungsausschusses vom 17.1.85“; ebenda, SE8501176, Note 3; ein „Abschlussbericht des Unterausschusses des Verteidigungsausschusses – Truppenübungsplätze / Militärische Flugplätze“; ebenda, SE8502369, Note 2. Zu „Petra“ siehe S. 39 sowie Tabelle 15, S. 110.

Geheimdienst KGB.¹⁵¹ Über die Ausschusssitzungen wurden stets verschiedene Arten von Protokollen angefertigt. Die stenografischen Protokolle gaben den Sitzungsverlauf vollständig wieder. Sie waren daher aussagekräftiger und für einen Geheimdienst wertvoller als Kurzprotokolle.

Tabelle 5: Übersicht über die Sitzungsprotokolle des Verteidigungsausschusses, die die HV A auf verschiedene Weise erlangte (soweit in der SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet)¹⁵²

Bezeichnung des Dokuments in der SIRA-Teildatenbank 12	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zum Vorgang ¹⁵³
105. Sitzung Verteidigungsausschuss Bundestag Tagesordnung Unterschriften (Umfang: 8 Blatt)	15.9.1969	3	SE6901110; „Iltis“, XV/8661/61
Sitzung des Verteidigungsausschusses des westdeutschen Bundestages am 23. Mai 1973 (Umfang: 16 Blatt)	19.6.1973	3	SE7304128; „Herta“, XV/1087/67
Sitzungen des Verteidigungsausschusses des Bundestages in der Zeit vom Februar bis April 1973 (Umfang: 10 Blatt)	24.4.1973	3	SE7305609; „Christel“, XV/3233/69
Protokoll der 20. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vom Februar 1974 (Umfang: 41 Blatt)	20.3.1974	3	SE7405760; „Iltis“, XV/8661/61
Kurzprotokoll der 76. und 78. Sitzung des Verteidigungsausschusses am Mittwoch des [!] 30. Mai 79 und 20. Juni 79 (Umfang: 40 Blatt)	25.7.1979	3	SE7906724; „Schwarz“, XV/12399/60
Information über Sitzung der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung mit Bonner Ministerien zum bevorstehenden NATO-Beschluss (Umfang: 13 Blatt)	28.11.1979	1	SE7922707; „Töpfer“, XV/821/66
Kurzprotokoll der 89. Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 16. Januar 1980 (Umfang: 59 Blatt)	27.3.1980	2	SE8002148; „Schwarz“, XV/12399/60
Kurzprotokoll der 90. Sitzung des Verteidigungsausschusses Januar 1980 (Umfang: 51 Blatt)	23.2.1981	3	SE8101544; „Schwarz“, XV/12399/60
Kurzprotokoll der 91. Sitzung des Verteidigungsausschusses v. Februar 80 (Umfang: 32 Blatt)	23.2.1981	3	SE8101545; „Schwarz“, XV/12399/60
Kurzprotokoll der 103. Sitzung des Verteidigungsausschusses vom Juli 1980 (Umfang: 38 Blatt)	23.2.1981	3	SE8101543; „Schwarz“, XV/12399/60

¹⁵¹ Weitergabevermerke finden sich in jedem einzelnen SIRA-Datensatz.

¹⁵² Um die nachfolgende Tabelle zu vervollständigen, wurden hier auch solche SIRA-Datensätze aufgenommen, die Sitzungsprotokolle des Verteidigungsausschusses nachweisen, ohne den Deskriptor „Bundestag“ aufzuweisen. Es handelt sich um vier Datensätze: SE7906724, SE8306703, SE8604937, SE8705900. – Editorischer Hinweis: In der SIRA-Datenbank wurden, mit ganz wenigen Ausnahmen, alle Einträge nur in Großbuchstaben und ohne Umlaute und „ß“ geschrieben. Satzzeichen wurden sparsam eingesetzt, und es gab orthographische und grammatikalische Fehler. In den nachfolgenden Tabellen werden die Titel der Dokumente und Berichte zwar wörtlich aus der SIRA-Datenbank wiedergegeben, jedoch weitgehend an die heutige Rechtschreibung angepasst.

¹⁵³ Nähere Angaben oder weiterführende Hinweise zu den Vorgängen finden sich in Tabelle 15, ab S. 107. Zu „Anna“, „Jürgen“, „Petra“ und „Schwarz“ siehe auch die auf den vorhergehenden Seiten 44–46 gemachten Ausführungen. Zu „Christel“ siehe S. 89, zu „Doktor“ S. 49, zu „Erich“ und „Eva“ Anm. 157, zu „Herta“ S. 55 und 91, zu „Iltis“ Anm. 408, zu „Petra“ S. 39, zu „Stamm“ S. 72, zu „Töpfer“ S. 278.

Bezeichnung des Dokuments in der SIRA-Teildatenbank 12	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zum Vorgang
Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 19.3. und 25.3.81. Schreiben des BMVtg an das Sekretariat des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages ¹⁵⁴ (Umfang: 14 Blatt)	23.7.1981	3	SE8106727; „Schwarz“, XV/12399/60
Kurzprotokoll der 19. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 13.5.1981 in Bonn (Umfang: keine Angabe ¹⁵⁵)	26.8.1981	3	SE8120044; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokoll der 24. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 16.6.1981 in Bonn	26.8.1981	3	SE8120049; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokoll [!] des Verteidigungsausschusses des Bundestages Nr. 46, 47 und 48	2.2.1982	3	SE8200319; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokolle des Verteidigungsausschusses des Bundestages Nr. 49, 50 und 52	2.2.1982	3	SE8200320; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokoll der 54. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages v. 3.2.82	13.3.1982	3	SE8201192; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokoll der 55. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 10.2.82	8.4.1982	2	SE8202496; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokoll der 56. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 11.2.82	8.4.1982	2	SE8202627; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokoll der 58. Sitzung des Verteidigungsausschusses – 1. Untersuchungsausschuss – vom 4.3.82	8.4.1982	3	SE8202495; „Anna“, XV/2873/62
Kurzprotokoll der 59. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages	30.4.1982	3	SE8202965; „Anna“, XV/2873/62
Protokoll der 62. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages	30.4.1982	3	SE8202966; „Anna“, XV/2873/62
Protokoll der 55. Sitzung des Verteidigungsausschusses [...] des Deutschen Bundestages (Umfang: 27 Blatt)	28.7.1982	3	SE8206422; „Schwarz“, XV/12399/60
Kurzprotokolle der 64., 65. und 66. Sitzung des Verteidigungsausschusses (Umfang: 70 Blatt)	4.8.1982	2	SE8206496; „Anna“, XV/2873/62
BMVG – 4. Sitzung des Verteidigungsausschusses (Umfang: 45 Blatt)	28.9.1983	2	SE8306703; „Erich“, XV/47/68
Protokoll – 9. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 24.10.83 (Umfang: 214 Blatt)	20.12.1983	2	SE8308934; „Jürgen“, XV/2808/78
Stenografische Protokolle der 15. und 16. Informationssitzung des Verteidigungsausschusses vom 28.11. und 29.11.1983 (Umfang: 385 Blatt)	3.2.1984	2	SE8400774; „Jürgen“, XV/2808/78
Stenografische Protokolle der 18. und 19. Informationssitzung des Verteidigungsausschusses vom 5.12. und 6.12.1983 (Umfang: 454 Blatt)	3.2.1984	2	SE8400775; „Jürgen“, XV/2808/78
Stenografisches Protokoll; 24. Sitzung des Verteidigungsausschusses (Umfang: 305 Blatt)	23.3.1984	2	SE8402140; „Jürgen“, XV/2808/78

¹⁵⁴ Der Verteidigungsausschuss konnte sich zugleich als Untersuchungsausschuss konstituieren. Im vorliegenden Fall sollten Finanzierungslücken bei der Beschaffung der „Tornado“-Kampfflugzeuge untersucht werden. In dieser Sache tagte der Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss zwischen dem 18.2.1981 und dem 12.3.1982 insgesamt 24-mal. Vgl. hierzu Schindler: Datenhandbuch, Bd. 2, 1999, S. 2231 f.

¹⁵⁵ Im vorliegenden SIRA-Datensatz und in den nachfolgenden drei angeführten Datensätzen wird der Umfang mit „1 Blatt“ angegeben, obwohl die Kurzprotokolle sehr viel länger waren. Wie diese Eintragung in der Datenbank zustande kam, ist nicht ersichtlich.

Bezeichnung des Dokuments in der SIRA-Teildatenbank 12	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zum Vorgang
Auswertung der Steno-Protokolle aus dem Verteidigungsausschuss des Bundestages zur Festlegung der Sicherheitspolitik der FDP (Umfang: 58 Blatt)	10.5.1984	3	SE8403360; „Stamm“, XV/4434/60
Kurzprotokolle der 59. Sitzung des Verteidigungsausschusses (Umfang: 28 Blatt)	28.3.1985	2	SE8502368; „Petra“, XV/1471/65
Zusammenfassung der Strategiedebatte durch den Verteidigungsausschuss / Kurzprotokolle über Sitzungen der AG Sicherheitsfragen [der SPD-Bundestagsfraktion] (Umfang: 30 Blatt)	29.3.1985	3	SE8502434; „Petra“, XV/1471/65
Programm und Kurzprotokoll der 71. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages (Umfang: 19 Blatt)	3.7.1985	3	SE8504907; „Petra“, XV/1471/65
VS-Kurzprotokoll der 71. Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 19.6.85 mit einem Bericht des Bundesministers der Verteidigung über Gespräche in London (Umfang: 42 Blatt)	12.8.1985	3	SE8505879; „Petra“, XV/1471/65
Materialien und 6 Kurzprotokolle von Sitzungen des Verteidigungsausschusses von Januar 86 bis April 86 (Umfang: 188 Blatt) ¹⁵⁶	13.6.1986	2	SE8604937; „Petra“, XV/1471/65
Niederschrift über die 124. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung am 15.5.86. Ausführungen von BM Verteidigung Wörner zu Grundfragen der Militär- und Sicherheitspolitik der BRD unter aktuellen Aspekten der Entwicklung von NATO und WV sowie zur Ausbildung in den BRD-Luftstreitkräften (Umfang: 29 Blatt)	18.5.1987	2	SE8703961; „Eva“, XV/1362/65
Kurzprotokoll der konstituierenden Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages am 1.4.87 (Umfang: 7 Blatt)	2.7.1987	3	SE8705284; „Jürgen“, XV/2808/78
Kurzprotokoll der 2. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 6.5.87 (Umfang: 107 Blatt)	2.7.1987	2	SE8705292; „Jürgen“, XV/2808/78
Kurzprotokoll der 3. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 20.5.87 (Umfang: 35 Blatt)	2.7.1987	3	SE8705290; „Jürgen“, XV/2808/78
Kurzprotokoll der 4. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 3.6.87 (Umfang: 41 Blatt)	2.7.1987	2	SE8705291; „Jürgen“, XV/2808/78
Kurzprotokolle der Sitzung des Verteidigungsausschusses, Bonn 1986/1987 (Umfang: 24 Blatt)	08.1987	3	SE8705900; „Doktor“, XV/3138/78
Protokoll der 6. Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 16.9.87 (Umfang: 54 Blatt)	5.11.1987	2	SE8708338; „Jürgen“, XV/2808/78
Protokoll der 7. Sitzung des Verteidigungsausschusses (Umfang: 28 Blatt)	5.11.1987	3	SE8708337; „Jürgen“, XV/2808/78

Die Sitzungsprotokolle erhielt die HV A offenbar in keinem Fall von einem Abgeordneten, sondern zumeist von Sekretärinnen („Anna“, „Christel“, „Herta“, „Iltis“), von Referenten und anderen Angestellten einer Partei oder Fraktion („Jürgen“, „Stamm“) sowie von Angestellten oder Beam-

¹⁵⁶ Im Archiv des BStU ist eine Mappe mit Fotokopien einiger dieser 6 Kurzprotokolle des Verteidigungsausschusses überliefert: BStU, MfS, HVA 1228. Es handelt sich um die Kurzprotokolle der 85. bis 88. Sitzung (29.1., 19.2., 21.2. u. 26.2.1986) und der 91. Sitzung (12.3.1986). Die Kurzprotokolle umfassten durchschnittlich 35 Seiten und trugen den untersten Geheimhaltungsgrad („VS – Nur für den Dienstgebrauch“). Ob diese, in Kopie vorliegenden Kurzprotokolle mit „Petra“ oder einem anderen Vorgang in Zusammenhang standen, ist nicht zu erkennen.

ten in Verwaltung und Ministerien („Erich“, „Eva“, „Töpfer“).¹⁵⁷ Ein Kurzprotokoll bezog die HV A von einem Dozenten der Technischen Universität Berlin, den die Desinformationsabteilung der HV A (Abt. X/4) unter dem Decknamen „Doktor“ führte.¹⁵⁸ „Doktor“ engagierte sich in der Friedens- und Ökologiebewegung und sollte in den achtziger Jahren auf Veranstaltungen, Kongressen und in Veröffentlichungen die Positionen der HV A einbringen.¹⁵⁹

Sieben Protokolle lieferte zwischen 1979 und 1982 der Journalist Gerhard Baumann (IM „Schwarz“) an die HV A. Er profitierte offensichtlich von Indiskretionen im Verteidigungsausschuss. Über Baumann sind umfangreiche Aktenbestände in der Leipziger Außenstelle des BStU erhalten geblieben. In einer dieser Akten wird er im Juli 1982 mit den Worten zitiert, der CSU-Abgeordnete Franz Handlos, damals Mitglied im Verteidigungsausschuss, habe ihm ein vertrauliches Protokoll des Verteidigungsausschusses geschickt.¹⁶⁰ Aus der Akte geht weiter hervor, dass Baumann dieses Protokoll am 20. oder 21. Juli 1982 seinem HVA-Instrukteur „Trautmann“ übergab, der ihn an diesen beiden Tagen zuhause in München besuchte.¹⁶¹ „Trautmann“ kehrte am 23. Juli 1982 in die DDR zurück. Ausweislich der SIRA-Datenbank lag den HVA-Auswertern am 28. Juli 1982 das Protokoll der 55. Sitzung des Verteidigungsausschusses vor, das die Quelle „Schwarz“ beschafft hatte.¹⁶² Somit lässt sich der Weg dieses Protokolls lückenlos und plausibel nachvollziehen. Bereits 1981 hatte Baumann diesen Akten zufolge von Handlos per Post ein nicht näher bezeichnetes Material aus dem Verteidigungsausschuss bekommen.¹⁶³ Ende 1982 musste Baumann seinem Instrukteur dann berichten, dass er derzeit keine Protokolle von Handlos bekomme.¹⁶⁴ Dass Baumann für die HV A arbeitete, wusste Handlos nicht. 1983 verließ Handlos die CSU und gründete die Partei „Die Republikaner“, deren erster Vorsitzender er wurde. Dem Verteidigungsausschuss gehörte er von 1972 bis Ende November 1983 an.

So lässt sich mithilfe der SIRA-Datenbank zumindest belegen, dass die HV A von den IM „Anna“ und „Jürgen“ für die Jahre 1981/82 sowie ab 1987 kontinuierlich mit Sitzungsprotokollen aus dem Verteidigungsausschuss beliefert wurde. Der Quelle „Schwarz“ sowie dem Vorgang „Petra“ ordnete die HV A einige relevante Dokumente zu.¹⁶⁵ Von „Jürgen“ erhielt die HV A bereits seit 1983 verschiedene andere Informationen aus dem Verteidigungsausschuss.¹⁶⁶ Dagegen finden sich in den SIRA-Daten keinerlei Hinweise, dass ein Bundestagsabgeordneter irgendwelche Informationen aus dem Verteidigungsausschuss gezielt an die HV A gegeben hätte. Die HV A profitierte aber von Indiskretionen.

¹⁵⁷ Für nähere Angaben oder weiterführende Hinweise zu den genannten IM siehe insbes. Tabelle 15, S. 107. Zu „Töpfer“ siehe S. 278. Bei „Erich“ handelte es sich um Erika Schmitt, eine Angestellte im Bundesverteidigungsministerium, bei „Eva“ um Irene Schade, eine Sekretärin im niedersächsischen Innenministerium.

¹⁵⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/3138/78.

¹⁵⁹ Auszug Bericht „Doktor“, undatiert [Mitte 1982]; BStU, MfS, HVA 1356, Bl. 1 f.

¹⁶⁰ BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1027/91, Bd. II/17, Bl. 274. Für die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, die Baumann als IM führte, war die Beschaffung der Protokolle von Sitzungen des Verteidigungsausschusses ein großer Erfolg. Als die Abteilung XV am 23.3.1981 in einem Bericht darlegen musste, inwieweit sie die „Kampfaufgaben zu Ehren des X. Parteitages der SED“ erfüllt habe, führte sie die Beschaffung dieser Sitzungsprotokolle als ersten Punkt an, der die „Erfüllung der Kampfaufgaben“ belegen sollte. BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XV, 00060/11, Bl. 2.

¹⁶¹ BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1027/91, Bd. II/17, Bl. 274 u. 286.

¹⁶² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8206422. Die 55. Sitzung des Verteidigungsausschusses in der 9. Legislaturperiode fand am 10.2.1982 statt. Das entsprechende Sitzungsprotokoll traf also erst nach fünfeinhalb Monaten bei der HV A ein, was ein recht langer Zeitraum ist. Ein Kurzprotokoll dieser Sitzung war bereits am 8.4.1982 bei der HV A eingegangen. Beschafft hatte es die FDP-Sekretärin Johanna Olbrich (IM „Anna“); vgl. Tabelle 5, S. 47.

¹⁶³ BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1027/91, Bd. II/17, Bl. 41.

¹⁶⁴ Ebenda, Bd. II/18, Bl. 136.

¹⁶⁵ Zu „Petra“ siehe S. 39.

¹⁶⁶ Siehe unten, Anm. 171, 172 u. 174.

Zu den Informationen, die die HV A dem Verteidigungsausschuss zuordnete, gehören auch Aussagen von Ausschussmitgliedern, die von HVA-Agenten abgeschöpft wurden. Gerhard Baumann überbrachte der HV A beispielsweise Aussagen des damaligen Ausschussvorsitzenden Manfred Wörner (CDU) „zu einigen Aspekten der gegenwärtigen militärischen Situation in Europa“¹⁶⁷ oder des Ausschussmitglieds Ursula Krone-Appuhn (CSU) „zu aktuellen militärischen Fragen“¹⁶⁸.

Zu den Informationen gehörten aber auch verschiedene Materialien und Dokumente aus dem Verteidigungsausschuss. Mit der Note 2 („wertvoll“) schätzte die HV A in den achtziger Jahren beispielsweise diese Dokumente aus dem Verteidigungsausschuss ein:

- Personelle Lage der Streitkräfte in der Bundeswehr (Umfang: 21 Blatt)¹⁶⁹
- Vorlage für den Verteidigungsausschuss des BRD-Bundestages über militärische Forschungsprogramme (Umfang: 34 Blatt)¹⁷⁰
- Statements der Sachverständigen der Bundestagsparteien – Anhörung im Verteidigungsausschuss zur Verteidigungspolitik am 28./29.11.1983 und 5./6.12.1983 (Umfang: 236 Blatt)¹⁷¹
- Materialien von der Anhörung im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages am 6.2.1984 (Umfang: 156 Blatt)¹⁷²
- Abschlussbericht des Unterausschusses des Verteidigungsausschusses – Truppenübungsplätze/Militärische Flugplätze (Umfang: 28 Blatt)¹⁷³
- Sachstandsbericht über das Jagdflugzeug 90 (Umfang: 22 Blatt)¹⁷⁴.

Die Angaben in der SIRA-Datenbank fielen gelegentlich so knapp aus, dass man die von den Agenten beschafften Dokumente nicht eindeutig identifizieren kann. So verzeichnete die HV A am 3.12.1981 lediglich, wertvolle „Materialien des Verteidigungsausschusses des Bundestages“ von ihrer Agentin „Anna“ erhalten zu haben, also von Johanna Olbrich alias Sonja Lüneburg.¹⁷⁵ Ob es sich hierbei um Protokolle oder andere Unterlagen handelte, bleibt offen.

Die SIRA-Daten lassen auch nicht in jedem Fall erkennen, welcher Agent welchen Abgeordneten ausspionierte. Beispielsweise gehörte der Mitarbeiter des SPD-Abgeordneten Horst Jungmann, Hans Mario Bauer (IM „Jürgen“), seit den frühen achtziger Jahren zu den ergiebigsten HVA-Quellen mit Zugang zum Verteidigungsausschuss. Diesen Zugang hatte er als Mitarbeiter Jungmanns. Doch die Informationen des IM „Jürgen“ verknüpfte die HV A in der SIRA-Datenbank in keinem einzigen Datensatz mit dem Namen des ausgespähten Abgeordneten Jungmann. Die Informanten, die ausweislich der SIRA-Teildatenbank 12 politische Informationen mit Bezug zu Jungmann an die HV A gaben, waren in je zwei Fällen Bodo Thomas (IM „Hans“, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, SPD) und der Referent der SPD-Fraktion Armin Hindrichs, in je einem Fall der Produktionsleiter beim Bayerischen Rundfunk Wolfgang Nippel (IM „Assistent“) und ein Mitarbeiter des Ostberliner „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW) mit dem Decknamen „Albert“; eine weitere Information gelangte durch die Funküberwachung an die HV A.¹⁷⁶ Darüber hinaus legen die „Rosenholz“-Karteien die Vermutung nahe, dass der

¹⁶⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7704830 (Note 3), bei der HV A am 4.7.1977 eingegangen.

¹⁶⁸ Ebenda, SE8501677 (Note 3), bei der HV A eingegangen am 11.3.1985.

¹⁶⁹ Ebenda, SE8101546, Quelle: „Schwarz“, Reg.-Nr. XV/12399/60, bei der HV A eingegangen am 23.2.1981.

¹⁷⁰ Ebenda, SE8220984, Quelle: „Erich“, Reg.-Nr. XV/47/68, bei der HV A eingegangen am 27.9.1982.

¹⁷¹ Ebenda, SE8308936, Quelle: „Jürgen“, Reg.-Nr. XV/2808/78, bei der HV A am 20.12.1983 eingegangen.

¹⁷² Ebenda, SE8401000, Quelle: „Jürgen“, Reg.-Nr. XV/2808/78, bei der HV A am 15.2.1984 eingegangen.

¹⁷³ Ebenda, SE8502369, Vorgang: „Petra“, Reg.-Nr. XV/1471/65, bei der HV A am 28.3.1985 eingegangen.

¹⁷⁴ Ebenda, SE8705285, Quelle: „Jürgen“, Reg.-Nr. XV/2808/78, bei der HV A am 2.7.1987 eingegangen.

¹⁷⁵ Ebenda, SE8123348 und SE8123349, jeweils Note 2.

¹⁷⁶ Ebenda, SE8000111, SE8304387, SE8304897, SE8402947, SE8500779, SE8607977, SE8707764. Zu den Quellen vgl. Tabelle 15, S. 107 ff. mit weiterführenden Hinweisen. Ferner BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/192/78 („Nippel“) und XV/2585/80 („Albert“). Ferner ordnete die HV A eine Information mit Bezug zu Jungmann „Petra“ zu; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8305508. Zu „Petra“ vgl. auch S. 39.

schleswig-holsteinische Lokalpolitiker und Kieler Stadtangestellte Friedrich Gutau über Jungmann an die HV A berichtete.¹⁷⁷ Dieses Beispiel verdeutlicht, dass die MfS-Unterlagen manche Zusammenhänge nicht erkennen lassen. Erst wenn man weiß, etwa aus Unterlagen des Bundestages oder einer Fraktion, welche Sekretärin oder welcher Referent einem Abgeordneten zuarbeiteten, lassen sich auch die MfS-Überlieferungen passend einordnen.

Die Geheimhaltungsvorschriften wurden im politischen Bonn nicht immer eingehalten. Dieses Problem wurde Mitte der achtziger Jahre am Beispiel des Verteidigungsausschusses öffentlich und vor Gericht thematisiert. Den Anlass hierzu bildete ein Verfahren gegen den SPD-Abgeordneten Walter Kolbow. Kolbow war von 1980 bis 1998 ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses und von 1983 bis 1985 sowie von 1987 bis 1990 dessen stellvertretender Vorsitzender. Am 4. Mai 1984 hatte Kolbow eine Kopie des als „geheim“ eingestuften „Bundeswehrplans 1985–1997“ an einen Redakteur der „Report“-Redaktion beim Bayerischen Rundfunk weitergegeben. Einige fotokopierte Seiten des Bundeswehrplans wurden dann am 8. Mai 1984 in der „Report“-Sendung gezeigt.¹⁷⁸ Kolbow wurde deshalb wegen des Verdachts des Geheimnisverrats von der Bundesanwaltschaft angeklagt. Am 24. September 1986 entschied das Oberlandesgericht Düsseldorf, das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße in Höhe von 20 000 DM einzustellen. Die *Frankfurter Rundschau* berichtete über die Gründe, die zur Einstellung des Verfahrens führten, Folgendes:

„Der Vorsitzende des Strafsenats, Klaus Wagner, begründete die Einstellung des Verfahrens mit dem Ergebnis der Beweisaufnahme. Diese habe ergeben, dass ‚eine größere Anzahl Unbefugter‘ schon im Besitz des geheimen Bundeswehrplanes gewesen sei, als Kolbow die Kopie seines Planes dem Redakteur der Fernsehsendung ‚Report‘ überließ. [...] Seine Schuld erscheine auch deshalb ‚in einem milderem Licht‘, weil Kolbow selbst schon gewusst hatte, dass noch mindestens ein Unbefugter das geheime Dokument kannte, als er die Kopie seines Exemplares aus der Hand gab. In einer ‚persönlichen Bemerkung‘ nach der offiziellen Begründung des Einstellungsbeschlusses übte der Senatsvorsitzende – wie zuvor schon der Vertreter der Bundesanwaltschaft – scharfe Kritik an der Art und Weise, wie die offiziellen Stellen in Bonn mit geheimen Unterlagen umgehen. Selbst die Richter dieses 4. Strafsenats, die sich seit rund zehn Jahren mit Geheimnisverratsprozessen beschäftigten, seien ‚erstaunt und verblüfft‘ gewesen über den in diesem Prozess erkennbar gewordenen Umgang mit Geheimpapieren. [...] Wenn es zutrefte, dass in Bonn eine Art sportlicher Wettkampf um den Besitz von Geheimdokumenten stattfinde, dann müssten sich alle Verantwortlichen rasch etwas einfallen lassen.“¹⁷⁹

Der damalige Vorgang offenbarte, wie leicht es fremden Geheimdiensten im politischen Bonn gemacht wurde, geheimzuhaltende Dokumente zu beschaffen. Das sollte bei einer tiefer gehenden Analyse der SIRA-Daten bedacht werden.¹⁸⁰

¹⁷⁷ Siehe hierzu S. 190.

¹⁷⁸ *Süddeutsche Zeitung* v. 13.6.1985: Ein Wehrexperte in verzwickter Verteidigungsposition. Wie Bonn auf den von der Bundesanwaltschaft erhobenen Vorwurf gegen den SPD-Abgeordneten Walter Kolbow reagiert; als Kopie vorhanden in: BStU, MfS, ZAIG 10974, Bl. 28; in derselben Akte auch weitere Zeitungsberichte zu diesem Thema.

¹⁷⁹ *Frankfurter Rundschau* v. 25.9.1986, S. 5: Verfahren wegen Geheimnisverrats gegen Geldbuße eingestellt. Als Kopie vorhanden in: BStU, MfS, ZAIG 10974, Bl. 5.

¹⁸⁰ Eine womöglich ganz andere Form des leichtfertigen Umgangs mit vertraulichen Unterlagen sei an dieser Stelle angesprochen, ohne dass in diesem Gutachten näher darauf eingegangen werden kann: Auch die Nutzung des Postwegs zwischen Westberlin und Westdeutschland konnte ein Einfallstor für das MfS darstellen, und es konnte riskant sein, vertrauliche Unterlagen auf diesem Wege zu befördern. Denn das MfS durchsuchte offenbar zu einer bestimmten Zeit die Postzüge zwischen Westberlin und Westdeutschland und kopierte interessant erscheinende Dokumente. Das geht aus einem Anschreiben Heinz Fiedlers, des Leiters der für die Passkontrollen an den DDR-Grenzen und die Überwachung des Tourismus zuständigen MfS-Hauptabteilung VI, an Bruno Beater, den 1. Stellvertreter Erich Mielkes, vom 7.9.1970 hervor. Fiedler informiert hier darüber, dass die Abteilung Zollermittlung aus dem Postzug zwischen Westberlin und Westdeutschland heimlich Unterlagen des CDU-Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Bürgermeisters von Westberlin, Franz Amrehn, entnommen und nach

Wie man heute in der SIRA-Teildatenbank 12 sehen kann, gelangte der „Bundeswehrplan 1985–1997“ recht schnell in die DDR. Schon im Juni 1984 lag das Dokument der HV A in Ostberlin vor. Besorgt hatte es demnach der *Spiegel*-Journalist Diethelm Schröder, den die HV A unter dem Decknamen „Schrammel“ führte. Die HV A benotete das Dokument mit der Spitzenbewertung „I“.¹⁸¹ Ob „Schrammel“ den „Bundeswehrplan 1985 bis 1997“ aus dem Verteidigungsausschuss, aus dem Verteidigungsministerium oder von einer anderen Stelle bekommen hatte, kann man in der SIRA-Datenbank nicht feststellen. Das gilt auch für zahlreiche andere Informationen und Dokumente, die bei der HV A eintrafen: Sofern sie neben dem Bundestag auch in anderen Institutionen vorlagen, kann man in vielen Fällen nicht feststellen, wo sich das Informationsleck befand.

Schließlich soll hier noch auf das Unterkapitel 1.2.9.2., Seite 125 ff., zum Thema „Aktive Maßnahmen/Desinformation“ hingewiesen werden. Wie dort ausgeführt wird, erschienen der HV A Dokumente aus dem Verteidigungsausschuss in besonderem Maße dafür geeignet, sie für sogenannte aktive Maßnahmen oder Desinformationskampagnen zu verwenden.

Abschließend ist noch zu bedenken, dass die HV A über ein weitverzweigtes Agentennetz im Bereich von Verteidigungspolitik, Rüstungsindustrie und Militär in der Bundesrepublik verfügte. Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages bildete daher nur eine von mehreren Institutionen, aus der die HV A verteidigungs- und militärpolitisch relevante Informationen beschaffen konnte.

1.2.4.3. Auswärtiger Ausschuss

Ähnlich wie im Falle des Verteidigungsausschusses verfügte die HV A auch im Auswärtigen Ausschuss in den siebziger und achtziger Jahren offenbar nicht über einen einzelnen Agenten, der kontinuierlich Informationen geliefert hätte. Die 60 Informationen aus dem oder über den Auswärtigen Ausschuss, die in Tabelle 4 statistisch ausgewiesen sind, gehen auf 25 verschiedene Quellen zurück. Acht einschlägige Informationen kamen zwischen 1971 und 1979 von der FDP-Sekretärin Johanna Olbrich (IM „Anna“), sieben Informationen 1986 und 1987 von dem Mitarbeiter der SPD-Abgeordneten Jungmann, Gansel und Simonis, Hans Mario Bauer (IM „Jürgen“), und sechs Informationen zwischen 1981 und 1984 von dem CSU-nahen Journalisten Gerhard Baumann (IM „Schwarz“). Alle drei IM lieferten der HV A auch Informationen aus dem Verteidigungsausschuss. Die übrigen Quellen lieferten zwischen einer und vier Informationen, wobei 13 IM nur je eine Information zum Auswärtigen Ausschuss beschafften.

Neben dem Auswärtigen Ausschuss als solchem erhielt die HV A in nennenswertem Umfang vor allem auch Berichte und Dokumente aus dem Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle: 22 der 60 in SIRA nachgewiesenen Informationen zum Auswärtigen Ausschuss betrafen explizit diesen Unterausschuss, was in die nachfolgende Analyse einbezogen wird.

dem Kopieren am Folgetag wieder eingefügt habe, die zum Teil als „streng vertraulich“ gekennzeichnet gewesen seien. Im konkreten Fall handelte es sich um Unterlagen der CDU und ihrer politischen Haltung gegenüber Polen, um Berichte über tschechische und slowakische Emigrantenverbände und deren Verbindungen zu bundesdeutschen und US-Behörden u. a. Ob solche Eingriffe häufiger passierten, geht aus dem Schreiben nicht hervor; BStU, MfS, HA VI, 1798, Bl. 118 f.

¹⁸¹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8403893. Zu „Schrammel“ siehe *Der Spiegel* 46(1992)46 v. 9.11.1992, S. 150: Unter dem Decknamen „Schrammel“. Gerhard Mauz über Diethelm Schröder vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf. Ausführlicher zum Spionagefall Diethelm Schröder in: Pöhlandt, Johannes: *Wanzen, Inoffizielle Mitarbeiter, Desinformation – Spiegel*, Frankfurter Allgemeine Zeitung und das Ministerium für Staatssicherheit, Diplomarbeit, Leipzig 2011, S. 119–122. Siehe auch Knabe, Hubertus: *Der diskrete Charme der DDR*, 2001, S. 210–214.

Anders als beim Verteidigungsausschuss lagen der HV A, ausweislich der SIRA-Datenbank, keine Sitzungsprotokolle des Auswärtigen Ausschusses vor. In der 6. Wahlperiode (1969 bis 1972) erhielt die HV A aber einige mündliche Berichte über Ausschusssitzungen, und zwar im Wesentlichen von den Abgeordneten Gerhard Flämig (IM „Walter“) und William Borm (IM „Olaf“), wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist:

Tabelle 6: Spionageinformationen über Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses, die die HV A über ihre IM erhielt (soweit in der SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet)¹⁸²

Bezeichnung des Berichts in der SIRA-Teildatenbank 12	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zu den Quellen ¹⁸³
Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 27.11.1969 über Fragen des Atomwaffensperrvertrages	19.12.1969	3	SE7000115; „Walter“, XV/750/66
Über die Tagung des Auswärtigen Ausschusses des Bonner Bundestages vom 11.12.1969	22.12.1969	3	SE7000393; „Olaf“, XV/4604/60
Über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bonner Bundestages vom 23.04.1970	28.4.1970	3	SE7003289; „Olaf“, XV/4604/60
Eine Zusammenkunft von Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für Innerdeutsche Beziehungen des Bundestages am 15.07.1970 in Bonn	20.7.1970	keine Angabe	SE7004150; „Olaf“, XV/4604/60
Die Unterrichtung der Auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrates sowie der Vertreter des Bundestagsausschusses für Innerdeutsche Beziehungen über die sowjet.-wd. [westdeutschen] Verhandlungen in Moskau durch Scheel	14.8.1970	keine Angabe	SE7004791; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 05.11.1970	16.11.1970	3	SE7006611; „Olaf“, XV/4604/60
Bericht über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 11.03.1971	8.4.1971	3	SE7100814; „Anna“, XV/2873/62
Bemerkungen von Bundeskanzler Schmidt vor der internen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 25.9.1974	7.10.1974	2	SE7405205; „Herta“, XV/1087/67
Information über Sitzung der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung mit Bonner Ministerien zum bevorstehenden NATO-Beschluss	28.11.1979	1	SE7922707; „Töpfer“, XV/821/66
Interne Aufzeichnung über eine geheime Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 28.3.1984 [Dokument]	8.5.1984	3	SE8403297; „Weber“, XV/819/66

¹⁸² Siehe auch den editorischen Hinweis in Anm. 152. Siehe auch S. 54, dort den Hinweis auf den Bericht Borms (IM „Olaf“) an die HV A über Brandts Ausführungen im Auswärtigen Ausschuss.

¹⁸³ Nähere Angaben oder weiterführende Hinweise zu den Quellen oder IM finden sich in Tabelle 15, ab S. 107. Zu „Anna“ siehe auch S. 44 und 179, zu „Herta“ S. 55 und 91, zu „Olaf“ S. 240 f. und 311 f., zu „Töpfer“ S. 278, zu „Walter“ S. 241–242. Unter dem Decknamen „Weber“ führte die HV A unter „fremder Flagge“ von 1966 bis 1989 einen bundesdeutschen Orientalisten und Dipom-Volkswirt, der viele Jahre im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit arbeitete. Die HV A erhielt von ihm unter anderem eine Vielzahl an Informationen und Dokumenten über die bundesdeutsche Afrikapolitik. Die SIRA-Datenbank verzeichnet insgesamt 840 Informationen von „Weber“; BStU, MfS, Bestand Rosenholz u. BStU, MfS, HV A/MD/3-6, SIRA-TDB 12–14 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/819/66, sowie Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 113.

Sitzungsprotokolle aus dem Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle bekam die HV A regelmäßig seit Beginn der 11. Wahlperiode 1987.¹⁸⁴ Diese Protokolle erhielt sie über den schon erwähnten Hans Mario Bauer (IM „Jürgen“). Er versorgte die HV A auch mit Dokumenten aus dem Verteidigungsausschuss.

Was die Inhalte der Informationen betrifft, die die HV A aus dem Auswärtigen Ausschuss bekam, so dominierten bis in die zweite Hälfte der siebziger Jahre Fragen der Europäischen Gemeinschaft, danach Themen der Verteidigungs-, Militär- und Sicherheitspolitik sowie Fragen der Abrüstung, und zwar mit je unterschiedlicher Brisanz und Vertraulichkeit. Zu letztgenanntem Themenspektrum gehörten unter anderem die bundesdeutsche Militärhilfe für die Türkei, Griechenland und Portugal¹⁸⁵ und die Politik der NATO¹⁸⁶. Ferner trafen bei der HV A recht häufig Berichte über Auslandsreisen von Delegationen des Auswärtigen Ausschusses und insbesondere seines Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle ein.¹⁸⁷

Seit 1998 ediert die „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ die Sitzungsprotokolle des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages.¹⁸⁸ Inzwischen liegen die edierten Protokolle mit vielen hilfreichen editorischen und zeitgeschichtlichen Hinweisen für die Jahre 1949 bis 1976 vor. Es ist somit ohne Aufwand möglich festzustellen, an welchen Ausschusssitzungen einzelne Abgeordnete teilnahmen. Folgt man den SIRA-Daten in der obigen Tabelle, so berichtete Gerhard Flämig („Walter“) aus der Ausschusssitzung vom 27.11.1969, William Borm („Olaf“) aus den Sitzungen vom 11.12.1969, 23.4.1970 und 5.11.1970. Tatsächlich nahmen Flämig und Borm ausweislich der Ausschussprotokolle an den jeweiligen Sitzungen teil. Die Sitzungsprotokolle waren als vertrauliche Verschlusssachen klassifiziert. Dementsprechend waren die Verhandlungsgegenstände als vertraulich anzusehen.¹⁸⁹

Mithilfe der edierten Sitzungsprotokolle können auch solche SIRA-Daten dem Auswärtigen Ausschuss zugeordnet werden, in denen der Begriff „Auswärtiger Ausschuss“ gar nicht vorkommt. Von William Borm bezog die HV A beispielsweise am 24.4.1970 einen Bericht, den sie in der SIRA-Datenbank registrierte unter dem Titel: „Ausführungen Brandts zu seinem USA-Besuch vor westdeutschen Parlamentsgremien“.¹⁹⁰ Welche Parlamentsgremien gemeint waren, wurde in der SIRA-Datenbank nicht vermerkt. Die Thematik deutet auf den Auswärtigen Ausschuss hin. Doch erst das nun edierte Sitzungsprotokoll liefert die Bestätigung. Das Protokoll der Ausschusssitzung vom 16. April 1970 dokumentiert als ersten Tagesordnungspunkt den Bericht, den Bundeskanzler Willy Brandt damals über seine USA-Reise persönlich dem Auswärtigen Ausschuss erstattete. Unter den Zuhörern befand sich auch William Borm.¹⁹¹

¹⁸⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8708332 bis SE8708336: Protokolle der 1. bis 5. Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle (Datum der Protokolle: 5.6., 24.6., 16.9., 7.10., 14.10.1987; bei der HV A alle am 5.11.1987 eingegangen; Note einmal „3“, viermal „2“).

¹⁸⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7720168, Quelle: „Herta“, Reg.-Nr. XV/1087/67, Note 3; SE7805150, Quelle: „Anna“, Reg.-Nr. XV/2873/62, Note 3; SE8106728, Quelle: „Berges“, Reg.-Nr. XV/18640/60, Note 2; SE8120282, Vorgang: „Bob“, Reg.-Nr. XV/1471/65, Note 3.

¹⁸⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7804835, Quelle: „Balkan“, Reg.-Nr. XV/4059/70, Note 2; SE7922707, Quelle: „Töpfer“, Reg.-Nr. XV/821/66, Note 1; SE8304510, Quelle: Schön, Reg.-Nr. 13820/73, Note 3.

¹⁸⁷ Siehe hierzu oben, Kap. 1.2.3., S. 37 ff.

¹⁸⁸ Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–... (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, hg. von Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 13/I–...). Düsseldorf 1998–...

¹⁸⁹ Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1969–1972 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (wie Anm. 188), Bd. 13/VI). Eingeleitet von Wolfgang Hölscher, bearbeitet von Joachim Wintzer und Wolfgang Hölscher. Erster Halbband. Düsseldorf 2007, S. 9, 69, 223 u. 385.

¹⁹⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7003294 (eine Benotung ist nicht vermerkt).

¹⁹¹ Der Auswärtige Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1969–1972, 1. Halbband (wie Anm. 189), S. 194–212.

Borm und Flämig, auch das wird deutlich, blieben als Informanten hinter ihren Möglichkeiten zurück. Sie scheinen keine Sitzungsprotokolle des Auswärtigen Ausschusses weitergegeben zu haben und berichteten der HV A keineswegs über jede Ausschusssitzung, an der sie teilgenommen hatten. Weitaus häufiger informierten sie über Entscheidungsfindungsprozesse, Diskussionen und Konflikte innerhalb ihrer Parteien.¹⁹²

Man muss andererseits davon ausgehen, dass die HV A viele politische Informationen aus dem Auswärtigen Ausschuss erhielt, ohne sie in der SIRA-Datenbank diesem Ausschuss zuzuordnen. Für diese Annahme spricht die Tatsache, dass die Sekretärin des langjährigen Ausschussmitglieds Werner Marx, Inge Goliath, von 1967 bis zu ihrer Flucht in die DDR 1979 als IM „Herta“ für die HV A spionierte.¹⁹³ Ausweislich der SIRA-Datenbank berichtete sie massenhaft über außenpolitische Themen. Doch der Auswärtige Ausschuss als Institution wird in SIRA kaum mit ihr in Verbindung gebracht. An die einschlägigen Informationen und Dokumente gelangte sie jedoch als Mitarbeiterin des Ausschussmitglieds Marx. Im Rahmen eines Forschungsprojektes wäre es möglich, die in der SIRA-Datenbank nachgewiesenen Informationslieferungen der IM „Herta“ mit den Sitzungsprotokollen des Auswärtigen Ausschusses abzugleichen. Auf diese Weise ließe sich bestimmen, welche der von IM „Herta“ beschafften Informationen und Dokumente ihren Ursprung im Auswärtigen Ausschuss hatten. Wahrscheinlich setzte IM „Herta“ die HVA umfassender über diesen Ausschuss in Kenntnis, als es die Deskriptoren der SIRA-Datenbank dokumentieren.

Das MfS war im Übrigen nicht der einzige Nutznießer der parlamentarischen Indiskretion. Am 29. April 1970 erörterte Bundesaußenminister Walter Scheel in vertraulicher Sitzung mit dem Auswärtigen Ausschuss einige Grundpositionen der neuen Ostpolitik. Er deutete hierbei die Bereitschaft der Bundesregierung an, die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze anzuerkennen. Am 3. Mai 1970 berichtete darüber die *Berliner Morgenpost* ausführlich. Zugleich kontrastierte sie Scheels vertrauliche Ausführungen im Auswärtigen Ausschuss mit seinen Aussagen am selben Tag in einer öffentlichen Debatte im Deutschen Bundestag, als er eine solche Festlegung in der Grenzfrage explizit ablehnte.¹⁹⁴ Der Artikel in der *Berliner Morgenpost* wurde am 8. Mai 1970 im Auswärtigen Ausschuss diskutiert. Die Mitglieder berieten über Möglichkeiten, wie weitere Indiskretionen zu vermeiden wären.¹⁹⁵ Ausgerechnet HVA-Informant William Borm (IM „Olaf“) schrieb dem Ausschussvorsitzenden Gerhard Schröder in dieser Sache am 5. Mai 1970 einen besorgten Brief: „Meines Erachtens ist es das erste Mal, dass die Presse über interne Verhandlungen des Ausschusses informiert wird, wobei besonders erschwerend zu bewerten ist, dass die Geheimhaltungspflicht vorher festgestellt worden war. [...] Die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses bitte ich davon in Kenntnis zu setzen, dass ich Sie um den Versuch gebeten habe, den Informanten herauszufinden, und dass ich in der Indiskretion eine unvermeidbare Schädigung der Ausschussarbeit erblicke“, so William Borm.¹⁹⁶

Das Problem der Indiskretionen war damit nicht aus der Welt. Zwei Jahre später verfasste die HV A für den MfS-internen Gebrauch eine

¹⁹² Zu Borm und Flämig siehe auch S. 240–242.

¹⁹³ Werner Marx war von 1966–1969 stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, von 1969–1980 und 1982–1985 ordentliches Mitglied sowie von 1982 bis zu seinem Tod am 12.7.1985 Ausschussvorsitzender. Zum Fall Goliath siehe die Anklageschrift gegen den langjährigen Leiter der HVA-Abteilung X (Desinformationsabteilung), Rolf Wagenbreth und andere: Generalbundesanwalt (GBA) Karlsruhe, Anklage vom 3.11.1993 – Az. 3 StE 12/93-4, veröffentlicht in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 463–550, hier 503–505. Siehe auch S. 91 sowie Anm. 408.

¹⁹⁴ Der Artikel „Scheel widersprach sich“ in der *Berliner Morgenpost* v. 3.5.1970, S. 1 f., ist wiedergegeben in: Der Auswärtige Ausschuss, Sitzungsprotokolle 1969–1972, 1. Halbband (wie Anm. 189), S. 278–280.

¹⁹⁵ Ebenda, S. 278–281. In seiner Sitzung vom 17.6.1970 befasste sich der Auswärtige Ausschuss erneut mit der Frage, wie die Vertraulichkeit im Umgang mit sensiblen Informationen über die Verhandlungen der Bundesregierung mit der Sowjetunion und Polen zu wahren sei. Siehe ebenda, S. 298–300.

¹⁹⁶ Zit. nach: ebenda, S. 280 f., Fn. 24.

„Leiterinformation über einige Maßnahmen der Regierung der BRD und der dazu beauftragten feindlichen Abwehr- und Untersuchungsorgane zur weiteren Verbesserung des Geheimschutzes bei geheimen Regierungsmaterialien und -dokumenten und zur Verhinderung des Missbrauchs von gezielten, gegen die ‚Ostpolitik‘ der Brandt/Scheel-Regierung gerichteten Indiskretionen“.¹⁹⁷

Der lange Titel dieser Information deutet den Inhalt schon an: Die HV A wusste um die vielen vergeblichen Bemühungen insbesondere des Geheimschutzreferats des Auswärtigen Amtes sowie der Staatsanwaltschaft Bonn, Veröffentlichung geheimer Unterlagen zur Ostpolitik in bundesdeutschen Medien zu unterbinden. Die HVA-Leiterinformation unterzog einen Bericht des *Stern* vom 18. Januar 1972 einer kritischen Prüfung, wonach die SPD-Mitglieder im Auswärtigen Ausschuss Willy Bartsch und Franz Seume (Seume trat im März 1972 zur CDU über und schied aus dem Auswärtigen Ausschuss aus) vertrauliche Papiere an die Presse weitergegeben hätten. Der *Stern* habe in seiner Berichterstattung zwar übertrieben, so die HVA-Information. Doch müsse aus „intern bekannt gewordenen Äußerungen Wehners und anderer SPD-Funktionäre [...] geschlussfolgert werden, dass [...] Seume und Bartsch tatsächlich Indiskretionen begangen“ hätten, lautete der Erkenntnisstand der HV A.¹⁹⁸ Wichtiger als die Vermutungen über bestimmte Abgeordnete war aus HVA-Sicht jedoch das Wissen darüber, dass die Bundesregierung und vor allem das Auswärtige Amt den Geheimschutz konsequenter durchsetzen wollten.

Exkurs: Überlieferungen, die zeitlich hinter die Überlieferungen der SIRA-Datenbank zurückgehen

Zwischen 1959 und 1989 fertigte die HV A rund 23 000 Informationsberichte für die Partei- und Staatsführung in der DDR an. Sie informierte darin über alle möglichen Erkenntnisse, die sie aus der weltweiten Spionage erlangte. Ein weitgehend vollständiges Verzeichnis mit den Titeln der Informationsberichte hat das Archiv des BStU im Februar 2011 in einer ersten Version erstellt.¹⁹⁹ Die Informationsberichte selbst sind zu einem größeren Teil erhalten geblieben und stehen der Forschung zur Verfügung.²⁰⁰ Drei davon werden in diesem Gutachten exemplarisch veröffentlicht.²⁰¹ Dem Gutachten sind als Anhang außerdem die Titel solcher Informationsberichte beigelegt, die erkennbar einen Bezug zum Deutschen Bundestag haben.²⁰² Analysiert man diese Berichte nach den in den Überschriften angegebenen Inhalten, so fällt auf, dass die HV A in gewissen Zeiträumen gehäuft über bestimmte Sachverhalte und Institutionen berichtete. Das erklärt sich teilweise mit den tagespolitischen Interessen bzw. dem Informationsbedarf der DDR-Führung. Es kann aber auch auf vorhandene oder nicht vorhandene Möglichkeiten der HV A hindeuten, an bestimmte Informationen zu gelangen. So fällt für den Zeitraum von 1959 bis 1968 beispielsweise auf, dass die HV A 1959 und 1960 gehäuft Berichte über Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses für die DDR-Führung anfertigte (1959: fünf Berichte, 1960: sieben Berichte), in den Jahren 1961 und 1962 etwas weniger (je drei Berichte), danach aber nicht einmal mehr jedes Jahr auch nur einen einzigen Bericht (1963, 1965 bis 1967 kein Bericht, 1964 ein Bericht, 1968 zwei Berichte). Es ist indes unwahrscheinlich, dass das Interesse der HV A an der Arbeit des Auswärtigen Ausschusses nach 1962 plötzlich erloschen sein sollte. Deshalb liegt eher die Schlussfol-

¹⁹⁷ Diese Leiterinformation vom 10.2.1972 wurde von der Abteilung VII der HV A, das war die Auswertungsabteilung, verfasst. BStU, MfS, ZAGG 1564, Bl. 3–10.

¹⁹⁸ Ebenda, Bl. 4 f.

¹⁹⁹ Konopatzky, Stephan: Verzeichnis der Ausgangsinformationen der HV A des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Version 3.2. v. 9.2.2011). Hg. BStU, Abteilung Archivbestände. Berlin 2011. Das Verzeichnis kann im Internet eingesehen werden unter http://www.bstu.bund.de/DE/Archive/Findmittel/Findbuch/ausgangsinformationen-hva.pdf?__blob=publicationFile. Es ist außerdem auf der CD veröffentlicht, die dem 10. Tätigkeitsbericht der BStU aus dem Jahre 2011 beigelegt wurde. An dem Verzeichnis wird weiterhin gearbeitet.

²⁰⁰ Aus der Aufstellung in Konopatzky: Verzeichnis der Ausgangsinformationen, 2011, S. 6 f., ergibt sich, dass rund 54 % der knapp 23 000 HVA-Informationsberichte für die Partei- und Staatsführung im Archiv des BStU vorhanden sind.

²⁰¹ Siehe die Dokumente auf den Seiten 60 ff., 160 f. u. 321 ff.

²⁰² Siehe S. 326–371.

gerung nahe, dass die HV A bis 1962 über einen ausgesprochen guten Informationszugang zum Auswärtigen Ausschuss verfügte, der dann im Laufe des Jahres 1962 für einige Zeit versiegte. Die Berichte lassen allerdings keine direkten Rückschlüsse darauf zu, wer die Informanten waren. Sie zeigen aber, dass die HV A zwischen 1959 und 1962 Inhalt und Verlauf von Diskussionen nicht öffentlicher Ausschusssitzungen kannte und darüber innerhalb weniger Tage Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und andere DDR-Spitzenfunktionäre informierte.

Auch schon vor 1959 scheint die HV A kontinuierlich Informationsberichte an Empfänger innerhalb und außerhalb des MfS verschickt zu haben. Darauf deutet ein Schreiben von HVA-Chef Markus Wolf vom 2. Oktober 1954 hin. Er kündigte darin an, dass ab sofort zweimal im Monat ein „Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in Westdeutschland und Westberlin“ erarbeitet werde.²⁰³ Zum Charakter des Informationsdienstes führte er aus: „Er ist aufgrund interner Informationen zusammengestellt und daher als streng geheim nur zur persönlichen Information des Empfängers. Nach Kenntnisnahme ist er in einem verschlossenen Umschlag an die HA XV zurückzuschicken. Ich bitte, diese Regel im Interesse der Sicherheit der Informatoren unbedingt zu beachten.“²⁰⁴

Doch mit dem Quellenschutz scheinen es einige Empfänger der HVA-Informationsberichte nicht so genau genommen zu haben. Vielmehr gaben sie die von der HV A bzw. der damaligen Hauptabteilung XV erarbeiteten Spionageinformationen weiter oder verwerteten sie sogar publizistisch. Dadurch drohten einige Quellen im Westen enttarnt zu werden, manche beendeten aus diesem Grunde die Spionagetätigkeit. Hierüber beklagte sich Markus Wolf 1957 in einer Information an die Mitglieder des Kollegiums der DDR-Staatssicherheit.²⁰⁵ Unter anderem schilderte er einen Vorfall aus dem Bundestag:

„Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag Hoogen erklärte in einer Sitzung, dass der Deutschlandsender²⁰⁶ geheimes Zahlenmaterial der Amnestieberatung veröffentlicht habe. Diese Äußerung bezieht sich auf Unterlagen, die Anfang Februar im Rechtsausschuss den Ausschussmitgliedern zu Beginn der Sitzung ausgehändigt und am Schluss der Sitzung wieder eingesammelt wurden. Die Quelle hatte ausdrücklich darum gebeten, von diesen Unterlagen öffentlich keinen Gebrauch zu machen und betrachtet diese Tatsache als ersten Vertrauensbruch. Seit dieser Zeit ist bei dieser Quelle eine Inaktivität festzustellen.“²⁰⁷

Diese Schilderung zeugt zum einen von einem vorübergehend guten Zugang der HV A in den Rechtsausschuss, zum anderen von einem leichtfertigen Umgang mit Spionageinformationen, wie er in der Frühzeit der DDR-Spionage offenbar häufiger vorkam. Markus Wolf kündigt in dieser Beschwerde abschließend an, auch den Vorsitzenden der Sicherheitskommission – das war Walter Ulbricht – über diese Probleme zu unterrichten.²⁰⁸ Möglicherweise könnte dieser Vorfall durch eine Zusammenschau weiterer Archivüberlieferungen (Sitzungsprotokolle des Rechtsausschusses des Bundestages, Akten der Sicherheitskommission im Bundesarchiv, Unterlagen im Deutschen Rundfunkarchiv) noch besser ausgeleuchtet werden.

In den späten fünfziger Jahren scheint die HV A Sitzungsprotokolle aus mehreren Bundestagsausschüssen auch vom tschechoslowakischen Geheimdienst Státní bezpečnost (StB) erhalten zu

²⁰³ Hauptabteilung XV, 2.10.1954: Betrifft: Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in Westdeutschland und Westberlin, gez. von Markus Wolf; BStU, MfS, SdM 1909, Bl. 219. Zum damaligen Zeitpunkt trug die spätere HV A die Bezeichnung „Hauptabteilung XV“.

²⁰⁴ Ebenda. Hervorhebung im Original.

²⁰⁵ Generalmajor Wolf, 25.4.1957: Information für die Mitglieder des Kollegiums. Betr.: Erschwerung der operativen Arbeitsbedingungen durch teilweise Dekonspirierung; BStU, MfS, SdM 1909, Bl. 209 f.

²⁰⁶ Deutschlandsender: DDR-Rundfunksender mit gesamtdeutschem Anspruch.

²⁰⁷ Information für die Mitglieder des Kollegiums (wie Anm. 205), Bl. 209.

²⁰⁸ Ebenda, Bl. 210. Zu Walter Ulbrichts Eigenschaft als Vorsitzender der Sicherheitskommission beim Politbüro der SED siehe Wagner, Armin: Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971). Berlin 2002, insbes. S. 84–87.

haben. Diese Schlussfolgerung legt ein Schreiben Markus Wolfs vom 9. Mai 1958 nahe. Darin erklärt er sein Interesse an einem entsprechenden Angebot der Prager Kollegen und listete die Bundestagsausschüsse auf, an denen die HV A interessiert war.²⁰⁹ Welche Sitzungsprotokolle die HV A vom tschechoslowakischen Geheimdienst dann tatsächlich erhielt, geht aus den bislang durchgesehenen Akten nicht hervor.

²⁰⁹ Stellvertreter des Ministers [Markus Wolf], 9.5.1958: Schreiben an den Leiter der Abteilung X des MfS, Genossen Major Damm. Betr.: Ermittlungen durch die tschechoslowakischen Genossen. Übersendung von Bundestagsprotokollen. Bezug: Protokoll über die Verhandlungen mit der ČSR am 21.3.1958; BStU, MfS, Abt. X, 746, Bl. 555 f. Siehe auch unten, Kapitel C.7., S. 315 ff.

Tabelle 7: Informationsberichte („Einzelinformationen“) der HVA an die Partei- und Staatsführung in der DDR über den Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages in den Jahren 1959 bis 1962

Titel der Information	Jahr, laufende Nummer und Datum der HVA-Information	Archivsignatur
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 19.03.1959	1959/0146, 23.3.1959	BStU, MfS, HVA 184, Bl. 7 f.
Bericht Brentanos über die Genfer Konferenz vor dem außenpolitischen Ausschuss des Bonner Bundestages	1959/0357	im Archiv nicht vorhanden
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 08.10.1959 und die Haltung der CDU und SPD zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den sozialistischen Ländern	1959/0737, 13.10.1959	BStU, MfS, HVA 188, Bl. 245–249
Diskussionen auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 22. Okt.1959 zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten	1959/0795	im Archiv nicht vorhanden
Sitzung des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 04.12.1959	1959/0884	im Archiv nicht vorhanden
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 14.01.1960 und über verschiedene außenpolitischen Fragen	1960/0033	im Archiv nicht vorhanden
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 21.01.1960 über Fragen des Haushalts des Bonner AA unter besonderer Berücksichtigung der sogen. Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit im Ausland	1960/0091	im Archiv nicht vorhanden
Ausführungen Brentanos auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 10.03.1960	1960/0203, 15.3.1960	BStU, MfS, ZAIG 273, Bl. 1–3
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 25.05.1960 und über eine vorangegangene Besprechung der SPD-Mitglieder dieses Ausschusses	1960/0411	im Archiv nicht vorhanden
Ausführungen Brentanos auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 23.06.1960	1960/0514	im Archiv nicht vorhanden
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages ²¹⁰	1960/0693, 17.10.1960	BStU, MfS, HVA 189, Bl. 151–155
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 20.10.1960	1960/0739	im Archiv nicht vorhanden
Entwurf eines Berichtes des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten über die Gestaltung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Ländern	1961/0308	im Archiv nicht vorhanden
Bericht des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages zur Lage der in den sozialistischen Ländern verbliebenen deutschen Bevölkerung	1961/0322	im Archiv nicht vorhanden
Sitzung des Außenpolitischen und Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages am 16.08.1961	1961/0455	im Archiv nicht vorhanden
Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 10.05.1962	1962/0301, 16.5.1962	BStU, MfS, ZAIG 596, Bl. 1–6
Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages [am 12.7.1962] zur Reise Adenauers nach Frankreich	1962/0508, 1.8.1962	BStU, MfS, HVA 196, Bl. 73–75
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages vom 26.10.[1962] anlässlich der aggressiven Akte der USA gegen Kuba	1962/0679	im Archiv nicht vorhanden

²¹⁰ Als Faksimile abgedruckt auf S. 60 ff.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Verteiler:

- 1. Gen. Dir. ✓
- 2. " Grot. ✓
- 3. MfAA } PVI
- 4. Fl. }
- 5. Sekr.
- 6. Pbl.
- 7. Plak A

"0/10"

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den

17. Okt. 60

Gefertigt: Exempl.

5 Blatt

1. Exemplar

Nr. 693 / 60

EINZEL-INFORMATION

über

die Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages

II 729/1634 E 9077, 702/1577 E 8833

Wie von einer zuverlässigen Quelle bekannt wurde, habe man darauf verzichtet, einen allgemeinen Bericht zur Lage zu geben, wie in der Presse angekündigt war. Brentano erklärte, dies sei deshalb geschehen, um das wirkliche Thema der Sitzung in der Öffentlichkeit zu tarnen.

Man habe sich in der Sitzung besonders mit der Erörterung der Frage einer evtl. Kündigung des Konsularvertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sowie mit dem Abschluss des Handels- und Schifffahrtsvertrages beschäftigt.

Botschafter Lahr berichtete über den Verlauf der Verhandlungen und über den Abschluss des Konsularvertrages. Er äußerte, daß der entscheidende Punkt der Verhandlungen die sog. Berlin Klausel gewesen sei. Die Regierung der Sowjetunion habe niemals auch nur die geringste Neigung gezeigt, eine solche Klausel in den Konsularvertrag einzubauen. Die Vertreter der Sowjetunion hätten betont, daß natürlich die Westberlinfrage geklärt werden müsse, daß dies aber nicht im Zusammenhang mit dem Konsularvertrag geschehen könne. Lahr behauptete, die Vertreter der Sowjetunion hätten allerdings in persönlichen Gesprächen zugestanden, daß die "Berliner" stillschweigend konsularisch mitbetreut werden würden.

- 2 -

Dok. 1: Informationsbericht der HVA vom 17.10.1960 über eine Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Der Bericht ging unter anderem an SED-Chef Walter Ulbricht, Ministerpräsident Otto Grotewohl und den Leiter der Abteilung für außenpolitische Fragen beim Zentralkomitee der SED, Peter Florin. Die Ausschusssitzung fand am 6.10.1960 statt. Der Informant konnte noch nicht ermittelt werden. Das offizielle Sitzungsprotokoll ist mittlerweile ediert in: Wintzer, Joachim; Boyer, Josef (Bearb.): Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1957-1961 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 4, Bd. 13/III, Zweiter Halbband). Düsseldorf 2003, S. 965-979. Der Inhalt dieser Ausschusssitzung war nach § 73 Abs. 6 der damaligen Geschäftsordnung des Bundestages vertraulich, wie sich aus dem offiziellen Sitzungsprotokoll (ebenda, S. 968) ergibt. Siehe auch Tabelle 7, S. 59. (Signatur: BStU, MfS, HVA 189)

Nach langem Zögern und nach vielen Verhandlungen der Bundesregierung mit dem Westberliner Senat bzw. nach mehreren Gesprächen zwischen K r o n e, O l l e n h a u e r und M e n d e sei dann dem Konsularvertrag in der vorliegenden Form zugestimmt worden. Es könne jetzt niemand, auch nicht die "Opposition," behaupten, daß etwas versäumt worden sei. Den Ausschlag beim Abschluss des Konsularvertrages habe auch der Passus über die Rückführung von Kriegsgefangenen gegeben, der bei den Verhandlungen in Moskau eine entscheidende Rolle gespielt habe.

L a h r erklärte, er müsse ganz entschieden feststellen, daß der Konsularvertrag nie einen "Berlinpassus" enthielt und daß eine Kündigung des Vertrages im Zusammenhang mit der Weigerung der Sowjetunion, die Bundespässe der Westberliner anzuerkennen, keine Gründe habe. Wenn von Seiten der Opposition solche Forderungen gestellt würden, dann müsse sie sich überlegen, daß eine derartige Maßnahme ohne rechtlichen Hintergrund keine wirksame Resonanz haben könne. Er müsse deshalb sehr ernst vor einer Kündigung des Vertrages warnen, zumal ja die Sowjetunion Partner des Abkommens sei und nicht die Regierung der DDR, mit deren Maßnahmen man es zu tun habe. Außerdem würde die Kündigung des Vertrages praktisch erst im Jahre 1964 wirksam. Dann könne aber eine völlig andere Lage herrschen und die konsularischen Belange könnten dann gerade sehr wichtig sein. Schliesslich bestehe auch ein gewisser Zusammenhang mit dem Abschluss des Handels- und Schifffahrts-Abkommens, der nicht übersehen werden dürfe.

B r e n t a n o stellte sich hinter die Darlegungen Lahrs und betonte, daß selbst in dem Falle, daß die Sowjetunion den Westberlinern praktisch den konsularischen Schutz entziehe, die Kündigung des Abkommens nicht einmal in Erwägung gezogen werden sollte. Das Entscheidende bei der Prüfung dieser Frage sei, daß es keinerlei rechtliche Möglichkeit gebe, etwas zu kündigen, was mit Westberlin laut Vertragstext überhaupt nichts zu tun habe.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete G r a d l wandte sich scharf gegen die Ausführungen Lahrs und Brentanos. Er äußerte, er und alle Westberliner könnten sich nicht damit abfinden, daß die Bundesregierung nicht reagiere, wenn die Regierung der Sowjetunion den konsularischen Schutz für die Westberliner aufhebe. Wenn schon keine Kündigung des Abkommens erwogen werde, dann sollte man wenigstens durch einen scharfen Protest in Moskau reagieren. Außerdem sollten bei den Verhandlungen zum Abschluß

des Handels- und Schifffahrtsabkommens die Belange Westberlins ganz klar berücksichtigt werden.

M o m m e r (SPD) verlangte, daß die Bundesregierung unter keinen Umständen die Maßnahmen der DDR und der Sowjetunion widerstandslos hinnehme. Wenn man erst das Interzonenhandelsabkommen kündige, dann hinterher Bauchschmerzen bekomme und vor weiteren Maßnahmen - in diesem Falle gegen die Sowjetunion - zurückschreke, dann sei das geradezu eine Ermunterung der Kommunisten, ihre Salamtaktik fortzusetzen. Er stehe auf dem Standpunkt, daß Druck auch Gegendruck erzeugen müsse und nur durch Druck aus der Welt geschafft werden könne. Andernfalls führe "die kommunistische Taktik" schliesslich zu dem, was man "freie Stadt Westberlin" nenne. Die Paßfrage sei doch nur der Anfang von Maßnahmen, die sicherlich Zug um Zug getroffen würden, wenn die Bundesregierung nicht "ganz massiv" reagiere. Er fragte an, ob die Bundesregierung etwa schon kapitulieren wolle, da der Kampf erst begonnen habe.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete A c h e n b a c h wandte sich gegen eine Kündigung des Konsularvertrages, sogar gegen eine Erörterung der evtl. Kündigung des Vertrages in der Öffentlichkeit. Er äußerte, hier gebe es nichts zu kündigen. Der Schaden werde dann nur auf der Seite der Bundesrepublik sein. Außerdem solle man erst einmal abwarten, was die Sowjetunion weiter in der Westberlinfrage unternehme.

M a t t i c k (SPD) polemisierte scharf gegen die "mangelnde Bereitschaft der Bundesregierung zur Verteidigung Berlins". Er erklärte, er müsse die Ausführungen Lahrs ablehnen. Es sei seitens der Bundesrepublik damals nicht entschieden genug für die Belange Westberlins gekämpft worden. Heute wolle die Bundesregierung schon wieder kapitulieren. Für die Westberliner gehe es nicht nur um Paßfragen, sondern um die entscheidende Frage ihrer Zugehörigkeit zur Bundesrepublik. Es gehe also um die Frage, wer Westberlin außenpolitisch vertritt. Lahr und Brentano hätten die Paßfrage sehr verniedlicht und nicht die weitergehenden Absichten der Regierung der Sowjetunion in den Vordergrund ihrer Ausführungen gestellt. Wenn das so weiter gehe, müsse er fragen, ob Westberlin morgen überhaupt noch zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehöre.

B i r r e n b a c h (CDU) erklärte, daß die Bundesregierung im Augenblick noch nichts tun könne, solange die Sowjetregierung nicht neue Maßnahmen mit weitgehenden Folgen getroffen habe. Man müsse abwarten, was noch komme. Er äußerte, wenn man schon einmal mit "Gangstern" Verträge abgeschlossen habe, dann müsse man auch wissen, was solche Verträge wert seien. Man müsse also auch manches hinnehmen.

B r e n t a n o griff noch einmal in die Debatte ein und wiederholte nochmals die Gedanken Lahrs. Er äußerte, daß die Bundesregierung keinen rechtlichen Grund zur Kündigung des Konsularvertrages habe. Eine überstürzte Kündigung auf Grund der Paßverweigerung für Westberliner werde in der internationalen Öffentlichkeit als ein Fehler betrachtet werden. Er warnte nochmals vor unüberlegten Handlungen, da sich schon jetzt gezeigt habe, daß die Kündigung des Interzonen-Handelsabkommens nicht "risikofrei" sei. Er schlug vor, noch abzuwarten und in Kürze wieder diese Frage zu behandeln, wenn neue Gründe gegeben seien. (Es wurde festgelegt, daß sich der Außenpolitische Ausschuß am 20.10. möglicherweise nochmals mit dieser Frage beschäftigen soll).

Nach der Sitzung sei bekannt geworden, daß der Bonner Botschafter in Moskau, K r o l l, ebenfalls sehr eindringlich vor einer Kündigung des Konsularvertrages gewarnt habe. Von sowjetischer Seite sei auch nicht an irgendeine Kündigung im Zusammenhang mit der konsularischen Vertretung der Westberliner durch die Bundesrepublik gedacht. Wahrscheinlich, so habe Kroll erklärt, werde es dabei bleiben, daß die konsularische Vertretung stillschweigend weiter wie bisher behandelt würde.

Außerdem sei bekannt geworden, B r e n t a n o habe sich gegenüber Ollenhauer geäußert, daß das Bundeskabinett eine Protestnote an die Regierung der Sowjetunion im Zusammenhang mit der konsularischen Vertretung der Westberliner vorbereite.

Aus Kreisen des Ältestenrates des Bundestages wurde bekannt, daß man erwäge, eine Bundestagssitzung in Westberlin wahrscheinlich erst Ende November durchzuführen. Die Westmächte hätten zwar nicht direkt zugestimmt, wohl aber durchblicken lassen, daß sie nichts dagegen hätten. Der Ältestenrat habe empfohlen, daß in Zukunft auch die Bundestagsausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten sowie für "gesamtdeutsche und Berliner Fragen" Sitzungen in Westberlin durch-

BSU
000155

führen.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle
publizistisch nicht ausgewertet werden.

Mueck

1.2.4.4. Sonder- und Untersuchungsausschüsse

Über Sonder- und Untersuchungsausschüsse des Bundestages sind in gleicher Weise Recherchen möglich wie über die ständigen Ausschüsse. Die folgenden drei Beispiele veranschaulichen dies.

„Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele“

Der 6. Deutsche Bundestag (1969–1972) richtete einen „Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele“ ein. Seine Aufgabe bestand neben der generellen Sportförderung darin, die Olympischen Spiele 1972 mit vorzubereiten, über die nötigen Finanzen mit zu entscheiden und politische Fragen zu klären (Teilnahme der DDR-Olympiamannschaft und die innerdeutschen Beziehungen; Teilnahme der Apartheidstaaten Südafrika und Rhodesien; Präsenz der bei den kommunistischen Regimes verhassten Sender *Radio Free Europe* und *Radio Liberty* am Olympiaort München und anderes).²¹¹ Aus dem Sonderausschuss ging ab der 7. Wahlperiode der ständige Sportausschuss hervor.

In der SIRA-Datenbank sind zwischen 1969 und 1972 mindestens 13 Informationen mit Bezug zu dem Sonderausschuss nachgewiesen. Die HV A war demnach über die verschiedenen Beratungsthemen informiert, nicht zuletzt durch mehrere Sitzungs-Kurzprotokolle.²¹² Zwölf der Informationen gingen 1970 und 1971 bei der HV A ein, eine im März 1972. Da die SIRA-Daten für das Jahr 1972 nur bruchstückhaft überliefert sind, fehlen gerade für das Olympiajahr 1972 Belege über entsprechende Informationslieferungen. Die Informationen bezog die HV A von nur zwei Quellen: Der SPD-Abgeordnete Arthur Killat(-von Coreth), von der HV A unter dem Decknamen „Kegel“ geführt, berichtete dreimal über die Schnittstelle von Sport und Politik (Einbeziehung Westberlins in die Sportbeziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Staaten sowie Sportförderung in Entwicklungsländern durch die Bundesrepublik).²¹³ Killat gehörte dem Ausschuss als stellvertretendes Mitglied an.²¹⁴ Durch die Informantin „Bärbel“ erhielt die HV A zwischen Januar und April 1970 Einblick in sechs Kurzprotokolle und in den folgenden zwölf Monaten noch gelegentlich Informationen über verschiedene Beratungsthemen des Ausschusses. Bei „Bärbel“ handelte es sich nach Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden um die Sekretärin Charlotte Flöthe. Sie arbeitete etwa von 1967 bis 1970 nebenberuflich als Schreibkraft für Arthur Killat.²¹⁵ Was beide mit Bezug zur HV A voneinander wussten, ist nicht bekannt.

²¹¹ Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): 40 Jahre Sportausschuss. Berlin 2009, S. 19–21 (im Internet zu finden unter http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a05/broschuere_40_jahre_sportausschuss.pdf (Stand: 9.3.2012)).

²¹² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7003376, SE7003377, SE7003378, SE7003380, SE7003547, SE7003548, SE7003551, SE7006241, SE7100087, SE7101274, SE7101949, SE7102850, SE7204945. Bei 5 Informationen ist keine Benotung vermerkt, sechs wurden mit der Note 3, zwei mit der 4 eingeschätzt. Ein weiteres Sitzungs-Kurzprotokoll (21. Ausschusssitzung am 16.2.1971) ist im Bestand der MfS-Hauptabteilung XX als vollständig abfotografiertes Exemplar überliefert. Der Ausschuss hatte das Protokoll als „Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Beim MfS galt das Dokument als „streng geheim“. BStU, MfS, HA XX, 16234, Bl. 1–7. Von den 13 Informationen zu dem Sonderausschuss sind in der SIRA-Datenbank nur zwei mit dem Deskriptor „Bundestag“ versehen. Bei einigen Informationen fehlt der Deskriptor, weil die Information ihren Ursprung in einer anderen Institution hatte, etwa einem Ministerium, das mit dem Ausschuss zusammenarbeitete.

²¹³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7101949, SE7102850, SE7204945.

²¹⁴ 40 Jahre Sportausschuss (wie Anm. 211), S. 74. Zu Killat siehe ausführlicher S. 228.

²¹⁵ GBA, Ermittlungsverfahren 3 BJs 437/91-1 (137), Bd. 3, Buchstabe F, Bl. 1–18. Die HV A führte den IMA-Vorgang „Bärbel“ ab September 1958 und archivierte ihn bis 1989 nicht. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet für „Bärbel“ 42 Informationseingänge zwischen 1969 und 1973, danach keine mehr. In Rosenholz sind 10 Personen für diesen Vorgang registriert, darunter Charlotte Flöthe als Hauptperson. Ausweislich der Karteikarte F 22 füllte der IMA-Vorgang „Bärbel“ kontinuierlich von 1958 bis 1984 21

Die Olympischen Spiele in München hatten zwar auch eine enorme politische Bedeutung und Brisanz. Aber wirklich sensible, das heißt sicherheitsrelevante Informationen dürfte es in dem Sport-Sonderausschuss kaum gegeben haben, zumal die Vorbereitung der Olympiade eine öffentliche Angelegenheit war.

Das MfS befasste sich noch aus einer anderen Perspektive mit dem Sport-Sonderausschuss: Die MfS-Hauptabteilung IX/10 (ab 1968: HA IX/11), die sich unter anderem mit der NS-Vergangenheit bundesdeutscher Mandats- und Funktionsträger beschäftigte, recherchierte die Biografien von über 500 Personen, die in der Bundesrepublik in herausgehobenen oder wichtigen Positionen die Olympischen Spiele vorbereiteten. Dazu gehörten Politiker ebenso wie die Präsidiumsmitglieder des Deutschen Sportbundes, des Nationalen Olympischen Komitees und anderer Sportverbände, ferner Beamte des Bundesinnenministeriums und andere.²¹⁶ Dabei stellte sich heraus, dass im MfS zu den meisten ordentlichen Mitgliedern des Sport-Sonderausschusses schon Personendossiers vorlagen, in denen ihre Biografien zwischen 1933 und 1945 dokumentiert waren – unabhängig davon, ob die betreffende Person NS-belastet war oder nicht.²¹⁷

Bemerkenswert ist der frühe Zeitpunkt, zu dem die MfS-Hauptabteilung IX/10 damit begann, sich auf ihre Weise für die Vorbereitung der Olympischen Spiele zu interessieren: Schon am 28. Mai 1966 legte sie einen Maßnahmeplan vor, in dem sie darlegte, auf welche Weise und mit welchem Ziel sie sich mit den Olympia-Verantwortlichen in der Bundesrepublik befassen werde.²¹⁸ Erst einen Monat zuvor hatte die Bundesrepublik vom Internationalen Olympischen Komitee den Zuschlag für 1972 erhalten. Das propagandistische Ziel der MfS-Hauptabteilung IX bestand seither darin, der Bundesrepublik oder einzelnen Verantwortungsträgern einen politischen Missbrauch der Olympischen Spiele unterstellen und Kontinuitätslinien zwischen den Olympischen Spielen 1936 und 1972 behaupten zu können.²¹⁹ In diesem Sinne berichteten die DDR-Medien mehrfach über die Vorbereitungen der Olympischen Spiele. Der Sport-Sonderausschuss fand dabei nur am Rande Beachtung. Doch seine bloße Existenz galt dem *Neuen Deutschland* zufolge als Beleg dafür, dass mit dem Sport Politik gemacht werde.²²⁰

Berichtsakten; BStU, MfS, Bestand Rosenholz, sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 6, SIRA-TDB 12 und 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/11528/60.

²¹⁶ Eine namentliche, wenngleich nicht vollständige Zusammenstellung des betreffenden Personenkreises in: BStU, MfS, HA IX/11, FV 69/66, Bd. 1, Bl. 32 u. 61–86.

²¹⁷ Die MfS-Hauptabteilung IX/11 recherchierte zumindest nach den Ausschussmitgliedern Alwin Brück, Hans Evers, Hermann Glüsing, Annemarie Griesinger, Rudolf Hauck, Dieter Hussing, Heinrich Köppler, Konrad Kraske (BStU, MfS, HA IX/11, PA 1130), Günther Metzger, Wolfgang Mischnick (PA 1149), Günther Müller, Willi Müller (PA 1491), Adolf Müller-Emmert (PA 1492), Friedel Schirmer (PA 2017), Manfred Schmidt, Karl-Heinz Spilker (PA 316), Manfred Wende (PA 3112), Heinrich Windelen (PA 1171) und Lothar Wrede. Ebenda, Bl. 56, 63 f. u. 67. Brück und Hauck waren stellvertretende, die übrigen hier genannten Abgeordneten ordentliche Ausschussmitglieder. Sofern die Personenakten der HA IX/11 zu den betreffenden Abgeordneten noch vorhanden sind, ist die Archivsignatur in Klammern hinter dem Namen vermerkt. Die vorliegenden Personenakten bestehen zumeist nur aus wenigen Seiten und enthalten vor allem Presseauschnitte und MfS-interne Recherchevermerke, gelegentlich auch Fotokopien und Daten aus der NS-Zeit.

²¹⁸ MfS-Hauptabteilung IX/10, 28.5.1966: Maßnahmeplan; BStU, MfS, HA IX/11, FV 69/66, Bd. 1, Bl. 1–3.

²¹⁹ Ebenda, Bl. 1, sowie MfS-Hauptabteilung IX, 31.5.1972: Information [über Umfang und Zielstellung der Personenüberprüfungen im Vorfeld der Olympischen Spiele 1972], in: ebenda, Bl. 11–13.

²²⁰ Neues Deutschland v. 14.4.1971, S. 1: Olympische Idee wird in der BRD missbraucht. Internationale Pressekonferenz der Gesellschaft zur Förderung des olympischen Gedankens in der DDR; sowie ebenda, S. 5: Die olympische Idee vor Missbrauch schützen. Als Kopie vorhanden in: BStU, MfS, HA IX/11, FV 69/66, Bd. 5, Bl. 152–155. Der „politische Missbrauch“ bestand diesem Artikel zufolge darin, dass die Bundesrepublik die Olympischen Spiele angeblich nutzen wolle, um „ihre reaktionären imperialistischen Ziele“ zu verfolgen, wie den Alleinvertretungsanspruch oder ihre revanchistische Politik gegenüber den sozialistischen Ländern. Ähnliche Berichte aus der DDR-Presse aus den Jahren 1970 bis 1972 sowie weitere DDR-Propagandamaterialien zur Vorbereitung der Olympischen Spiele in: ebenda, Bd. 5, Bl. 2–188.

U-Boot-Untersuchungsausschuss

Der 10. Deutsche Bundestag setzte am 10. Dezember 1986, nur zwei Monate vor dem Ende der Legislaturperiode, einen Untersuchungsausschuss ein. Sein Auftrag lautete, er solle aufklären, wie es zur rechtswidrigen Lieferung von Konstruktionsplänen für den U-Boot-Bau durch bundesdeutsche Unternehmen an Südafrika gekommen sei, und inwieweit Mitglieder der Bundesregierung davon gewusst oder daran mitgewirkt hätten. In der 11. Legislaturperiode führte der am 20. Mai 1987 konstituierte Ausschuss die Untersuchungstätigkeit fort. Am 26. Oktober 1990 legte er seinen Abschlussbericht vor.²²¹

Ein Bericht der *Kieler Nachrichten* vom 26. November 1986 enthüllte, dass die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) 1983 damit begonnen hatte, Konstruktionszeichnungen für U-Boote an Südafrika zu liefern. Dies lief dem Waffenembargo gegen Südafrika zuwider, das die UNO im November 1977 verhängt hatte.²²² Wie *Der Spiegel* 1990 berichtete, seien „nach Erkenntnissen der Staatsanwälte Schmiergelder und Provisionen in Millionenhöhe“ geflossen. Das Geschäft sei maßgeblich von dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß initiiert worden, wobei führende Mitglieder der Bundesregierung darüber informiert waren.²²³ *Der Spiegel* zitierte den SPD-Obmann im Untersuchungsausschuss Norbert Gansel mit den Worten, bei der U-Boot-Affäre handele es sich um den „schwersten Rüstungsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik“.²²⁴

Trotz der Bedeutung dieser Angelegenheit finden sich in der SIRA-Datenbank keine Hinweise auf Hintergrundkenntnisse der HV A. Vor Bekanntwerden der U-Boot-Affäre im Spätherbst 1986 verzeichnete die HV A nur zwei nennenswerte Informationslieferungen zu Waffengeschäften der Bundesrepublik mit Südafrika. Im April 1971 lag ihr eine Information über die „Bestrebungen westdeutscher Konzerne zur rüstungswirtschaftl[ichen] Zusammenarbeit mit Südafrika“ vor.²²⁵ Im Sommer 1974 traf bei der HV A ein Dokument mit dem Titel „Entwicklung von U-Booten in der BRD“ ein. Darin ging es auch um Verhandlungen über die Ausfuhr von U-Booten aus der Bundesrepublik nach Südafrika.²²⁶ Die HV A verfasste auf dieser Grundlage im Juli 1974 einen Informationsbericht für die Partei- und Staatsführung mit dem Titel „Verhandlungen der BRD mit Südafrika zur Lieferung von Kleinst-U-Booten“.²²⁷

Im April 1983 erhielt die HV A von dem Journalisten und schleswig-holsteinischen SPD-Referenten Bernd Michels eine 62-seitige „Interne Vorlage für die Aufsichtsratssitzung der Ho-

²²¹ Schindler: Datenhandbuch, Bd. 2, 1999, S. 2196 f. Der Abschlussbericht wurde als Bundestagsdrucksache 11/8109 vorgelegt.

²²² Bundestagsdrucksache 11/8109 (wie Anm. 221), S. 4 u. 50.

²²³ *Der Spiegel* 44(1990)14 v. 2.4.1990, S. 29 f.: Waffenexporte: Gestochene Handschrift. In der Affäre um U-Boote für Südafrika ermitteln die Staatsanwälte nun auch gegen Politiker und hohe Beamte. *Der Spiegel* 44(1990)38 v. 17.9.1990, S. 34 f.: U-Boot-Affäre: Eleganteste Lösung. Neue Dokumente belegen, dass der Kanzler und seine Vertrauten viel tiefer in das illegale Südafrika-Geschäft verwickelt waren, als sie zugeben wollen.

²²⁴ *Der Spiegel* 44(1990)14 (wie Anm. 223), S. 29.

²²⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7100685, Eingangsdatum bei der HV A: 16.4.1971, keine Benennung vermerkt. Die Information basierte auf Zuarbeiten dreier IM: des Mitarbeiters im Auswärtigen Amt Ludwig Pauli (IM „Adler“, Reg.-Nr. XV/15905/60), der Münchner Sekretärin mit dem Decknamen „Ilona“ (Reg.-Nr. XV/3980/63), die in der bayerischen Rüstungsindustrie arbeitete sowie der Agentin „Claus“, Reg.-Nr. XV/990/60. Zu „Ilona“ und „Claus“ siehe Müller-Enbergs, Helmut: Hauptverwaltung A: Aufgaben – Strukturen – Quellen. Hg. BStU (MfS-Handbuch). Berlin 2011, S. 227 u. 284.

²²⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7402851, Note 3. Als Eingangsdatum ist der 26.10.1974 vermerkt, die Information kam jedoch früher bei der HV A an und floss in den Informationsbericht SA7402036 (siehe Anm. 227) ein, der vom 6.7.1974 datiert. Die Quelle war IM „Hafen“, ein Ingenieur der HDW-Tochter IKL (Ingenieurkontor Lübeck). „Hafen“ wurde 1971 als knapp 61-Jähriger von der HV A angeworben. Zwischen 1973 und 1977 lieferte er 136 Informationen, zumeist über U-Boot-Technik und U-Boot-Entwicklung. BStU, MfS, HV A/MD/2, 3 u. 6, SIRA-TDB 11, 12 u. 21 sowie BStU, MfS, Bestand Rosenholz, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/354/71.

²²⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7402036. Der Bericht ist im Archiv des BStU nicht überliefert.

waldtswerke-Deutsche Werft AG Hamburg und Kiel vom 28.3.83, einschließlich des Sonder-schiffbaus“; ein Bezug zu Südafrika ergibt sich hier aus der SIRA-Datenbank jedoch nicht.²²⁸

Erst Ende 1986 wurde die U-Boot-Affäre Gegenstand von Informationslieferungen an die HV A: Am 3. Dezember 1986 erhielt die HV A auf der Grundlage eines abgehörten Telefongesprächs einen Bericht mit „Interne[n] Einschätzungen aus CSU-Kreisen zu dem Verkauf von U-Bootkonstruktionsplänen durch HDW an Südafrika“.²²⁹ Am 10. Dezember 1986 ging ihr von Hans Mario Bauer (IM „Jürgen“), dem Mitarbeiter der Bürogemeinschaft der schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten Gansel, Jungmann und Simonis, ein 62 Seiten starkes Dokument aus der 108. Sitzung des Haushaltsausschusses zu, und zwar ein „Bericht der Bundesregierung über den Verkauf von Konstruktionsplänen für U-Boote nach Südafrika“.²³⁰ Von ihrem IM „Ahmed“, einem syrischen Zivilangestellten in der bundesdeutschen Botschaft in Damaskus, erhielt die HV A im Januar und März 1987 vier bis fünf Seiten umfassende Dokumente über die U-Boot-Affäre, die sie jeweils als „wertvoll“ einstufte.²³¹ Am 19. Januar 1987 übersandte die HV A der DDR-Führung und dem Außenministerium einen kurzen Bericht über die „BRD-Sprachregelung zur Lieferung von U-Boot-Konstruktionsunterlagen an die Republik Südafrika“.²³² Darin informierte sie darüber, wie die bundesdeutschen Auslandsvertretungen nach entsprechender Weisung aus Bonn auf Anfragen zu der U-Boot-Affäre reagieren sollten. Diese Information ging auf IM „Ahmed“ zurück.

Ein einziger Informationsbericht bezog sich ausdrücklich auf den neu gebildeten Untersuchungsausschuss: Am 16. Februar 1987 ging bei der HV A ein drei Seiten langer Bericht „Zur Tätigkeit des U-Boot-Ausschusses des BRD-BT [= Bundestages]“ ein.²³³ Der Informant, „Herold“, war offenkundig ein DDR-Bürger, der sein Wissen allenfalls aus einem Abschöpfgespräch bezogen haben konnte.²³⁴

Folgt man den SIRA-Daten, scheint die HV A dann bis Jahresende 1987 keine Informationen mehr zu diesem Thema aufgenommen zu haben. Für die beiden folgenden Jahre ist keine Aussage möglich, weil die SIRA-Daten für 1988 und 1989 nur bruchstückhaft überliefert sind.

Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zählt eingangs die ihm angehörenden Mitglieder und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf. Demnach hatte die SPD-Fraktion Barbara Deuling als Mitarbeiterin benannt.²³⁵ In den „Rosenholz“-Unterlagen ist unter der Registriernummer XV/1471/65 in der Personenkartei auf einer Karteikarte F 16 unter anderem verzeichnet: Deuling, Barbara; Sekretärin, SPD-Bundestagsfraktion.²³⁶ In den „Rosenholz“-Unterlagen befindet sich unter derselben Registriernummer ferner ein Statistikbogen. Dort heißt es unter der Überschrift „Angaben zum IM“ unter anderem: „Deckname/Vorgang: Petra – XV/1471/65“ sowie „Kategorie: O-Quelle“.²³⁷ Was dies für die HV A im Hinblick auf den Untersu-

²²⁸ Ebenda, SE8302560, Note 3, bei der HV A am 6.4.1983 eingegangen. Michels wurde als IM „Bernhard“, Reg.-Nr. XV/3821/73, bei der HV A geführt.

²²⁹ Ebenda, SE8609412, Note 3; Quelle „Friedrich“. Bei der Quelle „Friedrich“ handelte es sich um die Telefonüberwachung der HV A, siehe S. 105.

²³⁰ Ebenda, SE8609630, Note 2. Am 3.12.1986 hatte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg dem Haushaltsausschuss darüber Bericht erstattet. Vgl. Bundestagsdrucksache 11/8109 (wie Anm. 221), S. 4.

²³¹ Ebenda, SE8700246 u. SE8702169. Zu „Ahmed“ siehe auch Anm. 472.

²³² Ebenda, SA8772046; der Bericht liegt im BStU-Archiv vor unter BStU, MfS, HVA 58, Bl. 516 u. 521. Empfänger waren unter anderem das DDR-Außenministerium, Ministerpräsident Willi Stoph und Politbüromitglied Hermann Axen.

²³³ Ebenda, SE8701166, Note 3.

²³⁴ Zu „Herold“ siehe Anm. 274 u. 401.

²³⁵ Bundestagsdrucksache 11/8109 (wie Anm. 221), S. 4. Die Fraktionsmitarbeiter durften auch an den nichtöffentlichen Sitzungen teilnehmen; ebenda.

²³⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1471/65. Siehe auch die Ausführungen in Anm. 237.

²³⁷ Ebenda. Zur Struktur der „Rosenholz“-Unterlagen siehe S. 162–164. Zum Begriff O-Quelle siehe S. 222 sowie Anm. 793 u. 794. Zur Reg.-Nr. XV/1471/65 vgl. auch Tabelle 15, S. 110.

Barbara Deuling hat am 23.1.2008 eidesstattlich versichert, „zu keiner Zeit bewusst und/oder gewollt mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammen gearbeitet“ zu haben. Das Hanseatische

chungsausschuss bedeutete, lässt sich aufgrund der fehlenden SIRA-Daten nicht erkennen. Ein früherer stellvertretender HVA-Referatsleiter behauptete in einer Vernehmung bei der Bundesanwaltschaft Mitte der neunziger Jahre, die HV A habe keinen „Informationsbedarf“ an dem U-Boot-Untersuchungsausschuss gehabt.²³⁸ Diese Aussage ist schwerlich zu überprüfen. Aber es sind Zweifel angebracht. Denn die HV A interessierte sich sehr wohl für die Rüstungsexporte der Bundesrepublik und die politischen Kontroversen, die es darum gab. Einige Sitzungsprotokolle der Arbeitsgruppen „Rüstungsexport“ der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP, die die HV A Anfang der achtziger Jahre erhielt, schätzte sie sogar als „wertvoll“ ein.²³⁹

Möglicherweise wusste die DDR jedoch über ihren Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski von dem Handel mit Südafrika. Wie *Der Spiegel* 1991 berichtete, gab es Hinweise auf ein Dreiecksgeschäft zwischen der Bundesrepublik, der DDR und Südafrika. Hierbei habe die DDR 1985 das spätere Kreuzfahrtschiff (FDGB-Ferienschiff) „Arkona“ zu günstigen Bedingungen erworben.²⁴⁰ Die verbliebene Archivüberlieferung aus dem Bestand der HV A gibt hierüber keine Auskunft.

Untersuchungsausschuss Flick-Spenden-Affäre

Am 19. Mai 1983 setzte der Deutsche Bundestag einen Untersuchungsausschuss zur sogenannten Flick-Spenden-Affäre ein. Knapp drei Jahre später, am 13. März 1986, legte der Ausschuss dem Bundestag seinen Abschlussbericht vor.²⁴¹

Die Flick-Spenden-Affäre begann als Parteispendenaffäre: Im Dezember 1981 hatte *Der Spiegel* von staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Politiker und Unternehmer berichtet. Es ging um den Verdacht, bei Parteispenden seien Steuern in Millionenhöhe hinterzogen worden. Um der Strafverfolgung zu entgehen, würden Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien planen, die entsprechenden Gesetze so zu ändern, dass ihre bisherige Spendenpraxis nachträglich legalisiert würde. Aus der Parteispendenaffäre wurde bald darauf die „Flick-Affäre“. Denn die Anzeichen verdichteten sich, dass Bonner Politiker dem Konzern zu Steuervorteilen in großem Umfang verholfen hatten und ihrerseits mit großzügigen Spenden des Flick-Konzerns gewogen gestimmt worden waren. *Der Spiegel* schrieb im Januar 1983 von der „Schmiergeld-Affäre Flick“.²⁴²

Anders als im Falle des U-Boot-Untersuchungsausschusses belegen die SIRA-Daten im Falle der Flick-Spenden-Affäre, dass die HV A schon lange vor dem öffentlichen Bekanntwerden der entsprechenden Sachverhalte recht genau Bescheid wusste. Ihre Quelle war der damalige Flick-

OLG Hamburg folgte ihr hierin, indem es die Behauptung für unzulässig erklärte, Barbara Deuling „sei als Bundesbürgerin wissentlich und willentlich für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR tätig gewesen“; OLG Hamburg, Urteil v. 3.5.2011 – Az. 7 U 26/10, S. 5.

²³⁸ Bundesanwaltschaft Karlsruhe, Ermittlungsverfahren 3 BJs 437/91-1, Bd. 3., Bl. 52.

²³⁹ Hierzu zählten: Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgruppen Rüstungsexport von FDP- und SPD-Fraktion am 26.5.81; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8120620, Note 2, Quelle: „Richard“, Reg.-Nr. XV/2273/74. Protokoll der AG Rüstungsexport der FDP-/SPD-Fraktion mit Vertretern der Bundesregierung am 28.10.81; ebenda, SE8122882, Note 3, Quelle: „Stamm“. Streng vertraulicher Bericht der Arbeitsgruppe Rüstungsexport der SPD-Bundestagsfraktion; ebenda, SE8124323, Note 2, Vorgang: „Petra“. Nähere Angaben und weiterführende Hinweise zu den Vorgängen in Tabelle 15, S. 107 ff. Die SIRA-Datenbank weist allein zum Stichwort „Rüstungsexport“ 41 Datensätze aus.

²⁴⁰ *Der Spiegel* 45(1991)34 v. 19.8.1991, S. 30–34: „Barschels größtes Geheimnis“. Duldete die Bundesregierung ein getarntes Dreiecksgeschäft zwischen Kiel, Rostock und Pretoria? – Das Kreuzfahrtschiff „Astor“ verkehrte nach seiner Indienstellung Anfang der 1980er Jahre unter bundesdeutscher Flagge, wurde 1983 an Südafrika verkauft und 1985 von der DDR erworben. Als Zwischenhändler fungierte eine bundesdeutsche Reederei, sodass die DDR das Geschäft nicht direkt mit dem politisch ungeliebten Südafrika abwickeln musste. In der DDR fuhr das Schiff unter dem Namen „Arkona“.

²⁴¹ Bundestagsdrucksache 10/5079.

²⁴² *Der Spiegel* 35(1981)50 v. 7.12.1981, S. 17–21: „Dann kann man sie nicht mehr hängen“; 37(1983)4 v. 24.1.1983, Titelseite und S. 17: „Schmiergeldaffäre Flick“; umfassender hierzu Kilz, Hans Werner; Preuß, Joachim: Flick. Die gekaufte Republik. (Spiegel-Buch, 48). Reinbek 1983. Der vorliegende Abschnitt über die Flick-Spenden-Affäre folgt Herbstritt: Bundesbürger, 2007, S. 343–355.

Lobbyist Adolf Kanter, der als IM „Fichtel“ rund 40 Jahre für die HV A arbeitete. Von 1973/74 bis 1981 war er stellvertretender Leiter des Bonner Büros des Flick-Konzerns. Seine Aufgabe als Lobbyist bestand darin, im Interesse seines Arbeitgebers Beziehungen zu Bonner Politikern zu pflegen. Er verfügte über vertrauliche Kanäle in alle Bundestagsparteien hinein. Als CDU-Mitglied aus Rheinland-Pfalz hatte er gute Verbindungen zum damaligen Oppositionsführer Helmut Kohl und dessen politischen Umfeld. Zu Kanters Aufgaben gehörte es auch, die Konzernleitung mit Berichten und Analysen umfassend über politische Vorgänge in Bonn zu informieren. Seine Ausarbeitungen reichte er teilweise zugleich der HV A weiter.²⁴³

Seit 1974 finden sich in der SIRA-Datenbank Nachweise darüber, dass Kanter die HV A über die Beziehungen des Flick-Konzerns zu den bundesdeutschen Parteien informierte. Die HV A schätzte seine diesbezüglichen Berichte überwiegend als „wertvoll“ ein. In der SIRA-Datenbank sind es vor allem Informationen mit den nachfolgend genannten Titeln, die in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit verdienen und den Kenntnisstand der HV A widerspiegeln. Die Titel wurden von den Auswertern der HV A formuliert:

- „Konzerneinwirkung auf Bundesratsentscheidung“²⁴⁴
- „Einwirkung der Spitze des Flick-Konzerns auf Regierungsentscheidungen“²⁴⁵
- „Zusammenarbeit Flick-Konzern mit FDP-Funktionär Lambsdorff sowie Regierungsbeamten und RKW/CIDS“²⁴⁶
- „Zusammenarbeit des Flick-Konzerns mit der CDU/CSU“²⁴⁷
- „Flick-Konzern beginnt mit massiven [!] Einfluss auf Führungskräfte von CDU und CSU in Vorbereitung der Bundestagswahlen 1976“²⁴⁸
- „Unterstützung des Wahlkampfes der CDU durch Monopole“²⁴⁹
- „Finanzielle Zuwendungen eines CDU-orientierten Konzerns an Multiplikatoren und Vertrauensleute“²⁵⁰
- „Zusammenarbeit eines Spitzenmanagers eines CDU-orientierten Konzerns mit Min[ister] [...]“²⁵¹
- „Über die Einflussnahme der Führungsspitze des Flick-Konzerns auf die Politik in der BRD“²⁵²
- „Führungsspitze eines BRD-Konzerns aktiviert Einfluss auf Spitzenpolitiker von CDU und FDP“.²⁵³

Jede dieser Informationen wurde von den Auswertern der HV A mit Deskriptoren versehen, die eine Präzisierung der Information zulassen. Wenn beispielsweise von Konzernen oder Monopolen die Rede ist, findet sich in einem der Deskriptoren die Erläuterung, welches Unternehmen gemeint ist. In den hier zitierten Titeln geht es jeweils um den Flick-Konzern. Dabei berichtete Kanter in drei Fällen zwischen 1976 und 1977 ausdrücklich über die Finanzierungspraxis des Flick-Konzerns gegenüber den Parteien, wie man anhand der Deskriptoren erkennen kann.²⁵⁴ Besondere Aufmerksamkeit dürfte bei der HV A Kanters 13-seitiger Bericht „über die Einflussnahme der Führungsspitze des Flick-Konzerns auf die Politik in der BRD“ erregt haben, ging es darin doch um die Finanzierung von CDU, CSU, SPD und FDP.²⁵⁵ Ausweislich der SIRA-

²⁴³ Herbstritt: Bundesbürger, 2007, S. 343 f.

²⁴⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7400446, Eingangsdatum bei der HV A: 23.1.1974, Note 2.

²⁴⁵ Ebenda, SE7401723, Eingangsdatum: 17.4.1974, Note 3.

²⁴⁶ Ebenda, SE7501370, Eingangsdatum: 30.5.1975, Note 2.

²⁴⁷ Ebenda, SE7502295, Eingangsdatum: 19.3.1975, Note 2.

²⁴⁸ Ebenda, SE7503963, Eingangsdatum: 19.12.1975, Note 2.

²⁴⁹ Ebenda, SE7605909, Eingangsdatum: 1976 (ohne genauere Datumsangabe), Note 2.

²⁵⁰ Ebenda, SE7701119, Eingangsdatum: 4.3.1977, Note 2.

²⁵¹ Ebenda, SE7701121, Eingangsdatum: 4.3.1977, Note 2.

²⁵² Ebenda, SE7705110, Eingangsdatum: 23.5.1977, Note 2.

²⁵³ Ebenda, SE7706833, Eingangsdatum: 20.9.1977, Note 2.

²⁵⁴ Ebenda, SE7605909, SE7701119, SE7705110 (wie Anm. 249, 250, 252).

²⁵⁵ Wie Anm. 252.

Datenbank informierte die HV A mehrere Male die Partei- und Staatsführung in der DDR über die angesprochenen Sachverhalte.²⁵⁶ Die Informationsberichte selbst sind im Archiv des BStU nicht mehr vorhanden.

Mit dem Gegenstand des Untersuchungsausschusses zur Flick-Spenden-Affäre war die HV A demnach gut vertraut. Über die Arbeit des Ausschusses in den Jahren 1983 bis 1986 scheint sie nur gelegentlich relevante Informationen erhalten zu haben. Zu ihren diesbezüglichen Quellen gehörten vor allem der frühere SPD-Abgeordnete Karl Wienand, der Journalist und Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Bonn, Rudolf Maerker, und die Sekretärin im Büro des Schatzmeisters beim SPD-Vorstand, Ursula Vollert.²⁵⁷ Aufgrund ihrer Funktionen konnten sie jedoch nur aus zweiter Hand berichten. Es handelt sich insofern um Informationen über den Ausschuss, aber nicht direkt aus demselben. Adolf Kanter fiel als Informant weitgehend aus.²⁵⁸ Er verlor 1981 viele seiner politischen Kontakte, weil der Flick-Konzern nach Bekanntwerden der Spenden-Affäre sein Bonner Büro schloss. Im Herbst 1983 geriet er schließlich in den Blick der bundesdeutschen Spionageabwehr. Er wurde zwar nicht als Agent enttarnt, stellte aus Sicherheitsgründen aber seine Spionagetätigkeit für einige Jahre ein.

1.2.5. Informationen aus den Fraktionen

In der SIRA-Teildatenbank 12 sind zumindest 567 Informationen verzeichnet, die sich primär auf die Arbeit in den Bundestagsfraktionen beziehen. Dabei handelte es sich um Berichte über und Dokumente aus der Arbeit einer Fraktion, einer ihrer Arbeitskreise, Arbeitsgruppen oder Arbeitsgemeinschaften, Fraktionssitzungen, vereinzelt um Informationen über Fraktionsklausurtagungen, politische Konzepte und Grundlagenpapiere, aber auch um Angaben zu organisatorischen Strukturen und um Telefonverzeichnisse. Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag interessierte sich die HV A in besonderem Maße für deren Fraktion und wie sie sich zu verschiedenen Themen politisch positionieren würde. Anders als in den in Kapitel C. 1.2.1. genannten Themenkreisen steht der einzelne Abgeordnete hier nicht so sehr im Vordergrund. Gleichwohl ist eine eindeutige Abgrenzung nicht immer möglich.

Am Beispiel der Arbeitskreise I der FDP-Bundestagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion, des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Fraktion und des Arbeitskreises 4 der Grünen-Fraktion soll nachfolgend exemplarisch aufgezeigt werden, welche Einblicke in die HVA-Spionage gegen die Bundestagsfraktionen auf der Grundlage der SIRA-Datenbank möglich sind. Die Bedeutung dieser Arbeitskreise war groß, befassten sie sich doch mit den sensiblen außen-, deutschland- und sicherheitspolitischen Themen. Sie formten in diesem Politikbereich die Positionen ihrer Fraktionen und bereiteten somit Parlamentsentscheidungen inhaltlich vor.²⁵⁹

²⁵⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7400044, SA7503478, SA7703560. Diese drei Informationsberichte aus den Jahren 1974, 1975 und 1977 trugen in Papierform bei der HV A die Nummern 81/74, 775/75 und 371/77. Von dem Bericht 775/75 ist das Deckblatt erhalten geblieben, das den Empfängerkreis auflistet, der von Honecker, Stoph und Sindermann angeführt wird und mit 27 Empfängern außerhalb der HV A sehr umfangreich ist. BStU, MfS, HV A 119, Bl. 289. Erst in späteren Jahren wurde der Empfängerkreis auch in SIRA eingetragen. Die 3 Berichte selbst sind nicht überliefert.

²⁵⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8305615, SE8402795, SE8408531, SE8500881, SE8503489, SA8450416, SA8572093. Zu Wienand siehe S. 243–245. Maerker fungierte von 1968 bis 1989/90 unter dem Decknamen „Max“ als IM der HV A. Zu ihm siehe ausführlich Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, 2001, S. 216–223. Vollert wurde von der HV A seit 1973 unter dem Decknamen „Udo“, Reg.-Nr. XV/3762/73, als IM geführt.

²⁵⁸ Nur im Juli 1983 verzeichnet die SIRA-Datenbank eine einschlägige Informationslieferung Kanters, die den Titel „Verdeckte Parteienfinanzierung“ trägt, ohne ausdrücklich auf den Ausschuss Bezug zu nehmen: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8305045, Note 3.

²⁵⁹ In Schindler: Datenhandbuch, Bd. 2, 1999, S. 989, werden die Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der Fraktionen als „Hilfsorgane der Fraktionsvollversammlung“ beschrieben, die der „gründlichen fraktionsinternen Vorberatung“ dienen.

Vergleichbare Analysen könnten auch zu anderen Aspekten der HVA-Spionage gegen die Bundestagsfraktionen ausgearbeitet werden.²⁶⁰

1.2.5.1. Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion

Der Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion befasste sich mit Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik. In der SIRA-Teildatenbank 12 sind zumindest 69 Informationslieferungen an die HV A nachweisbar, in denen es unmittelbar um die Tätigkeit dieses Arbeitskreises ging. Eine einzelne Informationslieferung beinhaltete mitunter Materialien aus mehreren, aufeinander folgenden Sitzungen des Arbeitskreises I, wie aus der nachfolgenden Tabelle 8 hervorgeht. Unberücksichtigt bleiben im Folgenden die Informationen aus den Arbeitsgruppen, in die sich der Arbeitskreis untergliederte, und über die zum Teil weitere Informationen bei der HV A vorlagen. Zeitlich erstreckten sich die Informationslieferungen von 1973 bis 1984. Die wichtigste Quelle war hier die schon erwähnte FDP-Sekretärin Johanna Olbrich alias Sonja Lüneburg (IM „Anna“). Sie lieferte der HV A 53 einschlägige Dokumente, zumeist abfotografierte Sitzungsprotokolle des Arbeitskreises I. Die übrigen 16 Informationslieferungen über den Arbeitskreis I bezog die HV A von vier weiteren Quellen: Sechs Dokumente beschaffte Herbert Willner (IM „Stamm“), der 20 Jahre lang bei der FDP-Bundesgeschäftsstelle und der Friedrich-Naumann-Stiftung angestellt war, bevor er ebenfalls im Sommer 1985 in die DDR zurück flüchtete, um seiner drohenden Enttarnung zuvorzukommen. Er gehörte zeitweilig zu den ergiebigsten Quellen der HV A in der Bundes-FDP und lieferte unter anderem Vorlagen und Vermerke für Kabinettsitzungen; inhaltlich ging es hierbei ebenfalls vor allem um die Außen- und Deutschlandpolitik.²⁶¹ Fünf Dokumente beschaffte der Diplom-Politologe und persönliche Mitarbeiter William Borms, Jürgen-Bernd Runge (IM „Richard“).²⁶² Auf Borm (IM „Olaf“) selbst gingen vier Berichte und Dokumente zurück. Einen Bericht verbuchte die HV A unter dem Objektvorgang „Bronze“.²⁶³ Bemerkenswert ist, dass die HV A aus dem Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion fast nur Dokumente (Sit-

²⁶⁰ Eine ähnlich gelagerte Analyse der SIRA-Daten, mit Blick auf die HVA-Spionage gegen die Grünen, hat der frühere Grünen-Abgeordnete Wilhelm Knabe vorgelegt: Knabe, Wilhelm: Zur Westarbeit der Stasi bei den Bonner Grünen. Auswertung der SIRA-Dateien von 1979 bis 1987 und Erinnerungen eines Zeitzeugen. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 98). Münster 2003, S. 194–209.

²⁶¹ Herbstritt: Bundesbürger, 2007, S. 316–318. Willners Ehefrau Herta-Astrid arbeitete von 1973 bis 1985 als Sekretärin im Bundeskanzleramt und spionierte dort für die HV A. Gemeinsam mit ihrem Mann flüchtete sie 1985 in die DDR. Um der Strafverfolgung im wiedervereinigten Deutschland zu entgehen, verließen sie im Herbst 1990 Deutschland für mehrere Jahre. Ebenda, S. 310 u. 316–319; siehe auch Willners Selbstdarstellung unter dem Titel „Als Ghostwriter Verheugens“. In: Eichner; Schramm (Hg.): Kundschafter im Westen, 2003, S. 299–312.

²⁶² Runge schilderte in dem Fernsehbeitrag „Die Stasi in West-Berlin“, den der RBB (Rundfunk Berlin-Brandenburg) am 5.8.2010 ausstrahlte, recht offen und selbstkritisch die Umstände seiner damaligen Zusammenarbeit mit der HV A. Er berichtet darin davon, dass er von seinem Führungsoffizier einmal ein vom MfS verfasstes politisches Positionspapier erhalten habe, das er im Sinne eines Einflussagenten in der Bundesrepublik verbreiten sollte. Kurz darauf habe ihm William Borm das gleiche Papier mit ähnlich lautendem Auftrag vorgelegt. Da Runge um den Ursprung des Papiers wusste, war ihm ab diesem Moment die MfS-Anbindung Borms bewusst. Zu diesem Fernsehbeitrag von Ute Bönnen und Gerald Endres siehe auch http://www.rbb-online.de/doku/titel_mit_die/die_stasi_in_west.listall.on.printView.on.html (Stand: 23.3.2012). Runge, seit 1974 unter der Reg.-Nr. XV/2273/74 als IM „Richard“ bei der HV A erfasst, stellte Ende 1982 seine Informationslieferungen an die HV A ein und brach schließlich den Kontakt ab. Hatte er sich Anfang der 1970er Jahre aufgrund seiner kommunistischen Überzeugung auf die geheimdienstliche Zusammenarbeit eingelassen, so litt er zusehends unter der Falschheit des Agentenlebens, was schließlich zum Bruch mit der HV A führte. Diese führte seinen IM-Vorgang dennoch weiter.

²⁶³ Den Objektvorgang „Bronze“, Reg.-Nr. XV/880/61, führte 1980 die Abteilung IV/9 der HV A. Die Abteilung IV der HV A betrieb Militärspionage gegen die Bundesrepublik, sodass „Bronze“ der Deckname für ein militärisches Objekt in der Bundesrepublik gewesen sein kann. Auf welchen IM die erwähnte Information zurückging, ist nicht feststellbar.

zungsprotokolle usw.) erhielt, aber kaum Einschätzungen und Berichte, die ihre IM angefertigt hätten. Darin unterscheidet sich das Informationsaufkommen von dem aus dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion.

Die beiden folgenden Tabellen listen auf, unter welchen Bezeichnungen die HV A die Informationen aus dem Arbeitskreis I in der SIRA-Datenbank verzeichnete. Anhand des Eingangsdatums kann man erkennen, wie schnell ein Dokument oder ein Bericht aus dem Arbeitskreis I bei den Informationsauswertern der HV A auf dem Tisch lag. Häufig dauerte das nur ein bis zwei Wochen. Inhaltlich dürfte die HV A mit der Informationsausbeute zufrieden gewesen sein, denn von den 69 Informationen erhielten 46 die Note „3“, was einem „mittleren Wert“ entsprach, während 21 Informationen mit einer „2“ als überdurchschnittlich wertvoll angesehen wurden und ein Dokument die selten vergebene Note „1“ erzielte. Nur eine Information wurde mit „4“ und somit als nur wenig wertvoll eingestuft.

Die in der SIRA-Datenbank nachgewiesenen Dokumente sind heute im Archiv des BStU, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht mehr vorhanden. Doch sofern sich die Originale, zum Beispiel die Sitzungsprotokolle, noch in den Ablagen der FDP-Bundestagsfraktion befinden, könnte man ohne Weiteres nachvollziehen, über welchen Kenntnisstand die HV A damals verfügte.

Die beiden folgenden Tabellen veranschaulichen, in welchen Jahren es einen beständigen Informationsabfluss aus dem Arbeitskreis I zur HV A gegeben hat. Mit einiger Vorsicht ist eventuell auch der Umkehrschluss zulässig: Es hat womöglich auch Jahre gegeben, in denen die HV A keinen Zugriff auf Informationen aus dem Arbeitskreis I hatte. Beispielsweise verschlechterten sich die Möglichkeiten der HV A Mitte der achtziger Jahre, als Johanna Olbrich (Sonja Lüneburg) und das Ehepaar Willner in die DDR zurückgezogen wurden; William Borm und sein Mitarbeiter Jürgen-Bernd Runge waren schon in der ersten Hälfte der achtziger Jahre als FDP-interne Quellen ausgefallen.

In den SIRA-Datensätzen wird jede Information mit verschiedenen Suchbegriffen zu Sachverhalten, Ländern/Orten, Personen/Namen und Objekten/Institutionen beschrieben. Die 69 Informationen aus dem Arbeitskreis I verzeichnete die HV A häufig in Verbindung mit den Namen von Politikern. Darunter findet man die Namen zahlreicher Abgeordneter, meistens aus der FDP-Fraktion, aber gelegentlich auch aus anderen Fraktionen, wie die nachstehende Aufzählung zeigt. Spitzenreiter war der FDP-Außenpolitiker Jürgen Möllemann, dessen Namen die HV A bei 29 der 69 Informationen als relevant vermerkte. Darüber hinaus werden vor allem die Namen derjenigen FDP-Politiker häufiger genannt, die sich schwerpunktmäßig mit außenpolitischen Fragen befassten. Die HV A führte die Namensverzeichnung in der SIRA-Datenbank aber nicht konsequent durch. Viele Namen von Abgeordneten und anderen Personen, die in den von den Agenten beschafften Dokumenten und Berichten vorkommen, erscheinen nicht in der SIRA-Datenbank. Die folgende Liste nennt alle damaligen Abgeordneten, die die HV A in Verbindung mit dem Arbeitskreis I in ihrer Datenbank verzeichnete; sie bildet aus den genannten Gründen aber eine höchst unvollständige Dokumentation. Die Namen anderer Politiker, die nicht Abgeordnete waren, werden hier nicht aufgezählt.

Conrad Ahlers (1x), Martin Bangemann (8x), Gerhart Rudolf Baum (1x), William Borm (4x), Karl Carstens (1x), Norbert Eimer (1x), Josef Ertl (2x), Olaf Feldmann (1x), Egon Franke (1x), Bruno Friedrich (1x), Liselotte Funcke (1x), Klaus Gärtner (2x), Hans-Dietrich Genscher (8x), Martin Grüner (2x), Hildegard Hamm-Brücher (11x), Helmut Haussmann (1x), Ottfried Hennig (1x), Friedrich Hölscher (1x), Hans-Günter Hoppe (11x), Kurt Jung (10x), Detlef Kleinert (2x), Karl-Hans Laermann (1x), Otto Graf Lambsdorff (3x), Walther Ludewig (9x), Kurt Mattick (1x), Wolfgang Mischnick (1x), Jürgen W. Möllemann (29x), Karl Moersch (1x), Alfred Ollesch (1x), Rudolf Opitz (1x), Annemarie Renger (1x), Uwe Ronneburger (4x), Wolfgang Rumpf (1x), Helmut Schäfer (9x), Walter Scheel (1x), Helmut Schmidt (1x), Helga Schuchardt (10 x), Manfred Vohrer (10x), Andreas von Schoeler (1x), Jürgen Warnke (1x), Friedrich Wendig (2x), Hans-Jürgen Wischnewski (1x), Manfred Wörner (2x), Torsten Wolfgramm (2x), Richard Wurbs (2x), Werner Zywiets (2x)

Tabelle 8: Dokumente aus dem Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion, die von IM „Anna“ (Johanna Olbrich alias Sonja Lüneburg) an die HV A weitergegeben wurden²⁶⁴

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A ²⁶⁵	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Tagung des Arbeitskreises [I] der FDP-Bundestagsfraktion am 30.1.1973	13.2.1973	3	SE7301261
Protokoll des Arbeitskreises I (Außen-, Deutschland- u. Sicherheitspolitik) der FDP-Bundestagsfraktion, Feb. [u.] März 1977	April 1977	3	SE7702478
Protokolle des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 19.4. und 3.5.1977	9.6.1977	3	SE7705135
Kurz- und Beschlussprotokoll des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion	4.11.1977	2	SE7720585
Kurz- und Beschlussprotokoll des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion und Bericht des MdB Friedrich über seinen Spanien-Besuch	4.11.1977	3	SE7721112
Protokoll der Sitzungen des AK I der FDP-Bundestagsfraktion und Aufzeichnung für die Direktwahlen zum europ. Parlament	15.12.1977	3	SE7722234
Materialien des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion	25.1.1978	3	SE7800592
Aufzeichnung für Genscher zur Föderation liberaler Parteien vom 12.5.1978 und Protokoll des AK I der FDP-Bundestagsfraktion April/Mai 1978	19.5.1978	3	SE7803906
Materialien des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion	22.6.1978	3	SE7804648
Materialien des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion	6.7.1978	2	SE7806328
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion zu Problemen der Rüstung, des Rüstungsexportes und des Europaabgeordnetengesetzes	5.10.1978	2	SE7820361
Vermerk über die Sitzung der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik des AK I der FDP-Bundestagsfraktion 2.10.1978	25.10.1978	3	SE7821451
Protokoll der Sitzung des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 3.10.1978	25.10.1978	2	SE7821452
Protokoll des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 7.11.1978	14.12.1978	3	SE7823111
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion	25.1.1979	2	SE7900693
Material des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 13.2.1979	1.3.1979	3	SE7901377

²⁶⁴ Die Datengrundlage bilden auch hier die Einträge in der SIRA-Teildatenbank 12. Siehe auch den editorischen Hinweis in Anm. 152.

²⁶⁵ Das Eingangsdatum bezeichnet in der SIRA-Datenbank in verschiedenen Jahren je unterschiedliche Zeitpunkte. Vereinfachend kann man sagen, dass die jeweilige Information zu dem angegebenen Eingangsdatum der Auswertungsabteilung der HV A vorlag. Da die Information, beispielsweise ein Dokument, vom jeweiligen Führungsoffizier an die Auswertungsabteilung geschickt wurde, muss sie zumindest einige Tage zuvor bereits in der DDR angekommen sein. Zu den Datierungen siehe ausführlich Konopatky, Stephan: Die Datenbanken der Spionageabteilung der DDR-Staatssicherheit als archivalische Überlieferung bei der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. (= FH Potsdam, Diplomarbeit). Potsdam 2007, S. 110 f.

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Material des AK I der [FDP-] Bundestagsfraktion	1.2.1979	1	SE7902620
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion	7.5.1979	3	SE7903977
Protokolle des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 8.5./15.5. und 29.5.1979	30.6.1979	3	SE7905454
Protokoll des AK I vom 11.9.1979 [...]	21.9.1979	2	SE7920238
Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung des AK I der FDP-Bundestagsfraktion am 11.9.1979	21.9.1979	3	SE7920240
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 25.9.1979 und 16.10.1979	26.10.1979	2	SE7921435
Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises [I] der FDP-Bundestagsfraktion am 12.6. und 26.6.1979	21.9.1979	3	SE7921436
Protokoll des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 13.11.1979 [...]	8.12.1979	3	SE7922531
Protokolle des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 6.11.1979, 13.11.1979 und 27.11.1979	8.12.1979	2	SE7922922
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 15., 22. und 31.1.1980	20.2.1980	2	SE8001217
Material des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 4.3.1980 und 18.3.1980	April 1980	3	SE8002546
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 16.1.1980	20.2.1980	2	SE8002677
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 13., 22. und 26.2.1980	April 1980	3	SE8002681
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion	23.5.1980	3	SE8004350
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 16.5., 20.5., 9.6. und 17.6.1980	1.7.1980	3	SE8005984
Materialien der AK I, II, III und V der FDP-BT-Fraktion	30.10.1980	2	SE8021529
Materialien des AK I der FDP-Bundestagsfraktion zu Fragen der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik der FDP vom 30.1., 10.2., 17.2., 17.3. und 2.4.1981	15.4.1981	2	SE8103958
Materialien des AK I der FDP BT-Fraktion vom 11. und 12.5.1981 (Entschließungsantrag Türkeihilfe und Protokoll AK I)	28.5.1981	3	SE8105755
Kurz- und Beschlussprotokolle des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 6.10., 20.10. und 27.10.1981 sowie Ergebnisprotokoll der Tagung des BFA I vom 26.10.1981	3.12.1981	2	SE8124240
Aussagen zu innerparteilichen Zusammenhängen in der FDP sowie Materialien des Arbeitskreises I und IV der FDP-Bundestagsfraktion vom 24.11. und 1.12.1981	10.12.1981	2	SE8124258
Materialien des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 11.11.81, 24.11.81, 1.12.81, 8.12.81 und 18.12.81	1.2.1982	2	SE8200689
Materialien des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 3.4. u. 11.5.82	26.5.1982	3	SE8205565
Materialien des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 18.5., 25.5., 15.6. und 22.6.1982	15.7.1982	3	SE8220469
Protokolle der Sitzungen des AK I der FDP-Bundestagsfraktion und Schreiben Genschers an MdB FDP Rumpf zur Namibia-Frage	19.1.1983	3	SE8300360

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion sowie des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 3.5.-7.6.83	20.7.1983	3	SE8305380
Interne Abstimmungen im Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion zu Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik	15.9.1983	3	SE8306423
Kurz- und Beschlussprotokoll der FDP-Bundestagsfraktion und des Arbeitskreises I vom 13.9.83	5.10.1983	3	SE8306878
Kurz- und Beschlussprotokolle der Sitzung des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 27.9. und 6.9.83	6.10.1983	3	SE8306879
Material über die 3. Sitzung der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages am 21.10.1983 und Sitzung des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion zu dieser Frage	8.11.1983	2	SE8307850
Kurz- und Beschlussprotokoll der FDP-Bundestagsfraktion vom 23.+29.11.83 und Protokoll der [!] AK I der FDP-Fraktion vom 29.11.83	27.1.1984	3	SE8400520
Kurz- und Beschlussprotokoll der FDP-Bundestagsfraktion vom 5.12.83 und Protokoll der [!] AK I der FDP-Fraktion vom 5.12.83	27.1.1984	3	SE8400521
Kurz- und Beschlussprotokoll des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 17.1.84	27.1.1984	3	SE8400522
Kurz- und Beschlussprotokoll des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 24.1.84 mit Anlage Lome II	10.2.1984	3	SE8400918
Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion in ihrem AK I und IV am 21.2.84	23.3.1984	3	SE8402193
Protokolle des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 27.3. und 3.4.84	19.4.1984	3	SE8402893
Kurz- und Beschlussprotokoll des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 9. und 13.4.84	23.4.1984	3	SE8402925
Kurz- und Beschlussprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises I am Dienstag 3. Juni 1984 der FDP-Bundestagsfraktion	26.6.1984	3	SE8404607

Tabelle 9: Dokumente und Berichte aus dem Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion, die von verschiedenen Quellen (außer IM „Anna“, vgl. Tabelle 8) an die HVA weitergegeben wurden²⁶⁶

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HVA	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zu den Quellen ²⁶⁷
Sitzung des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion am 12. Sept. 1973	26.09.1973	3	SE7303608; „Olaf“, XV/4604/60
Tagung des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion am 18.9.1973	27.09.1973	3	SE7303626; „Olaf“, XV/4604/60
Sitzung des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion vom 6.11.1973	19.11.1973	3	SE7303944; „Olaf“, XV/4604/60
Material vom Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion beschlossene Arbeitspapiere – Positionspapier arabische Länder, Positionspapier Lateinamerika	23.10.1978	3	SE7821672; „Richard“, XV/2273/74
Protokoll der AK-I-Sitzung der FDP vom 3.10.78 zum Stand MBFR-Verhandlungen und Studie innenpolitische Stabilität in Osteuropa	23.11.1978	2	SE7823275; „Stamm“, XV/4434/60
Argumentationskatalog zur Ost- und Deutschlandpolitik (Ausarbeitung von Schollwer für den AK I der FDP-Bundestagsfraktion)	22.09.1979	2	SE7901538; „Richard“, XV/2273/74
Material des AK I der FDP-Bundestagsfraktion zur Menschenrechtsproblematik	27.03.1979	2	SE7903200; „Richard“, XV/2273/74
Ausarbeitung von Prof. [Friedhelm] Wilkenloh für den Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion (Mitte Mai 1979)	25.05.1979	3	SE7903970; „Richard“, XV/2273/74
Material des AK I der FDP-Bundestagsfraktion und des BFA II des FDP-BV zur Abrüstungsfrage	27.03.1979	2	SE7903984; „Richard“, XV/2273/74
Gemeinsame Sitzung der AG Deutschlandpolitik des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion sowie einiger Mitglieder des Bundesfachausschusses Europa Ost- und Deutschlandpolitik der FDP	04.03.1980	2	SE8001963; „Olaf“, XV/4604/60
Meinungen aus dem Arbeitskreis Außen-, Deutschland-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik der FDP-Fraktion zu aktuell-politischen Problemen	08.04.1980	3	SE8002518; „Bronze“, XV/880/61
Kurz- und Beschlussprotokoll des AK I der FDP-Bundestagsfraktion vom 20. Jan. 1981	10.02.1981	3	SE8101324; „Stamm“, XV/4434/60
Positionspapier des AK I der FDP-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik	10.02.1981	3	SE8101816; „Stamm“, XV/4434/60

²⁶⁶ Siehe auch den editorischen Hinweis in Anm. 152.

²⁶⁷ Nähere Angaben oder weiterführende Hinweise zu den Quellen oder IM finden sich in Tabelle 15, S. 107 ff. Zu „Bronze“ siehe auch Anm. 263, zu „Olaf“ S. 240 u. 311, zu „Richard“ S. 72 u. Anm. 262, zu „Stamm“ S. 72.

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zu den Quellen
Beschlussprotokoll des Arbeitskreises I der FDP mit einem Interview des BM Dr. Warnke	06.01.1983	4	SE8300087; „Stamm“, XV/4434/60
Sitzungsprotokolle des Arbeitskreises I der FDP vom 3. und 16.5.83	29.06.1983	3	SE8304828; „Stamm“, XV/4434/60
Beschlussprotokoll des Arbeitskreises I der FDP vom 17.5.83 mit Anlagen	30.06.1983	3	SE8304890; „Stamm“, XV/4434/60

1.2.5.2. Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion

Der Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion befasste sich mit Außen- und Sicherheitspolitik, den innerdeutschen Beziehungen sowie der Europa- und Entwicklungspolitik. In der SIRA-Teildatenbank 12 sind zumindest 123 Informationslieferungen an die HV A nachweisbar, in denen es unmittelbar um die Tätigkeit dieses Arbeitskreises ging. Unberücksichtigt bleiben hier Informationen aus den Arbeitsgruppen, in die sich der Arbeitskreis untergliederte und über die der HV A zum Teil weitere Informationen vorlagen, beispielsweise aus der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen. Zeitlich erstreckten sich die Informationslieferungen von 1973 bis 1989.

Die wichtigste Quelle war hier Armin Hindrichs (IM „Talar“), der bereits im Herbst 1959 als IM angeworben worden war. Damals war er noch DDR-Bürger und befand sich in Haft. 1960 siedelte ihn das MfS mit einem Spionageauftrag in die Bundesrepublik über. Ab März 1972 arbeitete er als Referent der SPD-Bundestagsfraktion, wo er bis Anfang 1989 für die Arbeitsgruppe „Innerdeutsche Beziehungen“ im Arbeitskreis I zuständig war. Danach wurde er Referent für Entwicklungspolitik.²⁶⁸ Allein von Hindrichs erhielt die HV A zwischen 1978 und 1989 88 Informationen aus dem Arbeitskreis I. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, berichtete er über aktuelle Diskussionen, die in dem Arbeitskreis geführt wurden, und lieferte Protokolle und andere Dokumente. Hindrichs' Informationen dürften insgesamt detaillierter und nuancierter ausgefallen sein als die bloßen Sitzungsprotokolle, die Johanna Olbrich alias Sonja Lüneburg aus dem Arbeitskreis I der FDP-Fraktion regelmäßig nach Ostberlin weiterreichte.

Da Hindrichs erst 1978 von der MfS-Hauptabteilung XX an die HV A übergeben wurde, bilden sich seine Spionageaktivitäten vor 1978 nicht in der SIRA-Datenbank ab. Dafür sind in seinem Fall seine Berichtsakten bis 1977 erhalten geblieben.²⁶⁹ Darin findet man einige komplette Sitzungsprotokolle des Arbeitskreises I aus den Jahren 1972 bis 1974.²⁷⁰ Seine Berichtsakten enthal-

²⁶⁸ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 52 f. Knabe charakterisiert Hindrichs hier als „Wehner-Schützling“. Hindrichs wurde 1996 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte auch Einblick in sensible Freikauf- und Übersiedlungsangelegenheiten von DDR-Bürgern. Es müsste noch geprüft werden, in welchem Umfang er entsprechendes Wissen an das MfS weitergab.

²⁶⁹ BStU, MfS, AIM 7444/68, Teilablage, Bd. II/1-16.

²⁷⁰ In den Berichtsakten Hindrichs' – BStU, MfS, AIM 7444/68 – sind Protokolle folgender Sitzungen des Arbeitskreises I enthalten: Sitzungen v. 18.12.1972 (Bd. II/12, Bl. 164–180), 16.10.1973 (Bd. II/14, Bl. 165–180), 12.3.1974 (Bd. II/15, Bl. 70–83), Klausurtagung v. 8.10.1973 (Bd. II/14, Bl. 139–145), Sitzungen der Arbeitsgruppe „Innerdeutsche Beziehungen“ im Arbeitskreis I v. 20.2.1973 (Bd. II/14, Bl. 12–20) u. 13.3.1973 (Bd. II/14, Bl. 8–11). Vermutlich lieferte Hindrichs weitere Protokolle, die aber zu Auswertungszwecken weitergegeben wurden und sich nicht mehr in seiner Akte befinden. In seiner Akte sind jedoch Protokolle über die fast monatlichen Begegnungen mit seinem Kurier oder Instrukteur enthalten. Meistens fanden die Treffen in Köln statt, gelegentlich auch im Ausland. Diese Protokolle geben Hinweise auf den Inhalt der verratenen Informationen. Außerdem finden sich in diesen Akten Infor-

ten darüber hinaus eine Vielzahl politischer Informationen, die Hindrichs aus dem Arbeitskreis I, aber auch aus der SPD-Bundestagsfraktion an das MfS verriet, darunter von ihm angefertigte Berichte oder mündliche Informationen über Arbeitskreissitzungen. Sie bilden in mancher Hinsicht eine Chronik der Arbeit des Arbeitskreises I. Immer wieder nahmen SPD-Minister an den Beratungen des Arbeitskreises teil und diskutierten aktuelle Fragen und Zielstellungen der Ost- und Deutschlandpolitik. Hier konnte das MfS frühzeitig Insiderinformationen gewinnen. Das erkannte auch der Leiter der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS, Werner Irmeler. Seine Abteilung hatte unter anderem die Aufgabe, die beim MfS eintreffenden Informationen auszuwerten, zu analysieren und für die Partei- und Staatsführung aufzubereiten. Schon im Juli 1972, als die ersten Berichte Hindrichs' aus dem Arbeitskreis I der SPD bei der ZAIG vorlagen, schrieb Irmeler an die MfS-Hauptabteilung XX/5, die den IM „Talar“ führte: „Wir messen der Beschaffung weiterer Informationen aus diesem Gremium [= Arbeitskreis I] außerordentliche Bedeutung bei, da hier Grundfragen der Bonner Regierungspolitik beraten werden und führende Vertreter der Regierung der BRD (Bahr und andere) berichten, sodass aus diesen Informationen wesentliche Erkenntnisse über das Bonner Vorgehen in verschiedenen Bereichen der Außenpolitik gewonnen werden können.“²⁷¹

Die übrigen 35, in der SIRA-Datenbank nachgewiesenen Informationen aus dem Arbeitskreis I, ordnete die HV A weiteren neun Quellen zu. 17 Berichte oder Dokumente kamen von dem SPD-Bundestagabgeordneten Gerhard Flämig (IM „Walter“). Acht Informationen verzeichnet die SIRA-Datenbank unter den Decknamen „Bob“ und „Petra“ und deren gemeinsame Registrierungsnummer XV/1471/65.²⁷² Viermal stammten Informationen von dem Westberliner SPD-Politiker Bodo Thomas (IM „Hans“), der Mitglied des Abgeordnetenhauses war und vor allem dann direkten Zugang zu Informationen aus der Bundespolitik hatte, wenn Sitzungen von Ausschüssen oder Arbeitskreisen in Westberlin abgehalten wurden.²⁷³ Zwei Informationen gelangten über die Ständige Vertretung der DDR in Bonn zur HV A („Siegfried“), vier weitere Informationen über je eine andere Quelle.²⁷⁴

Wie bereits oben im Zusammenhang mit dem Arbeitskreis I der FDP-Fraktion beschrieben, verzeichnete die HV A neben dem Inhalt einer Information häufig auch die Namen von Perso-

mationsberichte Hindrichs' aus dem Arbeitskreis I und anderen Bereichen der SPD-Fraktion. Ferner bieten sie Einblick in den geheimdienstlichen Alltag, den Umgang mit Mikrat-Kameras (Kleinstbild-Kameras), besprochenen Tonbändern und Geheimschreibverfahren, die Übergabe des Agentenlohnes und anderes mehr; ebenda, Bd. II/11-16. Nach der Verhaftung des Kanzleramtsspions Günter Guillaume am 24.4.1974 stellte Hindrichs aus Gründen der Vorsicht seine Agententätigkeit für eineinhalb Jahre ein. Vgl. ebenda, Bd. II/15, Bl. 105 u. 130 f.

²⁷¹ ZAIG, Leiter [Irmeler], 14.7.1972: Schreiben an Hauptabteilung XX/5, Gen. Major Schulze; BStU, MfS, AIM 7444/68, Bd. II/12, Bl. 92.

²⁷² Zu „Petra“, der 6 der 8 Informationen zugeordnet werden, vgl. auch S. 39.

²⁷³ Zu Bodo Thomas siehe Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 91.

²⁷⁴ Weiterführende Hinweise zu den genannten Vorgängen siehe Tabelle 15, ab S. 107. – Zu den vier Quellen, die hier je eine Information lieferten: Die SIRA- und Rosenholz-Daten deuten darauf hin, dass „Albert“, Reg.-Nr. XV/2585/80 und „Herold“, Reg.-Nr. XV/2367/73 DDR-Bürger waren, die offizielle Kontakte zu westlichen Politikern unterhielten und der HV A darüber berichteten. IM „Jürgen“ (Hans Mario Bauer) war Mitarbeiter von SPD-Bundestagsabgeordneten; vgl. S. 39, 45. Als IM „Dorn“, Reg.-Nr. XV/281/70, führte die HV A II/4 ab 1970 Henning Nase, einen langjährigen Beamten im Bundesarbeitsministerium. Das OLG Düsseldorf verurteilte Henning Nase als IM „Dorn“ am 19.6.2001 zu 26 Monaten Haft wegen Landesverrats. Vgl. Berliner Morgenpost v. 20.6.2001, S. 2: DDR-Spion verurteilt und aus der Haft entlassen, sowie das Interview mit Nase in der Tageszeitung Neues Deutschland v. 21.6.2001, S. 8: Wie fühlt sich ein Verräter? Nase weist in diesem Interview den Vorwurf des Landesverrats zurück. Nase war zeitweilig auch SPD-Kreistagsabgeordneter im Rhein-Sieg-Kreis. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet im Zeitraum von 1971 bis 1988 insgesamt 153 Informationslieferungen von IM „Dorn“, die übrigen SIRA-Teildatenbanken weitere 15 Informationen. Informationen mit Bundestagsbezug der Quelle „Dorn“ bezogen sich auf Angaben über führende SPD-Politiker sowie Informationen aus Bundestagsausschüssen; BStU, MfS, HV A/MD/2-6, SIRA-TDB 11-14 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/281/70.

nen, die in der jeweiligen Information aus irgendeinem Grund als relevant erschienen. Dieser Kreis beschränkte sich nicht auf fachlich ausgewiesene SPD-Politiker. Sofern in dem Arbeitskreis die Position eines CDU-Politikers erörtert wurde, konnte auch sein Name in der SIRA-Datenbank im Zusammenhang mit dem SPD-Arbeitskreis verzeichnet werden. Die Namensverzeichnung in der SIRA-Datenbank ist jedoch kein vollständiger Personenindex. Viele Namen von Abgeordneten und anderen Personen, die in den von der HV A beschafften Dokumenten und Berichten vorkommen, nahm die HV A nicht in die Datenbank auf. Die folgende Liste nennt alle damaligen Abgeordneten, die die HV A in Verbindung mit dem Arbeitskreis I der SPD-Fraktion in ihrer Datenbank verzeichnete; sie bildet aus den genannten Gründen aber eine höchst unvollständige Dokumentation. Die Namen anderer Politiker, die nicht Abgeordnete waren, werden hier nicht aufgezählt.

Manfred Abelein (2x), Conrad Ahlers (4x), Hans Apel (8x), Egon Bahr (16x), Rainer Barzel (2x), Willy Brandt (11x), Alwin Brück (2x), Hans Büchler (5x), Andreas von Bülow (4x), Manfred Coppik (1x), Peter Corterier (10x), Nils Diederich (1x), Klaus von Dohnanyi (1x), Horst Ehmke (21x), Erhard Eppler (2x), Egon Franke (6x), Norbert Gansel (5x), Heiner Geißler (1x), Hans-Dietrich Genscher (9x), Peter Glotz (1x), Dieter Haack (4x), Hildegard Hamm-Brücher (1x), Karl-Heinz Hansen (2x), Volker Hauff (1x), Günter Herterich (1x), Uwe Holtz (1x), Hans-Günter Hoppe (2x), Erwin Horn (2x), Horst Jungmann (1x), Heinrich Junker (1x), Karl-Heinz Klejdzinski (1x), Helmut Kohl (7x), Otto Graf Lambsdorff (1x), Georg Leber (5x), Lothar Löffler (4x), Peter Lorenz (3x), Kurt Matting (3x), Alois Mertes (5x), Rainer Offergeld (2x), Alfons Pawelczyk (4x), Annemarie Renger (4x), Peter Reuschenbach (1x), Helmut Rohde (1x), Uwe Ronneburger (2x), Wolfgang Roth (2x), Georg Schlaga (2x), Marie Schlei (5x), Helmut Schmidt (23x), Dieter Spöri (1x), Dietrich Stobbe (1x), Franz Josef Strauß (4x), Hans-Jochen Vogel (1x), Karsten Voigt (10x), Herbert Wehner (8x), Richard von Weizsäcker (1x), Hans-Jürgen Wischnewski (8x), Manfred Wörner (2x), Jürgen Wohlrabe (1x)

Tabelle 10: Dokumente und Berichte aus dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion, die von IM „Talar“ (Armin Hindrichs) an die HV A weitergegeben wurden (dokumentiert in der SIRA-Teildatenbank 12)²⁷⁵

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Äußerungen aus dem Arbeitskreis I der Fraktion der SPD im Bundestag zu außenpolitischen Fragen	26.05.1978	3	SE7804626
Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu den kulturellen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR	24.05.1978	2	SE7804757
Arbeitspapier des AK I der SPD-Fraktion des BT Argumentation zum innerdeutschen Handel und zu den Zahlungen an die DDR	27.07.1978	2	SE7805799
Einschätzung in der Leitung des Arbeitskreises 1 der SPD-Fraktion des Bundestages zum Besuch des Gen. Breshnew	10.07.1978	3	SE7805966
Arbeitspapier des AK I der SPD-Fraktion im Bundestag zu den Direktwahlen zum Europa-Parlament - rechtliche und politische Stellung von Berlin-West	27.07.1978	2	SE7806070
Bericht von Bundesminister D. Haack über seine Besuchsreise in die DDR im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion und Diskussion dieses Besuches	18.10.1978	3	SE7821132
1. Auseinandersetzung im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion zu verteidigungs- und rüstungspolitischen Fragen 2. Wortlaut der Rede von Verteidigungsminister Apel auf der sicherheitspolitischen Tagung der SPD in Kassel am 26.8.78	18.10.1978	3	SE7821747
Probleme aus der Tätigkeit des Arbeitskreises I der Bundestagsfraktion der SPD	21.12.1978	3	SE7823233
Arbeitsmaterial des Arbeitskreises I der Fraktion der SPD im Bundestag zu den Beziehungen DDR-Kuba	20.12.1978	3	SE7823650
Zum Stand der Diskussionen im Arbeitskreis I der SPD-Fraktion im Bundestag vor dem SPD-Parteitag zu den Fragen der Abrüstung, zum Verhältnis DDR-BRD und anderen aktuellen Problemen	05.12.1979	2	SE7923432
Im Arbeitskreis I der SPD Bundestagsfraktion Mitte 1979 erarbeitete und Anfang 1980 erneut vertraulich zur Diskussion stehende Schlussfolgerungen aus außenpolitischen Regionalstudien zu Südostasien, Südasien und Ostasien	25.01.1980	3	SE8000451
Einschätzungen des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion zu a) SPD-Parteitag WB b) Mittelost und Entspannungsprozess in Europa	23.01.1980	2	SE8001257
Aktuelle Äußerungen führender SPD-Funktionäre in der Kanzlerrunde in der SPD-Bundestagsfraktion und speziell im Arbeitskreis I der Fraktion zur gegenwärtigen Lage	28.02.1980	2	SE8003004
Interner Bericht des MdB Karsten Voigt über dessen Reise in die DDR vom 8.-10.4.80 für den Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion	07.05.1980	2	SE8004075

²⁷⁵ Hindrichs wurde erst seit 1978 von der HV A geführt. Zuvor spionierte er für die MfS-Hauptabteilung XX. Deren Spionageergebnisse wurden nur selten in die SIRA-Datenbank eingetragen. Hindrichs' Spionageaktivitäten bis 1978 sind in seiner teilweise erhalten gebliebenen IM-Akte dokumentiert; vgl. Anm. 270. Sie werden in der obenstehenden Tabelle nicht berücksichtigt. Siehe auch den editorischen Hinweis in Anm. 152.

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Interne Äußerungen von Eugen Selbmann Mitarbeiter des Arbeitskreises I der Bundestagsfraktion der SPD zu aktuellen politischen Vorgängen	20.05.1980	3	SE8004300
Zusammenfassender Bericht und Wertung zum sicherheitspolitischen Kongress der SPD vom 19.-20.4.80 erarbeitet und vorgelegt im AK I der SPD- Bundestagsfraktion	07.05.1980	3	SE8004316
Wiedergabe von Einschätzungen und Äußerungen zu aktuellen politischen Ereignissen aus dem Arbeitskreis I der Bundestagsfraktion der SPD und aus dem Parteivorstand der SPD	20.05.1980	3	SE8005028
Darstellung interner Vorgänge und Meinungsäußerungen im AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu aktuellen politischen Problemen	07.05.1980	3	SE8005033
Interne Einschätzungen und Äußerungen aus dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Führung zu aktuellen internationalen politischen Fragen	21.04.1980	2	SE8005045
Auszug aus einem unvollständigen Arbeitsmaterial des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Positionsbestimmung von Außenminister Genscher	12.06.1980	2	SE8005992
Vertrauliche Beurteilungen aktueller politischer Vorgänge aus dem AK I der SPD-Bundestagsfraktion	12.06.1980	2	SE8006676
Äußerungen und Einschätzungen zur gegenwärtigen politischen Situation vor den Bundestagswahlen aus dem AK I der SPD-Bundestagsfraktion	01.10.1980	3	SE8021308
Vertrauliche Arbeitspapiere des AK I der SPD-BT-Fraktion zum Komplex Deutschlandpolitik in den Koalitionsverhandlungen	06.11.1980	3	SE8022579
Vertrauliches Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zum Komplex Außenpolitik in den Koalitionsverhandlungen	06.11.1980	2	SE8023118
Sitzung des AK I der SPD-Bundestagsfraktion am 20.1.1981	29.01.1981	2	SE8101071
Aktuelle politische Vorgänge aus der Sicht des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion	04.03.1981	3	SE8103104
Zu einigen aktuellen Vorgängen im AK I der SPD-Bundestagsfraktion Vertraulicher Bericht über die Türkei-Reise einer Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages	25.03.1981	3	SE8103154
[...] Internes Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu den Fragen des innerdeutschen Handels	04.03.1981	2	SE8103672
Äußerungen zu aktuellen politischen Vorgängen in der SPD und Regierung der BRD aus dem AK I der SPD-Fraktion im Bundestag (mit Anhang: erster Beschlussentwurf von SPD/FDP zur sicherheitspolitischen Debatte)	27.05.1981	2	SE8105137
Zusammengefasste Einschätzungen führender Vertreter des Arbeitskreises I der SPD Bundestagsfraktion zu aktuellen politischen Vorgängen	24.06.1981	2	SE8106285
Interne Vermerke aus dem AK I der SPD-Bundestagsfraktion: 1. Zu Problemen der DDR-BRD (11.05.1981) 2. Zur Haltung des AK I zum Beschluss der KMK der BRD zur Grenzfragendarstellung in den Schulen (04.05.1981) 3. Zu Äußerungen des ehemaligen türkischen Außenministers Günes in Bonn (12.05.1981)	27.05.1981	2	SE8106369
Internes Arbeitsmaterial des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik	07.08.1981	2	SE8106529
Ergebnisprotokoll der Sitzung des AK I der SPD Bundestagsfraktion vom 28.7.81 (Brandt Reise nach Moskau und Ehmke Reise nach Washington)	07.08.1981	2	SE8120112

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Äußerungen aus dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion zur Lage in der VR Polen	24.09.1981	3	SE8120418
Zur Lage in der Koalition aus Sicht der führenden Kräfte des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion	24.09.1981	3	SE8121159
Zum Inhalt der Sitzung des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion vom 15.9.81	24.09.1981	3	SE8121160
Einschätzung zur Reise von Egon Bahr in die DDR wie sie im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion besprochen wird	24.09.1981	3	SE8121189
Interne Äußerungen aus dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion zur Lage in der SPD im Zusammenhang mit der Demonstration vom 10.10.1981 in Bonn	23.10.1981	3	SE8121877
Streng vertrauliches Protokoll der Sitzung des AK I der SPD-Bundestagsfraktion mit Protokoll der Arbeitsgruppensitzung zu innerdeutschen Fragen	22.10.1981	2	SE8121880
Koalitionspolitische Vorgänge aus der Sicht des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion	20.10.1981	2	SE8122305
Internes Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu den Beziehungen BRD-Albanien	21.05.1982	3	SE8203484
Thesen zu wirtschaftlich relevanten Problemen in den Ost-West-Beziehungen (Vertrauliches Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion)	21.05.1982	3	SE8204307
Vertrauliches Arbeitspapier für den AK I der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Sicherheitspolitik und Militärstrategie in den Bündnissen am 31.3.82 im Kabinett der BRD behandelt – Ref. General Brandt, Jürgen	21.05.1982	3	SE8204433
Situationsdarstellung zu den Sportbeziehungen DDR-BRD für den AK I der SPD-Bundestagsfraktion (März 1982)	21.05.1982	3	SE8204880
Internes Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Frage der Mitgliedschaft der BRD in der EG Vorteile und Nachteile	01.07.1982	3	SE8205346
Internes Arbeitsmaterial des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Diskussion des Bundeswehr-Langzeitprogramms (Juni 1982)	01.07.1982	2	SE8206430
Grundsatzpapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Frage der Sanktionen gegenüber der DDR	01.07.1982	3	SE8206574
Protokoll der AG innerdeutsche Beziehungen im AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Behandlung der Frage des Jugendtourismus BRD/DDR	01.07.1982	2	SE8206804
Internes Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu Beziehungen DDR – BRD (aus dem BMB)	01.07.1982	2	SE8206812
Zur Haltung von Mitarbeitern des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu aktuellen politischen Vorgängen	01.09.1982	3	SE8220687
Interne Arbeitspapiere des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Frage der Ost- und deutschlandpolitischen Konzeption einer christlich-liberalen Koalition – 24.9.82	27.09.1982	3	SE8221729
Protokoll der Sitzung der AG innerdeutsche Beziehungen der SPD-Bundes[tags]fraktion und der SPD-Mitglieder der entsprechenden AG im WB Abgeordnetenhaus zur Perspektive der Deutschland- und Berlinpolitik	27.09.1982	3	SE8221730
Interne Arbeitspapiere des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik der neuen Regierungskoalition	09.11.1982	3	SE8222850
Interne Einschätzungen und Meinungsäußerungen aus der Führung des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion zur Beendigung der Regierungskoalition von SPD und FDP und zu politischen Vorstellungen der Kohl-Regierung	11.11.1982	2	SE8223757

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Wiedergabe des Inhalts von Diskussionen Ende Nov./Anf. Dez. im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion zu den Fragen der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen und zum Problem der Abrüstung	22.12.1982	2	SE8223785
Arbeitspapier zur Position des Bundesministers Barzel aus der Sicht der SPD zu Behandlung im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion	23.12.1982	2	SE8224786
Im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion behandelte Bericht einer Konferenz der Vereinigung besorgter Wissenschaftler vom 1.2.83 in Cambridge, Massachusetts, USA	16.02.1983	0	SE8301151
Interne Notiz des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Vorschlag des MdB BÜCHLER – unabhängiges deutsch-deutsches beratendes Gremium	16.02.1983	3	SE8301152
Arbeitsunterlagen des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion Airland Battle 200 in Englisch	20.05.1983	2	SE8303811
Entwurf eines Positionspapiers des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zum Besuch des Regierenden Bürgermeisters von WB beim Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden, Gen. E. Honecker. Bemerkungen W. Brandts zur Wahl des Bundespräsidenten	21.09.1983	3	SE8306532
Einschätzungen aus dem AK I zur Diskussion über die Raketenstationierung und die Vorbereitung des Sonderparteitages der SPD nach der SPD-Bundestagsfraktionssitzung am 25.10.83	03.11.1983	2	SE8307674
Interne Analyse des AK I der SPD-Bundestagsfraktion der Schriften H. Schmidts zur Begründung der Strategie des Gleichgewichts in Vorbereitung des SPD-Sonderparteitages	03.11.1983	3	SE8307675
Meinungsäußerungen zu aktuellen politischen Vorgängen aus den Bereichen der Führungsspitze der SPD und der SPD-Bundestagsfraktion (AK I)	03.01.1984	3	SE8400044
Äußerungen und Meinungen führender Politiker des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu aktuellen politischen Vorgängen	07.03.1984	2	SE8401596
Ansichten führender Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und des AK I zu Fragen der Deutschland- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung und der SPD-Führung zu Differenzierungsprozessen innerhalb der SPD-Führung	24.04.1984	2	SE8402947
Gedächtnisprotokoll der Sitzung des AK I der SPD-Bundestagsfraktion vom 10.4.84 zu Problemen der Herausarbeitung der europäischen Sicherheitsinteressen über das Instrument der WEU und zur Zusammenarbeit zwischen der SPD und der franz. PS	09.05.1984	2	SE8403321
Ansichten und Meinungen führender Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und des AK I zur Perspektive der FDP und deren Vorsitzenden, Einschätzung obg. Kreise zum Bundesparteitag in Essen	20.06.1984	2	SE8404388
Kurzprotokoll über Ausführungen des Staatssekretärs im BVM, RÜHE, auf der Leitungssitzung des AK I der SPD-Bundestagsfraktion am 22.5.84 zu den deutsch-französischen Beziehungen	20.06.1984	3	SE8404389
Analyse der AK I der Bundestagsfraktion der SPD zur Schrift Senators Carl Levins Die andere Seite der Geschichte	20.06.1984	3	SE8404392
Vertrauliches Arbeitsmaterial des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu Problemen der Rüstung und Abrüstung, Ende Mai 1984	27.06.1984	2	SE8404567

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Äußerungen und Meinungen führender Politiker des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion zu Fragen der Deutschlandpolitik der Bundesregierung und der SPD	05.10.1984	2	SE8406599
Ansichten und Meinungen führender Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und des Arbeitskreises I zu Fragen der Deutschland- und Sicherheitspolitik (Thesen zur Deutschlandpolitik) und aktuelle politische Vorgänge	28.11.1984	2	SE8408058
Meinungen führender Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und des Arbeitskreises I zur Anhörung „Bedrohung der NATO in Mitteleuropa“ am 25.10.84	28.11.1984	3	SE8408059
Überlegungen zur „Ostdimension“ der gegenwärtigen Friedensproblematik – internes Arbeitspapier des AK I der SPD-Bundestagsfraktion	29.11.1984	2	SE8408109
Aktenvermerk für den AK I der SPD-Bundestagsfraktionen über die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen	19.12.1984	3	SE8408637
Entwurf eines Thesenpapiers des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur europäischen Sicherheit – „Euphorie oder Realismus – Gedanken z. europ. Sicherheit“	19.12.1984	3	SE8408639
Ansichten und Meinungen führender Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und des AK I zu Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik u. aktuellen politischen Vorgängen	20.12.1984	3	SE8408691
„Das Deutsche Reich von 1937“ – Argumentationshilfe für SPD-MdB erarbeitet durch die ZDS ²⁷⁶ des AK I der SPD-BT-Fraktion	02.1985	2	SE8500693
Arbeitsmaterial zur Rüstungszusammenarbeit im Rahmen der NATO – erarbeitet durch den AK I der SPD-Bundestagsfraktion im März 1985	14.03.1985	3	SE8501782
Vermerk des AK I der SPD-BTF zur „Strategischen Verteidigungshilfe [!] von Präsident Reagan“ – Argumentationshilfe für MdB und SPD-Spitzenfunktionäre	03.04.1985	2	SE8502546
Wiedergabe des Hauptinhalts der internen Sitzung des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Frage des SDI-Programms am 16.4.85	03.05.1985	2	SE8503352
Interne Ausarbeitungen des AK I für den Fraktionsvorstand d. SPD-Bundestagsfraktion zur Bewertung der SDI-Vereinbarungen von COCOM und SDI	09.10.1986	3	SE8607641
Aussagen d. Luftwaffeninspektors d. Bundeswehr, Eimler, vor dem AK I der SPD-Bundestagsfrakt. zum Projekt „Jagdflugzeug 90“ u. Einschätzung Ehmkes zum Projekt	13.10.1986	4	SE8607753
Diskussion im AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu den Vereinbarungen zwischen der SED und SPD zum atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa	16.12.1986	2	SE8609852
Meinungen und Ansichten führender Mitarbeiter des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Wahlstrategie und Wahlaussichten zur BTW 1987	16.12.1986	2	SE8609853
Meinungen und Ansichten führender Mitarbeiter des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion zur aktuellen Politik der SU und der KPdSU	13.03.1987	3	SE8701968

²⁷⁶ ZDS: Zentrale Dokumentationsstelle des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion. Armin Hindrichs (IM „Talar“) wurde 1983 für rund 5 Jahre Leiter dieser Dokumentationsstelle. Die hier angesprochene „Argumentationshilfe“ stand wahrscheinlich in einem Zusammenhang mit parteiinternen Debatten, inwieweit das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes noch zu den Leitlinien der SPD-Politik gehören sollte. Hindrichs hatte hier offenbar die Möglichkeit, einen inhaltlichen Akzent zu setzen.

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...
Aussagen führender SPD-Politiker im Arbeitskreis I d. SPD-Bundestagsfraktion zu aktuellen Fragen	29.09.1988	2	SE8807387
Aussagen führender SPD-Politiker im AK I der SPD-Bundestagsfraktion zu aktuell-politischen Fragen	02.05.1989	2	SE8903569

Tabelle 11: Dokumente und Berichte aus dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion, die die HV A auf verschiedenene Weise erlangte (außer IM „Talar“, vgl. Tabelle 10)²⁷⁷

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zu den Vorgängen ²⁷⁸
Über die letzte Sitzung des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion im Juni 1969	04.08.1969	3	SE6901097; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des außenpol. Arbeitskreises der SPD-BT-Fraktion am 20. Jan.1970	06.02.1970	3	SE7001379; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des außenpol. Arbeitskreises der Bundestagsfraktion der SPD am 1. Dez.1970	15.12.1970	keine Angabe	SE7005847; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion am 2. Okt. 1973 Thema – Besuch Chiles und Griechenlands	15.10.1973	2	SE7305161; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des Arbeitskreises I am 27.11.1973	07.12.1973	3	SE7303886; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des Arbeitskreises I Außenpolitik und Sicherheitsfragen am 23.4.1974	02.05.1974	3	SE7400984; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des Arbeitskreises I am 18.6.1974	25.06.1974	3	SE7402581; „Walter“, XV/750/66
Material des Arbeitskreises I der SPD-BT-Fraktion vom 5.9.1974 über Portugal heute	10.10.1974	3	SE7403960; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des Arbeitskreises I am 3.12.74 – Politischer Bericht Staatssekr. Gehlhoff	18.12.1974	3	SE7404602; „Walter“, XV/750/66
Material des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zur Entsperrung der Verpflichtungsermächtigung für den Eintritt in die Entwicklungsphase IIIB des MRCA	31.12.1974	2	SE7500652; „Walter“, XV/750/66
Arbeitskreis I der SPD-BT-Fraktion Analyse des Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR	08.01.1976	2	SE7600012; „Walter“, XV/750/66
Material der Verbindungsstelle für Europafragen des AK I der SPD-BT-Fraktion über die Unterrichtung des Parlaments durch die Bundesregierung	08.01.1976	3	SE7604529; „Walter“, XV/750/66
Bericht des Arbeitskreises I der SPD-BT-Fraktion vom März 1976 über die Sitzung der Organisation Francaise de la gauche europeenne [...]	22.04.1976	2	SE7604535; „Walter“, XV/750/66
Ausführungen von Senator Stobbe am 1.2.1977 vor dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion im Reichstag	02.02.1977	2	SE7700583; „Hans“, XV/14906/60
Zur persönlichen Situation der Vorsitzenden des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion Marie Schlei	16.05.1979	3	SE7904714; „Hans“, XV/14906/60

²⁷⁷ Siehe auch den editorischen Hinweis in Anm. 152. Um die nachfolgende Tabelle zu vervollständigen, wurden hier auch solche Datensätze aufgenommen, die Informationen über den Arbeitskreis I enthalten, ohne den Deskriptor „Bundestag“ aufzuweisen. Es handelt sich um 8 Datensätze: SE6901097, SE7001379, SE7005847, SE7303886, SE7402581, SE7403960, SE7404602, SE7604535.

²⁷⁸ Nähere Angaben oder weiterführende Hinweise zu den Vorgängen finden sich in Tabelle 15, ab S. 107, hierin zu „Bob“ und „Petra“ S. 110. Siehe ferner zu „Albert“, „Dorn“ und „Herold“ Anm. 274, zu „Albert“ auch S. 50, zu „Hans“ S. 79, zu „Jürgen“ S. 39 und 45, zu „Petra“ S. 39 zu „Siegfried“ S. 100, zu „Walter“ S. 241–242.

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zu den Vorgängen
Sitzung des AK I der SPD-Bundestagsfraktion am 8.1.80 – Bericht über die Lage in Afghanistan und die Beurteilung der Bundesregierung über die weltpolitischen Aspekte	21.01.1980	2	SE8001250; „Walter“, XV/750/66
Über eine Tagung des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD Bundestagsfraktion Ende Februar 1980	12.03.1980	3	SE8003931; „Walter“, XV/750/66
Tagung des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion am 12.2.80	12.03.1980	2	SE8003932; „Walter“, XV/750/66
Sitzung des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD und der SPD-Fraktion am 15.4.80 in Berlin	21.04.1980	3	SE8004033; „Walter“, XV/750/66
Äußerungen der Vorsitzenden des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion Marie Schlei, zu aktuellen Fragen	23.06.1980	3	SE8005930; „Hans“, XV/14906/60
Position im Arbeitskreis Außenpolitik der SPD Bundestagsfraktion zu den Ergebnissen des Gipfeltreffens in Ottawa und [zu] abzusehenden Problemen für die Politik der Bundesregierung	27.07.1981	3	SE8120125; „Siegfried“, XV/13815/73
Internes Material des AK I der SPD-Bundestagsfraktion über die 18. Ministerrats- und Gipfelkonferenz der Organisation der afrikanischen Einheit 15.–28.7.81 in Nairobi	28.10.1981	3	SE8121963; „Bob“, XV/1471/65
Interne Aufzeichnungen des AK I der SPD-Bundestagsfraktion zum deutsch-amerikanischen Jugend- und Kulturaustausch	09.10.1981	3	SE8122060; „Petra“, XV/1471/65
Zusammenfassendes Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion am 19.10.81	10.12.1981	2	SE8123674; „Dorn“, XV/281/70
Zusammenfassendes Protokoll der Sitzung des AK I der Bundestagsfraktion der SPD vom 19.10.81 in Berlin	26.11.1981	2	SE8123989; „Petra“, XV/1471/65
Vertrauliche Aufzeichnung über Ergebnisse der Sitzung des AK I der SPD-Bundestagsfraktion am 8.12.81 zum Thema Mittelamerika	05.02.1982	2	SE8204133; „Petra“, XV/1471/65
Positionen im Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion in den jüngsten Erklärungen Reagans	04.04.1983	2	SE8302483; „Siegfried“, XV/13815/73
Sitzung des Arbeitskreises I der SPD-Bundestagsfraktion am 6.6.1983 im Reichstag	10.06.1983	2	SE8304386; „Hans“, XV/14906/60
Vollständiges Material der Klausurtagung der AK I der SPD-Bundestagsfraktion über verteidigungspolitische Fragen am 4. u. 5.6.84	12.06.1984	3	SE8404176; „Petra“, XV/1471/65
Aus dem Arbeitskreis I der SPD-Bundestagsfraktion zur Streitkräfte-, Rüstungs- und Finanzplanung der Bundeswehr	01.11.1984	3	SE8407318; „Herold“, XV/2367/73
5 Kurzprotokolle über die Sitzungen der AG Sicherheitsfragen der SPD-BT-Fraktion – Oktober 1984 bis Januar 1985 und Terminübersicht 1985 des AK I	21.02.1985	3	SE8501177; „Petra“, XV/1471/65
Argumentationshilfe zu SDI aus der SPD-Bundestagsfraktion – Arbeitskreis I	11.04.1985	3	SE8502730; „Albert“, XV/2585/80
Tagung des Arbeitskreises I am 13.4.86 zur Lage im Nahen Osten	24.04.1986	3	SE8603546; „Bob“, XV/1471/65

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zu den Vorgängen
Vom Referenten der SPD-Fraktion im Bundestag des AK I/AG Sicherheitsfragen erarbeitete Stellungnahme zu "Für ein Europa ohne chemische Waffen"	13.06.1986	3	SE8604936; „Petra“, XV/1471/65
Arbeitsplan des AK I der SPD-Fraktion für die 11. Legislaturperiode sowie Entwurf des Zeitplanes des Deutschen Bundestages für das Jahr 1988	22.05.1987	3	SE8704105; „Jürgen“, XV/2808/78

1.2.5.3. Arbeitskreis V der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Arbeitskreis V der CDU/CSU-Fraktion befasste sich mit Außen-, Deutschland-, Verteidigungs-, Europa- und Entwicklungspolitik. In der SIRA-Teildatenbank 12 sind zumindest 13 Spionageinformationen nachweisbar, in denen es unmittelbar um die Tätigkeit dieses Arbeitskreises ging. Zeitlich erstrecken sich die Informationslieferungen von 1974 bis 1980. Nach der Bundestagswahl 1980 löste die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Arbeitskreise auf. Ihre Funktion übernahmen die Arbeitsgruppen, die für einen jeweils enger begrenzten Themenbereich zuständig waren. Die Aufgaben des Arbeitskreises V verteilten sich nun auf die drei Arbeitsgruppen Außenpolitik, Verteidigung sowie innerdeutsche Beziehungen bzw. Deutschlandpolitik und Berlinfragen.²⁷⁹ Diesen drei Arbeitsgruppen lassen sich zwischen 1981 und 1987 weitere 13 Informationslieferungen in der SIRA-Datenbank zuordnen.

Zwei IM waren, in verschiedenen Jahren, jeweils kurzzeitig damit befasst, Informationen aus dem Arbeitskreis V zu liefern. Zwischen Juni 1974 und März 1975 erhielt die HV A von der Quelle „Jansen“ vier Informationen, darunter offenbar auch zwei Protokolle über Sitzungen des Arbeitskreises V.²⁸⁰ Zwischen Juli 1978 und Februar 1979 bezog die HV A von „Christel“ sieben Protokolle, Berichte oder Lageberichte aus dem Arbeitskreis V der CDU/CSU-Fraktion.²⁸¹ Bei IM „Christel“ handelte es sich um die Sekretärin Christel Broszey. Sie arbeitete von 1971 bis 1977 beim CDU-Bundesvorstand, war Mitarbeiterin der CDU-Generalsekretäre Bruno Heck, Konrad Kraske und Kurt Biedenkopf und ab 1977 Sekretärin im Abgeordnetenbüro Kurt Biedenkopfs.²⁸² Ganz offenkundig begann Broszey damals damit, den Arbeitskreis V kontinuierlich und zielgerichtet auszuspähen. Doch am 12. März 1979 setzte sie sich in die DDR ab, um ihrer drohenden Verhaftung zu entgehen. Die Informationen aus dem Arbeitskreis V, die gerade erst wieder begonnen hatten zu fließen, versiegt wieder.

²⁷⁹ Schindler: Datenhandbuch, Bd. 1, 1999, S. 990–993.

²⁸⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7401382, SE7403383, SE7501330, SE7501336 (alle Informationen wurden mit der Note 3 eingeschätzt). Über die Quelle „Jansen“ liegen keine näheren Angaben vor; vgl. Anm. 416.

²⁸¹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7820756, SE7820769, SE7821481, SE7821748, SE7821775, SE7822443, SE7904225 (alle Informationen wurden mit der Note 3 eingeschätzt).

²⁸² Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 62 f. GBA, Anklage gegen Markus Wolf vom 16.9.1992 – Az. 3 StE 14/92-3, S. 147 f. Broszey wurde 1968 von der HV A zunächst im IMA-Vorgang „Werther“, Reg.-Nr. XV/1460/65, erfasst. Dies war der Vorgang ihres „Romeos“, der sie geheimdienstlich verstrickte. Im Dezember 1969 legte die HV A zu Broszey den IMA-Vorgang „Christel“, Reg.-Nr. XV/3233/69 an. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet zwischen 1970 und 1979 insgesamt 306 Informationslieferungen von „Christel“. 1970/71 waren dies Berichte und Dokumente aus dem Bereich ihres damaligen Arbeitgebers, der Firma Hoesch-Röhrenwerke in Hamm, von 1971 bis 1979 Berichte und Dokumente aus dem CDU-Bundesvorstand, dem Parteipräsidium, der CDU/CSU-Fraktion und Bundestagsausschüssen. Broszey gehörte in den 1970er Jahren zu den ergiebigsten Quellen der HV A in der Union.

Die restlichen zwei Informationen über den Arbeitskreis V kamen von zwei verschiedenen Informanten. Im Juli 1977 hatte eine andere Quelle mit dem Decknamen „Iltis“²⁸³ der HV A über eine Diskussion im Arbeitskreis V mit Kurt Biedenkopf zur Deutschland- und Ostpolitik berichtet.²⁸⁴ Einen Vortrag des Sowjetunion-Experten Rupert Dirnecker vor Mitgliedern des Arbeitskreises V im August 1980 erhielt die HV A von ihrem IM „Schwarz“, dem CSU-nahen Journalisten und Wehrexperthen Gerhard Baumann.²⁸⁵

Baumann informierte die HV A im Oktober 1985 außerdem darüber, wie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, die Reise einer Wehrexperthen-Delegation in die USA einschätzte.²⁸⁶ Von Baumann erhielt die HV A zudem Kenntnis über den Inhalt eines Schreibens vom 5. Mai 1981, das Werner Marx an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerichtet hatte.²⁸⁷ Ein Bericht über die „Bildung der AG Sicherheitspolitik in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ gelangte im November 1987 auf dem Weg über die Ständige Vertretung der DDR in Bonn an die HV A.²⁸⁸ Die übrigen zehn Informationen betrafen die Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen. Einen direkten Zugang hatte die HV A offenbar auch hier nicht. Vier eher allgemein gehaltene Berichte lieferte die Quelle „Busch“, bei der es sich, den HVA-Unterlagen zufolge, um einen wissenschaftlichen Mitarbeiter am Ostberliner „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ handelte. Das IPW wurde von der HV A gerne als „legales Dach“ genutzt, um Informationen von westlichen Gesprächspartnern abzuschöpfen.²⁸⁹ Auch zwei weitere Quellen, „Bogen“ und „Butenko“, lassen sich „legalen Dächern“ zuordnen.²⁹⁰ Je eine Information lieferten 1985 West-IM aus den Reihen von SPD und FDP.²⁹¹

1984 und 1986 registrierte die HV A je eine personenbezogene Information über den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik und Berlinfragen“, Eduard Lintner.²⁹² Über eine Quelle mit direktem Zugang in diese Arbeitsgruppen scheint die HV A nicht verfügt zu haben.

Gleichwohl muss es überraschen, dass eine Recherche in der SIRA-Teildatenbank 12 zu dem Arbeitskreis V und den aus ihm hervorgegangenen Arbeitsgruppen nur zu 26 Informationen führt. Denn dieser Befund unterscheidet sich signifikant von den Befunden zu den beiden Arbeitskreisen I von SPD und FDP. Mehr noch: Vorsitzender des Arbeitskreises war von 1969 bis 1980 Werner Marx, einer der wichtigsten Außen- und Verteidigungspolitikern der CDU, lange Zeit

²⁸³ Reg.-Nr. XV/8661/61, HVA Abt. II/1; zu „Iltis“ siehe Anm. 408.

²⁸⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7705278, Note 3.

²⁸⁵ Ebenda, SE8006483; Dirnecker referierte „über die IV. interparlamentarische Konferenz über europäische Zusammenarbeit und Sicherheit in Brüssel“, was die HV A mit der Note 2 einschätzte.

²⁸⁶ Ebenda, SE8506907, Note 3.

²⁸⁷ Ebenda, SE8105436, Note 3.

²⁸⁸ Ebenda, SE8708559, Note 3.

²⁸⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/56/85. Dieser IMA-Vorgang (bis 1988: GMS-Vorgang) wurde von der HVA-Abteilung XVI bzw. Bereich K geführt (siehe hierzu Anm. 390); BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8500597, SE8600435, SE8604016, SE8607287, jeweils Note 3.

²⁹⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8406601, Note 3 („Bogen“); BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8502363, Note 4 („Butenko“). Zu „Bogen“ siehe Anm. 329. Unter „Butenko“, führte die HVA-Abt. II/1 einen Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Ostberliner Humboldt-Universität. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2082/73.

²⁹¹ „Dorn“ und „Stamm“, siehe hierzu u. a. S. 72 mit Anm. 261 sowie Anm. 274; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8508814, Note 3 („Dorn“), SE8502782, Note 2 („Stamm“; der FDP-IM „Stamm“ lieferte hier ein Gedächtnisprotokoll einer gemeinsamen Beratung der Arbeitsgruppen „Deutschlandpolitik“ von CDU/CSU und FDP).

²⁹² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8403167, Note 3; diesen Bericht über Positionen Lintners zur Ost- und Deutschlandpolitik erhielt die HV A von dem evangelischen Pfarrer und Mitglied im Kreisvorstand der CDU Bonn, Gottfried Busch alias IM „Baum“, Reg.-Nr. XV/3000/60. Zu Busch vgl. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 54. Die Ausgangsinformation SIRA-TDB 12, SA8680022 vom 13.2.1986 war eine ausgearbeitete, vier Blatt umfassende Personeneinschätzung zu Lintner, die die HV A unter anderem dem ZK der SED und dem DDR-Außenministerium zuleitete. Auf welche Quellen sie sich stützte, ist nicht erkennbar.

deren außenpolitischer Sprecher und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages.²⁹³ Seine Sekretärin Inge Goliath war 1967 als IM „Herta“ von der HV A angeworben worden. Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft betraute Marx sie seit 1969 auch mit Aufgaben, die mit seiner Funktion als Vorsitzender des Arbeitskreises V in Zusammenhang standen.²⁹⁴ Die HV A registrierte zwischen 1970 und 1979 immerhin 310 Informationslieferungen von ihr, ehe sie sich am 10. März 1979 in die DDR absetzte. Außenpolitische Themen dominierten in ihren Spionageinformationen, und einiges davon wird seinen Ursprung im Arbeitskreis V gehabt haben. Sie informierte die HV A über die Sicht von Unionspolitikern auf internationale Entwicklungen und über Auslandsreisen von Unionspolitikern. Vor allem ihre Berichte über die Ostpolitik Anfang der siebziger Jahre aus Perspektive der CDU/CSU erachtete die HV A für besonders wertvoll.²⁹⁵ Die Grenzen zwischen Fraktion und Partei waren bei ihrer Informationsbeschaffung fließend, denn sie berichtete auch über die internationalen Kontakte von CDU und Konrad-Adenauer-Stiftung im europäischen und außereuropäischen Raum, ebenso über den 1977 gegründeten „Koordinationsausschuss Auslandsarbeit“, den der damalige CDU-Generalsekretär leitete.²⁹⁶ Doch in der SIRA-Datenbank fehlt bei den verzeichneten Informationen von Goliath jeder ausdrückliche Bezug auf den Arbeitskreis V bzw. AK V. Lag das eventuell daran, dass die Informations-Auswerter der HV A in diesem Fall andere Schlagworte vergaben? Oder informierte Goliath tatsächlich nicht über Sitzungen und Debatten des Arbeitskreises V? Bezogen sich ihre Informationen womöglich nicht explizit auf den Arbeitskreis V, sondern generell auf das dort vorliegende Fach- und Insiderwissen und die von Werner Marx und seinen Parteifreunden vertretenen politischen Positionen? Diese Fragen ließen sich womöglich klären, würde man die Sitzungsprotokolle oder andere Dokumente aus dem Arbeitskreis V mit den SIRA-Daten abgleichen. Bedenkt man die Position Inge Goliaths und den Inhalt der von ihr weitergegebenen Informationen, so liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sie auch den Arbeitskreis V ausspionierte, obwohl er in der SIRA-Datenbank nicht mit ihr in Verbindung gebracht wird.

So macht dieses Beispiel deutlich, wie schwierig es im Einzelfall ist, die spärlichen HVA-Archivüberlieferungen zufriedenstellend auszuwerten und zu interpretieren. Es ist zugleich ein Argument dafür, die MfS-Unterlagen nicht isoliert zu betrachten, sondern sie mit anderen Überlieferungen zusammen auszuwerten.

1.2.5.4. Arbeitskreis 4 der Bundestagsfraktion der Grünen

Der Arbeitskreis 4 der Grünen-Bundestagsfraktion führte die Bezeichnung „Abrüstung, Frieden und Internationales, Weltwirtschaft“ (AFI). Er befasste sich mit Außen- und Sicherheitspolitik, den innerdeutschen Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Nach einer Strukturreform im Januar 1984 gliederte er sich in die vier Arbeitsgruppen „3. Welt/Entwick-

²⁹³ Siehe Anm. 193.

²⁹⁴ Siehe hierzu die Anklage gegen den früheren Leiter der HVA-Abteilung X, Rolf Wagenbreth und andere (wie Anm. 193), abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 503–505. Vgl. auch S. 55 und Anm. 408.

²⁹⁵ Stellungnahme der CDU/CSU-Kommission unter Leitung von Dr. Marx vom 12.12.1972 zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD; Note 1; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE 7204023. Grundlagenvertrag [Einschätzung des Grundlagenvertrags durch den CDU-Abgeordneten Karl Carstens]; Note 1; ebenda, SE 7300766.

²⁹⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1087/67. Immer wieder berichtete Goliath auch über die Lage innerhalb der Union und über Differenzen zwischen einzelnen Unionspolitikern. Auf erhöhtes Interesse stieß auch ihr siebenseitiger Bericht „Über Personen, die für einen CSU-internen Informationsdienst arbeiten, deren geschäftliche und finanzielle Gepflogenheiten sowie ihre Verbindungen zum BND“, der bei der HV A am 6.11.1973 einging und als „wertvoll“ (Note 2) eingeschätzt wurde. Zum „Koordinationsausschuss Auslandsarbeit“ siehe: Arbeitsbericht der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1977, Bonn 1977, S. 17, im Internet zu finden unter http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Bundesparteitage/1977_Arbeitsbericht_CDU-Bundesgeschaeftsstelle.pdf (Stand: 22.10.2012).

lungspolitik“ (= AG 1), „Außenpolitik“ (= AG 2), „Abrüstung“ (= AG 3) und „Deutschlandpolitik“ (= AG 4).²⁹⁷

In der SIRA-Teildatenbank 12 finden sich zumindest elf Spionageinformationen, die eindeutig aus dem Arbeitskreis 4 oder einer seiner Arbeitsgruppen stammen. Zeitlich erstrecken sie sich auf die Jahre 1984 bis 1987. Es handelt sich um die in der nachfolgenden Tabelle bezeichneten Berichte und Dokumente:

²⁹⁷ Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983–1987 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 14/I). Eingeleitet von Helge Heidemeyer, bearbeitet von Josef Boyer und Helge Heidemeyer, unter Mitwirkung von Tim B. Peters. Erster Halbband. Düsseldorf 2008, S. LV–LVI.

Tabelle 12: Dokumente und Berichte aus dem Arbeitskreis 4 der Bundestagsfraktion der Grünen, die an die HV A weitergegeben wurden²⁹⁸

Bezeichnung des Dokuments oder Berichts	Eingangsdatum bei der HV A	Benotung	Archivsignatur: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE...; Angaben zu den Quellen ²⁹⁹
Strukturelle Veränderungen innerhalb der Bundestagsfraktion der Grünen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen über den Brief Gert Bastians – Neue Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik	13.02.1984	2	SE8400940; „H_Ludwig“, XV/4646/75
Rückweisung des von Mitgliedern der Grünen vorbereiteten Offenen Briefes an Erich Honecker durch den Arbeitskreis Abrüstung, Frieden, Internationales der Bundestagsfraktion	19.09.1984	1	SE8406242; „H_Ludwig“, XV/4646/75
Aktivitäten der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik bei der Fraktion der Grünen im Bundestag	24.10.1984	3	SE8407041; „Konrad“, XV/2148/72
2. Tagung der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik“ bei der Bundestagsfraktion der Grünen, 21.10.84	13.11.1984	3	SE8407597; „Konrad“, XV/2148/72
Material aus der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik“ beim Vorstand der Bundestagsfraktion der Grünen	21.12.1984	3	SE8408719; „Forst“, XV/5730/81
Zur Neugestaltung der wissenschaftl. Beratertätigkeit bei der Fraktions-AG „Deutschlandpolitik“ der Grünen im Bundestag	22.03.1985	3	SE8502202; „Forst“, XV/5730/81
Zur Beratung der AG Deutschlandpolitik der Bundestagsfraktion der Grünen am 20.9.85 in Bonn	17.09.1985	3	SE8506520; „Falke“, XV/6563/81
Inhalt und Beschlüsse einer Tagung d. AG Deutschlandpolitik der Bundestagsfraktion der Grünen am 22./23. Sept. 1985 in Bonn	14.10.1985	2	SE8507099; „Falke“, XV/6563/81
Interne Planungsunterlagen der Ost-West-Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion der Grünen zur Vorbereitung der nächsten Sitzung am 6.–7.9.1986 in Bonn	03.07.1986	2	SE8605463; „Falke“, XV/6563/81
Zu inhaltlichen Problemen der Tätigkeit des Arbeitskreises Frieden/Internationales der Bundestagsfraktion der Grünen im Oktober 1986	24.11.1986	3	SE8609146; „Taler“, XV/5231/81
Treffen der „Ost-West-AG“ – Untergruppierung des „Arbeitskreises Abrüstung, Frieden und Internationales“ der Bundestagsfraktion der Grünen – 20./21.6.87	20.07.1987	3	SE8705632; „Steinweg“, XV/4677/79

Ähnlich wie bei dem Arbeitskreis V der CDU/CSU-Fraktion muss man auch beim Arbeitskreis 4 der Grünen-Fraktion davon ausgehen, dass weitaus mehr Informationen aus diesem Gremium an die HV A gelangten, als in dieser Tabelle zum Vorschein kommt. Denn hier sind nur solche Informationen nachgewiesen, die im Titel explizit den Arbeitskreis 4 oder eine seiner Arbeitsgruppen benennen. Doch womöglich ordnete die HV A in ihrer Datenbank viele Informationen, die aus diesem Arbeitskreis kamen, generell der Außen- und Deutschlandpolitik der Grünen zu,

²⁹⁸ Siehe auch den editorischen Hinweis in Anm. 152.

²⁹⁹ Nähere Angaben oder weiterführende Hinweise zu den Quellen oder IM finden sich in Tabelle 15, ab S. 107, außerdem im Anschluss an diese Tabelle ab S. 94.

ohne die Herkunft aus dem Arbeitskreis 4 zu vermerken. So finden sich in der SIRA-Datenbank zahlreiche Nachweise über Dokumente und Berichte zur Deutschlandpolitik der Grünen, die die HV A von ihren IM bekommen hatte, ohne dass der Arbeitskreis 4 oder eine seiner Arbeitsgruppen ausdrücklich erwähnt werden. Es wäre ein eigenes Forschungs(teil)projekt, die SIRA-Datensätze nach deutschlandpolitischen Themen der Grünen (Partei, Fraktion und einzelne Mitglieder) durchzusehen und anhand anderer Unterlagen, etwa aus dem Parteiarchiv der Grünen, die Herkunft und Bedeutung der jeweiligen Dokumente zu untersuchen. Der Grünen-Abgeordnete Wilhelm Knabe, der 1980 zu den Mitbegründern der Partei gehörte und sie von 1987 bis 1990 im Bundestag vertrat, erinnert daran, dass das MfS den enormen Spionageaufwand gegen die Grünen betrieb, „obwohl doch die Grünen sicher die unwichtigste aller im Bundestag vertretenen Parteien war, denn sie hat zu Lebzeiten der DDR nie einer Bundesregierung angehört und hatte damals auch kaum eine Chance, dass dieser Fall jemals eintreten könnte“.³⁰⁰ Die politischen Ideen und Konzepte der Grünen flossen also nie in Regierungshandeln ein. Sie hatten daher weniger Brisanz als bei den anderen Parteien. Mehr als die anderen Parteien legten die Grünen außerdem Wert auf Transparenz, sodass viele Informationen nicht geheim waren. Wenn das MfS dennoch die Grünen mit viel Aufwand ausspionierte, so mögen dafür vor allem zwei Gründe maßgeblich gewesen sein: Zum einen wollte man die neue Partei möglichst gut begreifen, zum anderen erhofften sich SED und MfS mit ihrer Methode der „Differenzierung“ die ihnen genehmen Strömungen in der Grünen-Partei frühzeitig zu unterstützen.

Von den sechs Informanten, die in der obenstehenden Tabelle vorkommen, sind zwei aus der Literatur gut bekannt: „H_Ludwig“ (in anderen Dokumenten auch „Hans Ludwig“ oder nur „Ludwig“) war der Deckname des Berliner Grünen-Bundestagsabgeordneten von 1983 bis 1985, Dirk Schneider.³⁰¹ Hinter dem Decknamen „Taler“ verbirgt sich der vor allem als RAF-Verteidiger bekannt gewordene Rechtsanwalt Klaus Croissant, der lange Zeit in Westberlin lebte.³⁰²

„Steinweg“ war den vorliegenden Unterlagen zufolge ein Westberliner Student, der von 1980 bis 1989 umfassend über die „Alternative Liste“ sowie über die Grünen insgesamt berichtete.³⁰³ Ebenfalls in Westberlin ansässig war „Falke“, ein Soziologie-Dozent an der Freien Universität Berlin. Von ihm bezog die HV A zwischen 1982 und 1988 insgesamt 188 Informationen. Vorwiegend handelte es sich um Informationen über die bundesdeutsche Deutschland- und Ostforschung, nur nachrangig über die Grünen.³⁰⁴

In Ostberlin lebte hingegen „Konrad“, der offiziell am dortigen „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft“ (IPW) eine Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter hatte. Zugleich führte ihn die HV A als „Offizier im besonderen Einsatz“ (OibE). Als IPW-Mitarbeiter nutzte er seine Westkontakte offenbar intensiv, um Informationen abzuschöpfen. Insgesamt 389 Informationen lieferte er der HV A zwischen 1980 und 1989. Sein Berichtsschwerpunkt waren die Deutschlandpolitik und die innerdeutschen Beziehungen.³⁰⁵

Unbedeutend war der Vorgang „Forst“. In dieser „Operativen Personenkontrolle“ versuchte die HV A in der ersten Hälfte der achtziger Jahre einen bayerischen DDR-Forscher abzuschöpfen. Doch es blieb bei nur drei Informationseingängen.³⁰⁶

³⁰⁰ Knabe, Wilhelm: Zur Westarbeit der Stasi bei den Bonner Grünen, 2003, S. 196.

³⁰¹ Zu Dirk Schneider siehe S. 99, 154–160, 245–247, sowie Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 73–79.

³⁰² Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 80–87.

³⁰³ Siehe unten, Anm. 417.

³⁰⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3, 5 u. 6, SIRA-TDB 12, 14 u. 21, Recherchen zu Reg.-Nr. XV/6563/81. „Falke“ wurde demnach als „Objektquelle“ eingestuft. Siehe mit weiteren Hinweisen auch Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 273.

³⁰⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3, 5 u. 6, SIRA-TDB 12, 14 u. 21, Recherchen zu Reg.-Nr. XV/2148/72. Zu „Konrad“ führte die HV A eine „Personalnebenakte“ (PNA), was auf seinen Status als OibE verweist.

³⁰⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherchen zu Reg.-Nr. XV/5730/81.

Das Ehepaar Doris und George Pumphrey, das seit 1983 für die HV A spionierte, arbeitete seit 1987 (Doris Pumphrey, IM „Dagmar“) bzw. 1988 (George Pumphrey, IM „Faber“) in der Bundestagsfraktion der Grünen.³⁰⁷ Da die SIRA-Daten für die Jahre 1988 und 1989 nur bruchstückhaft überliefert sind, sind ihre geheimdienstlichen Informationslieferungen hier kaum dokumentiert.

Mit der Quelle „Raul“ verfügte die HV A noch über einen weiteren relevanten Zugang zur Bundestagsfraktion der Grünen. „Raul“ ging noch zur Schule, als das MfS ihn bei einem Verwandtenbesuch in der DDR - zunächst unter einer Legende - ansprach. Seit 1971 führte die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Frankfurt/O. den späteren Journalisten dann als IM. Von Anfang 1984 bis Mitte 1987 war „Raul“ zuständiger *dpa*-Korrespondent für die Grünen und für das Bundesfamilienministerium. Die SIRA-Datenbank verzeichnet in diesen drei Jahren 58 Informationen von „Raul“. Im Wesentlichen behandelten sie mehr oder weniger interne Vorgänge im Bundesvorstand und in der Bundestagsfraktion der Grünen oder berichteten über einzelne Grünen-Politiker. 12 dieser Informationen schätzte die HV A als überdurchschnittlich wertvoll mit der Note „2“ ein, 45 mit der Note „3“, die übrigen lagen darunter oder wurden nicht benotet.³⁰⁸

1.2.6. Andere Themen

974 Berichte und Dokumente, die sich die HV A im Rahmen ihrer Spionagetätigkeit beschaffte und inhaltlich dem Bundestag zuordnete, gehören keinem der in den Abschnitten 1.2.1. bis 1.2.5. beschriebenen Themenkreise an. Dazu zählen Informationen über politische Positionen von Konzernen, Unternehmen und Gewerkschaften, seltener auch von Kirchen, Vertriebenenverbänden oder anderen Institutionen, sowie deren Verbindungen zu den Bundestagsparteien.

Ferner zählen dazu Informationen über verschiedene Themen, mit denen sich der Bundestag befasste wie die Deutschland- und Außenpolitik, aber beispielsweise auch Maßnahmen und Programme zur Förderung von Forschung und Technologie, diverse Gesetzesvorhaben, die Sportpolitik oder gelegentliche Stellungnahmen des Verteidigungsministeriums oder des Verteidigungsausschusses des Bundestages zu Jahresberichten des Wehrbeauftragten.

Bis Mitte der siebziger Jahre verzeichnete die HV A die Berlin-Präsenz der Bundestagsfraktionen betreffende Informationen, darunter auch Angaben über geplante Fraktionssitzungen in Westberlin.

Vereinzelt erfasste die HV A Informationen über den inneren Dienstbetrieb des Bundestages, etwa Angaben über die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im Bundestag (1969), einen Entwurf einer Änderung der Geheimschutzordnung des Bundestages (1972) oder Informationen über Maßnahmen zur Absicherung des Abgeordnetenhauses in Bonn (1973).³⁰⁹

³⁰⁷ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 87 f. Die HV A führte Doris und George Pumphrey als O-Quellen unter der gemeinsamen Reg.-Nr. XV/154/83. Siehe auch deren Selbstdarstellung: Pumphrey, Doris und George: Ein langer Weg zur DDR. In: Eichner; Schramm (Hg.): Kundschafter im Westen, 2003, S. 103–113. Bezeichnend darin die Passage von Doris Pumphrey, S. 113: „Während des Fluges [1983] von Paris nach Berlin sah man deutlich, dass man über zwei verschiedene Länder flog. Sie sahen auch von ganz oben anders aus. Die Bundesrepublik wirkte schrecklich kleinkariert: die Felder waren klein. Die Felder in der DDR erschienen großzügig.“ Zum Begriff O-Quelle siehe in diesem Gutachten auch S. 222 sowie Anm. 793 u. 794.

³⁰⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3, 5, 6, SIRA-TDB 12, 14, 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/3307/71 („Raul“, erfasst als O-Quelle). Zwei weitere Informationseingänge weist die SIRA-Teildatenbank 12 für das Jahr 1982 nach. Vor dieser Zeit scheint „Raul“ für die Informationsgewinnung unbedeutend gewesen zu sein. Vgl. auch Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf, Anklage v. 23.1.1996 - Az. 3 OJs 103/94.

³⁰⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE6900508, Quelle: XV/11521/60, ohne Einschätzung; SE7203348, ohne Quellenangabe und Einschätzung; in Papierform ist der Entwurf der Änderung der Geheimschutzordnung im MfS-Archiv vorhanden unter BStU, MfS, ZAGG 1564; SE7301767, Quelle: IM „Heinz Schaller“, Reg.-Nr. XV/232/69, Note 3; zu IM „Heinz Schaller“ siehe Anm. 531.

Ein Fernsprechverzeichnis des Bundestages und des Bundesrates mit Stand vom 9.12.1977 ging bei der HV A am 4.4.1978 ein und wurde immer noch mit der Note „2“ als überdurchschnittlich wertvolles Dokument eingeschätzt.³¹⁰

Die HV A ordnete auch solche Informationen dem Bundestag zu, die nur indirekt mit diesem zu tun hatten. Dazu zählte beispielsweise ein 20 Seiten umfassendes Dokument mit dem Titel „Die gegenwärtige Haushaltslage der Bundesverwaltung, Stand 10. April 1973“, das die HV A als „sehr wertvoll“ einschätzte und mit einer „1“ benotete.³¹¹ Dasselbe gilt für ein 19-seitiges „Gutachten des BMB [Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen] zu den mit Kontakten zwischen Volkskammer und Bundestag aus BRD-Sicht entstehenden Problemen“ vom Herbst 1985, das die HV A ebenfalls als „sehr wertvoll“ einschätzte.³¹²

Unter „Sonstiges“ werden hier ferner solche Spionageinformationen eingeordnet, die nicht eindeutig einem anderen Themenkreis zuzuschreiben sind. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn aus dem Titel und den Deskriptoren der jeweiligen Information nicht klar genug hervorgeht, welchen Inhalt die Information hatte.

Generell ist die Abgrenzung zwischen den in den Kapiteln 1.2.1. bis 1.2.6. beschriebenen Themenkreisen nicht immer eindeutig möglich. Denn es kommt immer wieder zu inhaltlichen Überschneidungen. Die hier vorgenommene Unterteilung dient deshalb in erster Linie dazu, die in der SIRA-Datenbank nachgewiesenen Informationslieferungen an die HV A über den Deutschen Bundestag formal und inhaltlich zu umreißen.

1.2.7. Bewertung der Spionageinformationen durch die HV A

Die Auswertungsabteilungen der HV A bewerteten die ihnen vorliegenden Spionageinformationen nach bestimmten Kriterien und vergaben die Noten 1 („sehr wertvoll“), 2 („wertvoll“), 3 („mittlerer Wert“), 4 („geringer Wert“) und 5 („ohne Wert“). In der HVA-Dienstanweisung Nr. 1/88 wurden einige Kriterien für die Bewertung der Informationen angegeben: Dazu gehörten Aktualität und Zuverlässigkeit der Information, außerdem der Aspekt, ob die gelieferte Information dem aktuellen Informationsbedarf der HV A entsprach. Weitere Kriterien waren die Vollständigkeit einer Information, ferner erzielten Verschlussachen und (abfotografierte oder fotokopierte) Originaldokumente eher eine höhere Benotung.³¹³ Wie bei jedem Benotungssystem müssen aber auch subjektive und taktische Faktoren in Rechnung gestellt werden, auch wenn es noch so präzise und objektiv wirken mag.

In der SIRA-Datenbank ist in den meisten Fällen vermerkt, mit welcher Note die HV A eine Information einschätzte. Informationen von geringem oder ohne Wert wurden allerdings oft überhaupt nicht in der Datenbank registriert.

Von den 5 599 Informationen in der SIRA-Teildatenbank 12, die die HV A dem Bundestag zordnete, ist bei 5 111 Informationen eine Benotung angegeben.

³¹⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7802466, Quelle: IM „Blumenfeld“, Reg.-Nr. XV/2671/60, hierbei handelte es sich um die Sachbearbeiterin Ruth Polte, die damals im gemeinsamen Hamburger Büro der SPD-Bundestagsabgeordneten arbeitete; Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 207.

³¹¹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7302443, Quelle: IM „Merten“, Reg.-Nr. XV/6427/60, hierbei handelte es sich um den bundesdeutschen Diplomaten Hagen Blau; Müller-Enbergs: Was wissen wir über die DDR-Spionage, 2003, S. 48 f.

³¹² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8507416, Quelle: IM „Töpfer“, Reg.-Nr. XV/821/66. Hierbei handelte es sich um den damaligen Regierungsdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Knut Gröndahl. Herbstritt: Bundesbürger, 2007, S. 358–360. Das Dokument, offenbar im September 1985 verfasst, ging bei der HV A am 25.10.1985 ein. Zu Gröndahl siehe auch S. 278.

³¹³ MfS, HV A, Stellvertreter des Ministers [Großmann]: Dienstanweisung Nr. HV A 1/88 über die Aufbereitung und Übergabe von operativ beschafften Informationen durch die operativen Dienstleistungen der HV A und die Abteilungen XV/BV an die informationsauswertenden Dienstleistungen der Hauptverwaltung A und deren Auswertung, 2.5.1989 [!]; BStU, MfS, BV Frankfurt/O., BdL 2386, insbes. S. 10 u. 15. In der SIRA-Datenbank werden die Noten in den meisten Fällen mit römischen Zahlen angegeben.

Die nachfolgende Tabelle 13 zeigt, wie die HV A das Informationsaufkommen aus dem Deutschen Bundestag einschätzte:

Tabelle 13: Benotung der Spionageinformationen aus dem Deutschen Bundestag durch die HV A (Daten aus der SIRA-Teildatenbank 12)

Note („Einschätzung“)	1 („I“)	2 („II“)	3 („III“)	4 („IV“)	5 („V“)
Anzahl der Informationen	86 (= 1,7 %)	1 186 (= 23,2 %)	3 669 (= 71,8 %)	162 (= 3,2 %)	8 (= 0,16 %)

Im Vergleich hierzu zeigt die folgende Tabelle, wie die HV A ihr gesamtes Informationsaufkommen aus dem Bereich der Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik sowie des Militärs einschätzte. In der SIRA-Teildatenbank 12 lassen sich insgesamt 146 412 Informationen ermitteln, bei denen eine Benotung angegeben ist.³¹⁴

Tabelle 14: Benotung des gesamten Informationsaufkommens der HV A aus dem Bereich der Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik sowie des Militärs (Daten aus der SIRA-Teildatenbank 12)

Note („Einschätzung“)	1 („I“)	2 („II“)	3 („III“)	4 („IV“)	5 („V“)
Anzahl der Informationen	3 721 (= 2,5 %)	29 971 (= 20,5 %)	102 901 (= 70,3 %)	9 509 (= 6,5 %)	310 (= 0,2 %)

Legt man den Benotungs-Maßstab der HV A zugrunde, so waren die Informationen mit Bezug zum Deutschen Bundestag nicht mehr und nicht weniger bedeutend als Informationen aus dem Spionageaufkommen insgesamt. Der Anteil der Spitzeninformationen (Note 1) war zwar etwas geringer, der Anteil der mit „wertvoll“ (Note 2) eingeschätzten Informationen dafür etwas höher. Der Bundestag erscheint demnach nicht mehr und nicht weniger relevant als andere Spionageziele.

Die Benotung kann allerdings nicht der einzige Maßstab sein. Auch Informationen von mittlerem Wert versetzten die HV A in die Lage, ihre Spionageziele zu erreichen. Es wäre auch möglich zu untersuchen, auf welche Informationen sich die HV A stützte, um ihre Berichte an die Partei- und Staatsführung der DDR („Ausgangsinformationen“) zu verfassen. Sofern Spionageinformationen in derartige Berichte einfließen, kam ihnen unabhängig von der Benotung ein gewisser Wert zu. Informationen, die die HV A als „sehr wertvoll“ einschätzte, erlangte sie vor allem aus Bereichen und Institutionen, in denen besonders viele geheimzuhaltende Informationen vorhanden waren, etwa aus dem Bereich Militär, Verteidigungsplanung und Rüstungsindustrie. So lieferte allein der Spitzenagent der HV A bei der NATO, Rainer Rupp, zwischen 1977 und 1989 281 Informationen, die die HV A mit der Note 1 als „sehr wertvoll“ einschätzte.³¹⁵ Dagegen ist der Bundestag kein Geheimgremium. Die Abgeordneten erhalten zwar auch geheime und vertrauliche Unterlagen, doch zu ihren Aufgaben gehört es ebenso, Entscheidungsfindungsprozesse und

³¹⁴ In älteren Darstellungen der SIRA-Datenbank werden zum Teil kleinere Zahlen angegeben. Die zwischenzeitlich weit fortgeschrittene Rekonstruktion der SIRA-Datenbank erlaubt inzwischen eine präzisere Recherche.

³¹⁵ Siehe die Einschätzungen der Informationen des IM „Topas“ in: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Reg.-Nr. XV/333/69. Rupp hatte als Mitarbeiter des „NATO International Staff“, dem zivilen, vom NATO-Generalsekretär geleiteten Bereich des Militärbündnisses Zugriff auf alle relevanten Unterlagen für die Verteidigungs- und Streitkräfteplanung der NATO. In seinem Urteil zu Rainer Rupp sprach das Oberlandesgericht Düsseldorf sogar von der Gefahr des „GAU“ – des „größten anzunehmenden Unfalls“ – für die NATO und kam zu dem Ergebnis, dass Rupp Verrat im Ernstfall kriegsentscheidend hätte sein können, weil die östliche Seite durch Rainer Rupp „alle Karten“ der NATO kannte. Das Urteil des OLG Düsseldorf gegen Rainer Rupp und andere vom 17.11.1994 – Az. IV-28/94, ist abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 931–979, die zitierten Stellen S. 958 u. 974.

Beschlüsse für die Bevölkerung transparent zu machen und Debatten öffentlich zu führen. Dieser Unterschied schlägt sich in der Benotung nieder.

Die nachfolgenden Beispiele vermitteln einen Eindruck davon, welche Art von Informationen aus dem Deutschen Bundestag die HV A als „sehr wertvoll“ einschätzte und mit der Note 1 bewertete. Generell gehörten dazu Informationen über längerfristige politische und taktische Strategien einer Fraktion (oftmals in Verbindung mit der Bundespartei), kompetente Lageeinschätzungen in brisanten politischen Zeiten wie der Bonner „Wende“ im Herbst 1982 und Angaben über deutschlandpolitische Konzeptionen, von denen die DDR unmittelbar betroffen war. Gerade bei Spitzeninformationen zerfließen die Grenzen zwischen Bundestagsfraktion und Bundespartei.

Zu den Spitzeninformationen gehörte ein Dokument mit „Auszügen aus den Diskussionen der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes am 27./28.1.1973“.³¹⁶ An jener Diskussion nahmen mehrere wichtige CDU-Abgeordnete teil, etwa Rainer Barzel, Gerhard Schröder, Kai-Uwe von Hassel, Paul Mikat, Alfred Dregger und Heinrich Windelen sowie der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Helmut Kohl (der erst 1976 in den Bundestag einzog). Inhaltlich ging es um eine Analyse der politischen Lage nach der Bundestagswahl 1972 und um die Beziehungen der CDU zur FDP.

Ebenso relevant schätzte die HV A ein Dokument über eine „Fraktionssitzung der CDU/CSU am 10. Juni 1974“ ein.³¹⁷ Es informierte über einen Vortrag des CDU-Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, in dem er die niedersächsische Landtagswahl vom Vortag analysierte und Schlussfolgerungen für Strategie und Taktik im Hinblick auf die Bundestagswahl 1976 zog.

Ebenfalls mit den Planungen zur Bundestagswahl 1976 befassten sich ein 69 Seiten umfassendes Dokument, etwa aus dem Spätsommer 1974, mit dem Titel „Strategiekonzept der Planungsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“³¹⁸ sowie ein 55 Seiten starkes Dokument mit dem Titel „Zur bisherigen Tätigkeit der Planungsgruppe der CDU/CSU-Fraktion“³¹⁹.

Von außerordentlichem Interesse war auch ein 12 Seiten langer Bericht „Zu den Verhandlungen der CDU-CSU am 12.12.1976 zur Frage der Fortführung der Fraktionsgemeinschaft“, der die HV A bereits am 13. Dezember 1976 erreichte.³²⁰

Aus der SPD-Fraktion bewertete die HV A beispielsweise ein 28 Seiten umfassendes Dokument mit einer Rede Helmut Schmidts, die er am 6.2.1979 vor der SPD-Fraktion gehalten hatte, als „sehr wertvoll“.³²¹ Inhaltlich ging es darin um Sicherheits-, Verteidigungs- und Entspannungspolitik und um die internationalen Abrüstungsverhandlungen (MBFR und SALT).

Als im Herbst 1982 die sozial-liberale Koalition zerbrach und Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler gewählt wurde, waren Einschätzungen zur neu entstandenen Lage von besonderer Bedeutung. Einen achtseitigen Bericht über die „Situation in der FDP“ vom 14.10.1982 bewertete

³¹⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7303265, bei der HV A am 24.4.1973 eingegangen. Quelle: IM „Christel“, Reg.-Nr. XV/3233/69. Zu „Christel“ siehe S. 89 sowie Tabelle 15, ab S. 107.

³¹⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7402226, bei der HV A am 15.7.1974 eingegangen; Quelle: „Jansen“, Reg.-Nr. XV/389/69. Zur ungeklärten Identität dieser Quelle siehe Anm. 416. Ein Protokoll der Fraktionssitzung vom 10.6.1974 mit „Lagebericht und Aussprache“ liegt vor im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), 08-001-1037/1. Darin ist die Teilnahme Helmut Kohls ebenfalls dokumentiert.

³¹⁸ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7403305, bei der HV A am 13.9.1974 eingegangen; Quelle: „Fichtel“, Reg.-Nr. XV/18243/60. Zu „Fichtel“ alias Adolf Kanter siehe S. 69.

³¹⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7500067, bei der HV A am 13.1.1975 eingegangen; Quelle: „Jansen“, Reg.-Nr. XV/389/69. Zur ungeklärten Identität dieser Quelle siehe Anm. 416.

³²⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7604375; Quelle: IM „Christel“, Reg.-Nr. XV/3233/69. Die CSU hatte wenige Wochen nach der Bundestagswahl vom 3.10.1976 die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufgekündigt; am 12.12.1976 vereinbarten beide Parteien dann, die Fraktionsgemeinschaft wieder herzustellen.

³²¹ Ebenda, SE7902460, bei der HV A am 28.2.1979 eingegangen; Quelle: „Siegfried“, Reg.-Nr. XV/13815/73. Zu „Siegfried“ siehe S. 100.

die HV A mit der Note 1, was sich auch damit erklären lässt, dass die Information offenbar auf den politischen Insider Karl Wienand zurückging und sich mit Politikern wie Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Mischnick, Otto Graf Lambsdorff, Uwe Ronneburger und Günter Verheugen sowie mit Willy Brandt und Herbert Wehner befasste.³²² Ebenso hochwertig schätzte die HV A einen 12-seitigen Bericht ein, den sie am 15.10.1982 von dem gut informierten Journalisten und Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bonn, Rudolf Maerker (IM „Max“), erhielt. Der Bericht trug den Titel „Einschätzung zur Situation in der Gesamtpartei nach dem Ende der sozialliberalen Koalition – Charakteristik des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der Partei – Personelle Alternativen in der Partei- und Fraktionsführung – Schlussfolgerungen der Partei aus dem Scheitern der Koalition“ und enthielt offenbar relevante Informationen über Hans-Dietrich Genscher sowie die SPD-Politiker Helmut Schmidt, Willy Brandt, Herbert Wehner, Hans-Jochen Vogel, Horst Ehmke, Oskar Lafontaine und Wolfgang Roth.³²³

Der Grünen-Abgeordnete Dirk Schneider lieferte der HV A als IM „Ludwig“ drei Spitzeninformationen aus seiner Bundestagsfraktion. In allen drei Fällen ging es um die deutschlandpolitischen Aktivitäten der Grünen, was auch ihre Kontakte zu DDR-Oppositionellen beinhaltete. Insofern waren elementare Interessen und Ängste der SED-Führung unmittelbar betroffen, was aus HVA-Perspektive ein wesentlicher Grund für die hohe Einschätzung dieser Informationen gewesen sein wird: In einem sechsseitigen Bericht informierte Dirk Schneider die HV A im Oktober 1983 über den „Stand der Vorbereitungen des Spitzengesprächs der Grünen mit Gen. E. Honecker“.³²⁴ In diesem Bericht kamen neben den Abgeordneten Gert Bastian, Petra Kelly, Otto Schily, Dirk Schneider [!] und Antje Vollmer auch die ausgebürgerten DDR-Dissidenten Thomas Auerbach und Jürgen Fuchs vor, die damals in Westberlin lebten, sowie der in Ostberlin lebende evangelische Pfarrer und Oppositionelle Rainer Eppelmann.

Am 19. September 1984 lag der HV A ein 13-seitiges Dokument vor, das die „Rückweisung des von Mitgliedern der Grünen vorbereiteten offenen Briefes an Erich Honecker durch den Arbeitskreis ‚Abrüstung, Frieden, Internationales‘ der Bundestagsfraktion“ zum Inhalt hatte.³²⁵ In dem Dokument spielen die Grünen-Abgeordneten Milan Horáček, Dirk Schneider und Antje Vollmer eine Rolle, ferner einige Grünen-Politiker, die noch in der laufenden Legislaturperiode als Nachrücker in den Bundestag einzogen.

Mit der Note 1 bewertete die HV A schließlich auch einen siebenseitigen Bericht Dirks Schneiders vom Oktober 1984 über „Aktivitäten innerhalb der Bundestagsfraktion der Grünen zur Festbeschreibung des erreichten deutschlandpolitischen Konsensus“.³²⁶ Darin berichtete er offenbar über seine Fraktionskollegen Marieluise Beck-Oberdorf, Milan Horáček, Willi Hoss, Otto Schily, Roland Vogt und Antje Vollmer sowie einige andere Grünen-Politiker und Fraktionsmitarbeiter.

1.2.8. Die Informationsquellen der DDR-Auslandsspionage

Wie gelangte die HV A an ihre Informationen aus dem und über den Deutschen Bundestag? Welche Informationsquellen standen ihr zur Verfügung oder zu Diensten, und wie ergiebig waren diese? Auf diese Fragen gibt die nachfolgende Tabelle 15 eine Antwort. Aufgelistet sind darin die Informationsquellen, von denen die HV A in der SIRA-Teildatenbank 12 mindestens 20 Informationen mit Bezug zum Deutschen Bundestag registrierte. Der Begriff „Informationsquelle“ wird hier nicht nachrichtendienstlich, sondern in einem allgemeinen Sinne gebraucht. Er umfasst nicht nur inoffizielle Mitarbeiter, sondern auch unwissentlich abgeschöpfte Personen und die Abhörstationen des MfS. In der Tabelle ist das jeweils vermerkt. Aufgenommen sind in die Tabelle außerdem alle Bundestagsabgeordneten, die die HV A in einem IMA-Vorgang registriert hatte, auch wenn in der SIRA-Datenbank weniger als 20 Informationen verbucht wurden. Ob die be-

³²² Ebenda, SE8221628.

³²³ Ebenda, SE8221790.

³²⁴ Ebenda, SE8307467.

³²⁵ Ebenda, SE8406242.

³²⁶ Ebenda, SE8406896.

treffenden Abgeordneten bewusst für die HV A spionierten oder ohne ihr Wissen abgeschöpft wurden, wird in Kapitel C. 2. (Seiten 227–234, 240–247) des vorliegenden Gutachtens erörtert. Die Tabelle enthält außerdem die Anzahl der Informationslieferungen verbündeter Geheimdienste an die HV A.

Insgesamt erlangte die HV A von diesen 75 Informationsquellen rund 4 000 der 5 599 bundestagsbezogenen Informationen, die in der SIRA-Teildatenbank 12 nachgewiesen sind. Die restlichen knapp 1 600 Informationen bezog die HV A von rund 660 weiteren Informationsquellen, von denen viele nur eine oder zwei Information/en lieferten.³²⁷

1.2.8.1. Ständige Vertretung der DDR in Bonn und andere „legale Dächer“

Die meisten Informationen mit Bezug zum Deutschen Bundestag bezog die HV A von „Park“ und „Bar“. Diese Decknamen standen für die HVA-Residentur in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn.³²⁸ In nur vier Jahren – von 1984 bis 1988 – verbuchte die HV A von dort 248 Informationsengänge. Mit anderen Worten: die halboffizielle, vertrauliche Form der Informationsgewinnung über diplomatische und vergleichbare Kontakte hatte für die HV A große Bedeutung. Der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn lassen sich noch fünf weitere Decknamen eindeutig zuordnen, und zwar „Siegfried“ (mit 158 Informationen), „Christa“ (87 Informationen), „Ferdinand“ (40 Informationen), „Belin“ (34 Informationen) und „Bolek“ (32 Informationen).³²⁹ Auch bei diesen Decknamen handelte es sich offenkundig nicht um einzelne IM, sondern um Vorgänge der HVA-Residentur in der Ständigen Vertretung. In diesen Vorgängen verbuchte die HV A im Zeitraum von 1976/77 bis 1983/84 Informationen, die sie über die Ständige Vertretung und deren

³²⁷ Unter diesen rund 660 Informationsquellen lassen sich zumindest drei Typen ausmachen: Zu einem Teil handelte es sich um durchaus ergiebige Quellen, die aber zum Thema „Bundestag“ nur selten etwas beitragen konnten, weil sie etwa in einem Bundesministerium saßen (beispielsweise IM „Töpfer“, siehe hierzu S. 278). Zu einem anderen Teil handelte es sich um Quellen, die bereits in den frühen 1970er Jahren versiegten und deshalb in der SIRA-Datenbank, deren Nachweise erst 1969 einsetzen, kaum Spuren hinterlassen haben. Zum Dritten handelte es sich um Quellen, die insgesamt nicht (gelegentlich auch: noch nicht) viele Informationen beschafften, weil ihnen die entsprechenden Zugänge fehlten.

³²⁸ Unter dem Decknamen „Park“ führte die HV A I/7 ab 1982 die sogenannte Residenturakte. Unter dem Decknamen „Bar“ verzeichnete sie seit 1984 die Informationen, die über die Residentur beschafft wurden. Der gemeinsame Vorgang trug die Registriernummer XV/3140/82. Die HV A nutzte die Ständige Vertretung der DDR in Bonn als sogenannte legal abgedeckte Residentur, das heißt als Spionagestützpunkt, der zugleich eine offizielle Funktion hatte.

³²⁹ Die Zuordnung ergibt sich aus der Zuständigkeit der HVA-Abteilung I/7 für diese Vorgänge, denn dem Referat 7 der Abteilung I der HVA unterstand die sogenannte legal abgedeckte Residentur der HV A in der StÄV der DDR in Bonn. Die Registriernummern dieser Vorgänge weisen allerdings einige Besonderheiten auf: „Siegfried“ trug offenbar eine fiktive Registriernummer (XV/13815/73; die höchste laufende Nummer für einen Vorgang im Jahr 1973 war die XV/4074/73); die Registriernummern der Vorgänge „Christa“ (XV/987/75) und „Ferdinand“ (XV/1162/74) gehörten zu bereits archivierten IM-Vorgängen von Berliner MfS-Kreisdienststellen (zu „Christa“ vgl. BStU, MfS, AIM 12326/78; zu „Ferdinand“ BStU, MfS, AIM 2367/76); die Registriernummer von „Bolek“ (XV/167/75) gehörte zu einem unbedeutenden und schon nach einem Jahr wieder archivierten IM-Vorlauf der Abteilung XV der Objektverwaltung „Wismut“ (vgl. BStU, MfS, AIM 1869/76). Dieses Prinzip wandte die HVA-Residentur in Bonn noch bei weiteren Vorgängen an, beispielsweise bei den auf „Christa“ folgenden Registriernummern XV/988/75 („Alfons“ – unter dieser Reg.-Nr. führte die Abt. VI der MfS-Bezirksverwaltung Berlin bis Ende der 1980er Jahre ein Ostberliner Rentnerhepaar unter dem Decknamen „Steg“, das ein Zimmer seiner Wohnung für konspirative Zwecke bereitstellte; BStU, MfS, BV Berlin, AIM 5336/91) u. XV/989/75 („Bogen“ – unter dieser Reg.-Nr. führte die MfS-Hauptabteilung IX 1975 ein Untersuchungsverfahren gegen eine Ostberliner Verkäuferin, die DDR-Bürgern zur Flucht verhelfen wollte; vgl. BStU, MfS, AU 10223/75). In diesen beiden Vorgängen verzeichnete die HV A I/7, wie bei „Christa“, Informationen mit Bezug zu CDU und CSU. Ähnlich verhält es sich mit dem Vorgang „Belin“, siehe Anm. 402.

Verbindungen aus Bonn erhielt. 1984 trat an die Stelle dieser Vorgänge der Vorgang „Park“/„Bar“.³³⁰

Gemäß der Definition der HV A kamen in diesen Vorgängen Informationen zusammen, „die von operativen Kräften der legal abgedeckten Residenturen erarbeitet und weitergeleitet“ wurden.³³¹

Auf diesem Wege gelangte die HV A durchaus an wertvolle Informationen, wie man an den Benotungen ablesen kann. Lediglich Spitzeninformationen (Note 1) ließen sich so kaum beschaffen.

Im Archiv des BStU sind einige Akten erhalten geblieben, die Gesprächsvermerke der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn zu Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten enthalten. Diese Vermerke befinden sich im HVA-Aktenbestand und waren demnach der HV A zugegangen. Die bislang durchgesehenen, vereinzelt Gesprächsvermerke stammen aus den Jahren 1985 bis 1987 und betreffen die damaligen SPD-Abgeordneten Helmuth Becker, Hans Bächler, Günther Jansen, Edith Niehuis, Wilhelm Nöbel und Horst Peter und den CDU-Abgeordneten Peter Harry Carstensen.³³²

Erkennbar ist in diesen wenigen Akten das gegenseitige Interesse an Gesprächskontakten. Für die Abgeordneten war es eine Möglichkeit, sich zu informieren, Verbindungen in die DDR herzustellen und nach politischen Lösungen zu suchen, während die Mitarbeiter der Ständigen Vertretung an den politischen Standpunkten einzelner Abgeordneter, deren politischer Lageeinschätzung sowie Hintergrundinformationen und vertraulichen Kontakten interessiert waren. Beide Seiten schienen diese Gespräche als nützlich zu betrachten. Einige Abgeordnete traten von sich aus an die Ständige Vertretung heran, andere wurden von Mitarbeitern der Ständigen Vertretung angesprochen.

Folgt man den wenigen überlieferten Gesprächsvermerken, so trugen die betreffenden Abgeordneten interessante politische Einschätzungen vor, überschritten aber gewisse Grenzen nicht. Beispielsweise hatte sich die Abgeordnete Niehuis 1987 als Parlamentsneuling schriftlich an die Ständige Vertretung gewandt. Da sie regional für das südöstliche Niedersachsen zuständig sei und somit auch für eine Grenzregion zur DDR, sei sie an Kontakten zu Volkskammerabgeordneten interessiert, die die unmittelbar angrenzende Region Harz und Harzvorland verträten.³³³ Im Gespräch mit dem I. Sekretär der Ständigen Vertretung, Peter Hausstein, diskutierte sie dann über den Dialog zwischen SPD und SED, den sie demnach selbst befürwortete. Auf die kontroversen Positionen ihrer Fraktionskollegen wollte sie hingegen nicht detailliert eingehen. Etwas resigniert notierte Hausstein in seinem Gesprächsvermerk vom 13.11.1987: „Die Partnerin ließ sich trotz mehrfacher Frage keine Namen entlocken [...]“³³⁴ In diesem Satz kommen das Denken und die Absichten des HVA-Mitarbeiters Hausstein zum Vorschein, der er ebenfalls war.³³⁵

Möglicherweise befinden sich im Archiv des Auswärtigen Amtes noch weitaus mehr solcher Gesprächsvermerke. Es wäre in diesem Falle möglich, das Gesprächsverhalten der Abgeordneten gründlicher zu untersuchen und festzustellen, wie ergiebig die Ständige Vertretung der DDR solche Parlamentariergespräche einschätzte. Folgt man den Einträgen in der SIRA-Datenbank, so gelangte die Ständige Vertretung an interessante Informationen, doch nur in Ausnahmefällen befand sich darunter eine Spitzeninformation. Die Gesprächsvermerke könnten zudem mit den Erinnerungen der Abgeordneten abgeglichen werden. Im Falle von Edith Niehuis enthält die

³³⁰ Siehe hierzu Konopatzky: Die Datenbanken der Spionageabteilung der DDR-Staatssicherheit, 2007, S. 90 f.

³³¹ Dienstweisung Nr. HV A 1/88 (wie Anm. 313); hier zitiert nach Konopatzky: Die Datenbanken der Spionageabteilung der DDR-Staatssicherheit, 2007, S. 90.

³³² BStU, MfS, HV A 805, Bl. 6–8, 34–35, 82–84 u. 93–100; HV A 962, Bl. 1–13.

³³³ BStU, MfS, HV A 805, Bl. 95 f.

³³⁴ Ebenda, Bl. 93 f.

³³⁵ Hausstein war von 1963 bis 1990 hauptamtlicher Mitarbeiter der HV A; BStU, MfS, HA KuSch/AKG-KA HM (Kaderkarteikarte). Von März 1985 bis Mai 1989 wurde er in dieser Eigenschaft in das DDR-Außenministerium eingegliedert und ging im Juli 1985 als I. Sekretär an die Ständige Vertretung der DDR nach Bonn. BStU, MfS, HA II/14-VSH-Kartei.

Notiz von Hausstein beispielsweise keinen Hinweis darauf, wie man auf ihre Bitte reagierte, ihr Kontakte zu Volkskammerabgeordneten zu vermitteln. Es wurde auch nicht vermerkt, dass neben Hausstein ein zweiter Mitarbeiter der Ständigen Vertretung bei dem Gespräch zugegen war. Edith Niehuis selbst erinnert sich daran, dass ihre Gesprächspartner zunächst beharrlich herauszufinden versuchten, welche wirklichen Motive ihrer Anfrage zugrunde lägen. Sodann hätten sie ihr ihre Bitte auszureden versucht. Zur Begründung hätten sie angeführt, Abgeordnete von Bundestag und Volkskammer seien nicht gleichzusetzen, wobei sie die Unterschiede nicht erläutern wollten und sich in Widersprüche verwickelten.³³⁶

Selbsteinschätzungen der Abgeordneten konnten für die DDR-Gesprächspartner ebenfalls aufschlussreich sein. In den Aufzeichnungen der Ständigen Vertretung ist beispielsweise festgehalten, dass sich der schleswig-holsteinische CDU-Abgeordnete und spätere Ministerpräsident Peter Harry Carstensen als einen „im Grunde unpolitischen Menschen“ bezeichnet habe. Er habe sich demnach weder als „Außen-, noch Sicherheits- und Deutschlandpolitiker“ gesehen. Seine Hauptaufgabe bestehe darin, „innerhalb des Bundestages als Präsident des Deutschen Fischereiverbandes wirksam zu werden“, ließ er die Ständige Vertretung demnach wissen.³³⁷ Genau in dieser Eigenschaft hatte sich Carstensen mit einer Fachfrage an die Ständige Vertretung gewandt, die die Antwort dazu nutzte, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Letztlich schätzte sie den Gesprächskontakt als „nicht besonders ergiebig“ ein.³³⁸

Neben dem I. Sekretär der Ständigen Vertretung Peter Hausstein verfügte die HV A über zahlreiche weitere Mitarbeiter oder Kooperationspartner, die an eine offizielle DDR-Institution angebunden waren und in dieser Eigenschaft Gesprächskontakte pflegten. Dazu gehören die in der nachfolgenden Tabelle 15 genannten Vorgänge „Kolbe“, „Teleskop“, „Herold“, „Gärtner“ und „Cantor“.

Unter dem Decknamen „Kolbe“ verzeichnete die HV A seit 1960 den Hochschullehrer Klaus Zechmeister.³³⁹ In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre fungierte Zechmeister, der zuvor als Philosophieprofessor an der Akademie der Wissenschaften der DDR in Ostberlin arbeitete, als Erster Sekretär der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Dort war er zuständig für „Parteienbeobachtung“.³⁴⁰ In dieser Eigenschaft führte er auch Gespräche mit Bundestagsabgeordneten, beispielsweise mit den SPD-Abgeordneten Wilhelm Nöbel und Horst Peter.³⁴¹ Zu seinen Gesprächspartnern gehörten offenkundig auch die SPD-Abgeordneten Lenelotte von Bothmer und Karsten Voigt, die 1977 bzw. 1979 in den „Rosenholz“-Karteien als einzige Abgeordnete im Vor-

³³⁶ Schriftliche Mitteilung von Edith Niehuis an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt vom 18.7.2012.

³³⁷ BStU, MfS, HV A 962, Bl. 12 f. Dieser Gesprächsvermerk ist überschrieben mit „Anmerkung. Zum Gespräch ‚Barren‘ mit CDU-MdB Peter Harry Carstensen am 11.12.1987“. „Barren“ ist offenkundig identisch mit Hausstein. Eine offizielle Notiz über sein Gespräch mit Carstensen am 11.12.1987 fertigte Hausstein am 14.12.1987 als Mitarbeiter der Ständigen Vertretung an und unterschrieb mit seinem richtigen Namen; ebenda, Bl. 9–11. Carstensen gehörte dem Bundestag von 1983 bis 2005 an und zählte damals zu den jüngeren Abgeordneten.

³³⁸ Undatierte Einschätzung von „Barren“ (siehe Anm. 337): „Gesprächskontakt“; ebenda, Bl. 2.

³³⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2792/60, Aktenart: IMA. Der Vorgang wurde, zumindest von 1976 bis 1982, von der Abteilung II/4 der HV A geführt, die für die Spionage gegen die SPD zuständig war. 1989 wurde der Vorgang „Kolbe“, XV/2792/60, als OibE geführt; BStU, MfS, HA KuSch 1017, Bl. 180. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) lagen seit Februar 1986 angeblich Hinweise auf eine inoffizielle Zusammenarbeit Zechmeisters mit dem MfS vor. Hierüber informierte Klaus Kuron, Fallführer bei der Spionageabwehr des BfV und zugleich IM der HV A, die HV A. BStU, MfS, HV A/MD/5, SIRA-TDB 14, SP8680276. Eine bewusste geheimdienstliche Tätigkeit Zechmeisters zugunsten der HV A kann aber alleine aus den vorliegenden Einträgen in „Rosenholz“ und SIRA nicht abgeleitet werden. Entscheidend ist in diesem Falle ohnehin in erster Linie die Feststellung, wie eng diplomatische und geheimdienstliche Informationsgewinnung beieinander liegen können.

³⁴⁰ Der Spiegel 33(1979)39 v. 13.8.1979, S. 41: Auf der Eckbank.

³⁴¹ Beide Abgeordneten verwiesen in späteren Gesprächen, 1986 bzw. 1987, mit dem StÄV-Mitarbeiter „Barren“, bei dem es sich vermutlich um Zechmeisters Nachfolger Hausstein handelte (siehe Anm. 337), auf ihre Gespräche mit Zechmeister. BStU, MfS, HV A 805, Bl. 8 u. 34.

gang „Kolbe“ namentlich erfasst wurden.³⁴² Ob er zu Bothmer und Voigt einen besonders engen Draht hatte, lässt sich allein aus den MfS-Unterlagen heraus nicht feststellen.

Ebenso pflegte Zechmeister vertrauliche Gesprächskontakte zu CDU-Abgeordneten, was sich in „Rosenholz“ nicht niederschlägt. Doch gab Zechmeister darüber bereits im Juni 1988, nun in seiner Eigenschaft als Mitarbeiter des Ostberliner „Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft“, dem amerikanischen Historiker A. James McAdams Auskunft. Demnach hatte er als Mitarbeiter der Ständigen Vertretung im Rahmen seiner Gespräche festgestellt, dass die damalige CDU/CSU-Opposition keinesfalls von „feuerspeienden ‚Revanchisten‘ und ‚Militaristen‘“ dominiert werde. Zechmeister erwähnte die CDU-Abgeordneten Manfred Abelein, Werner Marx, Gerhard Reddemann und Olaf von Wrangel, die nach außen zwar hart aufgetreten seien, aber in privaten Diskussionen mit ihm einen anderen Ton angeschlagen hätten: „Wir werden Wert auf normale, pragmatische Beziehungen zur DDR legen, wenn wir an die Regierung kommen“, hätten sie ihm versichert.³⁴³ Wrangel seinerseits erwähnt in seinen Erinnerungen beiläufig erste Gesprächsangebote Zechmeisters an ihn und andere Unionsabgeordnete, die jedoch auf „Berührungssängste“ seitens der Union gestoßen seien. Im Sommer 1977 habe Helmut Kohl ihn, Wrangel, dann gebeten, Gespräche mit der Ständigen Vertretung in Bonn aufzunehmen. Als seine Gesprächspartner nennt er lediglich die Leiter der Ständigen Vertretung, Michael Kohl und Ewald Moldt, außerdem den Leiter der Westabteilung im Zentralkomitee (ZK) der SED, Herbert Häber.³⁴⁴

In den bislang durchgesehenen MfS-Unterlagen finden sich über die Gespräche mit den vier genannten CDU-Abgeordneten keine Hinweise. In der SIRA-Datenbank sind lediglich zwei Informationen „Kolbes“ dokumentiert, in denen er 1982 und 1983 unter anderem auch über Positionen des Abgeordneten Wrangel berichtete.³⁴⁵ Den frühesten Bericht „Kolbes“ über die Deutschlandpolitik der CDU/CSU datierte die HV A auf den 29. Juni 1982.³⁴⁶

Der Vorgang „Kolbe“ verweist darauf, wie dicht diplomatische und geheimdienstliche Informationsbeschaffung beieinander liegen können. In diesem Zusammenhang sei hier an die vielen Gespräche erinnert, die der soeben genannte ZK-Abteilungsleiter Herbert Häber in den siebziger und achtziger Jahren in Bonn führte. Seine Informationen dürften für die SED-Führung mindestens ebenso wertvoll gewesen sein wie die Berichte mancher Quellen, die bei der HV A registriert waren. Die Gesprächsprotokolle Häbers sowie Aufzeichnungen über Gespräche zwischen Spitzenpolitikern und Diplomaten beider deutscher Staaten liegen teilweise seit Jahren leicht zugänglich in Editionen vor.³⁴⁷ Es wäre gewiss aufschlussreich, anhand dieser Editionen sowie der SIRA-Daten und ggf. weiterer Unterlagen das offizielle und das geheimdienstliche Informationsaufkommen vergleichend nebeneinander zu stellen. Im Rahmen des vorliegenden Gutachtens kann diese Vergleichsarbeit nicht geleistet, sondern nur angeregt werden. Am Ende einer solchen Vergleichsarbeit könnte dann die Erkenntnis stehen, dass die ausschließliche und formale Fixierung auf IM ungeeignet ist, um das komplexe innerdeutsche Beziehungsgeflecht zu erfassen.

³⁴² BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2792/60.

³⁴³ McAdams, A. James: *Germany Divided. From the Wall to Reunification*. Princeton, New Jersey 1993, S. 152; zu Zechmeister außerdem ebenda, S. 57, Anm. 2.

³⁴⁴ Abgeordnete des Deutschen Bundestages. *Aufzeichnungen und Erinnerungen*. Bd. 14: Olaf Baron von Wrangel. Hg. Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. Boppard 1995, S. 223. Gespräche Wrangels mit Häber sind dokumentiert in: Nakath, Detlef; Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): *Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985*. Berlin 1999, passim.

³⁴⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8222119, SE8304774. Über die drei anderen Abgeordneten sind in SIRA keine Informationen nachgewiesen, die auf „Kolbe“ zurückgehen.

³⁴⁶ Ebenda, SE8206043.

³⁴⁷ Vgl. hier zu insbes. Nakath; Stephan: *Die Häber-Protokolle*, 1999; Potthoff, Heinrich: *Die „Koalition der Vernunft“*. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. München 1995; Ders.: *Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente*. Bonn 1997. Siehe auch in diesem Gutachten S. 307 den Hinweis auf die zahlreichen Gespräche des CDU-Politikers Walther Leisler Kiep mit Herbert Häber.

1.2.8.2. Die West-IM: klassische Spionage

Das Netz der bundesdeutschen IM, die für die HV A den Bundestag ausspionierten, umspannte alle Parteien, und man findet darin die Berufsgruppen, die zu erwarten waren: Referenten bzw. wissenschaftliche Mitarbeiter in den Fraktionen und Bundestagsparteien, Sekretärinnen, Journalisten, Verwaltungsangestellte, Parteifunktionäre sowie einige Bundestagsabgeordnete. Fast alle Spitzeninformationen (Note 1) zum Deutschen Bundestag stammten von diesen klassischen Agenten, wie aus Tabelle 15 hervorgeht. Das belegt ihre geheimdienstliche Bedeutung. Sie hatten Zugang zu interessanten, wichtigen oder vertraulichen Informationen und Dokumenten, an die die HV A weder über die offiziellen Gesprächskontakte noch über die Funkaufklärung des MfS gelangen konnte. Die „Human Intelligence“ (HUMINT) konnte demnach durch andere Formen der Informationsbeschaffung nicht ersetzt werden.

Die hier gewählte Perspektive – den Informationsfluss vom Bundestag zur HV A zu analysieren – lässt automatisch diejenigen Personen aus dem Umfeld der Abgeordneten in den Blick geraten, die beispielsweise als Parteifreunde, Mitarbeiter oder Journalisten zugleich als Informanten für die HV A fungierten. Nur aus dieser Perspektive wird in dem vorliegenden Gutachten das Umfeld der Abgeordneten einbezogen. Eine umfassende Recherche nach allen Menschen aus dem Umfeld der 2 190 Abgeordneten hat hingegen nicht stattgefunden. Dies würde schon daran scheitern, dass der infrage kommende Personenkreis viel zu groß ist und namentlich kaum zu ermitteln wäre. So beschäftigten beispielsweise Mitte der achtziger Jahre die Bundestagsabgeordneten rund 2 000 persönliche Mitarbeiter und alle Bundestagsfraktionen zusammen weitere rund 500 Angestellte.³⁴⁸

Die meisten West-IM, die in der Tabelle angeführt werden, sind inzwischen auch aus der Fachliteratur bekannt.³⁴⁹ Man weiß von daher, dass die Mehrzahl von ihnen sich zur geheimdienstlichen Zusammenarbeit schon verpflichtet hatte, ehe sie in eine Position gelangte, aus der heraus sie Informationen über Bundestagsbelange liefern konnte. Das MfS agierte erfolgreicher darin, Agenten in diesen Bereich einzuschleusen, als Personen anzuwerben, die bereits dort arbeiteten – wengleich beide Methoden angewendet wurden und zum Ziel führten. Viele der genannten IM waren von ihrer Agententätigkeit politisch überzeugt; andere wurden von Familienangehörigen oder vermeintlichen Liebhabern geheimdienstlich verstrickt. Geldzuwendungen steigerten die Motivation und intensivierten die Anbindung an das bzw. die Abhängigkeit vom MfS, waren in diesem Bereich aber nur selten das ausschlaggebende Motiv, um sich auf die Spionagetätigkeit einzulassen. Hinzu kommen solche IM, die die HV A unter „fremder Flagge“ führte.

In der Tabelle kommen auch rund ein Dutzend Decknamen vor, bei denen im vorliegenden Gutachten keine Hinweise auf den bürgerlichen Namen gegeben werden, weil beispielsweise Unterlagen fehlen, um belastbare Aussagen über die Identität der Personen oder aber die Art und Weise ihrer Verbindung zur HV A zu treffen.

Bei der Anzahl der gelieferten Informationen sind nur solche berücksichtigt, die die HV A in der SIRA-Teildatenbank 12 mit dem Bundestag in Verbindung brachte.³⁵⁰ Fast alle IM haben aber auch andere Bereiche ausgespäht. So verzeichnete die HV A von dem Abgeordneten Gerhard Flämig (IM „Walter“) zwischen 1969 und 1989 insgesamt 957 gelieferte Informationen, der damit statistisch gesehen zu den herausragenden West-IM zählte. Doch nur 107 seiner Informationen ordnete sie inhaltlich dem Bundestag zu. Zu den Themen, über die er informierte, gehörten darüber hinaus vor allem Europapolitik, Atompolitik und Vorgänge innerhalb der SPD. Über ein Drittel der 957 Informationen lieferte er nach November 1980, das heißt, nachdem er aus dem

³⁴⁸ Schindler: Datenhandbuch, Bd. 1, 1999, S. 1007–1009; Bd. 3, 1999, S. 3260, 3263 f. Des Weiteren beschäftigte die Bundestagsverwaltung im Jahr 1988 1 874 Mitarbeiter. Vgl. hierzu Anm. 525.

³⁴⁹ Siehe hierzu insbes. die in Anm. 368 genannten Titel.

³⁵⁰ Ausgangsbasis sind also die in Tabelle 1, S. 34, statistisch ausgewiesenen 5 599 Informationen.

Bundestag ausgeschieden war. Doch selbst als ehemaliger Abgeordneter lieferte er gelegentlich noch Berichte mit Bezug zum Deutschen Bundestag.³⁵¹

Dieses Beispiel veranschaulicht, wie schwierig es ist, die Fragestellung des vorliegenden Gutachtens exakt zu fassen: Steht der Bundestag oder stehen seine Abgeordneten im Mittelpunkt des Interesses? Die untenstehende Tabelle 15 konzentriert sich auf die Spionage gegen den Deutschen Bundestag. Sie zeigt, von wem das MfS wie viele Informationen aus dem und über den Deutschen Bundestag erhielt. Somit kann man unmittelbar erkennen, dass die MfS-Spionage gegen den Deutschen Bundestag nur zu einem geringeren Teil von den Abgeordneten selbst betrieben wurde. In weitaus größerem Umfang wurde sie von ihren Mitarbeitern oder anderen Informationsquellen getragen. Würde man ausschließlich die Person der Abgeordneten, mit allen ihren Ämtern und Funktionen auch in Parteien und Verbänden, in den Blick nehmen, so würde man inhaltlich über das Thema „Bundestag“ hinausgreifen. Andererseits würde man den Aspekt „Bundestag“ damit nur unvollständig erfassen, weil dann die übrigen Informationsquellen außer Acht blieben. Sicher lassen sich beide Perspektiven nicht exakt voneinander abgrenzen. Dennoch muss eine sorgfältige Analyse diese verschiedenen Betrachtungsweisen bedenken.

Die SIRA-Daten erlauben, trotz gewisser Einschränkungen, einen deutlichen Einblick in das Spionagegeschehen gegen den Deutschen Bundestag und lassen die Schar der Informanten erkennbar und überschaubar werden. Die gelegentlich vorgebrachte Meinung, die HV A habe faktisch eine willkürliche Buchführung betrieben, bestätigt sich nicht.

1.2.8.3. Funkaufklärung/Telefonüberwachung

In der nachfolgenden Tabelle steht an dritter Stelle der Vorgang „Friedrich“. Bei ihm handelt es sich nicht um einen IM. Vielmehr verzeichnete die HV A in diesem Objektvorgang solche Informationen, an die sie gelangte, indem das MfS Telefone von Abgeordneten, deren Angehörigen und Mitarbeitern abhörte und Fax-Sendungen mitlas.³⁵² Es ging hier also um den Bereich der Funkaufklärung. Für die Funkaufklärung, auch im Westen, war innerhalb des MfS die Hauptabteilung III verantwortlich. In der Bundesrepublik betrieb sie, in Zusammenarbeit mit der HV A, vier Abhörstützpunkte: in der Ständigen Vertretung der DDR und in der sowjetischen Botschaft in Bonn sowie in den Handelspolitischen Abteilungen der DDR in Düsseldorf und der Sowjetunion in Köln.³⁵³ Daneben verfügte die MfS-Hauptabteilung III über zahlreiche weitere Möglichkeiten, Funkaufklärung in der Bundesrepublik zu betreiben.³⁵⁴ In dem vorliegenden Gutachten befasst sich das Kapitel C. 4. (ab Seite 281) mit weiteren Aspekten der Funkaufklärung bzw. der Telefonüberwachung.

Die in der SIRA-Teildatenbank 12 nachgewiesenen Informationen aus der Funkaufklärung lassen nur ansatzweise erkennen, wie intensiv das MfS einzelne Politiker abhörte. Denn längst nicht alle Informationen, die die HV A aus der Telefonüberwachung gewann, verzeichnete sie in der SIRA-Datenbank. Die stichwortartigen Einträge befassen sich zudem nur mit politischen Inhalten und sind vergleichsweise neutral gehalten. Aversionen oder Präferenzen gegenüber anderen Politikern und politischen Themen kommen in der SIRA-Verzeichnung kaum zum Ausdruck. Als Beispiel sei hier eine SIRA-Information vom 22. Juli 1980 angeführt, die auf den Vorgang „Friedrich“ zurückging. Sie trug den Titel „Interne Meinungsäußerungen aus der SPD-Führung zu den möglichen Folgen eines Wahlsieges von Reagan“.³⁵⁵ Der SIRA-Datensatz lässt nicht erkennen, welche Meinung hier geäußert wurde, ob hier für oder gegen Reagan Position bezogen wurde. Dies geht

³⁵¹ BStU, MfS, HV A/MD/2-5, SIRA-TDB 11–14, Einträge zu Reg.-Nr. XV/750/66.

³⁵² Zur Bedeutung des Vorgangs „Friedrich“ siehe Schreiben des Leiters der HA III v. 8.3.1988 an den Ministerstellvertreter Schwanitz nebst Anlagen; BStU, MfS, HA III 11674, Bl. 2–19. Ein Dank gilt dem BStU-Mitarbeiter Stephan Konopatzky für seinen Hinweis auf dieses Dokument.

³⁵³ Schmidt, Andreas: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2010, S. 106.

³⁵⁴ Vgl. hierzu die umfassende Darstellung in: ebenda, S. 73–116.

³⁵⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8005714 (Note 3).

nur aus dem sogenannten Ausgangsmaterial hervor, in diesem Falle einer zehn Seiten umfassenden, wörtlichen Abhörmitschrift der MfS-Hauptabteilung III, die im Archiv des BStU ebenfalls vorliegt.³⁵⁶ Aus Gründen des Schutzes der Persönlichkeitsrechte können die Abhörprotokolle für zeitgeschichtliche Forschungen nur sehr eingeschränkt verwendet werden. Es ist deshalb kaum möglich, die Dimension der Telefonüberwachung zu ermessen.³⁵⁷

Die Abteilung VII der HV A, die die eintreffenden Informationen auszuwerten hatte und auch die Daten in die SIRA-Teildatenbank 12 eingab, schätzte die Abhörinformationen (Quelle „Friedrich“) als wichtig ein, sah aber auch die Notwendigkeit, diese Informationen durch Berichte aus anderen Quellen zu ergänzen. In einer Stellungnahme der HVA-Abteilung VII vom 10. Februar 1988 hieß es hierzu:

„Die Informationen der Quelle ‚Friedrich‘ haben für die Auswertungsarbeit einen wichtigen Stellenwert. Sie werden aufgrund ihrer Authentizität in relativ hoher Zahl in Informationen, Einschätzungen, Übersichtsmeldungen, Biografien sowie anderen Formen der Auswertungstätigkeit mitverwandt. Sie ergänzen und bestätigen vorliegende Informationen. [...] Als alleinige Grundlage für Einzelinformationen oder Meldungen sind die Informationen der Quelle ‚Friedrich‘ wenig geeignet, da sie vielfach nur fragmentarische Angaben enthalten und ihre Aussagen erst in Verbindung mit anderen Informationen verwertbar sind.“³⁵⁸

Entgegen dieser Stellungnahme kam es dennoch vereinzelt vor, dass die HV A alleine aufgrund von abgehörten Telefongesprächen Informationsberichte verfasste und diese an die Staats- oder Parteiführung schickte.³⁵⁹

In die SIRA-Datenbank wurden Informationen aus der Telefonüberwachung erst seit 1978 eingegeben.

1.2.8.4. Informationen von Geheimdiensten verbündeter Länder

Am Ende der folgenden Tabelle ist dokumentiert, wie viele Informationen mit Bezug zum Deutschen Bundestag die HV A von ihren Verbündeten erhielt. Weder quantitativ noch qualitativ fallen diese Informationen sehr ins Gewicht. Sie wirken zufällig ausgewählt, und in den meisten Fällen ist anzunehmen, dass sie für das MfS keinen großen Neuigkeitswert besaßen. Häufig handelten die Berichte von Wahlkampfstrategien der im Bundestag vertretenen Parteien oder übermittelten allgemeine Einschätzungen zur Lage innerhalb einer Partei oder Fraktion. Am interessantesten scheinen die Informationen der tschechoslowakischen Kollegen gewesen zu sein. Sie informierten die HV A am 14.4.1982 über „Pläne der FDP, den Koalitionspartner nach den Wahlen 1984 zu wechseln“, was die HV A mit der Note 2 bewertete.³⁶⁰ Mit der seltenen Note 1 schätzte die HV A einen Bericht aus Prag vom Mai 1980 ein, in dem es um eine Reise von Mitgliedern des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle nach Wien ging.³⁶¹ Ein Organisations- und Geschäftsverteilungsplan der SPD-Bundestagsfraktion mit 37 Blatt Umfang vom Januar 1986 hatte für die HV A zwar nur durchschnittlichen Wert (Note 3), er

³⁵⁶ BStU, MfS, HA III, 10099, Bl. 213–226.

³⁵⁷ Zu den datenschutzrechtlichen Aspekten siehe unten, S. 289.

³⁵⁸ [HV A, Abt. VII:] Informationseinschätzung HA III (Quelle „Friedrich“), 10.2.1988; BStU, MfS, HA III 11674, Bl. 4. Zu den MfS-internen Regelungen, wie die Informationen aus der Funkaufklärung ausgewertet werden sollten, siehe auch Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 101–104.

³⁵⁹ In der SIRA-Teildatenbank 12 sind 3 Informationsberichte (Ausgangsinformationen) mit unmittelbarem Bundestagsbezug nachweisbar, die die HV A ausschließlich auf der Grundlage der Telefonüberwachung erstellte und an die Staats- oder Parteiführung schickte. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8472407 v. 18.6.1984 (über Äußerungen eines SPD-MdB über seinen Aufenthalt in der DDR im Juni 1984), SA8480114 v. 1.8.1984 (zu Überlegungen, Wehrdienstverweigerern den Zugang nach Westberlin zu erschweren), SA8672819 v. 8.12.1986 (zu „Auswirkungen der Diskussion um das Newsweek-Interview Kohls auf den Bundestagswahlkampf“). Empfänger dieser Berichte war jeweils das DDR-Außenministerium, in einem Fall auch der KGB.

³⁶⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8203852.

³⁶¹ Siehe oben, Anm. 113.

zeigt aber, dass der tschechoslowakische Geheimdienst mehr tat als nur Gesprächskontakte in Bonn zu pflegen.³⁶²

Sicherlich war der Informationsaustausch um einiges intensiver, als er sich in dieser Tabelle niederschlägt. Doch unbestreitbar nahm das MfS bei der Spionage gegen die Bundesrepublik eine Führungsrolle ein. Davon profitierten die verbündeten Geheimdienste, denn das MfS gab viele seiner Spionageerkenntnisse an sie weiter. Vor allem der sowjetische Geheimdienst KGB erhielt vom MfS umfassende Spionageinformationen über die Bundesrepublik.³⁶³

Wenn hier dennoch auch die quantitativ sehr viel bescheideneren Informationslieferungen der sozialistischen Geheimdienste an das MfS dokumentiert werden, so vor allem deshalb, um auf ein grundsätzliches Problem aufmerksam zu machen: Der Bundestag stand nicht nur im Visier des MfS, sondern auch anderer Geheimdienste. Auf diesen Aspekt geht das Kapitel C. 7. (ab Seite 315) näher ein.

Tabelle 15: Die Herkunft der HVA-Spionageinformationen zu Bundestagsbelangen 1969 bis 1989: Quellen, inoffizielle Mitarbeiter, Telefonüberwachung, abgeschöpfte Personen, verbündete Geheimdienste

Der Tabelle liegt, wie in der Einführung zu Abschnitt 1.2.8. dargelegt, die Frage zugrunde, woher die HV A ihre Informationen über Bundestagsbelange bezog. Anhand der SIRA-Daten wurde die Herkunft jeder einzelnen Information ermittelt. Außerdem wurde festgestellt, wie viele Informationen mit Bundestagsbezug die HV A in einem Vorgang registrierte. Die Tabelle ist quantitativ sortiert: Der Vorgang, in dem die HV A die meisten Informationen mit Bundestagsbezug registrierte, steht an erster Stelle. Vorgänge mit weniger als 20 Informationen wurden nur berücksichtigt, wenn sie unmittelbar mit einem Bundestagsabgeordneten oder einem mit dem MfS verbündeten Geheimdienst in Verbindung standen. Mit „Vorgang“ kann beispielsweise ein IM gemeint sein, ein Abschöpfungsvorgang oder die Abhörstation der HV A.

Wie schon erläutert, gelangte die HV A auf verschiedenen Wegen an Informationen: über die Ständige Vertretung der DDR, über West-IM, über Telefonüberwachung, durch gezieltes „Abschöpfen“ von Politikern und anderen, über ihre Verbündeten. Die folgende Tabelle führt diese verschiedenen Informationsstränge zusammen. Sie ermöglicht es somit, die quantitative Bedeutung verschiedener Methoden der Informationsgewinnung sowie den nachrichtendienstlichen Wert einzelner Vorgänge zu erkennen. Die Tabelle stellt daher kein IM-Verzeichnis dar, da sie neben den IM auch alle weiteren Informationsstränge (Vorgänge) einschließlich der abgeschöpften Personen aufführt. In jedem einzelnen Fall ist angegeben, um welche Art von Vorgang es sich handelt. Klar- und Decknamen werden nicht direkt gegenübergestellt. Stattdessen finden sich in den Fußnoten entweder eingehende Erläuterungen oder Querverweise auf Textstellen mit weiterführenden Angaben. Somit wird eine Kontextualisierung der nachstehenden Übersicht ermöglicht.

³⁶² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8630097.

³⁶³ Für die 1980er Jahre kann man in der SIRA-Teildatenbank 12 bei fast allen Informationen recherchieren, an welchen Geheimdienst das MfS sie weitergab. Rund ein Drittel aller Informationen, die die HV A beschaffte, übermittelte sie dem KGB, sodass die HV A in dieser Hinsicht als Filiale des KGB angesehen werden kann. Die anderen „Bruderorgane“ erhielten weitaus weniger Informationen.

Tabelle 15: Die Herkunft der HVA-Spionageinformationen zu Bundestagsbelangen 1969 bis 1989

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag ³⁶⁴	davon mit Note „I“ (1) ³⁶⁵	davon mit Note „II“ (2) ³⁶⁶	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug) ³⁶⁷	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A ³⁶⁸
248		25	alle Parteien	1984–1988	„Park“; „Bar“, XV/3140/82	Residentur der HVA-Abt. I/7 in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn ³⁶⁹

³⁶⁴ Wie schon an früherer Stelle erläutert, werden hier die Daten der SIRA-Teildatenbank 12 zugrunde gelegt, die den Deskriptor „Bundestag“ (bzw. die Abkürzung „BT“) enthalten, oder bei denen im Text der Begriff „Bundestag“ (bzw. die Abkürzung „BT“) vorkommt. Eine verfeinerte Recherche mit zusätzlichen Suchbegriffen und Namen würde zu zusätzlichen Datensätzen hinführen und dadurch die quantitativen Angaben etwas erhöhen. Die Grundaussagen blieben dadurch jedoch unverändert.

³⁶⁵ Zum Benotungssystem der HV A siehe S. 96 ff., Kap. 1.2.7. Bewertung der Spionageinformationen durch die HV A.

³⁶⁶ Wie Anm. 365.

³⁶⁷ In dieser Spalte wird angegeben, in welchem Zeitraum die HV A Informationen mit Bezug zum Deutschen Bundestag von einer Quelle erhielt. Die Überlieferung in der SIRA-Teildatenbank 12 setzt allerdings im Wesentlichen erst 1969 ein. Frühere Informationsflüsse von einer Quelle an die HV A sind hier deshalb nicht nachgewiesen. Sie können aber bei einigen Quellen angenommen werden, wenn deren Vorgang bereits vor 1969 angelegt wurde, der Informationsfluss in dieser Tabelle aber erst mit dem Jahr 1969 oder 1970 ausgewiesen wird. Die letzte Zahl der Registriernummer gibt in der Regel das Jahr der Registrierung an. Vorgänge, die vor 1960 angelegt wurden und über das Jahr 1960 hinaus geführt wurden, tragen generell die Jahresangabe /60. Der Berichtszeitraum endet in dieser Tabelle häufig 1987. Dies liegt daran, dass für die Jahre 1988 und 1989 nur ein geringer Teil der ursprünglich in der SIRA-Datenbank vorhandenen Daten erhalten geblieben ist. In den meisten Fällen, in denen der Zeitraum genau 1987 endet, ist davon auszugehen, dass die Informationslieferungen tatsächlich bis 1989 andauerten.

³⁶⁸ Hinweise zur Identität der mit Decknamen bezeichneten Personen und weitere Angaben zu einzelnen Vorgängen oder inoffiziellen Mitarbeitern finden sich unter anderem in: Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999; Ders.: Der diskrete Charme der DDR, 2001; Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998; Ders.: Hauptverwaltung A, 2011; Müller-Enbergs, Helmut unter Mitarbeit von Sabine Fiebig, Günter Finck, Georg Herbstritt, Stephan Konopatzky: Rosenholz. Eine Quellenkritik. Hg. BStU. Berlin 2007, S. 82–86, im Internet abrufbar unter: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Publikationen/E_mueller-enbergs_rosenholz.html (Stand: 5.7.2012); die Printausgabe dieser Publikation weicht in der Seitenzählung von der Internet-/pdf-Version ab. Nachfolgend wird die Seitenzählung der Printausgabe benutzt. Die Seiten 82–86 sind auch veröffentlicht in: Müller-Enbergs, Helmut: Der 6. Deutsche Bundestag und die Staatssicherheit. In: Deutschland Archiv 40(2007)4, S. 665–670; Herbstritt; Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu, 2003; Herbstritt: Bundesbürger, 2007. Schломann, Friedrich Wilhelm: Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns. Aktualis. Ausg., Frankfurt/M., Berlin 1994. Ferner wurden die entsprechenden Daten unter den jeweils angegebenen Registriernummern in den Rosenholz-Karteikarten berücksichtigt. Zu den angeführten Bundestagsabgeordneten siehe außerdem im vorliegenden Gutachten das Kapitel C. 2, S. 162 ff.

³⁶⁹ Siehe S. 100–103.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
226	13	114	SPD	1969–1987	„Max“, XV/1628/68	Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Bonn und Journalist; IM der HV A II/4 ³⁷⁰
205	2	35	alle Parteien	1978–1989	„Friedrich“, XV/213/73	Objektvorgang der HVA-Abt. IX für Informationen aus der Funküberwachung (insb. Telefonabhören); entsprechende Daten wurden in SIRA erst seit 1978 erfasst ³⁷¹
197	2	29	Haushaltsausschuss	1970–1989	„Jutta“, XV/1815/60	Angestellte beim Berliner Finanzsenator, Leiterin der Verbindungsstelle des Finanzsenators zum Bund; IM der HV A, BV Berlin, Abt. XV ³⁷²
196	3	40	CDU/CSU, SPD, FDP	1969–1983	„Fichtel“, XV/18243/60	Wirtschaftsberater; 1973/74–1981 stellv. Leiter des Bonner Büros der Flick KG, CDU-Mitglied; IM der HV A I/5 ³⁷³
190	3	60	FDP	1971–1985	„Anna“, XV/2873/62	IM der HV A II/2; Sekretärin, u. a. in der FDP-Bundesgeschäftsstelle und bei MdB Martin Bangemann (FDP) ³⁷⁴

³⁷⁰ Siehe Anm. 257.

³⁷¹ Siehe S. 105 f.

³⁷² Siehe S. 43.

³⁷³ Siehe S. 69 ff.

³⁷⁴ Siehe S. 44, 72, 74, 179.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
158	3	29	SPD	1977–1984	„Siegfried“, XV/13815/73	Vorgang der HVA-Residentur in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, HV A I/7 ³⁷⁵
130	1	41	CDU/CSU, SPD	1977–1989	„Kolbe“, XV/2792/60	Erster Sekretär in der StÄV der DDR in Bonn, später Mitarbeiter am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW), Ostberlin; bis 1982 bei der HV A II/4, danach bei der HV A XVI/A als IM erfasst ³⁷⁶
124	3	57	SPD	1978–1989 ³⁷⁷	„Talar“, XIII/1502/60	Referent in der SPD-Fraktion; bis 1978 IM der MfS-Hauptabteilung XX, danach der HV A II/4 ³⁷⁸
118	1	30	SPD	1972–1986	„Bob“, „Petra“, XV/1471/65	Angestellter der FES [Friedrich-Ebert-Stiftung], Sekretärin der SPD-Bundestagsfraktion; unter der Reg.-Nr. XV/1471/65 ist ein IM-Vorgang mit Arbeitsakte registriert für HV A, BV Schweirin, Abt. XV bis 1972, HV A II/2 1972–1981, HV A II/4 ab 1981 ³⁷⁹

³⁷⁵ Siehe S. 100, insbes. Anm. 329.

³⁷⁶ Siehe S. 102 f., insbes. Anm. 339.

³⁷⁷ Da der Vorgang „Talar“ erst 1978 von der MfS-Hauptabteilung XX an die HV A übergeben wurde, sind Informationslieferungen von „Talar“ bis 1978 hier nicht nachgewiesen. Vgl. auch oben, S. 78.

³⁷⁸ Siehe S. 78.

³⁷⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A, MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1471/65. Siehe auch in diesem Gutachten S. 39, 45, 50, 79, 129.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
113	11	49	SPD	1971–1989	„Krüger“, XV/18556/60	HVA-Kurier und Verbindungsperson zu Karl Wienand (SPD, MdB 1953–1974) ³⁸⁰ ; in diesem Vorgang wurden Informationen von Wienand erfasst; HV A I/6
108	3	57	Grüne	1979–1987	„Ludwig“, XV/4646/75	MdB (AL/Grüne) 1983–1985; IM der HV A, BV Berlin, Abt. XV/1 ³⁸¹
107	1	27	SPD	1969–1987	„Walter“, XV/750/66	MdB (SPD) 1963–1980; IM der HV A II/4 ³⁸²
86	3	23	SPD	1969–1987	„Hans“, XV/14906/60	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD) 1971–1989; IM der HV A, BV Berlin, Abt. XV (1957–1963), HV A II/2 (–1979), HV A II/4 (ab 1979) ³⁸³
87		26	CDU/CSU	1978–1984	„Christa“, XV/987/75	Vorgang der HVA-Residentur in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, HV A I/7 ³⁸⁴
79		14	CDU/CSU	1971–1987	„Bakker“, XV/873/66	Journalist, CDU-Mitglied; IM der HV A, BV Magdeburg, Abt. XV ³⁸⁵

³⁸⁰ Siehe S. 243–245.

³⁸¹ Siehe S. 99, 154–160, 245–247.

³⁸² Siehe S. 241–242.

³⁸³ Siehe S. 79.

³⁸⁴ Siehe S. 100, insbes. Anm. 329.

³⁸⁵ Siehe S. 131.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit „I“ (1)	davon mit „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
76		21	FDP	1969–1983	„Olaf“, XV/4604/60	MdB (FDP) 1965–1972, Mitglied im FDP-Bundesvorstand 1960–1982; IM der HV A II/2 ³⁸⁶
74	6	12	CDU/CSU	1972–1979	„Christel“, XV/3233/69	IM der HV A XV (1969–1973), HV A II/1 (ab 1973); Sekretärin bei der Bundes-CDU und beim MdB Kurt Biedenkopf (CDU) ³⁸⁷
56		4	Verteidigungspolitik	1973–1987	„Schwarz“, XV/12399/60	CSU-naher Journalist; IM der HV A, BV Leipzig, Abt. XV ³⁸⁸
45		5	Gewerkschaftspolitik	1969–1987	„Gaston“, XV/141/65	Mitarbeiter im DGB-Bundesvorstand; IM der HV A II/5 ³⁸⁹

³⁸⁶ Siehe unter anderem S. 55, 240 f., 311 f.

³⁸⁷ Siehe S. 89 mit Anm. 282.

³⁸⁸ Siehe u. a. S. 44, 49.

³⁸⁹ Unter dem Decknamen „Gaston“ führte die HV A den Mitarbeiter im DGB-Bundesvorstand Günter Scheer als IM. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet zwischen 1969 und 1987 insgesamt 716 Informationslieferungen von „Gaston“. Seine Informationen mit Bundestagsbezug betrafen das Verhältnis des DGB zu den Bundestagsfraktionen und die Haltung des DGB-Vorstands zu aktuellen politischen Fragen, vor allem im Vorfeld von Bundestagswahlen. Ausführlicher hierzu Müller-Enbergs, Helmut: Das Gewerkschaftsreferat der HV A – eine Analyse seiner Spitzenquellen. In: Horch und Guck 16(2007)57, S. 44–48, hier 44 f.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
43	2	14	Abrüstungs- und Verteidigungspolitik, Deutschlandpolitik, tagessaktuelle Themen	1973–1986	„Teleskop“; „Direktor“, XV/4075/70	Sicherungsvorgang der HV A X (1970–1977), HV A XVI (ab 1977) ³⁹⁰
43		3	CDU/CSU	1980–1987	„Richard“, XV/351/73	Politologe, u. a. Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle; IM der HV A I/6 ³⁹¹

³⁹⁰ In den Rosenholz-Karteikarten sind 178 Personen nachgewiesen, die zeitweise in dem Objekt- bzw. (ab 1988) Sicherungsvorgang „Teleskop“ von der HV A erfasst waren. Darunter befanden sich vor allem bundesdeutsche Wissenschaftler an außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien oder dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel, ebenso die Redaktion des Deutschland Archivs, aber auch Universitätsdozenten und vereinzelt Mitarbeiter der Parteien, sowie ab 1972 auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Herta Däubler-Gmelin.

Laut Karteikarte F 22 aus Rosenholz und dem entsprechenden Datensatz aus der SIRA-Teildatenbank 21 legte die HVA-Abteilung X den Vorgang „Teleskop“ am 18.11.1970 als Feindobjektvorgang an und übergab ihn sieben Jahre später an die HVA-Abteilung XVI (bzw. deren Vorläuferin „AG 'K'“/„Bereich K“). Die HVA-Abteilung XVI nutzte offizielle, legale Beziehungen zwischen Institutionen beider deutscher Staaten für eine gezielte Informationsgewinnung aus. Häufig wurden Informationen im Rahmen fachlicher, beruflicher und institutioneller deutsch-deutscher Begegnungen „abgeschöpft“.

In der SIRA-Teildatenbank 12 ordnete die HV A zahlreiche Informationen, die sie im Rahmen des Vorgangs „Teleskop“ gewann, dem ebenfalls unter der Reg.-Nr. XV/4075/70 erfassten Decknamen „Direktor“ zu, über den derzeit nichts weiter bekannt ist.

³⁹¹ Unter dem Decknamen „Richard“, Reg.-Nr. XV/351/73, führte die HV A den Politologen Reinhard Ott als IM. Ott war seit Ende der 1960er Jahre RCDS-Mitglied; rund 10 Jahre später wurde er Mitglied der SED und der nordrhein-westfälischen CDU. Zu dieser Zeit war er Mitarbeiter in dem von Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel gegründeten „Institut für Wirtschaft und Gesellschaft“ in Bonn und wechselte dann für mehrere Jahre zur CDU-Landtagsfraktion nach Düsseldorf. Mit dem MfS hatte ihn sein Bruder etwa 1973 in Verbindung gebracht. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet zwischen 1974 und 1989 insgesamt 376 Informationslieferungen von „Richard“, in den Teildatenbanken 11, 13 und 14 sind weitere 117 Informationseingänge nachgewiesen. Seine Informationen mit Bundestagsbezug beinhalteten insbesondere Protokolle und andere Dokumente von Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Fraktion seit 1984 (vor allem AG Wirtschaft, AG Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, AG Finanzen), ferner Dokumente der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenzen; BStU, MfS, HV A/MD/2-5, SIRA-TDB 11-14, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/351/73. Siehe auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 358, sowie OLG Düsseldorf, Urteil v. 31.8.1994 - Az. IV-5/94.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
43	2	9	SPD	1976–1987	„Bernhard“, XV/3821/73	IM der HV A X/3; Redakteur, zeitweise persönlicher Referent des SPD-MdB Günther Jansen ³⁹²
42		9	SPD	1969–1986	„Komet“, XV/15996/60	Redakteur, Leiter des Studios der „Deutschen Welle“ in Westberlin, SPD-Mitglied; IM der HV A II/4 ³⁹³
40		5	FDP	1979–1984	„Ferdinand“, XV/1162/74	Vorgang der HVA-Residentur in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, HV A I/7 ³⁹⁴
39	2	5	Verbindungen zwischen Unternehmensverbänden und Politik	1975–1986	„Jack“, XV/2001/73	Drucker beim Bundesverband der Deutschen Industrie; IM der HV A XV/4
38		17	FDP	1976–1981	„Richard“, XV/2273/74	IM der HV A IV (1974–1977), HV A II/2 (ab 1977); Politologe, Mitarbeiter des FDP-Politikers William Borm ³⁹⁵
37		7	SPD	1969–1987	„Mai“, XV/6455/60	IM der HV A, BV Magdeburg, Abt. XV; Sachbearbeiter bei der Deutschen Bundesbahn, SPD-Mitglied in Hannover, im Umfeld der MdB und Bundesminister Egon Franke und Helmut Rohde ³⁹⁶

³⁹² Siehe Anm. 608.

³⁹³ Siehe Anm. 108.

³⁹⁴ Siehe S. 100, insbes. Anm. 329.

³⁹⁵ Siehe S. 72, insbes. Anm. 262.

³⁹⁶ Unter dem Decknamen „Mai“ führte die HV A den Bundesbahnmitarbeiter Gerhard Grunwald als IM. Grunwald, in Ostpreußen aufgewachsen, nach Kriegsende in der SBZ/DDR, ging in den 1950er Jahren in die Bundesrepublik. Als IM „Mai“ von 1959 bis 1989/90 für die HV A tätig, Sachbearbeiter bei der Bahnmeisterei Langenhagen/Niedersachsen, etwa ab 1988 (auch) in Karlsruhe. Als aktives SPD-

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
37	1	2	CDU/CSU	1969–1986	„Zentral“, XV/12480/60	Verwaltungsangestellter bei der Bundesbaudirektion oder in deren Umfeld; IM der HV A, BV Rostock, Abt. XV (1960–1963), HV A II (1963–1974), HV A XVI (1974–1984), HV A I/4 (ab 1984)
37		2	SPD	1969–1985	„Sense“, XV/18187/60	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD) 1963–1969, Bezirksstadtrat in Berlin-Kreuzberg; als IM erfasst für HV A II/4 ³⁹⁷

Mitglied in Hannover verfügte er über einen guten Zugang zum Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (1969–1982) Egon Franke, ferner lieferte er Informationen über den langjährigen Bundestagsabgeordneten Helmut Rohde (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1974 bis 1978) sowie zahlreiche niedersächsische SPD-Landespolitiker, etwa über den späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder, über Peter von Oertzen, Wolfgang Jüttner und andere. Seine IM-Akte wurde 1989/90 zerrissen, konnte inzwischen aber teilweise wieder zusammengefügt werden: BStU, MfS, BV Magdeburg, Abt. XV, Nr. 20, bspw. Bd. 1, Bl. 17, 26–28 u. 40, Bd. 4, Bl. 39–136, Bd. 5, Bl. 162–214, Bd. 6, Bl. 4. Angaben zu seiner Person auch in: BStU, MfS, AP 1541/56, Bl. 76–80. Insgesamt sind in der SIRA-Datenbank 380 Informationslieferungen des IM „Mai“ zwischen 1969 und 1989 nachgewiesen.

³⁹⁷ Unter dem Decknamen „Sense“ führte die HV A den Westberliner Politiker Hans Kohlberger. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet zwischen 1969 und 1989 insgesamt 415 Informationslieferungen für den Vorgang „Sense“. Sofern sich darunter Informationen mit Bundestagsbezug befanden, handelte es sich um Einschätzungen der Lage in der SPD-Bundestagsfraktion, Positionen einzelner Bundestagsabgeordneter und Berichte aus den SPD-Führungsgremien. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18187/60. Siehe auch Müller-Enbergs, Helmut: Fleißiger SPD-Mann: IM „Sense“. Hans Kohlberger (Berlin) spionierte auch Willy Brandt aus. In: Gerbergasse 18 10(2005)39, S. 21 f.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
37		19	SPD	1982–1987	„Jürgen“, XV/2808/78	IM der HV A IV/9 (1978–1981), HV A IV/2 (ab 1981); Politologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Bürogemeinschaft der SPD-MdB Heide Simonis, Norbert Gansel und Horst Jungmann ³⁹⁸
36		6	FDP	1969–1985	„Stamm“, XV/4434/60	Mitarbeiter der FDP-Bundesgeschäftsstelle und der Friedrich-Naumann-Stiftung; IM der HV A III (1959–1972), HV A XI/2 (1972–1987), HV A XI/9 (ab 1987) ³⁹⁹
36		13	SPD	1975–1983	„Giesbert“, XV/223/70	Verlagslektor in Westberlin, SPD-Mitglied; IM der HV A, BV Berlin, Abt. XV ⁴⁰⁰
36		8	SPD	1980–1987	„Herold“, XV/2367/73	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ostberliner Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW); „Offizier im besonderen Einsatz“ (OibE) der HV A ⁴⁰¹

³⁹⁸ Siehe u. a. S. 39, 45.

³⁹⁹ Siehe u. a. S. 72 sowie ebenda, Anm. 261.

⁴⁰⁰ Laut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 272, wurde der Vorgang XV/223/70 „von der HV A mit Hans-Joachim Giese in Verbindung gebracht“.

⁴⁰¹ Der Vorgang „Herold“ wurde zunächst von der HVA-Abteilung X (Desinformation), ab 1977 dann von der HVA-Abteilung XVI (bzw. deren Vorläufer „Arbeitsgruppe K“ und „Bereich K“) geführt. Die Abt. XVI bzw. ihre Vorläufer hatten vorrangig die Aufgabe, offizielle Kontakte von DDR-Institutionen in die Bundesrepublik zu gezielten „Abschöpfkontakten“ zu nutzen. Siehe hierzu Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 234 f. Die HV A nutzte das IPW intensiv für derartige Abschöpfkontakte. Die MfS-Unterlagen verzeichnen den DDR-Wissenschaftler Harald Lange als OibE „Herold“. Siehe BStU, MfS,

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
34		6	Außenpolitik; Beziehungen BRD-DDR	1976–1983	„Belin“, XV/843/72	Vorgang der HVA-Residentur in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, HV A I/7 ⁴⁰²
33			CDU/CSU	1978–1987	„Günter“, I/1124/60	Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Harburg (CDU); IM der HV A, BV Rostock, Abt. XV ⁴⁰³
33		3	SPD	1969–1986	„Friedemann“, XV/12971/60	Angestellter der Berliner Senatsverwaltung, SPD-Mitglied; IM der HV A, BV Berlin, Abt. XV ⁴⁰⁴

AR 2, Abt. Fin./Abt. 6-GKK HIM/OibE, Gehaltskonto für XV/2367/73 sowie Karteikartenerfassung zur genannten Person in: ebenda, HA II, Abt. 6-Dok, HA XIX, Abt. 1, HA XX/AKG-VSH.

⁴⁰² In der SIRA-Teildatenbank 12 sind für den Vorgang „Belin“ 390 Informationslieferungen verzeichnet. Sie umfassen den Zeitraum 1976 bis 1984. Einen Schwerpunkt bilden Berichte über die innerdeutschen Beziehungen, sodann die bundesdeutsche Außenpolitik, seit 1979 auch Abrüstungsfragen. Häufig wird über politische Positionen im Auswärtigen Amt, bis 1982 auch im Bundeskanzleramt berichtet. Unter derselben Registriernummer XV/843/72 führte die Abteilung VIII der MfS-Bezirksverwaltung Berlin bis 1984 einen Ostberliner als hauptamtlichen IM, der Beobachtungen und Ermittlungen in der DDR durchführte und unter anderem Regimekritiker observierte. Er steht mit dem HVA-Vorgang „Belin“ nicht in Verbindung. Siehe hierzu auch Anm. 329.

⁴⁰³ Unter dem Decknamen „Günter“ führte die HV A den Hamburger Kaufmann und CDU-Politiker Wolfgang Jaeger als IM. Das MfS hatte ihn Ende 1959/Anfang 1960 bei einem Verwandtenbesuch in der DDR angesprochen. 1974 trat er auf Drängen seines Führungsoffiziers und entgegen seiner politischen Überzeugung der CDU bei. Das MfS bezahlte ihm anfangs den Mitgliedsbeitrag. In seinen Berichten mit Bundestagsbezug informierte er das MfS vor allem über den Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühle, ferner über die CDU-Bundestagsabgeordneten Walther Leisler Kiep und Klaus Francke. Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete die Vor- und Nachbereitung von Bundestagswahlen. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet zwischen 1977 und 1989 insgesamt 180 Informationslieferungen Jaegers, die Teildatenbanken 13 und 14 zusammengefasst weitere 18. BStU, MfS, HV A/MD/3-6, SIRA-TDB 12-14, 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. I/1124/60. Vgl. auch Hanseatisches OLG Hamburg, Urteil v. 15.2.1996 – Az. 1 OJs 16/91.

⁴⁰⁴ Siehe Anm. 666.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
33	1	7	SPD	1969–1979, 1986	„Becker“, XV/808/61	MdL (SPD) in Bayern 1966–1981; IM der HV A, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XV (1961–1966), HV A II/4 (ab 1966) ⁴⁰⁵
33		4	CDU/CSU	1970–1979	„Herta“, XV/1087/67	IM der HV A II/1; Sekretärin bei Werner Marx (CDU), MdB 1965–1985 ⁴⁰⁶
33		1	CSU	1976–1986	„Tusch“, XV/3058/75	Postbeamter in München, CSU-Mitglied; IM der HV A II/1 ⁴⁰⁷
32		4	CDU/CSU	1969–1979	„Iltis“, XV/8661/61	IM der HV A II/1 ⁴⁰⁸

⁴⁰⁵ Unter dem Decknamen „Becker“ führte die HV A den bayerischen Landtagsabgeordneten Friedrich Cremer als IM. Cremer wurde bereits 1979 enttarnt und am 16.5.1980 vom Obersten Bayerischen Landesgericht wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit verurteilt. Ausweislich der Rosenholz-Daten legte die HV A (Abt. XV der BV Karl-Marx-Stadt) 1961 eine IM-Vorlaufakte zu Cremer an und registrierte ihn ab 1964 als IM. Bis 1979 füllten seine Informationen insgesamt sieben Berichtsbände. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/808/61. In der Literatur wird der Beginn seiner HVA-Anbindung irrtümlich etwa auf das Jahr 1974 datiert; siehe das erstinstanzliche Urteil gegen Markus Wolf (wie Anm. 112), veröffentlicht in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, hier S. 74 f. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet zwischen 1969 und 1979 insgesamt 140 von Cremer gelieferte Informationen, außerdem je eine Information 1985 und 1986. Die Informationen mit Bundestagsbezug, die Cremer lieferte, behandelten die Arbeit verschiedener Arbeitskreise und -gruppen der SPD-Bundestagsfraktion, ferner die Sitzungen von SPD-Parteirat und -Parteivorstand. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/808/61.

⁴⁰⁶ Siehe S. 55, 91 sowie Anm. 408.

⁴⁰⁷ Das MfS führte den Münchner Postbeamten Horst Tischler seit 1975 als IM „Tusch“. In einem Strafverfahren 1993/94 blieb strittig, ob er auf Anweisung des MfS oder aus eigener Überzeugung der CSU beitrug. Zwischen 1975 und 1987 lieferte er ausweislich der SIRA-Teildatenbank 12 insgesamt 258 Informationen; die Teildatenbanken 13 und 14 verzeichnen zusammen weitere 38 Informationen. In den Informationen mit Bundestagsbezug berichtete Tischler über die Auffassungen von CSU-Bundespolitikern zu Fragen der Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungspolitik, ferner über die CSU-Wahlkampf vorbereitungen 1980. Insgesamt waren seine Informationen für die HV A nur von mäßigem Wert. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3058/75. Vgl. auch Bayerisches Oberstes Landesgericht, Urteil v. 11.02.1994 - Az. 3 St 19/93a.

⁴⁰⁸ Die Rosenholz-Karteikarten zur Reg.-Nr. XV/8661/61 lassen keine eindeutige Identifizierung von „Iltis“ zu. Unter der Reg.-Nr. XV/8661/61 sind 13 Personen erfasst, unter ihnen Wolfgang Goliath und Hans Knorr, bei denen es sich offenbar um ein und dieselbe Person handelt. Der selbe Hans Knorr ist auch unter der Reg.-Nr. XV/304/80 erfasst. Zwei Kaderbefehle aus dem Jahre 1988 weisen Hans Knorr unter der Reg.-Nr. XV/304/80 als Oberstleutnant und OibE der HVA-Abt. IX/A aus; BStU, MfS, HA KuSch, 183, Bl. 188 f. und HA KuSch 187, Bl. 174 f. Ausweislich der Kaderkarteikarte zu Hans Knorr war dieser verheiratet mit Inge Knorr geb. Hanke. In der Rosenholz-Kartei (F 16) liegen unter der Reg.-Nr.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
32		9	innerparteiliche Entwicklungen bei CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen, DFU	1977–1983	„Bolek“, XV/167/75	Vorgang der HVA-Residentur in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, HV A I/7
31		10	SPD, FDP	1982–1987	„Sascha“, XV/3060/75	Student, PLO-Funktionär; IM der HV A II/2
30		3	SPD	1976–1986	„Kugel“, XV/107/72	Stadtplaner, Angestellter in Hamburg, SPD-Mitglied; IM der HV A II/4 ⁴⁰⁹
28		5	Ständige Vertretung der BRD in Ostberlin; Bundestagswahl	1984–1987	„Gärtner“; „Amt“, XV/3389/82	Geschäftsträger der StV der DDR in Bonn (1976), stv. Abt.-Ltr. im MfAA (1982); wiss. MA IPW in Ostberlin (1984) ⁴¹⁰

XV/1087/67 Karteikarten zu Inge Goliath, Inge Knorr und Inge Hanke vor, bei der es sich jeweils um die selbe Person handelt, nämlich um Inge Goliath, die Sekretärin des CDU-Abgeordneten Werner Marx und Ehefrau von Wolfgang Goliath alias Hans Knorr; sie ist in obenstehender Tabelle unter dem Decknamen „Herta“ angeführt. Die Informationen, die „Herta“ und „Iltis“ ausweislich der SIRA-Teildatenbank 12 an die HV A lieferten, stammten aus dem exakt gleichen Bereich, sie handelten von außenpolitischen Positionen und Aktivitäten der CDU/CSU. Dieser Sachverhalt lässt zumindest die Möglichkeit zu, dass beide Decknamen – „Herta“ und „Iltis“ – zu Inge Goliath gehörten. Andererseits kann beim derzeitigen Kenntnisstand auch nicht ausgeschlossen werden, dass es sich bei „Iltis“ um eine zusätzliche Quelle handelte, die auf irgendeine Weise mit dem OibE Hans Knorr bzw. Wolfgang Goliath zu tun hatte. „Herta“ lieferte zwischen 1969 und 1979 insgesamt 310 Informationen an die HV A, „Iltis“ 290 Informationen, was eine beachtliche Größenordnung darstellt.

⁴⁰⁹ Siehe Anm. 630.

⁴¹⁰ Unter der Reg.-Nr. XV/3389/82 legte die HV A I/7 1982 die GMS-Akte „Gärtner“ an, die sie 1984 an die HV A XVI übergab. „GMS“ steht für „Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit“. In der MfS-Richtlinie 1/79 „für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS)“ vom 8.12.1979 hieß es: „GMS sind Bürger der DDR mit einer auch in der Öffentlichkeit bekannten staatsbewussten Einstellung und Haltung, die sich für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem MfS bereit erklärten [...]“. Die Richtlinie ist ediert in Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen. 2. Aufl., Berlin 1996, S. 305–373, Zitat S. 368. Die HVA-Aktenordnung sah vor, GMS-Akten „für Bürger der DDR anzulegen, die aufgrund ihrer Funktion etc. für die IM-Arbeit nicht in Frage kommen, jedoch bereit sind, entsprechend ihren Möglichkeiten an der Lösung politisch-operativer Aufgaben mitzuarbeiten“. Die HVA-Aktenordnung ist ediert in Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 830–857, Zitat S. 831; weitere Hinweise zur HVA-Aktenordnung in Anm. 502. Den Rosenholz-Karteikarten zufolge erfasste die HV A den DDR-Diplomaten Werner Baumgärtel, der in den 1970er Jahren an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn tätig war, als GMS „Gärtner“. Die Informationen dieses Vorgangs verbuchte die HV A in der SIRA-Teildatenbank 12 unter dem Decknamen „Amt“. Baumgärtel arbeitete später als Abteilungsleiter im IPW.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
28		14	Grüne/AL	1979–1987	„Dr. Zeitz“, XV/2855/68	Professor an der Freien Universität Berlin; IM der HV A, BV Berlin, Abt. XV ⁴¹¹
27		2	Ausschuss für Forschung und Technologie	1974–1984	„Smaragd“, XV/3365/71	Journalistin, ab 1978 Redakteurin beim „Deutschen Atomforum e.V.“, Bonn, SPD-Mitglied; IM der HV A II/4 (1971–1985), HV A II/Leitung (ab 1985) ⁴¹²
26		4	aktuelle politische Themen	1976–1987	„Cantor“, XV/12904/60	Verbindung zu offiziellen innerdeutschen Kontakten ⁴¹³
26		5	SPD; Protokolle von Sitzungen von Bundestagsausschüssen	1978–1986	„Dorn“, XV/281/70	Beamter im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, SPD-Mitglied; als IM erfasst für HV A II/4 ⁴¹⁴
25	1	4	FDP	1975–1983	„Pinetzki“, XV/1779/60	Redakteur mit Zugang zur Westberliner FDP; IM der HV A II/2 ⁴¹⁵

⁴¹¹ Siehe Anm. 481.

⁴¹² Siehe Anm. 112.

⁴¹³ Die HV A legte den Vorgang „Cantor“, bereits 1956 an und führte darin damals einen Ostberliner Studenten. Seit 1978 führte die HVA-Abteilung XVI bzw. deren Vorläuferin „AK „K““ diesen IM-Vorgang mit Arbeitsakte. Dies deutet auf „Abschöpfkontakte“ hin. Siehe hierzu Anm. 390. In der SIRA-Teildatenbank 12 sind Informationseingänge zusätzlich auch unter den Decknamen „Großmuth“, „Holm“, „Kanne“, „Kolbe“, „Land“, „Ludwig“, „Niedrig“, „Norm“ und „Partner“ verzeichnet, jeweils unter der Reg.-Nr. XV/12904/60.

⁴¹⁴ Siehe Anm. 274.

⁴¹⁵ Der IM-Vorgang mit Arbeitsakte „Pinetzki“, Reg.-Nr. XV/1779/60, wurde von der HVA-Abteilung II 1955 angelegt, 1973 gelöscht und unter dem selben Decknamen, aber der Reg.-Nr. XV/118/73 von der HVA-Abteilung II/2 sofort wieder eröffnet, wie aus den Daten der SIRA-Teildatenbank 21 und den Rosenholz-Karteikarten F 22 hervorgeht. Die Informationseingänge mit Bundestagbezug wurden indes im gesamten Überlieferungszeitraum unter der alten Reg.-Nr. XV/1779/60 verbucht. Ein Statistikbogen zu Reg.-Nr. XV/1779/60 bezieht sich auf den Sicherungs-IM „Hilde“, bei der es sich nicht um die eigentliche Quelle gehandelt haben dürfte. Detlef Kühn zufolge führte die HV A unter dem Decknamen „Pinetzki“ unter anderem Ludwig von Schroeter als inoffiziellen Mitarbeiter und setzte ihn unter anderem gegen die Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben ein. Kühn, Detlef: Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. Hg. LStU Berlin (= Schriftenreihe, Bd. 13). 3. Aufl., Berlin 2011,

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
25	2	5	CDU/CSU	1974–1976	„Jansen“, XV/389/69	Quelle der HV A II/1 mit Zugang zur CDU/CSU-Fraktion ⁴¹⁶
23		3	Grüne/AL	1980–1989	„Steinweg“, XV/4677/79	Student in Westberlin mit Zugang zu den Grünen; IM der HV A II/6 ⁴¹⁷
22		5	Grüne	1984–1987	„Raul“, XV/3307/71	Redakteur bei der <i>dpa</i> ; als IM erfasst für HV A, BV Frankfurt/O., Abt. XV ⁴¹⁸
22			CDU/CSU, katholische Kirche	1980–1987	„Erich Neu“, III/289/72	Katholischer Priester in Dorsten; IM der BV Neubrandenburg, Abt. XX (1972–1979), Abt. XV (ab 1979) ⁴¹⁹

S. 96; im Internet zu finden unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/lstu/schriftenreihe/heft13_2011.pdf?start&ts=1298367923&file=heft13_2011.pdf (Stand: 11.5.2012). Ludwig von Schroeter ist in Rosenholz unter beiden Registriernummern des IM-Vorgangs „Pinetzki“ erfasst und wird dort als Redakteur der Zeitschrift „West – Ost“ bezeichnet.

⁴¹⁶ Der IM-Vorgang mit Arbeitsakte „Jansen“, Reg.-Nr. XV/389/69, wurde von der HVA-Abteilung II 1969 angelegt, 1981 archiviert. Er wurde, zumindest ab 1977, in der HVA-Abteilung II/1 geführt, zuständig vor allem für die Unionsparteien und die Kirchen in der Bundesrepublik. In den Rosenholz-Karteikarten sind für diesen Vorgang mehrere DDR-Bürger sowie ein bundesdeutscher Invalidenrentner des Jahrgangs 1902 erfasst, bei dem es sich kaum um die eigentliche Quelle gehandelt haben dürfte.

⁴¹⁷ „Steinweg“ wird in dem entsprechenden Rosenholz-Statistikbogen als „Abschöpfquelle“ der HV A II/6 eingestuft, eine passende Karteikarte F 16 ist in Rosenholz indes nicht überliefert, sodass weitere Angaben zur Identität auf dieser Grundlage nicht möglich sind. Die SIRA-Datenbank verzeichnet unter seiner Reg.-Nr. insgesamt 214 Informationslieferungen zwischen 1980 und 1989, die sich in erster Linie mit der Westberliner „Alternativen Liste“ und sodann mit den Grünen insgesamt beschäftigen.

⁴¹⁸ Siehe S. 95.

⁴¹⁹ Unter dem Decknamen „Erich Neu“ führte die MfS-Betriebsverwaltung Neubrandenburg den katholischen Priester und langjährigen Pfarrer in Dorsten, Josef Frindt, als IM. Zuständig war zunächst die Kirchenabteilung (Abt. XX (1972–1979), dann die Auslandsaufklärung (ab 1979). Wegen des Zuständigkeitswechsels sind in der SIRA-Datenbank lediglich Informationslieferungen zwischen 1980 und 1989 nachgewiesen. Die 97 Informationen, die Frindt in dieser Zeit lieferte, gewann er häufig durch seine Verbindungen zu den „Königsteiner Anstalten“, einem Zentrum der katholischen Heimatvertriebenen und Forschungsstelle der katholischen Kirche zur Ostpolitik, und zur ebenfalls aus Dorsten stammenden CDU-Abgeordneten Agnes Hürland-Büning, die zudem von 1987 bis 1991 parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium war. Von den 19 Informationsberichten über Hürland-Büning, die in der SIRA-Teildatenbank 12 nachgewiesen sind, stammten 16 von Frindt. Informationen mit Bundestagsbezug gewann Frindt unter anderem aus Gesprächen mit ihr. So berichtete er über Auffassungen und Ziele von CDU-Abgeordneten im Hinblick auf die Ost- und Verteidigungspolitik, Aspekte der Vertriebenenpolitik und Wahlkampfstrategien der Union unter Einbindung

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
21		1	„Vierte Partei“, rechtskonservative Kreise	1975–1987	„Auto“, XV/8618/61	Journalist; IM der HV A III (1961–1975), HV A II/2 (ab 1975)
21		4	CDU	1973–1984	„Horst Hübner“, XV/3926/63	Angestellter in Westberlin; IM der HV A, BV Frankfurt/O., Abt. XV
21		4	FDP	1979–1987	„Stift“, XV/2355/79	Landesgeschäftsführer der Berliner FDP; IM der HV A II/2 ⁴²⁰
20		3	Ostpolitik, Deutschland- und Berlinpolitik	1969–1975	„Karstädt“, XV/6004/60	Journalist, Mitarbeiter des Bundespresseamtes; IM der HV A X/3 ⁴²¹
20		9	SPD, Enquete-Kommission „Gentechnologie“	1983–1989	„Holm“, XV/7788/81	Naturwissenschaftler, Kommunalpolitiker (SPD), IM der HV A II/4

der katholischen Kirche. Diese Berichte waren für die HV A von durchschnittlichem Wert. Andere Themen, die nicht den Bundestag betrafen, waren die vatikanische Ostpolitik, aber auch ein Auftritt des im Februar 1988 aus der DDR ausgebürgerten Liedermachers und Regimekritikers Stephan Krawczyk in den „Königsteiner Anstalten“. Letztgenannte Information in: BStU, MfS, HVA/MD/5, SIRA-TDB 14, SE8807412, bewertete die HV A mit der Note „2“. Der Spionagefall Frindt wird ausführlicher dargestellt in dem sogenannten Strukturverfahren der Bundesanwaltschaft gegen den Leiter der Abt. XV der BV Neubrandenburg: GBA, Anklage v. 24.4.1993 – Az. 3 StE 4/93–3, S. 94–98.

⁴²⁰ Unter dem Decknamen „Stift“ führte die HV A II/2 seit 1979 den Landesgeschäftsführer der Berliner FDP und Mitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung, Erich Spiekermann, als inoffiziellen Mitarbeiter. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet zwischen 1979 und 1989 insgesamt 161 Informationseingänge, die übrigen Teildatenbanken weitere 23. Die Informationen mit Bundestagsbezug behandelten jeweils aktuelle politische Probleme der FDP. Darüber hinaus waren die Friedrich-Naumann-Stiftung und die in Berlin ansässige „Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben“ (Gesamtdeutsches Institut), für die er als Honorarreferent tätig war, Gegenstand der Berichterstattung. BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/2-6, SIRA-TDB 11-14 u. 21, Recherchen zu Reg.-Nr. XV/2355/79. Vgl. auch Kühn: Das Gesamtdeutsche Institut, 2011, S. 96. Detaillierte Angaben über die Hintergründe und Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der HV A fehlen bislang.

⁴²¹ Siehe S. 187.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
15		2	CDU/CSU	1976–1983	„Löwe“, XV/6985/75	MdB (CSU) 1961–1976; Art der Verbindung zur HV A nicht eindeutig ⁴²²
14		1	SPD	1970–1983	„Kegel“, XV/18784/60	MdB (SPD) 1959–1972; Art der Verbindung zur HV A nicht eindeutig ⁴²³
10			SPD	1970–1978	„Leder“, XV/1227/67	MdB (SPD) 1962–1965 und 1967–1980; Art der Verbindung zur HV A nicht eindeutig ⁴²⁴
9		2	SPD	1973, 1982–1987	„Junker“, „Hauptmann“, XV/279/70	„Junker“: MdB (SPD) von 1969–1983, seit 1982 als Kontaktperson erfasst und von IM „Hauptmann“, einem Leipziger Hochschullehrer, abgeschöpft ⁴²⁵
9		5	FDP	1982–1987	„Meister“, XV/7859/81	MdB (FDP) 1987–1994, von der HV A ohne sein Wissen als „Kontaktperson“ abgeschöpft ⁴²⁶
9			SPD	1969–1975	„Bismark“ [!], XV/1228/67	MdB (SPD) 1961–1980; Art der Verbindung zur HV A nicht eindeutig ⁴²⁷
6		1	SPD	1973–1978	„Vogel“, XV/86/71	MdB (SPD) 1969–1998; Art der Verbindung zur HV A nicht eindeutig ⁴²⁸

⁴²² Siehe S. 232–234.

⁴²³ Siehe S. 228.

⁴²⁴ Siehe S. 230 f.

⁴²⁵ Siehe S. 186.

⁴²⁶ Siehe S. 221 f.

⁴²⁷ Siehe S. 229.

⁴²⁸ Siehe S. 230.

Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Wesentliche berufliche/politische Stellung bzw. Institution; Funktion aus Sicht der HV A
5		1	SPD	1969–1970	„Volk“, XV/18089/60	MdB (SPD) 1953–1972; Art der Verbindung zur HV A nicht eindeutig ⁴²⁹
2			CSU, Unternehmerverbände	1973	„Simon“, XV/221/73	MdB (CDU) 1969–1972, IM der HV A II/1 ⁴³⁰
1			FDP	1969	„Wende“, XV/1398/65	MdB (FDP) 1957–1976; Art der Verbindung zur HV A nicht eindeutig ⁴³¹
Zahl der bei der HV A verzeichneten Informationen mit Bezug zum Bundestag	davon mit Note „I“ (1)	davon mit Note „II“ (2)	Partei/Fraktion oder Thematik, über die schwerpunktmäßig Informationen gewonnen wurden	Zeitraum, in dem Informationen bei der HV A eintrafen (nur Informationen mit Bundestagsbezug)	Deckname und Reg.-Nr. des Vorgangs	Informationen von Geheimdiensten verbündeter Länder
35		2	Bundestagswahlen u. a.	1969–1989		UdSSR (KGB)
19	1	2	kein inhaltlicher Schwerpunkt	1979–1986		CSSR (StB)
10			kein inhaltlicher Schwerpunkt	1980–1987		Ungarn (BM, III. Főcsoporthónökség)
9		1	Bundestagswahlen u. a.	1973–1983		Polen (SB)
3			kein inhaltlicher Schwerpunkt	1977, 1983		Bulgarien (KDS)

1.2.9. Verwendung der Spionageinformationen durch die HV A

Was machte die HV A mit den beschafften Informationen, und welche konkreten Folgen hatte die Spionage gegen den Deutschen Bundestag und seine Abgeordneten? Auf diese zentralen Fragen gibt es immer noch zu wenige befriedigende Antworten. Und sofern es solche Antworten gibt, erschließen sie sich weniger aus den spärlich überlieferten HVA-Unterlagen, sondern mehr aus den Erinnerungen Beteiligter und Betroffener oder aus den Untersuchungen der Ermittlungsbehörden.

⁴²⁹ Siehe S. 227 f.

⁴³⁰ Siehe S. 242 f., 265 f.

⁴³¹ Siehe S. 213.

1.2.9.1. Informationen der HV A an die Partei- und Staatsführung

Es gehörte zu den wichtigsten Aufgaben der HV A, die Partei- und Staatsführung in der DDR mit möglichst zuverlässigen und internen Informationen aus dem Westen zu versorgen. Die HV A fasste deshalb ihre Spionageerkenntnisse täglich in knappen Informationsberichten („Ausgangsinformationen“) zusammen und leitete sie, je nach Inhalt der Information, verschiedenen Empfängern in der SED-Führung und der DDR-Regierung, aber auch dem KGB oder anderen sozialistischen Geheimdiensten zu. Zwischen 1959 und 1989 entstanden somit, nach vorsichtigen Schätzungen, rund 23 000 solcher Informationsberichte bzw. Ausgangsinformationen.⁴³² Davon behandelten über 800 den Bundestag oder seine Abgeordneten. Die im Anhang beigefügte Titelliste (siehe Seite 319 ff.) bietet eine Übersicht über das Themenspektrum. Nicht alle Berichte sind im Archiv des BStU vorhanden. Teilweise lässt sich mithilfe der SIRA-Datenbank feststellen, auf welche Quellen und IM der jeweilige Bericht zurückging.

In welchem Umfang die DDR-Führung den Informationsvorsprung für ihre Politik tatsächlich nutzte, ist bis heute aber kaum bekannt. Man muss davon ausgehen, dass die DDR, und somit auch die Sowjetunion, sich beispielsweise bei Verhandlungen mit der Bundesrepublik sehr genau auf ihre westlichen Gesprächs- und Verhandlungspartner einstellen konnten. Der frühere HVA-Referatsleiter und Führungsoffizier Johannes Gensel hob diesen Aspekt im Rahmen einer Zeugenvernehmung im Oktober 1995 hervor:

„Die gelieferten Informationen und Dokumente ermöglichten uns die Einschätzung, in welcher Weise etwa bestimmte Personen aus der ‚Baracke‘ zu einer Zusammenarbeit mit der SED bereit waren. Wir erhielten von [einer Person] auch Dokumente, die die Vorbereitung des Grundlagenvertrages betrafen. Auf diese Weise konnten wir frühzeitig erkennen, wer die Gespräche führen würde und wie er einzuschätzen sei. Dies wiederum erlaubte es unserer Verhandlungsdelegation, sich bei den Verhandlungen taktisch richtig zu verhalten.“⁴³³

Die östliche Seite verfügte infolge der Spionageerkenntnisse über fundiertes Hintergrundwissen und damit über einen potenziellen Vorteil. Bei internationalen Verhandlungen konnte das aus der Spionage gewonnene Wissen genutzt werden und Wirkung entfalten. Inwieweit dies tatsächlich geschah, wäre noch zu untersuchen. Dieser Frage, die die Wirkungsgeschichte der Spionage in den Blick nimmt, sollte von der Forschung künftig weitaus mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die bloßen Hinweise auf IM-Verstrickungen einzelner Parlamentarier oder ihrer Mitarbeiter führen in dieser Hinsicht nicht weiter.

1.2.9.2. Aktive Maßnahmen/Desinformation

Zum Repertoire des MfS und insbesondere der HV A gehörten die „aktiven Maßnahmen“, also konkrete Aktionen im Westen. Bis zum Mauerbau 1961 zählten dazu häufig auch Entführungen, ansonsten vor allem verschiedene Arten der Desinformation und Versuche der Einflussnahme.⁴³⁴ Die Desinformation zielte darauf ab, Personen, Institutionen und politische Vorhaben im

⁴³² Eine vollständige Liste mit den Titeln dieser Informationsberichte („Ausgangsinformationen“) ist im Internet abrufbar (wie Anm. 199). Neben den erwähnten rund 23 000 Ausgangsinformationen für die Partei- und Staatsführung fertigte die HV A rund 7 000 Ausgangsinformationen für MfS-interne Empfänger an.

⁴³³ GBA, Ermittlungsverfahren 3 BJs 437/91-1 (137), Bd. 3.1, Bl. 76.

⁴³⁴ Nach bisherigen Schätzungen wurden etwa 600 bis 700 Menschen Opfer versuchter oder vollendeter Entführungen des MfS und anderer kommunistischer Geheimdienste, wobei rund die Hälfte der Entführungsversuche gelang. Viele der Entführungsoffer wurden im Osten zu Gefängnisstrafen verurteilt, einige erhielten die Todesstrafe und wurden hingerichtet. Siehe hierzu Fricke, Karl Wilhelm; Ehlert, Gerhard: Entführungsaktionen der DDR-Staatssicherheit und die Folgen für die Betroffenen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. Deutscher Bundestag, Baden-Baden 1999, Bd. VIII/2, S. 1169–1208, insbes. 1180–1181. Das Thema ist auch Gegenstand einer Untersuchung

Westen zu diskreditieren und dadurch zu schwächen, zu isolieren oder zu Fall zu bringen, ferner Entscheidungen zu beeinflussen sowie die westliche Seite über Handlungen oder Zustände im Osten (z. B. politische und wirtschaftliche Probleme, Maßnahmen gegen Regimekritiker usw.) zu täuschen. Neben anderem sollten politische Strömungen in der Bundesrepublik gestärkt werden, die der DDR nützlich zu sein schienen („realistische Kräfte“), andere Strömungen hingegen zurückgedrängt werden – im MfS wurde diese Strategie auch als „Differenzierungspolitik“ bezeichnet. Zu den angewandten Methoden gehörte es beispielsweise, plausibel erscheinende Informationen und gefälschte Dokumente verdeckt über „Lancierungskanäle“ im Westen zu verbreiten. Auch Pressekampagnen und Veröffentlichungen in der DDR zählten dazu. Innerhalb der HVA war vor allem die Abteilung X für solche Maßnahmen zuständig, deren Mitarbeiter sich entsprechende Inhalte ausdachten und in konkrete Aktionen umsetzten.⁴³⁵ Auch die unmittelbare Einflussnahme wie der Stimmenkauf bei dem Misstrauensvotum im April 1972 stellt eine „aktive Maßnahme“ der HVA dar. Darauf wird in dem vorliegenden Gutachten in Kapitel C. 3. näher eingegangen.

In den überlieferten HVA-Unterlagen gibt es nur wenige Belege über „aktive Maßnahmen“. Einige davon findet man in der SIRA-Teildatenbank 12. Dort sind 25 Datensätze mit Bezug zum Deutschen Bundestag enthalten, die den Vermerk „Aktive Maßnahme“ tragen (in einem Fall nur durch eine römische 10 („X“) im entsprechenden Feld („Freie Werte“) gekennzeichnet). Solche Vermerke wurden in der SIRA-Teildatenbank 12 erst in den achtziger Jahren eingetragen. Über frühere Jahre kann die SIRA-Datenbank daher keine Auskunft zu „aktiven Maßnahmen“ geben.

Der Vermerk „aktive Maßnahme“ an dieser Stelle bedeutete, dass die Informationsauswerter der HVA die entsprechend gekennzeichnete Information für geeignet hielten, für eine aktive Maßnahme verwendet zu werden. Ob mit dem entsprechenden Dokument oder Bericht dann tatsächlich eine Desinformationsmaßnahme durchgeführt wurde, lässt sich nicht erkennen. Möglicherweise könnten in einigen Fällen die betroffenen Abgeordneten darüber Auskunft geben.

Insgesamt weist die SIRA-Teildatenbank 12 in dem dafür vorgesehenen Feld („Freie Werte“) bei 180 Informationen den Vermerk „Aktive Maßnahme“ auf.⁴³⁶ Darunter befinden sich, wie oben dargelegt, 25 Informationen mit Bundestagsbezug. Das ist ein hoher Anteil.

Welche Informationen sollten für „aktive Maßnahmen“ benutzt werden? Mit einer Ausnahme handelte es sich um Informationen aus dem Bereich der Verteidigungs- und Militärpolitik, vor allem um Dokumente aus dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Vor dem Hintergrund der Nachrüstungsdebatten in der Bundesrepublik und dem Versuch der sozialistischen Staaten, Raketenstationierungen in der Bundesrepublik zu verhindern, erscheint es nicht überraschend, dass die HVA auf diesem Gebiet gezielt Einfluss nehmen wollte, um den Zielen des Warschauer Paktes zum Durchbruch zu verhelfen. Im Einzelnen handelte es sich um die nachfolgend beschriebenen Informationen, die der HVA zumeist als Dokument vorlagen.⁴³⁷

von Muhle, Susanne: Auftrag: Menschenraub. Das Ministerium für Staatssicherheit und seine inoffiziellen Mitarbeiter im speziellen Westeinsatz. Diss. Münster 2012.

⁴³⁵ Siehe hierzu die Anklage gegen den früheren Leiter der HVA-Abteilung X, Rolf Wagenbreth und andere (wie Anm. 193), abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 503–505. Siehe außerdem die Insiderdarstellung der früheren Offiziere Bohnsack und Brehmer, die in der HVA-Desinformationsabteilung tätig waren: Bohnsack, Günter; Brehmer, Herbert: Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte. Hg. von Christian von Dittfurth. Hamburg 1992.

⁴³⁶ 174-mal wird der Begriff „Aktive Maßnahme“ verwendet, sechsmal „X“. Die Informationsauswerter der HVA leiteten auch andere Informationen an die Desinformationsabteilung weiter. Die 180 Informationen, die ausdrücklich für „aktive Maßnahmen“ empfohlen wurden, bilden daher sehr wahrscheinlich nur einen Ausschnitt.

⁴³⁷ Die Information SE8605841 lag der HVA in Form eines Berichtes vor. Alle übrigen Informationen, die nachfolgend aufgelistet sind und deren Informations-Nummer ein „SE“ vorangestellt ist, waren ausweislich der SIRA-Teildatenbank 12 Dokumente, wobei es sich zumeist um Kopien oder Fotografien der Originale gehandelt haben dürfte.

- Informationen über die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung sowie über die Haltung der Bundestagsparteien zur Deutschen Frage. Nutzung dieser Informationen, um in den Bundestagsparteien diejenigen Vertreter zu stärken, die eine für die DDR günstige Haltung zur „Deutschen Frage“ einnehmen.⁴³⁸
- Informationen über die „[...] Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsparteien im Vorfeld der Bundestagswahl 1987“. Nutzung der Wahlkampf-Auseinandersetzungen für aktive Maßnahmen.⁴³⁹
- Ein Dokument über „Nukleare Strategie und Verteidigung“. Hierin ging es um Positionen der CDU/CSU-Fraktion zur US-Präsidentendirektive 59 („gewinnbarer Nuklearkrieg“) und zu den SALT-Verhandlungen.⁴⁴⁰
- Kurzprotokolle der 90., 91. und 103. Sitzung des Verteidigungsausschusses aus den Monaten Januar, Februar und Juli 1980.⁴⁴¹
- Eine 59 Seiten umfassende Ausarbeitung des CSU-MdB Hans Graf Huyn vom Mai 1982 „Für Frieden in Freiheit“ (offenbar ein Papier, das auf die Diskussion um die sowjetischen SS20-Raketen und die Aktivitäten der „Generale für den Frieden“ reagieren wollte).⁴⁴²
- Eine „Stellungnahme der Bundesregierung zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zur Bundes[tags]drucksache 10/151“.⁴⁴³
- Das Protokoll der 9. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 24.10.1983.⁴⁴⁴
- Ein 236 Seiten umfassendes Dokument mit „Statements der Sachverständigen der Bundestagsparteien – Anhörung im Verteidigungsausschuss zur Verteidigungspolitik am 28./29.11.83 und 5./6.12.83“.⁴⁴⁵
- Ein 9-seitiges Dokument mit der „Interne[n] Stellungnahme des Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Hiehle, zu Fragen der Dienstzeitbelastung, Besoldung, Beförderung und Versetzung von Bundeswehrsoldaten nach Anfrage durch einen SPD-Bundestagsabgeordneten“.⁴⁴⁶
- „Stenografische Protokolle der 15. und 16. Informationssitzung des Verteidigungsausschusses vom 28.11. und 29.11.1983“.⁴⁴⁷

⁴³⁸ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8580144, bei der HV A eingegangen am 22.7.1985; Quelle: nicht vermerkt, nicht feststellbar. Diese Information sowie die in Anm. 439 genannte waren Ausgangsinformationen, also aufbereitete Zusammenfassung von Informationen, die der HV A vorlagen. Im Archiv des BStU sind sie nicht vorhanden.

⁴³⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA8680150, bei der HV A eingegangen am 6.11.1986; Quelle: nicht vermerkt, nicht feststellbar. Siehe auch Anm. 438.

⁴⁴⁰ Ebenda, SE8101496, bei der HV A eingegangen am 5.3.1981; Quelle: „Weber“, XV/2552/79.

⁴⁴¹ Ebenda, SE8101543, SE8101544, SE8101545, alle bei der HV A eingegangen am 23.2.1981 [!]; Quelle: „Schwarz“, XV/12399/60.

⁴⁴² Ebenda, SE8221836, bei der HV A eingegangen am 14.10.1982; Quelle: „Schwarz“, XV/12399/60.

⁴⁴³ Ebenda, SE8308933, bei der HV A eingegangen am 20.12.1983; Quelle: „Jürgen“, XV/2808/78. Der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion vom 15.6.1983, BT-Drs. 10/151, verlangte von der Bundesregierung eine Bundestagsdebatte über Alternativen zu den damaligen militärischen Sicherheitskonzepten.

⁴⁴⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8308934, bei der HV A eingegangen am 20.12.1983; Quelle: „Jürgen“, XV/2808/78.

⁴⁴⁵ Ebenda, SE8308936, bei der HV A eingegangen am 20.12.1983; Quelle: „Jürgen“, XV/2808/78.

⁴⁴⁶ Ebenda, SE8400438, bei der HV A eingegangen am 25.1.1984; Quelle: „Bernhard“, XV/3821/73.

⁴⁴⁷ Ebenda, SE8400774, bei der HV A eingegangen am 3.2.1984; Quelle: „Jürgen“, XV/2808/78.

- 156 Blatt mit „Materialien von der Anhörung im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages am 6.2.84“. ⁴⁴⁸
- Ein stenographisches Protokoll der 24. Sitzung des Verteidigungsausschusses am 6.2.1984. ⁴⁴⁹
- Ein 29 Blatt umfassendes Dokument über „Alternative Strategien“ der westlichen Militärpolitik. ⁴⁵⁰
- Eine 12 Seiten umfassende „Vertrauliche Besprechungsnotiz über die Obleutebesprechung des Verteidigungsausschusses vom 17.01.85“. ⁴⁵¹
- 28 Blatt „Kurzprotokolle der 59. Sitzung des Verteidigungsausschusses“. ⁴⁵²
- 19 Blatt „Programm und Kurzprotokoll der 71. Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages“. ⁴⁵³
- 42 Blatt „VS-Kurzprotokoll der 71. Sitzung des Verteidigungsausschusses vom 19.6.85 mit einem Bericht des Bundesministers der Verteidigung über Gespräche in London“. ⁴⁵⁴
- 57 Blatt „Interne Kurzprotokolle der Sitzungen der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen März bis Juni 1985“. ⁴⁵⁵
- 10 Blatt mit „Besprechungsnotizen über die Obleutebesprechung [des Verteidigungsausschusses] am 23.1.1986“. ⁴⁵⁶
- Ein zusammenfassender Bericht über den „Vortrag d. Referenten für Sicherheitspolitik der SPD-Fraktion im Bundestag, OSL i.G. Heinrich Buch, vor höheren Staboffizieren der Bundeswehr“. ⁴⁵⁷
- 16 Blatt „Bericht über die Jahreshauptversammlung der Vereinigten Ehemaligen Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments mit Bilanz ihrer Aktivitäten zur politisch-ideologischen Beeinflussung der Angehörigen der Bundeswehr“. ⁴⁵⁸
- 29 Blatt mit einer „Niederschrift über die 124. Sitzung des Ausschusses für Verteidigung am 15.5.86“ und „Ausführungen von BM Verteidigung Wörner zu Grundfragen der Militär- und Sicherheitspolitik der BRD unter aktuellen Aspekten der Entwicklung von NATO und WV sowie zur Ausbildung in den BRD-Luftstreitkräften“. ⁴⁵⁹

⁴⁴⁸ Ebenda, SE8401000, bei der HV A eingegangen am 15.2.1984; Quelle: „Jürgen“, XV/2808/78.

⁴⁴⁹ Ebenda, SE8402140, bei der HV A eingegangen am 23.3.1984; Quelle: „Jürgen“, XV/2808/78.

⁴⁵⁰ Ebenda, SE8403892, bei der HV A eingegangen am 1.6.1984; Quelle: „Schrammel“, XV/18540/60. Aus dem vorliegenden SIRA-Datensatz geht nicht hervor, welche Partei dieses Dokument verfasste.

⁴⁵¹ Ebenda, SE8501176, bei der HV A eingegangen am 21.2.1985; Vorgang: „Petra“, XV/1471/65.

⁴⁵² Ebenda, SE8502368, bei der HV A eingegangen am 28.3.1985; Vorgang: „Petra“, XV/1471/65.

⁴⁵³ Ebenda, SE8504907, bei der HV A eingegangen am 3.7.1985; Vorgang: „Petra“, XV/1471/65.

⁴⁵⁴ Ebenda, SE8505879, bei der HV A eingegangen am 12.8.1985; Vorgang: „Petra“, XV/1471/65.

⁴⁵⁵ Ebenda, SE8505883, bei der HV A eingegangen am 12.8.1985; Vorgang: „Petra“, XV/1471/65.

⁴⁵⁶ Ebenda, SE8601409, bei der HV A eingegangen am 24.2.1986; Vorgang: „Petra“, XV/1471/65.

⁴⁵⁷ Ebenda, SE8605841, bei der HV A eingegangen am 18.7.1986; Quelle: „Assistent“, XV/192/78.

⁴⁵⁸ Ebenda, SE8700850, bei der HV A eingegangen am 4.2.1987; Quelle: „Walter“, XV/750/66.

⁴⁵⁹ Ebenda, SE8703961, bei der HV A eingegangen am 18.5.1987; Quelle: „Eva“, XV/1362/65.

- Ein acht Seiten umfassendes Papier des SPD-Abgeordneten Andreas von Bülow „über die von General Krause vertretene Kategorie der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und neue Überlegungen zu d. Militärdoktrinen“.⁴⁶⁰

Die meisten dieser Informationen bzw. Dokumente, die aus Sicht der HV A für eine „aktive Maßnahme“ geeignet erschienen, kamen von nur zwei West-IM. Sie verfügten über einschlägige Zugangsmöglichkeiten:

Sechs Dokumente beschaffte IM „Jürgen“ (Hans Mario Bauer), der schon erwähnte wissenschaftliche Mitarbeiter des SPD-Abgeordneten Horst Jungmann. Jungmann gehörte zu dieser Zeit dem Verteidigungsausschuss an. Vier Dokumente kamen von IM „Schwarz“, dem in München ansässigen Journalisten und CSU-nahen Wehrexperthen Gerhard Baumann.

Darüber hinaus ordnete die HV A weitere sechs Dokumente dem Vorgang „Petra“ zu, und zwar innerhalb eines einzigen Jahres.⁴⁶¹

Welche dieser Dokumente tatsächlich für „aktive Maßnahmen“ eingesetzt wurden, kann man wegen der fehlenden Akten kaum noch feststellen. Erkennbar ist aber die inhaltliche Stoßrichtung. Die HV A strebte danach, mit „aktiven Maßnahmen“ auf Veränderungen der westlichen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hinzuarbeiten.

⁴⁶⁰ Ebenda, SE8705342, bei der HV A eingegangen am 6.7.1987; Quelle: „Talar“, XIII/1502/60.

⁴⁶¹ Zu „Petra“ vgl. auch S. 39.

1.3. MfS-Informationsbeschaffung aus dem und über den Deutschen Bundestag: Personenrecherchen in der SIRA-Teildatenbank 12 der HV A

Die HV A vermerkte in der SIRA-Datenbank bei zahlreichen Informationen, welche Personen darin eine Rolle spielten. In der Datenbank gab es hierfür das Feld „Personen-Hinweis“, in das die entsprechenden Namen eingetragen wurden. Heute besteht die Möglichkeit, in der SIRA-Datenbank nach diesen Namen zu recherchieren und die Informationen zusammenzustellen, die die HV A mit einer bestimmten Person in Verbindung brachte. In einem zweiten Schritt kann dann untersucht werden, von welchen Quellen bzw. IM die HV A die entsprechenden Informationen erhielt. Auf diese Weise können Spionageinformationen mit Bezug zum Deutschen Bundestag ermittelt werden, die bei einer Sachrecherche nicht aufgefunden werden. Denn manche Datensätze in der SIRA-Datenbank enthalten zwar den Namen eines Abgeordneten, jedoch keinen Suchbegriff wie „Bundestag“.

Diese Personenrecherchen sind mit einigen Problemen verbunden. Dies betrifft zum einen den Charakter der Informationen: Ein Personen-Hinweis konnte auf aufschlussreiche biografische Daten zu einer Person verweisen. Er konnte aber auch eingetragen werden, wenn eine Person eher beiläufig in einer Aufzählung vorkam und insofern nicht gezielt bespitzelt wurde. Die bloße Anzahl der Informationen über eine Person ist daher nur beschränkt aussagekräftig.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die HVA-Auswerter offenbar nicht immer alle relevanten Namen verzeichneten. Man muss daher grundsätzlich eine Unvollständigkeit in Rechnung stellen. Manchmal wurden Personennamen zwar in die SIRA-Datenbank aufgenommen, aber nicht in dem dafür vorgesehenen Feld „Personen-Hinweis“. Sondern man findet die Namen von Betroffenen an anderen Stellen in der Datenbank, was die systematische Recherche erheblich erschwert.⁴⁶²

Problematisch ist auch der Umstand, dass häufig vorkommende Familiennamen wie Schmidt oder Müller nicht immer eindeutig der richtigen Person zugeordnet werden können, zumal wenn kein Vorname angegeben ist.

Die nachfolgende Tabelle kann aus den genannten Gründen nur als Annäherung und vorläufige Übersicht bezeichnet werden. Sie zeigt, wie viele Informationen in der SIRA-Teildatenbank 12 im Feld „Personen-Hinweis“ mit einem Bundestagsabgeordneten in Verbindung gebracht wurden. In einigen Fällen wird eine vertiefte Recherche noch die eine oder andere zusätzliche Information über einen Abgeordneten ergeben. Eine solche Recherche kann im Rahmen des vorliegenden Gutachtens schon aus Zeitgründen nicht durchgeführt, sondern nur angeregt werden. Aus demselben Grund wird hier darauf verzichtet, nur jene Informationen zu zählen, die in die Abgeordnetenzeit der betreffenden Person fallen. Die Tabelle versteht sich insofern auch als Anregung für weitere Recherchen, denn es ist zumindest bis zu einem gewissen Grade möglich, über die SIRA-Datenbank herauszufinden, wer die Informationen mit Bezug zu den nachfolgend genannten Abgeordneten lieferte.

Wie man der Tabelle entnehmen kann, gingen bei der HV A auch Informationen über solche Abgeordneten ein, die ihrerseits als IM an die HV A berichteten. In einigen wenigen Fällen berichteten Abgeordnete auch über sich selbst.

Eine große Anzahl an Informationen liegt vor allem über solche Politiker vor, die zusätzlich Regierungs- oder Parteiämter innehatten. Ihre Eigenschaft als Bundestagsabgeordnete tritt demnach oft in den Hintergrund.

Die Liste der HVA-Informationsberichte im Anhang dieses Gutachtens gibt darüber hinaus Einblick, wie die HV A Informationen zu einzelnen Abgeordneten für Berichte an die Partei- und Staatsführung in der DDR verwendete.

Trotz der genannten Einschränkungen bedeutet diese Form der Recherche auch eine Möglichkeit, inoffizielle Mitarbeiter im Umfeld eines Abgeordneten zu ermitteln.

⁴⁶² Vereinzelt wurde bei der Erstellung der nachfolgenden Tabelle die Personenrecherche auch auf das Textfeld der SIRA-Datenbank 12 ausgeweitet.

Im Folgenden wird exemplarisch die HVA-Spionage gegen vier Abgeordnete unter diesem Blickwinkel dargestellt. Hierfür wurden vier frühere Abgeordnete ausgewählt, die unterschiedlichen Fraktionen angehörten, über einen längeren Zeitraum im Bundestag saßen und über einen größeren Bekanntheitsgrad verfügten.

Fallbeispiel 1: Informationen über den Abgeordneten Manfred Wörner

Manfred Wörner wurde 1965 für die CDU erstmals in den Bundestag gewählt. Er profilierte sich innerhalb der Union als verteidigungspolitischer Experte. Von 1969 bis Oktober 1982 gehörte er dem Bundestags-Verteidigungsausschuss an, dem er von 1976 bis 1980 vorstand. Im Herbst 1982 ernannte ihn Bundeskanzler Helmut Kohl zum Verteidigungsminister. Im Frühsommer 1988 legte er sein Bundestagsmandat nieder und trat als Minister zurück, um am 1. Juli 1988 das Amt des NATO-Generalsekretärs zu übernehmen.

In der SIRA-Teildatenbank 12 liegen 280 Eingangs-Informationen vor, die von der HV A mit einem Personen-Hinweis zu Manfred Wörner versehen wurden. Davon entstanden 206 Informationen in Wörners fünfeinhalb Ministerjahren. Aus den davorliegenden Jahren von April 1973 bis Herbst 1982 liegen nur 73 Informationen vor, die den Personen-Hinweis zu ihm enthalten.⁴⁶³ Diese Relationen verdeutlichen das oben erwähnte methodische Problem: Die HV A interessierte sich ab Herbst 1982 nicht mehr für den Parlamentarier, sondern nun mit größerer Intensität für den Bundesminister Wörner.

Die 280 Informationen decken die verschiedenen politischen Tätigkeitsfelder Wörners ab. Sie berichten über seine Auffassungen und die der CDU/CSU-Fraktion sowie ab 1982 der Bundesregierung über sicherheits- und verteidigungspolitische Strategien und Konzepte, sie behandeln Aspekte der Bündnispolitik innerhalb der NATO und gehen auf Diskussionen im Verteidigungsausschuss ein. Hinzu kommen Einschätzungen über Wörners Haltung zu innerparteilichen und allgemeinen politischen Fragen. Ab Herbst 1982 verbanden sich mit seinem Namen außerdem Berichte über Interna aus dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr, über Beratungen mit Generälen und in NATO-Gremien, über Auslandsreisen Wörners, über Fragen der Raketenstationierung und über die Affäre um den Bundeswehr-General Günter Kießling.

Zu diesem Informationsaufkommen trugen 95 Quellen bei. Die Berufsgruppe der Journalisten erwies sich hierbei am ergiebigsten. Allein der Münchner Journalist und Wehrexperte Gerhard Baumann (IM „Schwarz“) lieferte der HV A 29 Informationen mit Bezug zu Manfred Wörner. Der in Bonn ansässige Journalist Lutz Kuche (IM „Bakker“) erbrachte 23 Informationen zu Wörner. Kuche, der früher Funktionen in der NPD innehatte, trat 1976 auf Wunsch seines Führungsoffiziers der CDU bei und schuf sich einige ergiebige Kontakte in der Bundespartei.⁴⁶⁴ Weitere acht Journalisten, die weniger spezialisiert waren, steuerten noch 18 Informationen bei.

Drei Mitarbeiter aus dem Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium lieferten zusammen zwar nur sieben Informationen, sie erschienen der HV A aber durchweg als besonders wichtig. Von dem Legationsrat im Bonner Auswärtigen Amt Hagen Blau (IM „Merten“) erhielt die HV A am 8. November 1985 einen elf Blatt umfassenden, internen Bericht über Wörners Japanreise und seine dort geführten Gespräche.⁴⁶⁵ Von einer Sekretärin im Auswärtigen Amt, der IM „Jasmina“, bezog die HV A am 8. Oktober 1987 ein vierseitiges „Internes Positionspapier der Bundesregierung zum Nachfolger des NATO-GS [Generalsekretärs] Lord Carrington – Kandidatur

⁴⁶³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche nach Datensätzen mit Personen-Hinweis zu Manfred Wörner (Suchabfrage: PHW.Name=„Woerner“ bis „Woerner*Vors._Verteidigungsausschusz/Bundestag“). Eine weitere Information zu Wörner stammt aus dem Jahre 1989, als er NATO-Generalsekretär war.

⁴⁶⁴ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 276.

⁴⁶⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8507931, Note 1. Gegenstand des Gesprächs in Japan waren unter anderem die Zusammenarbeit in militär- und sicherheitspolitischen Fragen und der von den USA geplante Raketenabwehrschirm (SDI). Hagen Blau (IM „Merten“) war in den 1960er und 1970er Jahren längere Zeit Mitarbeiter der bundesdeutschen Botschaft in Tokio und daher mit japanischen Sicherheitsfragen gut vertraut.

BM [Bundesminister] Dr. M. Wörner“. ⁴⁶⁶ Die Angestellte im Bundesverteidigungsministerium Erika Schmitt (IM „Erich“) lieferte zwischen 1982 und 1987 fünf interne Dokumente aus ihrem Ministerium mit Bezug zu Wörner, die die HV A durchweg mit der Note 2 einschätzte. ⁴⁶⁷

18 Informationen kamen von Quellen aus verschiedenen Behörden oder Verwaltungseinheiten. Herausragende Dokumente und Berichte lieferten hier vor allem die BND-Mitarbeiterin Gabriele Gast (IM „Gerald“) und der NATO-Mitarbeiter Rainer Rupp (IM „Topas“). Einen internen NATO-Bericht „über die Sitzung des DPC [Verteidigungsplanungsausschuss] auf Ebene der Minister im Dez. 82“, den Rupp der HV A im Februar 1983 zukommen ließ, bewertete diese mit der seltenen Spitzennote 1. ⁴⁶⁸

26 Informationen verzeichnete die HV A von zehn Mitarbeitern oder Mitgliedern der Union oder ihr nahestehender Einrichtungen. Acht Funktions- und Mandatsträger der SPD sowie Mitarbeiter der SPD-Fraktion steuerten 35 Informationen bei. Darin ging es im Wesentlichen um Einschätzungen der Person und Politik Wörners innerhalb der SPD.

Aus der Telefonüberwachung bezog die HV A zwischen 1979 und 1987 14 Informationen. Von verschiedenen Informationskanälen der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn gingen der HV A 31 Informationen zu. 19 DDR-Bürger, darunter Journalisten und Diplomaten, lieferten insgesamt 23 zumeist oberflächliche Berichte mit Bezug zu Manfred Wörner. In einigen Fällen ist es nicht möglich, die Quelle genau festzustellen.

Die HV A bewertete die 280 Informationen mit dem Personen-Hinweis zu Manfred Wörner insgesamt nur durchschnittlich. Nur drei Informationen erzielten die Note 1 und 63 die Note 2, während 183 Informationen für die HV A einen mittleren Wert hatten (Note 3) und die übrigen 31 entweder als geringwertig (Note 4) eingeschätzt wurden oder überhaupt keine Benotung erhielten. Dieser Befund überrascht, da Manfred Wörner in einem politisch sensiblen Bereich wirkte. Viele brisante Informationen aus dem Bereich der Militär- und Verteidigungspolitik verknüpfte die HV A in ihrer Datenbank offenbar nicht mit dem Namen des Verteidigungsministers, auch wenn fachliche und inhaltliche Querverbindungen existierten. Bemerkenswert ist, aus wie vielen verschiedenen Richtungen die HV A ihre Informationen über eine Person zusammentrug. Dabei wird deutlich, dass viele Quellen nur aus großer Entfernung, aus zweiter Hand und eher beiläufig berichteten, während die Anzahl der relevanten Informanten überschaubar blieb.

Fallbeispiel 2: Informationen über die Abgeordnete Annemarie Renger

Die SPD-Politikerin gehörte dem Bundestag von 1953 bis 1990 an. Von 1972 bis 1976 war sie Bundestagspräsidentin, danach bis 1990 Bundestagsvizepräsidentin.

In der SIRA-Teildatenbank 12 versah die HV A zwischen 1973 und 1987 51 Informationen mit einem Personen-Hinweis auf Annemarie Renger. ⁴⁶⁹ Inhaltlich handelte es sich in erster Linie um Berichte über interne Vorgänge und Entwicklungen innerhalb der SPD-Führung und der Bundestagsfraktion, über innerparteiliche Strömungen sowie über Positionen innerhalb der SPD-Führung zu aktuellen politischen Ereignissen. Annemarie Renger kam in diesen Berichten meistens nur als eine von mehreren Personen vor.

Allein 13 Informationen erhielt die HV A von Rudolf Maerker, dem Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Bonn. Alle übrigen Informanten steuerten nur zwischen einer und drei Informationen bei. So lieferten sieben verschiedene SPD-Mandatsträger, Funktionäre oder fest angestellte Mitarbeiter von Partei oder Fraktion zusammengenommen zwölf Informationen. Vier Informationen mit einem Personen-Hinweis auf Annemarie Renger erlangte die HV A durch die Telefonüberwachung des MfS in der Bundesrepublik. Die übrigen 22 Berichte verteilten sich auf weitere 18 Informanten, darunter ein Bonner Ministerialrat („Rubinstein“), ein Professor der Freien Universität Berlin („Kissingen“) und der Flick-Lobbyist Adolf Kanter („Fichtel“). Diese Daten kön-

⁴⁶⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8707503, Note 1.

⁴⁶⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8222915, SE8223156, SE8305231, SE8705378, SE8705826.

⁴⁶⁸ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8301375.

⁴⁶⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche nach Datensätzen mit Personen-Hinweis zu Annemarie Renger (Suchabfrage: PHW.Name=„Renger“ und PHW.Vorn=„Annemarie“).

nen, bei aller gebotenen Vorsicht, dahingehend gedeutet werden, dass sich im engsten Umfeld Rengers kein IM des MfS befand. Vielmehr trugen Quellen aus ganz verschiedenen Bereichen mosaikartig Informationen zusammen.

22 der 51 Informationen schätzte die HV A als besonders interessant mit der Note 2 ein, eine weitere als „sehr wertvoll“ (Note 1). Es kamen hier also bemerkenswert viele überdurchschnittlich gute Berichte zusammen.⁴⁷⁰

Fallbeispiel 3: Informationen über den Abgeordneten Jürgen Möllemann

Der FDP-Politiker Jürgen Möllemann gehörte dem Bundestag von 1972 bis 2000 sowie 2002/03 an. Mit Beginn der konservativ-liberalen Koalition im Herbst 1982 wurde er Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1987 übernahm er als Minister die Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Daneben bekleidete er führende Positionen in der FDP auf Bundes- und Landesebene.

In der SIRA-Teildatenbank 12 liegen 294 Eingangs-Informationen vor, die von der HV A mit einem Personen-Hinweis zu Jürgen Möllemann versehen wurden. Die Daten decken den Zeitraum von 1977 bis 1989 ab.⁴⁷¹ Anders als im Falle von Manfred Wörner führten die Regierungsämter, die Möllemann seit Herbst 1982 innehatte, nicht dazu, dass sich das Informationsaufkommen zu seiner Person in der SIRA-Datenbank erhöhte.

Inhaltlich bilden die 294 Informationen Möllemanns politische Arbeit ab. Die HV A ließ sich über Möllemanns Tätigkeit im Arbeitskreis I der FDP-Bundestagsfraktion (Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik; siehe hierzu auch oben, Kapitel 1.2.5.1., Seite 72 ff.) sowie im Bundesfachausschuss der FDP für Friedens- und Sicherheitspolitik informieren, ebenso über seine Auffassungen über den Nahostkonflikt und seine Verbindungen in arabische Staaten, ferner über seine Positionen in der nordrhein-westfälischen Landespolitik und in der FDP. Hinzu kamen immer wieder Berichte, die seine Persönlichkeit zu charakterisieren versuchten. Nach dem Regierungswechsel 1982 traten Sicherheits- und Nahostpolitik etwas in den Hintergrund, während Informationen mit Bezug zu seiner Person aus dem Bereich der Koalitions- und Parteiinterna sowie der Landespolitik Nordrhein-Westfalens mehr Raum einnahmen.

Die 67 Quellen, die zu diesem Informationsaufkommen beitrugen, kamen aus verschiedenen Bereichen. In der FDP brachten es fünf Quellen zusammen auf 99 Berichte und Dokumente mit Bezügen zu Möllemann. Darunter befanden sich die Sekretärin in der FDP-Bundesgeschäftsstelle Johanna Olbrich alias Sonja Lüneburg (IM „Anna“), der ehemalige FDP-Abgeordnete und Mitglied im FDP-Bundesvorstand William Borm (IM „Olaf“), Borms Mitarbeiter Jürgen-Bernd Runge (IM „Richard“), der Mitarbeiter der FDP-Bundesgeschäftsstelle Herbert Willner (IM „Stamm“) und der Landesgeschäftsführer der Berliner FDP Erich Spiekermann (IM „Stift“). Drei Quellen aus dem arabischen Raum lieferten der HV A immerhin 29 Berichte.⁴⁷² Die Telefonüberwachung

⁴⁷⁰ Weitere 26 Informationen schätzte die HV A mit der Note 3 ein, zwei blieben ohne Bewertung.

⁴⁷¹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche nach Datensätzen mit Personen-Hinweis zu Jürgen Möllemann (Suchabfrage: PHW. Name=„Moellemann“ bis „Moellemann*FDP“ oder PHW. Name=„Moelemann [!]“).

⁴⁷² Die Quelle „Ahmed“ wurde von der HVA-Residentur in Syrien, die Quelle „Schwert“ von der HVA-Residentur im Libanon geführt, BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2962/78 („Ahmed“) u. XV/3031/78 („Schwert“). IM „Ahmed“ arbeitete als syrischer Zivilangestellter in der bundesdeutschen Botschaft in Damaskus. Siehe hierzu Schäfer, Madlen: Die Zusammenarbeit der Geheimdienste der DDR und Syriens in den 1970er und 1980er Jahren. Bachelorarbeit am Institut für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität. Magdeburg 2011, S. 13 f., 23 u. 42 f. Vgl. ferner Schmidt-Eenboom, Erich: BND: Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten. Geheime Hintergründe und Fakten. München 2007, S. 214, demnach soll „Ahmed“ zugleich auch für den syrischen Geheimdienst gearbeitet haben. Zu „Sascha“, vermutlich ein PLO-Funktionär, siehe oben, Anm. 110.

erbrachte 14 Informationen, ebenso viele kamen von der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Die übrigen Informationen kamen von einer Vielzahl verschiedener Informanten.⁴⁷³

Dreimal bewertete die HV A Informationen mit Bezug zu Möllemann mit der Spitzennote 1: Im Februar 1979 war dies bei einem 63 Blatt starken Dokument mit „Material des AK I der [FDP-] Bundestagsfraktion“ der Fall.⁴⁷⁴ Ein drei Blatt umfassendes Dokument über die Lage im Libanon, das die HVA-Residentur in Syrien im Dezember 1982 von „Ahmed“ erhielt, schätzte die HVA-Zentrale ebenfalls als „sehr wertvoll“ ein.⁴⁷⁵ Eine Spitzenbewertung erfuhr außerdem ein 52 Blatt umfassendes Dokument aus dem Bonner Auswärtigen Amt über „Außenpolitische Beziehungen der BRD“, das die HV A im April 1985 von einem ihrer IM im Auswärtigen Amt bekam.⁴⁷⁶

87 Informationen mit Bezug zu Jürgen Möllemann hatte die HV A als überdurchschnittlich gut mit der Note 2 eingeschätzt, was ein relativ hoher Anteil ist. 195 Informationen waren für die HV A von durchschnittlichem Wert (Note 3), sieben lagen darunter oder wurden nicht bewertet.

Aus Möllemanns Tätigkeit als Staatsminister im Auswärtigen Amt sind in der SIRA-Teildatenbank 12 bemerkenswert wenige personenbezogene Informationen dokumentiert. Im Übrigen widerspiegeln die SIRA-Daten Möllemanns politische Schwerpunkte.

Fallbeispiel 4: Informationen über die Abgeordnete Petra Kelly

Petra Kelly gehörte dem Deutschen Bundestag von 1983 bis 1990 an. Sie war eine der prominentesten Politikerinnen der Grünen. Sie engagierte sich überzeugend für Abrüstung in Ost und West und unterstützte die unabhängige Friedensbewegung in der DDR.

In der SIRA-Teildatenbank 12 enthalten 182 Informationen einen Personen-Hinweis auf Petra Kelly.⁴⁷⁷ Diese 182 Informationen kamen von 55 verschiedenen Quellen bzw. IM, ferner lieferten sechs MfS- oder HVA-Abteilungen Informationen über sie, ohne einen IM als Ursprung anzugeben. Zwei Informationen erhielt die HV A vom KGB: Im April 1982 einen zweiseitigen Bericht „Über die bevorstehende Antikriegsdemonstration im Juni in Bonn“⁴⁷⁸ und im November 1983 einen vierseitigen Bericht „Über den Besuch einer Delegation der Grünen in der UdSSR“.⁴⁷⁹

Von den 55 Quellen waren keineswegs alle auf Petra Kelly angesetzt. Viele hatten andere Berichtsschwerpunkte und nur beiläufige oder indirekte Informationen über Petra Kelly beizusteuern.

Inhaltlich deckten die Informationen das gesamte Spektrum Kellys politischer und gesellschaftlicher Aktivitäten ab. Meistens kamen in den Berichten neben Kelly auch weitere Personen vor, die mit ihr in Beziehung standen.

Die Grünen legten in den achtziger Jahren mehr als andere Parteien Wert auf Transparenz. Sowohl Sitzungen als auch Richtungskämpfe und Befindlichkeiten wurden öffentlich verhandelt. Dennoch gab es aus Sicht des MfS bei den Grünen, gerade aus dem Umkreis von Petra Kelly, überdurchschnittlich viele bedeutende Informationen zu gewinnen. Das hing zum Teil mit Kellys Engagement für die unabhängige Friedensbewegung in der DDR zusammen, zum Teil mit der Unsicherheit des MfS hinsichtlich der politischen Positionen der neuen Partei. Von den 182 In-

⁴⁷³ 8 Journalisten steuerten zusammen 28 Informationen bei, 7 Funktionsträger oder Mitarbeiter von CDU und SPD zusammen 23 Informationen. Die IM aus dem Auswärtigen Amt fallen zahlenmäßig kaum ins Gewicht: Hagen Blau (IM „Merten“) und Herbert Kemper (IM „Harry“) sind hier nur mit je einer gelieferten Information vertreten.

⁴⁷⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7902620, Quelle: „Anna“. Inhaltlich ging es in diesem Dokument unter anderem um die Abrüstungsverhandlungen MBFR und SALT und um die alliierten Militärverbindungsmissionen.

⁴⁷⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8224566. Zu „Ahmed“ siehe Anm. 472.

⁴⁷⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8502670, Quelle: „Harry“. Thematisch und geografisch deckte dieses Dokument ein weites Spektrum der bundesdeutschen Außenpolitik ab.

⁴⁷⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche nach Datensätzen mit Personen-Hinweis zu Petra Kelly (Suchabfrage: PHW.Name=„Kelly“ oder PHW.Name=„Kelly*Bio“).

⁴⁷⁸ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8202577, Note 3.

⁴⁷⁹ Ebenda, SE8332252, Note 3. Petra Kelly und andere Grünen-Politiker waren am 26.10.1983 in Moskau.

formationen, die in der SIRA-Datenbank mit dem Personen-Hinweis zu Petra Kelly gekennzeichnet sind, bewertete die HV A vier mit „sehr wertvoll“ (Note 1) und weitere 68 mit der Note 2 als überdurchschnittlich relevant.⁴⁸⁰

Die meisten Berichte lieferten drei IM, die in der Literatur schon beschrieben wurden: 31 Berichte mit Bezug zu Petra Kelly kamen von dem AL-/Grünen-Politiker und zeitweiligen Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider (IM „Ludwig“), 25 von dem Westberliner Hochschullehrer mit dem Decknamen „Dr. Zeitz“ und zehn von der früheren Terroristin und Europaabgeordneten der Grünen, Brigitte Heinrich (IM „Beate Schäfer“).⁴⁸¹

Von den vier Spitzeninformationen kamen zwei von Dirk Schneider. Er lieferte der HV A im Oktober 1983 auf ausdrückliche Anforderung biografische Angaben über Kelly und andere Grünen-Politiker in Vorbereitung ihres Besuches bei Erich Honecker am 31. Oktober 1983.⁴⁸² Rudolf Maerker informierte die HV A unmittelbar nach der ersten großen Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981 über die „Haltung führender SPD-Politiker gegenüber der Friedensbewegung“, was die HV A ebenfalls mit der Note 1 bewertete.⁴⁸³ Ein 40 Seiten umfassender Bericht des IM „Dr. Zeitz“ „Zum Verlauf und zu den Ergebnissen der 8. ordentlichen Bundesversammlung der Grünen – Fortsetzung am 15./16.2.1986“ stellte aus Sicht der HV A ebenfalls eine Spitzeninformation dar.⁴⁸⁴

Zehn Informationen gingen auf die Telefonüberwachung zurück (Quelle „Friedrich“), neun auf einen in Karlsruhe und Hamburg lebenden freischaffenden Schriftsteller mit dem Decknamen „Alfred“, acht auf IM „Urban“ und fünf auf den Bonner SPD-Politiker Rudolf Maerker (IM

⁴⁸⁰ Weitere 96 Informationen schätzte die HV A mit der Note 3 ein, eine mit 4, 13 blieben ohne Bewertung.

⁴⁸¹ Zu allen drei siehe Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 73–88 u. 100–102. Siehe außerdem Der Spiegel 55(2001)21 v. 21.5.2001, S. 30: „Ganz nah dran“. Wie der Spiegel in diesem Bericht meldete, soll der Westberliner Professor für Molekular- und Strahlenbiologie Ernst-Randolf Lochmann nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft rund 20 Jahre lang unter dem Decknamen „Dr. Zeitz“ Informationen an die HV A gegeben haben. Lochmann, der 1967 den „Republikanischen Club“ und später die Partei „Die Grünen“ mitbegründete, bestritt diese Vorwürfe bis zu seinem Tode 2003 und meinte, er könne allenfalls abgeschöpft worden sein. Die SIRA-Teildatenbank 12 weist für den IMA-Vorgang „Dr. Zeitz“ 291 Informationslieferungen nach, und zwar für den Zeitraum von 1974–1989. Nur 3 seiner Berichte erzielten die Note „1“, immerhin 99 hingegen eine „2“. Weitere 45 Informationslieferungen zwischen 1976 und 1989 verzeichnen die SIRA-Teildatenbanken 11, 13 und 14. Inhaltlich deckten die Informationen vor allem Lochmanns politische Betätigungsfelder ab, gelegentlich auch seine beruflichen; BStU, MfS, HV A/MD/2-6, SIRA-TDB 11–14 und 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/2855/68. In „Rosenholz“ passen die Daten des Statistikbogens mit dem Decknamen „Dr. Zeitz“ auf Lochmann und kategorisieren ihn als O-Quelle (zum Begriff O-Quelle siehe auch S. 222 sowie Anm. 793 u. 794); BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2855/68. Eine Namenskartei auf Lochmann liegt in „Rosenholz“ nicht vor. Der o.g. Spiegel-Artikel begründet das Fehlen damit, dass die CIA, als sie die Mikrofilme der „Rosenholz“-Kartei beschaffte, die Filme mit der Buchstabenfolge „Ku“ bis „Lo“ der Namenskartei F 16 nicht erhalten habe.

⁴⁸² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8307011, SE8307467. Die Grünen-Bundestagsabgeordneten Petra Kelly, Otto Schily, Gert Bastian, Antje Vollmer und Dirk Schneider sowie Grünen-Vorstandsmitglied Gustine Johannsen und Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann wurden am 31.10.1983 in Ostberlin von Erich Honecker zu einem Gespräch empfangen. Petra Kelly trug – auch beim Fototermin mit Honecker – einen Pullover mit der in der DDR verbotenen symbolischen Darstellung „Schwerter zu Pflugscharen“, die von unabhängigen Friedensgruppen in der DDR gerne verwendet wurde. Über diese Aktion war Dirk Schneider im voraus nicht informiert, wie die Kelly-Biografin Saskia Richter schreibt. Fünf Tage zuvor, am 26.10.1983, trug Petra Kelly beim Gespräch mit hohen sowjetischen Funktionären in Moskau einen Pullover, auf dem in russischer Sprache stand „Achtet die Menschenrechte“; zu beiden Aktionen siehe Richter, Saskia: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly. München 2010, S. 169–171 u. 247–250.

⁴⁸³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8123122. Hierin ging es offenkundig um Auffassungen anderer Politiker über Petra Kelly.

⁴⁸⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8601360.

„Max“).⁴⁸⁵ „Alfred“ und „Urban“ kamen aus dem Bereich der Friedensbewegung. Viele ihrer Informationen mit Bezug zu Petra Kelly schätzte die HV A überdurchschnittlich gut mit der Note 2 ein.

Alle anderen der 55 Quellen bzw. IM lieferten weniger Informationen, die meisten nur eine oder zwei.

⁴⁸⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherchen zu Reg.-Nr. XV/2996/77 (IMA-Vorgang „Alfred“) und XV/455/70 (IMA-Vorgang „Urban“). Zu Maerker siehe Tabelle 15, ab S. 107.

Tabelle 16: Anzahl der in der SIRA-Teildatenbank 12 nachgewiesenen Informationen über einzelne Abgeordnete (vorläufige Übersicht)⁴⁸⁶

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Abelein, Manfred	51	1975–1980
Achenbach, Ernst	17	1969–1981
Adam-Schwaetzer, Irmgard	70	1980–1989
Adams, Rudi	6	1978–1980
Adler, Brigitte	1	1985
Aerssen, Jochen van	2	1981–1982
Ahlers, Conrad	34	1969–1980
Aigner, Heinrich	8	1973–1982
Althammer, Walter	13	1973–1982
Amrehn, Franz	16	1969–1981
Anbuhl, Jürgen	1	1969
Andres, Gerd	2	1977–1987
Angermeyer, Joachim	1	1977
Antretter, Robert	1	1978
Apel, Hans	364	1976–1986
Arendt, Walter	34	1969–1981
Arndt, Claus	3	1969–1978
Arndt, Klaus Dieter	34	1969–1973
Augstein, Rudolf	13	1970–1984
Auhagen, Hendrik	2	1985
Austermann, Dietrich	1	1984
Bahner, Dietrich	56	1973–1987
Bahr, Egon	825	1973–1989
Bangemann, Martin	385	1975–1987
Barche, Hermann	1	1970
Bard, Sabine	6	1985–1986
Bardens, Hans	1	1976
Bartsch, Willy	2	1970
Barzel, Rainer	278	1969–1985
Bastian, Gert	102	1980–1987
Bauer, Hannsheinz	2	1970
Baum, Gerhart Rudolf	366	1973–1989
Bayerl, Alfons	7	1970–1980
Becher, Walter	14	1969–1984
Bechert, Karl	2	1969–1970
Beck, Marieluise	14	1983–1986
Becker, Curt	1	1976
Becker, Helmuth	5	1978–1986

⁴⁸⁶ Die Tabelle gibt an, wieviele Informationen die HV A zu der/dem jeweiligen Abgeordneten erhielt und in der SIRA-Teildatenbank 12 namentlich verzeichnete. Als Zeitraum sind alle Jahre angegeben, in denen die HV A in der SIRA-Teildatenbank 12 Informationen über die Politiker/innen registrierte. Meistens gehörte die betreffende Person aber nur für einen Teil dieser Zeitspanne dem Bundestag an. Vgl. auch die voranstehenden Erläuterungen auf S. 130–136.

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Becker, Karl	1	1981
Beckmann, Klaus	2	1983
Beer, Angelika	1	1987
Beermann, Friedrich	2	1969–1970
Behrendt, Walter	3	1970–1973
Benda, Ernst	13	1969–1986
Benedix-Engler, Ursula	1	1979
Benz, Gerold	1	1979
Berberich, August	1	1980
Berger, Lieselotte	8	1981–1987
Berger, Markus	3	1981–1987
Bergerowski, Wolfram	10	1978–1982
Berkhan, Karl Wilhelm	16	1969–1984
Bernrath, Hans Gottfried	3	1981–1987
Biechele, Hermann	1	1977
Biedenkopf, Kurt H.	531	1969–1989
Biehle, Alfred	13	1971–1986
Bindig, Rudolf	2	1980
Birrenbach, Kurt	20	1969–1981
Bismarck, Philipp von	24	1970–1986
Blüm, Norbert	182	1973–1989
Blumenfeld, Erik Bernhard	18	1969–1982
Bohl, Friedrich	1	1980
Böhm, Wilfried	4	1983–1987
Böhme, Rolf	1	1978
Borgmann, Annemarie	35	1983–1987
Borm, William	290	1969–1987
Börner, Holger	295	1969–1987
Börnsen, Arne	1	1983
Boroffka, Peter	16	1978–1983
Bothmer, Lenelotte von	4	1977–1980
Bötsch, Wolfgang	7	1986–1987
Brand, Hans-Ulrich	1	1979
Brandes, Bruno	1	1980
Brandt, Hugo	5	1973–1985
Brandt, Willy	1624	1970–1988
Braun-Stützer, Carola von	20	1980–1987
Bredehorn, Günther	5	1980–1983
Bredl, Wenzel	1	1969
Breidbach, Ferdinand	5	1970–1980
Briefs, Ulrich	1	1985
Brück, Alwin	3	1980–1983
Brünen, Eberhard	1	1969
Brunner, Guido	32	1969–1981
Brunnstein, Klaus	7	1980–1982
Büchler, Hans	50	1980–1989

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Buchstaller, Werner	6	1969–1984
Bueb, Eberhard	9	1983–1986
Bühler, Klaus	1	1976
Bühling, Reinhard	70	1969–1983
Bülow, Andreas von	95	1977–1987
Burgbacher, Fritz	1	1973
Burgmann, Dieter	17	1979–1986
Buschbom, Helmut	1	1986
Buschfort, Hermann	2	1976–1986
Carstens, Karl	143	1973–1986
Carstens, Manfred	2	1983–1986
Catenhusen, Wolf-Michael	4	1981–1984
Christ, Herbert	3	1973–1976
Collet, Hugo	3	1977–1980
Conrad, Margit	1	1987
Conradi, Peter	54	1973–1987
Coppik, Manfred	126	1977–1984
Cortier, Peter	48	1976–1987
Cramer, Johann	1	1979
Cronenberg, Dieter-Julius	22	1979–1987
Curdt, Lothar	1	1980
Czaja, Herbert	103	1970–1987
Czempiel, Christa	1	1987
Dahrendorf, Ralf	18	1969–1977
Dallmeyer, Harm	1	1979
Damm, Carl	12	1975–1982
Daniels, Hans	6	1984–1987
Daniels, Wolfgang	3	1985–1987
Dann, Heidemarie	8	1984–1986
Daubertshäuser, Klaus	1	1980
Däubler-Gmelin, Herta	35	1973–1989
Daweke, Klaus	4	1986–1987
Delden, Rembert van	3	1974–1975
Dichgans, Hans	21	1969–1977
Diederich, Nils	34	1973–1986
Diemer-Nicolaus, Emmy	2	1978
Diepgen, Eberhard	497	1969–1989
Dohnanyi, Klaus von	206	1969–1987
Dollinger, Werner	45	1969–1987
Dorn, Wolfram	9	1970–1985
Drabiniok, Dieter	2	1983–1984
Draeger, Heinrich	2	1970–1979
Dregger, Alfred	376	1972–1989
Dreßler, Rudolf	22	1983–1989
Dröscher, Wilhelm	37	1969–1977
Dübber, Ulrich	5	1973–1982

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Duve, Freimut	28	1977–1987
Ebermann, Thomas	40	1982–1989
Echternach, Jürgen	26	1973–1986
Eckardt, Felix von	2	1969–1970
Eckerland, Günther	1	1983
Egert, Jürgen	149	1973–1987
Ehmke, Horst	487	1970–1989
Ehmke, Wolfgang	5	1983–1985
Ehrenberg, Herbert	84	1973–1987
Eickmeyer, Karl-Arnold	1	1986
Eid, Uschi	5	1985
Eilers, Elfriede	7	1973–1979
Eimer, Norbert	12	1978–1983
Emmerlich, Alfred	7	1978–1986
Engel, Eva Sibylle	10	1977–1983
Engelhard, Hans A.	49	1977–1987
Engelsberger, Matthias	3	1977–1978
Engholm, Björn	126	1969–1989
Eppler, Erhard	400	1969–1989
Erhard, Ludwig	6	1969–1979
Erler, Brigitte	1	1978
Ernesti, Leo	2	1969
Ertl, Josef	115	1976–1986
Evers, Hans	1	1978
Ewen, Carl	2	1983
Eymer, Ekkehart	2	1977
Eyrich, Heinz	2	1978–1983
Faller, Walter	1	1970
Faltthäuser, Kurt	6	1980–1983
Farthmann, Friedhelm	80	1974–1987
Feilcke, Jochen	3	1980–1986
Feldmann, Olaf	14	1983–1987
Fellermaier, Ludwig	11	1977–1982
Fellner, Hermann	1	1982
Fischer, Dirk	5	1982–1986
Fischer, Joseph (Joschka)	45	1983–1987
Fischer, Lothar	2	1984
Fischer, Ulrich	6	1984–1987
Flach, Karl-Hermann	7	1973–1976
Flämig, Gerhard	14	1969–1984
Focke, Katharina	10	1973–1985
Francke, Klaus	6	1980–1986
Franke, Egon	331	1973–1989
Franke, Heinrich	1	1982
Franz, Ludwig	1	1973
Frehsee, Heinz	3	1970–1977

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Freyh, Brigitte	3	1969–1981
Friderichs, Hans	166	1969–1983
Friedmann, Bernhard	1	1987
Friedrich, Bruno	105	1969–1986
Fritsch, Horst	2	1985
Fromm, Rita	12	1980–1984
Fuchs, Anke	95	1979–1989
Fuchs, Katrin	7	1982–1986
Funcke, Liselotte	43	1975–1984
Gallus, Georg	73	1975–1987
Gansel, Norbert	44	1973–1987
Gärtner, Klaus	21	1977–1982
Gattermann, Hans H.	20	1979–1986
Gautier, Fritz	1	1980
Geiger, Hans	1	1970
Geiger, Michaela	3	1986–1987
Geisenhofer, Franz Xaver	1	1977
Geißler, Heiner	218	1977–1989
Geldern, Wolfgang von	2	1977–1985
Genscher, Hans-Dietrich	1911	1973–1989
Gerster, Florian	1	1987
Geßner, Manfred Achim	2	1973–1981
Gewandt, Heinrich	3	1973–1975
Gilges, Konrad	20	1978–1987
Ginsberg, Matthias	1	1982
Glombig, Eugen	16	1976–1986
Glos, Michael	2	1986
Glötz, Peter	429	1977–1989
Gobrecht, Horst	7	1978–1987
Gölter, Georg	1	1973
Gottwald, Gabriele	5	1983–1986
Graaff, Carlo	1	1975
Gradl, Johann Baptist	76	1969–1987
Gries, Ekkehard	19	1977–1985
Grimming, Jürgen	15	1969–1979
Gröbl, Wolfgang	5	1986–1987
Groß, Rötger	11	1973–1982
Gruhl, Herbert	30	1978–1986
Grünbeck, Josef	2	1983–1987
Grüner, Martin	23	1973–1987
Grützmann, Angela	4	1975–1985
Gscheidle, Kurt	33	1969–1981
Günther, Horst	1	1977
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu	12	1969–1971
Haack, Dieter	69	1973–1989

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Haar, Ernst	3	1979–1980
Haase, Horst	2	1978–1979
Haase, Lothar	1	1984
Hackel, Wolfgang	29	1978–1986
Haehser, Karl	6	1977–1985
Haenschke, Frank	1	1977
Häfele, Hansjörg	7	1978–1985
Hallstein, Walter	1	1969
Hammans, Hugo	1	1978
Hamm-Brücher, Hildegard	122	1973–1988
Hämmerle, Gerlinde	6	1985–1987
Handlos, Franz	43	1975–1989
Hansen, Karl-Heinz	123	1973–1985
Hansen, Uwe	2	1980–1982
Hartenstein, Liesel	1	1987
Hassel, Kai-Uwe von	38	1969–1987
Hasselfeldt, Gerda	2	1989
Hauchler, Ingomar	2	1983
Hauck, Rudolf	1	1982
Hauff, Volker	4	1979–1985
Haungs, Rainer	2	1986
Hauser, Hansheinz	8	1982–1987
Hauser, Otto	1	1986
Hausmann, Helmut	56	1977–1988
Heck, Bruno	41	1969–1989
Hecker, Klaus	3	1983
Heereman von Zuydtwyck, Constantin	5	1971–1987
Heimann, Gerhard	70	1977–1989
Heinrich, Ulrich	1	1980
Heistermann, Dieter	1	1984
Helmrich, Herbert	2	1982–1984
Helms, Wilhelm	1	1976
Henke, Erich	1	1974
Hennig, Ottfried	22	1977–1989
Hensel, Karitas Dagmar	8	1984–1988
Herkenrath, Adolf	2	1973–1982
Hermsdorf, Hans	9	1969–1977
Herold, Karl	4	1970–1976
Herterich, Günter	25	1976–1986
Heydt Freiherr von Massen- bach, Peter von der	2	1979–1980
Heyen, Roelf	6	1970–1974
Hickel, Erika	4	1983–1985
Hiller, Reinhold	3	1986–1989
Hillerich, Imma	1	1987
Hinsken, Ernst	1	1984

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Hirsch, Burkhard	20	1978–1986
Hitzgrath, Rüdiger	3	1982
Höcherl, Hermann	14	1969–1987
Hoffacker, Paul	7	1979–1989
Hoffie, Klaus-Jürgen	30	1977–1984
Höffkes, Peter Wilhelm	3	1980–1984
Hoffmann, Ingeborg	2	1978–1982
Hofmann, Karl	1	1981
Höhmann, Egon	6	1973–1977
Hölscher, Friedrich	44	1977–1982
Holsteg, Erwin	1	1980
Holtz, Uwe	30	1977–1987
Hönes, Hannegret	7	1985–1986
Hoppe, Hans-Günter	206	1973–1988
Horáček, Milan	63	1977–1988
Horn, Erwin	27	1977–1987
Hornhues, Karl-Heinz	3	1982–1987
Horten, Alphons	7	1974–1979
Hösl, Alex	1	1973
Hoss, Willi	10	1983–1987
Hoyer, Werner	3	1986–1988
Huber, Antje	31	1973–1985
Hubrig, Hans	1	1977
Huonker, Gunter	40	1978–1984
Hupka, Herbert	80	1969–1987
Hürland-Büning, Agnes	19	1980–1989
Hüsch, Heinz Günther	7	1978–1986
Huyn, Hans Graf	54	1977–1989
Ibrügger, Lothar	1	1985
Immer, Klaus	2	1978–1982
Irmer, Ulrich	7	1979–1982
Jacobi, Werner	1	1970
Jaeger, Richard	4	1977–1982
Jäger, Claus	16	1976–1987
Jagoda, Bernhard	1	1984
Jahn, Friedrich-Adolf	2	1982
Jahn, Gerhard	7	1977–1987
Jahn, Hans Edgar	3	1979–1980
Jannsen, Gert	6	1983–1986
Jansen, Günther	21	1977–1986
Jaunich, Horst	2	1973–1983
Jenninger, Philipp	160	1975–1987
Jens, Uwe	1	1984
Jentsch, Hans-Joachim	1	1971
Josten, Johann Peter	1	1973
Jung, Kurt	7	1977–1982

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Jung, Michael	1	1981
Jung, Volker	4	1978–1979
Jungmann, Horst	8	1980–1986
Junker, Heinrich	6	1969–1982
Kaffka, Rudolf	2	1969–1977
Kahn-Ackermann, Georg	4	1969–1976
Kalisch, Joachim	2	1979–1986
Karwatzki, Irmgard	3	1982–1987
Kater, Helmut	1	1969
Katzer, Hans	18	1973–1987
Kelly, Petra	182	1979–1988
Kiechle, Ignaz	25	1982–1987
Kienbaum, Gerhard	6	1969–1980
Kiep, Walther Leisler	236	1970–1987
Kiesinger, Kurt Georg	42	1969–1971
Kirst, Victor	3	1975–1979
Kittelmann, Peter	35	1978–1987
Klein, Hans	15	1982–1989
Klein, Josef	3	1977–1980
Kleinert, Detlef	4	1973–1985
Kleinert, Hubert	9	1983–1987
Klejdzinski, Karl-Heinz	4	1982–1986
Klepsch, Egon Alfred	12	1977–1979
Kley, Gisbert	1	1979
Kliesing, Georg	2	1971–1974
Klose, Hans-Ulrich	125	1976–1989
Knabe, Wilhelm	19	1982–1987
Koch, Gerhard	1	1973
Kohl, Helmut	1513	1973–1989
Köhler, Herbert W.	1	1989
Köhler, Volkmar	9	1976–1985
Kohn, Roland	2	1983–1987
Kolbow, Walter	6	1982–1987
Köppler, Heinrich	45	1969–1980
Korber, Horst	115	1969–1981
Koschnick, Hans	192	1971–1986
Köster, Gottfried	1	1979
Kotowski, Georg	2	1979–1983
Krall, Lothar	10	1973–1978
Krappe, Edith	1	1969
Kraske, Konrad	5	1972–1982
Kreile, Reinhold	8	1976–1987
Kreutzmann, Heinz	20	1970–1988
Kreuzeder, Matthias	1	1987
Krey, Franz Heinrich	3	1978–1981
Krieger, Verena	4	1985–1989

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Krockert, Horst	1	1970
Kroll-Schlüter, Hermann	1	1984
Krone-Appuhn, Ursula	5	1980–1986
Kronenberg, Friedrich	3	1982–1984
Kübler, Klaus	2	1980–1981
Kühbacher, Klaus-Dieter	1	1983
Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von	2	1970–1976
Kuhlwein, Eckart	6	1977–1986
Kunz, Gerhard	41	1976–1986
Kunz, Max	1	1980
Laermann, Karl-Hans	25	1977–1988
Lahnstein, Manfred	53	1977–1986
Lambinus, Uwe	1	1986
Lambsdorff, Otto	800	1973–1989
Lamers, Karl	11	1971–1986
Lammert, Norbert	7	1982–1987
Lange, Erwin	3	1969–1973
Lange, Torsten	20	1983–1986
Langguth, Gerd	14	1971–1986
Lattmann, Dieter	28	1976–1986
Lauritzen, Lauritz	8	1969–1974
Leber, Georg	111	1969–1987
Lemmer, Ernst	5	1969
Lemmrich, Karl Heinz	1	1976
Lemper, Hubert	1	1969
Lenders, Helmut	4	1969–1973
Lenz, Carl Otto	4	1978–1982
Leonhart, Günther	1	1985
Lepsius, Renate	4	1977–1985
Liedtke, Karl	12	1977–1986
Liehr, Harry	8	1969–1977
Linde, Jürgen	2	1982–1987
Linsmeier, Josef	1	1981
Lintner, Eduard	43	1980–1989
Lippelt, Helmut	4	1986–1987
Lippold, Klaus W.	2	1983–1984
Löffler, Lothar	21	1979–1987
Logemann, Fritz	1	1970
Lohmar, Ulrich	5	1969–1978
Lorenz, Peter	108	1976–1987
Lotze, Rudi	1	1969
Lücke, Paul	1	1969
Lücker, Hans August	7	1975–1981
Luda, Manfred	1	1977
Lüder, Wolfgang	306	1973–1989

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Ludewig, Walther	13	1977–1980
Lummer, Heinrich	262	1970–1989
Luster, Rudolf	4	1969–1979
Lutz, Egon	4	1978–1985
Luuk, Dagmar	17	1977–1987
Mahlo, Dietrich	1	1981
Mahne, Erhard	1	1978
Maihofer, Werner	100	1970–1987
Majonica, Ernst	1	1969–1977
Mann, Norbert	8	1980–1989
Männing, Peter	54	1973–1987
Marquardt, Werner	4	1970–1977
Martiny-Glotz, Anke	9	1978–1989
Marx, Werner	57	1969–1985
Matthäus-Maier, Ingrid	100	1977–1989
Matthöfer, Hans	139	1973–1987
Mattick, Kurt	83	1969–1984
Mechtersheimer, Alfred	53	1980–1989
Meermann, Hedwig	1	1985
Meinecke, Rolf	3	1977–1981
Meinike, Erich	28	1973–1982
Memmel, Linus	1	1979
Mende, Erich	30	1969–1985
Meneses Vogl, German	2	1981
Menne, W. Alexander	13	1969–1982
Menzel, Heinz	1	1989
Merker, Rolf	11	1978–1982
Mertes, Alois	52	1977–1984
Mertes, Werner	3	1973–1976
Metzger, Günther	47	1969–1987
Meyer, Heinz-Werner	1	1987
Michels, Wilhelm	5	1969–1971
Mikat, Paul	3	1973–1986
Miltner, Karl	3	1977–1986
Mischnick, Wolfgang	305	1973–1988
Mitzscherling, Peter	8	1973–1989
Moersch, Karl	64	1969–1985
Möllemann, Jürgen W.	294	1977–1989
Möller, Alex	37	1969–1985
Möller, Heiner	1	1982
Müller, Adolf	3	1977–1984
Müller, Albrecht	4	1973–1987
Müller, Alfons	1	1986
Müller, Günther	2	1976–1982
Müller, Hans-Werner	1	1985
Müller, Joachim	7	1984–1985

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Müller, Johannes	2	1969
Müller, Josef	1	1979
Müller, Michael	8	1977–1987
Müller-Emmert, Adolf	2	1977
Müller-Hermann, Ernst	10	1970–1978
Narjes, Karl-Heinz	19	1975–1985
Neemann, Georg	3	1969–1971
Nehm, Albert	1	1982
Neuhausen, Friedrich	4	1980–1983
Neuling, Christian	7	1981–1987
Neumann, Bernd	2	1986
Neumann, Paul	1	1984
Neumann, Volker	1	1982
Nickels, Christa	13	1983–1987
Niegel, Lorenz	6	1980–1986
Niese, Rolf	2	1978–1985
Niggemeier, Horst	12	1981–1987
Nöbel, Wilhelm	2	1981–1982
Nölling, Wilhelm	11	1974–1985
Nordenskjöld, Günter von	1	1980
Noth, Erke	2	1980–1982
Offergeld, Rainer	36	1977–1982
Ollesch, Alfred	4	1975–1978
Olms, Ellen	6	1985–1987
Oostergetelo, Jan	2	1980
Opitz, Rudolf	4	1969–1978
Oswald, Eduard	4	1977–1985
Pack, Doris	1	1982
Paintner, Johann	1	1983
Paterna, Peter	28	1978–1986
Pawelczyk, Alfons	118	1973–1987
Peiter, Willi	1	1969
Penner, Willfried	14	1977–1986
Pensky, Heinz	1	1977
Peter, Horst	13	1981–1987
Peters, Georg	1	1969
Peters, Walter	5	1977–1978
Petersen, Peter	4	1977–1984
Pfeifer, Anton	2	1987
Pfennig, Gero	5	1978–1986
Picard, Walter	1	1974
Pieroth, Elmar	112	1973–1989
Pieser, Liselotte	3	1970–1978
Pohle, Wolfgang	9	1969–1970
Pöhler, Heinz	4	1969–1977
Polkehn, Walter	1	1982

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Popp, Karl-Heinz	2	1980–1983
Porzner, Konrad	10	1976–1986
Poß, Joachim	3	1986–1989
Potthast, Gabriele	17	1983–1985
Probst, Albert	2	1979–1982
Raffert, Joachim	4	1971–1978
Rapp, Heinz	12	1977–1986
Rappe, Hermann	119	1975–1987
Rasner, Will	2	1970–1975
Ravens, Karl	55	1974–1987
Rawe, Wilhelm	1	1982
Reddemann, Gerhard	22	1975–1986
Reents, Jürgen	34	1982–1989
Reetz, Christa	4	1983–1987
Regenspurger, Otto	3	1982–1987
Reichold, Heinrich	14	1977–1979
Reimann, Manfred	2	1977–1982
Reimers, Stephan	1	1980
Reischl, Gerhard	2	1970
Renger, Annemarie	51	1973–1987
Rentrop, Friedhelm	5	1978–1985
Reschke, Otto	2	1987
Reuschenbach, Peter W.	8	1977–1985
Reuter, Bernd	2	1981–1982
Richter, Manfred	1	1988
Riedel, Clemens	1	1973
Riedl, Erich	6	1979–1987
Riemer, Horst-Ludwig	73	1973–1986
Riesenhuber, Heinz	38	1977–1989
Rind, Hermann	1	1980
Rinsche, Günter	3	1986–1987
Ritz, Burkhard	1	1982
Rock, Helga	1	1987
Rohde, Helmut	42	1977–1986
Röhner, Paul	3	1975–1979
Roitzsch, Ingrid	1	1987
Rollmann, Dietrich-Wilhelm	4	1973–1976
Rommerskirchen, Josef	6	1973–1981
Ronneburger, Uwe	178	1977–1988
Rösch, Klaus	3	1977–1982
Rosenthal, Philip	7	1969–1982
Rossmann, Kurt J.	1	1986
Roth, Wolfgang	118	1973–1987
Rühe, Volker	85	1976–1989
Rumpf, Wolfgang	6	1980–1987
Rusche, Herbert	3	1983–1985

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Russe, Hermann Josef	2	1977–1982
Rust, Bärbel	3	1987
Rutschke, Wolfgang	2	1971
Saibold, Hannelore (Halo)	5	1980–1987
Sauer, Helmut	4	1976–1987
Sauer, Roland	2	1986
Sauter, Alfred	6	1983–1987
Saxowski, Karl-Heinz	2	1980
Schachtschabel, Hans Georg	5	1969–1980
Schäfer, Friedrich	2	1969
Schäfer, Harald B.	1	1979
Schäfer, Helmut	17	1978–1987
Schanz, Dieter	1	1983
Scharrenbroich, Heribert	5	1983–1987
Schäuble, Wolfgang	104	1982–1989
Scheel, Walter	332	1969–1987
Scheer, Hermann	15	1981–1987
Scherrer, Manfred	1	1989
Schetter, Martin	2	1982–1984
Scheu, Adolf	2	1977–1979
Schierholz, Henning	64	1984–1987
Schiller, Karl	29	1969–1985
Schilling, Gertrud	13	1982–1989
Schily, Otto	202	1978–1988
Schinzler, Dieter	4	1973–1986
Schirmer, Friedel	1	1971
Schlag, Georg	7	1977–1986
Schlatter, Günter	24	1973–1986
Schlei, Marie	81	1974–1982
Schleicher, Ursula	1	1979
Schleifenbaum, Eckhard	2	1978–1980
Schluckebier, Günter	5	1977–1981
Schmid, Carlo	11	1969–1971
Schmidhuber, Peter M.	14	1977–1987
Schmidt, Adolf	12	1977–1985
Schmidt, Christian	27	1973–1987
Schmidt, Hansheinrich	3	1975–1982
Schmidt, Helmut	1477	1973–1989
Schmidt, Hermann	4	1969–1977
Schmidt, Horst	1	1982
Schmidt, Manfred (CDU)	7	1980–1984
Schmidt, Manfred (SPD)	3	1978–1983
Schmidt, R. Martin	2	1978–1983
Schmidt, Renate	8	1981–1986
Schmidt, Wolfgang	3	1982–1987
Schmidt-Bott, Regula	12	1978–1982

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Schmitt-Vockenhausen, Hermann	4	1976–1978
Schmitz, Karl-Heinz	4	1977–1982
Schmöle, Hans Werner	2	1974–1978
Schmücker, Kurt	3	1969
Schmude, Jürgen	79	1977–1989
Schneider, Dirk	114	1978–1987
Schneider, Herbert	2	1973–1986
Schneider, Oscar	3	1977–1982
Schoeler, Andreas von	48	1973–1983
Schoettle, Erwin	1	1969
Schöpfberger, Rudolf	16	1973–1986
Schoppe, Waltraud	23	1984–1987
Schreiber, Heinz	1	1971
Schreiber, Werner	1	1987
Schreiner, Ottmar	13	1977–1985
Schröder, Gerhard (CDU)	24	1969–1979
Schröder, Gerhard (SPD)	205	1977–1989
Schröder, Horst	1	1976
Schroeder, Conrad	2	1982
Schuchardt, Helga	180	1976–1985
Schulte, Dieter	1	1982
Schulte, Manfred	1	1977
Schulz, Klaus-Peter	3	1972–1984
Schulze, Gerhard	10	1982–1987
Schulze, Waldemar	41	1973–1982
Schulze-Vorberg, Max	2	1973–1976
Schwarz, Heinz	3	1973–1983
Schwarz-Schilling, Christian	51	1977–1988
Schwedler, Rolf	9	1969–1977
Schweitzer, Carl-Christoph	7	1973–1986
Schwencke, Olaf	6	1977–1985
Schwenninger, Walter	2	1983–1984
Seefeld, Horst	18	1979–1987
Seibert, Philipp	5	1973–1978
Seidel, Max	3	1969
Seiler-Albring, Ursula	3	1983–1987
Seiters, Rudolf	5	1985–1989
Sellin, Peter	24	1979–1987
Senfft, Hans-Werner	2	1985
Seume, Franz	8	1969–1976
Sieglerschmidt, Hellmut	18	1969–1982
Sielaff, Horst	6	1984–1987
Simonis, Heide	11	1978–1987
Simpfendorfer, Hansmartin	2	1973–1974
Skarpelis-Sperk, Sigrid	2	1985–1989

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Slotta, Günter	4	1970–1972
Soell, Hartmut	4	1984–1986
Solms, Hermann Otto	6	1980–1987
Sperling, Dietrich	6	1973–1984
Spies von Büllesheim, Adolf Freiherr	2	1976–1977
Spillecke, Hermann	1	1977
Spitzmüller, Kurt	24	1977–1980
Spöri, Dieter	10	1983–1987
Spranger, Carl-Dieter	15	1976–1987
Sprung, Rudolf	7	1974–1986
Staak, Werner	26	1975–1987
Starke, Heinz	1	1979
Stauffenberg, Franz Ludwig Schenk Graf von	22	1973–1986
Stavenhagen, Lutz	6	1981–1987
Steger, Ulrich	6	1980–1987
Stehle, German Otto	1	1981
Stein, Gustav	8	1969–1977
Steiner, Heinz-Alfred	1	1982
Steiner, Julius	5	1973–1975
Stercken, Hans	12	1976–1987
Stiegler, Ludwig	2	1981–1984
Stobbe, Dietrich	292	1973–1987
Stockleben, Adolf	2	1979–1981
Stoltenberg, Gerhard	330	1973–1989
Straßmeir, Günter	13	1980–1986
Stratmann-Mertens, Eck- hard	6	1984–1986
Strauß, Franz Josef	1766	1969–1987
Strobel, Käte	4	1969–1983
Stücklen, Richard	23	1969–1984
Stutzer, Hans-Jürgen	1	1984
Suhr, Heinz	21	1982–1986
Sund, Olaf	22	1977–1984
Susset, Egon	1	1984
Süssmuth, Rita	28	1985–1989
Tallert, Harry	1	1969
Tatge, Willi	2	1985
Terborg, Margitta	7	1984–1988
Thürk, Kurt	1	1978
Thüsing, Klaus	53	1977–1985
Timm, Helga	2	1980–1982
Todenhöfer, Jürgen	36	1975–1987
Toetemeyer, Hans-Günther	1	1985
Topmann, Günter	1	1978
Traupe, Brigitte	4	1982–1987

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Ueberhorst, Reinhard	9	1979–1984
Ueberschär, Kurt	1	1982
Uldall, Gunnar	2	1982–1985
Unland, Hermann Josef	3	1977–1984
Unruh, Gertrud (Trude)	1	1979
Urbaniak, Hans-Eberhard	2	1973–1979
Vahlberg, Jürgen	1	1983
Vennegerts, Christa	2	1986–1988
Verheugen, Günter	224	1977–1989
Verheyen, Hans	2	1983–1984
Verhülsdonk, Roswitha	1	1976
Vogel, Axel	7	1985–1986
Vogel, Friedrich	13	1983–1988
Vogel, Hans-Jochen	693	1973–1989
Vogelsang, Kurt	1	1985
Vogt, Roland	40	1978–1987
Vogt, Wolfgang	1	1982
Vohrer, Manfred	27	1977–1982
Voigt, Karsten D.	215	1973–1989
Vollmer, Antje	53	1983–1987
Volmer, Ludger	14	1984–1986
Vondran, Ruprecht	1	1982
Vosen, Josef	2	1983–1987
Voss, Friedrich	1	1982
Waffenschmidt, Horst	5	1982–1988
Wagner, Leo	4	1974–1976
Wagner, Marita	2	1984–1985
Waigel, Theodor	74	1976–1989
Walkhoff, Karl-Heinz	9	1970–1979
Wallmann, Walter	73	1975–1989
Waltemathe, Ernst	5	1978–1985
Walther, Rudi	1	1982
Walz, Ingrid	1	1978
Warnke, Jürgen	27	1982–1987
Wartenberg, Gerd	20	1978–1986
Wartenberg, Ludolf-Georg von	3	1982–1989
Wawrzik, Kurt	1	1976
Weber, Hubert	1	1978
Wehner, Herbert	1042	1969–1986
Weirich, Dieter	6	1973–1989
Weiskirch, Willi	4	1977–1984
Weisskirchen, Gert	20	1980–1989
Weizsäcker, Richard von	552	1973–1987
Wende, Manfred	5	1970
Wendelborn, Helmut	3	1978–1984

Name, Vorname	Zahl der Informationen über die/den Abgeordnete/n	Zeitraum
Wendig, Friedrich	17	1977–1981
Weng, Wolfgang	1	1987
Werner, Helmut	2	1985
Werner, Herbert	2	1986–1987
Werner, Rudolf	1	1971
Wernitz, Axel	7	1973–1986
Westphal, Heinz	20	1981–1985
Wetzel, Dietrich	1	1987
Wex, Helga	3	1982–1985
Wichert, Günter	1	1973
Wieczorek, Norbert	3	1980–1985
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	59	1973–1989
Wiefel, Bruno	1	1983
Wienand, Karl	56	1969–1987
Wilms, Dorothee	36	1976–1989
Witz, Bernd	2	1987–1988
Windelen, Heinrich	106	1982–1987
Wischnewski, Hans-Jürgen	481	1973–1988
Wissebach, Hans	1	1978
Wissmann, Matthias	23	1976–1986
Wittmann, Fritz	7	1977–1986
Wohlrabe, Jürgen	115	1969–1988
Wolf, Willi	1	1970
Wolfgramm, Torsten	26	1977–1987
Wörner, Manfred	280	1973–1989
Wrangel, Olaf Baron von	46	1974–1985
Wrede, Lothar	12	1977–1985
Wüppesahl, Thomas	1	1987
Wurbs, Richard	26	1978–1983
Wurche, Gottfried	20	1974–1984
Würtz, Peter	2	1979–1982
Würzbach, Peter Kurt	33	1979–1989
Wuttke, Günther	2	1982–1983
Zander, Karl Fred	2	1973–1985
Zebisch, Franz Josef	1	1969
Zeitler, Gerhard	6	1977–1984
Zeitler, Karin	2	1985
Zeyer, Werner	12	1977–1985
Zimmermann, Friedrich	64	1973–1985
Zink, Otto	2	1983–1987
Zoglmann, Siegfried	15	1969–1981
Zumpfort, Wolf-Dieter	46	1979–1989
Zywietz, Werner	16	1977–1985

Vorg.-Art	Reg.-Nr.	XV 4646/75	
Deckname			
IM-Art/Delikt			
Angelegt am	26.11.75	BV/Verw.	HV-A
Abt./KD	XV Gr. Berlin/A	Mitarb.	Hahn, Peter (112)/H
Beendet am	BV/Verw.	Archiv-Nr.	22123 2150
	T.II/1-4	Nicht gesperrt	
Datum	20.2.87	Art der Veränderung	20.2.87 * F
	IM-Akte A Teil I, Teil II Bd. I		
23.2.79	T.II/3 u. 4 angel.		
	an XV Berlin/1/202 Hahn, Peter 2150		
4.2.85	T.II/3 u. 4 angel.		
14.2.85	T.II/1-4 Archiv		
13.02.85	an XV Berlin/1/200 Fischer, Werner T.II 2150		
Form 22	IMA, 26.11.75		

Dok. 3: Karteikarte F 22 aus dem Bestand „Rosenholz“: Die HV A hatte für den Vorgang mit der Registriernummer XV/4646/75 eine IM-Akte A (IMA) angelegt. Bis 1985 wurden vier Aktenbände mit Berichten des IM ins Archiv gegeben. Genannt werden hier die Namen der zuständigen MfS-Offiziere.

1. Angaben zum IM

Deckname/Vorgang L U D W I G - XV/4646/75
 Verantwortl. DE BLN/XV Ref. 01
 Kategorie A-QUELLE

2. Zur Operativen Entwicklung des Vorganges

Ursprung d. Vorg. SELEKTION NN
 Eigene Werbung IN DDR
 Werbung 1975 IDEOLOGISCHER BASIS
 DURCH MITARBEITER DES MFS

3. Persönliche Angaben zum IM

Geb. Jahr/Geschlecht 1939/MÄNNLICH
 Nationalität DEUTSCH
 Familienstand VERHEIRATET
 Fremdsprachen ENGLISCH
 Land BRD BERLIN (WEST)
 Wohnort WR-KREUZBERG
 Beruf/Tätigkeit ANGESTELLTER
 Vermögenslage WOHNUNGSMIETER
 BESITZER EINES PKW

4. Objekte

ALTERNAT. LISTE F. DEMOKRAT. U. UMWELTSCH.
 PARTEI D. GRÜNEN / USR

5. Zuverlässigkeit und Sicherheitsprobleme

ZUVERLÄSSIG
 VERWANDTSCHAFTL. VERB. DDR/SOZ. LÄNDER (PASSIV)

6. Verbindungswesen

SITUATION I

Dok. 4: Statistikbogen aus dem Bestand „Rosenholz“: Hier sind verschiedene Angaben über den IM „Ludwig“ (Stand: ca. 1988) zusammengeführt. Die Registriernummer XV/4646/75 führt zur Karteikarte F 16, die den bürgerlichen Namen des IM enthält.

BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21

Treffer: 1 Information , davon gedruckt: 1 (ZV8250507)
Druck-Nr.: Z-90022 , gedruckt von BStU, BF 1.2, Nutzer: 29
Az./Tgb.-Nr.: 032631/10Z
Form: Lang (Alle Merkmale)
Sortierung: Standard (Informationsnummer)
Suche: RNR="XV/4646/75"

BStU
-Ausdruck-
Seite 1 von 1

Donnerstag, 30. August 2012

ZV8250507

Nr.: 1

----- [REGISTRIERUNG VORGANG] -----
* [REGISTRIERDATUM] : 09.02.1988
* [REGISTRIERNUMMER] : XV/4646/75
* [VORGANGSART] : IMA # IM-VORGANG MIT ARBEITSAKTE
* [DECKNAME (VORGANG)] : HANS LUDWIG
----- [AUSKUNFT] -----
* [REGISTRIERDATUM] : 26.11.1975
* [EINSPEICHERNDE/VERANTW. DIENSTEINHEIT] :
BLN/XV|00|112000|HAHN,PETER
* [ERFASSUNGSKENNER] : U # AKTIVE ERFASSUNG FUER OP. DE

* [REGISTRIERDATUM] : 26.11.1976
* [EINSPEICHERNDE/VERANTW. DIENSTEINHEIT] :
BLN/XV|01|202000|HAHN,PETER
* [ERFASSUNGSKENNER] : U # AKTIVE ERFASSUNG FUER OP. DE

* [REGISTRIERDATUM] : 13.02.1985
* [EINSPEICHERNDE/VERANTW. DIENSTEINHEIT] :
BLN/XV|01|200000|FISCHER,WERNER
* [ERFASSUNGSKENNER] : E # AKTIVE ERFASSUNG FUER OP. DE

* [REGISTRIERDATUM] : 09.05.1988
* [EINSPEICHERNDE/VERANTW. DIENSTEINHEIT] :
BLN/XV|01|202000|HAHN,PETER
* [ERFASSUNGSKENNER] : E # AKTIVE ERFASSUNG FUER OP. DE

Dok. 5: Datensatz aus der SIRA-Datenbank der Hauptverwaltung A (hier: SIRA-Teildatenbank 21). Die SIRA-Teildatenbank 21 stellt eine elektronische Entsprechung zur Karteikarte F 22 dar.

BSU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12

Treffer: 332 Informationen , davon gedruckt: 1 (SE8304698)
Druck-Nr.: Z-95898 , gedruckt von BSU, BF 1.2, Nutzer: 29
Az./Tgb.-Nr.: Test
Form: Lang (Alle Merkmale)
Sortierung: Standard (Informationsnummer)
Suche: QUARGNR="XV/4646/75"

BSU
-Ausdruck-
Seite 1 von 1

Mittwoch, 17. April 2013

SE8304698

Nr.: 164

-----[ABSENDER]-----
*[EINGANGSDATUM]: 22.06.1983
*[ABSENDER]: BLN/XV|!!!!
*[QUELLE]: A # ZUVERLAESSIG|XV/4646/75|H_LUDWIG
*[FORM/UMFANG]:
4 BLATT
*[VERTRAULICHKEIT]: 2 # VVS
*[RESERVEMERKMAL]:
ENR
I
0087
0209

-----[INHALT (EINGANG)]-----
*[EINGANGSDATUM]: 13.07.1983
*[ENSTEHUNGSZEIT]: 14.06.1983
*[SACHVERHALT]:
OBJEKT
KONTAKT
FEINDTAETIGKEIT
KONZEPTION
GESPRAECH
FRIEDENSBEWEGUNG
NAME
*[ART DER INFORMATION]: BERICHTSFORM
*[LÄNDER-HINWEIS]:
BRD # BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DDR # DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
EURO1 # MITTELEUROPA
*[PERSONEN-HINWEIS]:
HONECKER
SCHILY, OTTO
ROST
JAHN, ROLAND
██████████

KELLY, PETRA
BECK-OBERDORF
VOGT
HORACEK, MILAN
*[OBJEKT-HINWEIS]:
BRD317|||AK ABRUESTUNG, FRIEDEN UND INTERNAT.!!
! |||GRUENE !!

*[FREIE WERTE]: 17. JUNI

-----[EINSCHÄTZUNG]-----
*[WEITERGABEDATUM]: 13.07.1983
*[EINSCHÄTZUNG]: II|P
*[EMPFÄNGER]: HV A/VII|01||HEINER
*[FORM/UMFANG]:
4 BLATT

*[ZWECK DER ÜBERGABE]: EINSCHAETZUNG

-----[NACHWEIS (EINGANG)]-----

*[WEITERGABEDATUM]: 22.06.1983
*[EMPFÄNGER]:
HV A/II|!!!!
UDSSR |!!!!
*[FORM/UMFANG]:
4 BLATT

-----[TEXT (EINGANG)]-----
*[VERARBEITUNGSDATUM]: 13.07.1983
GEPLANTE GESPRÄCHE DER GRUENEN IN DER BRD MIT DEM VORSITZENDEN DES STAATSRATES DER
DDR, GENOSSEN ERICH HONECKER

Dok. 6: Datensatz aus der SIRA-Datenbank der HV A (hier: SIRA-Teildatenbank 12). Unter der Informationsnummer SE8304698 verzeichnete die HV A verschiedene Daten einer Information, die sie von der Quelle „H_Ludwig“, Registriernummer XV/4646/75, erhalten hatte. Ganz unten findet sich der Titel der Information. Die Buchstaben „SE“ stehen für SIRA-Eingang, das heißt für eine bei der HV A eingetragene Information.

BStU, MFS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12

Treffer: 102 Informationen , davon gedruckt: 1 (SA8350225)
Druck-Nr.: Z-90024, gedruckt von BStU, BF 1.2, Nutzer: 29
Az./Tgb.-Nr.: 032631/10Z
Form: Lang (Alle Merkmale)
Sortierung: Standard (Informationsnummer)
Suche: Ausgangsinfo für -->QUA.RGNR="XV/4646/75"

BStU
-Ausdruck-
Seite 1 von 1
Donnerstag, 30. August 2012

SA8350225

Nr. : 6

----- [URSPRUNG] -----
* [URSPRUNGSDATUM] : 24.06.1983
* [EINSPEICHERNDE/VERANTW. DIENSTEINHEIT] :
HV A/VII|01|!|HEINER
* [URSPRUNG] : 12*SE8304698 --> QUA.RGNR="XV/4646/75"
----- [INHALT (AUSGANG)] -----
* [EINGANGSDATUM] : 18.07.1983
* [ENTSTEHUNGSZEIT] : 24.06.1983
* [SACHVERHALT] :
OBJEKT
KONZEPTION
GESPRÄCH
NAME
* [ART DER INFORMATION] : ANALYSE/AUSARBEITUNG
* [LÄNDER-HINWEIS] :
BRD # BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DDR # DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
EUR01 # MITTELEUROPA
* [PERSONEN-HINWEIS] :
HONECKER
KELLY, PETRA
SCHILY, OTTO
BAHRO, RUDOLF
* [OBJEKT-HINWEIS] : BRD317|!|GRUENE|!
* [VERMERK 1] : AKTUELL
----- [NACHWEIS A/P/O] -----
* [WEITERGABEDATUM] : 24.06.1983
* [EMPFÄNGER] :
810L |!|!|HONECKER
HV A/1.STELLV|!|!|!
HV A/I |!|!|!
HV A/II |!|!|!
822L |!|!|MOLDT
* [FORM/UMFANG] :
2 BLATT
* [ART DER WEITERGEGEB. INFORM] : EI
----- [TEXT (AUSGANG)] -----
* [VERARBEITUNGSDATUM] : 24.06.1983
INF. UEBER DIE VORBEREITUNG DER GRUENEN AUF EIN GESPRÄCH MIT DEM GEN. HONECKER

Dok. 7: Datensatz aus der SIRA-Datenbank der HV A (hier: SIRA-Teildatenbank 12). Unter der Informationsnummer SA8350225 verzeichnete die HV A verschiedene Daten eines Informationsberichts, den sie für einen ausgesuchten Empfängerkreis – hier: Erich Honecker und Ewald Moldt sowie drei hochrangige HVA-Mitarbeiter – verfasst hatte. Der Informationsbericht basierte ausschließlich auf Angaben der Information SE8304698 (siehe Zeile „Ursprung“), er ging also auf Dirk Schneider zurück. Die Buchstaben „SA“ stehen für SIRA-Ausgang, das heißt für eine herausgegebene Information.

BStU
000026

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

1. HON
2. H.L.

Berlin, den 27. Juni 1983
27.6.

2 Blatt

Nr. 225 / 83

2 Exemplar

INFORMATION

über

die Vorbereitung der Grünen auf ein Gespräch mit dem Gen. Honecker

Aus der Führung der Grünen wurde bekannt, daß der Sprecher der Grünen im Bundestag, Otto Schily, bereit ist, das Gespräch mit dem Gen. Honecker im Namen der Delegation der Grünen zu führen. Über die Zusammensetzung der Delegation werde noch diskutiert. Die Entscheidung werde vom sog. inneren Kreis der Bundestagsfraktion getroffen, der aus den drei gleichberechtigten Sprechern Otto Schily, Petra Kelly und Marie-Luise Beck-Oberdorf und der parlamentarischen Geschäftsführung besteht. Es sei u.a. vorgeschlagen worden, Bahro als Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen als Delegationsmitglied zu benennen. Dem sei von verschiedenen Seiten widersprochen worden, weil die Nominierung Bahros von der DDR als Provokation aufgefaßt werden könne.

In der Fraktionsitzung am 17. 6. 1983, die sich mit der "Deutschlandpolitik" der Grünen beschäftigte, sei beschlossen worden, das Thema "Recht und Freiheit für die unabhängige Friedensbewegung der DDR" und die Förderung nach Wiedereinbürgerung des aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassenen Roland Jahn in den Mittelpunkt des Gesprächs mit Erich Honecker zu stellen. Jahn und das ebenfalls aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassene Ehepaar Rost haben an der Sitzung teilgenommen. Im Zusammenhang mit der Vorbereitung

HVA Nr. 25 / 27

Dok. 8: Informationsbericht der HVA über die Vorbereitungen der Grünen auf ein Gespräch mit Erich Honecker. Der Bericht ging auf Informationen des Grünen-Abgeordneten Dirk Schneider (IM „Ludwig“) zurück, wie man anhand der Daten aus „Rosenholz“ und SIRA feststellen kann. Als Empfänger wird hier nur Erich Honecker genannt. (Signatur: BStU, MfS, HVA 25)

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

auf die Begegnung mit dem Gen. Honecker seien auch weitere ehemalige DDR-Bürger beauftragt worden, an der Aufstellung einer Liste von Personen mitzuarbeiten, die wegen ihrer "pazifistischen Haltung" in der DDR inhaftiert seien und deren Freilassung gefordert werden soll.

Von Funktionären der Grünen wurde zu diesen Konzeptionen, die noch nicht konkretisiert seien, angedeutet, außer über die Forderungen zur sog. unabhängigen Friedensbewegung auch über die Verhinderung der Raketenstationierung zu sprechen. Bei führenden Funktionären der Grünen bestehe ein großes Defizit über die Friedensvorschläge der sozialistischen Staaten. Man wolle der DDR den Vorschlag unterbreiten, im Falle der Raketenstationierung in der BRD nicht sofort Gegenmaßnahmen zu treffen, um dadurch der Friedensbewegung in der BRD neuen Auftrieb zu geben.

Über weitere internationale Aktivitäten der Grünen wurde bekannt, daß in der ersten Julihälfte eine Reise in die USA geplant ist, an der die drei Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, die Bundestagsabgeordneten Gerd Bastian und Roland Vogt und evtl. zwei Vertreter von Bündnisorganisationen teilnehmen sollen. Im Verlaufe dieser Reise seien die Teilnahme an einem Hearing mit USA-Regierungsvertretern zur Frage des Wettrüstens und die Herstellung engerer Kontakte zur amerikanischen Friedensbewegung vorgesehen.

Im August 1983 oder auch später wolle die gleiche Gruppe die Sowjetunion besuchen. Zusätzlich soll der ehemalige CSSR-Bürger Milan Horacek einbezogen werden, um für die "Oppositionsgruppen" in den sozialistischen Ländern zu sprechen. Damit werde der Auffassung von Petra Kelly entsprochen, durch spektakuläre Aktionen die Grünen als die führende Friedenskraft in der BRD auszuweisen.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

2. „Rosenholz“: Bundestagsabgeordnete in der zentralen Kartei der MfS-Auslandsspionage

Für die Fragestellung des vorliegenden Gutachtens kommt den sogenannten Rosenholz-Unterlagen eine wesentliche Bedeutung zu.

Bevor die Inhalte dieser Unterlagen beschrieben und analysiert werden, soll zunächst erläutert werden, worum es sich bei den „Rosenholz“-Unterlagen handelt.

2.1. Zur Struktur der „Rosenholz“-Unterlagen

Unter dem Begriff „Rosenholz“-Unterlagen werden drei verschiedene Karteien der HV A zusammengefasst: Die Personenkartei F 16, die Vorgangskartei F 22 sowie Statistikbögen.⁴⁸⁷

Auf der Karteikarte F 16 wurden Grunddaten (Name, Anschrift, Geburtsdatum, Beruf, Arbeitsstelle) einer Personen eingetragen, ferner Angaben über die federführende Dienst Einheit des MfS, den zuständigen Mitarbeiter (MfS-Offizier, der die Akte führte), das Datum, an dem die Kartei angelegt wurde, sowie manchmal eine Archivnummer und – rechts oben auf der Karteikarte – die Registrier- oder Vorgangsnummer. Dem BStU liegen rund 290 000 solcher Karteikarten F 16 der HV A vor. Der Grund für die Registrierung wurde auf der Karteikarte F 16 nicht angegeben. So kann man einer Karteikarte F 16 nicht entnehmen, ob sie beispielsweise zu einem IM, zu einer Person aus seinem Umfeld oder zu einer überwachten Person angelegt wurde. Häufig tragen mehrere Karteikarten F 16 die gleiche Registriernummer. Sie gehören dann alle zu ein und demselben Vorgang, über den die Karteikarte F 22 nähere Auskunft gibt.

Die Karteikarte(n) F 16 und die dazugehörige Karteikarte F 22 (mit dem Grund der Erfassung) tragen dieselbe Registriernummer. Auf der Karteikarte F 22, von der rund 57 000 Stück vorliegen, sind nähere Angaben zu dem jeweiligen Vorgang enthalten. Insbesondere ist dort vermerkt, um welche Art von Vorgang es sich handelt, etwa um einen IM-Vorgang, um einen Objektvorgang oder um eine Operative Personenkontrolle (OPK). Auf den Karteikarten F 22 wurden keine Klarnamen oder persönliche Daten eingetragen. Nur über die Registriernummer lässt sich die Verbindung zu den entsprechenden Karteikarten F 16 herstellen. Sofern die Registriernummer auf der Karteikarte F 16 auf einen IM-Vorgang der Kartei F 22 verweist, bedeutet das im Prinzip, dass die HV A zu der entsprechenden Person eine IM-Akte führte. Wenn jedoch mehrere Personen unter derselben Registriernummer auf Karteikarten F 16 erfasst sind, war meistens nur eine von ihnen als IM tätig, die übrigen wurden hingegen als Umfeld-Personen des IM erfasst. Ein Problem – neben anderen – besteht dann regelmäßig darin herauszufinden, wer der IM und wer nur eine Person seines Umfeldes war.

Auf den Karteikarten F 22 sind die Namen der Führungsoffiziere (vorgangsführende Mitarbeiter) eingetragen. Ebenso ist dort nachgewiesen, wie viele Aktenbände (Personal- und Arbeitsakten) zu dem Vorgang angelegt wurden. Die Anzahl der Arbeitsakten (Berichtsakten) ist in der Regel ein Hinweis darauf, wie viel Informationen in dem Vorgang zusammengetragen worden sind. Innerhalb des elektronischen Datenbanksystems der HV A, der „SIRA“-Datenbank, entspricht die SIRA-Teildatenbank 21 der Vorgangskartei F 22, das heißt, die SIRA-Teildatenbank 21 enthält im Wesentlichen die gleichen Daten wie die Karteikarten F 22.⁴⁸⁸

⁴⁸⁷ Die nachfolgende Beschreibung von F 16, F 22 und Statistikbögen ist entsprechenden BStU-Darstellungen entnommen, etwa dem Flyer „Die Rosenholz-Dateien“ oder der Internetseite des BStU http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Aktenfunde/Rosenholz/rosenholz_node.html (Stand: 23.11.2011). Vertiefend siehe die in Anm. 489 und 490 angeführten Veröffentlichungen zu Rosenholz.

⁴⁸⁸ Markante Unterschiede bestehen darin, dass in der SIRA-Teildatenbank 21 nur selten die Anzahl der angelegten Aktenbände nachgewiesen ist. Auf den Karteikarten F 22 fehlt hingegen häufig der Deckname des jeweiligen Vorgangs.

Im Archiv des BStU sind außerdem rund 1 700 Statistikbögen aus dem Jahr 1988 überliefert, die die HV A zusammengestellt hatte. Ein Statistikbogen fasst verschiedene Angaben zu einem IM oder einer Kontaktperson zusammen. Er führt zwar nicht den Klarnamen des IM oder der Kontaktperson an, aber Decknamen, Registriernummer und Charakterisierungen wie Motiv zur Zusammenarbeit, Geburtsjahr, Wohnort, Beruf, Arbeitsstelle und anderes. Die Registriernummer des Statistikbogens korrespondiert mit denen der Karteikarten F 16/F 22. Durch Kombination aller drei Teile ist es zumeist möglich, recht eindeutige Hinweise auf die Identität eines IM zu bekommen. Die überlieferten Statistikbögen beziehen sich im Wesentlichen nur auf diejenigen Bundesbürger, die 1988 bei der HV A als IM oder Kontaktperson geführt wurden.

Zu den Besonderheiten von „Rosenholz“ zählt die Überlieferungsgeschichte. Ursprünglich waren die Karteien Bestandteil der MfS- bzw. HVA-Registrierung und wurden 1990 beseitigt. Auf bislang ungeklärtem Wege gelangte der amerikanische Geheimdienst CIA an Mikrofilme der Karteien. Das Bundesamt für Verfassungsschutz konnte in den USA seit 1993 Abschriften anfertigen. Das Archiv des BStU erhielt zwischen 1999 und 2003 elektronische Faksimiles der „Rosenholz“-Unterlagen, sofern die Karteien zu deutschen Staatsbürgern angelegt waren. Seit 2003 kann diese Überlieferung beim BStU wie andere Archivbestände genutzt werden.

Bei „Rosenholz“ handelt es sich weder um eine Agentenkartei, noch um Akten der HV A, sondern nur um ein „Findhilfsmittel“, wie es Helmut Müller-Enbergs zutreffend charakterisiert hat.⁴⁸⁹ Dieses Findhilfsmittel ermöglichte den HVA-Mitarbeitern einen systematischen Zugriff auf die aktuellen und archivierten Aktenvorgänge, also auf die vorhandenen Unterlagen bei der HV A oder auch bei anderen MfS-Dienststellen. In diesen Akten waren alle relevanten Dokumente zu dem jeweiligen Vorgang enthalten. Doch da die HVA-Unterlagen 1990 größtenteils beseitigt wurden, steht das Findhilfsmittel heute weitgehend ohne die dazugehörigen Akten da. Wie noch zu zeigen sein wird, können andere Archivüberlieferungen (SIRA-Datenbank, MfS-Akten mit HVA-Bezug) einige Lücken füllen, aber die Aktenvernichtung von 1990 nicht kompensieren oder die nicht mehr vorhandenen Akten ersetzen.

Diese Situation erfordert einen besonders sorgfältigen Umgang mit den „Rosenholz“-Unterlagen und eine besonders umsichtige Quellenkritik. Im Hinblick auf einzelne Abgeordnete des Deutschen Bundestages lassen die „Rosenholz“-Unterlagen mitunter keine eindeutigen Aussagen zu, sondern bieten einen gewissen Raum für Interpretationen. Diese vermeintliche Unsicherheit liegt nicht darin begründet, dass die HVA-Unterlagen ungenau oder unzuverlässig wären. Das sind sie nicht. Es handelt sich bei „Rosenholz“ um eine Archivüberlieferung, die wie jede Archivüberlieferung den üblichen Fragen der Quellenkritik zu unterziehen ist. Dazu gehören Fragen nach Urheber, Adressat, Zweck, Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte der Unterlagen.⁴⁹⁰

Das spezifische Problem mit den „Rosenholz“-Unterlagen besteht darin, dass sie gelegentlich mit überhöhten Erwartungen für Fragestellungen herangezogen werden, zu denen sie nur in begrenztem Umfang Antworten geben können. Gelegentlich wird erwartet, dass die „Rosenholz“-Karteien einen Ersatz für die vernichteten HVA-Akten bieten. Das können sie nicht leisten. Gleichwohl enthalten die „Rosenholz“-Unterlagen eine Fülle an Daten zu Personen, HVA-Strukturen und zur Aktenführung. Da die Karteikarteneinträge bestimmten Regeln und normativen Grundlagen folgten, bilden sich darin die Arbeitslogik, die Struktur und die Spionageaktivi-

⁴⁸⁹ Müller-Enbergs, Helmut: Kleine Geschichte zum Findhilfsmittel namens Rosenholz. In: Deutschland Archiv 36(2003)5, S. 751–761.

⁴⁹⁰ Ausführlich hierzu Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007; Fiebig-Weng, Sabine: Die Rosenholz-Dateien im Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (= FH Potsdam, Diplomarbeit). Potsdam 2011. In den Ermittlungsverfahren der 1990er Jahre erwiesen sich die Rosenholz-Unterlagen als weitgehend zutreffend, wie der damalige Bundesanwalt Joachim Lampe bestätigt: Lampe, Joachim: Juristische Aufarbeitung der Westspionage des MfS. Eine vorläufige Bilanz. Hg. BStU. 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, S. 12 f. Lampe schreibt an dieser Stelle, Rosenholz habe sich „in keinem Falle [...] als unzuverlässig erwiesen, wobei zu beachten ist, dass der Begriff Quelle aus dem Verständnis des MfS verwendet wurde. Namentlich im subjektiven Tatbereich besagt die Kategorisierung nicht viel.“ Zum Begriff „Quelle“ siehe Anm 551.

täten der HV A in einem bemerkenswerten Umfang ab.⁴⁹¹ So sind gewisse Rückschlüsse auf die Beziehungen zwischen der HV A und den in „Rosenholz“ erfassten Personen möglich. Sofern neben den Karteikarten F 16 und F 22 auch ein Statistikbogen vorliegt und zu dem entsprechenden Vorgang auch aussagekräftige Daten in der SIRA-Datenbank der HV A überliefert sind, ist es mitunter möglich, eine Person als aktiv tätige Quelle der HV A zu erkennen.

2.2. Bisherige Verwendung von „Rosenholz“-Unterlagen im Kontext „Deutscher Bundestag“

Die „Rosenholz“-Unterlagen sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten schon vielfach verwendet worden. Ab 1993 bildeten die Abschriften der Karteien F 16 und F 22 sowie der Statistikbögen die Grundlage für die bundesdeutschen Ermittlungsbehörden, das HVA-Agentennetz, wie es Ende der achtziger Jahre in der Bundesrepublik bestanden hatte, weitgehend zu enttarnen.⁴⁹² Sie bildeten ebenso die Grundlage für die 1998 von Helmut Müller-Enbergs herausgegebene Analyse und Dokumentation über die IM der HV A in der Bundesrepublik.⁴⁹³ Somit wurde das Agentennetz der HV A im Westen, wie es in den achtziger Jahren bestand, bereits gründlich untersucht. Auf Anträge von Forschern und Journalisten, die nach möglichen MfS-Verstrickungen von Bundestagsabgeordneten der 6., 10. und 11. Wahlperiode (1969 bis 1972, 1983 bis 1990) fragten, gab die Stasi-Unterlagen-Behörde in den Jahren 2006 und 2010 entsprechende „Rosenholz“-Unterlagen und ergänzende MfS-Akten heraus. Allein für die Anfragen zu diesen drei Wahlperioden mussten „Rosenholz“-Erfassungen (und andere MfS-Unterlagen) von rund 1 150 Abgeordneten geprüft werden. Zwischen 1949 und Ende 1989 gehörten dem Deutschen Bundestag insgesamt 2 190 Mitglieder an. Das bedeutet, dass die „Rosenholz“-Unterlagen zu über der Hälfte der Abgeordneten bereits vor längerer Zeit durchgesehen und gegebenenfalls herausgegeben wurden. Der zeitliche Schwerpunkt lag hierbei jeweils auf den siebziger und achtziger Jahren. Für diese beiden Jahrzehnte ist aufgrund der Statistikbögen und der SIRA-Daten oft eine sehr viel deutlichere Überlieferungslage vorhanden als in den fünfziger und sechziger Jahren. Im Februar 2012 gab der Bundesbeauftragte auf einen entsprechenden Journalisten-Antrag hin relevante Unterlagen über mögliche MfS-Verstrickungen von Abgeordneten der 1. bis 11. Wahlperiode (1949 bis 1989/90) heraus.

Die Mitglieder des Deutschen Bundestages haben seit der Wiedervereinigung sehr unterschiedlich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich auf frühere MfS-Mitarbeit überprüfen zu lassen. Anfang der neunziger Jahre ließen sich 49 Prozent der Abgeordneten überprüfen, dann sank der Wert auf bis zu 22 Prozent. In der aktuellen, 17. Wahlperiode beantragten hingegen drei Viertel aller Abgeordneten ihre Überprüfung. Der Immunitätsausschuss stellte seit 1990 bei acht Abgeordneten eine MfS-Tätigkeit fest. Diese wurden jedoch nicht im Rahmen freiwilliger Überprüfungen bekannt, sondern auf andere Weise, etwa im Zuge journalistischer oder zeitgeschichtlicher Recherchen, oder der Betreffende hatte sich bereits früher zu einer MfS-Tätigkeit bekannt. Alle betreffenden Abgeordneten gehörten der PDS/Linkspartei an und lebten bis 1990 in der DDR. Für das vorliegende Gutachten sind diese Überprüfungsergebnisse daher unerheblich.⁴⁹⁴

⁴⁹¹ Zu den normativen Grundlagen gehört beispielsweise die Aktenordnung der HV A vom 15.5.1984 (vollständiger Titel siehe Anm. 502). Sie ist – in der Fassung von 1988 – veröffentlicht in Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 830–857. Fassungen der Aktenordnung von 1984 mit Ergänzungsblättern in: BStU, MfS, BV Gera, Abt. XV, 367/11 sowie BStU, MfS, HVA 797.

⁴⁹² Lampe: Juristische Aufarbeitung, 2002; Ders.: Die strafrechtliche Aufarbeitung der MfS-Westarbeit. Fortdauernde Lehren aus einem abgeschlossenen Kapitel deutscher Justiz- und Zeitgeschichte. In: Herbstritt; Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu, 2003, S. 359–366.

⁴⁹³ Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998.

⁴⁹⁴ Siehe im Einzelnen die Bundestagsdrucksachen 12/4613, 12/6655, 13/2994, 13/4478, 13/10498, 13/10893, 13/11104, 14/1900, 14/3145, 14/3228, 14/6694, 15/2029, 15/3608, 15/4971, 16/3391, 16/3392, 17/6436 u. 17/6917. Siehe auch Feldkamp: Datenhandbuch, 2011, S. 229–232.

2.3. Statistische Angaben

Zwischen 1949 und Ende 1989 gehörten dem Deutschen Bundestag 2 190 Abgeordnete an. In den überlieferten „Rosenholz“-Unterlagen sind 1 080 Abgeordnete erfasst, die während ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag von der HV A und ihren Vorläufereinrichtungen⁴⁹⁵ registriert worden waren, das entspricht einem Anteil von 49 Prozent. Das bedeutet umgekehrt, dass zu 1 110 Abgeordneten (= 51 Prozent) keine „Rosenholz“-Karteikarte vorliegt.⁴⁹⁶

Die meisten der 1 080 Abgeordneten wurden in Objekt- oder Sicherungsvorgängen der HV A registriert. Insgesamt sind 921 Erfassungen zu Bundestagsabgeordneten in Objekt- oder Sicherungsvorgängen überliefert.

In 73 Fällen liegt zu Abgeordneten eine „Rosenholz“-Erfassung vor, ohne dass zu erkennen ist, in welcher Art von Vorgang der Abgeordnete erfasst wurde. Dies betrifft fast ausnahmslos den Zeitraum bis 1960.⁴⁹⁷

129 Abgeordnete wurden in IMA-Vorgängen⁴⁹⁸ registriert, was in den meisten Fällen nicht bedeutet, dass sie IM der HV A gewesen sind. Denn häufig registrierte die HV A in einem einzigen IM-Vorgang mehrere Personen, nämlich den IM sowie Personen aus dessen Umfeld. Im Falle der 129 Abgeordneten war es oft so, dass ein IM, beispielsweise ein Journalist, Kontakt zu einem Abgeordneten hatte und von ihm Informationen „abschöpfen“ konnte, sodass der betreffende Abgeordnete dann im Aktenvorgang des IM mit erfasst wurde. Unter den 129 Abgeordneten befinden sich aber auch einige, die als IM für die HV A tätig waren. Das Problem beim heutigen Umgang mit diesen Karteikarten besteht darin, in jedem einzelnen Fall herauszufinden, aus welchem Grund ein Abgeordneter bei der HV A in einem IMA-Vorgang geführt wurde.

Drei Abgeordnete wurden in IMB-Vorgängen⁴⁹⁹ geführt, was ähnliche Fragen aufwirft wie bei den 129 Abgeordneten in den IMA-Vorgängen.

⁴⁹⁵ Die HV A wurde im Sommer 1951 unter der Tarnbezeichnung „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF) als außenpolitischer Nachrichtendienst gegründet. Im September 1953 verlor das IWF seine institutionelle Selbstständigkeit und wurde als Hauptabteilung XV in das damalige Staatssekretariat für Staatssicherheit eingegliedert. (Das MfS war von Juli 1953 bis November 1955 als Staatssekretariat Teil des Innenministeriums.) Im Mai 1956 wurde die Hauptabteilung XV in „Hauptverwaltung A“ (HV A) umbenannt. Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 23–27, 33 u. 41. Siehe ebenso Wiedmann, Roland: Die Dienstseinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2012, S. 357 f. Die HV A blieb integraler Bestandteil des MfS. In diesem Gutachten wird durchgängig die Bezeichnung HV A benutzt, auch wenn manche der dargestellten Vorgänge vor Mai 1956 zurückreichen.

⁴⁹⁶ Unter diesen 1 110 Abgeordneten befinden sich indes 51 Politiker, die in den Rosenholz-Unterlagen zwar erfasst wurden, jedoch nicht in der Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, sondern ausschließlich davor oder danach. Der fiktive Bundestagsabgeordnete Jakob Mierscheid bleibt in diesen Statistiken unberücksichtigt, da er in den einschlägigen Verzeichnissen der Bundestagsmitglieder nicht aufgeführt ist. Im Übrigen finden sich weder in den „Rosenholz“-Unterlagen noch in der zentralen Personenkartei des MfS Hinweise auf ihn.

⁴⁹⁷ 1960 wurde das Registriersystem im gesamten MfS umgestellt. Für Aktenvorgänge, die seit 1960 geführt wurden, kann man deshalb auch heute noch die Namenskarteikarte (Karteikarte F 16) der dazugehörigen Vorgangskarteikarte (Karteikarte F 22) zumeist problemlos zuordnen und somit erkennen, in welcher Art von Vorgang (IM-Vorgang, Objektvorgang usw.) eine Person registriert war. Für die Zeit bis 1960 liegen hingegen nur die Namenskarteikarten vor, auf denen zwar häufig Vorgangsnummern stehen, diese Vorgangsnummern können jedoch nur in einigen Fällen einer Vorgangsart zugeordnet werden. Zu einigen Abgeordneten liegen zwei Karteikarten F 16 vor, von denen eine über das Jahr 1960 mit neuer Registriernummer und Vorgangskartei F 22 fortgeführt wurde, die andere jedoch nicht. Das war beispielsweise bei Herbert Wehner der Fall (siehe Anm. 698 u. 710).

⁴⁹⁸ IM-Vorgang mit Arbeitsakte (IMA) entsprechend der Aktenordnung der HV A. Ausführlicher zu den Aktenarten IMA und IMB siehe S. 177 f. Von den 129 Abgeordneten wurden drei nacheinander in zwei verschiedenen IMA-Vorgängen registriert.

⁴⁹⁹ IM-Vorgang mit kombinierter Arbeits- und Berichtsakte (IMB) entsprechend der Aktenordnung der HV A. Nicht zu verwechseln mit dem „IM mit Feindberührung“ (IMB) bei den Abwehrdienstseinheiten des MfS. Ausführlicher zu den Aktenarten IMA und IMB siehe S. 177 f.

Fünf Abgeordnete wurden von der HV A in Operativen Personenkontrollen (OPK) geführt. Operative Personenkontrollen hatten bei der HV A oft den Charakter einer IM-Vorlaufakte. Das heißt, die HV A sammelte Informationen über die entsprechenden Personen um beispielsweise zu überprüfen, ob sie nachrichtendienstlich angesprochen oder angeworben werden könnten.⁵⁰⁰ Die betreffenden Personen müssen davon nichts mitbekommen haben.⁵⁰¹

Bedeutung, Form und Aufbau dieser verschiedenen Aktenvorgänge regelte die Aktenordnung der HV A, die in den Fassungen von 1984 und 1988 überliefert ist.⁵⁰² Einige Abgeordnete wurden im Laufe der Zeit in verschiedenen Aktenvorgängen registriert. Es gibt also eine ganze Reihe an Mehrfacherfassungen.⁵⁰³

Die im Archiv des BStU überlieferten „Rosenholz“-Karteikarten sind erkennbar unvollständig. Die Lücken sind nur teilweise durch andere Archivüberlieferungen zu füllen. Bei 43 der 1 080 registrierten Abgeordneten fehlt im „Rosenholz“-Bestand die Namenskarteikarte (Kartei F 16), jedoch lässt sich die Lücke durch andere Archivüberlieferungen schließen. Denn bei diesen 43 Abgeordneten sind Namenskarteikarten in der zentralen Kartei F 16 des MfS oder andere Registrierungen vorhanden, auf denen jeweils eine Registriernummer zu dem entsprechenden HVA-Vorgang in der Vorgangskartei F 22 von „Rosenholz“ führt. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der damalige Bundeswirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard. Sucht man seinen Namen in der „Rosenholz“-Datei, wird man nicht fündig. Aber in der zentralen MfS-Namenskartei befindet sich eine Karteikarte zu Ludwig Erhard, die am 22. März 1954 angelegt worden ist. Sie trägt die Registriernummer MfS 19798/60. Unter derselben Registriernummer und demselben Datum ist in der Kartei F 22 von „Rosenholz“ eine Vorgangskarteikarte enthalten, aus der hervorgeht, dass die HV A sehr wohl eine Akte über Erhard führte.

Auf eine größere Überlieferungslücke in „Rosenholz“ deuten die Einträge in der Vorgangskartei (Personenkartei) der MfS-Hauptabteilung IX/11 hin. Die Hauptabteilung IX/11 sammelte systematisch Unterlagen aus der NS-Zeit, um sie für die spezifischen Zwecke des MfS einsetzen zu können. Ihre Vorgangskartei (Personenkartei) bildete den zentralen Speicher für Personendaten aus der NS-Zeit. Von den 2 190 Bundestagsabgeordneten der Jahre 1949 bis 1989 sind in dieser Kartei der MfS-Hauptabteilung IX/11 mindestens 838 Abgeordnete mit Namen und Daten erfasst. Das ist nicht in jedem Fall mit einer NS-Belastung gleichzusetzen, denn das MfS sammelte auch Unterlagen über Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus; ebenso registrierte es beispielsweise auch diejenigen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit das sozialistisch ausgerichtete, britische Kriegsgefangenen- und Umerziehungslager Wilton Park durchlaufen hatten,

⁵⁰⁰ Aktenordnung der HV A, ediert in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie Anm. 502), S. 836 f.

⁵⁰¹ Nachfolgend noch eine statistische Erläuterung: Das elektronische Pendant zur Vorgangskartei F 22 ist die SIRA-Teildatenbank 21. Zwischen beiden Überlieferungen gibt es im Prinzip nur wenige Differenzen, die sich daraus erklären, dass die Karteikarten F 22 den Stand von 1987 wiedergeben, die SIRA-Teildatenbank 21 hingegen den Stand von Frühjahr 1989. In der dazwischen liegenden Zeit wurden unter anderem jedoch viele Objektvorgänge zu Sicherungsvorgängen umgeschrieben, außerdem die Aktenart KPA (Akte zu Kontaktpersonen) eingeführt. Während in Rosenholz 3 Abgeordnete in IMB-Vorgängen und 5 in OPK registriert waren, sind es in der SIRA-Teildatenbank 21 4 Registrierungen in IMB-Vorgängen, 3 in OPK und eine in einer KPA. 1988/89 wurden auch die weiter unten beschriebenen Objektvorgänge zu den Bundestagsparteien in Sicherungsvorgänge umgewandelt; als solche sind sie in der SIRA-Teildatenbank 21 ausgewiesen. Die Registriernummern und Decknamen behielt die HV A bei.

⁵⁰² MfS, HV A, 1. Stellvertreter des Leiters, 15.5.1984: Ordnung Nr. HV A 1/84 über die operative Aktenführung im Bereich der HV A und der Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen – Aktenordnung HV A [mit den Austauschblättern und Ergänzungen von 1988]; BStU, MfS, HV A 797, Bl. 2–57. In der Fassung von 1988 ediert in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 830–857.

⁵⁰³ Aufgrund dieser Mehrfacherfassungen liegen 1 132 Karteikartenerfassungen (OVO/SVG, IMA, IMB, OPK, ohne Angabe) zu Bundestagsabgeordneten vor, die sich jedoch auf insgesamt nur 1 080 Abgeordnete beziehen.

unter ihnen Erich Ollenhauer und Rainer Barzel.⁵⁰⁴ Wichtig ist an dieser Stelle der Umstand, dass es die Hauptabteilung IX/11 in ihrer Vorgangs- bzw. Personenkartei vermerkte, wenn eine Person bereits bei einer anderen MfS-Dienststelle erfasst war.⁵⁰⁵ Bei 153 Abgeordneten ist in der Vorgangskartei (Personenkartei) der MfS-Hauptabteilung IX/11 festgehalten, dass sie für die HVA erfasst waren, aber ihre Namen fehlen heute in der „Rosenholz“-Kartei. Somit dokumentiert sich hier eine Überlieferungslücke. In den 153 Fällen hatte die Hauptabteilung IX/11 zumeist nur die zuständige HVA-Abteilung und die Nummer des vorgangsführenden HVA-Mitarbeiters in ihrer Kartei eingetragen, nicht aber die Registriernummer. Man kann diese 153 Abgeordneten deshalb nicht dem jeweiligen Aktenvorgang zuordnen, in dem sie damals erfasst waren. Man kann nur grundsätzlich feststellen, dass diese 153 Abgeordneten bei der HVA erfasst waren. Wahrscheinlich waren die meisten von ihnen in Objekt- und Sicherungsvorgängen der HVA registriert und wurden nach dem Ende ihrer politischen Laufbahn aus dem jeweiligen Vorgang gestrichen. Aber es kann im Einzelfall auch andere Gründe für diese Überlieferungslücken gegeben haben.

In den nachfolgenden Abschnitten wird nun ausführlicher auf die verschiedenen Vorgangsarten eingegangen.

⁵⁰⁴ Die MfS-Hauptabteilung IX schuf 1965 ein Referat zur „Verfolgung von NS-Verbrechen“, das zunächst als Referat 10 gebildet wurde und ab 1968 als Referat 11 firmierte. Vgl. Wiedmann: Die Dienststellen des MfS, 2012, S. 301. Siehe auch Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Göttingen 2005, S. 156–162. – Auf den Karteikarten F 16/F 16a mehrerer Abgeordneter (beispielsweise Rainer Barzel (CDU), Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CSU), Elfriede Jaeger (fraktionslos, für die DRP), Liesel Kipp-Kaule (SPD), Harald Koch (SPD), Ernst Majonica (CDU), Friedhelm Missmahl (SPD), Erich Ollenhauer (SPD) und Rolf Schwedler (SPD)) verzeichnete das MfS, dass sie jeweils für mehrere Wochen das Lager Wilton Park durchlaufen hätten. Über den SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Ollenhauer vermerkte das MfS auf dessen Karteikarte F 16: „War an der Agentenschule Wiltonpark als Berater eingesetzt, kam im Frühjahr 1946 nach Deutschland zurück.“ Dieser Vermerk drückt das extreme Misstrauen und die Fehleinschätzung des MfS gegenüber dieser Einrichtung aus. Tatsächlich verdankte das in England gelegene Lager Wilton Park seine Entstehung maßgeblich dem SPD-Politiker Waldemar von Knoeringen, der während des Kriegs im englischen Exil lebte und sich gleich nach Kriegsende für die Einrichtung dieser „Kriegsgefangenen-Universität“ einsetzte. Knoeringen gewann aus dem Kreis der linken Sozialdemokraten im Exil einige Dozenten. Ab Ende 1945 absolvierten jeweils rund 300 Hörer die sechs- bis achtwöchigen Kurse, ab 1947 auch Zivilisten aus Deutschland, darunter auch Frauen. Wilton Park entsprach auch den Umerziehungsideen der britischen Militäradministration. Ausführlich hierzu Mehringer, Hartmut: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie. München u. a. 1989, S. 251–259 u. 461 (darin Anm. 117). Knoeringen gehörte dem Bundestag von 1949 bis zum 3.4.1951 an, um dann in die bayerische Landespolitik zu wechseln.

⁵⁰⁵ Zur Vorgangs- bzw. Personenkartei der MfS-Hauptabteilung IX/11 siehe Anm. 1087; siehe auch Leide: NS-Verbrecher, 2005, S. 160 f. Exemplarisch ist auf S. 168 die Karteikarte zu Herbert Wehner aus der Vorgangskartei abgebildet.

1. Name Wegner Vorname Herbert
 Deckname oder D.-Nr. "KWZ FUNK"
 geb. am 11.07.06 in Dresden
 Wohnort vor 1945 _____ Wohnort nach 1945 Hamburg 13
Beim Schlump 36

2. Dienststelle WD Regierung (SPD)
 Strukturteil Mit. f. gesamtdeutsche Fragen
 Dienststellung Minister
 Dienstgrad _____

3. NSDAP-Nr. _____ andere Organisationen _____
 SS-Nr. _____
 SA-Nr. _____
 Funktionen _____

4. RHE Nr. _____ DZ _____ ZA _____
 LK B. MA _____ befr. Staaten _____
V.
G.

5. Bearb. Erg. PA 9
 EV Nr. SV 1181
 UV Nr. _____
 AS Nr. _____
 Koord. _____
 Übergabe an _____

6. Besondere Hinweise _____

7. Signatur 40.31.3.69 5187 W0 10189 W0

8. Paraphe _____

9. Negativ-Nr. _____

KC 0151 368 100.0

10. Signaturen anderer Dienststellen
 DZ _____
 MA _____
 IML Mg 2149 Bd. 2
 GStA _____
 ZA ZC 10858 Bd. II, ZC 15929 Bd. II, S. 37141
 op. Abt. HVA MfS XV 13840/60
kk erf. MfS Abt. IV
ZC 17419 Bd. I S. 142r, 144r, 145r,
ZC 17419 Bd. II S. 165r, 273, 295, 196
276, 277
Bibl. 69/110
72/913, S. 119
SV 6/80, SV 232187
Notizen Wegner S. 58f.
ZC 8733 Bd. 4 S. 26f.
Hermanns Brief Engel zusammenf. S. 8, 29
Schwips: S. 9, 44, 76, 116, 136
FV 98166, SV 53189

11. Belastungen
 - Präsidiumsmitgl. d. Kuratoriums
 Unteilbares Deutschland
 Handb. dt. spr. Emi: S. 299 ff
 NVH S. 135

12. Auskunft erteilt
 am _____ an _____ am _____ an _____

Dok. 9: Vorderseite und Rückseite einer Karteikarte aus der Vorgangskartei (Personenkartei) der MfS-Hauptabteilung IX/11. Diese Abteilung sammelte systematisch Unterlagen aus der NS-Zeit, um sie für die spezifischen Zwecke des MfS einsetzen zu können. Auf dieser Karteikarte zu Herbert Wegner sind zahlreiche Fundstellen mit Daten über ihn angegeben, darunter auch seine Erfassung in einem Vorgang der HVA mit der Registriernummer XV/13840/60.

2.4. Objekt- und Sicherungsvorgänge zu CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen

Wie bereits in der statistischen Übersicht in Kapitel 2.3. dargelegt, wurde die Mehrzahl der Bundestagsabgeordneten, deren Namen in den „Rosenholz“-Karteikarten F 16 verzeichnet sind, in Objekt- oder Sicherungsvorgängen erfasst. Objekt- und Sicherungsvorgänge waren Akten, die die HV A zu Institutionen oder Personengruppen in der Bundesrepublik und anderen Ländern anlegte. Die Aktenordnung der HV A schrieb vor, Objektvorgänge zu solchen Institutionen zu führen, die das Ziel der geheimdienstlichen Arbeit waren. In einem Objektvorgang sammelte die HV A offen zugängliche, aber auch interne oder geheime Angaben über die entsprechende Institution, ebenso wie Daten und Materialien zu Personen, die in der entsprechenden Einrichtung tätig waren oder „in direkter Beziehung“ zu der jeweiligen Institution standen.⁵⁰⁶ Viele Bundestagsabgeordnete, sonstige Mandatsträger, Funktionäre und Mitarbeiter ein und derselben Partei wurden von der HV A in einer einzigen, gemeinsamen Akte erfasst.

Eine ähnliche Funktion hatten Sicherungsvorgänge. Darin führte die HV A die Daten von Personen zusammen, an denen sie aus verschiedenen Gründen Interesse hatte.⁵⁰⁷ Wenn sich im Laufe der Zeit herausstellte, dass eine Person für die HV A „operativ bearbeitungswürdig“ war, wurde für sie eine eigene Akte angelegt, beispielsweise eine „operative Personenkontrolle“ (OPK); aber auch ein IM-Vorgang konnte daraus entstehen.⁵⁰⁸

MfS-intern hatte die namentliche Erfassung noch eine weitere Bedeutung: War eine Person von einer bestimmten Abteilung erfasst worden, so durfte sie von anderen MfS-Abteilungen nur dann bearbeitet oder auch angeworben werden, wenn die zuerst erfassende Abteilung zustimmte.

Welche Daten und Unterlagen die HV A in den Objekt- und Sicherungsvorgängen zusammentrug, kann man heute nicht mehr feststellen, da die entsprechenden Akten fast ausnahmslos beseitigt wurden.⁵⁰⁹ Mithilfe der „Rosenholz“-Karteikarten kann man lediglich feststellen, welche Personen von der HV A in einem bestimmten Objekt- oder Sicherungsvorgang erfasst waren, wobei, wie bereits beschrieben, gewisse Überlieferungslücken vorhanden sind.

Die meisten Bundestagsabgeordneten, die namentlich in der „Rosenholz“-Kartei erfasst sind, waren einem der zentralen Objektvorgänge zu den bundesdeutschen Parteien zugeordnet. Im

⁵⁰⁶ Aktenordnung HV A, ediert in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie Anm. 502), S. 832 u. 840 f.

⁵⁰⁷ Ebenda, S. 832 u. 837 f.

⁵⁰⁸ Ebenda, S. 832.

⁵⁰⁹ Erhalten blieben die Objektvorgänge „Qualle“ (BStU, MfS, AS 138/76, 8 Bde.; Reg.-Nr. XV/1927/75) und „Koralle“ (auch: „Kobra“; BStU, MfS, AS 137/76, 90 Bde.; Reg.-Nr. XV/1485/68). Vereinzelt sind darin Bundestagsabgeordnete erfasst. Im Objektvorgang „Qualle“ trug das MfS Daten zu den Landsmannschaften zusammen, im Objektvorgang „Koralle“/„Kobra“ zur NPD. Der Vorgang „Koralle“/„Kobra“ bestand fast ausschließlich aus Kerblockkarteien. Jede Kerblockkartei enthielt Personengrunddaten und gelegentlich weitere Angaben zu je einer Person. Ferner sind drei Objektvorgänge erhalten, die die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig führte: Ein Objektvorgang befasste sich mit der Landesregierung Düsseldorf und insbesondere mit der dortigen Staatskanzlei (BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 3048/91, Reg.-Nr. XV/354/72), einer mit der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster (BStU, MfS, BV Leipzig, AFO 1116/91, Reg.-Nr. XV/353/72), einer mit dem Wehrbereichskommando III in Düsseldorf (BStU, MfS, BV Leipzig, AFO 1028/91, Reg.-Nr. XV/12199/60). Aus diesen überlieferten Aktenvorgängen kann man ersehen, dass in die Objektvorgänge sowohl Spionageinformationen über einzelne Personen eingingen als auch offene Informationen wie Zeitungsberichte, ferner Beschreibungen über die Lage und die Räumlichkeiten der jeweiligen Institution und die namentliche Zuordnung einzelner Mitarbeiter zu bestimmten Abteilungen oder Struktureinheiten der jeweiligen Institution. Das deckt sich mit den Vorschriften der HVA-Aktenordnung, die im Detail vorschrieb, wie Objektakten angelegt und strukturiert sein sollten und welche Art von Informationen darin zusammengetragen werden sollten. Vgl. hierzu die edierte HVA-Aktenordnung in Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie Anm. 502), S. 854 f.

MfS wurden solche Objektvorgänge auch als „Feindobjektvorgänge“ bezeichnet. Die sogenannte Feindobjektkartei (F 17), die im Archiv des BStU überliefert ist, gibt zumindest in einigen Fällen Aufschluss darüber, welche Einrichtungen die HV A in einem Objektvorgang zusammenfasste. Die „Rosenholz“-Kartei (F 16) weist hingegen aus, welche Personen die HV A einem Objektvorgang zuordnete.

Im Objektvorgang „Schwarz“ (Reg.-Nr. XV/9826/60; bis 1960: Vorgangs-Nummer 7383) erfasste die HVA-Abteilung II/1⁵¹⁰ den Bereich von CDU/CSU: Parteiführung, Parteigremien, nachgeordnete Einrichtungen, Mandatsträger, Funktionäre und Mitarbeiter. Dazu gehörten die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn, die CSU-Landesgeschäftsstelle in München, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Junge Union, die „Exil-CDU“ und viele andere.⁵¹¹ Anfangs führte die HV A die verschiedenen Einrichtungen zum Teil in je eigenständigen Vorgängen.⁵¹² Gelegentlich gab es Überschneidungen zwischen verschiedenen HVA- oder MfS-Abteilungen.⁵¹³ Beispielsweise wurde Helmut Kohl erst im August 1975 im Objektvorgang „Schwarz“ registriert, obwohl er bereits seit Juni 1973 das Amt des CDU-Bundesvorsitzenden innehatte. Bis dahin war er, seit 1961, bei der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Cottbus im dortigen Objektvorgang XV/982/60 erfasst; dabei handelte es sich um einen Objektvorgang zur rheinland-pfälzischen CDU.⁵¹⁴

In der „Rosenholz“-Kartei sind 893 Personen im Objektvorgang „Schwarz“ erfasst. Von ihnen gehörten 330 zwischen 1949 und 1989 dem Deutschen Bundestag an.⁵¹⁵

Ähnliches lässt sich für die Objektvorgänge der anderen Parteien feststellen:

Im Objektvorgang „Harz“ (Reg.-Nr. XV/18252/60, bis 1960: Vorgangs-Nummer 146) erfasste die HVA-Abteilung II/4 den Bereich der SPD, etwa den SPD-Vorstand in Bonn, die SPD-Bundestagsfraktion, die Friedrich-Ebert-Stiftung und andere.⁵¹⁶

⁵¹⁰ Die Abteilung II der HV A befasste sich mit den Parteien und einigen gesellschaftlichen Großeinrichtungen wie Kirchen, Gewerkschaften und Landsmannschaften. Eine Vorgängerabteilung der HV A II war die Hauptabteilung I innerhalb der MfS-Hauptabteilung XV bzw. HV A. Den Objektvorgang „Schwarz“ führte die längste Zeit das Referat 1 der HVA-Abteilung II. Im Februar 1989 wurden die Objektvorgänge der 4 Bundestagsparteien als Sicherungsvorgänge für das neu gebildete Referat 8 der HV A II erfasst. BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/9826/60, XV/18252/60, XV/6686/60, XV/4042/81. Ob diese Umstrukturierung praktische Auswirkungen hatte, ist nicht ersichtlich.

⁵¹¹ Vgl. hierzu die Einträge zu den erwähnten Einrichtungen in der sogenannten Feindobjektkartei (F 17) im Archiv des BStU; ferner BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/9826/60.

⁵¹² So führte die HVA-Abt. II/1 von 1958 bis 1963 unter der Reg.-Nr. XV/9825/60 einen Objektvorgang zur Jungen Union. BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, ZV8239449.

⁵¹³ So führte die BV Halle von 1961 bis 1985 einen Vorgang zur CDU-Bundesgeschäftsstelle (BV Halle, 5144/61); die BV Karl-Marx-Stadt, Abt. V, 1955/56 einen Vorgang zur Exil-CDU (BV Karl-Marx-Stadt, Ü-V 16/55, Archiv-Nr. 322/56); die Abteilung XV der MfS-BV Frankfurt seit 1983 einen Vorgang zum Wirtschaftsrat der CDU (XV/524/83). Vgl. hierzu insbes. die Einträge zu den erwähnten Einrichtungen in der sogenannten Feindobjektkartei (F 17) im Archiv des BStU.

⁵¹⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu den genannten Reg.-Nummern. Im Vorgang XV/982/60 war neben Helmut Kohl auch dessen Vorgänger im Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Peter Altmeier, erfasst. Dieser Objektvorgang wurde 1983 gelöscht. BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, ZV8249114. Kohl gehörte von 1955 bis 1966 dem CDU-Landesvorstand Rheinland-Pfalz an, war von 1959–1976 Landtagsabgeordneter und ab 1963 Fraktionsvorsitzender der CDU im rheinland-pfälzischen Landtag und von 1969 bis 1976 Ministerpräsident.

⁵¹⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/9826/60. Zusätzlich zu den 893 Personen sind in Rosenholz weitere 8 Personen erfasst, die aus dem Vorgang XV/9826/60 in einen anderen Vorgang umregistriert wurden.

⁵¹⁶ Vgl. hierzu die Einträge zu den erwähnten Einrichtungen in der sogenannten Feindobjektkartei (F 17) im Archiv des BStU; ferner BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/18252/60.

In der „Rosenholz“-Kartei sind 2 321 Personen im Objektvorgang „Harz“ erfasst. Von ihnen gehörten 323 zwischen 1949 und 1989 dem Deutschen Bundestag an.⁵¹⁷

Im Objektvorgang „Blau“ (Reg.-Nr. XV/6686/60; bis 1960: Vorgangs-Nummer 111) erfasste die HVA-Abteilung II/2 den Bereich der FDP, unter anderem die FDP-Bundesgeschäftsstelle und den FDP-Bundesvorstand in Bonn, die FDP-Bundestagsfraktion, die Friedrich-Naumann-Stiftung und andere.⁵¹⁸

In der „Rosenholz“-Kartei sind 294 Personen im Objektvorgang „Blau“ erfasst. Von ihnen gehörten 95 zwischen 1949 und 1989 dem Deutschen Bundestag an.⁵¹⁹

Den Objektvorgang zum Bereich der Grünen legte die HVA-Abteilung II/6 1981 an (Deckname: „Grün“; Reg.-Nr. XV/4042/81).⁵²⁰ In der „Rosenholz“-Kartei sind 987 Personen im Objektvorgang „Grün“ erfasst; von ihnen gehörten 78 bis 1989 dem Deutschen Bundestag an.⁵²¹

Aus diesen Objektvorgängen lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass die HV A die Bundestagsabgeordneten in erster Linie als Mandatsträger ihrer jeweiligen Partei wahrnahm. Nicht die Bundestagsabgeordneten als eine parteiübergreifende, einflussreiche Personengruppe standen im Mittelpunkt der HVA-Systematik, sondern die Parteien und ihre maßgeblichen Politiker und Mitarbeiter. Die Bundestagsfraktionen wurden von der HV A als Untergliederungen der jeweiligen Partei registriert und die Abgeordneten demnach als Parteifunktionäre. Gewiss darf man diese formalen Erfassungsverhältnisse nicht überbewerten. Aber sie finden ihre Entsprechung auch in anderen Aktenüberlieferungen. So heißt es in einer MfS-Dissertation über die Grünen ausdrücklich und sachlich falsch, die Bundestagsfraktion der Grünen sei als deren „wichtigstes Parteigremium anzusehen“.⁵²² Und die hier erkennbare Systematik verweist deutlich darauf, dass eine erschöpfende Untersuchung des MfS-Einflusses auf den Deutschen Bundestag die MfS-Präsenz in den jeweiligen Bundestagsparteien mit einbeziehen müsste.

Bemerkenswert sind auch andere Objektvorgänge wie der Vorgang „Partner“. Diesen Vorgang legte die HV A 1983 zu den Parteien der Stadt Bonn an. Sie erfasste darin Mitglieder der verschiedenen Parteien, die (noch) auf der kommunalen Ebene politisch verankert waren. Darunter befand sich der damals knapp 22-jährige Bonner Jurastudent und Bundesvorsitzende der „Jungen Liberalen“ Guido Westerwelle. Die HV A bewies damit politischen Weitblick.⁵²³

⁵¹⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18252/60. Zusätzlich zu den 2 320 Personen sind in Rosenholz weitere 17 Personen erfasst, die aus dem Vorgang XV/18252/60 in einen anderen Vorgang umregistriert wurden.

⁵¹⁸ Vgl. hierzu die Einträge zu den erwähnten Einrichtungen und Gruppen in der sogenannten Feindobjektkartei (F 17) im Archiv des BStU; ferner BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/6686/60.

⁵¹⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/6686/60. Zusätzlich zu den 294 Personen sind in Rosenholz weitere 22 Personen erfasst, die aus dem Vorgang XV/6686/60 in einen anderen Vorgang umregistriert wurden.

⁵²⁰ Die Feindobjektkartei F 17 im Archiv des BStU weist unter diesem Vorgang nur die Bundesgeschäftsstelle der Grünen aus. Die Personenerfassungen in der Rosenholz-Kartei zeigen indes, dass der Objektvorgang „Grün“ auch anderen Einrichtungen und Gruppen wie der Grünen-Fraktion galt.

⁵²¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4042/81. Zusätzlich zu den 987 Personen sind in Rosenholz weitere 29 Personen erfasst, die aus dem Vorgang XV/4042/81 in einen anderen Vorgang umregistriert wurden.

⁵²² BStU, MfS, JHS 20007, Bl. 304 (wie Anm. 82 u. 84).

⁵²³ BStU, Abteilung AR 2, Feindobjektkartei F 17, Vorgang „Parteien der Stadt Bonn“, Reg.-Nr. XV/712/83; BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21 sowie Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/712/83. Der Objektvorgang „Partner“ (so die Bezeichnung in der SIRA-Datenbank), angesiedelt bei der HV A XVI/B/1, lief nur vom 29.4.1983 bis zum 20.8.1985. Rosenholz verzeichnet in diesem Vorgang 40 Personen. Guido Westerwelle wurde bereits Ende 1984 in den Objektvorgang „Junge“ umregistriert und blieb bis 1989 dort erfasst. Den 1963 eröffneten Vorgang „Junge“, Reg.-Nr. XV/3866/63, führte die längste Zeit die HV A II/2, die sich schwerpunktmäßig mit der FDP beschäftigte. Ebenso wie der Objektvorgang zur FDP (Vorgang „Blau“) wurde auch der Vorgang „Junge“ im Februar 1989 bei dem neu gebildeten Referat HV A II/8 registriert (siehe Anm. 510). Der Name des Objektvorgangs sowie die Geburtsjahrgänge vieler der dort erfassten Personen legen die Vermutung nahe, dass die HV A im Vor-

In welchem Umfang die HV A Objektvorgänge zu jenen Parteien führte, die nur in den ersten Wahlperioden im Bundestag vertreten waren (beispielsweise GB/BHE, Zentrum oder DP), wurde im Rahmen des vorliegenden Gutachtens nicht umfassend geprüft. In der Feindobjektkartei F 17, in der zahlreiche HVA-Objektvorgänge nachgewiesen sind, kommen diese Parteien nicht vor. Gleichwohl sind zahlreiche Abgeordnete dieser Parteien für verschiedene Aktenvorgänge in den „Rosenholz“-Karteien erfasst. Im vorliegenden Gutachten werden diese Erfassungen durchgängig berücksichtigt.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Bedeutung der Objekt- und Sicherungsvorgänge mithilfe der „Rosenholz“-Karteien, der Feindobjektkartei und der SIRA-Datenbank der HV A in etlichen Fällen erkannt werden kann. Eine Analyse der Objekt- und Sicherungsvorgänge mithilfe von „Rosenholz“ und SIRA erlaubt zudem gewisse Einblicke in HVA-interne Struktur- und Ordnungsprinzipien. Erkenntnisse über den Umfang der Spionage oder konkrete Informationen über aktive Maßnahmen gegen die Parteien oder ihre Abgeordneten lassen sich daraus jedoch so gut wie nicht gewinnen. So erfährt man mithilfe von „Rosenholz“ über den CDU-Abgeordneten, Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl nichts weiter als die bereits erwähnte lapidare Tatsache, dass er ab 1961 nacheinander in zwei verschiedenen CDU-bezogenen Objektvorgängen mit seinen Personendaten erfasst war.

Exkurs: Objektvorgänge zur Bundestagsverwaltung und zur Sicherungsgruppe Bonn sowie Baupläne des Abgeordnetenhochhauses

Einen Objektvorgang unter der Bezeichnung „Bundestag“ (Reg.-Nr. XV/4196/76) richtete die HVA-Abteilung I/4 im Jahre 1976 ein.⁵²⁴ Im Objektvorgang „Bundestag“ erfasste sie aber keine Abgeordneten, sondern Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung. Die „Rosenholz“-Kartei (F 16) registriert in diesem Objektvorgang 105 Personen, darunter auch den von 1984 bis 1991 amtierenden Direktor beim Deutschen Bundestag, Joseph Bucker.⁵²⁵ Dessen Amtsvorgänger Hans Trossmann (Direktor von 1949 bis 1970) und Helmut Schellknecht (Direktor von 1970 bis 1984) kommen in der „Rosenholz“-Kartei nicht vor.

Für das vorliegende Gutachten wurde nicht geprüft, ob die zuletzt rund 1 900 Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung in anderen HVA-Vorgängen oder sonstigen MfS-Unterlagen erfasst sind und ob das MfS in diesem Personenkreis versuchte, IM zu gewinnen. Dies hätte den Rahmen des vorliegenden Gutachtens gesprengt. Exemplarisch sei hier nur darauf verwiesen, dass die MfS-Hauptabteilung IX/11 in einer Personenakte Dokumente über den Direktor beim Deutschen Bundestag Hans Trossmann zusammenstellte.⁵²⁶ Die 3. Auflage des „Braunbuchs“ von 1968 erwähnt eine Tätigkeit Trossmanns in der „Ghetto-Verwaltung von Litzmannstadt (Lodz)“, wo er zum Oberregierungsrat befördert worden sei. Weitere Angaben macht das „Braunbuch“ dazu nicht.⁵²⁷ Die im Ostteil der Stadt erschienene *Berliner Zeitung* beschrieb Trossmann in einem

gang „Junge“ Daten und Material zu möglichen Nachwuchspolitikern aus dem liberalen Spektrum zusammenzutragen.

⁵²⁴ Die Abteilung I der HV A befasste sich insbesondere mit den zentralen Regierungseinrichtungen wie dem Bundeskanzleramt und den Bundesministerien und führte entsprechende Objekt- und IM-Vorgänge. Nur für das Bundesverteidigungsministerium war die Abteilung IV der HV A zuständig.

⁵²⁵ Im Jahr 1988 hatte die Bundestagsverwaltung 1 874 Mitarbeiter, von denen demnach also nur 5,6 Prozent in dem Objektvorgang „Bundestag“ erfasst waren. Die Mitarbeiterzahl findet sich in *Der Spiegel* 42(1988)48 v. 28.11.1988, S. 21: Bundestag. Verpennte Tage. Einzelne Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung waren in anderen Vorgängen erfasst. Vgl. beispielsweise BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Kartei F 16, Ident-Nummer 75471.

⁵²⁶ BStU, MfS, HA IX/11, PA 304.

⁵²⁷ Braunbuch. Kriege- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. Hg. Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland; Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR. 3. Aufl., Berlin [Ost] 1968, S. 102. Trossmann wird unter der Rubrik „SS-Mörder und Nazi-Führer“ geführt. Als seine Dienststelle wird der „Reichskommissar für die Preisbildung“ angegeben. Insofern passt er nicht in die-

Artikel am 6. März 1969 als fanatischen NS-Anhänger.⁵²⁸ Den Hintergrund des Artikels bildete die am 5. März 1969 erfolgte Wahl Gustav Heinemanns zum neuen Bundespräsidenten. Die Wahl fand in Westberlin statt, was SED und MfS ein Dorn im Auge war, da sie jede Form von Bundespräsenz in Berlin bekämpften. Indem sie Trossmann in dieser Weise darstellte, wollte die DDR-Propaganda den Wahllakt insgesamt in ein politisch fragwürdiges Licht rücken.

Zum unmittelbaren, sicherheitsrelevanten Umfeld des Bundestages gehörte die Sicherungsgruppe des Bundeskriminalamtes in Bonn. Sie stellte unter anderem Begleitschutz und Kraftfahrer für ranghohe Politiker, darunter auch Bundestagsabgeordnete. Das MfS sammelte systematisch Informationen über die Mitarbeiter der Sicherungsgruppe und konnte offenbar in etlichen Fällen die Namen von Begleitschützern und Kraftfahrern den jeweiligen Abgeordneten zuordnen.⁵²⁹

Wie gründlich die HV A die Infrastruktur des Bundestags kannte, zeigt eine der spärlich überlieferten Akten aus dem HVA-Bestand: Sie enthält 13 Originalbaupläne bzw. Dokumentationen der Bundesbaudirektion Berlin und beauftragter Firmen aus den Jahren 1965 bis 1968 für das im Februar 1969 eingeweihte neue Abgeordnetenhochhaus („Langer Eugen“) in Bonn. Die Pläne gingen im August 1969 bei der HV A ein. Sie zeigen Grundrisse einiger Etagen von der Tiefgarage bis zur Cafeteria im 29. Obergeschoss, je einen Quer- und Längsschnitt sowie technische Details wie die Steigstränge, Beleuchtung, Lüftung, und Heizungsräume.⁵³⁰ Die HV A hatte sie von dem Monteur Lorenz Betzing erhalten. Der aus Andernach stammende Betzing, seit März 1969 als IM „Heinz Schaller“ für die HV A erfasst, arbeitete auf mehreren Regierungsbaustellen. Im Jahre 2003 schrieb er rückblickend: „Der Bau des Hochhauses des deutschen Bundestages war für die Genossen nicht so sehr interessant, umso mehr jedoch der Regierungsbunker in Marienthal [...]“⁵³¹ Immerhin reichte Betzing 1973 noch einen Bericht über „die Absicherung des Abgeordnetenhauses in Bonn“ an das MfS nach. Darin beschrieb er verschiedene Sicherheitsmaßnahmen.⁵³²

se Rubrik, in der ansonsten fast durchgängig SS-Führer und Polizeikräfte der verschiedenen Ränge aufgelistet werden. Zum „Braunbuch“ siehe auch Kapitel C. 3.

⁵²⁸ Berliner Zeitung, 6.3.1969: Provokation Bonns entlarvt die Urheber. Als Kopie vorhanden in: BStU, MfS, HA IX/11, PA 304, Bl. 34.

⁵²⁹ Solche Zuordnungen sind in einem Aktenbestand der MfS-Hauptabteilung II (zuständig für Spionageabwehr) überliefert: BStU, MfS, HA II, 41486, insbes. Bl. 35–68; vgl. auch ebenda, Bl. 77–83 u. 243–247. Mitarbeiter der Sicherungsgruppe wurden wie viele andere Mitarbeiter des Bundeskriminalamts durch die HVA-Abteilung IX/C/4 im entsprechenden Objektvorgang „Wiese“, Reg.-Nr. XV/2282/73, erfasst. Vgl. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2282/73.

⁵³⁰ BStU, MfS, HVA 925, Bl. 1–15. Die Dokumente hatte die regionale HVA-Niederlassung in Gera am 6.8.1969 an die Auswertungsabteilung der HV A nach Berlin geschickt. – Zum Bau des „Langen Eugen“, geplant vom Architekten Egon Eiermann, siehe <http://deu.archinform.net/projekte/846.htm#Geschichte> (Stand: 13.6.2012).

⁵³¹ Betzing, Lorenz: Im Regierungsbunker. In: Eichner, Klaus; Schramm, Gotthold (Hg.): Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Mit einem Vorwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Berlin 2003, S. 355–359, hier 359. Ausführlicher zu Betzings Agentenkarriere siehe Amos: Vertriebenenverbände, 2011, S. 244 f. Den IM-Vorgang „Heinz Schaller“ zu Betzing legte die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Gera im März 1969 an. Seit 1967 war er jedoch bereits über seine ebenfalls für die HV A tätige Lebensgefährtin an das MfS angebunden. BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/232/69, sowie Amos: Vertriebenenverbände, 2011, S. 244.

⁵³² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7301767 (Note 3). Andere Informationslieferungen des IM „Heinz Schaller“ betreffend das Abgeordnetenhochhaus sind in der SIRA-Datenbank nicht verzeichnet.

2.5. Die KPD im Deutschen Bundestag

Mit der KPD war von 1949 bis 1953 eine Partei im Parlament vertreten, die programmatisch vollständig mit der SED übereinstimmte und von der SED unterstützt und angeleitet wurde.⁵³³ Wie der Historiker Josef Foschepoth zutreffend formuliert, „ist die KPD nie eine eigenständige Partei gewesen, sondern war vom Wiederaufbau der Partei bis zu ihrem Ende ‚ein integraler Teil der SED‘“.⁵³⁴ Die KPD war somit theoretisch in der Position, der SED eine Innenansicht aus dem Deutschen Bundestag zu vermitteln. Praktisch waren die KPD und ihre Bundestagsabgeordneten aber weitgehend isoliert und gehörten mit Ausnahme des Haushaltsausschusses keinem der relevanten Bundestagsausschüsse an. Im Januar 1952 verlor die KPD im Bundestag zudem ihren Fraktionsstatus und war daher in keinem Ausschuss mehr vertreten.⁵³⁵ Wie der Politikwissenschaftler Jens Ulrich Klocksin herausgearbeitet hat, gab es im ersten Bundestag keine überparteiliche Kooperation mit der KPD. Die konservativen Abgeordneten mieden mit Ausnahme von Helene Wessel auch jeden formellen Kontakt mit den kommunistischen Abgeordneten. Zwischen SPD- und KPD-Abgeordneten existierten noch einige persönliche Kontakte, die aus früherer Zeit herrührten.⁵³⁶ Die KPD-Abgeordneten nutzten den Bundestag, so Klocksin, vor allem als ein Medium für die Öffentlichkeitsarbeit – als „Tribüne [...] zur Agitation, zur Darstellung der eigenen Inhalte“.⁵³⁷ Der Schwerpunkt der politischen Arbeit der KPD lag hingegen im außerparlamentarischen Bereich.⁵³⁸ Foschepoth zufolge bestand die Aufgabe der KPD Anfang der fünfziger Jahre vor allem darin, „die jeweiligen deutschlandpolitischen Positionen der SED zu vertreten und die westdeutsche Bevölkerung gegen das ‚Adenauer-Regime‘ und die ‚Schein-Opposition‘ von Kurt Schumacher zu mobilisieren“.⁵³⁹

Über die 18 Abgeordneten, die zwischen 1949 und 1953 für die KPD im Bundestag saßen, liegen keine MfS-Unterlagen vor, die sich unmittelbar auf ihre Arbeit im Deutschen Bundestag beziehen. In den „Rosenholz“-Unterlagen sind von den KPD-Bundestagsabgeordneten überhaupt nur Heinrich Niebes und Walter Vesper erfasst. Doch in beiden Fällen stand dies nicht im Zusammenhang mit ihrer parlamentarischen Tätigkeit, sondern erfolgte davor oder danach.⁵⁴⁰

⁵³³ Kubina, Michael: „Was in einem Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.“ Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945–1949. In: Wilke, Manfred (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 413–500; Mensing, Wilhelm: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976). Hg. BStU. Berlin 2010, S. 27 u. a. Als Selbstdarstellung und Bilanz siehe Bundestagsfraktion der KPD (Hg.): Kommunisten geben Rechenschaft. 4 Jahre Wirken im Bundestag für das Wohl des Volkes. Mannheim o. J. [1953].

⁵³⁴ Foschepoth, Josef: Rolle und Bedeutung der KPD im deutsch-deutschen Systemkonflikt. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 56(2008)11, S. 889–909, hier 896. Eine Sicht auf die KPD aus der Perspektive der Milieuforschung bietet Kössler, Till: Kaderpartei oder Milieupartei? Die KPD in Westdeutschland 1945 bis 1960. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004. Berlin 2004, S. 131–155. Siehe auch Ders.: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968. Düsseldorf 2005.

⁵³⁵ Klocksin, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945–1956). 2. Aufl., Bonn 1994, S. 282–284.

⁵³⁶ Klocksin: Kommunisten im Parlament, S. 251.

⁵³⁷ Ebenda, S. 274 f.

⁵³⁸ Ebenda, S. 274.

⁵³⁹ Foschepoth: Rolle und Bedeutung, 2008, S. 898.

⁵⁴⁰ Den KPD-Politiker Heinrich Niebes registrierte die HV A am 17.4.1952 in einem nicht näher bezeichneten Vorgang in seiner Eigenschaft als KPD-Mitglied sowie Mitglied der Zentralen Revisionskommission. In den Bundestag rückte Niebes erst am 10.7.1952 als Nachfolger für Walter Vesper nach. Vesper hatte sein Bundestagmandat am 30.6.1952 niedergelegt. Die HV A erfasste Vesper vom 3.5.1952 bis 30.12.1960 in einem eigenen Aktenvorgang, jedoch bereits in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Nationalrats der Nationalen Front der DDR. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recher-

Mehrere KPD-Bundestagsabgeordnete waren in die frühen Spionageaktivitäten der DDR im Westen involviert. Eine zentrale Funktion hatte hierbei Walter Vesper inne. Er war nicht nur von 1949 bis zu seiner Übersiedlung in die DDR 1951 Bundestagsabgeordneter, sondern auch ein leitendes Mitglied des KPD/SED-Nachrichtendienstes („Parteiaufklärung“). Die Parteiaufklärung bildete faktisch einen Vorläufer der HV A. Denn das 1951 gegründete „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF) – so die damalige Bezeichnung der späteren HV A – übernahm nach ihrer Gründung die Quellen der Parteiaufklärung. 1952 unterzog das IWF das Quellennetz einer gründlichen Überprüfung, weil viele der West-Quellen als unzuverlässig galten. Infolge dieser Überprüfung ordnete Walter Ulbricht im August 1952 an, die Arbeit mit den Quellen der „Parteiaufklärung“ zu beenden.⁵⁴¹ Doch mit einigen Quellen führte das IWF bzw. die HV A die Zusammenarbeit zum Teil noch mehrere Jahrzehnte fort.

Am 18. September 1952 legte das IWF seinen Untersuchungsbericht über die Überprüfung der Parteiaufklärung vor.⁵⁴² Jeder einzelne im Westen eingesetzte Agent (Quelle, Resident) wurde darin kritisch beleuchtet.⁵⁴³ Dabei lässt der Untersuchungsbericht Vespers zentrale Stellung deutlich erkennen. Denn Vesper, der bei der Parteiaufklärung den Decknamen „Peter“ führte, rekrutierte viele Quellen und kannte persönlich einen großen Teil des Agentennetzes.⁵⁴⁴ Der Historiker Michael Kubina bezeichnet Vesper als eine der „Schlüsselfiguren“, die spätestens seit 1948 im geheimen Nachrichtenapparat der KPD/SED für die Verbindungen des westdeutschen Apparats zu dem von Bruno Haid geleiteten Abwehrapparat in (Ost-)Berlin zuständig waren.⁵⁴⁵ Mit anderen Worten: In der Person Vespers saß ein wichtiger Funktionär der frühen DDR-Westspionage im Deutschen Bundestag.

Folgt man dem Untersuchungsbericht des IWF, zählten auch der Bundestagsabgeordnete Oskar Müller (KPD-Landesvorsitzender in Hessen 1948/49) und der stellvertretende KPD-Vorsitzende Kurt Müller zum Apparat der Parteiaufklärung.⁵⁴⁶ Heinrich Niebes fungierte unter dem Decknamen „Hermann“ als Verbindungsmann zwischen zwei Agenten der Parteiaufklärung. Als er am 10. Juli 1952 für den ausgeschiedenen Walter Vesper in den Bundestag nachrückte, übte er diese Tätigkeit bereits nicht mehr aus.⁵⁴⁷

Sofern KPD-Bundestagsabgeordnete ansonsten in MfS-Unterlagen erfasst sind, wurden diese meistens erst Jahre oder Jahrzehnte später angelegt.

In den sechziger Jahren interessierte sich zum Beispiel die MfS-Abteilung IX/11 für die Biografien der früheren KPD-Bundestagsabgeordneten während der NS-Zeit. Eine andere MfS-Abteilung, das „Büro der Leitung II“ (ab 1980: MfS-Hauptabteilung II/19), war dafür zuständig

che zu Heinrich Niebes und Walter Vesper. Vesper war schon 1951 in die DDR übergesiedelt, leitete von 1951 bis 1959 die Westarbeit des Nationalrats der Nationalen Front der DDR, vertrat von 1959 bis 1961 die DDR als Botschafter in Budapest und von 1961 bis 1965 in Prag. Vgl. Bock, Siegfried; Muth, Ingrid; Schwiesau, Hermann (Hg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Daten, Fakten, Personen (III). Münster 2010, S. 360. Siehe auch Amos: Westpolitik, 1999, S. 114 f., darin biografische Angaben zu Vesper auf der Grundlage seiner Kaderakte und weiterer im SED-Archiv befindlicher Unterlagen. Über die anderen KPD-Bundestagsabgeordneten liegen in Rosenholz keine namentlichen MfS-Erfassungen aus den Jahren bis 1953 vor.

⁵⁴¹ Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 22–24; Müller-Enbergs bezieht sich hier auf den Bericht „Die Arbeit mit der ehemaligen Parteiaufklärung der SED von Oktober 1951 bis August 1952“ vom 26.9.1952. In: BStU, MfS, HA II/6, 1158, Teil 2, Bl. 529–553; Ulbrichts Anweisung Bl. 551. Siehe auch Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 23–25.

⁵⁴² [Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung, Abt.] A1: Zusammenfassender Bericht über die Untersuchung des ehemaligen Nachrichtenapparates der Partei und über dessen Abwicklung [v. 18.9.1952]; BStU, MfS, HA II/6, 1158, Teil 1, Bl. 48–212.

⁵⁴³ Zitate aus dem Untersuchungsbericht zu den MdB Graf und Schmidt-Wittmack werden unten, S. 235–238, wiedergegeben.

⁵⁴⁴ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 30, 33, 49, 54 f., 61, 65, 68, 109 f., 118, 128, 131, 133, 140, 149, 157–159, 162, 169, 171, 196 u. 200.

⁵⁴⁵ Kubina: „Was in einem Teil verwicklicht werden kann ...“, 1998, S. 471.

⁵⁴⁶ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 109 f., 123, 198, 200 u. 205.

⁵⁴⁷ Ebenda, Bl. 175 u. 210.

KPD- und DKP-Funktionäre zu unterstützen. Zu diesem Zweck verzeichnete sie in späteren Jahren einige der früheren Abgeordneten in Sicherungsvorgängen. Die Sicherungsvorgänge trugen so sprechende Namen wie „Avantgarde“, „Offensive“ oder „Die Unbesiegbaren“.⁵⁴⁸

Bemerkenswert sind die Lebensläufe der KPD-Abgeordneten nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag: Neun von ihnen siedelten für längere Zeit oder ständig in die DDR über: Willi Agatz, Robert Leibbrand, Otto Niebergall, Hugo Paul, Max Reimann, Heinz Renner, Gertrud Strohbach, Grete Thiele und Walter Vesper. Friedrich Rische wurde 1956 in der Bundesrepublik zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, Walter Fisch 1958 zu drei Jahren. Beiden wurde Hochverrat vorgeworfen. Oskar Müller, Hugo Paul und Heinz Renner wurden in der Bundesrepublik kurzzeitig inhaftiert; Renners Wiedergutmachungsleistungen, die er als NS-Verfolgter nach dem Bundesentschädigungsgesetz bezog, wurden ihm 1959 aberkannt und eine bereits ausgezahlte Kapitalentschädigung mit der Begründung zurückgefordert, dass er die freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpfe. Renner hatte zuvor als Unabhängiger bei den Landtagswahlen 1958 in Nordrhein-Westfalen kandidiert. Gustav Gundelach, der von 1946 bis 1948 dem SED-Parteivorstand angehört hatte und etwa zur gleichen Zeit auch Vorsitzender der KPD-Landesleitung Hamburg war, setzte nach dem KPD-Verbot 1956 die Parteiarbeit in der Illegalität fort und versuchte 1961 vergeblich, als Einzelbewerber für den Bundestag zu kandidieren. Kurt Müller wurde im März 1950 in die DDR gelockt, dort festgenommen, brutalen Verhören unterzogen und bis Oktober 1955 in DDR-Gefängnissen inhaftiert.⁵⁴⁹

Somit nahm die KPD-Fraktion als westdeutscher Zweig der SED eine Sonderstellung im Parlament ein. Das MfS musste diese Partei nicht geheimdienstlich unterwandern, sondern allenfalls ideologisch überwachen und gegen Abweichler vorgehen sowie die Partei vor Eingriffen der bundesdeutschen Behörden schützen.

2.6. IMA- und OPK-Registrierungen: Die Bandbreite möglicher Interpretationen

2.6.1. Einführung

Die spannenderen Daten in „Rosenholz“ beziehen sich auf jene Vorgänge, zu denen die HV A IM-Akten anlegte. Denn in diesen Fällen lassen die „Rosenholz“-Karteien, zumal in Verbindung mit Daten aus der SIRA-Datenbank, möglicherweise tiefere Einblicke in die Spionagetätigkeit der HV A zu. Und sofern Abgeordnete als IM für die HV A tätig waren, finden sich hier die entscheidenden Hinweise. Dennoch können die Karteikarteneinträge die weitgehende Beseitigung der IM-Akten nicht kompensieren.

Wie bereits dargelegt, wurden 132 Abgeordnete in IM-Vorgängen registriert. Das bedeutet in den meisten Fällen aber nicht, dass sie IM gewesen sind. Feststellen kann man zunächst nur, dass in der Namenskartei (Kartei F 16) von „Rosenholz“ 132 Abgeordnete mit ihren persönlichen Da-

⁵⁴⁸ BStU, MfS, Kartei F 22, Reg.-Nr. XV/2426/62 („Avantgarde“), XV/3213/63 („Die Unbesiegbaren“), XV/835/69 („Offensive“) sowie BStU, MfS, A-SiVo 16360/91, A-SiVo 16740/91, A-SiVo 21993/91. Diese Sicherungsvorgänge wurden von der MfS-Abteilung „Büro der Leitung II“ (BdL II) geführt. 1980 übernahm das neu gebildete Referat 19 der MfS-Hauptabteilung II die Aufgaben der BdL II. In den Vorgängen „Avantgarde“ und „Offensive“ waren unter anderem die ehemaligen KPD-Abgeordneten Rische und Thiele erfasst.

⁵⁴⁹ Siehe hierzu die Einträge in den „Biographischen Datenbanken“ der „Stiftung Aufarbeitung“. Außerdem: Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968. Frankfurt/M. 1978, S. 94 f., 296 f.; Schumacher, Martin (Hg.): M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 2000, hier Onlineversion unter <http://www.kgparl.de/online-volksvertretung/online-mdb.html> (Stand: 10.8.2012), Einträge zu den genannten Namen; zu Kurt Müller auch in diesem Gutachten, S. 311.

ten erfasst sind und die Registriernummer auf der jeweiligen Karteikarte zu einem IM-Aktenvorgang führt, der auf einer Karteikarte F 22 nachgewiesen ist.

In der Aktenordnung der HV A sind die verschiedenen Typen von Akten beschrieben, die bei der HV A genutzt wurden.⁵⁵⁰ Unter anderem gab es die Aktenarten „IM-Akte A“ (IMA) und „IM-Akte B“ (IMB). Die IM-Akte A wurde zu klassischen IM angelegt, beispielsweise zu Quellen, Residenten, Führungs-IM und Werbern. Unter den Quellen befanden sich auch Personen, die von der HV A nachrichtendienstlich abgeschöpft wurden, ohne den wahren Hintergrund zu kennen.⁵⁵¹ Bis 1988 registrierte die HV A zudem auch Kontaktpersonen in IM-Akten A. Erst im Laufe des Jahres 1988 führte die HV A den Aktentyp „Kontaktperson-Akte“ (KPA) ein.⁵⁵² In den überlieferten „Rosenholz“-Unterlagen sind keine KPA-Vorgänge nachgewiesen, weil die überlieferte „Rosenholz“-Vorgangskartei (F 22) zeitlich nur bis zum 5.1.1988 reicht.⁵⁵³ Das bedeutet, die in „Rosenholz“ nachgewiesenen IM-Akten beziehen sich teilweise auch auf Kontaktpersonen, obwohl Kontaktpersonen gemäß HVA-Definition keine IM waren und im Regelfall unbemerkt „abgeschöpft“ wurden.⁵⁵⁴

IM-Akten A und IM-Akten B unterschieden sich in ihrer Gliederung. IM-Akten A bestanden im Regelfall aus Personalakte (= Teil I), Arbeitsakte (= Teil II) und Beiakte zur Personalakte (= Teil III). In der Arbeitsakte wurden vor allem Berichte und Informationen des IM sowie Treffberichte und Maßnahmepläne aufbewahrt.⁵⁵⁵ Auf den Vorgangskarteikarten (F 22) in „Rosen-

⁵⁵⁰ HVA-Aktenordnung, ediert in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie Anm. 502), S. 830–857. Gemäß dieser Aktenordnung gab es bei der HV A 1988 folgende Aktenarten: IM-Akte A, IM-Akte B, GMS-Akte, OPK-Akte, IM-Vorlauf, Kontaktperson-Akte, Sicherungsvorgang, Residenturakte, Objektvorgang, Akte „KO/DDR (ohne Personen)“, Personalnebenakte (zu Offizieren im besonderen Einsatz (OibE)).

⁵⁵¹ Siehe hierzu die Definition des Begriffs „Quelle“ in der MfS-Richtlinie 2/68 „für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet“, Januar 1968. Veröffentlicht in Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 352–388, insbes. 355; demnach konnten Quellen „unter Kenntnis des tatsächlichen Bezugspartners, unter Legende oder fremder Flagge“ geführt werden. Ebenso in der Nachfolgebestimmung aus dem Jahre 1979, der IM-Richtlinie 2/79 nebst Kommentaren, veröffentlicht in: ebenda, insbes. S. 481, 559 u. 580.

⁵⁵² HVA-Aktenordnung (wie Anm. 502); BStU, MfS, HVA 797, Bl. 8 u. 28 f.

⁵⁵³ Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 69. Da die SIRA-Teildatenbank 21 Einträge bis zur Jahresmitte 1989 enthält, finden sich dort noch rund 100 Akten zu Kontaktpersonen nachgewiesen.

⁵⁵⁴ In der am 8.12.1979 von Erich Mielke erlassenen IM-Richtlinie 2/79 wurden Kontaktpersonen so definiert: „Als Kontaktpersonen werden Bürger aus dem Operationsgebiet bezeichnet, zu denen eine stabile Beziehung unterhalten wird; die über Zugang zu operativ bedeutsamen Informationen bzw. über Möglichkeiten zur aktiven politischen Einflussnahme verfügen; die relativ beständig abgeschöpft, zur Durchführung aktiver Maßnahmen genutzt und zu anderen operativen Handlungen veranlasst werden, ohne dass sie den nachrichtendienstlichen Charakter dieser Tätigkeit kennen oder durch die Anwendung spezifischer operativer Mittel und Methoden bestätigt erhalten; deren Werbung als IM aus politischen, operativen oder anderen Gründen nicht möglich, zweckmäßig oder notwendig ist. [...]“ Zit. in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 507 f. Die IM-Richtlinie 2/79 grenzte ebenso wie die zuvor gültige IM-Richtlinie 2/68 von Januar 1968 die Kontaktperson ausdrücklich vom IM ab. In der IM-Richtlinie 2/68 hieß es deshalb kurz und deutlich: „Kontaktpersonen sind *keine* Inoffiziellen Mitarbeiter (IM)“; zit. in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 358; Hervorhebung im Original. Beide Richtlinien sahen aber auch die Möglichkeit vor, Kontaktpersonen nach einiger Zeit und unter bestimmten Voraussetzungen als IM anzuwerben. Die IM-Richtlinie 2/68 bezeichnet Kontaktpersonen daher auch als „Werbekandidaten“. Sie sah in bestimmten Fällen die Möglichkeit vor, einer Kontaktperson den „tatsächlichen Beziehungspartner“ zu offenbaren; dies war in der IM-Richtlinie 2/79 nicht mehr vorgesehen. Die IM-Richtlinie 2/79 sah Kontaktpersonen aber unter bestimmten Bedingungen als IM-Vorstufe an: „Die Arbeit mit KP kann im Falle des Heranreifens der dafür erforderlichen Voraussetzungen in ihre Werbung als IM einmünden.“ Zit. in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 358 u. 508.

⁵⁵⁵ Aktenordnung der HV A, ediert in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie Anm. 502), S. 834 f.

holz“ ist meistens angegeben, wie viele Aktenbände zu einem Vorgang angelegt wurden. Je mehr Arbeitsakten (Berichtsakten) in einem Vorgang angelegt wurden, desto ergiebiger dürfte der entsprechende IM-Vorgang im Regelfall gewesen sein. Die Aktenordnung der HV A schrieb außerdem vor, dass zu IM-Vorläufen ein Teil I einer IM-Akte A anzulegen sei.⁵⁵⁶ Einen IM-Vorlauf legte die HV A zu Personen an, über die sie Informationen sammelte mit dem Ziel, sie gegebenenfalls als IM anzuwerben. Das bedeutet, eine IMA-Erfassung kann in „Rosenholz“ auch zu sogenannten Werbekandidaten vorliegen, und zwar auch dann, wenn die HV A nie direkt an den „Werbekandidaten“ herangetreten war.

IM-Akten B bestanden nur aus einem Teil, und zwar einer „kombinierten Personal- und Arbeitsakte“.⁵⁵⁷ Sie wurden zu solchen IM angelegt, die im Normalfall keine Berichte lieferten, sondern einen Teil der geheimdienstlichen Infrastruktur bildeten, indem sie eine konspirative Wohnung für geheimdienstliche Treffen oder eine Deckadresse zur Verfügung stellten.

Vereinfachend wird oft von IMA- und IMB-Vorgängen gesprochen, wenn IM-Akten A und IM-Akten B gemeint sind. So auch in diesem Gutachten. Das ist unproblematisch, sofern darauf geachtet wird, dass diese Abkürzungen nicht mit falschen Bedeutungsinhalten gefüllt werden. Die Abkürzung „IMA“ findet sich auch auf den Statistikbögen, die Teil der „Rosenholz“-Überlieferung sind. Dort steht sie aber für eine bestimmte IM-Kategorie, und zwar für den „IM für besondere Aufgaben“. Die Abkürzung „IMB“ bezeichnet bei vielen MfS-Dienststeinheiten, nicht jedoch bei der HV A, die besonders hochkarätigen „IM mit Feindverbindung“.⁵⁵⁸

Ein weiteres Merkmal der IMA- und IMB-Vorgänge besteht darin, dass oftmals mehrere Namenskarteikarten (F 16) die gleiche Registriernummer tragen. Sie verweisen dann alle auf denselben Aktenvorgang, der in der Vorgangskartei (F 22) dokumentiert ist. Das bedeutet, dass in einer IM-Akte der HV A oft mehrere Personen erfasst wurden. Im Regelfall war nur eine dieser Personen IM oder Kontaktperson.⁵⁵⁹ Die übrigen Personen unter der gleichen Registriernummer gehörten lediglich zum Umfeld des IM: Das konnten nahe Angehörige sein, aber auch Kollegen, Bekannte und regelmäßige Gesprächspartner. Häufig wurden diese Personen von dem IM ausgehört, also „abgeschöpft“.

Aus dem bisher Dargelegten wird deutlich, welche Probleme sich auftun, wenn man die IMA- und IMB-Aktenerfassungen zu den betreffenden 132 Bundestagsabgeordneten analysieren möchte. In jedem einzelnen Fall ist zu prüfen, ob der Bundestagsabgeordnete die Hauptperson des IM-Vorgangs war, oder ob er in dem entsprechenden IM-Vorgang nur erfasst wurde, weil er zum Umfeld eines IM gehörte. In vielen Fällen, dies sei hier schon vorweggenommen, verhielt es sich tatsächlich so, dass Abgeordnete lediglich zu einem Aktenvorgang eines IM hinzuregistriert wurden. Sofern der Abgeordnete die Hauptperson des IM-Aktenvorgangs war, ist danach zu fragen, ob er IM oder Kontaktperson oder ein „Werbekandidat“ war. Diese verschiedenen möglichen Bedeutungen werden nachfolgend für alle 132 Abgeordneten analysiert.

Doch schon an dieser Stelle ist eine Schlussfolgerung möglich und geboten: Der rein statistische Befund, wonach 132 Abgeordnete in IM-Aktenvorgängen der HV A registriert waren, ist eine nichtssagende Zahl. Sie ist ebenso nichtssagend wie die seit dem Jahre 2006 häufig genannte Zahl von 49 Abgeordneten, die in der 6. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (1969 bis 1972) in IM-Aktenvorgängen der HV A registriert waren. Sofern mit dieser Zahl suggeriert werden sollte, dass in beachtlichem, ja beängstigendem Ausmaß Bundestagsabgeordnete für die HV A tätig waren, handelt es sich um eine irreführende und sachlich falsche Aussage. Sofern diese Zahl jedoch dahingehend interpretiert wurde, es handele sich um jene Abgeordneten, die besonders im

⁵⁵⁶ Ebenda, S. 831.

⁵⁵⁷ Ebenda, S. 835 f.

⁵⁵⁸ IMB wurden von den sogenannten Abwehrdienststeinheiten des MfS eingesetzt, also den Abteilungen, die schwerpunktmäßig innerhalb der DDR aktiv waren. IMB hatten direkten Kontakt zu Menschen, die vom MfS bearbeitet und verfolgt wurden, und oft setzte das MfS die IMB für direkte Maßnahmen gegen die betroffenen Menschen ein.

⁵⁵⁹ Eine immer wiederkehrende Ausnahme gab es bei Ehepaaren, bei denen beide Ehepartner IM waren und im selben Vorgang erfasst waren.

Visier der HV A standen, ist dies ebenso falsch. Denn im Visier der HV A standen weitaus mehr Abgeordnete als nur jene 49 oder 132, die in IM-Aktenvorgängen erfasst waren.

2.6.2. IM im Umfeld von Bundestagsabgeordneten

Bei 52 der 132 Bundestagsabgeordneten, die in einem IM-Aktenvorgang der HV A registriert waren, lässt sich die Karteikartenerfassung einfach erklären. Diese 52 Abgeordneten gehörten in der Regel zu den Umfeld-Personen eines IM und wurden in der jeweiligen IM-Akte mit erfasst. Was das praktisch bedeutete, variierte von Fall zu Fall. Die Abgeordneten konnten von dem jeweiligen IM ausspioniert werden; der IM konnte den Auftrag haben, den Abgeordneten als Informanten zu gewinnen; die gemeinsame Erfassung konnte aber auch nur auf einer beruflichen oder privaten Verbindung zwischen IM und Abgeordnetem beruhen, ohne dass diese Verbindung schon geheimdienstlich relevant geworden wäre.

Ein inzwischen bekanntes Beispiel ist der IMA-Vorgang „Anna“. Wie man der Vorgangskarteikartei (F 22) in „Rosenholz“ entnehmen kann, eröffnete die HV A den IMA-Vorgang mit der Registriernummer XV/2873/62 im Jahre 1962. Bis Mitte der achtziger Jahre füllte „Anna“ zwölf Berichtsakten. In der Namenskartei (F 16) von „Rosenholz“ findet man 29 Karteikarten mit der Registriernummer XV/2873/62. Aufgrund zahlreicher Indizien und Selbstzeugnisse ist seit Langem bekannt, dass es sich bei „Anna“ um Johanna Olbrich handelte. Olbrich arbeitete von 1974 bis 1985 unter dem Namen Sonja Lüneburg als Sekretärin für den FDP-Politiker, Bundestagsabgeordneten und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann.⁵⁶⁰ Tatsächlich lautet die erste Namenskarteikarte, die die HV A unter der Registriernummer XV/2873/62 anlegte, auf den Namen Johanna Olbrich. Im Laufe der folgenden Jahre kamen weitere Namenskarteikarten hinzu. Sie enthielten Daten von Personen aus Olbrichs Umfeld sowie Scheinidentitäten für ihre gefälschten Personalpapiere. Die Datierung ist stets ein wichtiges Indiz, um die Hauptperson des jeweiligen Aktenvorgangs festzustellen: Diejenige Person, für die zuerst eine Namenskarteikarte angelegt wurde, war im Regelfall die Hauptperson des Vorgangs. Die Personen, deren Namenskarteikarten später angelegt wurden, wurden als Umfeld-Personen oder aus anderen Gründen hinzuregistriert.⁵⁶¹ Die in „Rosenholz“ vorhandene Namenskarteikarte zu Martin Bangemann wurde am 13. August 1984 angelegt.

Johanna Olbrich (IM „Anna“) hatte als Sekretärin Martin Bangemanns über lange Zeit hinweg die Möglichkeit, ihn auszuspionieren. Es ist deshalb nicht überraschend, dass Bangemann, als eine Zielperson der HVA-Spionage, im IM-Vorgang „Anna“ mit erfasst ist.

„Rosenholz“ lässt indes auch Fragen unbeantwortet: So bleibt unklar, weshalb die Karteikarte zu Bangemann erst 1984 angelegt wurde, obwohl er bereits viel länger von Johanna Olbrich alias Sonja Lüneburg ausspioniert wurde – ausweislich der SIRA-Teildatenbank 12 seit 1975. Und es bleibt unklar, weshalb in vergleichbaren Konstellationen die ausspionierte Person und der IM nicht im selben Vorgang erfasst waren. So sind beispielsweise der Kanzleramtsspion Günter Guillaume und der damalige Bundeskanzler Willy Brandt nicht im selben Vorgang erfasst.

Im IM-Vorgang von Günter Guillaume wurde hingegen die SPD-Abgeordnete Brigitte Freyh mit erfasst.⁵⁶² Die überlieferten MfS-Unterlagen geben keinen Hinweis darauf, weshalb die HV A die Abgeordnete Freyh dem Umfeld von Guillaume zuordnete.

Man müsste in jedem einzelnen Fall genau prüfen, weshalb die HV A einen Abgeordneten dem Umfeld eines IM zurechnete. Dafür wäre es erforderlich, die damaligen Abgeordneten oder aber die IM zu befragen oder andere Archive heranzuziehen, etwa die Archive der Bundestagsparteien bei den jeweiligen Parteistiftungen oder auch gut geführte Zeitungsarchive. Doch das kann im Rahmen dieses Gutachtens nicht geleistet, sondern nur angeregt werden. In einigen Fällen können die Verbindungen zwischen IM und Abgeordneten bereits so eng gewesen sein, dass die HV A unmittelbar davon profitierte, in anderen Fällen arbeitete die HV A womöglich erst

⁵⁶⁰ Siehe Anm. 146.

⁵⁶¹ Siehe hierzu auch Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 89 f.

⁵⁶² BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/19142/60.

daran, einen Kontakt aufzubauen. Sofern für die jeweiligen IMA-Vorgänge Informationslieferungen in der SIRA-Datenbank verzeichnet sind, können diese Informationen daraufhin geprüft werden, ob Abgeordnete im Rahmen dieser IMA-Vorgänge von IM abgeschöpft wurden.

Was lässt sich über die IM aussagen, in deren Akten die Abgeordneten mit erfasst waren? Man kann sie in mehrere Gruppen unterteilen:

2.6.2.1. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen von DDR-Bürgern mit erfasst wurden

In 19 Fällen wurden Abgeordnete in den IMA-Vorgängen von DDR-Bürgern, in einem weiteren Fall in einem IMB-Vorgang, mit erfasst. Bei diesen DDR-Bürgern handelte es sich um Hochschullehrer, Journalisten, Parteifunktionäre, in der DDR lebende Familienangehörige der Abgeordneten und je einen Diplomaten und einen Richter. Sofern sie überhaupt direkten Kontakt mit den Abgeordneten pflegten, traten sie ihnen offen als DDR-Bürger gegenüber, verheimlichten aber ihre geheimdienstliche Anbindung. Im Einzelnen wurden auf diese Weise die folgenden Abgeordneten in den IM-Vorgängen von DDR-Bürgern mit erfasst: Claus Arndt (SPD), Lucie (Kurlbaum-)Beyer (SPD), Lenelotte von Bothmer (SPD), Hugo Brandt (SPD), Johannes Brockmann (Zentrum), Herta Däubler-Gmelin (SPD), Dietrich Keuning (SPD), Elfriede Klemmert (CDU), Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg (FDP, ab 1957 DP/FVP), Rolf Merker (FDP), Erich Meyer (SPD), Wilhelm Nöbel (SPD), Dieter Schanz (SPD), Klaus-Peter Schulz (SPD, ab 1971 CDU), Ulrich Steger (SPD), Rudolf Vogel (CDU), Roland Vogt (Grüne), Karsten D. Voigt (SPD), Oskar Wacker (CDU) und Rudolf Werner (CDU).⁵⁶³ Die IMA-Erfassung des SPD-Abgeordneten Dieter Schanz stellt eine Besonderheit dar, weil die HV A seine Personendaten ohne sein Wissen für einen DDR-IM einsetzte.⁵⁶⁴ Es kann an dieser Stelle nicht auf jeden einzelnen Abgeordneten eingegangen werden. Einige Zusammenhänge werden in anderen Kapiteln dieses Gutachtens dargestellt.⁵⁶⁵

Bei dem erwähnten DDR-Diplomaten handelte es sich um den Wissenschaftler und zeitweiligen Ersten Sekretär der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Klaus Zechmeister. Ihn verzeichnete die HV A seit 1960 in dem IMA-Vorgang „Kolbe“.⁵⁶⁶ Bemerkenswert ist unter anderem, dass nur die SPD-Abgeordneten von Bothmer und Voigt zu dem IMA-Vorgang „Kolbe“ hinzuregistriert wurden, obwohl Zechmeister mit sehr viel mehr Abgeordneten Gesprächskontakte pflegte, etwa zu dem SPD-Abgeordneten Björn Engholm und zu den CDU-Abgeordneten Manfred Abelein, Werner Marx, Gerhard Reddemann und Olaf von Wrangel.⁵⁶⁷ Im Falle von Karsten

⁵⁶³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu den Vorgängen, zu denen die hier aufgezählten MdB hinzuregistriert worden waren: XV/12117/60 (Arndt); XV/13994/60 ((Kurlbaum-)Beyer); XV/2792/60 (Bothmer); XV/279/70 (Brandt); XV/18849/60 (Brockmann); XV/2477/74 (Däubler-Gmelin); XV/821/61 (Keuning); XV/15936/60 (Klemmert, hier unter ihrem Geburtsnamen Hamelbeck verzeichnet); XV/16034/60 (Löwenstein); XV/2735/78 (Merker); XV/11230/60 (Meyer); XV/2958/76 (Nöbel); XV/18497/60 (Schulz; die Karteikarte F 16 liegt nicht in Rosenholz vor, sondern in der zentralen MfS-Namenskartei); XV/2878/68 (Steger; die Karteikarte F 16 liegt nicht in Rosenholz vor, sondern in der zentralen MfS-Namenskartei); XV/19133/60 (Vogel); XV/248/83 (Vogt); XV/2792/60 (Voigt); XV/18896/60 (Wacker); VIII/6872/60 (Werner). Zum IMA-Vorgang VIII/6872/60 ist die Akte im Archiv überliefert. Sie legt die Annahme nahe, dass ein Hallenser Arzt unter dem Decknamen „Erich Wolf“ auf Rudolf Werner angesetzt wurde; siehe hierzu Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, Kap. 5.2, S. 82. Bei Keuning und Löwenstein bleibt unklar, ob die im Vorgang verzeichneten DDR-Bürger in direktem Kontakt mit den Abgeordneten standen oder ob die Kontaktaufnahme nur vorgelesen war. Ulrich Steger wurde in einem IMB-Vorgang mit erfasst.

⁵⁶⁴ Ausführlicher zu Schanz und dem Missbrauch seiner persönlichen Daten durch die HV A siehe S. 309.

⁵⁶⁵ Zu Brockmann, Klemmert, Vogel und Wacker siehe die Fallstudie zu dem HVA-Überläufer Max Heim, Kapitel 2.8., S. 249 ff.

⁵⁶⁶ Siehe Anm. 339.

⁵⁶⁷ Siehe S. 103. Abelein, Reddemann und Wrangel sind in den Rosenholz-Unterlagen im Objektvorgang „Schwarz“ zur CDU/CSU registriert. Marx ist in den Rosenholz-Unterlagen überhaupt nicht erfasst, obwohl seine Mitarbeiterin Inge Goliath mehrere Jahre für die HV A spionierte. Besuche Engholms bei Zechmeister in Ostberlin dokumentierte das MfS mehrfach. Vgl. BStU, MfS, HA VI, 3077, Bl. 2 f.; ZOS

Voigt hat der Journalist Uwe Müller bereits im Jahr 2006 darüber berichtet, dass zudem in den umfangreich vorhandenen SED-Unterlagen die Verbindungen Voigts zu führenden SED-Funktionären wie Hermann Axen und Egon Krenz detailliert dokumentiert sind.⁵⁶⁸ Diese Gesprächskontakte bilden sich in „Rosenholz“ nicht ab.

Der Aktenvorgang, in dem der FDP-Abgeordnete Rolf Merker mit erfasst ist, hat sich erhalten, da er von der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig geführt wurde, also einer regionalen Zweigstelle der HV A. Da sich das Bürgerkomitee Leipzig 1990 beharrlich und erfolgreich weigerte, die Akten der Abteilung XV an die staatlichen Stellen herauszugeben, sind sie der allgemeinen Aktenvernichtung durch die HV A entgangen und bieten wertvolle Einblicke in die Spionageaktivitäten sowie in die Verbindung von Inlands- und Auslandsarbeit der HV A.⁵⁶⁹ Merker wurde 1978 von der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig im IMA-Vorgang „Brocken“ mit erfasst. Hauptperson dieses Vorgangs war der Hochschullehrer, Wirtschaftswissenschaftler und zeitweilige Prorektor der Karl-Marx-Universität Leipzig, Horst Stein. Stein war bereits seit 1967 und bis etwa Mitte der siebziger Jahre als Reisekader von der SED-Bezirksleitung Leipzig regelmäßig in die Bundesrepublik geschickt worden, um politische Gespräche zu führen und sich um West-Genossen zu kümmern. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre lernte er im Rahmen seiner Ost-West-Kontakte die beiden jungen FDP-Mitglieder Rolf Merker und Jürgen Hinrichs kennen. Hinrichs war Vorsitzender der Jungdemokraten in Ostwestfalen-Lippe, Merker gehörte ebenfalls zum Führungskreis der dortigen Jungdemokraten. Sie trafen Horst Stein, als sie damals zu einer Begegnung mit der FDJ in die DDR reisten. Ihr FDP-Bezirksgeschäftsführer drohte ihnen vor ihrer Abreise, wenn auch nicht ganz ernsthaft, mit einem Parteiausschluss. Horst Stein pflegte diese Kontakte in den Folgejahren und reiste zu Gegenbesuchen nach Nordrhein-Westfalen. 1978 wurde offenbar die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig auf Stein aufmerksam und warb ihn ausweislich der überlieferten MfS-Unterlagen am 11. April 1978 als IM an.⁵⁷⁰

Etwa im August 1978 wurde Merker, der am 20. April 1978 in den Bundestag nachgerückt war, zu dem Vorgang „Brocken“ hinzuregistriert. Insgesamt sind laut „Rosenholz“ vier Personen darin erfasst: Die Hauptperson Horst Stein und zwei weitere Leipziger, sowie Merker als einziger Bundesdeutscher.⁵⁷¹ In den Akten sind mehrere Begegnungen und Gespräche zwischen Stein und Merker zwischen 1978 bis 1983 dokumentiert. In diesem Zeitraum kam es jährlich zu einer oder zwei Begegnungen, was eine kontinuierliche, aber nicht allzu intensive Verbindung bedeutete.⁵⁷² Unter anderem liegen Treffpläne und Gesprächsprotokolle vor. Stein reiste demnach immer wieder unter dem Vorwand kurzer wissenschaftlicher Arbeitsaufenthalte oder ähnlicher Legen-

2228, Bl. 31 f. Im Vorgang „Kolbe“ liegen insgesamt 9 Personenkartekarten vor, davon gehören mindestens 3 zu Zechmeister und seinem persönlichen Umfeld, ferner sind neben von Bothmer und Voigt noch ein Bonner Verlagsangestellter und ein Westberliner Soziologe erfasst.

⁵⁶⁸ Müller, Uwe: Die Stasi-Datei und SPD-Mann Voigt. In: Die Welt v. 14.8.2006; im Internet unter <http://www.welt.de/print-welt/article235628/Die-Stasi-Datei-und-SPD-Mann-Voigt.html> (Stand: 8.10.2012).

⁵⁶⁹ Über die Bedeutung der Abteilungen XV für die Auslandsspionage informierten schon 1991 Rita Sélitrenny und Thilo Weichert mit ihrem in Leipzig erschienenen Dokumentenband „Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi“. Sie analysieren und publizieren darin aus dem Bestand der Leipziger Abteilung XV zahlreiche Dokumente, die die Arbeit und die Methoden der gesamten HV A zum Inhalt haben. Die Abteilungen XV trugen auch erheblich zum Informationsaufkommen der HV A bei. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet 112 740 Informationen, die die zentralen Abteilungen der HV A erlangt hatten, und 20 965 Informationen, die von den Abteilungen XV beschafft worden waren (die übrigen Informationen erhielt die HV A von den Abwehrdienstleistungen des MfS und von verbündeten Geheimdiensten).

⁵⁷⁰ BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2323/91, hellbraune Mappe, Bl. 26–33. Ebenda, dunkelgrüne Mappe, Bl. 42 f. Außerdem telefonische Auskunft von Jürgen Hinrichs an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt am 18.6.2012. Ein in der Akte, Bl. 42 f., angesprochener Zusammenhang der ersten Begegnung Steins im Rahmen einer Städtepartnerschaft zwischen Schmölln und Lemgo ist Hinrichs nicht erinnerlich und auch eher unwahrscheinlich. Offizielle innerdeutsche Städtepartnerschaften existierten erst seit 1986.

⁵⁷¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2735/78.

⁵⁷² Siehe Anm. 575.

den in die Bundesrepublik und vereinbarte bei diesen Gelegenheiten Treffen mit Merker und anderen. In einem Treffplan vom 30. März 1981 bezeichnete es der zuständige Leipziger MfS-Offizier als Ziel der kommenden Begegnung Steins mit Merker, einen „stabileren Abschöpfkontakt“ aufzubauen.⁵⁷³ Merker wurde in den MfS-Akten ohne sein Wissen mit dem Decknamen „Mars“ versehen und einmal ausdrücklich als „Kontaktperson“ charakterisiert, und zwar im Jahresbericht für 1980 der Leipziger Auslandsspionageabteilung. Darin hieß es zu Merker: „In Koordinierung mit der HV A/II wurde die Arbeit mit der KP ‚Mars‘, MdB/..... hinsichtlich politischer Beeinflussung und informativer Abschöpfung erfolgreich fortgesetzt. ‚M.‘ gelangte wieder in den Bundestag.“⁵⁷⁴ Die überlieferten Gesprächswiedergaben und die Einträge in der SIRA-Datenbank bestätigen ebenfalls, dass hier ein politischer Abschöpfkontakt aufgebaut wurde, aber auch nicht mehr. Merker legte in diesen Gesprächen im Wesentlichen seine eigenen politischen Auffassungen, Lageeinschätzungen und Prognosen zu innen- und außenpolitischen Entwicklungen dar, die er allerdings auf seine politischen Insiderkenntnisse stützen konnte. Das machte für die HV A letztlich den Wert dieser Gespräche aus.⁵⁷⁵ Dementsprechend tragen die in der SIRA-Datenbank vermerkten Informationslieferungen Titel wie „Auffassungen eines FDP-MdB zu aktuellen politischen Problemen“.⁵⁷⁶ Solche Formulierungen kennzeichnen zumeist eine abgeschöpfte Information und grenzen sie von bewusst weitergegebenen Spionageberichten ab. Gleichwohl waren auch abgeschöpfte Informationen von Bedeutung. In ihrem Jahresbericht für 1983 resümierte die Leipziger Auslandsspionageabteilung, dass im Berichtsjahr 20,5 Prozent der beschafften Informationen auf „Abschöpfungsmöglichkeiten“ beruhten, und bei den „wertvollen“ Informationen mache ihr Anteil sogar 22,5 Prozent aus.⁵⁷⁷ Rolf Merker trug 1983 aber kaum noch zu den Abschöpfungsinformationen bei. Er verpasste bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 den Wiedereinzug ins Parlament, musste sich beruflich neu orientieren und war im Bonner Politikbetrieb bald nicht mehr präsent. Damit sank sein Wert für das MfS. „Brocken“ erhielt Ende 1983 vom MfS die Anweisung, den Kontakt zu Merker zu lockern.⁵⁷⁸ Zuvor hatte der aktenführende MfS-Offizier in Leipzig noch die Möglichkeit erwogen, den Versuch zu unternehmen, Merker als IM anzuwerben. Merker hätte dann die Aufgabe übernehmen sollen, aktiv gegen Positionen der Bundesregierung in Fragen der Nachrüstung und Verteidigungspolitik Stellung zu beziehen. Dieser Plan wurde jedoch rasch wieder verworfen und deshalb auch erst gar nicht der Versuch unternommen Merker anzuwerben.⁵⁷⁹ Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Merker zutreffend in den „Rosenholz“-Unterlagen im Vorgang „Brocken“ mit erfasst wurde, weil er fünf Jahre lang von einem DDR-IM des MfS abgeschöpft wurde. Dass der Kontakt Ende 1983 auslief, kann man allerdings nur den Akten und den SIRA-Daten entnehmen, nicht jedoch den „Rosenholz“-Unterlagen.⁵⁸⁰ „Rosenholz“ enthält außerdem keine Hinweise darauf, dass der Leipziger IM „Bro-

⁵⁷³ BVfS Leipzig, Abt. XV, 30.3.1981: Treffplan für den Treff „Brocken“ mit „Mars“ am 3.4.1981 in Wuppertal; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2323/91, grüne Mappe mit aufgeklebter Archivsignatur, Bl. 25–29, hier 25.

⁵⁷⁴ BVfS Leipzig, Abt. XV, 28.11.1980: Jahresbericht 1980; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XV, 00060/10, Bl. 2–13, hier 3.

⁵⁷⁵ Treffvorbereitungen und Gesprächsaufzeichnungen betreffs Begegnungen Steins mit Merker am 3.4.1981, 16.1.1982, 15.4.1982, 18.8.1983 u. 14.10.1983; BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2323/91, grüne Mappe mit aufgeklebter Archivsignatur, Bl. 23–39, 50–69, 82–92 u. 97–109. Die SIRA-Daten deuten zusätzlich auf Begegnungen Steins mit Merker im Herbst 1978 sowie im Frühjahr und Herbst 1980 hin. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7823245, SE8002661, SE8021970.

⁵⁷⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2735/78. Als Quelle wird hier zumeist der Decknamen „Brocken“ angegeben, zweimal auch „Mars“, in einem Fall „Saturn“.

⁵⁷⁷ BVfS Leipzig, 1.12.1983: Jahresbericht 1983; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XV, 00089/03, Bl. 1–15, hier 2.

⁵⁷⁸ BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2323/91, grüne Mappe mit aufgeklebter Archivsignatur, Bl. 80–109.

⁵⁷⁹ BVfS Leipzig, Abt. XV, 10.10.1983: Treffplan für den Treff von „Brocken“ mit „Mars“ am 14.10.1983 in Lemgo/BRD in: ebenda, Bl. 97–101, hier 99. Einschätzung des Treffberichts durch den aktenführenden Mitarbeiter der Abteilung XV der BVfS Leipzig, Major Berger, o. D. [November 1983] in: ebenda, Bl. 109.

⁵⁸⁰ In Rosenholz gibt es keinen Archivierungsvermerk, weil die Abteilung XV der BV Leipzig mit der Hauptperson im IMA-Vorgang „Brocken“, dem Leipziger Professor Horst Stein, bis Ende der 1980er Jahre arbeitete.

cken“ neben Merker auch auf andere Personen angesetzt war, während in den Akten festgehalten ist, dass „Brocken“ insbesondere auch mit dem nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsabgeordneten von 1975 bis 1980, Jürgen Hinrichs, Kontakte pflegen sollte.⁵⁸¹ Insgesamt zeigen die Akten des IMA-Vorgangs „Brocken“, dass die Erfassungen in den „Rosenholz“-Karteien nicht grundlos erfolgten, sie jedoch nur einen begrenzten Ausschnitt des betreffenden Vorgangs widerspiegeln.

Im Falle des SPD-Abgeordneten Erich Meyer können die „Rosenholz“-Eintragungen ebenfalls anhand überlieferter Akten genauer interpretiert werden. Meyer, der dem Bundestag von 1949 bis 1965 angehörte und in der Bundesrepublik wegen seines sozialpolitischen Engagements auch den Beinamen „Renten-Meyer“ trug, wurde am 24. Oktober 1957 von der HV A namentlich erfasst. Bereits ein Jahr zuvor, am 24. September 1956, hatte die HV A seinen in Ostberlin lebenden Schwager Erich May erfasst. Weitere Personen kommen laut „Rosenholz“ in diesem Vorgang nicht vor.⁵⁸² Die zeitliche Abfolge der beiden Karteierfassungen lässt die Schlussfolgerung zu, dass May die Hauptperson des Vorgangs ist und auf seinen Schwager angesetzt werden sollte. Wie aus der überlieferten Akte hervorgeht, wurde May jedoch erstmals am 9. Oktober 1957 vom MfS in diese Richtung angesprochen. Dem MfS war bekannt geworden, dass Meyer demnächst nach Berlin kommen würde. In Westberlin hatte er Termine als Parlamentarier, in Ostberlin bezog er Quartier bei seinem Schwager Erich May. Das SED-Mitglied May erhielt nun am 9. Oktober 1957 vom MfS den Auftrag, Meyer während seines Besuchs in Ostberlin mit zwei MfS-Mitarbeitern zusammenzubringen. Dabei sollte er die MfS-Mitarbeiter bei seinem Schwager als SED-Genossen einführen.⁵⁸³ So kam es zu ersten politischen Gesprächen, die Meyer fortführte, als er ziemlich genau ein Jahr später wieder in Berlin war. Dabei erfolgte jedoch schon der politische Bruch: Denn die SED-Propaganda hatte in ihren Zeitungen *Neues Deutschland* und *Berliner Zeitung* in großen Artikeln behauptet, Abgeordnete hätten die jüngste Bundestagssitzung in Westberlin dazu genutzt, sich nebenbei in zweifelhaften Etablissements zu vergnügen. Auch Erich Meyer wurde in diesen Artikeln namentlich unterstellt, sich mehr für das Westberliner Rotlichtmilieu als für seine parlamentarischen Aufgaben zu interessieren.⁵⁸⁴ Da Meyer jedoch die Abende nachweislich immer mit seiner Frau zugebracht hatte und häufig auch mit der Familie seines Schwagers, war offenkundig, dass er nicht in dem genannten Westberliner Nachtlokal gewesen sein konnte. Meyer schickte einen bitterbösen Brief an Hermann Axen, den damaligen Chefredakteur des *Neuen Deutschland*. Er führte aus, dass er sich solche verleumderischen Artikel verbitte und seine Gespräche mit DDR-Politikern nicht fortführen werde.⁵⁸⁵ Der Versuch der

⁵⁸¹ BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 2323/91, grüne Mappe mit aufgeklebter Archivsignatur, Bl. 17, 42 f. u. 70 f.; Hinrichs wurde demnach ohne sein Wissen mit dem Decknamen „Saturn“ versehen. Eine nähere Verbindung zu „Brocken“ kam nie zustande. Eine einzige Abschöpf-Information von „Saturn“ betreffend die „Stabilität der Bonner Regierungskoalition“ vom 24.6.1981 ist nachgewiesen in: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8105779. In einer Notiz der Abteilung XV der BVfS Leipzig vom 2.9.1981 heißt es, Hinrichs und Merker hätten Ende der 1960er Jahre an einer innerdeutschen Begegnung in Eisenach teilgenommen, bei der auch Stein anwesend gewesen sei. Danach habe die FDP Hinrichs und Merker mit einem Parteiausschlussverfahren gedroht, weil FDP-Mitgliedern solche Kontakte verboten gewesen seien. Ebenda, Bl. 42 f.

⁵⁸² BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/11230/60. Der IMA-Vorgang lief unter dem Decknamen „Rentner“, womit die HV A offenbar auf Meyers Beinamen „Renten-Meyer“ anspielte. Die Karteikarte F 16 zu May wurde von der Hauptabteilung II/1 der HV A angelegt, die Karteikarte F 16 zu Meyer von der Hauptabteilung I/3 der HV A. Nach der HVA-internen Umstrukturierung wurde der gesamte Vorgang bei der HVA-Abteilung II geführt. Zuständig war von 1958 bis 1962 der SPD-Experten der HV A, Kurt Gailat. Zu Gailat siehe auch S. 20.

⁵⁸³ BStU, MfS, AIM 8653/68, Bl. 34–36.

⁵⁸⁴ *Neues Deutschland* v. 3.10.1958, S. 8: Hetzer, Schlemmer, Lüstlinge. Bundestagsabgeordnete waten im Frontstadtumpf. Ähnlich in der (Ost-)„Berliner Zeitung“ v. 3.10.1958, S. 2: Sitzung bei nackten Tatsachen. Im „Dorett“ wurde der Bundestag aktiv; vorhanden in: BStU, MfS, AIM 8653/68, Bl. 70 f. Siehe auch Kapitel 5.1., S. 299.

⁵⁸⁵ BStU, MfS, AIM 8653/68, Bl. 68 f.; ähnlich Bl. 40 f., 65–67.

HV A, einen beständigen Kontakt zu Meyer aufzubauen, war somit von der DDR-Propaganda bereits in einem frühen Stadium zunichte gemacht worden.

Bezeichnend sind die politischen Einschätzungen in der MfS-Akte, weil sie zeigen, wo die HV A Anknüpfungspunkte sah. Ein Fazit aus den politischen Gesprächen mit Meyer 1957/58 lautete: „In Tagesfragen wie Atomverbot – Abrüstung – Abschaffung Wehrpflicht – gegen Adenauer und den Militarismus – stimmt er mit unserer Ansicht überein. In Grundfragen: Diktatur des Proletariats, Enteignung der Monopole, Freundschaft zur SU [Sowjetunion] ist er grundsätzlich anderer Meinung.“⁵⁸⁶ Über den Abbruch der politischen Gespräche tröstete sich das MfS damit hinweg, dass Meyer – so wörtlich – ein „Renegat“ sei, denn er hatte in den zwanziger Jahren die KPD verlassen.⁵⁸⁷ Das war offenbar unverzeihlich und auch nach rund drei Jahrzehnten noch ein hervorzuhebender Makel.

Als Meyer im Frühjahr 1965 eine Reise nach Thüringen plante und bei der Stadtverwaltung Weimar schriftlich nach den formalen Voraussetzungen und den touristischen Möglichkeiten anfragte, versuchte die MfS-Bezirksverwaltung Erfurt letztlich vergeblich, eine erneute Kontaktaufnahme in die Wege zu leiten.⁵⁸⁸

Auf den „Rosenholz“-Karteikarten F 16 und F 22 zum Vorgang „Rentner“ ist als Archivierungsdatum der 26. August 1968 angegeben. Zu diesem Zeitpunkt war Erich Meyer bereits dreieinhalb Monate verstorben.⁵⁸⁹ Hätte man nur diese Karteikarten zur Verfügung, würde der Eindruck entstehen, die HV A habe Meyer über ein Jahrzehnt in einem IMA-Vorgang bearbeitet. Anhand der überlieferten Akte ist jedoch erkennbar, dass sich die HV A faktisch nur ein Jahr lang, von Herbst 1957 bis Herbst 1958, mit Meyer befasste, und dann noch einmal im Frühjahr 1965, als sie während seiner Weimar-Reise einen IM auf ihn ansetzte. Diese Datierungsfragen sind wichtig, wenn man die Aktivitäten der HV A zu bestimmten Zeitpunkten oder in einzelnen Wahlperioden betrachten will. Gerade bei jenen Abgeordneten, die in den IMA-Vorgängen anderer Personen mit erfasst wurden, kann man alleine aufgrund der „Rosenholz“-Eintragungen nicht feststellen, wie lange der jeweils mit erfasste Abgeordnete tatsächlich von der HV A heimdienstlich bearbeitet wurde.

Den DDR-Rechtswissenschaftler und Hochschullehrer Wolfgang Seiffert wollte die HV A Mitte der siebziger Jahre auf die SPD-Abgeordnete und promovierte Juristin Herta Däubler-Gmelin ansetzen. Seiffert führte ein ungewöhnliches Leben zwischen West und Ost. Gebürtig in Breslau, kam er nach Krieg und Gefangenschaft in die Bundesrepublik, wo er wegen seiner Aktivitäten als FDJ- und KPD-Funktionär verhaftet und verurteilt wurde. 1956 gelang ihm die Flucht aus der Haft in die DDR, wo er als Rechtswissenschaftler Karriere machte. Da Seiffert an der Einheit der deutschen Nation und dem Ziel der Wiedervereinigung festhielt, geriet er in den siebziger Jahren in Konflikt mit der SED-Politik. Mit Erich Honecker war er jedoch seit seinen FDJ-Zeiten gut bekannt. Honecker ermöglichte es ihm 1978, in die Bundesrepublik umzuziehen und dort einen Lehrauftrag an der Universität Kiel anzunehmen.⁵⁹⁰ Wie die fragmentarisch überlieferten Akten belegen, arbeitete Seiffert seit Oktober 1972 mit der Desinformationsabteilung der HV A zusammen und hatte Kenntnis von einer HVA-Maßnahme in einem Landtagswahlkampf.⁵⁹¹ Im No-

⁵⁸⁶ Ebenda, Bl. 99.

⁵⁸⁷ Ebenda, Bl. 48 u. 66.

⁵⁸⁸ Ebenda, Bl. 47–59 u. 101–128.

⁵⁸⁹ In der Akte datiert der Beschluss der Abteilung II der HV A zum Einstellen des Vorgangs vom 22.8.1968. Als Grund für die Beendigung des Vorgangs notierte HVA-Offizier Wolfgang Gemeinhardt nur „Verbindung wurde abgebrochen“; ebenda, Bl. 130 f. Dass Erich Meyer da schon drei Monate tot war, wird in der Akte nicht erwähnt.

⁵⁹⁰ Siehe hierzu seine Autobiografie: Seiffert, Wolfgang: Selbstbestimmt. Ein Leben im Spannungsfeld von geteiltem Deutschland und russischer Politik. Graz 2006, passim. Seiffert war ab 1970 Direktor des Instituts für Ausländisches Recht und Rechtsvergleichung der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR in Potsdam-Babelsberg.

⁵⁹¹ BStU, MfS, GH 65/88, Bd. 3, Bl. 292, und MfS, HA XX, 10890, Bl. 175. Seiffert wusste von konkreten Wahlkampf-Unterstützungsmaßnahmen der HV A 1974 für zwei namentlich genannte niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete, wie aus einem MfS-internen Auskunftsbericht zu Seiffert vom

vember 1974 legte die HV A zu ihm den IMA-Vorgang „Havel“ an. Im Jahr darauf wurden Herta Däubler-Gmelin und eine Person aus ihrem Umfeld zu dem IMA-Vorgang „Havel“ hinzuregistriert. Weitere Personen erfasste die HV A in diesem Vorgang nicht.⁵⁹² Die Karteikartenüberlieferung legt die Schlussfolgerung nahe, dass Seiffert vorrangig Herta Däubler-Gmelin ausspionieren und abschöpfen sollte. Der IMA-Vorgang „Havel“ wurde 1987 archiviert.

Im Falle Seifferts sind einige Akten erhalten geblieben. Demnach erwies sich der Vorgang „Havel“ als Misserfolg. Die HV A hatte spätestens 1977 damit begonnen, Seiffert wegen seiner eigenwilligen Ansichten und Verhaltensweisen von einer anderen MfS-Abteilung überprüfen zu lassen. Dabei stellte sich heraus, dass er zwischen 1975 und 1977 insgesamt 217-mal in westliche Länder ausreiste, überwiegend in die Bundesrepublik und nach Westberlin. Dort nahm er an wissenschaftlichen Veranstaltungen teil, schien aber auch mit der Redaktion des *Spiegel* in Verbindung zu stehen. Viele dieser Reisen waren mit der HV A nicht abgesprochen.⁵⁹³ Seiffert selbst schreibt in seinen Erinnerungen von rund 400 Auslandsreisen, die er in der ersten Hälfte der siebziger Jahre unternommen habe. Herta Däubler-Gmelin erwähnt er überhaupt nicht.⁵⁹⁴ Insgesamt begegnete er ihr zwei- oder dreimal.⁵⁹⁵ Ganz offenkundig widerspiegeln die „Rosenholz“-Karteikarten die West-Kontakte Seifferts unvollständig. Außerdem geht aus ihnen nicht hervor, dass der Vorgang „Havel“ 1977 faktisch zu einem Überwachungsvorgang mutierte. Spätestens nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik 1978 war Seiffert nicht mehr für die HV A tätig, und politisch orientierte er sich zunehmend in eine konservative Richtung. Kontakte zu Herta Däubler-Gmelin hatte er nicht mehr.

Die SIRA-Daten reflektieren diese Entwicklung. Sie verzeichnen insgesamt 14 Berichte, die die HV A von Seiffert bezog. Davon behandelten neun die innerparteiliche Situation der Bundes-SPD und hierbei vorrangig die Lage des linken Parteiflügels, zu dem auch Herta Däubler-Gmelin zählte.⁵⁹⁶ Offenbar interessierte sich die HV A vorrangig für Seifferts Kenntnisse aus diesem Bereich, während sie seine Verbindungen in die bundesdeutsche Wissenschaft nicht geheimdienstlich zu nutzen versuchte. Diese Zielstellung der HV A kann am ehesten erklären, warum unter den vielen bundesdeutschen Bekannten Seifferts gerade Herta Däubler-Gmelin zu dem Vorgang „Havel“ hinzuregistriert wurde.

Die 14 Berichte Seifferts gingen ausschließlich in den Jahren 1975 bis 1977 bei der HV A ein und wurden fast durchgängig als durchschnittlich wertvoll (Note 3) eingeschätzt. Aus Sicht der HV A sank jedoch Seifferts Glaubwürdigkeit 1977 erheblich.⁵⁹⁷ Konsequenterweise verzichtete sie nach 1977 darauf, ihn weiterhin als Quelle zu nutzen. Hätte man nur die „Rosenholz“-

1.12.1977 hervorgeht. BStU, MfS, GH 65/88, Bd. 3, Bl. 292. In seinen Erinnerungen schreibt Seiffert nichts über seine HVA-Verbindungen. Er erwähnt nur, dass er in den 1980er Jahren im Westen von MfS überwacht wurde. Seiffert: Selbstbestimmt, 2006, S. 133.

⁵⁹² BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2477/74. Das Erfassungsdatum auf der Karteikarte zu Herta Däubler-Gmelin ist nicht eindeutig zu erkennen. Herta Däubler-Gmelin war 1972 zunächst im Sicherungsvorgang „Teleskop“ erfasst worden. Siehe hierzu Anm. 390.

⁵⁹³ MfS-Auskunftsbericht, 1.12.1977; BStU, MfS, GH 65/88, Bd. 3, Bl. 292 f. Die Überprüfung wurde von der MfS-Hauptabteilung XX vorgenommen.

⁵⁹⁴ Seiffert: Selbstbestimmt, 2006, S. 104.

⁵⁹⁵ Telefonische Auskunft von Herta Däubler-Gmelin an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt am 7.12.2011.

⁵⁹⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2477/74. Die restlichen 5 Berichte behandelten außenpolitische Themen. Ein verschrifteter Bericht der Quelle „Havel“ über die SPD-Linke vom 4.8.1977 liegt vollständig vor in: BStU, MfS, HA XX, 11446, Bl. 247–254.

⁵⁹⁷ In der HVA-internen Zuverlässigkeitsskala, die von „A“ = „zuverlässig“ über „B“ = „vertrauenswürdig“, „C“ = „nicht überprüft“, „D“ = „fragwürdig“ bis zu „E“ = „Doppelagent“ reichte, wurde Seiffert 1975 und 1976 als „A“ eingestuft, 1977 jedoch auf „C“ herabgestuft. Das bedeutet, dass die HV A ihm deutlich misstraute. Zu dieser Entwicklung passt die Eintragung auf der Karteikarte F 22, wonach zwar 1975 die Bände 2 bis 4 von Seifferts Berichtsakte angelegt wurden, danach aber kein weiterer Berichtsband mehr folgte. Vgl. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2477/74. Der Zuverlässigkeitsgrad wurde von der HV A in der Regel bei jeder SIRA-Eingangsinformation vermerkt. Die HVA-interne Zuverlässigkeitsskala ist vorhanden in: Dienstanweisung Nr. HV A 1/88 (wie Anm. 313), Bl. 12.

Karteien zur Verfügung, so könnte der falsche Eindruck entstehen, die Abgeordnete Däubler-Gmelin sei über mehrere Jahre hinweg vorrangig von ihm ausspioniert worden. Da Seiffert praktisch keine Verbindung zu Däubler-Gmelin aufbauen konnte, zeigen die „Rosenholz“-Karteikarten allenfalls eine Absicht der HV A an, die faktisch nie umgesetzt werden konnte. Aus dem Jahre 1977 ist ein Bericht Seifferts über interne Debatten innerhalb der SPD und der FDP überliefert. Über Herta Däubler-Gmelin wusste er nur mitzuteilen, sie sei stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses geworden.⁵⁹⁸ Tatsächlich hatte sie diese Funktion nie inne, sondern sie war im Mai 1977 stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses geworden. Hätte Seiffert die SPD-Politikerin gezielt ausspioniert, wären ihm solche Fehler nicht unterlaufen.

In Verbindung mit den SIRA-Daten entsteht jedoch ein deutlicheres Bild im Hinblick auf die HVA-Aktivitäten gegen Herta Däubler-Gmelin. Die SIRA-Datenbank verzeichnet insgesamt 35 Informationen, in denen 23 verschiedene Quellen der HV A zwischen 1973 und 1989 über die SPD-Politikerin berichteten. Darunter befanden sich allgemein gehaltene Berichte über die Stellung der parlamentarischen Linken in der SPD, aber auch biografische Angaben und Personeneinschätzungen ausschließlich über Herta Däubler-Gmelin.⁵⁹⁹

Der SPD-Abgeordnete Hugo Brandt wurde im Oktober 1982 zu dem bereits bestehenden IMA-Vorgang „Hauptmann“ (Registriernummer XV/279/70) hinzuregistriert. Brandt schied schon wenige Monate später aus dem Bundestag aus: Er war von 1969 bis 1983 Abgeordneter in Bonn, um danach in die rheinland-pfälzische Landespolitik zu wechseln. Die Karteikarte F 16 zu seiner Person, angelegt am 14. Oktober 1982, bezeichnet ihn bemerkenswerterweise als Juristen und Mitglied eines SPD-Landesvorstandes, nicht jedoch als Bundestagsabgeordneten. Die Hauptperson des IMA-Vorgangs „Hauptmann“ hatte das SPD-Referat der HV A (die HVA-Abteilung II/4) bereits 1969 als IM registriert. In den achtziger Jahren lehrte „Hauptmann“ als Professor Wissenschaftlichen Kommunismus an der Karl-Marx-Universität Leipzig und war Mitglied der dortigen SED-Kreisleitung.⁶⁰⁰ Zu Hugo Brandt liegt im Bestand „Rosenholz“ ferner ein Statistikbogen vor, der ihn als Kontaktperson „Junker“ seit 1982 ausweist und die Registriernummer des IMA-Vorgangs „Hauptmann“ trägt. Brandt wurde also erst gegen Ende seiner Abgeordnetentätigkeit als Kontaktperson registriert. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet unter der Registriernummer XV/279/70 insgesamt 25 Informationseingänge, und zwar drei aus dem Jahre 1973 und 22 in der Zeit von November 1982 bis Oktober 1987. 16 Informationen aus der Zeit ab 1982 verbuchte die HV A für den Decknamen „Junker“, sechs für den Decknamen „Hauptmann“.⁶⁰¹ Inhaltlich befassten sich die Berichte mit innerparteilichen Entwicklungen in der SPD, der programmatischen Ausrichtung der Partei und den Bundestagswahlen 1987. Die Informationen der Kontaktperson „Junker“ tragen in der SIRA-Datenbank zumeist Titel wie „Einschätzungen eines Mitglie-

⁵⁹⁸ HV A, Abt. X/4, Reg.-Nr. XV/2477/74, 4.8.1977: Zur SPD und FDP; BStU, MfS, HA XX, 11446, Bl. 247–254. Dieser Bericht ist in der SIRA-Datenbank erfasst: BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7705474, Note 3.

⁵⁹⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche nach Datensätzen mit Personen-Hinweis zu Herta Däubler-Gmelin (Suchabfrage: PHW.Name=„Daeubler-Gmelin“ oder PHW.Name=„Daeuble [!]-Gmelin“ oder TXT=„*Gmelin*“). Die Quellen kamen mehrheitlich aus der SPD, einige aus der Friedensbewegung, ferner lieferten die Ständige Vertretung der DDR in Bonn und die dortige MfS-Telefonabhörsstation einige Informationen. Keine Quelle lieferte mehr als 5 Informationen. Das deutet darauf hin, dass die HV A im nahen Umfeld Herta Däubler-Gmelins wahrscheinlich keinen Informanten platzieren konnte. Von den 35 personenbezogenen Informationen über Herta Däubler-Gmelin stammte nur ein Bericht von Wolfgang Seiffert.

⁶⁰⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/279/70, sowie BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XV, 00856, Bl. 21–24.

⁶⁰¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/279/70. Die Informationen aus dem Jahre 1973 sind keinem Decknamen zugeordnet. Bei 9 der 25 Informationen vermerkt die SIRA-Datenbank einen Bundestagsbezug, bei den übrigen steht zumeist die SPD als Partei im Vordergrund. Die Informationen – es handelte sich durchweg um Berichte, nicht um übergebene Dokumente – schätzte die HV A überwiegend als durchschnittlich wertvoll ein.

des des Parteivorstandes der SPD zu [...]“. Diese Formulierung deutet ebenso auf einen Abschöpfkontakt hin wie die Tatsache, dass Hugo Brandt explizit als „Kontaktperson“ geführt wurde und nicht als IM.⁶⁰² Wie die Verbindung zwischen dem Leipziger Hochschullehrer „Hauptmann“ und Hugo Brandt zustande kam und auf welche Weise Brandt abgeschöpft wurde, lässt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht sagen.

Der Hamburger Jurist und SPD-Politiker Claus Arndt gehörte dem Bundestag von 1968 bis 1972 und erneut von 1974 bis 1976 an. Die HV A ordnete ihn dem IMA-Vorgang „Gras“ zu. Hauptperson dieses Aktenvorgangs war ein DDR-Jurist. Die HV A eröffnete den IMA-Vorgang „Gras“ im Herbst 1960 und archivierte ihn im Januar 1971. Claus Arndt wurde im April 1962 zu diesem Vorgang hinzuregistriert.⁶⁰³ Offenkundig beabsichtigte die HV A, über den DDR-Juristen Informationen über Arndt zu erlangen oder eine Verbindung zu ihm aufzubauen. Die Karteikarten sagen nichts darüber aus, ob sich der inzwischen verstorbene DDR-Jurist dem Ansinnen der HV A entzog, oder ob der Vorgang aus anderen Gründen im Sande verlief.

Wie sich Claus Arndt erinnert, kannten sich beide seit den fünfziger Jahren. Sie waren sich erstmals in Bonn begegnet, wo Arndt als stellvertretender Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes heftige Diskussionen mit einer FDJ-Delegation führte, der unter anderem der DDR-Jurist angehörte. Noch vor dem Mauerbau 1961 fuhr Arndt im Rahmen eines Berlinaufenthalts zu einem Gegenbesuch nach Ostberlin. Danach gab es 1962/63 noch sporadische Korrespondenz.⁶⁰⁴ Sollte die HV A eine Intensivierung der Verbindung vorgesehen haben, so scheiterte sie mit diesem Vorhaben recht bald.

Zu Arndt liegen in „Rosenholz“ keine weiteren Angaben oder späteren Registrierungen vor. Gleichwohl blieb er im Visier des MfS. Als Mitglied der G 10-Kommission von 1968 bis 1999 hatte er Einblick in viele Vorgänge der bundesdeutschen Geheimdienste.⁶⁰⁵ Insofern verwundert es nicht, dass die Funkaufklärung des MfS auch noch in den achtziger Jahren seinen Telefonanschluss überwachte.⁶⁰⁶

2.6.2.2. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen bundesdeutscher Journalisten oder Publizisten mit erfasst wurden

In sechs Fällen wurden Abgeordnete in den IM-Vorgängen bundesdeutscher Journalisten, Publizisten oder Verleger mit geführt. Gerhart Rudolf Baum (FDP) und Friedrich Zimmermann (CSU) wurden seit 1968 im IM-Vorgang des Journalisten Rudolf Schelkmann (IM „Karstädt“) mit erfasst. Schelkmann setzte sich 1975 in die DDR ab.⁶⁰⁷ Den Abgeordneten Günther Jansen (SPD) re-

⁶⁰² Zur Definition des Begriffs „Kontaktperson“ siehe Anm. 554.

⁶⁰³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/2-6, SIRA-TDB 11–14 und 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/12117/60. In der SIRA-Datenbank sind keine Informationseingänge zu diesem Vorgang verzeichnet.

⁶⁰⁴ Gespräch Claus Arndts mit dem BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt in Hamburg am 24.9.2012. Die Korrespondenz liegt im „Claus-Arndt-Archiv“ im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vor.

⁶⁰⁵ Die Mitglieder der „Kommission gemäß § 9 Abs. 4 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses“ (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz) werden von den zuständigen Bundesministern über Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis unterrichtet. Sofern die Kommission die Eingriffe „für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, hat der zuständige Bundesminister [diese] unverzüglich aufzuheben“. Deutscher Bundestag (Hg.): Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 13. Wahlperiode, 1. Ergänzungslieferung. Rheinbreitbach 1996, S. 71. Siehe auch Arndt, Claus: 25 Jahre Post- und Telefonkontrolle. Die G 10-Kommission des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24(1993)4, S. 621–634. Neben der G 10-Kommission gibt es ein ebensolches *Gremium*, dem nur Bundestagsmitglieder angehören, was bei der *Kommission* nicht der Fall ist.

⁶⁰⁶ BStU, MfS, HA III/ZKA-Z, Bl. 110438.

⁶⁰⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/6004/60. Zu Schelkmann vgl. auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 112, 117 u. 224 sowie die Anklage gegen den früheren Leiter der

gistrierte die HV A in der IM-Akte des Journalisten Bernd Michels (IM „Bernhard“), der zudem lange Jahre Referent Jansens war.⁶⁰⁸

Den Abgeordneten Wilhelm Dröscher (SPD) erfasste die HVA-Abteilung I am 6. November 1961 im IM-Vorgang des *Spiegel*-Journalisten Diethelm Schröder (IM „Schrammel“).⁶⁰⁹ Das Datum ist bemerkenswert, weil Dröscher noch wenige Monate zuvor begonnen hatte, einen vertraulichen Gesprächskontakt zur SED aufzubauen. Dröscher war im März 1961 zu Superintendent Bernhard Weber nach Fürstenwalde im DDR-Bezirk Frankfurt gefahren. Bei dieser Gelegenheit traf er sich auch mit dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt/O., Eduard Götzl, dessen Agit-Prop-Sekretär Kurt Rehmer und dem politischen Mitarbeiter für gesamtdeutsche Arbeit Stadelhoff. Er gab ihnen Hintergrundinformationen zur gegenwärtigen Politik der SPD und deutete an, dass Herbert Wehner von seiner DDR-Reise wisse. Sodann begann er zu sondieren, ob die SED bereit wäre, die von ihr gesteuerte „Deutsche Friedensunion“ (DFU) von einer Teilnahme an der Bundestagswahl am 17. September 1961 abzuhalten. Dröscher argumentierte, die DFU habe ohnehin keine Chance, in den Bundestag einzuziehen, könne aber der SPD die entscheidenden Stimmen wegnehmen, die sie für einen Wahlsieg benötige: „Ich kann mir nicht denken, dass die SED den Wahlsieg Adenauers wünscht“, so Dröscher laut den Aufzeichnungen seiner SED-Gesprächspartner, die im übrigen nicht auf dieses Ansinnen eingingen.⁶¹⁰ Nur allgemein wurde eine Fortsetzung des Gesprächs in Betracht gezogen. Doch Ende Mai 1961 machte das Neue Deutschland Dröschers Besuch öffentlich, ohne ihn zunächst namentlich zu nennen. Doch Dröscher sah sich gezwungen, seine DDR-Reise öffentlich zuzugeben. Als vertraulicher Gesprächskontakt schied er damit aus.⁶¹¹ Womöglich sah sich die HV A deshalb veranlasst, ihn fortan mit geheimdienstlichen Methoden abzuschöpfen.

Den Grünen-Abgeordneten Hans Verheyen ordnete die HV A dem IM-Aktenvorgang „Condor“ zu. Hauptperson des Vorgangs „Condor“ war ein in Nordrhein-Westfalen ansässiger Journalist und Publizist. Von „Condor“ bezog die HV A zwischen 1980 und 1987 54 zum Teil hochwertige Informationen. Davon lassen einige erkennen, dass „Condor“ Zugang zu Parlamentariern der Grünen hatte.⁶¹²

Den langjährigen Abgeordneten Rudolf Schöfberger (SPD, von 1985 bis 1991 auch bayerischer SPD-Landesvorsitzender) führte die HV A in dem IMA-Vorgang des Publizisten und Verlegers

HVA-Abteilung X (Desinformation), Rolf Wagenbreth und andere (wie Anm. 193), abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 481 f.

⁶⁰⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/2-5, SIRA-TDB 11–14, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/3821/73. Michels, geführt unter dem Decknamen „Bernhard“, lieferte von 1976 bis 1989 demnach 187 Informationen, wobei Berichte aus der Spitze des SPD-Landesverbands Schleswig-Holstein sowie aus der Bundes-SPD dominierten. Vgl. auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 52, sowie Michels' Selbstdarstellung, in der er den Vorwurf der Agententätigkeit zurückweist: Michels, Bernd: Spionage auf Deutsch. Wie ich über Nacht zum Top-Agenten wurde. Düsseldorf 1992.

⁶⁰⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/18540/60. Zu Schröder siehe auch Anm. 181. Die Abteilung I der HV A spionierte schwerpunktmäßig den bundesdeutschen Staatsapparat (Exekutive und verschiedene Behörden) aus.

⁶¹⁰ Dröschers DDR-Reise und Gespräche mit der SED Frankfurt/O. sind beschrieben in Staat, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Berlin 1993, S. 47 f. Staat stützt sich auf Dokumente des Zentralen Parteiarchivs der SED.

⁶¹¹ Ebenda, S. 47 f.

⁶¹² BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3, 5 u. 6, SIRA-TDB 12, 14 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/386/79. Von „Condor“ erhielt die HV A beispielsweise 1986 einen Bericht über ein Treffen des Grünen-Abgeordneten Henning Schierholz mit Rainer Eppelmann; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8604543, Note 3; oder einen „Abschlussbericht der MdB der Grünen zur DDR-Reise vom 1.–5.9.86“; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8609540, Note 2; oder am 14.11.1985 Dokumente zu verschiedenen Kapiteln des kommenden Bundeshaushaltes (Kapitel 2702: Innerdeutsche Beziehungen; Kapitel 0640 = [keine Angabe zum Inhalt des Kapitels vorhanden]); ebenda, SE8508041, Note 2; SE8508042, Note 1.

Rolf Seeliger mit.⁶¹³ Seeliger war seit 1962 bei der HV A unter dem Decknamen „Gemse“ erfasst.⁶¹⁴ Er dürfte für die HV A gleichermaßen eine ergiebige Informationsquelle und ein unauffälliger Lancierungskanal gewesen sein. In der SIRA-Datenbank sind 71 Informationen nachgewiesen, die die HV A seit 1970 von „Gemse“ erhalten hatte. „Gemse“ berichtete demnach viel über Positionen linker SPD-Politiker (darunter auch Schöfberger und andere Abgeordnete) und SPD-interne Richtungsdebatten, über sicherheits- und rüstungspolitische Themen, über Informationen aus dem Verlagswesen (beispielsweise mit Bezug auf Bernt Engelmann und Rudolf Bahro) und in den Jahren 1981 bis 1983 außerdem über Hilfen für die Opposition in Polen durch polnische Emigranten und katholische Kreise in Bayern.⁶¹⁵ In den Büchern und Broschüren des Seeliger-Verlags veröffentlichten in den achtziger Jahren auch namhafte Sozialdemokraten wie Willy Brandt und Egon Bahr. Einige Veröffentlichungen sprachen sich gegen die NATO-Nachrüstung aus, andere richteten sich explizit gegen die Positionen von CDU und CSU. Bei Broschüren wie der 1966 von Rolf Seeliger verfassten und verlegten Schrift „Rainer Barzel – Kronprinz im Zwielicht“ liegt die Vermutung besonders nahe, dass auch das MfS seinen Anteil daran hatte. Denn im MfS-Archiv ist eine umfangreiche „Dokumentation über Rainer Barzel“ überliefert, die ihn ebenfalls als Karrieristen und fragwürdige Figur porträtiert.⁶¹⁶

Vier der fünf hier genannten Journalisten oder Publizisten waren bei der Desinformationsabteilung der HV A (HVA-Abteilung X) angebunden.⁶¹⁷

2.6.2.3. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen anderer Abgeordneter mit erfasst wurden

In sieben Fällen wurden Bundestagsabgeordnete in den Aktenvorgängen anderer Abgeordneter mit erfasst. Die SPD-Abgeordneten Willi Beuster, Eberhard Brünen und Fritz Steinhoff registrierte die HV A im IMA-Vorgang „Gustel“. Die Hauptperson des Vorgangs „Gustel“ war Erwin Welke (SPD), der dem Bundestag von 1949 bis 1969 angehörte.⁶¹⁸ Die SPD-Abgeordneten Fritz Baade und Gustav Herbig wurden im IMA-Vorgang „Herzog“ erfasst. Die Hauptperson dieses Vorgangs war der SPD-Abgeordnete Otto Graf, der dem Bundestag von 1949 bis 1953 angehörte.⁶¹⁹ Der SPD-Abgeordnete Kurt Mattick wurde im IMA-Vorgang „Charlotte“ mit erfasst; die Hauptperson jenes Vorgangs war der SPD-Abgeordnete Josef Braun.⁶²⁰ Der SPD-Abgeordnete Peter Nellen wurde ab 1964 im IMA-Vorgang „Gesell“ mit erfasst; die Hauptperson war dort Fritz Hörauf, der für die SPD von 1953 bis 1969 im Bundestag saß. Inwieweit die hier als „Hauptpersonen“ be-

⁶¹³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/1158/62.

⁶¹⁴ Ebenda.

⁶¹⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 5, SIRA-TDB 12 u. 14, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1158/62.

⁶¹⁶ Seeliger, Rolf: Rainer Barzel – Kronprinz im Zwielicht. Eine Dokumentation von Rolf Seeliger. München 1966; BStU, MfS, HA XX, ZMA 1237, Bd. 2: „Dokumentation über Rainer Barzel“. 306 paginierte Seiten, undatiert.

⁶¹⁷ Seeliger wurde von der HVA-Abteilung X/2 geführt, Michels und Schelkmann von der X/3, „Condor“ von der X/4. Nur Schröder war bei der HV A I/2 angebunden, die vorrangig das Auswärtige Amt in Bonn bearbeiten sollte.

⁶¹⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/15903/60.

⁶¹⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/18251/60. Baade wurde außerdem im Januar 1961 von einem nicht näher bezeichneten DDR-Gesprächspartner in seinem Kieler Institut aufgesucht. Der DDR-Gesprächspartner war von der Abteilung für nationale Politik des Nationalrats der Nationalen Front entsandt, sprach ihn als wissenschaftlichen Kollegen an und lud ihn nach Thüringen ein. Baade signalisierte prinzipielle Bereitschaft zu einem Besuch in der DDR, gab aber zugleich an, derzeit zu beschäftigt zu sein. Die HV A erhielt Kenntnis von diesem Gespräch, hatte aber kein Interesse daran, diese Verbindung zu nutzen. BStU, MfS, AP 8781/62, Bl. 16 f., 205. Baades 1960 erstmals veröffentlichtes Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000“ erschien 1966 auch in der DDR im Ostberliner Union Verlag. Zu Baade siehe auch Engelhard, Peter: Die Ökonomen der SPD. Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts. Bielefeld 2010, S. 56–58.

⁶²⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/17987/60. Braun war von 1961 bis zu seinem Tod 1966 MdB.

zeichneten Abgeordneten Welke, Graf, Braun und Hörauf als bewusst tätige IM der HV A anzusehen sind, wird unten in den Abschnitten 2.6.8.1. und 2.6.9. erörtert.

2.6.2.4. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen von Parteifreunden mit erfasst wurden

In fünf Fällen wurden Bundestagsabgeordnete in den Aktenvorgängen von Parteifreunden mit erfasst:

Der CSU-Abgeordnete Wolfgang Gröbl, der 1987 erstmals in den Bundestag einzog und im selben Jahr auch parlamentarischer Staatssekretär wurde, wurde im IM-Vorgang von Gerd Neumann (IM „Schneider“) mit geführt, einem Betriebswirt der Firma Siemens. Beide hatten im Landkreis Miesbach politische Ämter oder Funktionen inne. Gröbl war von 1972 bis 1987 Landrat des Landkreises Miesbach, Neumann von 1985 bis 1989 Kreisvorsitzender des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU im Landkreis Miesbach sowie kooptiertes Mitglied des CSU-Kreisvorstandes.⁶²¹

Der bayerische FDP-Politiker Christian Albrecht Haas gehörte dem Bundestag von 1965 bis zu seinem Tod 1970 an. Bei der HV A wurde er im IMA-Vorgang „Kamera“ mit geführt. Wie im Falle von Gröbl erschließt sich auch bei Haas der Grund für die Verbindung zu dem IM-Vorgang nur aus Überlieferungen aus anderen Quellen. Die Hauptperson des IMA-Vorgangs „Kamera“ war Alfred Pilny, der 1955 als IM aus der DDR nach Nürnberg übergesiedelt wurde. Sein Auftrag bestand darin, den Fotokaufmann Hannsheinz Porst, der ebenfalls für die HV A spionierte, bei seiner Agententätigkeit zu unterstützen. Porst und Pilny engagierten sich auftragsgemäß in der mittelfränkischen FDP. Porst erlangte im Juni 1959 die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden des FDP-Verbandes Mittelfranken, ließ sich in den Sitzungen des FDP-Bezirksvorstandes aber von Pilny vertreten. Haas war seit 1948 Vorsitzender des FDP-Verbandes Mittelfranken und hatte 1954/55 persönlich Porst eingeladen, der FDP beizutreten. Porst entsprach diesem Wunsch, nachdem er sich mit HVA-Chef Markus Wolf abgestimmt hatte.⁶²²

Der schleswig-holsteinische SPD-Politiker Horst Jungmann wurde 1982 im IMA-Vorgang „Fidi“ mit erfasst.⁶²³ Dem Bundestag gehörte Jungmann schon seit 1976 an. Hauptperson des Vorgangs „Fidi“ war der Gebrauchsgraphiker und Kieler Stadtangestellte Friedrich Gutau, den die HV A seit 1971 als IM führte.⁶²⁴ Mitte der siebziger Jahre saßen Jungmann und Gutau für die SPD im Plöner Kreistag. Aus dieser gemeinsamen Zeit heraus erklärt sich vermutlich die spätere Registrierung Jungmanns im IM-Vorgang Gutaus. Allerdings darf man aus diesen Registrierungsdaten heraus keine allzu weitreichenden Schlussfolgerungen ziehen. Denn anhand der SIRA-Datenbank lässt

⁶²¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/3074/78. Neumann spionierte für die HVA-Abteilung IV, die Militärspionage betrieb. Zu Gröbl siehe Der Spiegel 41(1987)13 v. 23.3.1987, S. 47–51; CSU: Recht hast. Zu Neumann siehe den reißerischen Artikel in Focus (1995)42 v. 16.10.1995, S. 120 f.; Spionage: Pension Mielke. Über Gröbl liegen in der SIRA-Teildatenbank 12 5 Informationen aus den Jahren 1986 und 1987 vor. Eine dieser 5 Informationen stammte von Neumann und handelte offenbar von den Vorbereitungen der CSU-Spitze um Franz Josef Strauß auf den Besuch Honeckers in der Bundesrepublik. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8706342, Note 3; vgl. auch Bayerisches Oberstes Landesgericht, Urteil v. 10.7.1996 – Az. 3 St 16/95.

⁶²² Der Spionagefall Porst/Pilny wird ausführlich dargestellt in der Anklage des Generalbundesanwalts gegen Markus Wolf vom 16.9.1992 – Az. 3 StE 14/92-3, S. 237–247. Die Inhalte finden sich auszugsweise auch in dem erstinstanzlichen Urteil wieder (siehe Anm. 112), veröffentlicht in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 48–50. Porst wurde am 1.11.1967 wegen Verdachts auf Landesverrat in Untersuchungshaft genommen und am 8.7.1969 vom Bundesgerichtshof wegen verräterischer Beziehungen zu 33 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Siehe hierzu auch Der Spiegel 21(1967)46 v. 6.11.1967, S. 70–73: Landesverrat. Verständige Beziehung. Zum IMA-Vorgang „Kamera“ siehe die Karteierfassungen in: BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/16048/60. Haas ist nicht in der Rosenholz-Kartei erfasst. Die ihn betreffende Karteikarte F 16 mit der Reg.-Nr. XV/16048/60 liegt nur in der zentralen Kartei F 16 des MfS vor. Zum Spionagefall Porst siehe auch S. 195.

⁶²³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2890/71.

⁶²⁴ Ebenda.

sich erkennen, dass Gutau keinerlei politisch relevante Informationen lieferte, also auch nichts über Horst Jungmanns Abgeordnetentätigkeit.⁶²⁵ Gutau war für die HV A jedoch eine ergiebige Quelle, seit er Ende der siebziger Jahre beim Einwohnermeldeamt Kiel arbeitete und die HV A zwischen 1979 und 1989 mit mehreren hundert Auskünften aus dem durchaus sensiblen Bereich des Melde- und Personenstandswesens versorgte.⁶²⁶ Das hatte mit Jungmann aber nichts zu tun. Im unmittelbaren Umfeld Jungmanns wirkte hingegen ein anderer IM der HV A, nämlich Hans Mario Bauer (IM „Jürgen“). Bauer, 1978 noch als Student von der HV A angeworben, arbeitete seit 1984 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürogemeinschaft der Abgeordneten Heide Simonis, Norbert Gansel und Horst Jungmann, wobei er faktisch nur Jungmann zuarbeitete. Als Mitarbeiter Jungmanns hatte er Zugang zu sicherheits- und verteidigungspolitisch wichtigen Unterlagen und Informationen, die er an die HV A übermittelte.⁶²⁷ Die „Rosenholz“-Unterlagen enthalten jedoch keinerlei Hinweise auf die berufliche Verbindung zwischen Jungmann und Bauer. Nur wenn man bereits davon weiß, kann man die „Rosenholz“- und SIRA-Daten sachgerecht zuordnen. Dieses Beispiel zeigt einerseits, dass die HV A nicht ohne Grund bestimmte Personen in einem Aktenvorgang gemeinsam registrierte. Es zeigt andererseits, dass die gemeinsame Registrierung mehrerer Personen in einem IMA-Vorgang nur einen unvollständigen Ausschnitt abbildet: Weder erfährt man Näheres über die Beziehungen zwischen dem IM und seinen „Umfeldpersonen“, noch erfährt man, ob ein Politiker gleich von mehreren IM umgeben war.

In den IMA-Vorgängen von Parteifreunden erfasste die HV A außerdem noch Horst Haasler, der in der 2. Wahlperiode zunächst für den GB/BHE, dann für die CDU im Bundestag saß, und den SPD-Abgeordneten Richard Tamblé, der dem Parlament von 1960 bis 1972 angehörte.⁶²⁸

2.6.2.5. Abgeordnete, die in IMA-Vorgängen sonstiger Personen mit erfasst wurden

Vierzehn Abgeordnete wurden in IMA-Vorgängen je unterschiedlicher Personen mit erfasst, beispielsweise bei Mitarbeitern oder bei früheren Berufskollegen. In einigen Fällen müsste aufwändig recherchiert werden, um zu erkennen, welche Verbindung zwischen dem jeweiligen IM einerseits und dem mit erfassten Abgeordneten andererseits bestanden hatte. In einigen Fällen könnte man die Abgeordneten noch direkt befragen.

⁶²⁵ Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet nur 11 Informationslieferungen, die offenkundig auf Gutau zurückgehen. Sie beziehen sich auf die Jahre 1982 bis 1987 und wurden von der HV A überwiegend als mehr oder weniger wertlos eingeschätzt (Noten 4 und 5), da es sich um offen zugängliche Informationen handelte. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2890/71. Den Namen Jungmann ordnete die HV A keiner dieser 11 Informationen zu.

⁶²⁶ Die SIRA-Teildatenbank 13 verzeichnet 456 Informationslieferungen der Quelle „Fidi“, Zeitraum 1979 bis 1989, die Teildatenbank 14 weitere 26 Informationen von 1981 bis 1986. BStU, MfS, HV A/MD/4 u. 5, SIRA-TDB 13 u. 14, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2890/71. In der Teildatenbank 13 verzeichnete die HV A Informationen über das westliche Personenstands- und Meldewesen, über westliche Personaldokumente und Ähnliches. In der Teildatenbank 14 wurden Informationen über Aktivitäten westlicher Geheimdienste, auch Fahndungsmaßnahmen, erfasst.

⁶²⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2808/78. In der SIRA-Teildatenbank 12 sind zwischen 1979 und 1989 137 Informationslieferungen von Bauer verzeichnet, wovon die HV A viele überdurchschnittlich wertvoll einstufte (7-mal Note 1, 45-mal Note 2). Zu Bauer siehe auch S. 45 u. a. Zu den IM im Umfeld Jungmanns siehe auch Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht, Urteil v. 6.9.1995 – Az. 2 OJs 22/94 und Oberlandesgericht Düsseldorf, Urteil v. 18.2.1998 – Az. VII-21/94.

⁶²⁸ Zu Haasler siehe S. 261. Zu Tamblé siehe BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/7154/60; die Hauptperson des IMA-Vorgangs „Strauch“, in dem Tamblé mit erfasst war, war offenbar ein SPD-Mitglied, das Ende der 1950er Jahre auf der nordfriesischen Insel Amrum lebte, während Tamblé auf der benachbarten Insel Sylt politisch aktiv war. Für die Quelle „Strauch“, Reg.-Nr. XV/7154/60, verzeichnet die SIRA-Teildatenbank 12 zwischen 1970 und 1983 60 Informationslieferungen, die sich schwerpunktmäßig mit der Westberliner SPD, den Jusos und der Friedensbewegung beschäftigten, gelegentlich auch Auffassungen führender SPD-Politiker wiedergaben. Nur 7 Informationslieferungen fielen in die Zeit der Parlamentszugehörigkeit von Tamblé.

Bemerkenswert ist der Fall des Hamburger Buchhändlers Kurt Wand sen., der als junger Kommunist gegen das NS-Regime kämpfte, mehrere Jahre im KZ saß und von 1949 bis 1989 für die HV A sowie ihre Vorläufer spionierte. Ausweislich der „Rosenholz“-Kartei gehörte er noch in den frühen 1950er Jahren der KPD an. In seinem IMA-Vorgang „Hülse“ wurden in den fünfziger bis sechziger Jahren die Hamburger SPD-Abgeordneten Hellmut Kalbitzer, Irma Keilhack und Gertrud Lockmann und Mitte der sechziger Jahre auch der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt mit erfasst.⁶²⁹ Den Vorgang „Hülse“ führte die HVA-Abteilung II/4, also das SPD-Referat der HV A. Wie intensiv die Verbindung Kurt Wands sen. zu den vier Parlamentariern war, ist den überlieferten MfS-Unterlagen nicht zu entnehmen. Anfang der siebziger Jahre führte er seinen Sohn Kurt Wand jun. der HV A zu, der dann ebenfalls bis 1989 für die HV A spionierte und zuverlässig über Interna aus der Hamburger SPD berichtete.⁶³⁰

Bei den übrigen betroffenen Abgeordneten, die in Vorgängen sonstiger Personen mit erfasst waren, handelte es sich um Martin Bangemann (FDP), Peter Blachstein (SPD), Dirk Fischer (CDU), Brigitte Freyh (SPD), Reinhard Göhner (CDU), Friedrich Kraus (SPD), Manfred Opel (SPD), Hermann Scheer (SPD), Georg Schulhoff (CDU) und Lothar Wrede (SPD).⁶³¹

2.6.3. Pläne oder Versuche des MfS, Bundestagsabgeordnete anzuwerben

Das MfS versuchte in allen vier Jahrzehnten der deutschen Teilung, beständige Verbindungen zu Bundestagsabgeordneten herzustellen und sie ohne oder mit ihrem Wissen als Quellen oder inoffizielle Mitarbeiter zu nutzen. Die „Rosenholz“-Karteien widerspiegeln dieses Vorgehen nur teilweise. Im vorangegangenen Abschnitt wurde gezeigt, dass Abgeordnete, die in den IMA-Akten anderer Personen mit erfasst wurden, zumindest in einigen Fällen bereits als Informationsquelle ausgenutzt wurden und auch Anwerbungen erwogen wurden, was jedoch auf den Karteikarten nicht zu erkennen ist.

Es liegen jedoch auch Karteikarten vor, aus denen unmittelbar hervorgeht, dass die HV A die Anwerbung des betreffenden Abgeordneten zumindest in Erwägung gezogen hatte. Das sind jene Karteikarten F 22, auf denen die HV A als Vorgangsart „Vorlauf-IM“, „Vorlauf-Akte“ oder „IM-Vorlauf“ eingetragen hatte. Ob es sich im Einzelfall nur um einen Plan handelte, oder ob die HV A bereits offen oder verdeckt eine Verbindung zu dem betreffenden Abgeordneten aufgebaut

⁶²⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/14586/60. Der IMA-Vorgang „Hülse“ füllte bis Ende der 1960er Jahre 10 Bände Berichtsakten, danach scheint seine Bedeutung als Informationsquelle rapide gesunken zu sein. Die SIRA-Datenbank verzeichnet unter seiner Reg.-Nr. XV/14586/60 lediglich 5 Informationseingänge, und zwar verstreut auf die Jahre 1980 bis 1988. Zu Kurt Wand sen. siehe auch Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 206; Ders.: Was wissen wir über die DDR-Spionage, 2003, S. 53; Der Spiegel 47(1993)49 v. 6.12.1993, S. 108 f.: „So etwas wie eine Mauer“.

⁶³⁰ Kurt Wand jun. wurde seit 1972 als IM „Kugel“, Reg.-Nr. XV/107/72 bei der HVA-Abteilung II/4 als IM geführt. Zwischen 1972 und 1988 verzeichnet die SIRA-Teildatenbank 12 insgesamt 240 Informationslieferungen Wands. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/107/72; vgl. auch Anm. 629.

⁶³¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu den Vorgängen, zu denen die hier aufgezählten MdB hinzuregistriert worden waren: XV/2873/62 (Bangemann), XV/14587/60 (Blachstein; zu ihm führte die HV A später eine IM-Vorlaufakte unter Reg.-Nr. XV/10977/61), XV/10866/61 (Fischer), XV/19142/60 (Freyh), XV/1386/68 (Göhner; Reg.-Nr. nicht eindeutig; ab 25.9.1985 im Objektvorgang zu CDU/CSU (OVO „Schwarz“) erfasst), XV/5390/62 (Kraus), XV/3009/66 (Opel), XV/338/77 (Scheer), XV/3198/67 (Schulhoff), XV/256/80 (Wrede). Zu Bangemann und Freyh siehe S. 179 f. Manfred Opel, MdB vom 20.6.1988 bis 17.10.2002, wurde spätestens 1979 zum Vorgang „Hildrun“, Reg.-Nr. XV/3009/66, hinzuregistriert. Hauptperson des Vorgangs war die Sekretärin Siegrid Hebecker, die seit 1966 bei der HV A als IM („O-Quelle“) verzeichnet war (zum Begriff O-Quelle siehe auch S. 222 sowie Anm. 793 u. 794). Hebecker arbeitete im Vorzimmer des Chefs des Logistikcorps der Luftwaffe, eines Drei-Sterne-Generals der Bundeswehr. Opel hatte als Chef des Stabs der Logistik nur in wenigen Fällen mit Hebecker zu tun (telefonische Auskunft Opels an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt am 8.6.2012). Ob die HV A nach Opels Wechsel in den Bundestag erneut einen IM in seinem Umfeld platzieren konnte, ist nicht erkennbar.

hatte, kann man den Karteikarteneinträgen nicht entnehmen.⁶³² Insgesamt liegen zu 16 Abgeordneten für die Zeit ihrer Bundestagszugehörigkeit IM-Vorlauf-Erfassungen in „Rosenholz“ vor.

IM-Vorläufe wurden beim MfS grundsätzlich als IM-Akten archiviert, und bei der HV A firmierten IM-Vorläufe in der Regel als IM-Akte A.⁶³³ Das heißt, unter den 132 Abgeordneten, die laut „Rosenholz“ in IM-Aktenvorgängen der HV A erfasst sind, befinden sich 16 Abgeordnete, zu denen erkennbar nur eine IM-Vorlaufakte existierte, aber keine IM-Akte. Vielmehr stellte die HV A in diesen Fällen den Werbeversuch, wie auch immer er im Einzelnen aussah, ohne Erfolg wieder ein. Bei diesen mitunter recht prominenten 16 Abgeordneten handelte es sich um Peter Blachstein (SPD), Heinrich von Brentano (CDU), August-Martin Euler (DP/FVP), Hermann Mathias Görge (CSUS), Bruno Heck (CDU), Rudolf-Ernst Heiland (SPD), Georg Kliesing (CDU), Erich Mende (FDP), Karl Mommer (SPD), Peter Nellen (CDU, ab 8.11.1960 SPD), Victor-Emanuel Preusker (DP/FVP), Hans Georg Schachtschabel (SPD), Herbert Schneider (DP/FVP), Georg Stierle (SPD), Philipp Wehr (SPD) und Helmut Wendelborn (CDU).⁶³⁴ Die IM-Vorlaufakten dieser Abgeordneten wurden zwischen 1957 und 1966 angelegt und zwischen 1961 und 1972 archiviert. Ihre Laufzeit betrug zwischen drei und zwölf Jahren.⁶³⁵

Manche dieser Karteikartenerfassungen erscheinen plausibel, wenn man die biografischen und zeitgeschichtlichen Hintergründe betrachtet. So ist es denkbar, dass beispielsweise der Abgeordnete Blachstein für die HV A wegen seiner dezidiert antifaschistischen Biografie potenziell als ansprechbar galt: Blachstein hatte sich vor 1933 der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAPD) angeschlossen, wurde 1933 bis 1934 von den Nationalsozialisten in einem Konzentrationslager interniert und nahm 1936 auf der Seite der republikanischen Armee gegen Franco am spanischen Bürgerkrieg teil. In der Bundesrepublik sprach er sich gegen das Godesberger Programm der SPD aus und stimmte gegen die Notstandsgesetze.⁶³⁶ Ein Bericht der HV A über Blachstein vom 1. September 1967 stellte bei ihm aber einen politischen Meinungswandel fest. Habe er Ende der fünfziger Jahre immerhin ansatzweise eine „realistische und positive [...] Einstellung gegenüber der SU [Sowjetunion]“ erkennen lassen, so konnte die HV A Mitte der sechziger Jahre solche Ansätze bei ihm nicht mehr finden.⁶³⁷ Aus HVA-Sicht erscheint es deshalb konsequent, dass die Vorlauf-Akte schließlich wieder geschlossen wurde.

⁶³² In der Aktenordnung der HV A heißt es zu IM-Vorläufen zusammenfassend: „Zu Personen, die als IM-Kandidat ausgewählt wurden und mit dem Ziel der Werbung bearbeitet werden, sind IM-Vorläufe anzulegen.“; zit. in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie Anm. 502), S. 831.

⁶³³ Ebenda.

⁶³⁴ Reg.-Nr. XV/10977/61 (Blachstein; ihn führte die HV A anfangs im IMA-Vorgang einer anderen Person unter Reg.-Nr. XV/14587/60), XV/11095/60 (Brentano), XV/13758/60 (Euler), XV/8528/60 (Görge), XV/2895/66 (Heck), XV/10989/61 (Heiland), XV/8573/60 (Kliesing), XV/13757/60 (Mende), XV/4802/63 (Mommer; zu Mommer siehe auch S. 302), XV/3433/60 (Nellen; er wurde später im IMA-Vorgang einer anderen Person unter XV/1997/64 erfasst), XV/13759/60 (Preusker), XV/2177/60 (Schachtschabel), XV/599/61 (Stierle), XV/13849/60 (Wehr), XV/3508/64 (Wendelborn). Die genannten Parteizugehörigkeiten beziehen sich im Wesentlichen auf den Zeitraum, in dem die HV A den jeweiligen Aktenvorgang führte. Einige der Abgeordneten wechselten zuvor oder danach die Partei.

⁶³⁵ Einen Sonderfall bildet hier die Erfassung des MdB Schachtschabel, dessen 1958 angelegte IM-Vorlaufakte 1973 kurzzeitig in eine IM-Akte B umgeschrieben und als solche 1976 archiviert wurde, ohne dass irgend eine Aktivität Schachtschabels zugunsten der HV A erkennbar ist. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2177/60.

⁶³⁶ Der Spiegel 23(1969)12 v. 17.3.1969, S. 27 f.: Blachstein: Nich um kümmern. Blachstein war von der HV A zunächst 1957 zum IMA-Vorgang „Gertrud“, Reg.-Nr. XV/14587/60 hinzuregistriert worden. Am 15.12.1961 legte die HV A zu ihm die Vorlauf-Akte „Blase“, Reg.-Nr. XV/10977/61, an, die sie am 10.6.1970 wieder archivierte. Es ist nicht erkennbar, dass die HV A zu Blachstein irgendeinen Kontakt aufgenommen hätte. BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu den genannten Reg.-Nummern.

⁶³⁷ HV A II, 1.9.1967: Bericht: MdB Blachstein, Peter geb. 30.4.1911 in Dresden, wohnhaft Hamburg; BStU, MfS, AP 10677/79, Bl. 12–14.

Andererseits legte die HV A am 12. Juli 1957 Akten zu den damaligen DP/FVP-Abgeordneten August-Martin Euler, Victor-Emanuel Preusker und Herbert Schneider an, die politisch rechts standen und bei denen kaum inhaltliche Anknüpfungspunkte zu erwarten waren. Ob es sich bei diesen Akten von Anfang an um IM-Vorlauf-Akten handelte oder ob sie erst zwei bis drei Jahre später als solche kategorisiert wurden, muss offen bleiben.⁶³⁸ Mit Euler und Preusker hatte die HV A zwei der 16 abtrünnigen FDP-Abgeordneten im Blick, die in der ersten Jahreshälfte 1956 die Fraktion verlassen hatten und sich als „Freie Volkspartei“ neu formierten; am 14. März 1957 schloss sich die FVP-Fraktion mit der DP-Fraktion zusammen. Preusker behielt zudem bis zum Ende der Legislaturperiode im Herbst 1957 sein Regierungsamt als Bundesminister für Wohnungsbau und bekleidete von 1958 bis 1960 das Amt eines Bundestagsvizepräsidenten. Mitte Dezember 1961 archivierte die HV A die Vorlauf-Akten zu Euler und Preusker, nachdem beide nach der Bundestagswahl im Herbst 1961 aus dem Parlament ausgeschieden waren. Mit ihnen verließ damals auch der langjährige DP-Abgeordnete Herbert Schneider den Bundestag, der von 1957 bis 1960 seine Bundestagsfraktion leitete, von 1958 bis 1960 stellvertretender Bundesvorsitzender und 1960 kurzzeitig Bundesvorsitzender der DP war. Seine Vorlauf-Akte archivierte die HV A jedoch nicht wie in den 15 anderen Fällen, sondern schrieb sie Anfang Dezember 1961 zu einem IM-Vorgang um. Die weiteren Eintragungen auf der Karteikarte lassen es aber als unwahrscheinlich erscheinen, dass hier ein engerer Kontakt zwischen Schneider und der HV A zustande gekommen war. Denn als der Vorgang am 21. August 1964 endgültig archiviert wurde, bestand der Vorgang lediglich aus zwei Aktenbänden zu seiner Person.⁶³⁹ Schneider gehörte noch einmal von 1969 bis 1972 dem Bundestag an, dieses Mal für die CDU. Die HV A befasste sich damals aber nicht erneut mit ihm; das heißt, der 1964 archivierte Vorgang wurde nicht reaktiviert.

Ebenfalls am 12. Juli 1957 legte die HV A einen Aktenvorgang zu Erich Mende an. Er war damals stellvertretender FDP-Fraktionschef, übernahm im selben Jahr noch für sechs Jahre das Amt des FDP-Fraktionsvorsitzenden, fungierte von 1960 bis 1968 als FDP-Bundesvorsitzender sowie von 1963 bis 1966 als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und zugleich als Vizekanzler. Im Oktober 1970 wechselte Mende aus Protest gegen die Ostverträge zur CDU/CSU-Fraktion. Die Vorgangskartei zu Mende vermerkt, dass die HV A zu ihm eine „Vorlauf-Akte“ führte. Als die HV A den IMA-Vorgang „Meteor“ am 31. Januar 1969 archivierte, bestand der Aktenvorgang ausweislich der „Rosenholz“-Karteikarte ausschließlich aus drei Bänden Personalakte.⁶⁴⁰ Dies deutet darauf hin, dass die HV A – mit welchem Ziel auch immer – Informationen über Mende zusammentrug, nicht aber, dass er Informationen lieferte. Die Rückseite der Karteikarte F 16 enthält eine bemerkenswerte Anweisung: „Achtung – keine Auskunft erteilen auf Dossier 5846 u. keine Information an Abt. VII/HV A“.⁶⁴¹ Helmut Müller-Enbergs deutet diesen Vermerk dahin-

⁶³⁸ Da das MfS 1960 eine neue Registrier-Systematik einführte, wurden in diesem Jahr für die bereits bestehenden Vorgänge neue Karteikarten F 22 angelegt. Der Eintrag „Vorlauf-Akte“ auf den Karteikarten F 22 der 3 genannten Abgeordneten wurde deshalb auch erst 1960 aufgetragen, ohne dass ersichtlich ist, ob die Aktenvorgänge von Beginn an als Vorlauf-Akten geführt wurden. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/13758/60, XV/13759/60, XV/13760/60. Die Vorlauf-Akte zu Euler trug den Decknamen „Eimer“, die zu Preusker den Decknamen „Palme“, die zu Schneider den Decknamen „Nauen“. BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu den genannten Reg.-Nummern. Die 3 Vorgänge wurden von der Hauptabteilung I/2 der HV A angelegt und gingen später an deren Nachfolgeabteilung HV A II/2 über.

⁶³⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/13760/60; demnach hatte die HV A am 21.8.1964 2 Bände Personalakten sowie ein „Dossier“ archiviert. Eine Berichts- bzw. Arbeitsakte scheint es in diesem Vorgang nicht gegeben zu haben, was darauf hindeutet, dass die HV A von Schneider keine Informationen bekommen hatte.

⁶⁴⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/13757/60. Der Vorgang wurde von der Hauptabteilung I/2 der HV A angelegt und ging später an die HV A II/2 über. Mit Datum vom 21.6.1956 war Mende von der HV A bereits im FDP-Vorgang (Vorgangs-Nummer 111) erfasst worden.

⁶⁴¹ Die Dossier-Nummer 5846 war eine frühere Vorgangsnummer, unter der Mende von der HV A erfasst worden war. Eben solche Vermerke finden sich auf den Karteikarten F 16 anderer Abgeordneter. Vgl. hierzu in Kapitel 2.6.5., S. 203 f.

gehend, dass die HV A im Umfeld des betreffenden Abgeordneten „eine besonders zu schützende Person“ führte, die eine „persönlich-stabile Verbindung“ zu dem Abgeordneten unterhielt; die Informationen, die die HV A von dieser Person erhielt, hätten „allein von der Leitung der HV A gelesen, aber nicht einmal innerhalb der HV A ausgewertet“ werden dürfen.⁶⁴²

Ein prominenter HVA-Agent, der zwischen 1958 und 1966 regelmäßig mit Mende in Verbindung stand, war der Nürnberger Fotokaufmann Hannsheinz Porst alias IM „Optik“.⁶⁴³ Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft intensiviert Porst auf Anweisung von HVA-Chef Markus Wolf zielgerichtet seine Verbindung zu Mende, mit dem er im Januar 1961 eine Duz-Freundschaft schloss. Porst unterstützte die FDP im Wahlkampf 1961 massiv, während Mende ihm wiederholt Einblick in interne FDP-Papiere gewährte und ihn in mündlichen Gesprächen unter anderem über die Deutschlandpolitik der Bundesregierung, die Passierscheinverhandlungen und angestrebte Verbesserungen des Interzonenhandels informierte.⁶⁴⁴ Es spricht insofern einiges dafür, dass Mendes Verbindung zu Porst den Hintergrund für Mendes Karteikartenerfassung als „Vorlauf-Akte“ darstellte. Für diese Annahme spricht auch das Archivierungsdatum des Vorgangs „Meteor“ am 31. Januar 1969. Es liegt zwischen Porsts Verhaftung (am 1. November 1967) und Porsts Verurteilung wegen verräterischer Beziehungen durch den Bundesgerichtshof (am 8. Juli 1969). Nachdem die Quelle „Optik“ ausgefallen war, so die naheliegende Vermutung, verfügte die HV A über keinen Zugang mehr zum Vorgang „Meteor“.

Im Falle des CDU-Abgeordneten Peter Nellen sah die HV A möglicherweise politisch begründete Anknüpfungspunkte, als sie im Juli 1960 die Vorlauf-Akte „Monstre“ zu ihm anlegte.⁶⁴⁵ Denn Nellen lehnte als bekennender Katholik offen die atomare Aufrüstung ab und sprach sich für ein weiterreichendes Recht auf Wehrdienstverweigerung aus. Mitte Juli 1960 hatte sich Nellen mit Herbert Wehner über einen Übertritt zur SPD unterhalten, den er dann am 8. November 1960 vollzog.⁶⁴⁶ Die Vorlauf-Akte „Monstre“ schloss die HV A im September 1963. Zu einer Anwerbung Nellens war es nicht gekommen.

In einigen Fällen beziehen sich die IM-Vorlaufakten ausschließlich auf Zeiträume, in denen der betreffende Politiker dem Bundestag nicht angehörte. So wurden beispielsweise die CDU-Abgeordneten Hermann Pünder (MdB von 1949 bis 1957) und Heinrich Lübke (MdB von 1949 bis 1950 und 1953 bis 1959) zwar schon 1956 von der HV A erfasst. Aber die IMA-Vorgänge mit der Bezeichnung „Vorlauf-Akte“ legte die HV A zu Pünder frühestens 1958 an, zu Lübke 1960, als er bereits Bundespräsident war.⁶⁴⁷ Über den Westberliner CDU-Politiker Karl-Heinz Schmitz führte die HV A von 1961 bis 1968 eine Vorlauf-Akte. Sie war schon archiviert, als Schmitz im August

⁶⁴² Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 83.

⁶⁴³ Siehe Anm. 622. Zu Porst vgl. auch dessen IMA-Vorgang „Optik“, Reg.-Nr. XV/18492/60, den die HV A Anfang 1953 anlegte und am 15.6.1972 archivierte. BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18492/60.

⁶⁴⁴ Erstinstanzliches Urteil gegen Markus Wolf (siehe Anm. 112), veröffentlicht in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, hier S. 49. Porsts Wahlkampfunterstützung für die FDP 1961 bestand demzufolge darin, dass er das gesamte Wahlkampfmaterial der Partei druckte und der FDP einen Preisnachlass in Höhe von 300 000 DM gewährte; hiervon erhielt er von der HV A immerhin 70 000 bis 75 000 DM erstattet. Siehe auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 66 f., der sich ebenfalls auf die Wolf-Anklage stützt. Erich Mende schreibt in seinen Memoiren über Porsts Enttarnung und dessen Unterstützung der FDP in den Wahlkämpfen 1961 und 1965. Aber er teilt nichts über seine politischen oder persönlichen Verbindungen zu Porst mit. Siehe auch Mende, Erich: Von Wende zu Wende. 1962–1982. München, Berlin, 1986, S. 269–271. Der Schriftsteller, Dissident und Politiker Gerhard Zwerenz erinnert sich an ein bezeichnendes Detail: Porst, mit dem er befreundet war, habe ihm bereits lange vor der Enttarnung detailliert über seine Gespräche mit Markus Wolf erzählt. Neues Deutschland v. 17./18.6.2006, S. 21: Dissidenten, Dienste – ein Dilemma.

⁶⁴⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3433/60.

⁶⁴⁶ Der Spiegel 14(1960)47 v. 16.11.1960, S. 26–31: Nellen. Von rechts wie von links.

⁶⁴⁷ Zu beiden Politikern siehe ausführlicher das Kapitel 2.8., S. 249 ff., über den HVA-Überläufer Max Heim und die Spionage gegen CDU/CSU bis 1959.

1970 in den Bundestag nachrückte.⁶⁴⁸ Auch der IMA-Vorgang mit der Vorlauf-Akte zu Adolf Scheu liegt zeitlich außerhalb seiner Bundestagszugehörigkeit. Scheu saß von 1969 bis zu seinem Tod 1978 für die SPD im Bundestag. Die Vorlauf-Akte mit dem Decknamen „Mut“ eröffnete die HV A jedoch schon 1959 und schloss sie 1965 ohne Ergebnis wieder.⁶⁴⁹ Scheu mochte für die HV A interessant gewesen sein, weil er ein Weggefährte Gustav Heinemanns war, mit ihm 1952 die neutralistische „Gesamtdeutsche Volkspartei“ (GVP) gründete und 1957 zusammen mit ihm und anderen wie dem späteren Bundespräsidenten Johannes Rau in die SPD eintrat. In den Jahren 1970 bis 1972 versuchte dann die MfS-Bezirksverwaltung Suhl, einen Kontakt zu Scheu herzustellen. Einer ihrer DDR-IM, „Sepp Schneider“, reiste damals für Exportgeschäfte häufiger in den Westen, wo er geschäftlich auch mit dem Industrieberater Scheu zu tun hatte. Den MfS-Akten zufolge brachte Scheu dem IM „Sepp Schneider“ gegenüber sein Interesse an engeren geschäftlichen und persönlichen Beziehungen deutlich zum Ausdruck. Scheu reiste dann auch in die DDR, besuchte die Leipziger Messe und den Volkseigenen Betrieb (VEB) Hebezeug in Suhl. Er äußerte sich auf diesen Reisen positiv zur DDR, bekannte sich aber auch als Befürworter des Prager Frühlings.⁶⁵⁰ 1972 stellte die MfS-Bezirksverwaltung Suhl die „intensive politisch-operative Bearbeitung des Bundestagsabgeordneten Adolf Scheu“ wieder ein, weil der IM „Sepp Schneider“ „nicht über den Rahmen allgemeiner Einschätzungen hinausgegangen“ war.⁶⁵¹ Außerdem hatte das MfS beobachtet, dass Scheu seinerseits den IM „Sepp Schneider“ mit feindlichem ideologischen Gedankengut beeinflusste. Offenbar war der IM „Sepp Schneider“ politisch nicht hinreichend geschult und standfest.⁶⁵²

Der SPD-Abgeordnete Rudi Lotze wurde während seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag (19. Oktober 1965 bis zu seinem Tod am 17. Oktober 1971) von der HV A lediglich im Objektvorgang zur SPD registriert.⁶⁵³ Die IM-Vorlaufakte zu seiner Person lief hingegen nur vom 30. Januar 1964 bis zum 11. März 1965 und gehört deshalb ebenfalls nicht zur Themenstellung des vorliegenden Gutachtens. Der Vorgang soll dennoch kurz beschrieben werden, denn es liegt hier die komplette Akte vor, sodass das Phänomen „IM-Vorlauf“ deutlicher gefasst werden kann. Als der zuständige MfS-Mitarbeiter Oberleutnant Helmut Reichel die Vorlauf-Akte „Idur“ zu Lotze am 30. Januar 1964 eröffnete, begründete er diesen Schritt mit einem einzigen Satz: „Das Material ist vom [!] operativen Interesse und wird mit der Perspektive der Werbung bearbeitet.“⁶⁵⁴ Es war also das erklärte Ziel, Lotze als inoffiziellen Mitarbeiter anzuwerben. Lotze gehörte zu dieser Zeit dem SPD-Bezirksvorstand Hannover an und arbeitete hauptamtlich als DGB-Kreisvorsitzender in Nienburg/Weser. Aus der Vorlauf-Akte, die von der Auslandsspionageabteilung der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg geführt wurde, geht hervor, dass dieselbe Abteilung Lotze schon

⁶⁴⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/8652/61. Schmitz gehörte von 1958 bis 1985 dem Berliner Abgeordnetenhaus an (mit einer Unterbrechung 1963–1967). Sein Bundestagsmandat legte er bereits 1971 wieder nieder.

⁶⁴⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/7448/60; Scheu war demnach bereits 1958 in einem nicht näher bezeichneten Vorgang von der HV A erfasst worden.

⁶⁵⁰ Delikten-Kerblockkartei der BV Suhl zu Scheu, Adolf; BStU, MfS, BV Suhl. Scheu hielt sich während der Volkskammerwahl am 14.11.1971 in Suhl auf und soll sich dort nach MfS-Informationen anerkennend über den Ablauf der Wahl und das Vorhandensein einer Wahlkabine geäußert haben. Vgl. MfS, BV Suhl, 15.11.1971: Information [Nr. 118/71] über den Verlauf der Wahlen am 14.11.1971 und damit im Zusammenhang stehende Vorkommnisse; BStU, MfS, BV Suhl, AKG/15, Bd. 6, Bl. 4.

⁶⁵¹ BVfS Suhl, Abt. XVIII, 27.3.1974: Einschätzung des IMS „Sepp Schneider“; BStU, MfS, BV Suhl, AIM 469/85, Bd. I, Bl. 121 f. Die hier federführende Abteilung XVIII hatte die Aufgabe, die DDR-Volkswirtschaft zu überwachen.

⁶⁵² Delikten-Kerblockkartei der BV Suhl zu Scheu, Adolf; BStU, MfS, BV Suhl.

⁶⁵³ Lotze wurde am 1.4.1966 von der HV A im Objektvorgang „Harz“ registriert, den die HV A zur SPD führte.

⁶⁵⁴ MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg, Abt. XV, Oberleutnant Reichel, 30.1.1964: Beschluss für das Anlegen eines [!] Vorlauf-Akte; BStU, MfS, AIM 4052/65, Bl. 5 f. Der Vorgang lief unter der Reg.-Nr. XV/436/64.

Ende 1959 beobachtete und seine politischen Positionen analysierte. Zu den relevanten Feststellungen gehörte damals, dass Lotze 1959 als ordentlicher Delegierter am SPD-Parteitag in Bad Godesberg teilnahm und dort für das neue SPD-Parteiprogramm stimmte, obwohl er mit dem Programm nicht einverstanden war.⁶⁵⁵ Die Magdeburger Auslandsspionage war jedoch stets auf Informationen aus zweiter Hand angewiesen, denn die einzige Verbindung zu Lotze bestand in der Person des westdeutschen IM „Ehlert“, mit dem Lotze offenbar befreundet war. In einem MfS-internen Auskunftsbericht vom 13. Mai 1964 hieß es ausdrücklich, dass Lotze von IM „Ehlert“ als „Abschöpfquelle“ benutzt werde, ohne um den geheimdienstlichen Hintergrund zu wissen:

„Zwischen ‚Idur‘ und dem GM ‚Ehlert‘ besteht ein guter persönlicher Kontakt, der auf der gemeinsamen politischen Tätigkeit basiert. Der GM ‚Ehlert‘ erhält durch ‚Idur‘ viele Informationen und Meinungen zur SPD-Politik sowie über aktuell-politische Fragen, ohne dass ‚Idur‘ Kenntnis von einer Zusammenarbeit des GM ‚Ehlert‘ mit unserem Organ hat.“⁶⁵⁶

Noch im Laufe des Jahres 1964 wechselte Lotze beruflich nach Hannover, wo er Landesbezirksleiter der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen geworden war. Das MfS schloss infolgedessen die Vorlauf-Akte, weil der IM „Ehlert“ nun keinen Kontakt mehr zu Lotze hatte. In der knappen Begründung des Magdeburger MfS-Oberleutnants Reichel für das Einstellen des IM-Vorlaufs liest sich das folgendermaßen: „Die VA [Vorlauf-Akte] ‚Idur‘ wird zur Ablage gebracht, da die Voraussetzungen zur Realisierung der Werbung nicht vorhanden sind. Der durch den GM ‚Ehlert‘ bestandene persönliche Kontakt zu VA ‚Idur‘ hat sich aufgrund des Arbeitsplatzwechsels des ‚Idur‘ zerschlagen.“⁶⁵⁷

Die Vorlauf-Akte „Idur“ zu Rudi Lotze enthält einige der wesentlichen Elemente, die eine IM-Vorlaufakte grundsätzlich ausmachten: Persönliche Daten wie Familienstand, Wohnort und Beruf, Einschätzungen über politische Positionen innerhalb der eigenen Partei sowie gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Ländern und schließlich Meinungsäußerungen und Informationen, die von dem betreffenden Menschen „abgeschöpft“ werden konnten.

Auch die HVA-Akte über Heinrich Happe gehört im engeren Sinne nicht zur Fragestellung des vorliegenden Gutachtens. Happe, Landwirt in Westfalen, saß als SPD-Abgeordneter lediglich von 1949 bis 1953 im Bundestag. Doch erst 1961 wurde er in den Akten des MfS erfasst, als die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig ihn als „Vorlauf-IM“ registrierte. 1962 übernahm die HVA die Akten und führte Happe fortan als IM „Felix“.⁶⁵⁸ Seine Abgeordnetentätigkeit lag da schon einige Jahre zurück. Aus der SPD war er 1954 ausgetreten, schloss sich dann zeitweilig der Zentrumspartei an, wurde aber 1954 auch Mitglied einer Vorläuferorganisation der „Deutschen Friedensunion“ (DFU) und schließlich der DFU selbst. In dieser SED-gesteuerten Partei, deren ideologische Nähe zur DDR allgemein bekannt war, gehörte er in den sechziger Jahren in Nordrhein-Westfalen zum Landesvorstand. Happes Kontakte in die DDR entwickelten sich seit 1956, als er erstmals von der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) des Bezirks Leipzig zur Landwirtschaftsausstellung nach Markkleeberg eingeladen wurde. Er sagte zu und kam seither immer wieder in die DDR, um Gespräche zu führen oder Vorträge auf Bauernkongressen zu halten. Im Gegenzug besuchte ihn öfter der IM „Neuland“, der offenbar an den VdgB-Zentralvorstand angebunden war.⁶⁵⁹ Happes HVA-Führungsoffizier, Oberleutnant Paul Weber, trat ihm in Ostberlin als „Journalist Paul Werner“ gegenüber, was die Vermutung nahelegt, dass Happe unter falscher Flagge geführt wurde.⁶⁶⁰ Gleichwohl erfüllte Happe Aufträge, die Weber ihm erteilte; er erhielt Auslagen

⁶⁵⁵ BVfS Magdeburg, Abteilung XV, 16.12.1959: Bericht über Rudi Lotze; ebenda, Bl. 15–18.

⁶⁵⁶ BVfS Magdeburg, Abteilung XV, 13.5.1964: Auskunft; ebenda, Bl. 43.

⁶⁵⁷ BVfS Magdeburg, Abteilung XV, 11.3.1965: Beschluss für das Einstellen eines IM-Vorlaufs; ebenda, Bl. 45 f.

⁶⁵⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HVA/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XIII/357/61, sowie BStU, MfS, AIM 13209/69, Teil II, Bl. 10 f.: Beschluss für das Anlegen eines IM-Vorganges vom 18.6.1962.

⁶⁵⁹ BStU, MfS, AIM 13209/69, Teil II, Bl. 30, 33 u. 36.

⁶⁶⁰ Ebenda, Bl. 31, 82 u. 89.

erstattet und zumindest einmal eine Prämie in Form einer Kamera. Seit 1962, so notierte im Jahre 1968 Führungsoffizier Weber, „wurden mit ‚Felix‘ jährlich bis zu vier Treffs durchgeführt, in denen er durchschnittlich fünf Informationen bei jedem Treff brachte und jährlich über etwa 20 aktive Maßnahmen berichtete“.⁶⁶¹ Dass er den geheimdienstlichen Hintergrund kannte, ist zwar naheliegend, aber nicht zwingend. Neben anderem erhoffte die HV A offenkundig, Happes Verbindungen zu damaligen Abgeordneten nutzen zu können. In einer Liste des Führungsoffiziers Weber aus dem Jahr 1968 über Happes politische Verbindungen wurden in diesem Zusammenhang der SPD-Abgeordnete und Agrarexperte R. Martin Schmidt, der 1960 von der CDU zur SPD übergetretene westfälische Abgeordnete Peter Nellen sowie der in Münster lebende FDP-Abgeordnete Rudolf Opitz angeführt. Folgt man der überlieferten Akte, gelang es Happe allerdings kaum, von diesen Abgeordneten politische Informationen zu erlangen.⁶⁶² Im September 1969 beendete Führungsoffizier Weber die geheimdienstliche Verbindung zu Happe. Als Gründe führte er dessen fortgeschrittenes Alter an – Happe war immerhin 74 Jahre alt, und die Tatsache, dass Happe wegen seiner häufigen DDR-Reisen ins Blickfeld der bundesdeutschen Behörden geraten sei.⁶⁶³

Neben den Vorlauf-Akten gab es noch eine zweite Aktenart, die auf Anwerbungsabsichten hindeutete: Operative Personenkontrollen (OPK). Die Aktenordnung der HV A schrieb vor, OPK-Akten zu solchen Personen anzulegen, „die zielgerichtet hinsichtlich ihrer Voraussetzungen sowie der günstigsten Bearbeitungsmöglichkeiten aufgeklärt werden“.⁶⁶⁴ Praktisch bedeutete diese kryptische Definition: Im Rahmen einer Operativen Personenkontrolle prüfte die HV A, ob die betreffende Person potenziell als IM infrage kommen könnte. Falls es genügend aussichtsreiche Anhaltspunkte gab, wurde aus der OPK-Akte ein IM-Vorlauf oder gleich eine IM-Akte. Anderenfalls ging die OPK-Akte ins Archiv.⁶⁶⁵

Zu fünf Bundestagsabgeordneten legte die HV A ausweislich der „Rosenholz“-Karteien OPK-Akten an: Reinhard Bühling (SPD), Manfred Coppik (SPD), Michael Jung (CDU), Walther Ludewig (FDP) und Dietrich Mahlo (CDU). Die Karteikarten-Erfassungen von Bühling und Coppik reichten ins Jahr 1977 zurück; den OPK-Vorgang zu Bühling archivierte die HV A 1988, den zu Coppik 1985.⁶⁶⁶ Offenkundig hatten sich aus Sicht der HV A nicht genügend Anhaltspunkte gefunden, um eine Anwerbung tatsächlich anzugehen. Zu Michael Jung legte die HV A im August 1987 eine OPK-Akte an, die sie Ende 1988 oder 1989 durch eine Kontaktperson-Akte (KPA) ersetzte; die HV A bearbeitete ihn demzufolge bis zum Ende der DDR.⁶⁶⁷ Die OPK-Akte zu Ludewig, der nur

⁶⁶¹ Ebenda, Bl. 33.

⁶⁶² Ebenda, Bl. 34, 43 u. 89 f.

⁶⁶³ HVA, Abt. II, 25.9.1969: Abschlussbericht, in: ebenda, Bl. 96.

⁶⁶⁴ Aktenordnung der HV A, zit. in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie in Anm. 502), S. 831.

⁶⁶⁵ Ebenda, S. 837. Seit 1988 gab es auch die Möglichkeit, einen OPK-Vorgang zu beenden, indem die bearbeitete Person als „Kontaktperson“ (KP) in einer KP-Akte registriert wurde. Der Charakter einer OPK bei der HV A unterschied sich demnach von den OPK anderer MfS-Abteilungen. Bei den sogenannten Abwehr-Dienststeinheiten konnte eine OPK zwar auch in einen IM-Vorgang übergehen, aber häufig wurden regimekritische Menschen in OPK bearbeitet und verfolgt; die OPK ähnelte dann einem „Operativen Vorgang“ (OV) oder bildete die Vorstufe zu einem OV.

⁶⁶⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherchen zu Reg.-Nr. XV/6474/81 (Bühling) und XV/154/82 (Coppik), sowie Anm. 667 bis 669. Informationen über Reinhard Bühling bezog das MfS vor allem von dem Angestellten der Berliner Senatsverwaltung und SPD-Mitglied Wolfgang Krause, den die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Berlin als IM „Friedemann“ führte. Krause wurde 1957 angeworben und berichtete bis 1989 über die Westberliner SPD. In der SIRA-Teildatenbank 12 sind für die Zeit von 1969 bis 1983 insgesamt 70 Informationen dokumentiert, in denen über Bühling berichtet wird. Davon kamen 55 Informationen von Krause. Bühling gehörte dem Bundestag von 1965 bis 1981 an. BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/12971/60. Vgl. auch Kammergericht Berlin, Urteil v. 28.3.1996 – Az. 1 OJs 259/94.

⁶⁶⁷ Ausführlicher hierzu S. 307.

von 1976 bis 1980 dem Bundestag angehörte, führte die HV A von 1977 bis 1988/89.⁶⁶⁸ Anders als die eben genannten vier Abgeordneten war Dietrich Mahlo nicht die Hauptperson der ihn betreffenden OPK; Hauptperson war einer seiner Westberliner Rechtsanwaltskollegen. Gleichwohl stand auch Mahlo im Visier der HV A.⁶⁶⁹

Abgesehen von Mahlo legte die HV A die übrigen vier OPK-Vorgänge jeweils zu einer Zeit an, als die entsprechenden Abgeordneten dem Parlament aktuell angehörten. Auch die zuvor beschriebenen Vorlauf-Akten legte die HV A zumeist an, als die Betroffenen Mitglied des Bundestags waren. Die HV A rechnete offenkundig über all die Jahre immer mit der Möglichkeit, so dicht an Bundestagsabgeordnete heranzukommen, dass sie beständig abgeschöpft oder gar angeworben werden könnten.

Vermutlich hatte die HV A 1988 noch OPK-Vorgänge zu zwei weiteren Abgeordneten angelegt. In diesen beiden Fällen ist die Überlieferungslage jedoch unklar. In den „Rosenholz“-Unterlagen sind Statistikbögen mit den Registriernummern XV/3/91 und XV/6/91 vorhanden. Daran verwundern die Endziffern „91“. Üblicherweise bezeichnet diese Zahl das Jahr, in dem der Vorgang angelegt wurde. Das Jahr 1991 scheidet als Möglichkeit jedoch aus. Die beiden Registriernummern sind ausschließlich in den Statistikbögen der „Rosenholz“-Unterlagen dokumentiert. Es gibt hingegen keine zugehörigen Karteikarten F 16 oder F 22 mit Namen oder Vorgangsbezeichnungen. Ebenso wenig finden sich diese Registriernummern in der SIRA-Datenbank. Aus den beiden Statistikbögen geht hervor, dass die HVA-Abteilung XVI/A/01 unter der Registriernummer XV/3/91 im Jahr 1988 einen in München lebenden Bundestagsabgeordneten als Kontaktperson „Bayer“ erfasste. Im selben Jahr registrierte die gleiche Abteilung unter der Registriernummer XV/6/91 einen in Münster lebenden Bundestagsabgeordneten als Kontaktperson „Jordan“.⁶⁷⁰ Wahrscheinlich führte die HV A die beiden Abgeordneten in OPK-Akten. Für diese Annahme sprechen Einträge in der SIRA-Teildatenbank 21.⁶⁷¹ Eindeutige Aussagen zur Identität der beiden Parlamentarier scheitern hingegen an den fehlenden Namenskarteikarten. Der Statistikbogen deutet lediglich im Falle der Kontaktperson „Jordan“ auf die Parteizugehörigkeit hin, er war allem Anschein nach Mitglied der SPD.

Bei Weitem nicht alle Kontaktanbahnungsversuche und -vorhaben wurden in Vorlauf- oder OPK-Akten erfasst. Auch jene Abgeordnete, die bei anderen Personen mit erfasst wurden, wurden von der HV A mitunter bereits heimlich daraufhin angesehen, ob eine Kontaktanbahnung möglich sei.

⁶⁶⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/325/83. Ausweislich des Eintrags in der SIRA-Teildatenbank 21 wurde der OPK-Vorgang 1988/89 in einen IMA-Vorgang umgewandelt, ohne dass Aktivitäten Ludewigs zugunsten der HV A erkennbar sind.

⁶⁶⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/589/82. Die entsprechende Karteikarte F 16 zeigt, dass Mahlo schon 1969 von der HV A erfasst wurde.

⁶⁷⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3/91 und XV/6/91. Die HVA-Abteilung XVI nutzte offizielle, legale Beziehungen zwischen DDR-Institutionen und westlichen Gesprächspartnern für eine gezielte Informationsgewinnung aus, vgl. hierzu auch Anm. 390. Insgesamt liegen im Archiv des BStU 15 Statistikbögen mit den Endziffern „91“ vor. Der BStU-Mitarbeiter Helmut Müller-Enbergs gibt als mögliche Erklärung an, dass „eine neue Nummernfolge eingeführt wurde bzw. werden sollte“ und weist darauf hin, dass es sich in allen 15 Fällen um Kontaktpersonen der HVA-Abt. XVI handelte, neben den beiden Abgeordneten auch „Direktoren von Instituten und Unternehmen“; Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 106.

⁶⁷¹ In der SIRA-Teildatenbank 21 sind für die HVA-Abteilung XVI/A/01 ebenfalls die Vorgänge „Bayer“ und „Jordan“ nachgewiesen, allerdings unter den Registriernummern XV/950/89 („Bayer“) bzw. XV/6301/88 („Jordan“). In den SIRA-Teildatenbanken 11–14 finden sich unter diesen Registriernummern keine Einträge. Die Übereinstimmungen der Decknamen des vorgangsführenden Referats sowie die Tatsache, dass die HV A Kontaktpersonen häufig in OPK-Akten führte, lässt die Annahme zu, dass die in „Rosenholz“ und SIRA ausgewiesenen Vorgänge „Bayer“ und „Jordan“ jeweils identisch sind, jedoch in den Statistikbögen aus nicht bekannten Gründen eine andere Nummernfolge angegeben wurde. Zum Begriff „Kontaktperson“ siehe Anm. 554.

In einigen Fällen liegen zu Abgeordneten nur scheinbar belanglose HVA-Registrierungen in Objekt- oder Sicherungsvorgängen vor, obwohl in anderen Aktenbeständen dokumentiert ist, dass die HV A zu dem betreffenden Abgeordneten eine Verbindung aufzubauen versuchte. Das war beispielsweise bei Erhard Eppler (SPD) der Fall, der dem Bundestag von 1961 bis 1976 angehörte und von 1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit war. Zu Eppler liegt in der „Rosenholz“-Kartei lediglich eine Karteikarte vor, die am 19. Juni 1964 angelegt wurde und aus der hervorgeht, dass er im Objektvorgang „Harz“, also dem zentralen HVA-Aktenvorgang zur SPD, verzeichnet war. Im Archiv des BStU hat sich indes eine Akte erhalten, aus der hervorgeht, wie die HV A einen beständigen Kontakt zu Eppler aufbauen wollte.⁶⁷² Demnach nahm im Frühjahr 1966 ein DDR-Philosoph auf Weisung der HV A brieflich Kontakt zu Eppler auf und besuchte ihn bis Juni 1968 mehrfach. Er wollte von ihm in Erfahrung bringen, inwieweit die SPD-Führung zu Gesprächen mit der SED bereit sei und sollte Eppler selbst dialogbereit stimmen. Eppler kritisierte zu dieser Zeit allerdings vehement die Haltung der SED gegenüber den Reformen in der Tschechoslowakei. Noch im selben Jahr stellte die HV A den Kontaktabahnungsversuch wieder ein. Ihr Ziel, Eppler als Kontaktperson „Dialog“ aufzubauen und ihn beständig abzuschöpfen oder gar als Quelle anzuwerben, war gescheitert.⁶⁷³

Der niedersächsische SPD-Abgeordnete Otto Heinrich Greve kommt in den überlieferten „Rosenholz“-Karteien nicht vor. Gleichwohl liegt zu ihm eine Akte vor, die den Charakter einer Vorlauf-Akte besitzt.⁶⁷⁴ Demnach übersandte die HVA-Zentrale in Berlin im November 1954 eine kleine Materialsammlung über Greve an die nachgeordnete Auslandsspionageabteilung (Abteilung XV) der MfS-Bezirksverwaltung Gera. Sie verband damit den Auftrag, Greve zu bearbeiten und über einen Mittelsmann einen Kontakt zu ihm herzustellen. Greve war 1945 für rund zwei Monate Landrat in Greiz, verließ aber im Frühsommer mit den amerikanischen Truppen Thüringen. Die HV A hoffte, aus dieser Zeit noch Verbindungen oder Anknüpfungspunkte zu finden. Folgt man der Akte, blieben diese Versuche weitgehend erfolglos. Dennoch beendete die Geraer Auslandsspionageabteilung den Vorgang erst nach vier Jahren. Voraussetzungen für eine weitere Bearbeitung seien nicht gegeben, hieß es im abschließenden Aktenvermerk.⁶⁷⁵

Auch zu den Abgeordneten Willy Könen (SPD), Walter Schmidt (SPD), Otto Wittenburg (DP/FVP) und Willi Wolf (SPD) liegen in „Rosenholz“ keine Hinweise auf Werbeversuche vor, obwohl es sie gegeben hatte. In diesen vier Fällen sind jedoch Personenakten im Archiv des BStU überliefert, in denen die letztlich vergeblichen Kontaktabahnungsversuche des MfS dokumentiert sind.⁶⁷⁶

⁶⁷² BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1118/71.

⁶⁷³ Der Vorgang wird zusammenfassend beschrieben in Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, Kap. 5.2, S. 79 f., dort auch weiterführende Literaturhinweise, unter anderem auf Epplers Erinnerungen „Komplettes Stückwerk“, in denen dieser auf S. 174 auf diesen Vorgang eingeht. Zusammenfassend der Artikel von Karl-Heinz Baum: Stasi sah bei Eppler keine Perspektive. In: Frankfurter Rundschau v. 6.10.2006, S. 4. Die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig formulierte in einem Operativplan vom 23.9.1966 das Ziel, in einem ersten Schritt zu Eppler einen Abschöpfkontakt aufzubauen und ihn langfristig als „Quelle“ zu gewinnen. BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1118/71, Bl. 40–45.

⁶⁷⁴ BStU, MfS, BV Gera, AP 302/59.

⁶⁷⁵ Ebenda, insbes. Bl. 2, 10 f. u. 16–20.

⁶⁷⁶ Zu Willy Könen liegt nicht in Rosenholz, sondern in der zentralen Kartei F 16 des MfS sowie in der Kartei F 16 der MfS-BV Karl-Marx-Stadt eine namentliche Registrierung vor; er wurde demnach von der Abteilung XV der MfS-BV Karl-Marx-Stadt bearbeitet, also von der Linie Auslandsspionage. Die Karteikarte trägt keine Registriernummer, sondern verweist auf die im Archiv vorhandene Akte. BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AP 323/66; demnach wurde Könen zwischen 1960 und 1965 bearbeitet. Zu Walter Schmidt liegt nicht in Rosenholz, sondern in der zentralen Kartei F 16 eine namentliche Erfassung vor, die Registriernummer XV/18252/60 ordnet ihn dem HVA-Objektvorgang zur SPD zu. Zusätzlich wurde Schmidt von der MfS-BV Magdeburg, Abteilung V/2, zwischen 1959 und 1962 als Vorlauf-IM unter der Registriernummer VII/1940/62 erfasst; diese Vorlauf-Akte liegt im Archiv vor unter BStU, MfS, BV Magdeburg, AIM 4220/62. Zu Otto Wittenburg liegt in Rosenholz lediglich eine Karteikarte F 16 vor, die der HVA-Mitarbeiter Klaus Rösler am 2.3.1953 angelegt hatte, es gibt jedoch keine entsprechende Karteikarte F 22. Die Abteilung II/4 der MfS-BV Schwerin führte von 1955 bis 1958 eine als

Darin lassen sich wiederum die Strategien des MfS studieren. Das MfS führte entweder IM im Umfeld der Abgeordneten oder nutzte deren persönliche bzw. verwandtschaftlichen Verbindungen in die DDR, um unter einer Legende mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Dabei wurde zum einen geprüft, wie aufgeschlossen die Abgeordneten der DDR gegenüber waren, zum anderen wurden – soweit möglich – bereits politische Informationen abgeschöpft.

Der Vorgang zu Wittenburg enthält einige bemerkenswerte Details, weshalb er hier ausführlicher dargestellt werden soll. Wittenburg stammte aus dem nordwestlichen Mecklenburg, wo er vor 1945 das Gut Wodenhof bei Schwerin als Pächter betrieben hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte er eine politische Karriere in Schleswig-Holstein, war Landesvorsitzender der Deutschen Partei (DP), für die er von 1949 bis 1957 im Bundestag saß und gehörte zugleich 1950 bis 1951 als Landwirtschafts- und Justizminister der Landesregierung unter Ministerpräsident Walter Bartram an. Nachdem Bartram 1951 von Friedrich Wilhelm Lübke, einem Bruder des späteren Bundespräsidenten Heinrich Lübke, abgelöst worden war, schied auch Wittenburg aus der Landesregierung aus. Das MfS wurde 1955 durch den DDR-IM „Klause“ auf Wittenburg aufmerksam. „Klause“, der sich der KPD bzw. ihrem Vorläufer schon 1918 angeschlossen hatte, war nach der sowjetischen Besetzung Mecklenburgs 1945 Distriktbürgermeister geworden und hatte durch seine Fürsprache Wittenburg vor einer Internierung durch die Sowjets bewahrt. „Klause“ wusste, so heißt es in den MfS-Unterlagen, um Wittenburgs „gegnerische Einstellung zu Hitler“.⁶⁷⁷ „Klause“, inzwischen Frührentner, erhielt nun 1955 vom MfS den Auftrag, den Kontakt zu Wittenburg zu intensivieren, was er auch tat.⁶⁷⁸ Wittenburg reagierte freundlich, empfing ihn zuhause in Kronshagen bei Kiel und reiste vom 13. bis 14. Oktober 1956 mit seiner Frau zum Gegenbesuch nach Schwerin. Das MfS bereitete sich mit einem sechs Seiten umfassenden Maßnahmenplan, datiert vom 31. Juli 1956, darauf vor. Er sah unter anderem vor, zwei Zimmer im Privathaus des IM „Klause“ zu verwanzeln, und zwar das Herrenzimmer, in dem Wittenburg und „Klause“ sich unterhalten würden, und das Gästeschlafzimmer, um die Gespräche zwischen Wittenburg und seiner Frau zu belauschen. Ferner wurde „Klause“ darauf vorbereitet, einen MfS-Offizier unter einer Legende mit Wittenburg bekannt zu machen. In den drei Orten, die Wittenburg im Schweriner Umland womöglich zu besuchen wünschte, musste das MfS Vorbereitungen treffen, um „Zwischenfälle“ und „Vorkommnisse“ zu verhindern. Die gesamte Aktion wurde immerhin als so gewichtig angesehen, dass der stellvertretende Stasi-Minister Erich Mielke den Maßnahmenplan persönlich genehmigte und zusätzliche Anweisungen gab.⁶⁷⁹ Im Nachhinein erwiesen sich einige Maßnahmen als überflüssig oder unwirksam: Die Wanze im Herrenzimmer lieferte die gleichen Informationen wie der IM „Klause“, die Wanze im Gästeschlafzimmer hingegen fiel wegen eines technischen Defekts aus. Der MfS-Mitarbeiter, der kompromittierende Fotos machen sollte, lieferte unbrauchbare Aufnahmen. Wittenburg besichtigte auch keinen der Orte

„Handakte“ bezeichnete Vorlauf-Akte, die unter der Archivsignatur BStU, MfS, BV Schwerin, AP 120/58 vorliegt. Zu Willi Wolf liegt nicht in Rosenholz, sondern in einer dezentralen Kartei der MfS-BV Leipzig („Abt. XV, gelöschte Erfassungen“) eine namentliche Erfassung vor. Die dort angegebene Registriernummer XV/4401/61 verweist auf einen HVA-Vorgang, der aber in der Kartei F 22 von Rosenholz nicht mehr nachgewiesen ist. Eine Personenakte der Abteilung XV der MfS-BV Leipzig, die faktisch eine Vorlauf-Akte war, ist unter der Signatur BStU, MfS, BV Leipzig, AP 2979/80 vorhanden. Demnach versuchte die Leipziger Auslandsspionageabteilung zwischen 1964 und 1974 vergeblich, eine Anwerbung anlässlich von Verwandtenbesuchen Wolfs in der DDR vorzubereiten. In dieser Akte wird Wolf als „Kontaktperson ‚Fuchs‘“ bezeichnet.

⁶⁷⁷ BV Schwerin, Abt. II/4, 31.7.1956: Maßnahmenplan; BStU, MfS, BV Schwerin, AP 120/58, Bl. 44. Diese Charakterisierung ist nicht mit einer Widerstandsbiografie gleichzusetzen. Die IM-Akte „Klause“, BStU, MfS, BV Schwerin, AIM 136/63, konnte erst kurz vor Drucklegung des Gutachtens eingesehen werden. Bei IM „Klause“ handelte es sich demnach um Karl Brincker, der von 1945 bis 1947 als Leiter des Umsiedleramtes eine hohe Funktion in der Landesverwaltung (Landesregierung) Mecklenburg(-Vorpommerns) innehatte.

⁶⁷⁸ BStU, MfS, BV Schwerin, AIM 136/63, Bd. A I, Bl. 55

⁶⁷⁹ Ebenda, Bl. 44–49. Einige Präzisierungen zu dem Maßnahmenplan reichte der Leiter der MfS-Hauptabteilung II, Oberst Josef Kiefel, am 2.8.1956 nach. Ebenda, Bl. 50 f.

im Umland, und damit war die Möglichkeit entfallen, einen MfS-Mitarbeiter unter Legende mit ihm bekannt zu machen.⁶⁸⁰

Beachtlich waren Wittenburgs Äußerungen im Gespräch mit IM „Klaus“: Wittenburg lobte die Begegnungen zwischen FDP und LDPD⁶⁸¹, befürwortete direkte Gespräche mit der SED und bezeichnete die Deutschland- und Westpolitik Adenauers als falsch, obwohl Wittenburgs Deutsche Partei mit Adenauers Union koalierte. Wittenburg, der nach Erkenntnissen des MfS Vorsitzender des Verbandes ehemaliger Großgrundbesitzer der Ostzone war, überraschte auch damit, dass er kein Interesse mehr an seinem früheren Besitz zeigte und auch anderen Flüchtlingen klar machte, dass sie ihr zurückgelassenes Eigentum nie wieder zurückerhalten würden.⁶⁸² Schließlich äußerte Wittenburg gegenüber IM „Klaus“ noch die Bitte, kompromittierendes Material über Bundeslandwirtschaftsminister Heinrich Lübke zu bekommen. Er erinnere sich, dass die Lübkes 1932/33 bei einer Siedlungsgesellschaft Betrügereien begangen hätten und darüber unter anderem ein Landtagsausschuss verhandelt habe. „W. bat mich“, so berichtete IM „Klaus“ seinem Führungsoffizier, „das Material, das in den Stenogrammen des Landtagsausschusses und in dem Bericht des Abgeordneten vor dem Landtag enthalten ist zu besorgen, damit er es gegen Lübke anwenden kann.“⁶⁸³ Heinrich und der 1954 verstorbene Friedrich Wilhelm Lübke, so ergänzte IM „Klaus“, seien „persönliche Gegner von W.“⁶⁸⁴

Wittenburg hatte dem MfS mit seiner Bitte einen wichtigen Anknüpfungspunkt geboten. Als ein Fazit der Schwerin-Reise Wittenburgs notierte der zuständige Schweriner MfS-Offizier Heinz Linow daher:

„Die Bitte des W., über den augenblicklichen Minister der Bundesrepublik Lübke kompromittierendes Material aus dem örtlichen Archiv zu besorgen, ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um mit W. direkt ins Gespräch zu kommen. Zum anderen ergeben sich hieraus für uns Möglichkeiten, diese Dinge politisch gegen das Adenauer-Regime auszuwerten. Aus diesem Grunde muss: a) versucht werden, das erwähnte Material zu besorgen. Einen Auftrag hierzu erhielt der GI ‚Klaus‘ aufgrund seiner Verbindungen zum Archiv und die Abteilung V aufgrund ihrer offiziellen Verbindung. b) Die Berichte des ‚Klaus‘ sind der HA II [MfS-Hauptabteilung II] zuzusenden, um auf zentraler Ebene eine Auswertung vornehmen zu können. c) Nach Auffinden des kompromittierenden Materials wird ein neuer Maßnahmenplan ausgearbeitet, der den weiteren Weg zur Ausnutzung des W. zum Inhalt hat. [...]“⁶⁸⁵

⁶⁸⁰ Ebenda, Bl. 97–99.

⁶⁸¹ 1956 hatten hochrangige FDP- und LDPD-Politiker einen Dialog begonnen; vgl. hierzu Engelmann, Roger: Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966. In: Engelmann, Roger; Erker, Paul: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 66). München 1993, S. 13–132, insbes. 17–47.

⁶⁸² „Klaus“: Bericht vom 14.10.1956: Betr.: Besuch Wittenburg; BStU, MfS, BV Schwerin, AP 120/58, Bl. 91–96.

⁶⁸³ Ebenda, Bl. 96. Heinrich Lübke wurde im Februar 1934 u. a. wegen des Verdachts in Untersuchungshaft genommen, Gelder der „Siedlungsgesellschaft Bauernland AG“ in Schwerin teils für eigene Zwecke verwendet, teils für den Wahlkampf des Reichspräsidenten Hindenburg gegen Hitler abgezweigt zu haben. Nach 20 Monaten, im Oktober 1935, wurde Heinrich Lübke aus der Untersuchungshaft entlassen, das Verfahren gegen ihn und seinen Bruder ohne Anklageerhebung im November 1935 eingestellt. Lübke-Biograf Rudolf Morsey wertet das damalige Verfahren gegen Lübke als ein von den Nationalsozialisten inszeniertes und politisch motiviertes Verfahren. Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn 1996, S. 96–117 u. 525–532. Im Rahmen der Lübke-Kampagnen Ende der 1960er Jahre wiederholte der „Spiegel“ 1968 die seinerzeitigen Anschuldigungen. Siehe hierzu Stadt, Jochen: Die Lübke-Legende – Teil III. Das Korruptionsverfahren von 1933/34 und seine Rezeptionsgeschichte. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 12(2007)21, S. 18–27, hier 18–25.

⁶⁸⁴ „Klaus“: Bericht vom 14.10.1956: Betr.: Besuch Wittenburg; BStU, MfS, BV Schwerin, AP 120/58, Bl. 91–96.

⁶⁸⁵ Oberleutnant Linow, Leiter der Abteilung II der MfS-Bezirksverwaltung Schwerin, 17.10.1956: Auswertung des Besuches vom Abgeordneten des westdeutschen Bundestages Wittenburg bei dem GI „Klaus“, in der Zeit vom 13.10., 15.30 Uhr bis 14.10.56, 13.00 Uhr; BStU, MfS, BV Schwerin, AP 120/58, Bl. 97–100, hier 100.

Die vorgesehenen Maßnahmen kamen jedoch nicht mehr zur Umsetzung. Vielmehr verliefen die Bemühungen des MfS im Hinblick auf Wittenburg schließlich im Sande. Wittenburg fand 1957 zunächst keine Zeit für Besuche des Ehepaares „Klaus“.⁶⁸⁶ Und nach der Bundestagswahl am 15. September 1957 schied er aus dem Parlament aus. Die MfS-Bezirksverwaltung Schwerin beendete daher den Aktenvorgang im Februar 1958. Der zuständige MfS-Offizier notierte abschließend: „W. sollte angeworben werden. Die Aufklärung hat ergeben, dass z. Zt. keine Möglichkeiten bestehen.“⁶⁸⁷

2.6.4. Zwischenbetrachtung

In den vorangegangenen Abschnitten 2.6.2. und 2.6.3. wurden unter anderem die IMA-, IMB- und OPK-Erfassungen mit Bezug zu 71 Bundestagsabgeordneten erläutert. In allen diesen Fällen ist die Bedeutung der entsprechenden Einträge in der „Rosenholz“-Kartei recht klar zu bestimmen: Es handelt sich durchgängig um Aktenvorgänge der HV A, in denen Abgeordnete „bearbeitet“ wurden. Wenn man die politischen und biografischen Hintergründe der betroffenen Abgeordneten kennt, erweisen sich die jeweiligen „Rosenholz“-Erfassungen zumeist als plausibel und einer nachvollziehbaren Systematik folgend und keineswegs als willkürlich. Die Eintragungen sind klar und entlasten die betreffenden Abgeordneten, da sie erkennbar nicht für die HV A tätig waren. Die bisher analysierten Vorgänge zeigen außerdem, wie intensiv die HV A, aber auch andere MfS-Abteilungen, Abgeordnete des Deutschen Bundestages ins Visier nahmen. Ferner konnte in den vorangegangenen zwei Abschnitten gezeigt werden, dass die „Rosenholz“-Karteien nur einen Ausschnitt der MfS-Aktivitäten gegen den Deutschen Bundestag abbilden.

Die kommenden Abschnitte werden den Leserinnen und Lesern zusätzliche Aufmerksamkeit und Mühe abverlangen. Denn bei der quellenkritischen Analyse in den nachfolgenden Kapiteln kommt es noch mehr als zuvor auf spezielle Details an. So kann es für die Begutachtung der weiteren IMA-Erfassungen eine Rolle spielen, welche Abteilung der HV A einen Vorgang führte, die Art und die Anzahl der verzeichneten Aktenbände müssen festgestellt und Informationsflüsse anhand der SIRA-Daten analysiert werden.

2.6.5. Sondervorgänge über prominente Abgeordnete

Zwischen 1954 und 1957 legte die HV A zu 14 prominenten Politikern bzw. Bundestagsabgeordneten Aktenvorgänge an, die in den „Rosenholz“-Unterlagen als IMA-Vorgänge verzeichnet sind und die einige Übereinstimmungen aufweisen. Der jeweilige Politiker ist stets als einzige Person erfasst und zugleich die Hauptperson des Aktenvorgangs. Im Einzelnen betraf das Konrad Adenauer (CDU), Ludwig Erhard (CDU), Erwin Feller (GB/BHE), Heinrich Hellwege (DP), Heinrich Krone (CDU), W. Alexander Menne (FDP), Friedrich Middelhauve (FDP), Robert Pferdmenges (CDU), Hans Reif (FDP), Heinrich Schneider (FDP), Gerhard Schröder (CDU), Hans-Christoph Seebohm (DP, ab 1960 CDU), Frank Seiboth (GB/BHE) und Franz Josef Strauß (CSU).⁶⁸⁸ Die Aktenvorgänge bestanden jeweils nur aus einem einzigen Band. In einigen Fällen archivierte die

⁶⁸⁶ Vermerk von MfS-Leutnant Schleiß vom 27.12.1956, in: ebenda, Bl. 224.

⁶⁸⁷ MfS-Bezirksverwaltung Schwerin, Abt. II/4, 7.2.1958: Beschluss für das Einstellen einer Handakte, in: ebenda, Bl. 234.

⁶⁸⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/19793/60 (Adenauer), XV/19798/60 (Erhard; zu Erhard siehe auch die zentrale Kartei F 16 des MfS), XV/19799/60 (Feller; Markus Wolf behauptet in seinen Memoiren „Spionagechef im geheimen Krieg“. München 1997, S. 163, Feller habe Kontakte zur HV A gehabt. Dabei soll sich „der nachrichtendienstliche Aspekt“ vermengt haben „mit dem Interesse, Einfluss zu nehmen“. Die Rosenholz-Karteien können diese Andeutung weder bestätigen noch widerlegen.), XV/19801/60 (Hellwege), XV/19802/60 (Krone), XV/19805/60 (Menne; Menne gelangte erst 1961 in den Bundestag, die HV A erfasste ihn 1956 als Unternehmer und Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)), XV/19806/60 (Middelhauve), XV/19807/60 (Pferdmenges), XV/19808/60 (Reif), XV/19813/60 (Schneider), XV/19814/60 (Schröder), XV/19809/60 (Seebohm), XV/19810/60 (Seiboth), XV/19816/60 (Strauß).

HV A diesen Band, in anderen Fällen beendete sie den Vorgang ohne Archivablage.⁶⁸⁹ Anscheinend ist in diesen Vorgängen wenig (archivwürdiges) Papier angefallen. Im Kontrast dazu steht die relativ lange Laufzeit der Vorgänge. Sie betrug zwischen acht und 27 Jahren. Bei der Einordnung dieser 14 IMA-Vorgänge hilft eine weitere Übereinstimmung: Sie wurden alle von der Auswertungsabteilung der HV A geführt, das heißt der dortigen Abteilung VII bzw. deren Vorgängerabteilungen III und V.⁶⁹⁰ Dieser Abteilung oblag es als Auswertungsbereich, die beschafften Spionageinformationen zu verarbeiten und in Form zusammenfassender Informationsberichte an die Partei- und Staatsführung in der DDR oder an andere Empfänger weiterzuleiten. Keinesfalls hatte sie die Aufgabe, selbst Spionage zu betreiben.⁶⁹¹ Von daher kann ausgeschlossen werden, dass in diesen 14 Vorgängen inoffizielle Mitarbeiter erfasst waren. Die 14 Karteikartenerfassungen dienten wahrscheinlich allein internen Zwecken. Helmut Müller-Enbergs geht davon aus, dass die Auswertungsabteilung der HV A in den fünfziger Jahren wichtige Personen für die eigene Abteilung erfasste, um die über diese Personen beschafften Informationen an bestimmte Auswertungsreferate geben zu können.⁶⁹² Der besondere Erfassungsmodus trägt der seinerzeit herausgehobenen Bedeutung dieser Politiker Rechnung. Einen ergänzenden Aspekt kann man der SIRA-Teildatenbank 12 entnehmen. Dort ist nachgewiesen, dass die Abteilung VII (bzw. deren Vorläufer), beginnend 1954, sogenanntes biografisches Material über bundesdeutsche Politiker zusammenstellte. Von den zuvor genannten Politikern sind Personendossiers der Abteilung VII zumindest über Ludwig Erhard, Heinrich Hellwege, Heinrich Krone, Heinrich Schneider, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß in der SIRA-Datenbank belegt.⁶⁹³

Neben den bereits genannten 14 Politikern hatte die Auswertungsabteilung der HV A zwischen 1954 und 1957 noch weitere Bundestagsabgeordnete in gleicher Weise und offenkundig auch zu denselben Zwecken erfasst. Darunter befanden sich Willy Brandt (SPD), Thomas Dehler (FDP), August-Martin Euler (FDP, FVP, DP), Eugen Gerstenmaier (CDU), Waldemar Kraft (GB/BHE, ab 1955 CDU), Reinhold Maier (FDP) und Will Rasner (CDU).⁶⁹⁴ Ihnen kann jedoch

⁶⁸⁹ Die damals archivierten Akten wurden 1989/90, wie fast das gesamte HVA-Archiv, offenkundig beseitigt.

⁶⁹⁰ Die Hauptabteilung III der HV A (damals IWF/APN bzw. HA XV) wurde 1954 zur Hauptabteilung V innerhalb der HV A, im Sommer 1956 zur Abteilung V, und 1959 schließlich zur Abteilung VII. Vgl. Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS, 2012, S. 361. Auf einigen der 1957 angelegten Karteikarten F 16 ist scheinbar bereits die Abteilung VII als zuständige Abteilung eingetragen. Bei genauem Hinsehen ist jedoch erkennbar, dass der römischen Fünf („V“) nachträglich zwei senkrechte Striche angehängt wurden, sodass daraus die Sieben („VII“) wurde. Siehe BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Karteikarte F 16 zu Heinrich Krone, Reg.-Nr. XV/19802/60. Die hier in Rede stehenden Vorgänge verblieben auch dann bei der Abteilung VII, als 1966 die Desinformationsabteilung aus der Abteilung VII ausgegliedert und zur eigenständigen Abteilung X der HV A ausgebaut wurde. Die Vorgänge stehen somit nicht mit irgendwelchen „aktiven Maßnahmen“ in Verbindung.

⁶⁹¹ Bis 1966 gehörte auch die Desinformationsabteilung der HVA als Abteilung VII/F strukturell zur Auswertungsabteilung und wurde erst in jenem Jahr zur eigenständigen HVA-Abteilung X aufgewertet und aus der Auswertungsabteilung herausgelöst. Die hier in Rede stehenden IMA-Vorgänge verblieben jedoch auch nach 1966 bei der Abteilung VII der HV A.

⁶⁹² Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 143.

⁶⁹³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE6903424 (Hellwege, Schneider), SE6905169 (Krone), SE6906333 (Strauß), SE6906360 (Schröder), SE7001478 (Erhard).

⁶⁹⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche in der Kartei F 16 zu den Vorgangsnummern 804 (Brandt), 759 (Dehler), 763 (Euler), 5856 (Gerstenmaier), 760 (Kraft), 762 (Maier), 5854 (Rasner). Einige der Genannten erfasste die HV A später noch in anderen Vorgängen, beispielsweise Willy Brandt. Die obige Aufzählung ist wahrscheinlich nicht vollständig. Doch auf einigen infrage kommenden Karteikarten sind manche Eintragungen nur schwer lesbar, sodass die Zuordnung zu der aktenführenden Abteilung nicht mit der gebotenen Sicherheit möglich ist. Unter anderem dürfte der damalige Bundesfinanzminister Fritz Schäffer bei der HVA-Auswertungsabteilung unter der Vorgangsnummer 5842 registriert worden sein. Siehe hierzu BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/13150/60. In anderen Fällen gehörte der betreffende Politiker damals nicht dem Bundestag an, wie etwa Kai-Uwe von Hassel, der spätere Bundestagspräsident von 1969 bis 1972, der 1954 für die Auswertungsabteilung der HV A zutref-

keine Karteikarte F 22 zugeordnet werden. Das bedeutet, Rückschlüsse auf eine Erfassungsart – IMA oder eine andere – sind nicht möglich.

Einige der hier beschriebenen Karteikarten F 16 führen auf der Rückseite einen bemerkenswerten Eintrag: „Achtung – auf Dossier [Vorgangsnummer] keine Auskunft erteilen u. keine Information an Abt. VII/HV A“. ⁶⁹⁵ Dieses Sperrgebot findet sich in leicht abgewandelter Form auch auf den zugehörigen Karteikarten F 22: „Achtung – keine Auskunft erteilen – frei stempeln“. ⁶⁹⁶

Die Sperrvermerke erscheinen zumindest auf den ersten Blick widersprüchlich. Denn sie bezogen sich vor allem auf solche Aktenvorgänge, die von eben dieser Auswertungsabteilung geführt wurden. Wie es zu diesem scheinbaren Widerspruch kam, lässt sich hier nicht klären. Doch gewiss kann man diese Karteikarteneinträge als Hinweis auf besonders abgeschottete Vorgänge und Informationen verstehen und somit als Ausdruck extremer Geheimhaltung innerhalb der HV A.

Wie bereits weiter oben im Zusammenhang mit Erich Mende erwähnt, deutet Helmut Müller-Enbergs diese Vermerke dahingehend, dass die HV A im Umfeld des betreffenden Abgeordneten „eine besonders zu schützende Person“ führte, die eine „persönlich-stabile Verbindung“ zu dem Abgeordneten unterhielt. Die Informationen, die die HV A von dieser Person erhielt, hätten „allein von der Leitung der HV A gelesen, aber nicht einmal innerhalb der HV A ausgewertet“ werden dürfen. Die Existenz dieser Vorgänge sei selbst innerhalb des MfS verheimlicht worden. ⁶⁹⁷

Solche Einträge finden sich auf den Karteikarten zu Willy Brandt, Ludwig Erhard, Eugen Gers-tenmaier, Heinrich Krone, Will Rasner, Hans Reif, Gerhard Schröder (CDU), Hans-Christoph See-bohm und Franz Josef Strauß, deren Vorgänge alle von der Auswertungsabteilung der HV A geführt wurden. Ferner finden sich diese Einträge auf den Karteikarten zu Erich Mende, Franz Neumann, Carlo Schmid und Erwin Schoettle, und vermutlich auch zu Herbert Wehner. Die Vorgänge der fünf zuletzt Genannten wurden, soweit erkennbar, nicht von der Auswertungsabteilung der HV A geführt. ⁶⁹⁸

Bemerkenswert ist der Deckname, den die HV A dem IMA-Vorgang zu Wehner verpasst hatte: „Wotan“. Denn die MfS-Hauptabteilung IX/11, die in den sechziger Jahren belastendes Material aus Wehners Emigrationszeit suchte, benutzte in ihren Akten ebenfalls den Decknamen „Wotan“ für Wehner. ⁶⁹⁹ In diesen Unterlagen der Hauptabteilung IX/11 befindet sich auch ein Vermerk

fend als Ministerpräsident Schleswig-Holsteins erfasst wurde. Siehe ebenda, Reg.-Nr. (Vorgangsnummer) 5857.

⁶⁹⁵ Der Wortlaut variiert je nach Karteikarte geringfügig; hier zitiert nach der Karteikarte F 16 zu Franz Josef Strauß, Reg.-Nr. XV/19816/60. Im Falle von Strauß wird als Vorgangsnummer des Dossiers angegeben „MfS 19816/60“. Da diese Art von Registrier- bzw. Vorgangsnummer erst 1960 eingeführt wurde, kann auch der gesamte, oben zitierte Eintrag frühestens 1960 erfolgt sein. In anderen Fällen wurde die alte Vorgangsnummer angegeben, sodass der Eintrag schon vor 1960 erfolgt sein kann, siehe beispielsweise die auf S. 194 zitierte Karteikarte zu Erich Mende.

⁶⁹⁶ Hier zitiert nach der Karteikarte F 22, die sich auf Franz Josef Strauß bezieht, Reg.-Nr. XV/19816/60.

⁶⁹⁷ Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 83.

⁶⁹⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/13757/60 (Mende) bzw. Vorgangsnummer 737 (Neumann) 5849 (Schmid), 768 (Schoettle). Zu Mende siehe auch S. 194. Teilweise ist die Angabe zur vorgangsführenden Abteilung schwer lesbar und eine sichere Zuordnung nicht möglich. Von der Karteikarte F 16 zu Herbert Wehner liegt im BStU-Archiv nur eine Verfilmung der Karteikartenvorderseite vor. Darauf findet sich wie auf den anderen Karteikarten dieser Gruppe der Hinweis „Achtung b.w.“, was auf einen Eintrag auf der Rückseite hindeutet. Die Nummer des Vorgangs, 5847, steht in einer Reihe mit den Nummern der anderen Vorgänge, zu denen keine Auskunft erteilt werden sollte. Das spricht ebenfalls dafür, dass auch Wehner in dieser Kategorie erfasst war. Aber der konkrete Eintrag liegt nicht vor, auch nicht auf der überlieferten Vorderseite der Karteikarte F 22. Die Vorgangsnummer 5847 wurde 1960 auf XV/13840/60 umgestellt. Siehe auch unten, Anm. 710. Die Aktenvorgänge zu Mende und Wehner wurden als IMA-Vorgänge archiviert, während für die Karteikarten F 16 zu Neumann, Schmid und Schoettle keine Karteikarte F 22 vorliegt, die Rückschlüsse auf die Vorgangsart zulässt.

⁶⁹⁹ Die MfS-Hauptabteilung IX/11 stellte in 56 Aktenbänden Material über Wehner zusammen. BStU, MfS, HA IX/11, AS 95/65. Darunter befanden sich neben Dokumenten aus Wehners Emigration auch Zeu-

über eine Besprechung bei Erich Mielke, die etwa Anfang 1967 stattfand. Darin hieß es über das Ziel der Maßnahmen gegen Wehner: „Es gilt Wehner im Volk unmöglich zu machen.“⁷⁰⁰ Zu dieser Zeit hatten SED und MfS bereits zahlreiche diffamierende Publikationen gegen ihn in Umlauf gebracht.

Schon 1951 verleumdete die SED-Zeitung *Neues Deutschland* Wehner in einem längeren Artikel: Er sei 1942 in Schweden wegen „politisch-moralischer Verkommenheit“ aus der KPD ausgeschlossen worden, er habe in Schweden mit der Gestapo zusammengearbeitet und dabei antifaschistische Widerstandskämpfer in Deutschland verraten, von denen einer hingerichtet worden sei; er sei ein „Agentprovokateur“ und nach dem Krieg von anglo-amerikanischen Geheimdiensten in die Hamburger SPD eingeschleust worden.⁷⁰¹ Hier waren schon die meisten Vorwürfe zusammengefasst, die die DDR in den kommenden zwei Jahrzehnten immer wieder gegen ihn lancierte. Wie der Historiker Jochen Staadt feststellt, waren die Vorwürfe weitgehend unberechtigt.⁷⁰² Das wusste man auch im MfS. In einem Sachstandsbericht vom 12. August 1966 wies die federführende MfS-Hauptabteilung IX ausdrücklich auf diesen Sachverhalt hin: Die bisher durchgesehenen Unterlagen enthielten keine Beweise dafür, dass Wehners Aussagen in Schweden ursächlich zur Verhaftung und Verurteilung von Widerstandskämpfern in Deutschland geführt hätten.⁷⁰³ Wehners fragwürdiges Verhalten im Moskauer Exil 1937 bis 1941 konnten SED und MfS hingegen nicht thematisieren. Denn sie hätten dann eingestehen müssen, dass Walter Ulbricht und DDR-Präsident Wilhelm Pieck „maßgebliche Verantwortung für die Verschleppung und Ermordung von Kommunisten und Antifaschisten im sowjetischen Exil trugen“, wie Staadt schreibt.⁷⁰⁴

Die Wehner-Kampagnen der sechziger Jahre gingen unmittelbar auf Anweisungen Ulbrichts zurück und wurden zu einem wesentlichen Teil von der SED organisiert.⁷⁰⁵ Seitens des MfS standen die Maßnahmen gegen Wehner unter direkter Anleitung Mielkes und Wolfs. Hubertus Kna-

genvernehmungen ehemaliger Weggefährten Wehners (Bd. 4 u. a.), eine Drucksachensammlung mit sämtlichen Bundestagsreden Wehners (Bd. 19–23) und eine akribische Auflistung aller politischer Positionen, zu denen sich Wehner zwischen 1945 und 1967 bekannte und die ihn aus MfS-Sicht als „Verräter der Arbeiterklasse“ erscheinen ließen (Bd. 48, Bl. 50–151). Die Akte lief bei der HA IX/11 als „Forschungsvorgang Wehner“. Die Akte selbst trägt, anders als Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 153, andeutet, keinen Decknamen. Doch in einem Aktenvermerk vom 1.2.1967 bezeichnet ein Leutnant der HA IX/11 die Materialzusammenstellung über Wehner ausdrücklich als „Vorgang Wotan“; ebenda, Bd. 16, Teil 1, Bl. 1. In diesem Sinne findet sich die Deckbezeichnung „Wotan“ auch in ebenda, Bd. 13, Teil 1, Bl. 29, 31 u. 259; Bd. 24, Bl. 2 u. 30; Bd. 36, Bl. 1, 44 u. a. Auf einem handschriftlich beschriebenen DIN-A4-Blatt mit dem Titel „Ausführungen von Gen. Oberst Stahlmann über ‚Wotan‘“, datiert vom 20.2.1961, fasste ein ungenannter MfS-Mitarbeiter Aussagen des pensionierten HVA-Obersten und Wehner-Weggefährten in Schweden, Richard Stahlmann, zusammen. Ebenda, Bd. 4, Bl. 115. Weitere 12 Bände des Vorgangs gegen Wehner sind archiviert unter: BStU, MfS, SdM 1856–1858, 1860–1866, 1869, 1870, darunter vom KGB überlassenes Material in SdM 1858, Bl. 264–318, und eine Übersicht über das gesamte Wehner-Material nebst Erläuterungen in SdM 1866, Bl. 1–88.

⁷⁰⁰ BStU, MfS, HA IX/11, AS 95/65, Bd. 1, Bl. 4.

⁷⁰¹ Vorwärts (= Montags-Ausgabe des Neuen Deutschland), Ausgabe B, 30.4.1951, S. 2: Wehner – amerikanischer Agent. Als Kopie in: BStU, MfS, HA IX/11, AS 95/65, Bd. 46, Teil 1, Bl. 99. In der Ausgabe A des „Vorwärts“ vom gleichen Tag war der Artikel nicht enthalten.

⁷⁰² Staadt: Die geheime Westpolitik, 1993, S. 107.

⁷⁰³ MfS-Hauptabteilung IX/10 [ab 1968 HA IX/11], 12.8.1966: Informationsbericht über die bisherige Arbeit am Komplex Wehner; BStU, MfS, SdM 1858, Bl. 249–255, hier 252 f.

⁷⁰⁴ Staadt: Die geheime Westpolitik, 1993, S. 107. Über Wehners Zeit in Moskau und seine mögliche Mitverantwortung an der Hinrichtung der KPD-Funktionäre Leo Flieg und Erich Birkenhauer in Moskau 1939 und 1941 siehe Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie. München 2006, S. 66–77, insbes. 75–77. Meyer teilt hier allerdings nicht mit, dass Flieg und Birkenhauer hingerichtet wurden. Er schreibt stattdessen verschwommen von „menschlichen Tragödien“.

⁷⁰⁵ Staadt: Die geheime Westpolitik, 1993, S. 100–110, insbes. 101; Ders.: Die SED-Kampagne gegen Herbert Wehner. Neue historische Quellen und der Umgang mit ihnen. In: Deutschland Archiv 27(1994)4, S. 345–354.

be hat die umfangreichen MfS-Unterlagen zu diesem Vorgang schon Ende der neunziger Jahre ausführlich beschrieben.⁷⁰⁶

Markus Wolf schreibt in seinen Erinnerungen bezeichnenderweise nicht eine Zeile über die öffentlichen Diskreditierungskampagnen gegen Wehner, für die er persönlich mitverantwortlich war. Stattdessen berichtet Wolf ausführlich über vertrauliche Kanäle Wehners in die DDR. Als Verbindungspersonen nennt Wolf unter anderem den DDR-Journalisten Ernst Hansch und den bundesdeutschen Journalisten Otto W[eil], die ausweislich der „Rosenholz“-Dateien beide bei der HV A als inoffizielle Mitarbeiter erfasst waren, und schließlich den DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel.⁷⁰⁷ Verbürgt ist eine Berlin-Reise Wehners im Oktober/November 1956. Wehner wollte sich damals in Westberlin auf Vermittlung Weils und Wilhelm Girnus', des Sekretärs des DDR-„Ausschusses für deutsche Einheit“, mit SED-Politbüromitglied Hermann Matern treffen. Doch Matern ließ sich unter einem Vorwand entschuldigen. Wehner seinerseits schlug ein sofortiges Treffen in Materns Ostberliner Wohnung aus, da er um seine persönliche Sicherheit fürchtete.⁷⁰⁸ Tatsächlich hatte Markus Wolf damals versucht, Wehner nach Ostberlin zu locken.⁷⁰⁹ Bemerkenswert ist der zeitliche Zusammenhang zwischen diesem versuchten Gespräch und der Eröffnung des IMA-Vorgangs „Wotan“ durch die HV A. Möglicherweise widerspiegelte der IMA-Vorgang „Wotan“, den die HVA-Abteilung II von Dezember 1956 bis Januar 1973 führte, die Kontakte Wehners zu Personen wie Hansch und Weil.⁷¹⁰ Die großen Anti-Wehner-Kampagnen fanden hingegen Jahre später statt. Das schließt nicht aus, dass im Vorgang „Wotan“ in den sechziger Jahren auch Aktionen gegen Wehner vorbereitet und durchgeführt wurden.

Das Ende des Aktenvorgangs „Wotan“ liegt zeitlich ebenfalls nahe an einem bemerkenswerten Ereignis: Am 30. und 31. Mai 1973 trafen sich Honecker und Wehner zu Gesprächen in der DDR, die den Beginn einer vertrauensvollen politischen Beziehung beider Spitzenpolitiker markie-

⁷⁰⁶ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 153–181.

⁷⁰⁷ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 195–219, insbes. 196 f., 201 f. Die HV A führte zu Otto Weil von März 1954 bis Juni 1972 den IMA-Vorgang „Wanger“ unter Reg.-Nr. XV/18916/60, seine Akte bestand am Ende aus 2 Bänden Personal- und 17 Bänden Arbeitsakte. Zu Ernst Hansch führte die HV A von Mai 1952 bis Dezember 1971 den IMA-Vorgang „Frieda“ unter Reg.-Nr. XV/18248/60, die Akte bestand am Ende aus 2 Bänden Personal- und 8 Bänden Arbeitsakte. Hansch war Anfang der 1950er Jahre als Redakteur bei der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) angestellt. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu den Reg.-Nummern XV/18916/60 u. XV/18248/60. Generalsekretär der VdgB war damals noch Kurt Vieweg, der Wehner aus der schwedischen Emigration kannte.

⁷⁰⁸ In einem von Markus Wolf unterzeichneten Vermerk vom 16.11.1956 über ein Gespräch Wehners mit Girnus, das am 10.11.1956 stattfand, heißt es, Wehner habe gegenüber Girnus gesagt, „dass er [Wehner] auf keinen Fall sofort nach Ostberlin gegangen wäre, denn wer garantiere ihm, dass er nicht von einem Auto oder ähnlichem angefahren würde“. BStU, MfS, SdM 1840, Bl. 9–11, Zitat Bl. 10. Ein Dank gilt dem BStU-Mitarbeiter Bernd Florath für den Hinweis auf dieses Dokument. Siehe zu dieser gescheiterten Begegnung auch Meyer: Herbert Wehner, 2006, S. 193 f. und Leugers-Scherzberg, August H.: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition. Berlin, München, 2002, S. 171 f. Wehner wollte sich bei Matern unter anderem für die Freilassung des in der DDR inhaftierten Journalisten Alfred Weiland einsetzen, den das MfS 1950 von West- nach Ostberlin entführt hatte. Vgl. hierzu auch Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978). Münster 2000, S. 439 f. Kubina zählt Weiland hier „zu den wenigen engen Vertrauten Wehners“.

⁷⁰⁹ Leugers-Scherzberg: Wandlungen, 2002, S. 172.

⁷¹⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/13840/60; demnach wurde der Vorgang „Wotan“ am 22.12.1956 angelegt und am 2.1.1973 beendet. Die HV A archivierte einen Band Personalakten und 9 Bände Arbeitsakten. Die Bände wurden offenkundig mit Auflösung der HV A 1990 vernichtet, sodass sich über ihren Inhalt nichts sagen lässt. Die SIRA-Datenbanken 11 bis 14 verzeichnen keine Informationseingänge für diesen Vorgang. Wehner war 1953 zunächst von der HVA-Hauptabteilung I/3 im SPD-Objektvorgang (Vorgangnummer) erfasst worden, bevor zu ihm der Vorgang „Wotan“ angelegt wurde. Parallel dazu existiert zu Wehner noch eine zweite Karteikarte F 16 der HV A. Er wurde offenbar ab 1955 für wenige Jahre auch in einem Objektvorgang zur Hamburger SPD mit erfasst.

ren.⁷¹¹ Wahrscheinlich wurde während der Vorbereitungen dieser Begegnung klar, dass eine Bearbeitung Wehners durch die HV A nicht mehr opportun wäre bzw. inoffizielle Kommunikationskanäle nicht mehr vonnöten waren.

Willy Brandt wurde von der HV A in zwei Aktenvorgängen erfasst. Im April 1954 legte, wie bereits erwähnt, die Auswertungsabteilung der HV A zu ihm einen Vorgang an. Dieser Vorgang hatte wahrscheinlich nur eine kurze Laufzeit.⁷¹² Im August 1957 registrierte die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Groß-Berlin Willy Brandt in ihrem Objektvorgang zur Westberliner SPD. Im Juli 1959 verlor sie ihre Zuständigkeit für ihn. Denn in diesem Monat legte die HVA-Abteilung II den Vorgang „Pfeiffer“ an, und Willy Brandt wurde fortan in diesem Vorgang geführt. Er ist die einzige Person, die im Vorgang „Pfeiffer“ erfasst ist.⁷¹³ Formal handelte es sich um einen IMA-Vorgang, doch die überlieferten Indizien deuten auf einen besonderen Charakter des IMA-Vorgangs „Pfeiffer“ hin. Faktisch handelte es sich um den Codenamen für eine geplante Diskreditierungskampagne der HV A gegen Willy Brandt 1959/60.

Über diese geplante Diskreditierungskampagne wurde nach 1990 mehrfach berichtet.⁷¹⁴ Im Kern ging es um Folgendes: Im März 1959 veranlasste HVA-Chef Markus Wolf die Verhaftung des im Kreis Leipzig lebenden Schriftsetzers Georg Angerer. Die HV A hatte kurz zuvor herausgefunden, dass Angerer die NS-Zeit im Exil in Norwegen und Schweden verbracht, dort Willy Brandt kennengelernt und sich wie dieser in der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAPD) engagiert hatte. Außerdem war der HV A bekannt geworden, dass Angerer während der deutschen Besetzung Norwegens vorübergehend als Übersetzer bei Gestapo-Vernehmungen fungierte. Die HVA-Führung wollte diese Konstellation nutzen, um Willy Brandt als Gestapo-Agenten zu diffamieren. In einer HVA-internen Vorlage für Markus Wolf vom 12. März 1959 hieß es hierzu:

⁷¹¹ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 177. Die Aufzeichnung der damaligen Gespräche Wehner – Honecker wurden ediert und mit einer Einführung versehen von Wiegrefe, Klaus; Tessmer, Carsten: Deutschlandpolitik in der Krise. Herbert Wehners Besuch in der DDR 1973. In: Deutschland Archiv 27(1994)6, S. 600–627. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick nahm zeitweilig an dem Gespräch Honecker – Wehner teil.

⁷¹² Dieser Vorgang trug die Vorgangs-Nummer 804. Es liegt nur die Karteikarte F 16 vor. Ein Archivierungsdatum ist darauf nicht angegeben. Die HV A versah jedoch 1960 alle damals noch laufenden Aktenvorgänge mit neuen Vorgangs- bzw. Registriernummern. Auf der entsprechenden Karteikarte F 16 zu Brandt wurde keine neue Vorgangsnummer aufgetragen. Dies spricht dafür, dass der Vorgang 1960 bereits eingestellt worden war.

⁷¹³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3168/60. Demnach wurde Brandt am 28.8.1957, kurz vor seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister, zunächst für den Objektvorgang zur Westberliner SPD erfasst (Vorgangsnummer 4845, ab 1960 XV/3364/60). Am 20.7.1959 legte die HVA-Abteilung II den Vorgang „Pfeiffer“ an, den ab Februar 1989 die neu gebildete HVA-Abteilung II/8 führte, bei der es sich um ein informationsauswertendes Referat handelte. Zwischen 1973 und 1985 führten Vorläufer der HVA-Abteilung XVI („Nutzung legaler Dächer“, das hieß Informationsgewinnung mithilfe offizieller DDR-Institutionen) den Vorgang. 1960 bestand der Vorgang bereits aus 5 Bänden, von denen sich zwei bei der HVA-Abteilung VII befanden. Neue Bände wurden seither nicht angelegt, irgendeine Bewegung in dem Vorgang ist nicht mehr zu erkennen. Seit 1973 wurde der Vorgang als IMA-Vorgang mit nur einem Band Personenakte geführt. Er entsprach damit den IMA-Vorgängen der HVA-Abteilung VII. Die beiden Aktenbände, die sich bei der HVA-Abteilung VII befanden, enthielten wahrscheinlich biografisches Material über Willy Brandt. Darauf deutet der Datensatz BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE6905168 hin. Es ist ein Datensatz mit Daten der HVA-Abteilung VII mit dem Titel „Bio Brandt[,] Willy[,] Material von 1958 bis 1969“. Das Material umfasste 377 Blatt. Den Deskriptoren zufolge enthielt es Informationen sowohl über Brandts Familie als auch über seine Politik.

⁷¹⁴ Der Spiegel 46(1992)40 v. 28.9.1992, S. 146 f.: „Abstoßend und intrigant“. Wie DDR-Spionagechef Markus Wolf den Sozialdemokraten Willy Brandt kompromittieren wollte. Der Fall Angerer ist ausführlich dargestellt in einem Urteil des OLG Düsseldorf gegen Markus Wolf vom 27.5.1997 (wie Anm. 722). Vgl. dazu auch Münkler, Daniela: „Alias Frahm“ – Die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse. In: Dies.: Bemerkungen zu Willy Brandt. Berlin 2005, S. 211–236, hier 217 ff.

„Wenn es gelingt, die Zusammenarbeit Brandts mit der Gestapo nachzuweisen, so dürfte dies das politische Todesurteil von Brandt bedeuten. Sollte dieser Nachweis nicht lückenlos gelingen, so ist doch allein die Tatsache einer engen Verbindung zu einem Gestapo-Agenten schon von stark kompromittierender Wirkung.“⁷¹⁵

Angerer wurde daraufhin ein halbes Jahr lang in MfS-Haft in Berlin verhört. Ende September 1959 entließ ihn das MfS als gebrochenen Mann aus der Haft. Markus Wolf erläuterte Mielke in einem Schreiben vom 1. September 1959 die Zielstellung der Vernehmungen: Es gehe um die „Beschaffung kompromittierenden Materials gegen Willy Brandt“.⁷¹⁶ Doch die geführten Untersuchungen erbrachten nicht das erhoffte Ergebnis. Denn Angerer war schon bald nach Kriegsende von einem norwegischen Gericht von dem Verdacht freigesprochen worden, an Gestapo-Verbrechen beteiligt gewesen zu sein.⁷¹⁷ Und als Kronzeuge gegen Brandt taugte er nach 1959 nicht mehr, denn die halbjährige MfS-Untersuchungshaft und die permanenten Vernehmungen hatten ihn seelisch zerrüttet. Zudem blieb er seinen sozialdemokratischen Überzeugungen treu.⁷¹⁸ Irgendwelche Hinweise auf eine Nähe Brandts zu deutschen Stellen in Norwegen gab es ohnehin nicht, da Brandt nicht mit den Nationalsozialisten kooperierte. Die HV A verfolgte ihr Ziel dennoch weiter. Eine HVA-interne Vorlage vom 18. Dezember 1959 erörterte verschiedene Varianten, wie die Kampagne gegen Brandt mit Beteiligung Angerers geführt werden könnte. Diese Vorlage wurde von Markus Wolf abgezeichnet. Sie bezeichnet die geplante Diskreditierungskampagne gegen Brandt außerdem explizit als „Vorgang ‚Pfeifer‘ [!]“.⁷¹⁹ Auch in HVA-internen Vermerken von 1961 und 1965 steht der Deckname „Pfeiffer“ [!] für die HVA-Maßnahmen gegen Brandt.⁷²⁰

Der in „Rosenholz“ dokumentierte IMA-Vorgang „Pfeiffer“ wurde am 20. Juli 1959 angelegt. Es war die Zeit, in der Georg Angerer in Sachen „Pfeiffer“ in MfS-Haft verhört wurde. Schon dieser zeitliche Zusammenhang legt die Schlussfolgerung nahe, dass der IMA-Vorgang „Pfeiffer“ Teil der HVA-Maßnahmen gegen Willy Brandt war. Auch die Details der Karteikarteneintragungen sprechen dafür. Der IMA-Vorgang „Pfeiffer“ füllte in den Jahren 1959/60 einen Band Personal- und vier Bände Arbeitsakten. Nach dieser Zeit legte die HV A keine weiteren Aktenbände mehr an, obwohl sie den Vorgang „Pfeiffer“ bis 1989 nicht beendete.⁷²¹ Der IMA-Vorgang „Pfeiffer“ enthielt demnach nur Material aus den Jahren, in denen die HV A Georg Angerer bearbeitete und ging darüber nicht hinaus. Es liegt deshalb nahe, diesen Vorgang als Teil einer Maßnahme der HV A gegen Willy Brandt zu interpretieren.

Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte Markus Wolf 1997 wegen seiner persönlichen Verantwortung für die Inhaftierung Angerers sowie anderer Tatbestände rechtskräftig zu einer

⁷¹⁵ HVA III/4, 12.3.1959: Vorlage. Betr.: Vorschlag für die weitere Bearbeitung des Vorganges Georg Angerer (Löwe); BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 2, Bl. 77–80, hier 78. Diese Vorlage ist vom damaligen Leiter der HVA-Abteilung III Horst Jänicke und Hauptmann Müller unterzeichnet. Bei der Akte BStU, MfS, AU 4000/65 handelt es sich um den Untersuchungsvorgang gegen Georg Angerer. Die Vorbereitungen der Verhaftung Angerers sind in dem „Überprüfungsvorgang ‚Ostseewoche‘“ der MfS-Kreisdienststelle Leipzig-Land dokumentiert: BStU, MfS, BV Leipzig, AOP 44/60; darin befindet sich auf Bl. 237 f. auch der von Markus Wolf eigenhändig abgezeichnete Auftrag vom 14.3.1959, Angerer zu verhaften. In den Rosenholz-Unterlagen ist Angerer nicht verzeichnet.

⁷¹⁶ MfS, Stellvertreter des Ministers [M. Wolf], 1.9.1959: Schreiben an Minister Mielke; BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 1, Bl. 541–543, hier 541.

⁷¹⁷ MfS, 28.9.1959, Schreiben an die Oberste Staatsanwaltschaft der DDR. Betr.: Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Beschuldigten Angerer, Georg; BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 1, Bl. 551–553.

⁷¹⁸ BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 2, Bl. 215–225 u. 249.

⁷¹⁹ HVA III/4, 18.12.1959: Vorlage. Betr.: Weitere Arbeit mit dem G. Angerer im Vorgang „Pfeifer“; BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 2, Bl. 162–166, hier 162.

⁷²⁰ BStU, MfS, AU 4000/65, Bd. 2, Bl. 238 f. u. 249. Nach 1961 trafen sich MfS-Offiziere nur noch sporadisch mit Angerer, der in der DDR wohnen blieb. 1965 beendete die HV A die Gespräche mit Angerer. Ebenda, Bl. 249.

⁷²¹ Siehe oben, Anm. 713.

Haftstrafe von zwei Jahren, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.⁷²² Markus Wolf geht in seinen Erinnerungen mit keiner Silbe auf diesen Vorgang ein.

Die Bewertung der IMA-Vorgänge zu Bundestagsabgeordneten stößt hier sichtbar an zwei Grenzen: Erstens lässt sich die Spionagetätigkeit der HV A nicht mit der gleichen Tiefenschärfe und Detailgenauigkeit rekonstruieren, wie das bei den Aktivitäten anderer MfS-Abteilungen möglich ist. Die HVA-Akten wurden eben zum größten Teil beseitigt. Zweitens erweist sich die Interpretation der HVA-Registrierungen als schwierig, weil gerade bei herausgehobenen Vorgängen und insofern bei namhaften Personen Ausnahmen oder Besonderheiten zu bedenken sind. Wenn der früheren Bundesbeauftragten Marianne Birthler manchmal vorgeworfen wurde, sie würde mit den MfS-Unterlagen westlicher Politiker zurückhaltender verfahren als mit denen früherer DDR-Bürger, so ist dem entgegenzuhalten, dass die heutige Archivüberlieferung erhebliche Unterschiede aufweist. Während die Westarbeit des MfS oftmals nur noch aus Fragmenten rekonstruiert werden kann, liegen zur Inlandstätigkeit des MfS umfassende Aktenbestände vor.

Jenseits der „Rosenholz“-Karteikarten sind zu den vorab genannten Politikern und Abgeordneten mitunter noch andere MfS-Unterlagen vorhanden, die aber zur Interpretation der Karteien bestenfalls einzelne Aspekte beisteuern. Der Publizist Karl Wilhelm Fricke, der in den neunziger Jahren die MfS-Unterlagen zu Konrad Adenauer sichtete, zeigte sich beispielsweise überrascht darüber, wie schmal die Aktenüberlieferung über den ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland im MfS-Archiv ist. Zugleich zeigte Fricke am Beispiel einer MfS-Dissertation über die Spionage gegen das Bundeskanzleramt, wie die HV A schon Mitte der fünfziger Jahre mithilfe einer Sekretärin Informationen von dort beschaffte und das geheim erlangte Wissen für Desinformationskampagnen benutzte.⁷²³ Fricke veranschaulicht mit diesem Beispiel, wie wichtig es ist, bei solchen Recherchen auch das Umfeld der Politiker einzubeziehen. Das vorliegende Gutachten kann auf die Notwendigkeit dieses methodischen Ansatzes hinweisen, ihn aber nur exemplarisch berücksichtigen.

Zu zwei Politikern führte neben der HVA-Auswertungsabteilung gleichzeitig auch eine weitere HVA-Abteilung einen Aktenvorgang: Zum damaligen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler eröffnete die Hauptabteilung I der HV A im Mai 1956 den Vorgang „Donner“, der als IMA-Vorgang im Juni 1966 archiviert wurde und lediglich aus zwei Bänden Personalakte bestand.⁷²⁴ Möglicherweise führte die HV A in diesem Vorgang Informationen über Dehler zusammen, die sie im Rahmen der offiziellen Gespräche zwischen FDP und LDPD erlangte.⁷²⁵ Dieselbe Abteilung legte 1957 die Akte „Eimer“ zu dem FVP-Abgeordneten August-Martin Euler an und archivierte sie als Vorlauf-Akte (IMA-Vorgang) im Dezember 1961.⁷²⁶

Die IMA-Vorgänge zu den SPD-Spitzenpolitikern Helmut Schmidt und Karl Schiller wurden 1966 von der HVA-Abteilung II angelegt. Doch dienten diese zwei Registrierungen ähnlichen Zwecken wie in anderen Fällen die Vorgänge der HVA-Abteilung VII.⁷²⁷ Für den Vorgang zu

⁷²² OLG Düsseldorf, Urteil v. 27.5.1997 – Az. VII-1/96, abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 164–197, hierin die Darstellung des Falls Angerer S. 168–174.

⁷²³ Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Staatssicherheit und Konrad Adenauer. In: Hockerts, Hans Günter (Hg.): Das Adenauer-Bild in der DDR. Bonn 1996, S. 29–45, hier 29 u. 36–39.

⁷²⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/15934/60. 1959 ging der Vorgang an die HVA-Abt. II, die aus der HA I der HV A hervorgegangen war. Bereits einige Jahre zuvor, im November und Dezember 1954, gelangte das MfS in Abschöpfgesprächen an angebliche Aussagen Dehlers über seine deutschlandpolitischen Vorstellungen und seine äußerst kritische Haltung gegenüber den USA („brutaler und grausamer Militarismus“), Konrad Adenauer und der CDU („Die CDU müsse man aufspalten“); BStU, MfS, AOP 1539/65, Bd. 12, Bl. 459–471, insbes. 466 u. 471). Die Akte AOP 1539/65 enthält den Vorgang, den das MfS gegen das FDP-Ostbüro führte. Darin befinden sich auch Abschöpfinformationen über andere FDP-Politiker und deren deutschlandpolitischen Vorstellungen, etwa Achenbach, Döring und Weyer. Ebenda, Bl. 282 u. 308.

⁷²⁵ Siehe unten, S. 213.

⁷²⁶ Siehe oben, Anm. 638.

⁷²⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2035/66 (Helmut Schmidt) und XV/3722/66 (Karl Schiller). Beide Vorgänge wurden am 10.5.1985

Helmut Schmidt machte sich die HV A nicht einmal die Mühe, sich einen Decknamen auszusuchen. Im Falle von Karl Schiller, der am 1. Dezember 1966 Bundeswirtschaftsminister geworden war, gibt es Belege, wonach die Desinformationsabteilung der HV A (HVA-Abteilung X) schon im Januar 1967 verdeckte Maßnahmen gegen ihn vorbereitete. Der Leiter der Desinformationsabteilung, Rolf Wagenbreth, forderte damals über die MfS-Bezirksverwaltung Rostock Unterlagen aus dem Rostocker Universitätsarchiv an. Schiller war dort 1944 zum Professor berufen worden. Wagenbreth drängte die MfS-Bezirksverwaltung Rostock in einem Schreiben am 9. Januar 1967 zur Eile und ließ sie wissen, man benötige die Unterlagen „für operative Zwecke“.⁷²⁸ Die HVA-Abteilung X fertigte noch im selben Monat ein Dossier über Schiller an. Darin beschrieb sie seinen politischen und beruflichen Werdegang. Für die Jahre 1933 bis 1945 charakterisierte sie Schiller als „einen typischen Vertreter der faschistischen Ideologie und ihrer praktischen Politik“.⁷²⁹ Daraus leitete sie Kontinuitätslinien bis in die Gegenwart ab: Die von Schiller vor 1945 befürwortete nationalsozialistische „Politik der ‚Großräume‘“ komme der gegenwärtigen westlichen Ideologie, auf der die Gründung von EWG und EFTA basiere, „sehr nahe“.⁷³⁰ Das Dossier betonte Schillers frühzeitiges Eintreten für die Wiederbewaffnung, seine unternehmerfreundliche, marktwirtschaftliche und antimarxistische Politik, seine Nähe zu Herbert Wehner und Helmut Schmidt und seine gegenwärtige Distanz zu Willy Brandt und Fritz Erler. Die Bildung der großen Koalition Ende 1966 sei maßgeblich von Wehner, Schmidt und Schiller betrieben worden. Wehner habe SPD-Partei Vorstand und -Fraktion gedrängt, Kurt Georg Kiesinger trotz dessen NS-Vergangenheit als Bundeskanzler zu akzeptieren. Er habe dies damit begründet, dass Schiller in gleicher Weise NS-belastet sei.⁷³¹ Unabhängig vom Wahrheitsgehalt dieses Dokuments ist offensichtlich, gegen welche politische Strömung innerhalb der SPD es sich richtete. Mit ausdrücklicher Zustimmung Markus Wolfs übersandte die HV A dieses Dossier an die Abteilung „Internationale Beziehungen“ des MfS und bat darum, es den Geheimdiensten der verbündeten sozialistischen Länder „in geeigneter Form“ zu übergeben.⁷³² Das ist ein Hinweis darauf, dass die HV A für „aktive Maßnahmen“ gegen Schiller und die große Koalition die Unterstützung befreundeter Geheimdienste suchte. Was davon in die Tat umgesetzt wurde, geht aus der Akte nicht hervor. Im September 1969 erschien allerdings im Münchner „Verlag Politisches Archiv“ (vpa) das Buch „Der aufhaltsame Aufstieg des Karl August Schiller“. Der „Verlag Politisches Archiv“ unter seinem Verleger Hans Frederik war ein Lancierungskanal der HV A,⁷³³ und das Buch über Schiller lag inhaltlich auf der Linie des von der HVA-Abteilung X angefertigten Dokuments. Hans Frederik, der als Herausgeber dieses Buches firmierte, gab die Namen der Autoren nicht preis. Frederik druckte in diesem Buch aber Dokumente aus Schillers Universitätsakte aus den Jahren 1939 und 1940 ab, die zwei Jahre zuvor die MfS-Bezirksverwaltung Rostock zusammengetragen hatte.⁷³⁴ Frederik verschwieg die Herkunft der Dokumente aus der DDR. Stattdessen gab

beendet, wobei nur je eine Personenakte archiviert wurde. In der SIRA-Datenbank sind keine Informationseingänge für diese Vorgänge verzeichnet. Der Vorgang zu Helmut Schmidt lief unter dem Decknamen „Helmut Schmidt“ [!]. Für den Vorgang zu Karl Schiller ist kein Deckname überliefert.

⁷²⁸ HVA-Abteilung X/1, Oberstleutnant Wagenbreth, 9.1.1967: Schreiben an die Abt. XX der BVfS Rostock; BStU, MfS, BV Rostock, AKK 2532/76, Bd. 2, K 3, S. 275 (Mikrofiche). Schon 1962/63 sichtete die MfS-BV Rostock die Personalakten Schillers; damals im Auftrag der Abteilung XV der MfS-BV Berlin, die Spionage gegen Westberlin betrieb; Schiller war zu dieser Zeit Wirtschaftssenator in Berlin.

⁷²⁹ [HVA-Abteilung X, Februar 1967:] Prof. Dr. Schiller, Karl – Bundeswirtschaftsminister –, in: BStU, MfS, Abt. X, 575, Teil 1, Bl. 96 u. a.

⁷³⁰ Ebenda, Bl. 100 f.

⁷³¹ Ebenda, insbes. Bl. 115.

⁷³² HVA-Abteilung X/1, Oberstleutnant Wagenbreth, 7.2.1967: Schreiben an den Leiter der Abteilung X, Oberstleutnant Damm; BStU, MfS, Abt. X, 575, Teil 1, Bl. 85. Die Abteilung X (lies: zehn) des MfS koordinierte die Verbindungen des MfS zu den verbündeten Geheimdiensten. Sie ist nicht zu verwechseln mit der HVA-Abteilung X.

⁷³³ Herbstritt: Bundesbürger, 2007, S. 316.

⁷³⁴ Frederik, Hans (Hg.): Der aufhaltsame Aufstieg des Karl August Schiller. München 1969, S. 58–71. Die auf diesen Seiten abgedruckten Dokumente aus Schillers Universitätsakten liegen in einer Sicherheits-

er einfach nur an, sie seien 1967 „in Umlauf“ gekommen.⁷³⁵ Das Buch von Frederik erwähnt in diesem Zusammenhang die polnische Zeitung „Scholnesch Wolsonzy“ [!] (korrekte Schreibweise: *Żołnierz Wolności*, dt.: „Soldat der Freiheit“, polnische Armeezeitung). Sie habe, so Frederik, als eine der ersten Zeitungen mit „Veröffentlichungen über Schillers Vergangenheit im In- und Ausland beträchtliches Aufsehen erregt“.⁷³⁶ Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass die HVA ihr Schiller-Dossier unter anderem dem polnischen Geheimdienst hatte zukommen lassen, der es dann im Sinne der HV A verwertete.⁷³⁷

2.6.6. Frühe DDR-Kontakte von FDP- und CSU-Politikern

1959 flüchtete der ehemalige HVA-Referatsleiter Max Heim in die Bundesrepublik. Dort erläuterte er den bundesdeutschen Behörden die Strategie der HV A. Sie habe 1955 damit begonnen, solche DDR-Institutionen, die über „gesamtdeutsche Abteilungen“ verfügten, systematisch in die geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik einzuspannen. So seien die Westabteilungen der DDR-CDU und der LDPD, beginnend mit der Leitungsebene, von inoffiziellen Mitarbeitern der HV A durchsetzt worden.⁷³⁸ Auf diese Weise erstrebte die HV A Zugänge zu Politikern der West-CDU und der FDP.

Diese Strategie verlor im Laufe der Zeit zwar an Bedeutung, aber die HV A behielt sie bis zum Schluss bei: Stets bediente sie sich zur Tarnung auch anderer DDR-Institutionen. Die HVA-Registratur – und somit die Eintragungen in den „Rosenholz“-Unterlagen – lassen jedoch einen Wandel erkennen. In späteren Jahren wurden bundesdeutsche Politiker, die von einem IM „abgeschöpft“ wurden, eher im Aktenvorgang dieses IM's mit erfasst. In den früheren Jahren erfasste die HV A solche Politiker hingegen häufiger in eigenen Aktenvorgängen. Sie erscheinen deshalb heute als Hauptperson eines IMA-Vorgangs, obwohl sie ebenfalls nur „abgeschöpft“ worden waren. Das vorliegende Gutachten beschreibt in einer Fallstudie (Kapitel 2.8., S. 249 ff.) diese Praxis am Beispiel des CDU-Referats der HV A, von dem einige aussagekräftige Akten erhalten geblieben sind. Die überlieferten „Rosenholz“-Karteikarten legen die Schlussfolgerung nahe, dass die HV A hinsichtlich der Beziehungen von LDPD und FDP vergleichbar agierte.⁷³⁹

verfilmung im MfS-Archiv vor unter: BStU, MfS, BV Rostock, AKK 2532/76, Bd. 1, K 1, S. 9, 43 u. 49 f.; Bd. 1, K 2, S. 81–84; Bd. 2, K 2, S. 211 u. 215.

⁷³⁵ Frederik: Schiller, 1969, S. 57.

⁷³⁶ Ebenda.

⁷³⁷ Im selben Jahr, im März 1967, erschien in Ostberlin in 1. Aufl. das vom „Nationalrat der Nationalen Front“ herausgegebene „Graubuch: Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe. Ziele. Methoden“. Es charakterisiert Schiller als „Erfüllungsgehilfe“ von Großindustrie und Monopolkapital (S. 157) und druckt auf S. 159 u. 161–163 ebenfalls einige Dokumente aus Schillers Universitätsakte ab, die die MfS-Bezirksverwaltung Rostock zusammengetragen hatte; die meisten dieser Dokumente finden sich mikroverfilmt in: BStU, MfS, BV Rostock, AKK 2532/76, Bd. 1, K 1, S. 3–6, 13, 15 u. 49 f.; Bd. 1, K 2, S. 78. Diese Dokumente sind, bis auf eine Ausnahme, nicht identisch mit denen, die Frederik 1969 in seinem Buch veröffentlichte.

⁷³⁸ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 6.6.1959, Nr. 100, S. 981; vorhanden in: BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 237. Der spätere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Richard Meier, berichtet in seinem Buch „Geheimdienst ohne Maske“. Bergisch Gladbach 1992, S. 197 f., dass er Max Heim nach dessen Übertritt in die Bundesrepublik 1959 persönlich vernommen habe. Heims Aussagen hätten beim BfV zu einer Neueinschätzung des MfS geführt. Die von Meier mit Bezug auf Heim vertretene These einer vom KGB weitgehend unabhängigen HV A wird von der heutigen Forschung indes nicht geteilt.

⁷³⁹ Ebenso wie in der Leitung der Westabteilung der DDR-CDU führte die HV A auch in der Leitung der LDPD-Westabteilung an wichtigen Stellen IM. Die LDPD-Westabteilung unterstand zunächst dem zuständigen Sekretär des LDPD-Zentralvorstands Helmuth Speer. 1958 wurde mit Rudi Müller ein eigener Abteilungsleiter eingesetzt. Siehe Engelmann: Bruchige Verbindungen, 1993, S. 18 u. 80. Zu beiden hatte die HV A im Februar 1956 je eigene IMA-Vorgänge angelegt. Der Vorgang zu Speer wurde 1971 archiviert und umfasste eine Personal- und 11 Bände Arbeitsakten. Der Vorgang zu Müller wurde bis zum Schluss geführt und umfasste 7 Bände Arbeitsakten; zusätzlich liegen hier SIRA-Daten vor, wo-

West-CDU und FDP unterschieden sich allerdings in ihrer Politik gegenüber der jeweiligen DDR-Blockpartei. Während die West-CDU Kontakte zur DDR-CDU ablehnte, pflegte die FDP auch auf höchster Ebene offizielle Gesprächsbeziehungen mit LDPD-Funktionären.⁷⁴⁰ Zu den eifrigsten Befürwortern offizieller Kontakte zur LDPD zählte bereits 1955 Wolfgang Döring. Er war damals Geschäftsführer des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen sowie Landtagsabgeordneter und von 1957 bis zu seinem Tod am 17. Januar 1963 Bundestagsabgeordneter. Der damalige FDP-Vorsitzende Thomas Dehler befürwortete diese offiziellen Kontakte ebenfalls. Das erste offizielle Treffen von Vertretern beider Parteien fand vom 20. bis 23. Juli 1956 in Garmisch-Partenkirchen statt. Seitens der FDP nahmen daran Wolfgang Döring, die Bundestagsabgeordneten Walter Scheel und Erich Mende und der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende Willi Weyer teil.⁷⁴¹ Im Juli 1957 legte die HV A zu Döring den Vorgang „Emir“ an, den sie erst am 11. April 1968 als IMA-Vorgang archivierte – fünf Jahre nach Dörings Tod.⁷⁴² Die Akte bestand lediglich aus einem einzigen Band sowie einem „Dossier“, offenkundig also aus Informationen über Döring. Dies legt die Schlussfolgerung nahe, dass die HV A von den LDPD-Westkontakten profitierte, ohne selbst in Erscheinung zu treten.⁷⁴³ Ebenso verhielt es sich wahrscheinlich bei Thomas Dehler. Zu ihm führte die HV A von Mai 1956 bis Juni 1966 den IMA-Vorgang „Donner“, der am Ende ebenfalls nur aus zwei Bänden mit Personeninformationen über ihn bestand.⁷⁴⁴

Zu den Befürwortern offizieller Kontakte zwischen FDP und LDPD zählte auch Ernst Achenbach. Er war von 1957 bis 1976 Bundestagsabgeordneter und gehörte zum nationalen rechten Flügel innerhalb der FDP.⁷⁴⁵ Die HV A führte ihn von 1965 bis 1989/90 in einer IMB-Akte mit dem Decknamen „Wende“.⁷⁴⁶ Dafür gibt es keine plausible Erklärung. IMB-Akten legte die HV A für das geheimdienstliche Hilfspersonal unter den IM an.⁷⁴⁷ Doch dafür wird Achenbach nicht infrage gekommen sein. Aus dem Jahr 1969 liegt zudem ein Aktenvermerk vor, wonach Achenbach damals „von der HV A op[erativ] bearbeitet“ wurde. Den Aktenvermerk fertigte ein Mitarbeiter der MfS-Hauptabteilung XX/4, die Achenbach ebenfalls „bearbeitete“. Beide Abteilungen einigten sich damals darauf, die Zuständigkeit für Achenbach ausschließlich bei der HV A zu belassen.⁷⁴⁸ Zur gleichen Zeit befasste sich die MfS-Hauptabteilung IX/11 mit Achenbachs NS-

nach die HV A zwischen 1973 und 1988 21 Informationen über die FDP erhielt. BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/3 u. MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/15013/60 (Speer) u. XV/16023/60 (Müller).

⁷⁴⁰ Eine gründliche Darstellung und Analyse der FDP-LDPD-Gespräche verfasste Engelmann: *Brüchige Verbindungen*, 1993.

⁷⁴¹ Ebenda, S. 18–22.

⁷⁴² BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/13756/60. Den Vorgang legte die Hauptabteilung I/2 der HV A an.

⁷⁴³ Auch andere FDP-Politiker, die an Gesprächen mit der LDP teilnahmen, wurden 1957 von der HV A erfasst. Zu Scheel und Weyer sind nur die Karteikarten F 16 mit der Reg.-Nr. XV/6686/60 (Objektvorgang FDP) überliefert, auf beiden Karteikarten wird jedoch eine erste Erfassung am 6.8.1957 angegeben.

⁷⁴⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/15934/60. Schon 1952 war Dehler von der HV A im FDP-Vorgang (Vorgangs-Nummer 111) erfasst worden.

⁷⁴⁵ Engelmann: *Brüchige Verbindungen*, 1993, S. 19 u. a.

⁷⁴⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/3 u. MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1398/65. Zuvor war Achenbach im FDP-Objektvorgang der HV A erfasst gewesen. In der SIRA-Datenbank ist ein einziger Informationsbericht nachgewiesen, der auf die Quelle „Wende“ zurückgeführt wurde. Es handelte sich um eine Information über Achenbachs deutschlandpolitische Ansichten. Nach Müller-Enbergs: *Rosenholz. Eine Quellenkritik*, 2007, S. 83, unterhielt die HV A „Kontakte“ zu Achenbach, in deren Rahmen er abgeschöpft wurde.

⁷⁴⁷ Die Aktenordnung der HV A sah vor, IMB-Akten zu „IM des Verbindungswesens“ anzulegen, also zu IM, die zum Beispiel ihr Telefon oder ihre Anschrift als „Decktelefon“ oder „Deckadresse“ oder ihre Wohnung als „Konspirative Wohnung“ der HV A zur Verfügung stellten. Müller-Enbergs: *IM in der Bundesrepublik*, 1998, S. 831 u. 835.

⁷⁴⁸ BStU, MfS, AP 10312/92, Bl. 3, Aktenvermerk v. 6.10.1969.

Vergangenheit.⁷⁴⁹ Frühzeitig lagen ihr im Mai 1968 auch detaillierte Informationen vor, wie Achenbach sich darum bemühte, eine Aufhebung der Verjährung für nationalsozialistische Mordtaten zu verhindern. Bundesjustizminister Gustav Heinemann bereitete damals einen Gesetzentwurf vor, wonach für Mord grundsätzlich keine Verjährung mehr gelten sollte.⁷⁵⁰ Im April 1970 stellte die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld in den Niederlanden eine Dokumentation über Ernst Achenbach vor, die ihn als Kriegsverbrecher darstellte.⁷⁵¹ Klarsfeld war seit 1968 mehrfach in der DDR gewesen, um derartige NS-Unterlagen einzusehen. Im August 2011 veröffentlichte die *Jüdische Allgemeine* ein Interview mit Beate Klarsfeld. Auf die Frage, ob sie und ihr Mann keine Bedenken gehabt hätten, mit der Stasi zu kooperieren, erklärte sie demnach: „Nein. Wir haben uns nie vereinnahmen lassen. Uns ging es einzig und allein darum, Nazi-Verbrecher vor Gericht zu bringen und die braune Vergangenheit führender deutscher Politiker bekannt zu machen.“⁷⁵² Klarsfelds Aktion zu Achenbach erscheint als ein Beispiel der ihr eigenen Art von Kooperation mit DDR-Behörden.

1955 und 1956 führte der CSU-Abgeordnete und Bundesfinanzminister Fritz Schäffer politische Gespräche in Ostberlin. Sie fanden unter strenger Geheimhaltung statt. Die Initiative hierzu ging von sowjetischer oder SED-Seite aus. Anfang 1955 bahnte der DDR-General Vincenz Müller, bis 1944 General der Wehrmacht, einen Kontakt zu Schäffer an. Beide kannten sich aus den zwanziger Jahren, als Schäffer und Müllers Vater in der Bayerischen Volkspartei politisch aktiv waren. Müller bot Schäffer nun Gespräche über die Lage im geteilten Deutschland an. Schäffer traf sich daraufhin am 11. Juni 1955 in Ostberlin mit Müller. Die östliche Seite hatte jedoch nicht ernsthaft damit gerechnet, dass Schäffer die Reise tatsächlich unternehmen würde. So blieb das Gespräch unergiebig, da es schlecht vorbereitet war. Am 20. Oktober 1956 reiste Schäffer ein zweites Mal nach Ostberlin. Dieses Mal war die östliche Seite besser präpariert. Schäffer traf neben Müller auch den sowjetischen Botschafter Georgi Puschkin und erörterte mit ihm mögliche Perspektiven einer Wiedervereinigung Deutschlands. In der Folgezeit sollte der aus Stuttgart gebürtige NDPD-Volkskammerabgeordnete Professor Otto Rühle den Gesprächskontakt zu Schäffer pflegen und reiste zu diesem Zweck nach Bonn und München. Im Herbst 1958 brach Walter Ulbricht die Vertraulichkeit, als er davon sprach, die DDR habe mit einem Mitglied der Bundesregierung Gespräche über eine deutsch-deutsche Konföderation geführt. Müller und Schäffer mussten daraufhin ihren Gesprächskontakt einräumen.⁷⁵³ Die „Rosenholz“-Daten korrespondieren mit den

⁷⁴⁹ BStU, MfS, HA IX/11, FV 8/69, Bd. 10a; HA IX/11, PA 41, Bd. 1, Bd. 3.

⁷⁵⁰ HVA-Abt. VII, 30.5.1968: Verjährung von Naziverbrechen. Interne Information; BStU, MfS, HA IX/11, PA 41, Bd. 3, Bl. 4.

⁷⁵¹ Neues Deutschland, 9.4.1970, S. 7: Beate Klarsfeld entlarvt Achenbach als Nazi. Auch vorhanden in: BStU, MfS, HA IX/11, PA 41, Bd. 3, Bl. 8. In seiner 2010 erschienenen Studie über die Frühzeit der nordrhein-westfälischen FDP kommt Kristian Buchna zu der Einschätzung, Achenbach sei „als Leiter der Politischen Abteilung innerhalb der [deutschen] Botschaft [in Paris] [...] in die Verhaftungen und Deportationen der in Frankreich lebenden Juden involviert“ gewesen; Buchna, Kristian: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 101). München 2010, S. 61; zu Achenbach siehe auch ebenda, S. 62 u. 166–173.

⁷⁵² Jüdische Allgemeine v. 15.8.2011: „Tun Sie was, Herr Honecker!“ Beate Klarsfeld über bisher unveröffentlichte Stasi-Akten, den NS-Kriegsverbrecher Alois Brunner und den Mauerfall. Im Internet abrufbar unter <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/11023> (Stand: 16.4.2012). Vgl. auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 125 sowie Staadt, Jochen: Besuch der alten Dame. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 4.3.2012, S. 4.

⁷⁵³ Zu den Kontakten zwischen Müller und Schäffer siehe insbes. Lapp, Peter Joachim: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller – Eine deutsche Karriere. Berlin 2003, S. 213–220. Ferner: Küsters, Hanns Jürgen: Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40(1992)1, S. 107–153; Ehlert, Hans; Wagner, Armin (Hg.): Genosse General! Die Militärelite der DDR in biografischen Skizzen. Berlin 2003, S. 146, 599 u. 601; Wolf: Spionagechef, 1997, S. 164–171. Über die im MfS-Archiv vorhandenen Tonbandaufzeichnungen der Gespräche Müllers und Schäffers berichtete der Deutschlandfunk am 11.6.2007 in ei-

bereits bekannten Abläufen. Sie zeigen, dass die HV A am 30. Oktober 1956 zu Schäffer einen eigenen Aktenvorgang anlegte, dem sie den Decknamen „Finanzen“ zuwies. Zuvor führte offenbar die Auswertungsabteilung der HV A einen allgemeinen Aktenvorgang zu Schäffer.⁷⁵⁴ Der Vorgang „Finanzen“ stand in einem direkten zeitlichen und gewiss auch inhaltlichen Zusammenhang mit dem besser vorbereiteten zweiten Gespräch Schäffers im Oktober 1956 in Ostberlin. Da man heute um die Geheimgespräche zwischen Schäffer und Müller weiß, kann man die Bedeutung des IMA-Vorgangs „Finanzen“ einschätzen. Hier lag keine direkte Verbindung zwischen Schäffer und der HV A vor. Die HV A sicherte das Gespräch lediglich ab und ließ es heimlich aufnehmen.⁷⁵⁵ Markus Wolf kümmerte sich nach eigenen Angaben auch darum, dass der Gesprächsfaden nicht abbricht: Die Folgegespräche des Volkskammerabgeordneten Rühle, auf die Markus Wolf in seinen Erinnerungen verweist, können aus Sicht der HV A durchaus als Abschöpfgespräche verbucht worden sein.⁷⁵⁶ Allerdings liegen in „Rosenholz“ keine Daten zu Rühle vor. Es gibt weder in „Rosenholz“ noch in anderen MfS-Unterlagen irgendeinen Beleg dafür, dass er an die HV A oder eine andere MfS-Abteilung angebunden war. Rühle gehörte aber zum politischen Umfeld Vincenz Müllers. Beide saßen für die NDPD in der Volkskammer und waren Mitglieder des NDPD-Parteivorstands.⁷⁵⁷ Die HV A archivierte den IMA-Vorgang „Finanzen“ erst im Dezember 1961, als Schäffer nach der Bundestagswahl 1961 aus der Politik ausgeschieden war. Zu diesem Zeitpunkt war Schäffers Geheimdiplomatie bereits seit drei Jahren bekannt.

Es ist bemerkenswert, dass sich Schäffers Gespräche in einem eigenen Aktenvorgang niederschlugen. Denn die HV A dürfte hier allenfalls als Trittbrettfahrer fungiert haben. Als viele Jahre später Schäffers Parteifreund Franz Josef Strauß einen vertraulichen Gesprächskontakt zu dem DDR-Außenhandelsstaatssekretär und MfS-Oberst Alexander Schalck-Golodkowski aufbaute, legten weder die HV A noch eine andere MfS-Abteilung einen eigenen Aktenvorgang zu Strauß an. Dabei informierte Strauß seinen DDR-Gesprächspartner beispielsweise noch 1988 vertraulich über eine deutschlandpolitische Strategiediskussion im Zehnerausschuss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Darüber finden sich Gesprächsaufzeichnungen im SED-Archiv.⁷⁵⁸ Die „Ro-

ner Hintergrundsendung: Müchler, Günter: „Es weiß niemand, dass ich in Ostberlin bin“. Geschichte aktuell: Die Geheimtreffen zwischen Fritz Schäffer und Vincenz [!] Müller. Im Internet unter <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/634873> (Stand: 30.1.2012). Siehe auch die Zuarbeiten Mielkes für Walter Ulbricht vom 12. und 17.11.1958, mit denen er Ulbricht auf ein Gespräch mit Vincenz Müller vorbereitet. BStU, MfS, SdM 1893, Bl. 16 f. u. 23 f.

⁷⁵⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/3 und MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/13150/60. Vgl. auch oben, Anm. 694.

⁷⁵⁵ Lapp: General, 2003, S. 216 f.; Müchler: „Es weiß niemand, dass ich in Ostberlin bin“.

⁷⁵⁶ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 170. Die HV A legte zu dem IMA-Vorgang „Finanzen“ zwei Aktenbände an, die 1961 archiviert wurden. Um welche Art von Akten es sich handelte, ist auf der Karteikarte F 22 nicht aufgeschlüsselt. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/13150/60.

⁷⁵⁷ Biografische Daten zu Rühle bis 1956 in: BStU, MfS, BV Neubrandenburg, AP 683/63. Darin werden auch Rühles Verbindungen zum stellvertretenden NDPD-Vorsitzenden Vincenz Müller angedeutet. Ebenda, Bl. 5. Als der „Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen“ (Ufj) erstmals 1958 in seiner Broschüre „Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten“ die NS-Vergangenheit von DDR-Amts- und Funktionärsinhabern öffentlich machte, ging das MfS diesen Vorwürfen im Einzelnen nach. Rühle war demnach 1934–1935 SA-Anwärter, ab 1937 NSDAP-Mitglied ohne Funktion und von 1939 bis 1941 Abteilungsleiter beim Roten Kreuz in Stuttgart sowie Oberzahlmeister der Wehrmacht. Ende der 1950er Jahre war Rühle Volkskammerabgeordneter und Mitarbeiter der Gruppe „Perspektivplanung“ im Wirtschaftsrat des Bezirks Neubrandenburg; BStU, MfS, HA XX, 5749, Bl. 10 sowie HA XX, 5751, Bl. 473.

⁷⁵⁸ Stadt, Jochen: Deutsch-Deutsche Beziehungen von 1949 bis 1989. In: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. Köln u. a., 2008, S. 157–179, hier 173 f. Stadt zitiert hier aus einem Informationsbericht Schalck-Golodkowskis für dessen politischen Vorgesetzten, Politbüromitglied Günter Mittag. Der Bericht befindet sich im SED-Archiv. Markus Wolf erinnert sich dahingehend, dass Schalck-Golodkowski direkt Erich Mielke unterstellt wurde und nur ihm berichtete. Er, Wolf, habe sich nur einmal im Jahr mit Schalck-Golodkowski getroffen, um „Aufgaben zu koordinieren“. Über Strauß sei dabei nie gesprochen worden; gleichwohl habe er um den engen Draht zwischen beiden gewusst. Wolf: Spionagechef, 1997, S. 192.

senholz“-Karteien bilden demnach nur einen Ausschnitt der geheimen innerdeutschen Kontakte ab. Die SED-Unterlagen und weitere MfS-Akten müssten ebenso in die Betrachtung einfließen, zumal wenn es um die obere politische Ebene geht.

2.6.7. IMA-Vorgänge zu Abgeordneten. Beschreibung einiger Einzelfälle

2.6.7.1. IMA-Vorgänge, die nur aus einem Aktenband bestanden

Die Karteien der bisher betrachteten IMA-Vorgänge enthielten genügend Daten, um ihre Bedeutung zumindest in Umrissen zu verstehen. Es liegen aber auch Karteikartenerfassungen vor, die keine näheren Hinweise geben, weshalb die HV A einen Abgeordneten als Hauptperson in einem IMA-Vorgang führte. Sofern in diesen Fällen zusätzliche MfS-Unterlagen vorhanden sind, stehen sie mit der HVA-Erfassung meistens nicht direkt in Verbindung und helfen bei der Ausdeutung der Karteikartenerfassung kaum weiter. Doch da die HV A in den nachfolgend benannten Vorgängen jeweils nur einen einzigen Aktenband angelegt hatte, handelte es sich gemäß HVA-Aktenordnung offenkundig nur um Vorlauf-Akten.⁷⁵⁹

Ein Beispiel dafür ist der IMA-Vorgang „Kaufmann“, den die HV A von 1964 bis 1972 zu Friedrich Beermann führte.⁷⁶⁰ Als sie den Vorgang anlegte, lebte er als deutscher Militärattaché in Neu Delhi. 1965 kehrte er in die Bundesrepublik zurück, wurde stellvertretender Kommandeur einer Panzerdivision der Bundeswehr und 1968 zum Brigadegeneral befördert. Von 1969 bis zu seinem Tod am 24. November 1975 saß er für die SPD im Bundestag. Die Karteikarte F 22 zeigt, dass die HV A nur einen einzigen Aktenband angelegt hatte, den sie im Dezember 1972 archivierte, als sie den Vorgang beendete. Die Bedeutung eines solchen IMA-Vorgangs kann man nur pauschal einschätzen. Da er nur aus einem Band bestand, handelte es sich offenkundig um einen Vorgang, in dem die HV A lediglich Material über Beermann sammelte. Entweder hatte sie ihn als Kontaktperson im Blick oder prüfte die Chancen, eine Anwerbung vorzubereiten, ohne dass es dazu je gekommen ist. Die SIRA-Daten zeigen keine Informationseingänge an. Den Vorgang „Kaufmann“ führte zunächst die HVA-Abteilung III. Das ist nachvollziehbar, weil diese Abteilung weltweit sogenannte legal abgedeckte Residenturen in Botschaften und Handelsvertretungen der DDR außerhalb der sozialistischen Länder unterhielt. Sie betrieb von dort aus auch Spionage. Als die Akte angelegt wurde, befand sich Beermann in Indien, wo offenkundig ein Mitarbeiter der HVA-Abteilung III auf ihn aufmerksam geworden war.⁷⁶¹ Im November 1965 ging der Vorgang an die HVA-Abteilung II über, die für Spionage gegen bundesdeutsche Parteien zuständig war. Die HV A hatte intern auf Beermanns Rückkehr in die Bundesrepublik reagiert. Den Vorgang führte nun Kurt Gailat, der seit 1955 im SPD-Referat der HV A arbeitete und 1968 dessen Leiter wurde. 1969 reichte Gailat an der MfS-eigenen Hochschule in Potsdam seine Dissertation ein. Darin befasste er sich mit den Möglichkeiten der HV A, die SPD zu bearbeiten. Er beschrieb unter anderem verschiedene politische Richtungen und deren Repräsentanten innerhalb der SPD. Über Beermann führte er aus, er sei einer jener SPD-Wehrexperthen, die sich für eine offensive militärische Strategie der Bundeswehr einsetzten.⁷⁶² In gewisser Weise war Beermann für Gailat

⁷⁵⁹ Aktenordnung der HV A, ediert in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998 (wie Anm. 502), S. 831: „IM-Vorläufe sind als Teil I, Band 1, der IM-Akte A zu führen [...]“

⁷⁶⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3543/64.

⁷⁶¹ Beermann war in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Mitarbeiter Fritz Erlers. Am 27.11.1964 schrieb er Erler aus Indien, wie er sowohl vom dortigen sowjetischen Militärattaché als auch von Bundesverteidigungsminister Strauß während dessen Indienbesuch mit dem Gerücht konfrontiert worden sei, Willy Brandt habe früher für die Sowjetunion gearbeitet. Soell Hartmut: Fritz Erler – Eine politische Biographie. Berlin, Bonn 1976, S. 947 u. 1140. Dieses Beispiel zeigt, dass die Beeinflussung der deutschen Innenpolitik auch auf solchen Umwegen versucht wurde.

⁷⁶² Gailat; Kühn (wie Anm. 25), Bl. 49. – Das „Braunbuch“, 1968, S. 392, führte Beermann als einen „Hitler-generalstäbler“.

somit auch ein Studienobjekt. Kurz nachdem die HV A den Vorgang „Kaufmann“ 1972 archiviert hatte, wurde die Spionageabteilung der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt 1973 auf Beermann aufmerksam. Denn er plante eine Reise zu seinen Schwiegereltern nach Erfurt. Daraufhin prüfte die regionale HVA-Niederlassung der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt Möglichkeiten, über Verwandte oder deren Umfeld Kontakt mit ihm aufzunehmen.⁷⁶³ Doch nach einigen Monaten stellte die Erfurter MfS-Bezirksverwaltung ihre Vorbereitungen wieder ein und resümierte, „aufgrund der vorliegenden Fakten [ist] keine Perspektive für eine eventuelle Anwerbung zu erkennen“.⁷⁶⁴ Das MfS hatte keine geeignete Person gefunden, die es auf Beermann hätte ansetzen können. Als er im Februar 1974 nach Erfurt reiste, beschränkte sich das MfS darauf, ihn in seinem Hotel durch örtliche IM zu überwachen.⁷⁶⁵ Dieser Vorfall aus dem Jahre 1973/74 zeigt, dass es auch in den Jahren zuvor keinen Kontakt zwischen Beermann und der HV A gegeben hatte. Anderenfalls hätte die Abteilung XV des MfS in Erfurt daran angeknüpft.

Ähnlich wie bei Beermann stellt sich die Aktenüberlieferung bei fünf weiteren Abgeordneten dar. Sie sind jeweils die Hauptperson eines IMA-Vorgangs, der nur aus einem einzigen Band bestand. Eine IM-Tätigkeit, ob bewusst oder unbewusst, ist insofern auszuschließen. Wo weitere Unterlagen überliefert sind, zeigen sie einzelne Aspekte davon, was die HV A über die betreffenden Abgeordneten zusammengetragen hatte. Im Einzelnen handelte es sich um Siegfried Bärsch (SPD), Arno Behrisch (SPD), Ewald Bucher (FDP), Werner Figgen (SPD) und Hedda Heuser (FDP).⁷⁶⁶ Anders als bei Beermann wurden die IMA-Vorgänge der anderen fünf Abgeordneten erst angelegt, nachdem sie in den Bundestag eingezogen waren. Siegfried Bärsch war allerdings bereits vor der offiziellen Gründung des MfS am 8. Februar 1950 einmal ins Visier der ostdeutschen Sicherheitsbehörden geraten. Am 28. Juli 1949 wies die Zentrale Parteikontrollkommission der SED den damaligen Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern Erich Mielke an, Nachforschungen über Bärsch anzustellen. Bärsch hatte sich angeblich aktiv gegen die Zwangsvereinigung von SPD und KPD engagiert und sei aus Angst vor Repressionen im März 1948 in den Westen geflüchtet. Der Leiter des Kommissariats 5 der Volkspolizei (die „K 5“ war eine Vorläufereinrichtung des MfS), Erich Jamin, ließ daraufhin nachteilige Gerüchte über Bärsch überprüfen, die sich aber nicht bestätigten. Die Ermittlungen standen zeitlich in Zusammenhang mit Bärschs Bundestagskandidatur.⁷⁶⁷

Die Ermittlungen des MfS gegen Arno Behrisch in den Jahren 1954 bis 1957 beschreibt Wolfgang Buschfort in seiner im Jahre 2000 erschienenen Studie über die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Die damalige Hauptabteilung V des MfS, zu deren Schwerpunktaufgaben der Kampf gegen die politische Opposition zählte, verdächtigte ihn, für SED-feindliche Aktionen des SPD-Ostbüros von seinem Wohnort Hof aus verantwortlich zu sein. Der Verdacht bestätigte sich aus MfS-Sicht nicht. Im Rahmen dieser Ermittlungen vermerkte am 21. Juli 1955 aber ein MfS-Mitarbeiter der Abteilung V der BV Dresden, dass die HV A „bereits eine Verbindung über eine Agentur zu B[ehrisch]“ unterhalte; die Unterlagen der (Haupt-)Abteilung V sollten auf Anweisung Markus Wolfs der HV A übergeben werden.⁷⁶⁸ 1961 trat Behrisch in die DFU ein und vertrat sie vom 24. Februar 1961 bis zum Ende der Wahlperiode am 15. Oktober 1961 im Bundestag. Die HV A archivierte den Vorgang zu Behrisch erst 1987, zwei Jahre vor seinem Tod. Anhaltspunkte für eine IM-Tätigkeit Behrischs liegen nicht vor, insbesondere sind keine Informationslieferun-

⁷⁶³ BStU, MfS, BV Erfurt, AKK 292/75, Bl. 27–36.

⁷⁶⁴ BV Erfurt, Abt. XV, 3.9.1973: Aktenvermerk, in: ebenda, Bl. 53.

⁷⁶⁵ Ebenda, Bl. 57–61 u. 72 f. Die gesamte Akte enthält keinerlei Informationen aus dem IMA-Vorgang „Kaufmann“, mit Ausnahme der Archivsignatur; ebenda, Bl. 42.

⁷⁶⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18868/60 (Bärsch), XV/16019/60 (Behrisch), XV/1399/65 (Bucher), XV/3081/66 (Figgen), XV/3556/64 (Heuser).

⁷⁶⁷ BStU, MfS, AS 434/66, Bl. 1–6.

⁷⁶⁸ Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000, S. 167–169, Zitat S. 169.

gen in der SIRA-Datenbank verzeichnet.⁷⁶⁹ Wie Buschfort schreibt, bewegte sich Behrisch stets „im politischen Umfeld der DKP“.⁷⁷⁰ Eine offene Parteinahme für DKP und DDR war aus Sicht des MfS in der Regel ein Grund dafür, einen Bundesbürger nicht als IM anzuwerben. Denn in diesen Fällen stand zu befürchten, dass die betreffenden Personen bereits im Blickfeld bundesdeutscher Behörden standen. So überwachte das MfS Behrischs Telefonanschluss in Hof noch 1986 mit dem Ziel, „Aktivitäten gegnerischer GHD [Geheimdienste] gegen den Nutzer“ festzustellen.⁷⁷¹

Die Karteikartenerfassung zu Björn Engholm beschäftigte im Jahr 2001 bereits die Öffentlichkeit, als Engholm zu Unrecht unter IM-Verdacht geriet.⁷⁷² Tatsächlich führte ihn die HV A nur als Kontaktperson. Engholm war zunächst 1970 von der Schweriner HVA-Niederlassung zu einem bereits bestehenden Aktenvorgang hinzuerfasst worden. Seit 1971 bis zum Niedergang des MfS führte ihn die HV A als Hauptperson des IMA-Vorgangs „Erdmann“. Der Vorgang bestand nur aus einem Band Personalakte. Die SIRA-Daten weisen keine Informationseingänge nach. Zu Engholm liegt außerdem ein Statistikbogen vor, der ihn unter dem Decknamen „Hecht“ ausdrücklich als Kontaktperson ausweist.⁷⁷³ Es handelt sich also um einen jener IMA-Vorgänge, die, wie in der Aktenordnung der HV A als Möglichkeit vorgesehen, zu einer Kontaktperson angelegt wurden. Auf welchen Wegen er abgeschöpft wurde, geht aus den „Rosenholz“- und SIRA-Daten nicht hervor.

An dieser Stelle ist wieder ein kurzes Resümee zu ziehen: Über die vorgenannten Abgeordneten hatte die HV A IMA-Vorgänge angelegt. Da die Vorgänge jeweils nur aus einem einzigen Aktenband bestanden, ist offensichtlich, dass die Betroffenen nicht für die HV A tätig waren. Sie waren lediglich für einige Zeit ins Blickfeld der HV A gerückt. Die wenigen Karteikarteneintragen erweisen sich zwar als plausibel, enthalten aber bis auf wenige Ausnahmen keine Hinweise auf die konkreten Interessen oder Aktivitäten der HV A in diesen Fällen.

2.6.7.2. IMA-Vorgänge, die aus mindestens zwei Aktenbänden bestanden

In den vorhergehenden Abschnitten war es jeweils möglich, die Karteikartenerfassungen mehrerer Abgeordneter nach bestimmten, gemeinsamen Merkmalen zusammenzufassen und zu beschreiben.

Im folgenden Abschnitt werden Karteikartenerfassungen betrachtet, die zwar alle ähnlich gelagert sind, aber keine einheitliche Schlussfolgerung zulassen. Es sind IMA-Vorgänge, die aus mehreren Aktenbänden bestehen, meistens aus je einem Band Personalakte und Arbeitsakte. Die oder der Abgeordnete war jeweils die Hauptperson des Vorgangs, und die HV A führte den Vorgang über mehrere Jahre. Folgt man der HVA-Aktenordnung, lagen hier vollständige IM-Akten A (IMA-Vorgänge) vor. Die entscheidende Frage ist nun, ob die/der Abgeordnete von der HV A als Kontaktperson abgeschöpft wurde oder als IM bewusst der HV A berichtete. Die Aktenordnung der HV A und die Karteikartenerfassungen lassen beide Möglichkeiten zu. In einigen Fällen liegen zusätzliche Daten vor, die zur Klärung beitragen. In anderen Fällen lässt sich die Frage beim derzeitigen Kenntnisstand schlichtweg nicht beantworten.

⁷⁶⁹ Den Rosenholz-Unterlagen zufolge wurde Behrisch am 15.7.1955 von der Hauptabteilung I/3 der HV A erfasst. Der Aktenvorgang wurde am 3.8.1987 archiviert. Er bestand trotz der langen Laufzeit nur aus einem Band Personalakte. Das spricht deutlich gegen eine IM-Tätigkeit Behrisch. BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/16019/60.

⁷⁷⁰ Buschfort: Parteien im Kalten Krieg, 2000, S. 169.

⁷⁷¹ BStU, MfS, HA III/ZKA-Z, Bl. 141036. Außerdem sollten Behrischs „Reiseaktivitäten“ festgestellt werden. Ebenda.

⁷⁷² Siehe exemplarisch Der Tagesspiegel v. 12.4.2001, S. 4: Ex-SPD-Politiker Engholm war kein Stasi-Spitzel.

⁷⁷³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/128/71. Siehe auch Berliner Zeitung v. 16.11.2005, S. 4: „Hecht“ statt „Erdmann“. Das Stasi-Dossier über Björn Engholm lässt Fragen offen, befreit den SPD-Politiker aber vom IM-Verdacht.

So hatte die HV A beispielsweise zu den SPD-Abgeordneten Georg Dewald, Edith Krappe, Johannes Lücke, R. Martin Schmidt und Heinrich Welslau sowie zum FDP-Abgeordneten Willy Max Rademacher je eigene IMA-Vorgänge angelegt.⁷⁷⁴ Diese sechs Aktenvorgänge liefen zwischen drei und 19 Jahren, ehe sie archiviert wurden. Trotz unterschiedlicher Laufzeit umfassten sie jeweils nur einen Band Personalakte und einen Band Arbeitsakte. Ob dahinter eine verdeckte Informationsabschöpfung oder eine letztlich unergiebigere Verbindungsaufnahme stand, ist nicht erkennbar. Dieselbe Frage stellt sich bei dem CDU-Abgeordneten Gustav-Adolf Gedat. Zu ihm führte die HV A zwischen 1956 und 1961 den IMA-Vorgang „Ursel“, der aus zwei nicht näher bezeichneten Aktenbänden bestand.⁷⁷⁵

Über den Abgeordneten Artur Stegner berichtete Markus Wolf 2006 in seinen „Letzten Gesprächen“ mit dem Redakteur des *Neuen Deutschland*, Hans-Dieter Schütt.⁷⁷⁶ Der Fabrikant Stegner gehörte von 1949 bis 1957 dem Deutschen Bundestag an. Er gelangte jeweils auf der Landesliste der niedersächsischen FDP ins Parlament. Im Januar 1954 verließ er seine Fraktion und schloss sich im Februar 1957 der Fraktion des „Gesamtdeutschen Blocks/Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (GB/BHE) an. Markus Wolf zufolge hatte sich Stegner wegen finanzieller Probleme als Informant angeboten und sich mit ihm in der DDR getroffen. Er habe der HV A dann einige Zeit lang Berichte geliefert, die sich aber allzu oft als wertlos erwiesen hätten. Die HV A habe die Zusammenarbeit deshalb bald wieder beendet.⁷⁷⁷ Die „Rosenholz“-Unterlagen zeigen, dass Stegner im Mai 1953 im zentralen Objektvorgang zur FDP erfasst wurde. Erst Anfang 1959 legte die HV A einen separaten Aktenvorgang zu Stegner an, den sie im Dezember 1961 mit zwei Aktenbänden archivierte und als IMA-Vorgang kategorisierte.⁷⁷⁸ Folgt man den überlieferten Karteikarten, bestand eine wie auch immer geartete Verbindung zwischen Stegner und der HV A erst nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag. Dagegen will Markus Wolf Stegner noch als Bundestagsabgeordneten getroffen haben, wofür es keine aktengestützten Belege gibt.

Die SPD-Abgeordnete Alma Kettig gehörte von 1953 bis 1965 dem Bundestag an. Dort setzte sie sich von Anfang an gegen Wiederbewaffnung und Westintegration ein. Das Godesberger Programm von 1959 lehnte sie als Pazifistin und Linksozialistin ab. Sie kämpfte gegen die Notstandsgesetzgebung und stimmte im Sommer 1965 als einzige SPD-Abgeordnete gegen die Annahme des Verteidigungshaushalts. Anfang der sechziger Jahre geriet sie in den Verdacht, Informationen aus dem Bundestags-Innenausschuss, dem sie von 1957 bis Oktober 1963 angehörte, an die Deutsche Friedensunion (DFU) oder an DDR-Behörden weitergegeben zu haben. Auch

⁷⁷⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu folgenden Reg.-Nummern: Dewald: XV/18505/60 (Deckname des Vorgangs: „Dannenbergl“), Laufzeit 13.8.1955–5.1.1972; Krappe: XV/14058/60 („Krebs“), Laufzeit 12.1.1957–18.1.1973; Lücke: XV/1047/62 („Spalt“), Laufzeit 31.3.1962–10.2.1981. Die lange Laufzeit des Vorgangs „Spalt“ verwundert, da Johannes Lücke am 19.12.1968 starb und keine andere Person im Vorgang registriert war. Die Arbeitsakte wurde 1981 gelöscht und nur die Personalakte archiviert. Rademacher: XV/12789/60 („Runde“), Laufzeit 4.9.1956–26.4.1966. Die Arbeitsakte wurde am 8.12.1961 aufgelöst; Schmidt: XV/13844/60 („Schiemann“), Laufzeit 22.12.1956–24.11.1971. Einige Abgeordnete wurden zunächst in anderen Vorgängen geführt, ehe die HV A sie in den hier genannten, je eigenen IMA-Vorgängen erfasste.

⁷⁷⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/12782/60. Gedat war von 1953 bis 1965 Bundestagsabgeordneter und leitete außerdem eine evangelikal geprägte Begegnungsstätte im württembergischen Bad Liebenzell. Für diesen Ort interessierte sich auch die MfS-Hauptabteilung XX, die unter anderem Kirchen und religiöse Gemeinschaften geheimdienstlich bearbeitete. BStU, MfS, AP 22022/92, Bl. 1 f. u. 19 f. Als die Hauptabteilung XX 1964 in der MfS-Registrierung nach Gedat suchte, erhielt sie die Auskunft, dass Gedat von dem HVA-Mitarbeiter [Johannes] Schuster für die HVA-Abteilung II erfasst sei; ebenda, Bl. 1 f. Schuster führte unter anderem Aktenvorgänge mit CDU-Bezug. Aus Rosenholz ist eine Erfassung Gedats nach 1961 nicht ersichtlich.

⁷⁷⁶ Schütt, Hans-Dieter: Markus Wolf. Letzte Gespräche. Berlin 2007.

⁷⁷⁷ Ebenda, S. 65 f. Wolf nennt Stegner nicht beim Namen, die Personenbeschreibung passt aber nur auf ihn.

⁷⁷⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/5317/60 sowie zu Stegner, Artur.

Bundesinnenminister Hermann Höcherl äußerte sich entsprechend. Ihr Telefon wurde abgehört. Kettig wies alle Vorwürfe zurück.⁷⁷⁹ In den „Rosenholz“-Unterlagen ist sie als Hauptperson des IMA-Vorgangs „Wurzel“ registriert. Der Vorgang lief vom 16. Juni 1961 bis zum 16. November 1964. Er umfasste zwei nicht näher bezeichnete Aktenbände, die die HV A archivierte.⁷⁸⁰ Das kann darauf hindeuten, dass die HV A in der fraglichen Zeit einen Zugang zu Alma Kettig hatte. Doch weder lässt sich feststellen, ob Kettig abgeschöpft wurde oder bewusst Informationen – an wen auch immer – weitergab, noch lässt sich etwas über Inhalt und Umfang des möglichen Informationsflusses sagen.

Über den SPD-Abgeordneten Fritz Erler führte die HV A seit Januar 1957 bis November 1970 den IMA-Vorgang „Baum“. Der Vorgang füllte vier Aktenbände. Auf der Karteikarte F 22 ist nicht vermerkt, ob es sich hierbei um Personen- oder Berichtsakten handelte.⁷⁸¹ Erler gehörte zu den führenden Sozialdemokraten, war seit 1951 im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, seit 1956 Mitglied im SPD-Parteivorstand und rückte bis Anfang 1964 schließlich zum stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion auf. Früh entwickelte er sich zu einem Experten in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen.⁷⁸² Markus Wolf schreibt in seinen Erinnerungen, die HV A habe über „vertrauliche politische Kontakte“ zu Erler verfügt. Ein „alter Freund Erlers“ sei in die „nachrichtendienstliche Arbeit eingebunden“ gewesen und habe die HV A „mit den Problemen [...] ehemals linke[r] Sozialdemokraten“ vertraut gemacht.⁷⁸³ Wolf belässt es bei diesen Anspielungen. Die „Rosenholz“-Karteien tragen nicht viel zur Präzisierung bei. Aber sie deuten in die gleiche Richtung, wonach die HV A im nahen Umfeld Erlers präsent war.

Der Erler-Biograf Hartmut Soell schreibt von einem „regen direkten und indirekten Informationsaustausch mit einzelnen in der DDR und Ost-Berlin ansässigen Mitstreitern und Leidensgefährten aus der NS-Zeit“, den Erler pflegte.⁷⁸⁴ Im Vorgang „Baum“ erfasste die HV A neben der Hauptperson Erler noch sieben andere Personen. Darunter befand sich einer dieser Korrespondenzpartner aus der DDR. Ferner registrierte die HV A im Vorgang „Baum“ ein in Westberlin lebendes, früheres Mitglied der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“, der auch Erler angehört hatte. Außerdem erfasste sie darin den DDR-Historiker Wolfgang Schumann, der damals am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED arbeitete.⁷⁸⁵ Damit sind jedoch nur die

⁷⁷⁹ Die biografische Darstellung folgt Notz, Gisela: Linkssozialistin im Bundestag: Alma Kettig (1915–1997). In: Junke, Christoph (Hg.): Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus? Hamburg 2010, S. 106–123, insbes. 110–117. Siehe auch Appelius, Stefan: Als Pazifistin in Bonn: Alma Kettigs Weg in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. In: Ders. (Hg.): Alma Kettig. Verpflichtung zum Frieden. Biographie einer Bundestagsabgeordneten. Oldenburg 1990, S. 121–136. Appelius zufolge galt Kettig als Vertraute des MdB Arno Behrisch, der Anfang 1961 von der SPD zur DFU wechselte; Appelius: Als Pazifistin in Bonn, 1990, S. 135. Zu Behrisch siehe auch S. 217 und 317.

⁷⁸⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4543/61. Ein Jahr nach Kettig wurde noch eine Kommunalpolitikerin aus Witten zu dem Vorgang hinzuregistriert. Kettig war zuvor, ab 14.2.1961, von der HV A in einem Hinweisvorgang erfasst worden.

⁷⁸¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/14057/60. Den letzten, 4. Aktenband legte die HVA-Abteilung II am 8.2.1964 an. Erler starb am 22.2.1967, gleichwohl schloss die HV A den ihn betreffenden Aktenvorgang erst knapp 4 Jahre später.

⁷⁸² Soell: Fritz Erler, 1976, S. 1181 f.

⁷⁸³ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 183–185, hier 184.

⁷⁸⁴ Soell: Fritz Erler, 1976, S. 916–929, Zitat S. 916, ferner S. 90 u. 542.

⁷⁸⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/14057/60. Zu Schumann siehe auch ebenda, Reg.-Nr. XV/229/65: die Karteikarte F 16 zu Schumann trägt einen „Dokument“-Stempel, und unter derselben Reg.-Nr. XV/229/65 liegt auch eine Karteikarte F 16 zu einem Wolfgang Schumacher mit Wohnsitz in Hannover vor, dessen Geburtsdaten und Geburtsort mit denen Schumanns übereinstimmen. Dies deutet darauf hin, dass die HV A für Schumann ein bundesdeutsches Personaldokument auf den Namen Wolfgang Schumacher angefertigt hat. Ob und in welcher Weise es zum Einsatz kam, lässt sich den Karteikarten nicht entnehmen. Man müsste in anderen Archiven prüfen, ob Schumann Mitte der 1960er Jahre eine direkte oder indirekte Verbindung zu Erler unterhielt. Schumann war noch Ende

Personen beschrieben, die die HV A dem Umfeld Erlers zuordnete. Die von Wolf angedeutete Verbindungsperson kann auch in einem anderen Aktenvorgang geführt worden sein. Die Diskreditierungsmaßnahme des MfS gegen Erler 1965 spart Wolf in seinen Erinnerungen bezeichnenderweise aus.⁷⁸⁶

Zu dem SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski führte die HV A zwischen 1967 und 1972 den IMA-Vorgang „Perle“. Über Inhalt und Bedeutung dieses Vorgangs sind aufgrund der spärlichen Karteikarteneintragungen keine Aussagen möglich. Ein Informationsfluss ist nicht erkennbar.⁷⁸⁷ Später erfasste die HV A Wischnewski im Objektvorgang „Bundeskanzleramt Bonn“ und im zentralen SPD-Vorgang (Objektvorgang „Harz“).⁷⁸⁸

Zu dem Berliner FDP-Politiker Wolfgang Lüder legte die HV A im Dezember 1981 den IMA-Vorgang „Meister“ an, nachdem sie zuvor knapp zwei Jahre eine „Operative Personenkontrolle“ über ihn geführt hatte.⁷⁸⁹ Lüder hat jedoch nie mit der HV A zusammengearbeitet, sondern er wurde ohne sein Wissen von einem DDR-Bürger gesprächsweise ausgehört. Lüder, der sich 1981 weitgehend aus der Berliner Landespolitik zurückgezogen hatte, blieb bis 1988 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes und gehörte von 1987 bis 1994 dem Deutschen Bundestag an. Der Arbeitsplan der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Berlin für das Jahr 1989 weist den Vorgang „Meister“ ausdrücklich als Vorgang zu einer Kontaktperson aus. Für das Jahr 1989 wollte diese Abteilung XV, die der HV A unterstand, mit Bezug auf die „KP ‚Meister‘, FDP-Bundestagsabgeordneter“, Folgendes erreichen: „Entwicklung einer kontinuierlichen Treffdurchführung mit IM ‚Fritz‘ in der Hauptstadt [Ostberlin], Prüfung, ob er ins Operationsgebiet [Westberlin/Bundesrepublik] ausgeweitet werden kann zum Ausbau der politischen Abschöpfung.“⁷⁹⁰ Die HV A arbeitete 1989 also daran, Lüder noch mehr als bisher durch den DDR-IM „Fritz“ abzuschöpfen. Wie man den SIRA-Daten entnehmen kann, registrierte die HV A zwischen 1982 und 1987 45 Informationen, die auf entsprechende Abschöpf-Gespräche zurückgingen. 28 dieser Berichte schätzte die HV A als überdurchschnittlich wertvoll ein (Note 2). Dennoch kamen die HV A bzw. ihr IM „Fritz“ über Abschöpf-Gespräche nicht hinaus. Denn die Informationen, die die HV A unter dem Decknamen „Meister“ erfasste, tragen in der SIRA-Datenbank fast durchgängig Titel wie „Interne Einschätzung von W. Lüder zu [...]“.⁷⁹¹ Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass sich

der 1970er Jahre bei der HV A II/4 erfasst. Die HV A II/4 gab damals ihre Zustimmung, dass Schumann auch weiterhin als „Reisekader“ ins westliche Ausland reisen durfte. BStU, MfS, HA XVIII, AP 53251/92, Bl. 6–12.

⁷⁸⁶ Zur Diskreditierungsmaßnahme gegen Erler siehe S. 274–276.

⁷⁸⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/106/67. Wischnewski war als einzige Person in diesem Vorgang erfasst. Der Vorgang „Perle“ setzte den gleichnamigen IMA-Vorgang XV/11693/60 fort, den die HV A zwischen 1958 und 1965 geführt hatte. Die Hauptperson des zuletzt genannten Vorgangs ist nicht überliefert. Für den Vorgang XV/11693/60 wurden 1965 je ein Band Personal- und Arbeitsakte archiviert, die 1967 im Vorgang XV/106/67 wieder eröffnet wurden. Neue Aktenbände kamen bis 1972 nicht hinzu. Auch die SIRA-Daten verzeichnen keine Informationseingänge.

⁷⁸⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4339/60 („Bundeskanzleramt Bonn“) und XV/18252/60 („Harz“) sowie zu Hans-Jürgen Wischnewski. Die Datierungen sind schwer lesbar; vermutlich wurde Wischnewski 1979 von der HV A dem Objektvorgang zum Kanzleramt zugeordnet und 1981 dem zentralen SPD-Vorgang.

⁷⁸⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/7859/81.

⁷⁹⁰ Arbeitsplan der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Berlin für das Jahr 1989, 16.12.1988; BStU, MfS, BV Berlin, Abt. XV, 24, Bl. 142–164, hier 145. Der Arbeitsplan wurde vom Leiter der HV A, Werner Großmann, mit seiner Unterschrift bestätigt. Zum IMA-Vorgang „Fritz“ siehe BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2928/77. Der Vorgang wurde am 8.9.1977 von der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Berlin angelegt und von dieser bis 1989 geführt. In Rosenholz liegt nur die Vorgangskarteikarte F 22 vor, aber keine Namenskarteikarte F 16.

⁷⁹¹ Die Daten der hier relevanten SIRA-Teildatenbank 12 sind, mit wenigen Ausnahmen, nur bis 1987 überliefert. Die Gespräche zwischen „Fritz“ und Lüder aus den Jahren 1978 bis 1981 registrierte die

Lüder im Gespräch mit „Fritz“ darauf beschränkte, seine eigenen Auffassungen zu aktuellen politischen Fragen darzulegen, und IM „Fritz“ eben nur darüber seinem Führungsoffizier berichten konnte. Dennoch war Lüder 1993 zu Unrecht in den Verdacht geraten, für das MfS gearbeitet zu haben. Denn in den „Rosenholz“-Unterlagen zu Lüder befindet sich neben den Karteikarten F 16 und F 22 auch ein Statistikbogen, der ihn als „O-Quelle“ (Objektquelle) einordnet.⁷⁹² Objektquellen bildeten im System der HV A eine herausgehobene IM-Kategorie. Handelte es sich bei ihnen doch um Quellen, die direkt in einer Institution beschäftigt waren, für die sich die HVA-Spionage interessierte.⁷⁹³ Mehrheitlich wussten diese Personen, mit wem sie es zu tun hatten. Aber die HV A registrierte in einigen Fällen auch solche Personen als Quellen, denen sie sich nicht als DDR-Geheimdienst offenbarte. Diese Möglichkeit war in den MfS-internen Richtlinien ausdrücklich vorgesehen.⁷⁹⁴ Vor diesem Hintergrund erklären sich hier die unterschiedlichen Zuordnungen als Kontaktperson und O-Quelle. Die gesamte Archivüberlieferung weist Lüder als einen von der HVA abgeschöpften Politiker aus, der in keiner Weise mit dem DDR-Geheimdienst kooperierte.

Der Berliner CDU-Politiker Heinrich Lummer gelangte wie Wolfgang Lüder 1987 in den Deutschen Bundestag. Und auch über Lummer führte die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Berlin einen IMA-Vorgang. Die HV A hatte seine seit 1973 andauernden Beziehungen zu einer Ostberlinerin und inoffiziellen Mitarbeiterin fotografisch dokumentiert und glaubte ihn damit unter Druck setzen zu können. Lummer traf sich im Frühjahr 1981 tatsächlich zweimal zu Gesprächen mit HVA-Offizieren in Ostberlin, brach dann aber den Kontakt ab und reagierte auch nicht auf die Drohbriefe, die ihm aus Ostberlin zuzugingen. Als beim Berliner Landesamt für Verfassungsschutz 1982 Informationen aufliefen, dass Lummer im Visier des MfS stehe und das LfV ihn darüber informierte, offenbarte er sich schließlich gegenüber dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker. Weizsäcker intervenierte daraufhin beim sowjetischen Botschaftsrat in Ostberlin.⁷⁹⁵ Bei der HV A war man sich über das Gelingen der Anwerbung jedoch so sicher

HV A im Aktenvorgang von „Fritz“; es handelte sich um 9 Informationen; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2928/77.

⁷⁹² BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/7859/81. Siehe auch Der Spiegel 47(1993)32 v. 9.8.1993, S. 18–22: Auf den Knien zur CIA. Die große Agentenjagd hat begonnen; Die Welt v. 2.9.1993, S. B1: Lüder contra Verfassungsschutz. Stasi-Verfahren: Entlasteter Ex-Bürgermeister verlangt Klärung. Süddeutsche Zeitung v. 11.9.1993, S. 11: Wie eine Harzreise mit Herrn K. nachträglich zum Fallstrick geriet. Der FDP-Politiker Wolfgang Lüder vermutet, dass mit seinen früheren Ostkontakten „politisch Schindluder“ getrieben wurde.

⁷⁹³ Die HV A unterschied in den Statistikbögen zwischen „O-Quelle“ und „A-Quelle“. Als „O-Quelle“ galt der HV A eine Quelle, die „direkt im Objekt verankert“ war, also in einer Institution beschäftigt war, die für die HV A interessant war. Die Definition für eine A-Quelle lautete bei der HV A hingegen: „Hat über zweite Person Verbindung zum Objekt. Personen aus dem Objekt werden durch A-Quelle abgeschöpft.“ Die Definitionen finden sich in: HV A, Stab: Struktur zur IM-Statistik, 31.8.1984. Die „Struktur zur IM-Statistik“ ist ediert in: Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 159–221, Zitate S. 159. Die IM-Richtlinien (siehe beispielsweise die in der nachfolgenden Anm. 794 erwähnten) unterscheiden hingegen nicht zwischen O- und A-Quelle, sondern behandeln nur zusammenfassend die Kategorie „Quelle“.

⁷⁹⁴ Siehe hierzu die Definition des Begriffs „Quelle“ in der MfS-Richtlinie 2/68 „für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern im Operationsgebiet“, Januar 1968. Veröffentlicht in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 352–388, insbes. 355; demnach konnten Quellen „unter Kenntnis des tatsächlichen Beziehungspartners, unter Legende oder fremder Flagge“ geführt werden. Ebenso in der Nachfolgebestimmung aus dem Jahre 1979, der IM-Richtlinie 2/79 nebst Kommentaren, veröffentlicht in: ebenda, insbes. S. 481, 559 u. 580.

⁷⁹⁵ „Manches offene Wort geführt“. Spionagefall Lummer: Der Christdemokrat und die DDR-Agentin. In: Der Spiegel 43(1989)36 v. 4.9.1989, S. 26–32, insbes. S. 29. Anklage gegen den früheren Leiter der HVA-Abteilung X, Rolf Wagenbreth und andere (wie Anm. 193), abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, hier S. 535–539, darin auch Auszüge aus den Drohbrieffen; einen letzten Brief aus Ostberlin erhielt Lummer unmittelbar vor seiner Ablösung als Innensenator 1986. Vgl. ebenda, S. 539. Siehe auch die Berlin-Ausgabe der Tageszeitung taz v. 21.9.1989, S. 5: Stasi setzte Lummer kräftig unter Druck; taz

gewesen, dass man Lummer im September 1981 bereits als „O-Quelle“ unter dem Decknamen „Wilhelm“ registriert hatte. Diese Registrierung wurde bis zum Ende der HV A beibehalten.⁷⁹⁶ Die SIRA-Datenbank verzeichnet für den IMA-Vorgang „Wilhelm“ nur eine einzige Informationslieferung. Dabei handelte es sich um eine Verlautbarung von Lummer selbst „zu aktuellenpolitischen Fragen der Ost-West-Beziehungen und zu innenpolitischen Vorgängen in WB“.⁷⁹⁷ Der Arbeitsplan der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Berlin für das Jahr 1989 erwähnt die Quelle „Wilhelm“ nicht. Faktisch war der Vorgang demnach schon beendet.⁷⁹⁸

Den CDU-Abgeordneten Reinhard Metz erfasste die HV A im November 1976 im Objektvorgang zu den Unionsparteien (Objektvorgang „Schwarz“). Metz war bei der Bundestagswahl im Oktober 1976 erstmals in den Bundestag gewählt worden und gehörte ihm bis 1987 an. Seit März 1983 führte ihn die Desinformationsabteilung der HV A in einem eigenen Aktenvorgang unter dem Decknamen „Nordmann“. Welchen Zweck dieser IMA-Vorgang hatte, ist nicht zu erkennen, ebenso wenig, ob die HV A jemals direkt mit Metz Verbindung aufgenommen hatte. In ihrer Personenkartei verzeichnete die HV A Metz mit der Berufsbezeichnung „Journalist“, nicht etwa als Parlamentarier.⁷⁹⁹ Diese Besonderheit lag wahrscheinlich darin begründet, dass die HV A von dem bundesdeutschen Journalisten und IM Georg Fleissman auf Metz aufmerksam gemacht worden war.⁸⁰⁰ Fleissman arbeitete bereits seit 1966 inoffiziell mit der HV A zusammen.⁸⁰¹ Sein Führungsoffizier Peter Ludwig von der HVA-Abteilung X/3 führte auch den Vorgang „Nordmann“. Möglicherweise fungierte Fleissman als Verbindungsperson oder versuchte Metz abzuschöpfen. Einige Jahre zuvor hatte er begonnen, den CSU-Abgeordneten Leo Wagner abzuschöpfen.⁸⁰²

Der SPD-Abgeordnete Walter Behrendt war von 1957 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1967 bis 1977 auch des Europäischen Parlaments, das ihn 1971 für zwei Jahre zu seinem Präsidenten wählte. Im Juli 1970 legte die HV A zu ihm den IMA-Vorgang „Bernhard“ an. Die SIRA-Datenbank verzeichnet für diesen Vorgang fünf Informationseingänge, davon je einen 1970 und 1971 und drei 1973. Drei dieser Informationen befassten sich mit Europapolitik, je eine mit Deutschlandpolitik und SPD. Mehr Bewegung ist in diesem Vorgang nicht erkennbar, obwohl die HV A ihn bis 1989 nicht archivierte. Möglicherweise hatte die HV A den letztlich vergeb-

v. 18.11.1989, S. 32: „Die wollten nur Pipifax wissen“; taz v. 24.10.1990, S. 21: ... und der Lummer hat doch gelogen. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss legte Abschlussbericht vor. – Lummer wurde zwischen 1973 und 1976 von dem vermutlich in Westberlin lebenden IM „Fischer“ der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Berlin abgeschöpft. Siehe BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1168/70; demnach gingen bei der HV A zwischen 1973 und 1976 27 Informationsberichte des IM „Fischer“ ein, die stets politische Auffassungen Lummers mitteilten und von der HV A als durchschnittlich wertvoll (Note 3) eingeschätzt wurden. Lummer gehörte dem Berliner Abgeordnetenhaus von 1967 bis 1986 an, war 1969–1980 Fraktionsgeschäftsführer, 1980/81 Parlamentspräsident, 1981–1986 Innensenator, 1987–1998 MdB.

⁷⁹⁶ Die HV A registrierte Heinrich Lummer am 30.9.1981 als O-Quelle unter dem Decknamen „Wilhelm“ und der Reg.-Nr. XV/5724/81, erworben unter „Verwendung von Druckmitteln“ durch die Abt. XV/1 der BVfS Berlin; BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/5724/81.

⁷⁹⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8123534, bei der HV A eingegangen am 10.12.1981, Note 3.

⁷⁹⁸ Arbeitsplan der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Berlin für das Jahr 1989 (wie Anm. 790).

⁷⁹⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/504/83. Metz ist als einzige Person unter dieser Registriernummer erfasst. Die aktienführende HVA-Abteilung X/3 hatte die Aufgabe, (Des-)Informationen unauffällig in westliche Medien zu lancieren. Der IMA-Vorgang „Nordmann“ bestand aus je einem Band Personal- und Arbeitsakte. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet unter der Reg.-Nr. XV/504/83 einen einzigen Informationseingang, ohne Angaben zum Inhalt zu machen. Zur HVA-Abteilung X/3 siehe ausführlicher Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 175 f.

⁸⁰⁰ Bayerisches Oberstes Landesgericht, Urteil v. 17.1.1995 – Az. 3 St 6/94, S. 7.

⁸⁰¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3109/66.

⁸⁰² Siehe unten, S. 233.

lichen Versuch unternommen, einen Kontakt zu Behrendt aufzubauen und ihn in diesem Rahmen Anfang der siebziger Jahre sporadisch abschöpfen können.⁸⁰³

Der Berliner SPD-Politiker Waldemar Schulze gehörte dem Abgeordnetenhaus an, als die HV A zu ihm im Juli 1969 den Vorgang „Palme“ anlegte. Nur von 1976 bis 1980 war er Mitglied des Bundestags. Die SIRA-Datenbank ordnet diesem Vorgang zwischen 1970 und 1978 insgesamt 19 Informationseingänge zu. Die Berichte befassten sich schwerpunktmäßig mit der Berliner SPD. Lediglich die beiden letzten Informationen fielen zeitlich in die Bundestagszugehörigkeit Schulzes. Sie beinhalteten der SIRA-Datenbank zufolge „Äußerungen eines Bundestagsabgeordneten der SPD“.⁸⁰⁴ Diese Formulierung deutet auf einen Abschöpfkontakt hin.

Zu dem späteren Abgeordneten der Grünen Thomas Ebermann legte die HV A im März 1979 den IMA-Vorgang „Bernstein“ an. Die SIRA-Datenbank verzeichnet für diesen Vorgang insgesamt 26 Informationseingänge. Davon trafen 24 zwischen April und Dezember 1979 bei der HV A ein. Es handelte sich um mündliche Berichte aus den politischen Tätigkeitsfeldern Ebermanns: Entwicklungen innerhalb des „Kommunistischen Bundes“ und anderer maoistischer Gruppen sowie der sich etablierenden grünen, bunten und alternativen Listen.⁸⁰⁵ Auf welche Weise die HV A an diese Informationen gelangte, lässt sich anhand der „Rosenholz“-Unterlagen nicht feststellen. Möglicherweise hatte die HV A einen anfangs vielversprechenden Abschöpfkontakt aufgebaut, der sich jedoch nicht intensivierte, sondern nach einem dreiviertel Jahr wieder abbrach. Während Ebermanns Bundestagszugehörigkeit zwischen Februar 1987 und Februar 1989 registrierte die HV A für den Vorgang „Bernstein“ nur einen Informationseingang. Dieser hatte „Entwicklungen in der Bundestagsfraktion Die Grünen“ zum Gegenstand und wurde wie fast alle übrigen Informationen „Bernsteins“ auch als durchschnittlich wertvoll (Note 3) eingeschätzt.⁸⁰⁶

Den CDU-Abgeordneten Rainer Barzel erfasste die HV A 1960 im Objektvorgang „Schwarz“, dem zentralen Objektvorgang zu den Unionsparteien. Barzel war 1960 in den CDU-Bundesvorstand gewählt worden. Im August 1966 legte die HV A den IMA-Vorgang „Theobald“ an. Neben Barzel wurden darin sieben weitere Personen erfasst, unter anderem Barzels damalige Sekretärin Hanneliese Kreß und deren in der DDR lebende Tante. Barzel erscheint als Hauptperson des Vorgangs „Theobald“.⁸⁰⁷ Aber das vorrangige Interesse der HV A galt offenkundig zunächst seiner Sekretärin. Sie wurde von der HV A mit dem Ziel ausgespäht, Anknüpfungspunkte für eine Anwerbung als IM zu finden. 1967 erfasste die HV A Hanneliese Kreß als Vorlauf-IM unter dem Decknamen „Hanna“ in einem eigenen Vorgang, und ab 1970 wurde sie als IM geführt.⁸⁰⁸ Kreß

⁸⁰³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2212/70. Behrendt ist als einzige Person unter dieser Registriernummer erfasst. Der IMA-Vorgang „Bernhard“ bestand aus je einem Band Personal- und Arbeitsakte.

⁸⁰⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/485/69. Schulze ist die Hauptperson des Vorgangs, den die HV A erst seit 1975 von einem IMB- auf einen IMA-Vorgang umregistrierte. Der Vorgang bestand aus je einem Band Personal- und Arbeitsakte und wurde bis 1989 nicht archiviert. Die Informationseingänge zur Reg.-Nr. XV/485/69 sind in der SIRA-Datenbank überwiegend nur in Form von Ausgangsinformationen nachgewiesen, in denen Berichte aus verschiedenen Quellen zusammengeführt wurden. Wert und Profil einzelner Informationsquellen können anhand der Ausgangsinformationen nur sehr eingeschränkt analysiert werden.

⁸⁰⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. MD/6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/209/79. Ebermann wurde als einzige Person in diesem IMA-Vorgang geführt. Der Vorgang bestand aus je einem Band Personal- und Arbeitsakte und wurde bis 1989 nicht archiviert.

⁸⁰⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8703025, bei der HV A eingegangen am 13.4.1987.

⁸⁰⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2094/66. Der Vorgang wurde am 11.11.1976 mit einem Band Personal- und zwei Bänden Arbeitsakte archiviert. Zu Maßnahmen gegen Barzel in den 1960er Jahren siehe auch oben, S. 189.

⁸⁰⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2116/67. Der Vorgang wurde am 14.3.1978 mit nur einem Band Personalakte archiviert; der angelegte Berichtsband war zuvor wieder gelöscht worden. Siehe auch das Personendossier der MfS-Hauptabteilung XX zu Hanneliese Kreß; BStU, MfS, HA XX, 7582.

war das Opfer eines sogenannten Romeos geworden: Der DDR-Bürger Wolfgang Hammer, den die HV A im IMA-Vorgang „Hulda“ führte, suchte auftragsgemäß den Kontakt zu der ledigen Sekretärin. Hammer trat im Westen unter dem Namen „Rudolf Reggentin“ auf. Unter diesem Namen heiratete er Kreß 1969 und schöpfte sie fortan über ihr berufliches Wissen ab. Als es der bundesdeutschen Spionageabwehr 1976/77 gelang, zahlreiche eingeschleuste Agenten systematisch zu enttarnen, setzte sich Hammer alias Reggentin im Februar 1977 in die DDR ab, während Hanneliese Kreß im März 1977 in der Bundesrepublik verhaftet wurde. Die Bundesanwaltschaft ging im Ergebnis ihrer Ermittlungen davon aus, dass Hammer seinen geheimdienstlichen Hintergrund gegenüber Kreß nicht offenbart hatte. Kreß soll Informationen über Barzel, aber auch über den deutschlandpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Manfred Abelein weitergegeben haben.⁸⁰⁹ In der SIRA-Datenbank sind von den drei IMA-Vorgängen „Theobald“, „Hanna“ und „Hulda“ nur für letzteren Informationseingänge nachgewiesen. Offenbar liefen dort die von Kreß preisgegebenen Informationen zusammen. Demnach lieferte „Hulda“ zwischen 1969 und 1974 insgesamt neun Informationen, davon allein vier 1969. Sie handelten von deutschland- und ostpolitischen Zielen und Aktivitäten der CDU/CSU und von CDU-internen Einschätzungen der sozial-liberalen Regierungsparteien.⁸¹⁰ Diese Informationsausbeute ist gering. Offenbar trifft Markus Wolfs Erinnerung zu, wonach Hanneliese Kreß „ihrem Dienstherrn Rainer Barzel gegenüber loyal und ihrem Ehemann gegenüber enttäuschend zugeknöpft“ gewesen sei.⁸¹¹

2.6.8. Karteikarten – sonst nichts? Deutung problematischer Karteikarten-Erfassungen

Frühere Mitarbeiter der DDR-Spionage behaupten im Rückblick gerne, die Buchführung der HV A sei unsystematisch und willkürlich erfolgt und daher nicht aussagekräftig. Doch das sind Schutzbehauptungen. Die bisherige Analyse der „Rosenholz“-Unterlagen hat gezeigt, dass die HV A Karteikartenerfassungen nicht beliebig und grundlos vornahm. Sie befolgte interne Regeln und Vorgaben, was Ausnahmen und Abweichungen im Einzelfall nicht ausschloss. Die Systematik war erforderlich, um den Überblick über das Agentennetz und andere Verbindungen zu behalten und Informanten im Westen nicht in Gefahr zu bringen. Der Umgang mit den „Rosenholz“-Unterlagen bleibt dennoch schwierig, denn sie gleichen einem Fragment. Dadurch entsteht Raum für Interpretationen.

⁸⁰⁹ GBA, Anklage gegen 4 Obersten der HVA-Abteilung II vom 28.7.1992 – Az. 3 StE 10/92-1, S. 40 f. GBA, Anklage gegen Markus Wolf vom 16.9.1992 – Az. 3 StE 14/92-3, S. 146. Der Spiegel 31(1977)42 v. 10.10.1977, S. 78–87: Spionage: Beinahe lachhaft. Zu Hammer alias Reggentin siehe auch BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/541/64 u. XV/4557/80. Hammer wurde 1978 vom IM zum „Offizier im besonderen Einsatz“ (OibE) umregistriert. Seine Akte trug den Decknamen „Hulda“, den Markus Wolf in seinen Erinnerungen auf die Barzel-Sekretärin übertrug. Wolf: Spionagechef, 1997, S. 153 f. Der Vorgang „Hulda“ wurde 1986 archiviert. Zu den Methoden des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die zur Enttarnung zahlreicher eingeschleuster Agenten führten, siehe: „Die DDR hat entscheidende Fehler gemacht“. Verfassungsschutz-Präsident Richard Meier über die jüngsten Abwehr-Erfolge. Interview in: Der Spiegel 30(1976)26 v. 21.6.1976, S. 24–27. Zu den Details der angesprochenen Spionageabwehr-Methoden des BfV siehe Dörrenberg, Dirk: Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zur Westarbeit des MfS. In: Herbstritt; Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu, 2003, S. 72–111, hier 84–90; sowie Tiedge, Hansjoachim: Der Überläufer. Eine Lebensbeichte. Berlin 1998, S. 165–177 u. 187–203.

⁸¹⁰ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/541/64. Die Informationseingänge zur Reg.-Nr. XV/541/64 sind in der SIRA-Datenbank überwiegend nur in Form von Ausgangsinformationen nachgewiesen, in denen Berichte aus verschiedenen Quellen zusammengeführt wurden. Wert und Profil einzelner Informationsquellen können anhand der Ausgangsinformationen nur sehr eingeschränkt analysiert werden.

⁸¹¹ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 154. Das menschliche Leid der von der HV A ausgenutzten Bonner Sekretärinnen rücken zwei Darstellungen aus den 1990er Jahren in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung: Pfister, Elisabeth: Unternehmen Romeo. Die Liebeskommandos der Stasi. Berlin 1999; Quoirin, Marianne: Agentinnen aus Liebe. Warum Frauen für den Osten spionierten. Frankfurt/M. 1999.

Die Karteikartenerfassungen zu elf Bundestagsabgeordneten, die nachfolgend zu erörtern sind, legen die Schlussfolgerung nahe, dass zwischen den jeweiligen Abgeordneten und der HV A in bemerkenswertem Umfang kontinuierlich Informationen geflossen sind. Denn bei allen elf Vorgängen handelte es sich aus Sicht der HV A um IMA-Vorgänge.⁸¹² Der betreffende Abgeordnete war darin als Hauptperson erfasst. Und die Aktenvorgänge waren – im Gegensatz zu den bisher betrachteten – auffallend umfangreich: Für jeden dieser Vorgänge legte die HV A im Laufe der Jahre mehrere Bände Arbeitsakten an, das heißt Berichtsbände, in denen die gewonnenen Informationen abgelegt wurden. Doch wie waren die Verbindungen zwischen den jeweiligen Abgeordneten und der HV A beschaffen? Darüber geben die wenigen überlieferten Dokumente kaum Auskunft. Legt man die Anforderungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) zugrunde, genügen die vorhandenen Unterlagen nicht, um hier von inoffiziellen Mitarbeitern zu sprechen. Denn das Stasi-Unterlagen-Gesetz stuft nur diejenigen als IM ein, die sich bewusst zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS bereit erklärt hatten.⁸¹³ Für die HV A war dieses Kriterium hingegen nicht ausschlaggebend. Der HV A galten gemäß der MfS-Richtlinie 2/68 diejenigen als IM, die Informationen lieferten, unabhängig davon, ob sie erkannten, wem sie diese Informationen preisgaben.⁸¹⁴ Kontaktpersonen sollten hingegen im Regelfall unbemerkt abgeschöpft werden.⁸¹⁵ Beide Varianten sind zu bedenken, denn in „Rosenholz“ erscheinen beide als IMA-Vorgang. Nachfolgend werden die Karteikartenerfassungen und gegebenenfalls weitere Unterlagen zu den elf Abgeordneten in chronologischer Reihenfolge beschrieben und die vorhandenen Merkmale erörtert.

2.6.8.1. SPD-Abgeordnete

Den SPD-Abgeordneten Alfred Gleisner erfasste die HV A zunächst 1953 in dem zentralen Aktenvorgang zur SPD. Im September 1954 legte sie zu ihm den Vorgang „Glaser“ an. Als sie den IMA-Vorgang im August 1962 archivierte, war er auf sechs Aktenbände angewachsen.⁸¹⁶ Wie die Verbindung zwischen Gleisner und der HV A beschaffen war, ob die HV A einen bestehenden politischen Kontakt ausnutzte oder eine eindeutig geheimdienstliche Beziehung zu ihm unterhielt, lassen die „Rosenholz“-Karteikarten nicht erkennen. Gleisner schied im März 1959 nach knapp zehnjähriger Parlamentszugehörigkeit aus dem Bundestag aus, um in die Kommunalpoli-

⁸¹² Da die meisten der hier in Rede stehenden Aktenvorgänge schon in den 1950er Jahren angelegt wurden, sei hier nochmals darauf hingewiesen, dass die HV A erst sehr viel später das Kürzel „IMA“ auf den Karteikarten F 22 auftrug. In den 1950er Jahren benutzte die HV A noch andere Begriffe, die sich an der Praxis des sowjetischen Geheimdienstes orientierten. Siehe hierzu Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 20–22. – Einige der nachfolgend beschriebenen Karteikartenerfassungen wurden schon in den Jahren 2006 und 2007 erörtert, so von Karl-Heinz Baum am 5.10.2006 in der Frankfurter Rundschau, S. 3: „Deckname ‚Leder‘. In dem jetzt veröffentlichten Material aus der Rosenholz-Datei vermerkte die Stasi auch manche Merkwürdigkeiten“ sowie Ders.: Stasi und Bundestag. Weitere Ex-Abgeordnete im Blickpunkt. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (2007)5, S. 41–45. Baum stellt einige der schwierigen Karteikarten-Erfassungen (zu den MdB Behrendt, Junker, Peiter, Sperling) zutreffend unter die Überschrift „Merkwürdigkeiten ohne zweifelsfreien Beweis“. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (2007)5, S. 45. Siehe außerdem die Ausführungen in Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 84–87, wo einige der schwierig zu deutenden Karteikartenerfassungen (zu den MdB Bauer, Behrendt, Junker, Killat, Peiter, Sperling) unter der missverständlichen Überschrift „Inoffizielle Mitarbeiter“ behandelt werden.

⁸¹³ StUG § 6 (4): „Inoffizielle Mitarbeiter sind Personen, die sich zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereiterklärt haben.“

⁸¹⁴ Siehe Anm. 794. Sinngemäß findet sich diese Definition bereits im Entwurf einer „Richtlinie für die Arbeit mit inoffiziellen Mitarbeitern außerhalb des Gebietes der DDR“ des MfS aus dem Jahre 1959. Veröffentlicht in Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 290–340, hier 302–304.

⁸¹⁵ Siehe Anm. 554.

⁸¹⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/19141/60. Gleisner ist als einzige Person in diesem Vorgang erfasst. Die Bandzählung unterscheidet nicht nach Personal- und Arbeitsakte.

tik zu wechseln. Das könnte erklären, weshalb der Vorgang für die HV A an Bedeutung verlor. Unter nachrichtendienstlichen Gesichtspunkten dürften vor allem Gleisners Zugehörigkeit zum Verteidigungsausschuss, dessen ordentliches Mitglied er von 1949 bis 1959 war, und zum Innenausschuss, dem er von 1953 bis 1957 als stellvertretendes Mitglied angehörte, von Bedeutung gewesen sein. Doch inwieweit er tatsächlich Insiderkenntnisse aus diesen Gremien an die HV A übermittelte, lässt sich beim derzeitigen Kenntnisstand nicht sagen.

Der fränkische SPD-Politiker Hannsheinz Bauer zog erstmals 1953 in den Bundestag ein und blieb bis 1972 Abgeordneter. Daneben gehörte er von 1958 bis 1973 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an. Im März 1955 legte die HV A zu ihm einen Aktenvorgang an. Bauer wurde als einzige Person in diesem Vorgang erfasst. Erst 1985 kam eine weitere Person hinzu. Dieser IMA-Vorgang „Volk“ wurde bis 1989 nicht beendet. Nach 1973 scheint er für die HV A aber keine nennenswerte Bedeutung mehr besessen zu haben.⁸¹⁷ Bis 1970 wuchs der Aktenvorgang auf 21 Bände an, von denen 1983 17 Berichtsbände (Arbeitsakten) vorab ins HVA-Archiv gegeben wurden. Diese hohe Anzahl an Aktenbänden ist ein Indikator dafür, dass im Rahmen dieses Vorgangs viele Informationen bei der HV A eintrafen. Für den Zeitraum bis 1968 findet man zu Art und Inhalt der verbuchten Informationen keine Angaben, da die Akten nicht überliefert sind. Ab 1969 setzt die Überlieferung der SIRA-Datenbank ein. Demnach verbuchte die HV A zwischen Juli 1969 und März 1973 noch 34 Informationen, die sie von „Volk“ erhielt. Später registrierte die HV A keine Informationen von „Volk“ mehr, und auch neue Aktenbände wurden nicht mehr angelegt. Den Wert dieser 34 Informationen schätzte die HV A in 22 Fällen als durchschnittlich wertvoll ein (Note 3), in fünf Fällen als mehr oder weniger wertlos (viermal Note 4, einmal Note 5), in drei Fällen als überdurchschnittlich bedeutsam (Note 2). Zu vier Informationen liegt keine Benotung vor. Bemerkenswert ist der hohe Anteil an sogenannten dokumentarischen Informationen: 27 der 34 Informationen bestanden aus Materialien und Dokumenten. Mit der Note 2 versah die HV A einen 31 Seiten umfassenden „Bericht des Ausschusses für Verteidigungs- und Rüstungsfragen bei der WEU über die Vereinigten Staaten und die europäische Sicherheit vom 07.10.1969“, einen sieben Seiten langen „Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises Europapolitik bei der SPD-Bundestagsfraktion vom 16. Sept. 1970“ sowie ein 59 Seiten umfassendes Material aus dem Jahre 1971 über die „Diskussion im polit. Ausschuss des Europaparlaments über die Lage im Nahen Osten u. andere Fragen“.⁸¹⁸

Diese drei Dokumente berühren zugleich die drei wesentlichen Themenkreise, über die die HV A von „Volk“ in diesen Jahren Informationen erhielt: Für 1969 und 1970 finden sich Informationen aus SPD-Fraktions- und -Parteivorstand, gelegentlich auch europapolitische Themen, seit der Jahresmitte 1970 gab es dann fast nur noch Informationen aus der Europapolitik, vor allem aus dem Europarat und der Westeuropäischen Union.⁸¹⁹

Der hohe Anteil dokumentarischer Informationen deutet darauf hin, dass Bauer mit Dokumenten, Materialien und Arbeitspapieren recht freigiebig umging. Sofern die jeweiligen Dokumente im Original noch in den Archiven der betreffenden Institutionen vorhanden sind, könnte man sie daraufhin überprüfen, inwieweit sie als intern oder vertraulich anzusehen waren. Die überlieferten Stasi-Unterlagen lassen die Aussage zu, dass bei der HV A 18 Jahre lang Informationen eintrafen, die die HV A auf Hannsheinz Bauer zurückführte. Dauer, Inhalt und Intensität des Informationsflusses weisen ihn als eine ergiebige Informationsquelle der HV A aus. Doch ob Bauer sich bewusst in den Dienst der HV A stellte, lässt sich bei der derzeitigen Aktenüberlieferung nicht mit der gebotenen Sicherheit feststellen.

Der SPD-Abgeordnete Erwin Welke gehörte dem Bundestag in seinen ersten fünf Legislaturperioden von 1949 bis 1969 an und war von 1964 bis 1971 auch Oberbürgermeister von Lüdenscheid. Ausweislich der „Rosenholz“-Unterlagen führte ihn die HV A zwischen April 1955 und April 1982 als Hauptperson des IMA-Vorgangs „Gustel“. Auf der Karteikarte F 16 vermerkte die HV A Wel-

⁸¹⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18089/60.

⁸¹⁸ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7000741, SE70005563, SE7102421.

⁸¹⁹ Ebenda, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18089/60.

kes Tätigkeit als Redakteur der *Westfälischen Rundschau* und eine Zugehörigkeit zum Parteivorstand der SPD, nicht jedoch seine Funktion als Abgeordneter. Im September 1964 wurden drei weitere nordrhein-westfälische SPD-Bundestagsabgeordnete zu dem Vorgang „Gustel“ hingeregistriert: Willi Beuster, Eberhard Brünen und Fritz Steinhoff.⁸²⁰ Der Vorgang „Gustel“ muss für die HV A sehr ergiebig gewesen sein. Denn im Januar 1966 eröffnete sie bereits die 23. – und letzte – Berichtsakte. Auch wenn der Vorgang erst 1982 archiviert wurde, scheint er demnach schon Ende der sechziger Jahre zum Erliegen gekommen zu sein. Die SIRA-Daten, die erst 1969 einsetzen, weisen nur drei Informationseingänge von „Gustel“ nach. Sie beziehen sich zeitlich auf die zweite Jahreshälfte 1969 und berichten von Meinungen führender SPD-Politiker über den damaligen Bundestagswahlkampf sowie Auffassungen zur Deutschland- und Ostpolitik.⁸²¹ Die Karteikartenerfassungen legen die Schlussfolgerung nahe, dass die HV A von Welke seit Mitte der fünfziger Jahre bis zum Ende seiner Bundestagszugehörigkeit eine Vielzahl an Informationen bezog und Welke auch auf die Abgeordneten Beuster, Brünen und Steinhoff angesetzt werden sollte. Doch ob Welke bewusst für den DDR-Geheimdienst arbeitete oder ob sich die HV A die Informationen unter einer Legende beschaffte, kann allein anhand der dürftigen Überlieferungslage nicht geklärt werden.

Der SPD-Politiker und Gewerkschafter Arthur Killat rückte am 19. März 1959 in den Bundestag nach und blieb bis zum Ende der 6. Wahlperiode im Herbst 1972 Abgeordneter. Zwischen Dezember 1955 und August 1988 führte ihn die HV A als Hauptperson unter dem Decknamen „Kegel“ in einem IMA-Vorgang. Der Vorgang umfasste am Ende 17 Berichtsbände, deren letzter im Dezember 1984 angelegt wurde.⁸²² In der SIRA-Datenbank sind 53 Informationslieferungen von „Kegel“ zwischen 1969 und 1986 nachgewiesen. Sie verteilen sich von ihrer Anzahl her recht gleichmäßig über diesen Zeitraum und wurden fast durchgängig als durchschnittlich wertvoll (Note 3) eingeschätzt. Vier Informationen galten der HV A als herausgehoben (Note 2) – hierbei ging es zweimal um Fragen der Familienzusammenführung aus osteuropäischen Ländern (1969 und 1977), um Inhalte eines Gesprächs mit Erhard Eppler (1981) sowie um ein Dokument mit dem Wortlaut der Wehner-Rede auf einer Klausurtagung am 4. Mai 1970.⁸²³ Nur in neun Fällen wurden Dokumente übergeben. Thematisch informierten die Berichte vor allem über Gewerkschaften, über politische Meinungen und Interna aus der SPD, über Entwicklungsländer mit einem deutlichen Schwerpunkt auf China und über Sportpolitik. Es gab demnach über 30 Jahre hinweg einen beständigen und verlässlichen Informationsfluss zwischen Killat und der HV A.

Der ZEIT-Journalist Toralf Staud analysierte im Februar 2007 in einem Beitrag detailliert die überlieferten Dokumente und zeigte auf, wie die bei der HV A eingetroffenen Informationen mit Killats gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten korrespondierten.⁸²⁴ Außerdem beschrieb er eine Besonderheit. Neben Killat registrierte die HV A im selben Vorgang noch zwei weitere Personen, eine 1963, eine 1975. Die Karteikarte F 16 der zuletzt erfassten Person lautet auf den Namen Arthur Kaufmann, Verwaltungsangestellter in Ostberlin, dessen Geburtsort (Freiburg/Br.) und -Daten jedoch mit denen Killats identisch sind. Zudem trägt die Karteikarte Kaufmanns einen Stempel mit der Aufschrift „Dokument 06417“. Dieser „Dokument“-Stempel zeigt an, dass die HV A mit den auf dieser Karteikarte enthaltenen Daten ein Personaldokument herstellte. Die Personendaten können real oder fiktiv gewesen sein. Im Falle von Arthur Kaufmann handelte es sich um eine fiktive Identität.⁸²⁵ Somit sprechen alle Indizien dafür, dass die HV A 1975 einen

⁸²⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/15903/60.

⁸²¹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE6900809, SE6901174, SE7000600.

⁸²² BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18784/60. Zu Killat als Informant aus dem „Sonderausschuss für Sport und Olympische Spiele“ siehe S. 65.

⁸²³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE6900373, SE7003924, SE7704166, SE8106322.

⁸²⁴ Toralf Staudt: Wer war „Arthur Kaufmann“? In: Die Zeit v. 8.2.2007, S. 8.

⁸²⁵ Ebenda. Siehe auch Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, S. 85 f.

DDR-Ausweis oder -Reisepass für Killat anfertigte. Dies wiederum ist ein starker Hinweis darauf, dass Killat der geheimdienstliche Charakter seiner DDR-Kontakte bewusst gewesen sein dürfte.

Weniger deutlich ist die Überlieferung im Falle des rheinland-pfälzischen SPD-Abgeordneten Willy Müller. Zu ihm führte die HV A von Oktober 1958 bis November 1971 den IMA-Vorgang „Hahn“.⁸²⁶ Im Bundestag saß Müller in den fünf Legislaturperioden von 1949 bis 1969. Der Aktenvorgang „Hahn“ umfasste am Ende eine Personal- und drei Bände Arbeitsakten, deren letzte 1964 angelegt worden war. Dies deutet auf einen kontinuierlichen Informationsfluss hin, der nach Müllers Ausscheiden aus dem Parlament bald endete.⁸²⁷ Müller hat wahrscheinlich nicht bewusst mit der HV A kooperiert, sondern dürfte eher unter einer Legende abgeschöpft worden sein. Für diese Vermutung spricht eine Notiz von Januar 1970. Damals fragte die MfS-Hauptabteilung IX/11, die sich mit der NS-Vergangenheit bundesdeutscher Politiker befasste, in der zentralen MfS-Registrierung nach, welche Erkenntnisse zu Müller vorliegen. In der Antwort wurde die Hauptabteilung IX/11 gebeten, mit Rücksicht auf die HV A nichts gegen Müller zu unternehmen: „Keine Veröffentlichungen, da aktiver Vorgang bei HV A/Tel. 2695 vorhanden ist. M. zwar nicht positiv gegenüber d. DDR eingestellt, jedoch Herstellung v. Kontaktmöglichkeiten vorh. Falls etwas unternommen Rücksprache mit HV A erforderlich.“⁸²⁸

Der bayerische SPD-Abgeordnete Fritz Wilhelm Hörauf war von 1953 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages. Die HV A erfasste ihn im Juni 1964 als Hauptperson des IMA-Vorgangs „Gesell“. Als der Vorgang im Januar 1971 archiviert wurde, bestand er aus einem Band Personal- und zwei Bänden Arbeitsakte.⁸²⁹ Im Juli 1964 wurde der westfälische SPD-Abgeordnete Peter Nellen zum Vorgang hinzuregistriert. Zuvor war Nellen von Juli 1960 bis September 1963 in einer Vorlauf-Akte bei der HV A erfasst gewesen. Nellen schied wie Hörauf 1969 aus dem Parlament aus. Welchen Kontakt die beiden Parlamentarier zueinander pflegten, geht aus den MfS-Unterlagen nicht hervor. Die Karteikartenerfassungen legen die Vermutung nahe, dass die HV A auf dem Umweg über Hörauf auch an Informationen über Nellen gelangen wollte. Wie sich die Verbindung zwischen der HV A und Hörauf konkret gestaltete, lässt sich allein auf der Grundlage der vorliegenden Karteikartenerfassung nicht feststellen.

Der nordrhein-westfälische SPD-Abgeordnete Heinrich Junker gehörte dem Bundestag von 1961 bis 1980 an. Im Dezember 1963 registrierte ihn die HV A in ihrem zentralen SPD-Objektvorgang. Im Juli 1967 eröffnete sie den IMA-Vorgang „Bismark“, in dem Junker als einzige Person geführt wurde. Als der IMA-Vorgang „Bismark“ im März 1985 geschlossen wurde, umfasste er einen Band Personal- und fünf Bände Arbeitsakten.⁸³⁰ In der SIRA-Datenbank sind 25 Informationen nachgewiesen, die die HV A zwischen 1969 und 1975 von „Bismark“ erhielt. Inhaltlich ging es darin fast durchgängig um Diskussionen und Meinungen innerhalb der SPD-Führung zu aktuellen Themen der Innen- und Deutschlandpolitik sowie zur Lage in der SPD. Zwei Informationen 1970/71 behandelten Fragen der Tarifpolitik und Mitbestimmung im Bereich der IG Chemie, Papier, Keramik. In vielen Fällen flossen die Informationen von „Bismark“ in die Berichte der

⁸²⁶ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/11692/60. Die Karteikarte F 16 wurde schon am 23.4.1958 angelegt und enthält zusätzlich noch einen nicht näher bestimmbaren Datumseintrag vom 11.8.1953. 1959 wurde noch eine weitere Person im Vorgang erfasst.

⁸²⁷ Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet im September 1970 eine Information von „Hahn“; darin ging es um die Einschätzung des deutsch-sowjetischen Vertrags (Moskauer Vertrag) vom 12.8.1970 innerhalb der SPD-Fraktion; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7004782.

⁸²⁸ BStU, MfS, HA IX/11, PA 1491, Bl. 6 f.

⁸²⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1997/64. In den SIRA-Teildatenbanken 11 bis 14 sind keine Informationseingänge zu dieser Reg.-Nr. verzeichnet.

⁸³⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1228/67.

HV A an die Partei- und Staatsführung der DDR ein.⁸³¹ Nach 1975 sind in der SIRA-Datenbank keine Informationen von „Bismark“ mehr nachgewiesen, und auch den letzten Berichtsband (Band 5 der Arbeitsakte) legte die HV A bereits 1975 an. Der Vorgang scheint in diesem Jahr seine Bedeutung verloren zu haben. Offenbar war es der HV A nur zwischen 1967 und 1975 möglich, Informationen von Heinrich Junker zu beschaffen. Ob Junker lediglich als Kontaktperson ausgenutzt wurde, ob er unter einer Legende abgeschöpft wurde, oder ob er zeitweilig bewusst mit der HV A kooperierte, lässt sich allein anhand der vorliegenden Unterlagen nicht feststellen.

Ähnlich wie bei Junker stellt sich die Aktenüberlieferung bei dem rheinland-pfälzischen SPD-Abgeordneten Willi Peiter dar. Peiter war 1962 in den Bundestag nachgerückt und blieb mit einer kurzen Unterbrechung bis 1980 Parlamentarier. Auch ihn erfasste die HV A zunächst in einem Objektvorgang, um ihn dann zwischen Juli 1967 und Mai 1985 als einzige Person in einem IMA-Vorgang zu führen, dem Vorgang „Leder“. Auch der IMA-Vorgang „Leder“ umfasste am Ende einen Band Personal- und fünf Bände Arbeitsakten.⁸³² Für die Jahre 1970 bis 1978 sind in der SIRA-Datenbank 26 Informationen verzeichnet, die die HV A von „Leder“ erhielt. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten die Lage und konkrete Vorgänge innerhalb der SPD-Führung und der SPD-Bundestagsfraktion sowie Meinungen aus diesen Kreisen zu innen- und außenpolitischen Fragen. Viele Informationen von „Leder“ flossen in die Berichte der HV A an die Partei- und Staatsführung der DDR ein.⁸³³ Wie man den SIRA-Daten entnehmen kann, versiegte der Informationsfluss offenbar 1978. Die letzte Berichtsakte war 1977 angelegt worden. So stellen sich beim Abgeordneten Peiter die gleichen Fragen wie bei Junker. Zu Peiter liegt in den MfS-Unterlagen in einem anderen Zusammenhang noch eine Notiz vor, wonach er Kontakte in die DDR unterhielt: Als Peiter am 18. September 1975 mit einer Reisegruppe am Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße in Berlin wartete, wurde einer seiner Mitreisenden von einem DDR-Passkontrolleur ermahnt, weil er fotografierte. Daraufhin nahm Peiter seinen Mitreisenden in Schutz, stellte sich dem DDR-Passkontrolleur als Bundestagsabgeordneter vor und erwähnte ihm gegenüber auch seine „gute[n] Verbindungen in die DDR“.⁸³⁴ Dieser Satz lässt eher auf vertrauliche politische als auf streng konspirativ geheimdienstliche Kontakte schließen. Aber er ist für sich alleine genommen bei Weitem nicht ausreichend, um Aufschluss über die tatsächlichen Abläufe zu geben.

Die Aktenüberlieferung zu dem hessischen SPD-Abgeordneten Dietrich Sperling ähnelt der zu Junker und Peiter. Sperling wurde 1969 erstmals in den Bundestag gewählt. Noch im gleichen Jahr registrierte ihn die HV A in ihrem zentralen SPD-Objektvorgang. Ein reichliches Jahr später, im Januar 1971, legte sie zu ihm den IMA-Vorgang „Vogel“ an. Sperling wurde als einzige Person in diesem Vorgang erfasst. Im Februar 1985 archivierte die HV A die Akte, die inzwischen auf einen Band Personal- und sechs Bände Arbeitsakten angewachsen war.⁸³⁵ Die SIRA-Datenbank verzeichnet zwischen 1971 und 1978 insgesamt 19 Informationen von „Vogel“. 1973 trafen acht

⁸³¹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1228/67. Die Informationen von „Bismark“ sind fast ausschließlich im Zusammenhang mit Ausgangsinformationen nachgewiesen, bei denen einige Angaben wie die Benotung fehlen. Siehe auch Baum: Stasi und Bundestag, 2007, S. 45.

⁸³² BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1227/67.

⁸³³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1227/67. Die Informationen von „Leder“ sind größtenteils im Zusammenhang mit Ausgangsinformationen nachgewiesen, bei denen einige Angaben wie die Benotung fehlen. Die 7 benoteten Informationen wurden jeweils als durchschnittlich wertvoll (Note 3) eingeschätzt.

⁸³⁴ MfS-HA VI, 13.10.1975: Information über Erkenntnisse aus dem grenzüberschreitenden Verkehr durch Angehörige diplomatischer Vertretungen in der DDR – III. Quartal 1975; BStU, MfS, Rechtsstelle 194, Bl. 84 f.

⁸³⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/86/71. Der Vorgang wurde ebenso wie die Vorgänge zu Junker und Peiter von Walter Weichert geführt. Weichert war von 1981 bis 1989 stellvertretender Leiter der HVA-Abteilung II/4, also des SPD-Referats der HVA. Vgl. Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 67; siehe auch Baum: Stasi und Bundestag, 2007, S. 45.

und 1977 sieben Informationen bei der HV A ein, in den Jahren 1971, 1974, 1975 und 1978 je eine. Die Informationen behandelten vor allem die Lage in der SPD und parteiinterne Debatten und Entwicklungen, daneben Fragen der Deutschland- und Außenpolitik. Die meisten der in der SIRA-Datenbank nachgewiesenen Informationen von „Vogel“ flossen in Berichte der HV A an die Partei- und Staatsführung der DDR ein.⁸³⁶ Das deutet einerseits darauf hin, dass die entsprechenden Informationen als wichtig angesehen wurden, denn sonst wären sie nicht für die Partei- und Staatsführung aufbereitet worden. Andererseits lässt sich bei diesen sogenannten Ausgangsinformationen die Bedeutung der einzelnen Informanten in vielen Fällen nicht mehr feststellen. So fertigte die HV A beispielsweise am 3. Mai 1974 einen fünf Seiten umfassenden Bericht über „Erste interne Reaktionen auf die Verhaftung des Mitarbeiters im Bonner Bundeskanzleramt Guillaume [!]“ an.⁸³⁷ Der Bericht ist im Archiv des BStU nicht vorhanden. In den SIRA-Daten ist aber dokumentiert, dass die HV A in diesem Bericht Informationen von sieben Informanten zusammenführte. Neben „Vogel“ waren darunter die beiden SPD-Abgeordneten Gerhard Flämig und Karl Wienand.⁸³⁸ Die SIRA-Eingangsinformationen sind in dieser Hinsicht deutlicher, weil sie jede einzelne Information mit verschiedenen Zusatzangaben genau dem entsprechenden Informanten zuordnen. Der IMA-Vorgang „Vogel“ verlor Ende der siebziger oder Anfang der achtziger Jahre seine Bedeutung. Die SIRA-Datenbank verzeichnet für den Mai 1978 den letzten Informationseingang. Der Karteikarte F 22 zufolge legte die HV A im Februar 1980 den sechsten und letzten Berichtsband für diesen Vorgang an. Als die HV A den IMA-Vorgang „Vogel“ 1985 archivierte, gehörte Sperling noch immer dem Bundestag an – er blieb bis 1998 Abgeordneter. Die derzeit bekannte Aktenüberlieferung lässt wiederum nur die Schlussfolgerung zu, dass die HV A für eine gewisse Zeit Informationen von Dietrich Sperling beschaffen konnte. Wie die Verbindung zwischen der HV A und Sperling beschaffen war, ob er abgeschöpft wurde oder bewusst Informationen preisgab, lässt sich nicht erkennen. Wie im Falle von Junker und Peiter lief die Informationsbeschaffung noch während der Bundestagszugehörigkeit aus.

In den „Rosenholz“-Unterlagen befindet sich unter der Registriernummer XV/922/80 ein Statistikbogen, den die HV A in den achtziger Jahren zu einem SPD-Bundestagsabgeordneten aus Kassel angelegt hatte. Der Abgeordnete wurde darin unter dem Decknamen „Kirchner“ als Objektquelle⁸³⁹ geführt. Unter der genannten Registriernummer liegen jedoch weder Karteikarten F 16 und F 22 noch irgendwelche Einträge in der SIRA-Datenbank vor. Ebenfalls unter dem Decknamen „Kirchner“ führte die HV A seit Dezember 1985 unter der Registriernummer XV/5210/85 einen IMA-Vorgang. In der SIRA-Datenbank sind für diesen Vorgang zwischen 1985 und 1989 insgesamt 31 eingegangene Informationen registriert. Namenskarteikarten liegen auch zur Registriernummer XV/5210/85 nicht vor.⁸⁴⁰ Die bundesdeutschen Ermittlungsbehörden identifizierten „Kirchner“ 1993 mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten und Vertreter der Parteilinken Horst Peter. Dabei gingen sie davon aus, dass Peter von der HV A als Kontaktperson ausgenutzt und abgeschöpft wurde.⁸⁴¹ Die Informationen, die die HV A in der SIRA-Datenbank von „Kirchner“ erfasste, behandelten vor allem die Situation sowie aktuelle Debatten in der SPD mit einem Schwerpunkt auf Meinungen der SPD-Linken. Für die Jahre 1985 und 1986 deuten die Titel vieler Informationen auf einen Abschöpf-Kontakt hin. Sie lauteten, in verschiedenen Varianten, etwa

⁸³⁶ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/86/71. Nur 6 Informationen sind als sogenannte Eingangsinformationen verzeichnet, die dann auch eine Benotung enthalten. Demnach schätzte die HV A 2 Informationen als überdurchschnittlich wertvoll ein (Note 2), 4 Informationen als durchschnittlich wertvoll (Note 3).

⁸³⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SA7401302.

⁸³⁸ Ebenda. Die dort angeführte Reg.-Nr. XV/750/66 bezieht sich auf Flämig, die Reg.-Nr. XV/18556/60 auf Wienand.

⁸³⁹ Zum Begriff O-Quelle siehe auch S. 222 sowie Anm. 793 u. 794.

⁸⁴⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherchen zu Reg.-Nr. XV/922/80 u. XV/5210/85.

⁸⁴¹ Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 114; dort statt Jahrgang 1937 irrtümlich 1947 angegeben.

so: „Ein führender linker SPD-Politiker zu aktuellen Fragen“.⁸⁴² Ab 1987 schätzte die HV A die Informationen von „Kirchner“ als ergiebiger ein.⁸⁴³ Die HV A registrierte von „Kirchner“ keinerlei übergebene Dokumente, sondern erlangte die Informationen nur gesprächsweise („Berichtsform“). Die im Archiv des BStU vorliegenden Unterlagen erlauben es nicht, den Vorgang „Kirchner“ einem bestimmten Abgeordneten zuzuordnen, da keine Namenskarteikarten vorhanden sind. Zieht man zusätzlich die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden heran, so erscheint deren Ergebnis nachvollziehbar, wonach es sich bei „Kirchner“ um einen Abschöpfkontakt handelte.

2.6.8.2. Leo Wagner (CSU) und das Misstrauensvotum 1972

Über den CSU-Abgeordneten und langjährigen parlamentarischen Geschäftsführer Leo Wagner liegen neben den Daten aus „Rosenholz“ und SIRA auch Erkenntnisse aus den Ermittlungsverfahren nach 1989 vor. Diese helfen bei der Interpretation, lassen aber auch Fragen offen. Zu Leo Wagner legte die HV A im Dezember 1975 den IMA-Vorgang „Löwe“ an. Wagner ist darin die Hauptperson. Erst vier Jahre später wurden zwei weitere Personen hinzuregistriert. Die Akte bestand aus je einem Band Personal- und Arbeitsakte und wurde bis 1989 nicht archiviert.⁸⁴⁴ Die SIRA-Datenbank verzeichnet zwischen 1976 und 1983 insgesamt 42 Informationen, die die HV A von „Löwe“ bezog. Inhaltlich ging es dabei vor allem um Interna aus den Unionsparteien sowie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vereinzelt auch um Europapolitik. Sechs Informationen schätzte die HV A als überdurchschnittlich wertvoll (Note 2) ein. Darunter waren drei Berichte aus den Jahren 1976, 1979 und 1980, in denen über „interne Äußerungen aus der CDU/CSU“ zur Lage der Unionsparteien informiert wurde, zwei Berichte von 1976 und 1978 über wirtschaftliche Kooperationsvorhaben mit Südkorea und der Volksrepublik China und ein Bericht über den Bundestags-Untersuchungsausschuss, der die Abhöraffaire Strauß/Scharnagl aufzuklären hatte.⁸⁴⁵ Letztgenannte Information traf am 7. Februar 1980 bei der HVA-Auswertungsabteilung ein. Folgt man den SIRA-Daten, informierte „Löwe“ über den „Tätigkeitsbericht“ dieses Untersuchungsausschusses.⁸⁴⁶ Die Datierung ist bedeutend, weil der Untersuchungsausschuss, der am 24. Januar 1980 letztmals tagte, seinen Bericht erst am 20. März 1980 vorlegte.⁸⁴⁷ Der Untersuchungsausschuss sollte aufklären, wer im September 1976 ein Telefongespräch zwischen Franz Josef Strauß und dem Chefredakteur des *Bayernkurier* Wilfried Scharnagl abhörte und wie das Abhörprotokoll an die *Süddeutsche Zeitung* gelangte, die es am 14. Januar 1978 auszugsweise

⁸⁴² BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8606755.

⁸⁴³ Die HVA-Auswerter schätzten 6 Informationen von „Kirchner“ als überdurchschnittlich wertvoll (Note 2) ein; diese Benotung erzielten nur Informationen der Jahre 1987 bis 1989. 24 Informationen schätzte die HV A als durchschnittlich wertvoll ein (Note 3), eine als geringerwertig (Note 4).

⁸⁴⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/6985/75. Auf der Karteikarte F 16 zu Leo Wagner wurde das maschinenschriftlich eingetragene Datum über das Anlegen der Karteikarte (22.12.75) durchgestrichen und durch das Datum 8.2.65 ersetzt. Dies deutet darauf hin, dass Wagner schon seit 1965 bei der HV A erfasst war. Aus einer Auskunft der MfS-Registrierung vom 27.1.1969 geht hervor, dass Wagner damals für die HV A II/302 erfasst war. BStU, MfS, HA IX/11, PA 1168, Bl. 3 f. Die Zahl 302 bezeichnet die Nummer des zuständigen Mitarbeiters der HVA-Abteilung II. Das war damals Heinz Lehmann, der von 1963 bis 1980 bei der HV A den zentralen Objektvorgang „Schwarz“ zur CDU/CSU führte. Wagner war demnach mit großer Wahrscheinlichkeit von 1965 bis 1975 im Objektvorgang „Schwarz“ registriert gewesen. Die Karteikarte F 22 gibt als Datum für das Anlegen des IMA-Vorgangs „Löwe“ den 29.12.1975 an. Zu Wagner siehe auch S. 265–267.

⁸⁴⁵ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7601711, SE7603024, SE7823660, SE7920433, SE8021995; HV A/MD/5, SIRA-TDB 14, SE8018016. Im Übrigen schätzte die HV A 34 Informationen von „Löwe“ als durchschnittlich wertvoll (Note 3) ein. Zu 3 Informationen liegt keine Bewertung vor.

⁸⁴⁶ BStU, MfS, HV A/MD/5, SIRA-TDB 14, SE8018016. Die Einträge in diesem Datensatz lassen nicht erkennen, ob Wagner nur mündlich über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses berichtete oder Dokumente übergab.

⁸⁴⁷ Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes vom 20.3.1980, Bundestags-Drucksache 8/3835 (auch als Strauß-Scharnagl-Ausschuss oder Lockheed-Ausschuss bezeichnet). Im Internet unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/038/0803835.pdf>.

veröffentlichte. Heute weiß man, dass das Telefonat vom MfS abgehört und der Inhalt der *Süd-deutschen Zeitung* zugespielt wurde, es sich also um eine „aktive Maßnahme“ gehandelt hatte.⁸⁴⁸

Die HV A führte Leo Wagner zu einer Zeit in dem IMA-Vorgang „Löwe“, als er sich politisch bereits auf dem Rückzug befand. Im Februar 1975 musste er seine Funktion als parlamentarischer Geschäftsführer aufgeben und stellte Selbstanzeige wegen Kreditbetrugs, nachdem er sich hoch verschuldet hatte. Ärzte bescheinigten ihm wenige Wochen später, „partiell geistesgestört“ zu sein.⁸⁴⁹ Mit Ablauf der Legislaturperiode schied er im Dezember 1976 nach 15-jähriger Parlamentszugehörigkeit aus dem Bundestag aus. Dennoch, das zeigen die SIRA-Daten, konnte die HV A von Wagner ab 1976 interessante politische Informationen beschaffen.

Fraglich ist allerdings, ob sich Wagner bewusst auf eine geheimdienstliche Tätigkeit eingelassen hatte. Wie die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft in den neunziger Jahren ergaben, wurde Wagner von dem bundesdeutschen Journalisten Georg Fleissman abgeschöpft. Fleissman arbeitete aus finanziellen Gründen seit 1966 als IM „Dürer“ für die Desinformationsabteilung der HV A (HV A X/3).⁸⁵⁰ Der IMA-Vorgang „Löwe“ wurde ebenfalls von der HVA-Abteilung X/3 geführt und nicht von den für Politik und Parteien zuständigen Abteilungen I oder II der HV A. Der Führungsoffizier Fleissmans, Horst Kopp, führte auch den Vorgang „Löwe“. 1982 übergab Kopp beide Vorgänge gleichzeitig an den neuen Führungsoffizier Peter Ludwig, ebenfalls von der HVA-Abteilung X/3.⁸⁵¹ Dies weist deutlich auf eine Verbindung beider Vorgänge hin und stützt die Ermittlungsergebnisse der Bundesanwaltschaft.

Von Fleissman erfuhr die HV A frühzeitig von Wagners finanziellen Schwierigkeiten. Als die HV A im April 1972 im Vorfeld des Misstrauensvotums gegen Willy Brandt nach bestechlichen Abgeordneten Ausschau hielt, wusste sie um Wagners Geldprobleme. Folgt man den plausiblen Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft, die unter anderem auf Aussagen beteiligter MfS-Offiziere basieren, so bot Fleissman im Auftrag der HV A Wagner eine größere Geldsumme an, wenn er dem von Rainer Barzel eingebrachten konstruktiven Misstrauensvotum seine Stimme verweigere.⁸⁵² 1980 verurteilte das Bonner Landgericht Wagner aufgrund seiner Selbstanzeige wegen Kreditbetrugs zu einer Bewährungsstrafe. Im Rahmen der damaligen Ermittlungen stellte sich heraus, dass Wagner 1972 50 000 DM aus unbekannter Quelle erhalten hatte. Das war die gleiche Summe, die die HV A 1972 als Bestechungsgeld an den CDU-Abgeordneten Julius Steiner gezahlt hatte.⁸⁵³

⁸⁴⁸ Ausführlicher hierzu S. 290 f.

⁸⁴⁹ Frankfurter Rundschau v. 11.3.1975: Ärzteteam hält Leo Wagner für partiell geistesgestört. Siehe auch die entsprechenden Berichte in: Der Spiegel 29(1975)9 v. 24.2.1975, S. 22–24; 29(1975)10 v. 3.3.1975, S. 29–32; 34(1980)43 v. 20.10.1980, S.71–76; 34(1980)51 v. 15.12.1980, S. 82 f.

⁸⁵⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3109/66. Der Vorgang trug den Decknamen „Tanne“, bis 1980 auch „Dürer“. Vgl. BStU, MfS, HV A/MD/5, SIRA-TDB 14, SE8102047. Die SIRA-Teildatenbank 12 verzeichnet unter Fleissmans Reg.-Nr. XV/3109/66 insgesamt 43 Informationseingänge, darin zwischen Juni 1973 und September 1983 einen kontinuierlichen Informationsfluss mit Berichten aus der CSU-Spitze und einigen Dokumenten aus den Unionsparteien. Vgl. auch Bayerisches Oberstes Landesgericht, Urteil v. 17.1.1995 – Az. 3 St 6/94.

⁸⁵¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/3109/66 u. XV/6985/75. Offenbar hegte die HV A gegenüber den auf Wagner zurückzuführenden Informationen ein gewisses Misstrauen. In der HVA-internen Zuverlässigkeitsskala, die von „A“ = „zuverlässig“ über „B“ = „vertrauenswürdig“, „C“ = „nicht überprüft“, „D“ = „fragwürdig“ bis zu „E“ = „Doppelagent“ reichte, wurde Wagner wechselweise als „A“ und „B“ eingestuft und im September 1980 endgültig von „A“ auf „B“ herabgestuft. Das ist auffällig, da die meisten der wichtigeren West-IM als „zuverlässig“ eingestuft waren. Dies kann ein Indiz dafür sein, dass Wagner nicht direkt an die HV A angebunden war, sondern tatsächlich nur von Fleissman abgeschöpft wurde. Die HVA-interne Zuverlässigkeitsskala ist enthalten in: Dienstanweisung HV A 1/88 (wie in Anm. 313), Bl. 12. Der Zuverlässigkeitsgrad wurde von der HV A in der Regel bei jeder SIRA-Eingangsinformation vermerkt.

⁸⁵² Der Spiegel 54(2000)48 v. 27.11.2000, S. 17: Stasi: CSU-Spion enttarnt.

⁸⁵³ Ebenda.

Fasst man die vorliegenden Erkenntnisse zusammen, so hat Wagner sehr wahrscheinlich im April 1972 als bestechlicher Abgeordneter die entscheidende Abstimmung zum Misstrauensvotum maßgeblich beeinflusst und von 1976 bis 1983 politische Informationen preisgegeben, die an die HV A gelangten. Wagner ist somit im Sinne des MfS tätig geworden. Aber es gibt keine hinreichenden Belege, dass er bewusst für den DDR-Geheimdienst arbeitete. Für die Vorgänge 1972 fehlen MfS-Unterlagen. Für die Jahre 1976 bis 1983 gibt es hinreichend Belege, um Wagner die Weitergabe politisch interessanter Informationen zu bescheinigen. Die Registrierungsdaten lassen jedoch die Möglichkeit zu, dass Wagner seine Indiskretionen „nur“ gegenüber dem Journalisten Fleissman beging. Der Fall Wagner verweist auf einen Sachverhalt, der bislang kaum beachtet wurde: Die HV A konnte sich auch solcher Personen bedienen, die sie überhaupt nicht als IM führte – so wie Wagner 1972.

2.6.8.3. Zwischenbetrachtung

Im vorstehenden Abschnitt fällt noch mehr als in anderen Abschnitten das Übergewicht der SPD-Abgeordneten auf. Die ausdifferenzierte Strategie des MfS gegenüber der SPD, wie sie die MfS-Offiziere Kurt Gailat und Peter Kühn in ihrer Promotion 1969 beschrieben hatten, scheint schon in den fünfziger und sechziger Jahren praktisch umgesetzt worden zu sein.⁸⁵⁴ Das MfS, und insbesondere die HV A, folgten hierbei der Sichtweise und der Strategie der SED-Führung. Denn auch Walter Ulbricht strebte danach, die SPD-Linke zu stärken und die Positionen der Parteiführung um Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner zu schwächen.⁸⁵⁵ Die MfS-Akten geben darüber punktuell Auskunft. Recherchen in den SED-Akten sowie in westlichen Aktenüberlieferungen – etwa in Nachlässen der betreffenden Abgeordneten oder im SPD-Parteiarchiv (Archiv der sozialen Demokratie) – könnten zur weiteren Aufklärung beitragen. Dort könnte geprüft werden, welche Abgeordneten regelmäßige und nicht geheime Kontakte mit SED-Vertretern unterhielten, die womöglich an gemeinsamen Erfahrungen in der Arbeiterbewegung oder im Widerstand gegen den Nationalsozialismus anknüpften, sodass man eventuell von Abschöpf-Kontakten auf der Grundlage partieller politischer Übereinstimmung ausgehen kann. In diesem Sinne wären die Biografien der Abgeordneten, von denen einige wie Erwin Welke oder der im folgenden Abschnitt genannte Otto Graf in der NS-Zeit inhaftiert waren, zu berücksichtigen, ebenso ihre politischen Standpunkte in den fünfziger und sechziger Jahren. So gehörten Fritz Wilhelm Hörauf und Heinrich Junker im Juni 1965 zu einer Minderheit von zwölf SPD-Abgeordneten, die im Bundestag gegen die Notstandsgesetze stimmten und sich somit offen gegen die Parteimehrheit stellten.⁸⁵⁶

Der HV A scheint es in den fünfziger und sechziger Jahren gerade unter diesen Abgeordneten leichtgefallen zu sein, Verbindungen aufzubauen und beständig Informationen zu erhalten. Dieser Sachverhalt soll nicht bagatellisiert werden. Doch aufgrund der dürftigen Aktenlage kann nicht eindeutig festgestellt werden, welche der genannten Abgeordneten die Grenze zur bewussten geheimdienstlichen Zusammenarbeit überschritten hatten.

Um dieses Phänomen zu deuten, sei hier nochmals an die Thesen zum Charakter der Arbeiterbewegung des Sozialwissenschaftlers Theo Pirker erinnert. Traditionell, so Pirker, seien menschliche Verbindungen in der Arbeiterbewegung wichtiger gewesen als die Differenzen zwischen den Parteien oder Apparaten. Erst mit einem Generationenwechsel im Laufe der ersten

⁸⁵⁴ Siehe Anm. 25.

⁸⁵⁵ Staadt: Die geheime Westpolitik, 1993, S. 43–47. Es ist bezeichnend, dass Markus Wolf in seinen Memoiren die Strategie, die SPD mithilfe linker Sozialdemokraten spalten zu wollen, ausschließlich der HV A zuschreibt und seine Rolle damit überhöht. Recht nebulös schreibt er in diesem Zusammenhang auch davon, „die Zahl der mit uns auf verschiedene Weise verbündeten SPD-Bundestagsabgeordneten und leitenden Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre erreichte bald Fraktionsstärke“; Wolf: Spionagechef, 1997, S. 208.

⁸⁵⁶ Pilwousek, Ingelore (Hg.): Otto und Wolfgang Graf. Leben in bewegter Zeit 1900–2000. München 2003, S. 54 u. 61. Zu Welke siehe den biografischen Eintrag in der Internet-Enzyklopädie Wikipedia. Zu Hörauf und Junker siehe Appelius: Als Pazifistin in Bonn, 1990, S. 134, Fn. 35.

beiden Nachkriegsjahrzehnte sei dieses Bewusstsein verschwunden.⁸⁵⁷ Das MfS konnte in den frühen Jahren bei den Bundestagsabgeordneten im einen oder anderen Fall auf diese Verbindungen zurückgreifen.

2.6.9. Abgeordnete als inoffizielle Mitarbeiter

Auf der Grundlage der „Rosenholz“-Unterlagen sowie zusätzlicher Dokumente – MfS-Archivalien, Erkenntnisse aus Spionageprozessen, Selbstzeugnisse und andere – können neun Bundestagsabgeordnete als bewusst für das MfS oder seine Vorläufer tätige inoffizielle Mitarbeiter bezeichnet werden. Diese Fälle sind, mit Ausnahme des Abgeordneten Otto Graf, in der Literatur schon mehrfach beschrieben worden, ebenso der Fall des sudetendeutschen SPD-Abgeordneten Alfred Frenzel, der von 1956 bis zu seiner Enttarnung 1960 für den tschechoslowakischen Geheimdienst spionierte und relevante Informationen aus dem Verteidigungsausschuss lieferte.⁸⁵⁸ In fast allen diesen Fällen liegen neben den MfS-Unterlagen weitere Erkenntnisse bis hin zu Selbstzeugnissen vor. Die MfS-Unterlagen allein würden für eine eindeutige Zuordnung zumeist nicht ausreichen. Da die meisten Vorgänge bekannt sind, werden sie nachfolgend nicht im Detail nachgezeichnet. Im Mittelpunkt soll vielmehr die MfS-Überlieferung stehen.

Bei dem frühesten IM-Fall im Bundestag handelte es sich um den SPD-Abgeordneten Otto Graf. Er arbeitete spätestens seit 1950 für den KPD/SED-Nachrichtendienst („Parteiaufklärung“).⁸⁵⁹ Im August 1952 wies Walter Ulbricht an, die Arbeit mit den Quellen der „Parteiaufklärung“ zu beenden.⁸⁶⁰ Doch einige übernahm das IWF bzw. die HV A. Unter ihnen befand sich auch Otto Graf.

In dem Untersuchungsbericht über die Überprüfung der Parteiaufklärung⁸⁶¹ wurden die einzelnen Quellen kritisch beleuchtet. Über Otto Graf, den die Parteiaufklärung als „Herzog“ führte, hieß es unter anderem:

„c) Herzog hatte den Auftrag, die ihm zugänglichen Informationen zu liefern, wobei im Februar 1952 festgelegt wurde, dass er sich auf die Beleuchtung der SPD-Führung und der Bonner Regierung auf außenpolitischem Gebiet konzentrieren sollte.

d) Auffallend bei der Tätigkeit Herzogs ist der Charakter des von ihm gelieferten Materials. Es entsprach in keiner Weise seinen Möglichkeiten, obwohl ihm angeblich der Charakter und die Notwendigkeit seiner Tätigkeit, zumindest in der letzten Zeit, absolut klar war. So lieferte er an dokumentarischem Material im Wesentlichen einzelne Berichte der Ausschüsse, an denen er teilnahm, wobei als besonderes Glanzstück in letzter Zeit ein Bericht der französischen

⁸⁵⁷ Siehe Anm. 39.

⁸⁵⁸ Der Publizist und Geheimdienstexperte Friedrich-Wilhelm Schломann benennt die Abgeordneten William Borm, Alfred Frenzel, Dirk Schneider, Julius Steiner und Karlfranz Schmidt-Wittmack als West-IM. Vgl. Schломann: *Die Maulwürfe*, 1994, S. 113–115. Bei Knabe, Hubertus: *Die unterwanderte Republik*, 1999, S. 16 u. 47–52, finden sich zusätzlich die Namen von Josef Braun, Gerhard Flämig und Karl Wienand. Martin Schumacher verweist in der von ihm herausgegebenen Dokumentation: *M.d.B.*, 2000, S. 73* u. 77, zudem auf die MfS-Anbindung von Anton Donhauser. Der letzte HVA-Chef Werner Großmann erwähnt in seinen Erinnerungen „Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs“, Berlin 2001, S. 38, er sei 1955 in Genf mit einem Bundestagsabgeordneten zusammengetroffen, der zugleich als IM für das MfS tätig gewesen sei, ohne einen Namen anzudeuten. Zu Frenzel siehe S. 315 f.

⁸⁵⁹ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 182–184 u. 190–192. Zur Parteiaufklärung siehe auch S. 175.

⁸⁶⁰ Müller-Enbergs: *IM in der Bundesrepublik*, 1998, S. 22–24; Müller-Enbergs bezieht sich hier auf den Bericht „Die Arbeit mit der ehemaligen Parteiaufklärung der SED von Oktober 1951 bis August 1952“ vom 26.9.1952. In: BStU, MfS, HA II/6, 1158, Teil 2, Bl. 529–553, Ulbrichts Anweisung Bl. 551. Siehe auch Müller-Enbergs: *Hauptverwaltung A*, 2011, S. 23–25.

⁸⁶¹ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 48–212.

Delegation an ihre Regierung über die Pariser Konferenz zur Schaffung einer Europa-Armee angesehen wurde.

Abgesehen von der ungeklärten Herkunft des Materials, war es bei Weitergabe an uns schon Monate alt. Herzog lieferte nichts über den Inhalt des Generalvertrages und der diesbezüglichen internen Besprechungen, außer den Aussprachen im Ausschuss, obwohl die Wehrdebatte im Bundestag eindeutig ergab, dass die SPD-Führung das Dokument in den Händen hatte und Herzog aufgrund seiner Beziehungen darüber wissen musste.⁸⁶²

Über die Verbindung zwischen Graf und dem Nachrichtendienst der KPD/SED heißt es in dem Bericht, Graf habe von sich aus den Kontakt zu KPD-Funktionären gesucht. Wann die Verbindung einsetzte, geht aus den Unterlagen nicht genau hervor. Spätestens seit 1950 kooperierte Graf mit der Parteiaufklärung. Als Verbindungsperson fungierte zunächst der damalige rheinland-pfälzische KPD-Landtagsabgeordnete Leo Schieder⁸⁶³ (Decknamen: „Kneip“ [!] und „Ck 8“). Seine Aufgabe als Resident übernahm ungefähr seit dem Jahreswechsel 1950/51 der erst 27-jährige bayerische KPD-Funktionär Rudolf Wörsching (Deckname: „Georg“). Wörsching, so heißt es in dem Untersuchungsbericht, habe regelmäßig sonntags Otto Graf besucht. Dort habe er Unterlagen erhalten, die er offenkundig auswertete oder fotografierte und jeweils noch am gleichen Tag wieder zu Graf zurückbrachte.⁸⁶⁴

Graf hatte sich noch auf Vermittlung Schieders an einem nicht genannten Ort einmal mit Bruno Haid getroffen.⁸⁶⁵ Haid leitete zu dieser Zeit den geheimen Abwehrrapparat der SED, den er zu einem auf die Westzonen bzw. die Bundesrepublik ausgerichteten Spionagedienst entwickelte. Im Spätsommer 1951 gehörte Haid zu den Mitbegründern des HVA-Vorläufers IWF.⁸⁶⁶

Abgesehen von der Begegnung mit Haid war Graf nur über die Residenten Schieder und Wörsching an die Parteiaufklärung angebunden. Die Ostberliner Zentrale tat sich daher schwer, Graf's Verlässlichkeit einzuschätzen. Im Februar 1952 sollte Resident Wörsching Graf dazu auffordern, zu einer Aussprache nach Ostberlin zu reisen. Doch Graf trat diesen Weg nicht an. Für die Zentrale blieb unklar, ob Graf die Reise nicht antreten wollte, oder ob sein Resident ihm die Aufforderung womöglich überhaupt nicht übermittelt hatte.⁸⁶⁷ Auch in anderen Fragen brachte der Untersuchungsbericht über die Überprüfung der Parteiaufklärung Unsicherheiten zum Ausdruck. Man wusste nicht sicher Bescheid über Graf's Loyalität gegenüber der SPD-Führung, über seine Beziehungen zu Trotzlisten und Titoisten und hielt es zudem für wahrscheinlich, dass den amerikanischen Dienststellen Herzogs Informantentätigkeit zugunsten der KPD bekannt sei. Abschließend hieß es deshalb: „Es spricht alles dafür, dass Herzog nicht ehrlich und vorbehaltlos mit uns zusammenarbeitet, wie dies von Georg in seiner überschwänglichen Art dargestellt wurde.“⁸⁶⁸

Die Skepsis des neuen DDR-Geheimdienstes gegenüber Otto Graf scheint sich dennoch in Grenzen gehalten zu haben. Denn die HV A bzw. das IWF registrierten ihn im Mai 1952 in ihrer Kartei und führten ihn unter dem bisherigen Decknamen „Herzog“ weiter als ihren Mitarbeiter.

⁸⁶² Ebenda, Bl. 190 f. Die später üblichen Anführungszeichen, mit denen die Decknamen als solche kenntlich gemacht wurden, fehlen in diesem Untersuchungsbericht noch.

⁸⁶³ Biografische Daten zu Schieder in: Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956. Mainz 2001, S. 487 f. Hinweise auf Schieders Einbindung in die Parteiaufklärung oder auf dessen Kontakte zu Graf finden sich bei Becker nicht.

⁸⁶⁴ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 181 f., 190, 192 u. 195–197. Wörsching wurde 1952 nach Auflösung der Parteiaufklärung in die DDR nach Halle (Saale) übersiedelt. Siehe hierzu BStU, MfS, HA II/6, 1158, Teil 1, Bl. 17, 188, 215 f. u. 252–256.

⁸⁶⁵ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 190.

⁸⁶⁶ Kubina, Michael: Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat von KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren. In: Wettig, Gerhard (Hg.): Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer (= Rhöndorfer Gespräche, Bd. 16). Bonn 1997, S. 37–47, zum „Haid-Apparat“ 44–47. Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 24.

⁸⁶⁷ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 191.

⁸⁶⁸ Ebenda, Bl. 192.

Als der Vorgang „Herzog“ im Dezember 1961 archiviert wurde, bestand er aus zwei Bänden Personal- und fünf Bänden Arbeitsakte.⁸⁶⁹

Graf gehörte dem Bundestag nur in seiner ersten Legislaturperiode an. Er war stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss (damals als „Ausschuss für Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten“ bezeichnet) sowie ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kulturpolitik und kurzzeitig auch im Ausschuss für Bücherei. Neben Graf registrierte die HV A zu einem späteren Zeitpunkt die SPD-Politiker Gustav Herbig und Fritz Baade im selben Aktenvorgang.⁸⁷⁰ Herbig legte sein Bundestagsmandat nach nur zwei Jahren am 1. Dezember 1951 nieder und verbrachte seine letzten Berufsjahre bis 1954 als deutscher Gesandter in Uruguay.⁸⁷¹ Fritz Baade war von 1949 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1948 bis 1961 Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Die Karteikarten geben keine Antwort darauf, welche Verbindungen es zwischen den drei Politikern gab und welche Informationen im Vorgang „Herzog“ zusammengetragen wurden.⁸⁷² Der oben zitierte Untersuchungsbericht sowie die „Rosenholz“-Einträge lassen die Schlussfolgerung zu, dass Graf bewusst mit dem Spionageapparat der DDR kooperierte. Offen bleibt nur, wie intensiv die Zusammenarbeit war. Der zitierte Untersuchungsbericht zeichnet das Bild einer beständigen, aber wenig ergiebigen und kaum zu steuernden Kooperation. Bedenkenswert ist Grafs politischer Werdegang: 1913 zunächst in die SPD eingetreten, zog er 1920 als erster KPD-Abgeordneter in den bayerischen Landtag ein, wurde 1922 aus der KPD ausgeschlossen und kehrte 1923 in die SPD zurück. Dort engagierte er sich in innerparteilichen Auseinandersetzungen auf dem linken Parteiflügel. Als entschiedener Gegner des Nationalsozialismus verfolgten ihn seit 1933 die NS-Machthaber. Er erlitt Haft, berufliche Ausgrenzung und wirtschaftliche Not. Nach 1945 pflegte er seine früheren Kontakte weiter, auch zu solchen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die sich nun Anfang der fünfziger Jahre in den kommunistisch gesteuerten Bewegungen wie der „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ oder dem Weltfriedensrat politisch betätigten. Insofern orientierte er sich nicht streng an den Parteigrenzen.⁸⁷³ Er erscheint daher als ein Beispiel dafür, wie es SED und HV A gelang, bei einem SPD-Politiker an das gemeinsame Erbe der Arbeiterbewegung anzuknüpfen.

Der Hamburger CDU-Abgeordnete Karlfranz Schmidt-Wittmack zog im Herbst 1953 in den Bundestag ein, ging aber schon im August 1954 mit seiner Familie in die DDR.⁸⁷⁴ Seine geheimdienstliche Anbindung reichte bis 1948 zurück. Damals begann er, für die Parteaufklärung der KPD/SED zu arbeiten, um danach wie Otto Graf von der HV A bzw. deren Vorläufer übernommen zu werden.

Der Untersuchungsbericht über die Überprüfung der Parteaufklärung vom 18. September 1952 attestierte ihm eine aussichtsreiche Entwicklung, schätzte ihn aktuell aber als wertlosen Informanten ein. Schmidt-Wittmack sei es zwar gelungen, sich innerhalb kürzester Zeit von der Hamburger „Jungen Union“ bis auf die Bundesebene der CDU hochzuarbeiten. Der Bericht nennt 65 Politiker, überwiegend aus der CDU, zu denen Schmidt-Wittmack Verbindungen unterhalte.

⁸⁶⁹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18251/60. Der Vorgang ist als IMA-Vorgang verzeichnet.

⁸⁷⁰ Ebenda.

⁸⁷¹ Auf der zu Herbig angelegten Karteikarte F 16 trug die HV A zu dessen Tätigkeit sowohl MdB als auch Gesandter in Uruguay ein.

⁸⁷² Auch die biografische Skizze über Otto Graf hilft hier nicht weiter. Verbindungen Grafs zu Baade und Herbig werden darin nicht angesprochen. Siehe Pilwousek: Otto und Wolfgang Graf, 2003, S. 54 u. 61. Möglicherweise gibt der Nachlass Grafs weiteren Aufschluss, der sich laut Schumacher (Hg.): M.d.B., 2000, S. 132, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung im „Archiv der sozialen Demokratie“ in Bonn befindet.

⁸⁷³ Pilwousek: Otto und Wolfgang Graf, 2003, S. 20, 25, 36–39 u. 102 f.

⁸⁷⁴ Ausführlich zu Schmidt-Wittmack die biografische Studie von Grau, Andreas: Vom Aufsteiger zum Überläufer. Der Fall des CDU-Abgeordneten und DDR-Spions Karlfranz Schmidt-Wittmack. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 14(2007), S. 213–230. Grau führt darin MfS-Akten mit Unterlagen aus dem CDU-Parteiarchiv („Archiv für Christlich-Demokratische Politik“, ACDP) zusammen und schildert somit detailreich den Werdegang Schmidt-Wittmacks.

Darunter befanden sich 18 Bundestagsabgeordnete und zwar Else Brökelschen, Walter Brookmann, Gerd Bucerus, Hermann Ehlers, Hermann Etzel, Heinrich Gerns, Heinrich Hellwege, Friedrich Holzapfel, Richard Jaeger, Jakob Kaiser, Ernst Majonica, Willy Massoth, Hugo Scharnberg, Gerhard Schröder, Robert Stauch, Viktoria Steinbiß, Robert Tillmanns und Franz-Josef Wurmeling. Die Parteiaufklärung scheint von Schmidt-Wittmacks Kontakten nur wenig profitiert zu haben. Er sei sehr vorsichtig und gebe nur mündliche Berichte, hieß es in dem Untersuchungsbericht, und weiter: „Die Berichte sind allgemein gehalten und teilweise ist das Material schon in der Presse erschienen.“⁸⁷⁵ Der Untersuchungsbericht formulierte deshalb den Verdacht, Schmidt-Wittmack handle im Auftrag eines westlichen Geheimdienstes.⁸⁷⁶

Doch wie bei Graf führte die HV A auch bei Schmidt-Wittmack den Vorgang weiter. In den „Rosenholz“-Unterlagen ist Schmidt-Wittmack seit März 1952 erfasst. Die HV A legte damals zu ihm einen Aktenvorgang an, den sie als IMA-Vorgang mit dem Decknamen „Weilich“ im August 1968 archivierte. Die Parteiaufklärung hatte Schmidt-Wittmack unter dem Decknamen „Timm“ geführt. Der Vorgang „Weilich“ umfasste am Ende 13 Aktenbände. Wie viele davon vor seinem Übertritt in die DDR angelegt wurden, ist nicht zu erkennen.⁸⁷⁷

Anders als der zitierte Untersuchungsbericht erinnert sich Markus Wolf in seinen Memoiren an Schmidt-Wittmack als eine wertvolle Quelle: „Schmidt-Wittmacks Informationen über geheime Ausschusssitzungen waren von unschätzbarem Wert, besonders über die Haltung der Bundesrepublik zu einem amerikanisch dominierten Militärbündnis.“⁸⁷⁸ Wolf zufolge hatte der damalige Stasi-Chef Ernst Wollweber darauf bestanden, Schmidt-Wittmack in die DDR zu holen, um ihn propagandistisch gegen die Politik der Bundesregierung auftreten zu lassen. Vergeblich habe er, Wolf, sich gegen diesen Plan gestraubt, weil er seine „Spitzenquelle“ nicht verlieren wollte.⁸⁷⁹

Für diese konträren Einschätzungen über Schmidt-Wittmack gibt es eine plausible Erklärung. Der Untersuchungsbericht über die Überprüfung der Parteiaufklärung entstand ein Jahr vor seinem Einzug in den Bundestag, und der Bericht beurteilte fast alle Quellen der Parteiaufklärung kritisch. Als Schmidt-Wittmack im Herbst 1953 Bundestagsabgeordneter wurde, eröffneten sich ihm neue Möglichkeiten der Informationsbeschaffung, denn er wurde Mitglied in zwei Ausschüssen, für die sich die DDR-Spionage besonders interessierte: Das waren der Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und der Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit. Letzterer beschäftigte sich mit einem künftigen deutschen Verteidigungsbeitrag, also der Einbindung der Bundesrepublik in die geplante „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) oder die NATO.

Sofern Schmidt-Wittmack seine Zugehörigkeit in diesen Ausschüssen nutzte, um die HV A über die dort verhandelten Themen zu informieren, wäre er in der Tat zu der wertvollen Quelle geworden, als die Markus Wolf ihn beschreibt. Doch da darüber keine Unterlagen vorliegen, ist eine abschließende Bewertung von Schmidt-Wittmacks Spionagetätigkeit nicht möglich.

Der Abgeordnete Anton Donhauser zog 1949 für die Bayernpartei in den Bundestag ein. Er verließ die Partei nach genau einem Jahr. Im September 1952 trat er der CSU bei, für die er 1953 erneut in den Bundestag gelangte. 1955 nutzte das MfS seine schwierige finanzielle Situation, um ihn geheimdienstlich anzusprechen. Zum Jahresende 1955 registrierte ihn die HV A unter dem Decknamen „Döllinger“. Im Mai 1959 flüchtete der HVA-Referatsleiter Max Heim in die Bundesrepublik und enttarnte ihn. Im Jahr darauf verurteilte ihn der Bundesgerichtshof zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe, setzte sie aber zur Bewährung aus. Vor Gericht machte Donhauser

⁸⁷⁵ Zusammenfassender Bericht (wie Anm. 542), Bl. 162–168, Zitat Bl. 167.

⁸⁷⁶ Ebenda, Bl. 168.

⁸⁷⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18241/60.

⁸⁷⁸ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 99.

⁸⁷⁹ Ebenda, S. 98–101.

geltend, er habe erst ab Herbst 1957 Informationen geliefert, also zu dem Zeitpunkt, als er aus dem Bundestag ausschied. Ob das tatsächlich zutrifft, lässt sich heute nicht mehr nachprüfen.⁸⁸⁰

Von 1961 bis zu seinem Tod 1966 gehörte Josef Braun der SPD-Fraktion im Bundestag an. Der HV A und ihren Vorläuferorganisationen diente er hingegen schon seit den vierziger Jahren. Ebenso wie Otto Graf und Karlfranz Schmidt-Wittmack arbeitete Braun zunächst für den Partei-Nachrichtendienst, wo er als „Quelle ,501““ geführt wurde. Mit seinen Informationslieferungen war man damals zufrieden.⁸⁸¹ Die HV A registrierte ihn dann im Dezember 1951 in einem eigenständigen Vorgang. Dieser IMA-Vorgang „Charlotte“ wurde erst im November 1983 archiviert. Den Aktenvorgang führte Otto Ledermann, der zunächst in den [Haupt-]Abteilungen I und II der HV A tätig war, ehe er von 1964 bis 1989 die Funktion des 1. Sekretärs der SED-Parteiorganisation der HV A bekleidete.⁸⁸² Es ist bemerkenswert, dass die HV A auf der Karteikarte zu Braun eine doppelte Parteizugehörigkeit eintrug: „SED-SPD“. Braun war 1927 in die KPD eingetreten und, wie Hubertus Knabe schreibt, nach dem Krieg in deren Auftrag SPD-Mitglied geworden.⁸⁸³ Offenkundig handelte es sich um eine Scheinmitgliedschaft, neben der die eigentliche Parteizugehörigkeit – die zur SED – fortbestand. Sofern Braun seine SED-Mitgliedschaft in späteren Jahren nicht verlor, wäre in seiner Person zwischen 1961 und 1966 ein eingeschriebenes SED-Mitglied im Bundestag vertreten gewesen. Die Namenskartei zu Braun vermerkt ferner, dass er Anfang der fünfziger Jahre SPD-Kreisvorsitzender im Ostberliner Bezirk Prenzlauer Berg war.

Braun machte in der Berliner SPD Karriere, war von 1952 bis 1961 deren Landesgeschäftsführer und bis 1961 auch stellvertretender SPD-Landesvorsitzender. Markus Wolf übernahm persönlich die Führung Brauns alias „Freddy“ und traf sich mehrfach mit ihm in Ostberlin. Wolf zufolge verhielt sich Braun anfangs zurückhaltend. Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem Nikita Chruschtschow Stalins Verbrechen verurteilte und eine Entstalinisierung einleitete, sei von Braun begrüßt worden und habe ihn zu einer intensiveren geheimdienstlichen Zusammenarbeit motiviert. Er habe sich dann zu einer „Quelle von unschätzbarem Wert“ entwickelt und die HV A über die Berliner SPD-Führung um Willy Brandt und sodann über die Bundespolitik informiert.⁸⁸⁴ Bezeichnenderweise schweigt sich Markus Wolf über Brauns Rolle bei der Verhaftung des DDR-Philosophen, SED-Reformers und Ulbricht-Kritikers Wolfgang Harich aus.⁸⁸⁵ Ausweislich der „Rosenholz“-Unterlagen umfasste der IMA-Vorgang „Charlotte“ 1960

⁸⁸⁰ Ausführlicher zu Donhauser im Kapitel zu Max Heim in diesem Gutachten, S. 258.

⁸⁸¹ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 49.

⁸⁸² BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/17987/60.

⁸⁸³ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 49.

⁸⁸⁴ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 176–178, 180 u. 240. Für die HV A dürfte auch Brauns Eigenschaft als stellvertretendes Mitglied des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen von 1961–1965 von Interesse gewesen sein.

⁸⁸⁵ Als Harich am 1.11.1956 das Gespräch mit der SPD suchte, war Braun in Westberlin sein erster Ansprechpartner. Am 29.11.1956 wurde Harich verhaftet. Er schreibt darüber: „Nach meiner Verhaftung ist mir gleich beim ersten Stasi-Verhör sofort meine SPD-Beziehung als eine bereits bekannte Tatsache vorgehalten worden“; Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin 1993, S. 74. Der Harich-Biograf Siegfried Prokop vertritt die Auffassung, dass Harich „mit Brauns Mitwirkung, wenn nicht sogar auf seine Initiative, [...] in einen Kontakt mit dem Ostbüro der SPD förmlich hineingeködert wurde, [...] was wesentlich zu der Verhaftung durch die DDR-Sicherheitsorgane im November 1956 und zur Verschärfung der ihm im März 1957 vom Obersten Gericht der DDR zudiktierten Strafe wegen Staatsverbrechens beigetragen habe“. Prokop, Siegfried: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin 1997, S. 151. Siehe hierzu auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 50 f. Der damalige Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber erklärte auf einer Dienstbesprechung der MfS-Abteilungen V/1 u. V/6 (die Abteilung V war unter anderem für die Bekämpfung des SPD-Ostbüros verantwortlich) am 24.1.1957, „die Informationen über die feindliche Tätigkeit von Harich bekamen wir von der Kategorie von Informatoren, die nicht im Lande tätig ist. Dass Harich festgenommen wurde, ist ein Erfolg der Staatssicherheit, aber kein Erfolg der Abteilungen V/1 und V/6.“; BStU, MfS, SdM 1920, Bl. 94. Mit anderen Worten: an der Bekämpfung des innerparteilichen Kritikers Harich hatte die MfS-Auslandsspionage entscheidenden Anteil.

bereits 45 Aktenbände, darunter 43 Berichtsakten. Im Februar 1964 wurden die letzten beiden Berichtsakten, die 46. und die 47., angelegt. Das dokumentiert eine intensive Berichtstätigkeit Brauns von Anfang an.

Den Berliner FDP-Politiker William Borm hatte die HV A 1959 in DDR-Haft angeworben. Borm war 1950 auf der Transitstrecke verhaftet und wegen „Kriegs- und Boykotttätigkeit“ zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Erst 1959 kam er frei. Schon vor seiner Verhaftung hatte er eine führende Funktion bei den Berliner Liberalen innegehabt. 1960 wurde er zum Berliner FDP-Landesvorsitzenden gewählt, von 1963 bis 1967 saß er im Berliner Abgeordnetenhaus und von 1965 bis 1972 vertrat er die FDP als Berliner Abgeordneter im Bundestag. Dem FDP-Bundesvorstand gehörte er von 1960 bis 1982 an, dem Europäischen Parlament von Dezember 1970 bis 1973. 1982 verließ er die FDP, da er deren Koalitionswechsel von der SPD zur Union ablehnte.⁸⁸⁶

Borm wurde 1957 unter dem Decknamen „Rademacher“ bei der MfS-Bezirksverwaltung Cottbus registriert. Im September 1959 übernahm die HVA-Abteilung II den Vorgang „Rademacher“ und machte daraus den IMA-Vorgang „Olaf“. Neben Borm als Hauptperson erfasste die HV A im Laufe der Zeit fünf weitere Personen in dem Vorgang. Die Zusammenarbeit scheint für die HV A von Anfang an ergiebig gewesen zu sein. Als Borm im Herbst 1972 aus dem Bundestag ausschied, füllte der Aktenvorgang bereits sieben Berichtsbinden.⁸⁸⁷ Die SIRA-Datenbank verzeichnet zwischen 1969 und 1986 395 Informationslieferungen Borms. Davon entfallen auf die Zeit bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1972 51 Informationen.⁸⁸⁸ Borm berichtete demnach zwischen 1969 und 1972 ausführlich über die neue Deutschland- und Ostpolitik und die bundesdeutschen Verhandlungspositionen und Gesprächsvorbereitungen, ferner über andere außenpolitische Themen sowie über FDP-interne Positionsbestimmungen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag lieferte er bis 1982 Berichte über Differenzen zwischen und innerhalb der Koalitionsparteien SPD und FDP, über die Sitzungen des FDP-Bundesvorstands und anderer FDP-Gremien und machte umfassende Angaben zu Personen. Die Westberliner FDP erscheint kaum als Berichtsgegenstand. Vier Berichte bewertete die HV A als „besonders wertvoll“ (Note 1): am 12. Februar 1973 einen Bericht Borms „über die künftige DDR-Politik der FDP“, am 22. April 1974 ein Dokument über die Ausrichtung der Ost- und Deutschlandpolitik der FDP, am 13. Juni 1978 Dokumente und Berichte über die FDP nach mehreren Landtagswahl-Niederlagen und dem Rücktritt von Innenminister Werner Maihofer und am 21. Juli 1982 eine „Information zum Weiterbestehen der sozial-liberalen Koalition in Bonn und insbesondere zur Haltung der FDP“.⁸⁸⁹ Daneben schätzte die HV A 117 Informationen als überdurchschnittlich wertvoll (Note 2) ein, was einen bemerkenswert hohen Anteil darstellt. In 84 Fällen bestanden die gelieferten Informationen aus übergebenen Dokumenten, von denen die HV A über ein Drittel

⁸⁸⁶ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 67–70.

⁸⁸⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4604/60. Als die BVfS Cottbus den Vorgang „Rademacher“ anlegte, verbüßte Borm seine Haftstrafe in Gefängnissen im Bezirk Cottbus (Strafvollzugsanstalten Luckau und Cottbus); die Untersuchungs- und Haftakten Borms sind vorhanden in: BStU, MfS, AU 233/52. Der Vorgang „Rademacher“ ist auf der Rosenholz-Karteikarte F 22 von Borm vermerkt; die Akte selbst ging 1959 an die HV A und existiert nicht mehr. Siehe auch BStU, MfS, AP 21848/80, Bd. 1, darin Schriftwechsel und andere Dokumente westlicher Stellen (unter anderem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen) von 1953 bis 1957, in denen sie sich um Rechtsschutz für Borm bemühen. Die Rosenholz-Karteikarte F 22 weist seit 1972 keine neu angelegten Berichtsbinden mehr nach, obwohl im Vorgang „Olaf“ ausweislich der SIRA-Datenbank von Ende 1972 bis 1986 noch 344 Informationseingänge registriert wurden. Borm starb im September 1987. Der Vorgang „Olaf“ wurde bis 1989 nicht archiviert. Zu Borm siehe auch S. 311 f.

⁸⁸⁸ BStU, MfS, HV A/MD/3-5, SIRA-TDB 12–14, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4604/60. 393 Informationseingänge sind in der SIRA-Teildatenbank 12 nachgewiesen, je eine in den Teildatenbanken 13 und 14. Da die SIRA-Datenbank für 1972 nur lückenhaft überliefert ist, dürfte der Informationseingang höher gewesen sein. Für 1972 ist in der SIRA-Datenbank nur eine einzige Informationslieferung von Borm verzeichnet.

⁸⁸⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7300153, SE7401815, SE7804645, SE8206090.

als überdurchschnittlich wertvoll bewertete. Für die Zeit von Borms Bundestagszugehörigkeit verzeichnete die HV A nur vier Dokumentenübergaben. Darunter befanden sich 1971 „Dokumente d[es] Ausw[ärtigen] Amtes f[ür] Gerhard Schröder für die Vorbereitung einer Reise nach den USA u[nd] Gespräche m[it] amerik[anischen] Politikern“. ⁸⁹⁰ Der CDU-Politiker und frühere Bundesminister Gerhard Schröder war damals Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Borm gehörte dem Ausschuss als ordentliches Mitglied an. Gerade solche Dokumentenübergaben lassen kaum einen anderen Schluss zu, als dass Borm bewusst mit der HV A zusammenarbeitete. Außerhalb der MfS-Unterlagen belegen auch die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden aus den neunziger Jahren die Tätigkeit Borms für die HV A. ⁸⁹¹

Gerhard Flämig rückte 1963 in den Bundestag nach. Bei den folgenden vier Bundestagswahlen eroberte er im Wahlkreis Hanau jeweils das Direktmandat für die SPD und schied 1980 aus dem Bundestag aus. Seine parlamentarische Karriere ergänzte er von 1970 bis 1979 zusätzlich mit einem Sitz im Europäischen Parlament, das damals noch nicht direkt gewählt wurde. Außerdem gehörte er dem „Deutschen Atomforum“ an. Die HV A führte ihn seit 1966 bis zum Ende der DDR unter dem Decknamen „Walter“ als inoffiziellen Mitarbeiter. In seinem Fall sind die Daten in „Rosenholz“ und SIRA so dicht, dass kaum ein Zweifel an seiner bewussten Zusammenarbeit mit dem MfS bestehen kann. Die Bundesanwaltschaft erhob gegen Flämig im April 1994 Anklage wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit. In diesem Zusammenhang ermittelte sie viele Einzelheiten. Unter anderem stellte sie mehrere Begegnungen Flämigs mit Markus Wolf fest. ⁸⁹² Die SIRA-Daten waren damals noch nicht bekannt. Sie bestätigen nachträglich einige Erkenntnisse der Anklage. Im Februar 1999 beschloss das Oberlandesgericht Frankfurt/M., das Strafverfahren wegen Flämigs Verhandlungsunfähigkeit einzustellen. Die Richter brachten in diesem Beschluss jedoch zum Ausdruck, dass sie die Beweisführung der Bundesanwaltschaft für überzeugend hielten: „Aufgrund der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung steht fest, dass der Angeklagte dem MfS vorsätzlich Tatsachen und Erkenntnisse mitgeteilt und sich damit der geheimdienstlichen Agententätigkeit gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 1 StGB strafbar gemacht hat. [...] Das Verfahren gegen den Angeklagten war somit für einen Schuldspruch als solchen reif.“ ⁸⁹³

Die HV A erfasste Flämig erstmals im Oktober 1964 im IMA-Vorgang einer anderen Person. ⁸⁹⁴ Im April 1966 legte die HV A zu Flämig einen eigenständigen IMA-Vorgang mit dem Decknamen „Walter“ an. Der Vorgang wuchs bis Ende der achtziger Jahre auf 29 Berichtsbände an. Überliefert ist auch der Statistikbogen, wonach Flämig seit 1967 als „O-Quelle“ (Objektquelle) galt. Die SIRA-Datenbank verzeichnet für die Jahre 1969 bis 1989 insgesamt 957 Informationseingänge der Quelle „Walter“. ⁸⁹⁵ Flämig belegt damit schon quantitativ einen Spitzenplatz. In der Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“ heißt es in einem biografischen Eintrag zu Gerhard Flämig, er sei nicht

⁸⁹⁰ Ebenda, SE7101564.

⁸⁹¹ Siehe auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 67–70, der die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden zu Borm einbezieht.

⁸⁹² GBA, Anklage v. 19.4.1994 – Az. 3 StE 7/94-1.

⁸⁹³ Oberlandesgericht Frankfurt am Main, Beschluss v. 25.2.1999, Az. 5-3 StE 7/94-1(2) -8/94, S. 3 u. 8.

⁸⁹⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4023/63.

⁸⁹⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/2, 3, 5, 6, SIRA-TDB 11, 12, 14 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/750/66. In der Teildatenbank 11 (Themenschwerpunkt Wirtschaftsspionage) sind 66 Informationseingänge Flämigs registriert, in der Teildatenbank 12 (Politische Spionage) sind es 876, in der Teildatenbank 14 (Geheimdienste und Gegenspionage) 15. Immerhin 634 der 957 Informationseingänge registrierte die HV A während Flämigs Bundestagszugehörigkeit. Ausweislich der Karteikarten F 16 wurden im Vorgang XV/750/66 nach Flämig noch weitere 8 Personen erfasst. Eine von ihnen war offenkundig nur eine fiktive Identität: Die Karteikarte F 16 von Hermann Paul Musculus trägt einen „Dokument“-Stempel, und für die genannte Person waren die gleichen Geburtsdaten und der gleiche Geburtsort wie bei Flämig eingetragen, was – wie im Falle des Abgeordneten Killat – darauf hindeutet, dass die HV A für den Abgeordneten ein DDR-Personaldokument angefertigt hatte. Im Zentralen Einwohnerregister der DDR kommt Musculus nicht vor. Zum Begriff O-Quelle siehe auch S. 222 sowie Anm. 793 u. 794.

IM gewesen, „sondern einer der zahlreichen politischen Kontaktpersonen des ZK der SED“.⁸⁹⁶ Gegen diese Behauptung sprechen neben den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden jedoch die Menge der von Flämig übergebenen Informationen, ihr Inhalt und ihre Art. Von den 957 verzeichneten Informationseingängen waren 482 dokumentarischer Art: Es handelte sich um ausgehändigte Schriftstücke. Darunter befand sich beispielsweise ein Brief des CSU-Abgeordneten und Mitglieds des Auswärtigen Ausschusses, Karl Theodor zu Guttenberg, an den Ausschussvorsitzenden Gerhard Schröder vom 24. März 1970. Guttenberg äußerte sich darin zu den beginnenden Verhandlungen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion.⁸⁹⁷ Ferner befanden sich darunter zwischen 1976 und 1979 mehrere Sitzungsprotokolle des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie, dem Flämig angehörte.⁸⁹⁸ Als „besonders wertvoll“ (Note 1) schätzte die HV A im Dezember 1977 „Materialien des Innenausschusses des Deutschen Bundestages von September 1977 zu Fragen der Entsorgung von Kernkraftwerken“ und im Mai 1978 „Material des Bundesministers des Innern vom 14.4.78 über Schutzmaßnahmen im Bereich kerntechnischer Sicherheit und Strahlenschutz gegen Terroranschläge“ ein.⁸⁹⁹ Flämig lieferte nicht nur Dokumente aus dem Bundestag, sondern in noch größerem Umfang aus dem Bereich der Atomindustrie und aus dem Europaparlament. Außerdem berichtete er über Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion sowie deren Arbeitskreis I und SPD-Interna.⁹⁰⁰

Nur drei Jahre, von 1969 bis 1972, gehörte der baden-württembergische CDU-Politiker Julius Steiner dem Bundestag an. Man kann ihn als den bekanntesten und einflussreichsten Hinterbänkler bezeichnen, der bislang im Bundestag saß. Seit der Jahresmitte 1973 und seit Steiners damaliger Selbstbeichtigung geht man allgemein davon aus, dass er sich im April 1972 für 50 000 DM vom MfS kaufen ließ, um das konstruktive Misstrauensvotum zu Fall zu bringen, mit dem der damalige CDU/CSU-Oppositionsführer Rainer Barzel Bundeskanzler Willy Brandt stürzen wollte.⁹⁰¹

Die MfS-Unterlagen zu Julius Steiner geben keine Hinweise auf seine damalige Rolle. Die HV A erfasste Steiner erstmals um 1960 in dem IMA-Vorgang „Theodor“.⁹⁰² Hauptperson dieses Vorgangs war Gottfried Griesmayr, ein früherer Ideologe der NS-Reichsjugendführung.⁹⁰³ Au-

⁸⁹⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Fl%C3%A4mig (Stand: 27.12.2011).

⁸⁹⁷ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7003299 (Note 3). Flämig gehörte dem Auswärtigen Ausschuss von 1969 bis 1972 (mit einer kurzen Unterbrechung im Frühjahr 1972) als stellvertretendes Mitglied an. In dieser Eigenschaft nahm er an 26 der 66 Ausschusssitzungen teil. Siehe hierzu Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1969–1972. Eingeleitet von Wolfgang Hölscher, bearbeitet von Joachim Wintzer und Wolfgang Hölscher. Erster Halbband. Düsseldorf 2007, S. XXXI, CXXV.

⁸⁹⁸ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7602923 (Note 3), SE7602036 (Note 2), SE7605302 (Note 2), SE7721940, SE7721941, SE7905463. In den 3 zuletzt genannten Eingangsinformationen (jeweils Note 2) sind die übergebenen Protokolle von 11 Ausschusssitzungen der Jahre 1977 bis 1979 zusammengefasst.

⁸⁹⁹ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7722268, SE7804919.

⁹⁰⁰ BStU, MfS, HV A/MD/2, 3 u. 5, SIRA-TDB 11, 12 u. 14, Einträge zu Reg.-Nr. XV/750/66. Nachdem Flämig im Herbst 1980 aus dem Bundestag ausschied, sank auch der Wert der von ihm gelieferten Informationen, sie erzielten fast nur noch die Noten 3 und 4. Siehe auch die in Kapitel C. 1. dieses Gutachtens erwähnten Informationslieferungen Flämigs bzw. „Walter“. Siehe ferner die kurze Erwähnung in Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 48 f. und den dortigen Verweis auf die Darstellung in Markus Wolfs Erinnerungen.

⁹⁰¹ Ausführlicher hierzu im Kapitel C. 3. („Aktive Maßnahmen“) in diesem Gutachten.

⁹⁰² BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2238/60. Steiner wird auf der Karteikarte F 16 als CDU-Mitglied und Vorsitzender des Landesverbands Württemberg-Hohenzollern der Jungen Union geführt.

⁹⁰³ In der Karteikarte F 16 trug die HV A Griesmayrs Funktion als Vorstandsmitglied des BHE und seinen Beruf als Außenmitarbeiter einer Versicherung in Stuttgart ein. Seine NS-Vergangenheit kam auf der Karteikarte nicht vor. Tatsächlich war Griesmayr, Jahrgang 1912, führender Funktionär in der Hitler-Jugend gewesen, zuletzt von 1942 bis 1945 Chef des Amtes für Weltanschauliche Schulung in der NS-Reichsjugendführung. Zur Bundestagswahl 1957 kandidierte er erfolglos für den BHE, 1972 trat er der SPD bei. Zu Griesmayr siehe Becker, Alexander; Kokhaviv, Baraq: Horst Lummert in kulikri 1973 bis

ßerdem registrierte die HV A darin einen Bundesbürger, den sie als französischen Agenten verdächtigte. Der Vorgang „Theodor“ wurde im Dezember 1961 nach nur 21 Monaten Laufzeit mit zwei Aktenbänden archiviert. Über seine Bedeutung liegen keine Angaben vor. Insofern kann man nur spekulieren, ob der Vorgang auf das konservative politische Spektrum oder auf mutmaßliche westliche Geheimdienstaktivitäten zielte.⁹⁰⁴

Im Februar/März 1973 legte die HV A den IMA-Vorgang „Simon“ an. Julius Steiner ist als einzige Person in diesem Vorgang verzeichnet. Die SIRA-Datenbank weist acht Informationslieferungen Steiners alias „Simon“ nach. Sie trafen zwischen dem 26. März und dem 21. Mai 1973 bei der HV A ein. Im Wesentlichen handelten sie von Interna aus den Unionsparteien und der Bundestagsfraktion, beispielsweise von Führungs- und Richtungsstreit.⁹⁰⁵ Diese SIRA-Einträge schließen andere, auch frühere Aktivitäten Steiners keineswegs aus, sie liefern aber auch keine Belege dafür. Ungewöhnlich ist, dass der IMA-Vorgang „Simon“ erst 1980 geschlossen und nicht als IMA-Vorgang archiviert wurde, sondern als Vorgang eines „Offiziers im besonderen Einsatz“ (OibE) zu den Akten kam. Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft stand Steiner seit 1970/71 mit hauptamtlichen Mitarbeitern der HV A in Verbindung und traf sich mit ihnen bis 1972/73 etwa zehn bis fünfzehnmal in Ostberlin.⁹⁰⁶ Markus Wolf beschreibt ihn als eine „mittelmäßige Informationsquelle“.⁹⁰⁷

Karl Wienand, SPD-Bundestagsabgeordneter von 1953 bis zum 3. Dezember 1974 und von 1967 bis 1974 parlamentarischer Geschäftsführer, pflegte verschiedene Kontakte in die DDR, teilweise mit Wissen der SPD-Spitze, insbesondere Herbert Wehners. Nach Auffassung der Bundesanwaltschaft hatte Wienand ab 1970 bis 1989 bewusst geheimdienstlich mit der HV A zusammengearbeitet.⁹⁰⁸ Das Oberlandesgericht Düsseldorf wertete Wienands DDR-Kontakte hingegen für die Zeit bis 1976 als offizielle und nicht verborgene Gespräche, weil Wienand bis dahin ein Mandat für diese Gespräche gehabt habe. Er habe den HVA-Kurier Alfred Völkel als vermeintlichen Mitarbeiter des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph sogar mehreren Bundestagsabgeordneten vorgestellt, sodass von heimlichen Treffen nicht die Rede sein könne. Erst seit 1976 habe sich der Charakter dieser Kontakte geändert und sei eindeutig geheimdienstlich geworden. Beispielsweise habe er sich nur noch außerhalb der Bundesrepublik in Westeuropa mit Völkel getroffen. Das Oberlandesgericht verurteilte Wienand deshalb am 26. Juni 1996 wegen geheimdienstlicher

2000 & unveröffentlichte Werke aus 40 Jahren Wüste. Bd. 3: Strategien der Zerstörung. O. O. [Berlin] 2000, S. 160 f. u. 170–172.

⁹⁰⁴ Steiner arbeitete in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren für das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg und für den BND. Über den KGB-Agenten im BND Heinz Felfe gelangten nach Erkenntnissen des MfS sehr wahrscheinlich auch Steiners BND-Berichte an den KGB. Diese stellte der KGB dem MfS zur Verfügung. Siehe hierzu BStU, MfS, HA II, 41878, Bl. 3 f., 79 f. u. 83–98; ZAIG/1, 9032, Bl. 102–141. Der Vorgang „Theodor“ wurde von der HVA-Abt. II/1 geführt. Deren Aufgabe bestand vor allem darin, die Unionsparteien und deren Umfeld geheimdienstlich zu bearbeiten, nicht jedoch, Gegenspionage zu betreiben.

⁹⁰⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 6, SIRA-TDB 12 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/221/73. Die Karteikarte F 16 Steiners mit der Reg.-Nr. XV/221/73 wurde am 27.2.1973 angelegt, die dazugehörige Karteikarte F 22 am 7.3.1973. Zusätzlich trägt die Karteikarte F 16 rechts unten in Klammern gesetzt das Datum 5.11.69 ohne weitere Zusätze. Dieses Datum verweist sehr wahrscheinlich darauf, dass Steiner damals, als er in den Bundestag einzog, für den zentralen Objektvorgang „Schwarz“, den die HV A zur CDU/CSU führte, erfasst wurde. Für diese Annahme spricht auch, dass Steiner im Dezember 1970 in der Vorgangskartei der MfS-Hauptabteilung IX/11 als erfasst für die „HVA/II/302“ vermerkt wurde. Siehe hierzu Anm. 844. Der Vorgang „Simon“ ging als „APN“ (archivierte Personalnebenakte) ins Archiv. Personalnebenakten legte die HV A, ihrer Aktenordnung zufolge, zu „Offizieren im besonderen Einsatz“ (OibE) an. Vgl. Aktenordnung der HV A (wie Anm. 502), S. 830 u. 833 f.

⁹⁰⁶ Erstinstanzliches Urteil gegen Markus Wolf vom 6.12.1993 (wie Anm. 112), veröffentlicht in Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 15; ausführlicher in der Anklage des Generalbundesanwalts gegen Markus Wolf vom 16.9.1992, S. 100–102 (wie Anm. 622).

⁹⁰⁷ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 261; Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 15 f.

⁹⁰⁸ GBA, Anklage v. 4.5.1994 – Az. 3 StE 6/94-4, S. 71–74, 80 f. u. a.

Agententätigkeit zu einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe und zur Rückzahlung des vermutlich erhaltenen Agentenlohnes in Höhe von einer Million DM.⁹⁰⁹ Wienand selbst bestritt stets jede geheimdienstliche Tätigkeit.⁹¹⁰

Bei der HV A war Karl Wienand seit Juni 1959 aktenkundig. Das SPD-Referat der HV A legte damals eine Vorlauf-Akte zu Wienand an. Die Akte bestand aus einem einzigen Band. Erst zwölf Jahre später, im März 1971, kam Bewegung in den Vorgang „Streit“. Die Vorlauf-Akte wurde in einen regulären IMA-Vorgang umgeschrieben, die HVA-interne Zuständigkeit ging an die Abteilung I/6 über und die ersten Berichtsbände wurden angelegt. Bis Juni 1989 wuchs der IMA-Vorgang „Streit“ auf 24 Berichtsbände an. Aus dem entsprechenden Statistikbogen der HV A geht hervor, dass Wienand alias „Streit“ seit 1971 als „Kontaktperson“ galt und 1988 zu einer Objektquelle umregistriert wurde.⁹¹¹ Die Verbindung zu Karl Wienand hatte aus Sicht der HV A im Frühjahr 1971 eine neue Qualität erreicht.

Die HV A hatte auf diesen Punkt zielstrebig hingearbeitet. In den MfS-Unterlagen liegen ausführliche Berichte des HVA-Kuriers Alfred Völkel („Krüger“) vor, in denen er vier Begegnungen mit Wienand im Spätherbst 1970 beschreibt.⁹¹² Eines der Treffen fand in beiden Teilen Berlins statt, zwei bei Wienand zuhause, eines in Bonn. Völkel gab sich als Mitarbeiter Willi Stophs aus, während Wienand mehrfach zu erkennen gab, dass Herbert Wehner über seine Gespräche mit Völkel Bescheid wisse. Inhaltlich sondierten Wienand und Völkel damals Möglichkeiten, wie die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten verbessert werden könnten. Wienand gab Völkel zu verstehen, dass ihre Gespräche einen „von Wehner geplanten Lancierungskontakt“ darstellten. Völkel versuchte hingegen, den Gesprächen einen anderen Charakter zu geben. Er legte Wienand mehrfach dar, dass er ihre Begegnungen als „persönlich-vertraulichen Kontakt“ ansehe; Wienand sei „unser Genosse und Verbündeter, kein Lancierungskontakt“; ihre Gespräche seien „keine inoffiziellen Vorgespräche für Verhandlungen“. Völkel suchte daher Wege und Gelegenheiten, den persönlichen Charakter der Begegnungen zu vertiefen. Außerdem nutzte er Wienands ausgeprägte geschäftliche Interessen. Völkel stellte ihm in Aussicht, sich um Absatzmöglichkeiten für Wienands Firma in der DDR zu kümmern. Völkels Treffberichte lagen Erich Mielke und Markus Wolf vor, die über seine Gesprächstaktik entschieden.⁹¹³

Die vier überlieferten Treffberichte sagen nichts darüber aus, ob die Strategie der HV A aufging. Die „Rosenholz“-Unterlagen belegen nur, dass die HV A in Karl Wienand seit März 1971 einen beständigen Informationskanal sah. Der Journalist Gerd Lotze verteidigt in seinem 1995

⁹⁰⁹ Süddeutsche Zeitung v. 27.6.1996, S. 1, 2 u. 4, sowie Frankfurter Rundschau v. 27.6.1996, S. 1 u. 3; die Kommentatoren beider Zeitungen, Heribert Prantl und Helmut Lölhöf, schrieben von einem „Fehlurteil“. Wienands Antrag auf Revision verwarf der Bundesgerichtshof. Siehe BGH, Urteil v. 28.11.1997 – Az. 3 StR 114/97, zusammenfassend beschrieben in NJW (Neue Juristische Wochenschrift) 51(1998)23, S. 1723–1728: Strafbarkeit geheimdienstlicher Agententätigkeit für die DDR – Fall Wienand. Auch mit einem Wiederaufnahmegesuch hatte Wienand keinen Erfolg. Im April 1999 begnadigte ihn Bundespräsident Roman Herzog. Vgl. Der besondere Wert der SPD. In: Mitteldeutsche Zeitung v. 11.8.2000, S. 5, sowie Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 442, Fn. 8.

⁹¹⁰ Wienands Perspektive beleuchtet und vertritt Lotze, Gerd: Karl Wienand. Der Drahtzieher. Köln 1995, S. 162–203. Siehe auch General-Anzeiger/Bonner Stadtanzeiger v. 11.10.2011, S. 4: Wehners Mann für heikle Fälle. Zum Tode von Karl Wienand.

⁹¹¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1741/60. Zum Begriff O-Quelle siehe auch S. 222 sowie Anm. 793 u. 794. Der HVA-interne Wechsel der Zuständigkeit von der Abt. II zur Abt. I/6 lag offenkundig darin begründet, dass Völkel und sein Führungsoffizier Rolf Wiesel bereits seit Langem der HVA-Abt. I/6 bzw. der Vorgängereinrichtung HV A I/e angehörten. Die HV A band Wienand nun in diesen Vorgang ein. Die HV A I/6 befasste sich vor allem mit Spionage gegen Institutionen der Wirtschafts- und Finanzpolitik (Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen, Bundeskartellamt u. a.). Vgl. Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 57 f. Die Interpretation von Lotze: Drahtzieher, 1995, S. 24, wonach der Wechsel der zuständigen HVA-Abteilung damit zu tun gehabt habe, dass die HVA-Abt. II Wienand nicht so erfolgreich abgeschöpft habe, wie man das erhofft hatte, geht daher am eigentlichen Sachverhalt vorbei.

⁹¹² BStU, MfS, SdM 305, Bl. 1–89.

⁹¹³ Ebenda, Bl. 3, 9, 12, 19, 23, 60 f., 66, 80 f., 88 u. a.; Zitate Bl. 12 u. 66.

erschienenen Buch „Der Drahtzieher“ Wienand gegen die Spionagevorwürfe. Er argumentiert, bei den vertraulichen Ost-West-Kontakten sei es „nicht nur unmöglich, sondern auch gleichgültig [...], lupenrein zu trennen zwischen ministerieller Bürokratie und nachrichtendienstlichem Umfeld“. Entscheidend sei gewesen, dass die Gesprächspartner „die Informationen, die ihnen gegeben wurden, an der richtigen Stelle ablieferten oder gar selbst in praktische Politik umsetzen“. ⁹¹⁴ Diese Feststellung ist allgemein gesehen zutreffend. Aber im Hinblick auf die Verbindung Wienand – Völkel ist nicht erkennbar, dass Wienand über Völkel Informationen an die DDR-Führung lancierte. Deren Gespräche erscheinen für die praktische Politik unbedeutend gewesen zu sein, wie man selbst Lotzes Buch entnehmen kann. ⁹¹⁵ Als überzeugendes Beispiel für einen „Back Channel“ führt Lotze hingegen Wienands Gespräche mit dem stellvertretenden DDR-Außenhandelsminister Heinz Behrendt an. Mit Behrendt bereitete Wienand am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse Anfang März 1970 das Treffen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph vor, das noch im gleichen Monat in Erfurt stattfand. ⁹¹⁶

Die Bundesanwaltschaft argumentiert in ihrer Anklage gegen Wienand, seine Umregistrierung von einer Kontaktperson zu einer „Objektquelle“ belege seine „sich stetig stabilisierende Beziehung“ zur HV A. Die Umregistrierung sei daher nur folgerichtig gewesen. ⁹¹⁷ Das Oberlandesgericht Düsseldorf schloss sich dieser Sichtweise an.

Auch die MfS-Unterlagen legen diese Schlussfolgerung nahe. In der SIRA-Teildatenbank 12 lassen sich für den Zeitraum von August 1970 bis Mai 1989 insgesamt 501 Informationen auf Wienand zurückführen. In 45 Fällen vergaben die Auswerter der HV A zwischen 1974 und 1987 die Spitzennote 1. Das betraf vor allem Informationen zur Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung, zur Lage in Polen seit 1980, zum Zustand der sozial-liberalen Koalition und Interna aus der SPD. Weitere 232 Informationen wurden als „überdurchschnittlich wertvoll“ (Note 2) eingeschätzt. Quantitativ und qualitativ nahm Wienand demnach für die HV A eine herausragende Position ein. Die weitaus meisten Informationen erlangte die HV A in Gesprächen Völkels mit Wienand. Nur 50-mal verzeichnet die SIRA-Teildatenbank 12 die Übergabe von Schriftstücken unterschiedlicher Art, und zwar zeitlich auf die Jahre 1981 bis 1987 beschränkt. Ungewöhnlich ist im Falle Wienands, dass die HV A in der SIRA-Datenbank alle seine Informationen unter dem Vorgang seines Kuriers Alfred Völkel verbuchte. ⁹¹⁸

Der Fall Wienand soll hier nicht in allen seinen Facetten ausgebreitet werden. Sofern man dem Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf folgt, begann Wienand erst nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag bewusst geheimdienstlich tätig zu werden. In seiner Eigenschaft als Abgeordneter dürfte er dann nicht als IM bezeichnet werden. Doch unabhängig von dieser Frage lässt sich feststellen, dass die HV A zwischen 1971 und 1989, also während und nach seiner Abgeordnetentätigkeit, zahlreiche Informationen von ihm erlangte, die unmittelbar die Arbeit des Bundestags und seiner Fraktionen zum Inhalt hatten. ⁹¹⁹

In der ersten Bundestagsfraktion der Grünen befand sich 1983 mit Dirk Schneider ein IM der HV A, der aber, dem Rotationsprinzip der Grünen folgend, sein Mandat schon am 30. März 1985 niederlegte. Für die HV A spionierte er von 1975 bis 1989. Die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Berlin, also die regionale HVA-Niederlassung, legte zu Schneider im Novem-

⁹¹⁴ Lotze: Drahtzieher, 1995, S. 165.

⁹¹⁵ Ebenda, S. 32 u. 39 f.

⁹¹⁶ Ebenda, S. 34–36 u. 79 f.

⁹¹⁷ GBA, Anklage v. 4.5.1994 – Az. 3 StE 6/94-4, S. 57–60.

⁹¹⁸ Zu Alfred Völkel führte die HV A seit 1955 den IMA-Vorgang „Krüger“, Reg.-Nr. XV/18556/60. Unter dieser Reg.-Nr. sind in der SIRA-Datenbank 552 Informationseingänge verzeichnet, davon 2 in der Teildatenbank 11, 501 in der Teildatenbank 12, 43 in der Teildatenbank 13 (letztere stammten offenkundig von Völkel selbst und informierten über Modalitäten seiner Auslandsreisen, etwa über die Art der Personenkontrollen an Flughäfen oder in Hotels), 6 in der Teildatenbank 14. Da die Rekonstruktion der SIRA-Datenbank auch nach 1999 fortgesetzt wurde, finden sich in früheren Darstellungen zum Fall Wienand etwas niedrigere Zahlen. BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/2-6, SIRA-TDB 11–14 u. 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18556/60.

⁹¹⁹ Siehe hierzu die in Kapitel C. 1. dieses Gutachtens erwähnten Informationen Wienands.

ber 1975 den IMA-Vorgang „Hans Ludwig“ an (oft nur als „Ludwig“ bezeichnet). Später wurden zwei weitere Personen zu dem Vorgang hinzuregistriert. Zu Schneider liegt auch ein Statistikbogen vor, der ihn mit Stand von 1988 als Abschöpfquelle („A-Quelle“) einstuft.⁹²⁰ A-Quellen hatten die Aufgabe, relevante Informationen von anderen Menschen abzuschöpfen.⁹²¹ Die SIRA-Datenbank verzeichnet zwischen 1977 und 1988 insgesamt 360 Informationslieferungen Schneiders, darunter 68-mal die Übergabe von Dokumenten. Schneider berichtete anfangs vor allem über linke Gruppierungen in Westberlin, ab 1979 dann ausführlich über die „Alternative Liste“. Seit seinem Einzug in den Bundestag stieg der Wert seiner Informationen deutlich an. Allein zwischen Oktober 1983 und Dezember 1984 erzielte er sechsmal die Note „1“ für Informationen über die Vorbereitungen der Grünen auf die Begegnung mit Erich Honecker im Herbst 1983 sowie über verschiedene Aspekte ihrer Deutschlandpolitik. Eine weitere Spitzennote erzielte sein Hinweis vom Februar 1986 auf eine vorgesehene Einreise von Grünen-Mitgliedern im März 1986.⁹²²

Während seiner Bundestagszugehörigkeit lieferte Schneider der HV A Berichte und Dokumente aus dem Bundestagsausschuss für innerdeutsche Beziehungen, dem er als ordentliches Mitglied angehörte, ferner Informationen aus dem Arbeitsbereich des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Die HV A erhielt von ihm in dieser Zeit auch Protokolle von Sitzungen des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen des Berliner Abgeordnetenhauses. Hauptsächlich lieferte er der HV A aber Informationen aus der Grünen-Bundestagsfraktion und der Partei. Die HV A erhielt von ihm auf Anforderung auch Einschätzungen über einzelne Grünen-Politiker. Zahlreiche mit „wertvoll“ (Note 2) benotete Informationen zwischen 1984 und 1988 betrafen Umwelt- und Friedensgruppen in der DDR, denen Schneider somit in den Rücken fiel.⁹²³ Zu Recht weist Hubertus Knabe die Schutzbehauptung Schneiders und seines Führungsoffiziers Werner Fischer zurück, er habe lediglich politische Gespräche mit dem Vertreter einer „Arbeitsgruppe Westberlin“ beim Ministerrat der DDR geführt. Die Themenpalette, über die Schneider der HV A berichtete, reichte, so Knabe, weit über das hinaus, was eine „Arbeitsgruppe Westberlin“ angehen konnte.⁹²⁴

Schneiders Versuche, die Politik der Grünen im Sinne der DDR aktiv zu beeinflussen, sind in den SIRA- und „Rosenholz“-Daten nicht dokumentiert. Sie waren jedoch schon in den achtziger Jahren seinen Parteifreunden bei den Grünen so sehr aufgefallen, dass er dort spöttisch als „Die Ständige Vertretung der DDR bei den Grünen“ angesprochen wurde. Auch der DDR-Dissidentin Bärbel Bohley missfiel Schneiders Anbiederung an die Politik der SED-Führung, weshalb sie sich Anfang 1985 gegenüber Westberliner Friedensgruppen gegen ihn ausgesprochen hatte.⁹²⁵ So

⁹²⁰ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4646/75.

⁹²¹ Zur Kategorie A-Quelle siehe Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 44. Abschöpf- und Objektquellen bildeten demnach die wichtigsten IM-Kategorien.

⁹²² BStU, MfS, HV A/MD/2, 3, 5, SIRA-TDB 11, 12 u. 14, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4646/75. In der Teildatenbank 11 (Themenschwerpunkt Wirtschaftsspionage) ist eine Information Schneiders registriert, in der Teildatenbank 12 (Politische Spionage) sind es 332, in der Teildatenbank 14 (Geheimdienste und Gegenspionage) 27. 127 der 360 Informationseingänge registrierte die HV A während Schneiders kurzer Bundestagszugehörigkeit. 7 Informationen schätzte die HV A mit der Spitzennote 1 ein, 135 mit der Note 2, 199 mit einer 3, 2 mit der Note 4. Schneider ist demnach den überdurchschnittlich wertvollen IM der HV A zuzurechnen.

⁹²³ BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4646/75.

⁹²⁴ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 78; zum Spionagefall Dirk Schneider ausführlich ebenda, S. 73–79.

⁹²⁵ Über die Bezeichnung „Ständige Vertretung der DDR bei den Grünen“ berichtete der taz-Journalist Christian Semler auf der Tagung der BStU „Stasi im Westen. Geheimdienste und Politik im deutschen Verhältnis“ am 16.11.2001 in Berlin. In einer zeitgenössischen Publikation ist diese Formulierung nachzulesen in der westdeutschen „nationalrevolutionären“ Zeitschrift „neue zeit“, 14(1984)4, S. 6, in dem Artikel „Wir danken Dirk Schneider“. Vgl. auch Törne, Lars von: „Vertreter der DDR bei den Grünen“. In: Tagesspiegel v. 21.5.2001, S. 10 über die IM bei den Grünen Ernst-Randolf Lochmann und Dirk Schneider. Über Bohleys Haltung berichtete der Westberliner SPD-Funktionär Rainer Klebba,

erschließt sich Schneiders politische Rolle in erster Linie aus den offen geführten Debatten, Anträgen und Initiativen bei den Grünen.⁹²⁶ Bei Schneider vermischten sich politische Überzeugung und geheimdienstliche Anbindung so sehr, dass zwischen eigenständigem Handeln des West-IM und Fremdsteuerung durch das MfS kaum mehr unterschieden werden kann. Dass er der HV A willig zuarbeitete, zeigen jedoch schon seine vielen Informationslieferungen.

2.7. Fazit

Die Auswertung der „Rosenholz“-Karteien ermöglicht einen mehrschichtigen Einblick in die HVA-Spionage gegen den Deutschen Bundestag und seine Abgeordneten.

In der Karteikartensystematik mit ihren Objektvorgängen zu den politischen Parteien kommt zum Ausdruck, dass die politische Spionage der HV A nicht auf das Parlament fixiert war. Sie konzentrierte sich mindestens ebenso auf die Parteien als den Institutionen politischer Willensbildung mit ihrem maßgeblichen Einfluss auf Legislative und Exekutive.

Die meisten der 2 190 Bundestagsabgeordneten der Jahre 1949 bis 1989 sind in den „Rosenholz“-Karteien entweder gar nicht oder nur im Rahmen allgemeiner Objekt- und Sicherungsvorgänge erfasst.

Zu 137 Bundestagsabgeordneten liegen Karteikartenerfassungen im Rahmen von IMA, IMB- oder OPK-Vorgängen vor. In der Mehrheit dieser Fälle ist ohne Weiteres erkennbar, dass die betreffenden Abgeordneten lediglich in der IM-Akte eines IM der HV A mitgeführt wurden. Die „Rosenholz“-Karteien verbinden in diesen Fällen den Namen des IM mit dem Namen des auszuspähenden Abgeordneten. In anderen Fällen belegen IMA-, IMB- und OPK-Erfassungen die permanenten Versuche der HV A, Kontakte zu Abgeordneten herzustellen. Solche Kontakthanbahnungsversuche unternahm die HV A im gesamten Zeitraum der deutschen Teilung. Bundestagsabgeordnete bildeten demnach eine jener Personengruppen, unter denen die HV A gezielt Quellen zu rekrutieren versuchte. Die Methoden der (versuchten) Kontaktaufnahme waren vielfältig und zugleich banal. Das MfS nutzte die verwandtschaftlichen Beziehungen zahlreicher Abgeordneter in die DDR, es instrumentalisierte alte politische Freundschaften oder Bekanntschaften aus der Arbeiterbewegung oder dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, es versuchte politische Gespräche in vertrauliche Informationskanäle umzufunktionieren oder es bot materielle Vergünstigungen. Mit plumper Erpressung – etwa im Wissen um eine braune Vergangenheit oder eine außereheliche Beziehung – scheint das MfS keine Abgeordneten zur Zusammenarbeit gewonnen zu haben. Die meisten Kontakthanbahnungsversuche misslangen.

Neun Bundestagsabgeordnete werden im vorliegenden Kapitel ausdrücklich als IM der HV A bezeichnet. Sie wussten um den nachrichtendienstlichen Charakter ihres Tuns. Die „Rosenholz“-Daten alleine genügen jedoch in keinem dieser neun Fälle, um diese Aussage zu treffen. Sie stellen lediglich starke Indizien dar. Erst durch weitere Belege – dazu zählen etwa die SIRA-Daten, Erkenntnisse von Ermittlungsbehörden und Selbstzeugnisse – lassen sich diese Feststellungen untermauern. Über die Agententätigkeit des 1960 enttarnten SPD-Abgeordneten Alfred Frenzel für den tschechoslowakischen Geheimdienst liegen im MfS-Archiv keine Belege vor.⁹²⁷

Schwierig bleiben vor allem die „Rosenholz“-Erfassungen von elf Abgeordneten (siehe Kapitel 2.6.8.). Bei ihnen deuten die Eintragungen in den „Rosenholz“-Karteikarten jeweils auf eine länger andauernde Verbindung zur HV A hin. Bei den meisten dieser Fälle fehlen jedoch Hinweise auf den Charakter dieser Verbindung. Im Regelfall war derjenige, der bei der HV A über Jahre hinweg viele Berichtsbände füllte, über das hinausgegangen, was einen normalen politischen Gedankenaustausch ausmachte. Doch die überlieferten Karteikartenerfassungen legen auch die

den die MfS-HA XX/5 als IM „Kleinert“, Reg.-Nr. XV/2541/69, führte; BStU, MfS, AIM 16046/89, Bd. II/3, Bl. 187.

⁹²⁶ Dargestellt bei Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 73–79. Siehe außerdem den umfassenderen Ansatz bei Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden, 2003.

⁹²⁷ Zu Frenzel siehe S. 315 f.

Vermutung nahe, dass die HV A bis zum Mauerbau 1961 politische Gespräche bundesdeutscher Politiker mit DDR-Vertretern schneller für sich selbst verbuchte (wie das am Beispiel der von Max Heim geführten Vorgänge sowie bei Fritz Schäffer oder den FDP-LDPD-Gesprächen zu sehen ist), als es gerade in den siebziger und achtziger Jahren der Fall war. Am Beispiel des DDR-Diplomaten Klaus Zechmeister (IMA-Vorgang „Kolbe“) konnte gezeigt werden, dass Abgeordnete, mit denen er Gesprächskontakte pflegte, eben nicht mehr in eigenständigen IMA-Vorgängen registriert wurden, sondern entweder im Vorgang Zechmeisters mitgeführt wurden oder nur in Objektvorgängen erfasst blieben. Überhaupt gab es in den siebziger und achtziger Jahren viele vertrauliche Gespräche zwischen bundesdeutschen Politikern und SED-Vertretern, die sich nicht in IMA-Registrierungen niederschlugen.

Die Argumentation Knabes im Zusammenhang mit Dirk Schneider lässt sich auch auf andere Fälle übertragen: Wo die Themenpalette allzu breit und die Vertraulichkeit der Informationen allzu groß war, wird die Ebene des klassischen politischen Meinungsaustausches verlassen worden sein. Für die IMA-Vorgänge der fünfziger und sechziger Jahre kann dieser Nachweis jedoch nicht erbracht werden, da weder entsprechende Akten noch elektronische Belege aus der SIRA-Datenbank vorliegen.

Wenn gerade in Kapitel 2.6.8. sehr vorsichtig argumentiert wird, so ist dies in erster Linie der schlechten Aktenlage geschuldet. Das vorliegende Gutachten legt die strengen Anforderungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zugrunde. Sofern eine bewusste IM-Tätigkeit nicht eindeutig belegt ist, wird sie auch nicht festgestellt. Gleichwohl legte die HV A nicht grundlos Karteikarten an. Deshalb verdienen die Karteikartenerfassungen Beachtung, auch wenn sich das damit zusammenhängende tatsächliche Geschehen nicht immer mit der wünschenswerten Eindeutigkeit feststellen lässt. Da die „Rosenholz“-Karteien im Regelfall nicht zwischen IM und Kontaktperson unterscheiden, bedingen sie Unsicherheiten bei der Interpretation dieser Unterlagen, zumal die entsprechende HVA-Richtlinie die Nutzung von Kontaktpersonen gerade auch in solchen Fällen vorsah, wo aus politischen Gründen eine Anwerbung als IM unzumutbar erschien.⁹²⁸

Für die öffentliche Debatte und die historische Analyse bedeuten vor allem die Verdachtsfälle eine Herausforderung. Es wäre falsch, einem Abgeordneten auf der Grundlage unzureichender Belege eine Agententätigkeit zu attestieren. Doch es wäre ebenso unredlich, vorhandene Hinweise zu ignorieren. Stets gilt es, die gesamte Bandbreite der Interpretationsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen, ohne voreilig Schlussfolgerungen abzuleiten.

Das vorliegende Gutachten setzt daher auf Leserinnen und Leser, die bereit und in der Lage sind, mit dem Spielraum an Deutungsmöglichkeiten angemessen und verständlich umzugehen.

Die „Rosenholz“-Unterlagen können nicht alle Fragen beantworten, die an sie gerichtet werden. Dennoch tragen sie einiges zur Klärung bei. Die Durchsicht aller „Rosenholz“-Karteikarten zu Bundestagsabgeordneten entlastet die meisten Parlamentarier. Sie grenzt den Kreis der tatsächlich oder mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit für die HV A tätig gewesenen Abgeordneten auf eine überschaubare und benennbare Größe ein. Eine Stasi-Fraktion hat es demnach im Bundestag zu keinem Zeitpunkt gegeben. Gleichwohl saß zwischen 1949 und 1985 fast durchgängig mindestens ein IM der HV A bzw. deren Vorläufer im Deutschen Bundestag, häufig waren es auch mehrere. Darüber hinaus belegen die „Rosenholz“-Karteien die intensive Bearbeitung des Bundestages durch die DDR-Auslandsspionage und verweisen auf die zahlreichen IM im Umfeld der Parlamentarier.

⁹²⁸ Siehe Anm. 554. Auch Müller-Enbergs stellt fest, dass die HV A „oftmals bei hochrangigen Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Bundesrepublik“ eine beständige Abschöpfung im Sinne von Kontaktperson praktizierte. Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 114.

2.8. Fallstudie: Der HVA-Überläufer Max Heim und die Spionage gegen die CDU/CSU bis 1959

2.8.1. Einführung

Am 16. Mai 1959 flüchtete ein ehemaliger Referatsleiter der HV A, Max Heim, in die Bundesrepublik. Heim war in der Abteilung II der HV A⁹²⁹ für die Bearbeitung der CDU/CSU verantwortlich gewesen. Seine Flucht bedeutete für die HV A einen empfindlichen Rückschlag, weil er Agentenlisten und umfangreiches Insiderwissen in den Westen brachte und zur Verhaftung von über 30 Agenten beitrug. Noch Jahre später hielt Erich Mielke seinem Stellvertreter Markus Wolf diese Panne und die Flucht anderer HVA-Mitarbeiter vor. Mielke war der Auffassung, es habe bereits vor der Flucht Heims Hinweise auf sein Vorhaben gegeben, denen die HV A aber nicht ausreichend nachgegangen sei. Tatsächlich war Max Heim als HVA-Mitarbeiter zwischen 1952 und 1958 fünfmal disziplinarisch bestraft worden. Ihm wurden sowohl dienstliche als auch Verfehlungen im Privatleben angelastet. Ende April 1959 wurde er schließlich als Referatsleiter abgelöst und vom Hauptmann zum Oberleutnant degradiert. Künftig sollte er nur noch als Offizier im besonderen Einsatz im Ostberliner Institut für Zeitgeschichte für die HV A tätig sein. Doch stattdessen zog er es vor, in den Westen zu gehen.⁹³⁰

In der Bundesrepublik sorgten seine Enthüllungen und die darauf folgenden Verhaftungen von HVA-Agenten für Schlagzeilen.⁹³¹ Am 16. September 1959 floh auch Heims Mitarbeiter im CDU-Referat der HV A, Helmut Fleischer, in den Westen, was in der Öffentlichkeit aber kaum registriert wurde.⁹³² Der Flucht der beiden HVA-Offiziere ist es zu verdanken, dass im MfS-Archiv einige Unterlagen über ihre Tätigkeit erhalten geblieben sind.

Max Heim hatte gegenüber den bundesdeutschen Behörden die Strategie der HV A dargelegt: Seit 1955 habe die HV A damit begonnen, solche DDR-Institutionen, die über „gesamtdeutsche

⁹²⁹ Das von Max Heim geleitete Referat gehörte in den 1950er Jahren die längste Zeit zur Hauptabteilung I der HV A bzw. Hauptabteilung XV, erst ab Anfang 1959 zur HVA-Abteilung II.

⁹³⁰ Protokolle der MfS-Kollegiumssitzungen vom 19.3. und 26.4.1962; BStU, MfS, SdM 1902, Bl. 209 u. 225. Zu Heim vgl. auch oben, S. 238. Zur damaligen Resonanz vgl. Der Spiegel 13(1959)23 v. 3.6.1959, S. 22 f.: CDU-Spionagery: Die Herzkammer-Theorie. In Bergh, Hendrik van: ABC der Spione. Pfaffenhofen, 1965, S. 213, wird Heims Flucht irrtümlich auf den 16.4.1959 datiert und die Tatsache übergangen, dass Heim bereits aus dem MfS entlassen war; auch spätere Darstellungen gehen auf Heims Entlassung nicht ein. Die HV A leitete 1960 gegen Heim den Operativvorgang „Gegenschlag“ ein, den ab 1967 für mehr als 10 Jahre die Abt. XXI weiterführte. Heims Spur hatte das MfS aber schon 1960 verloren. BStU, MfS, GH 7/88, darin insbes. in Bd. 2, Bl. 74–138, den Sachstandsbericht der Abt. XXI v. 5.7.1970 zum Operativvorgang „Gegenschlag“, Reg.-Nr. XV/2551/69; vgl. auch die „Entwicklungskartei“ zu Heim; BStU, MfS, HA KuSch/AKG-KA HM. Bis zum Mauerbau 1961 flohen 456 aktive oder ehemalige hauptamtliche MfS-Mitarbeiter in den Westen, 108 holte das MfS gewaltsam zurück, 7 wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 206 f.

⁹³¹ Eine Sammlung entsprechender Zeitungsberichte befindet sich in dem Operativen Vorgang „Gegenschlag“, den das MfS gegen Heim eingeleitet hatte: BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 5–99.

⁹³² Gegen Fleischer eröffnete die MfS-Abteilung XXI (zu dieser Abt. vgl. unten, Anm. 971) am 15.1.1964 den Operativvorgang (OV) „Tourist“. Ziel des Vorgangs war es, Fleischers Aufenthaltsort zu ermitteln; wahrscheinlich um ihn dann in die DDR zu verschleppen, was indes nicht geschah. Der Vorgang wurde am 15.9.1978 beendet. BStU, MfS, GH 98/78, Bd. 2, Bl. 4 f., 16–20 u. 131 f. Am 5.11.1959 sendeten der NDR und der WDR in ihrer Reihe „Blickpunkt Berlin“ ein kurzes Interview mit Fleischer, in dem er über Struktur und Arbeitsmethoden der HV A sprach; es ist im Wortlaut vorhanden in: ebenda, Bl. 117 f. Fleischer bezeichnete 1975 in der Zeitschrift Quick die Veröffentlichung eines Telefongesprächs zwischen Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf zutreffend als Maßnahme des MfS; siehe hierzu S. 270. In dem sechsbändigen OV „Tourist“ sind keine Angaben über die West-IM enthalten, die Fleischer gekannt haben konnte. Es findet sich zwar eine zweiseitige „Aufstellung der abgelegten GM, KW und DA, die Fleischer bekannt waren“, aber darin sind lediglich 18 IM mit Wohnsitz in der DDR aufgeführt; ebenda, Bd. 1, Bl. 292 f.

Abteilungen“ verfügten, systematisch für die geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik zu nutzen. In großem Umfang habe die HV A beispielsweise inoffizielle Mitarbeiter in der Ost-CDU, beginnend mit der Leitungsebene, angeworben, um sie für die Spionage gegen die westdeutsche CDU einzusetzen. Ebenso sollte die „Westabteilung der LDP“ zur Spionage gegen die FDP benutzt werden. Für die Spionage gegen die SPD nutze die HV A verschiedene DDR-Institutionen.⁹³³

Die Tätigkeit Max Heims und seines Referats gegen die CDU/CSU sowie gegen Bundestagsabgeordnete der Union kann anhand dreier Aktenüberlieferungen genauer nachvollzogen werden.

Erstens liegen die „Rosenholz“-Karteikarten zu sieben Bundestagsabgeordneten vor, die sich auf Vorgänge beziehen, in denen Max Heim ausdrücklich als zuständiger Mitarbeiter genannt ist: zu den Abgeordneten Josef Baumgartner (Bayernpartei), Johannes Brockmann (Zentrum), Anton Donhauser (1949 Bayernpartei, 1952 CSU), Ernst Müller-Hermann (CDU), Hugo Scharnberg (CDU), Franz Josef Strauß (CSU) und Oskar Wacker (CDU). Bei diesen Abgeordneten kann man davon ausgehen, dass sich das CDU-Referat der HV A in den fünfziger Jahren mit ihnen befasst hatte.

Zweitens existiert noch die Akte des DDR-IM Jost Biedermann, der von Max Heim angeworben wurde und im Auftrag der HV A Kontakte zu mehreren Bundestagsabgeordneten der CDU und des Zentrums aufbaute und versuchte, sie „abzuschöpfen“. Im Einzelnen handelte es sich um Paul Bock (CDU), Ernst von Bodelschwingh (CDU), Hellmuth Heye (CDU), Anton Hilbert (CDU), Walter Kühlthau (CDU), Hugo Mayer (CDU), Robert Pferdenges (CDU), Hermann Pünder (CDU), Josef Rösing (Zentrum, seit 1954 CDU) und Rudolf Vogel (CDU).

Drittens gibt es im Archiv des BStU den Operativen Vorgang (OV) „Gegenschlag“. In diesem Vorgang bearbeitete das MfS Max Heim. Der Vorgang wurde am 20. Mai 1959, vier Tage nach dessen Flucht, eröffnet und erst am 28. Januar 1988 geschlossen.⁹³⁴ Heims Flucht beschäftigte das MfS fast 30 Jahre lang. Im OV „Gegenschlag“ befindet sich unter anderem eine Liste mit den Namen von 28 Personen, die Max Heim als IM des MfS in der Bundesrepublik enttarnte.⁹³⁵ Unter diesen 28 Personen befand sich auch Anton Donhauser, der dem Bundestag von 1949 bis 1957 angehörte. Bei einigen anderen dieser 28 Personen kann man mithilfe der „Rosenholz“-Unterlagen erkennen, dass die HV A sie mit bestimmten Bundestagsabgeordneten in Verbindung brachte. Die drei betroffenen CDU-Abgeordneten, an die die HV A offenbar Agenten heranschleusen wollte, waren Horst Haasler, Elfriede Hamelbeck (seit 1959 trug sie den Familiennamen Klemmert) und Heinrich Lübke.

Die vorliegende Fallstudie führt die „Rosenholz“-Unterlagen mit den Akten des DDR-IM Jost Biedermann und des OV „Gegenschlag“ zusammen. Sie schildert nicht nur ein Kapitel innerdeutscher Spionagesgeschichte, sondern bietet exemplarisch eine aktengestützte Interpretation der frühen „Rosenholz“-Karteien.

2.8.2. Die DDR-CDU als Instrument der HVA-Spionage: Bundestagsabgeordnete in der IM-Akte Jost Biedermann

Jost Biedermann, Funktionär der DDR-CDU, wurde am 10. März 1954 von Max Heim und seinem Vorgesetzten, dem Leiter der Hauptabteilung I der HV A, Herbert Hentschke, als IM⁹³⁶ angeworben. Er trug zunächst den Decknamen „Binder“ und verpflichtete sich schriftlich und aus Überzeugung zur Zusammenarbeit. Zugleich gewährte ihm die HV A ein zusätzliches monatliches

⁹³³ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 6.6.1959, Nr. 100, S. 981; vorhanden in: BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 237.

⁹³⁴ BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 1, Bl. 8–10, Bd. 2, Bl. 3 f. u. 220. Heim erlebte das Ende der HV A 1990 unverehrt.

⁹³⁵ Abteilung II [der HV A], 18.12.1959: Übersicht über die Verhafteten und bisher abgeurteilten; BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 102–105. Im vorangestellten Inhaltsverzeichnis wird diese Liste bezeichnet als „Übersicht über verhaftete IM aufgrund des Verrats von Max Heim v. 18.12.59“; ebenda, Bl. 101.

⁹³⁶ Damalige Bezeichnung: GM = Geheimer Mitarbeiter.

Einkommen von 500 Mark. Das war ein beachtlicher Betrag, der über dem damaligen durchschnittlichen Monatslohn lag.⁹³⁷ Spätere Decknamen Biedermanns waren „Spieß“, „Spießer“ und „Haus“. Biedermann war für die HV A von Interesse, da er seit November 1953 beim Parteivorstand der DDR-CDU in der Westabteilung arbeitete, nachdem er sich zuvor in der sächsischen CDU als Vertreter der „fortschrittlichen“ Linie profiliert hatte, also jener Strömung, die die Unterordnung der CDU unter die SED befürwortete. Zwischen August 1952 und Februar 1954 fungierte er als Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Leipzig-Stadt, und von 1952 bis 1963 gehörte er der Volkskammer an.⁹³⁸

Bei seiner Anwerbung erklärten ihm Heim und Hentschke seine künftige Aufgabe:

„Hauptaufgabe ist Erkundung der konkreten Pläne, die die Zentrale der CDU in Bonn hat. Dazu ist erforderlich als 1. Kenntnis zu erhalten über die genaue Struktur des CDU-Apparates in Bonn und dessen personelle Zusammensetzung. Weiter ist notwendig zu erfahren, wie das konkrete Verhältnis in der CDU-Fraktion des Bundestages ist.“⁹³⁹

Biedermann fungierte für die HV A als Resident. Ihm unterstanden 1959 sieben Mitarbeiter.⁹⁴⁰ Zumindest sechs von ihnen gehörten der DDR-CDU an. Der bekannteste von ihnen war der damalige stellvertretende Generalsekretär der DDR-CDU und Volkskammerabgeordnete Wolfgang Heyl. Zwei weitere waren Redakteure in Ostberlin. Weitere zwei lebten in Weimar, der eine unterrichtete dort als Lehrer, bei dem anderen handelte es sich um den CDU-Volkskammerabgeordnete Hans Gorzynski, der außerdem in Weimar ein Geschäft für Innenausstattung betrieb. Der sechste war stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises Großenhain.

Vier von ihnen, auch der Volkskammerabgeordnete Gorzynski, werden in der Akte von Biedermann ausdrücklich als „Geheime Mitarbeiter“, also als IM, bezeichnet.⁹⁴¹ Zu fünf der sieben Mitarbeiter, auch zu Gorzynski, liegt eine Karteikartenerfassung in „Rosenholz“ vor.⁹⁴² Doch nicht alle Mitarbeiter Biedermanns waren bei der HV A registriert. So ist Wolfgang Heyl in „Rosenholz“ nicht erfasst, ebenso wenig befindet er sich unter den vier „Geheimen Mitarbeitern“. Wenn Heyl dennoch als einer der Mitarbeiter von Biedermanns Residentur angeführt wurde, so zeigt dies, wie sehr Biedermann Partei- und Geheimdienstarbeit vermischte.

Biedermanns „Mitarbeiter“ sollten ihrerseits Kontakte zu bundesdeutschen CDU-Politikern aufbauen. Denn er selbst reiste nur bis 1957 in die Bundesrepublik. Dort pflegte er mit vier CDU-Bundestagsabgeordneten Gesprächskontakte, und zwar mit Hermann Pünder (in den Akten als „Pudding“ bezeichnet), Robert Pferdenges (als „Bankier“ und „Pferd“ bezeichnet), Hellmuth Heye (auch als „Harter“ bezeichnet) und Hugo Mayer (in den Akten auch „Merten“ genannt).⁹⁴³

⁹³⁷ BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 10–22 u. 27 f.; die Kenntnisnahme der Werbung durch HVA-Chef Markus Wolf in: ebenda, Bl. 48.

⁹³⁸ BStU, MfS, BV Leipzig, AP 375/59, Bl. 6 u. 10; BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 53, Bd. I/2, Bl. 53 f. u. 83 f.

⁹³⁹ Bericht über die Durchführung der Werbung von Binder am Mittwoch, dem 10.3.1954, in: BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 11.

⁹⁴⁰ „Mitarbeiter meiner Residentur“ [Zusammenstellung von Biedermann]; ebenda, Bl. 242 sowie Einträge in den Rosenholz-Karteikarten zu den hier von Biedermann aufgezählten Mitarbeitern.

⁹⁴¹ Ebenda, sowie Arbeitsanalyse über GM „Spieß“; ebenda, Bl. 24. Zutreffend berichtete die Tageszeitung „Die Welt“ am 11.12.1959 unter der Überschrift „Funktionäre der Ost-CDU als Spitzel“ von der geheimen Westarbeit Biedermanns, Gorzynskis und Heyls; die weiteren in diesem Artikel Genannten bleiben im Rahmen des vorliegenden Gutachtens unberücksichtigt. Eine Abschrift des Artikels in der MfS-Akte gegen Max Heim: BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 95.

⁹⁴² Der Name Gorzynski ist auf der Karteikarte F 16 fälschlich Gorczynski geschrieben. Die anderen Daten zu seiner Person sind korrekt wiedergegeben. Vgl. auch Handbuch der Volkskammer, 3. Wahlperiode. Berlin [Ost] 1959, S. 281 f.

⁹⁴³ Arbeitsanalyse über GM „Spieß“ in: BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 23–29, hier 24 f. u. 28. Die Zuordnung der MfS-internen Decknamen zu den Abgeordneten ergibt sich aus einem Abgleich der verschiedenen Berichte und Analysen in der Akte Biedermanns, vor allem Bd. I/1, Bl. 24, 28, 236–239, 257 u. 260 f.

Die Decknamen waren den Abgeordneten nicht bekannt, sondern dienten nur MfS-intern der Geheimhaltung.

Im September 1958 resümierte HVA-Unterleutnant Helmut Fleischer – damals ein Mitarbeiter Heims und später ebenfalls in den Westen geflüchtet – den Stand dieser Gesprächskontakte. Biedermann habe es demnach verstanden,

„durch geschickte interessante Gesprächsführung diese Gespräche [mit den vier genannten Politikern] weitgehend (!) informatorisch auszuwerten. ‚Pudding‘ wurde zur ständigen Abschöpfquelle auf der Basis eines politischen Meinungs-austausches entwickelt. Die eingeholten Informationen speziell von diesen Personen wurden im Durchschnitt mit II bis III eingeschätzt.“⁹⁴⁴

Für Biedermann war es offenbar unproblematisch, dass er Anfang 1956 im Westen offen als MfS-Mitarbeiter bezeichnet wurde.⁹⁴⁵ Möglicherweise gab es damals einfach zu viele derartige Warnungen, und sie ließen sich oft nicht hinreichend belegen.

Nachdem Max Heim in die Bundesrepublik geflüchtet war, fasste Biedermann seine Gesprächskontakte zu den CDU-Abgeordneten schriftlich zusammen:

Zu Hermann Pünder stellte er unter anderem fest:

„Sehr offen und mitteilend. Seine Informationen waren im Allgemeinen richtig und für uns wertvoll. Kontakt mit Dr. P. war sehr freundschaftlich und bestand mit geringen Unterbrechungen durch mehrere Jahre regelmäßig.“⁹⁴⁶ Ergänzend war in einem HVA-internen Auskunftsbericht festgehalten, dass Biedermann und Pünder sich einmal auch in Ostberlin zu einem Gespräch getroffen hatten.⁹⁴⁷

Über Robert Pferdenges berichtete Biedermann, diesen habe er über einen gemeinsamen Bekannten gelegentlich in Mönchengladbach getroffen: „Pf. war als Abschöpfquelle wenig ergiebig. Wurde auch in der letzten Zeit nicht mehr besucht.“⁹⁴⁸

Den Abgeordneten Hellmuth Heye kannte Biedermann aus dem gemeinsamen Militärdienst in der Marine und schätzte ihr Verhältnis als „relativ freundlich“ ein. Er habe ihn mehrfach in Bremen und Bonn besucht, aber: „H. ist bei Aussagen informativen Charakters sehr zurückhaltend.“⁹⁴⁹

Den rheinland-pfälzischen Abgeordneten Hugo Mayer besuchten Biedermann und sein geheimer Mitarbeiter „Henrich“ mehrfach. Mayer kam 1955 auch zweimal zu Gesprächen nach Ostberlin.⁹⁵⁰ Max Heim hatte Ende 1955 in einem internen Auskunftsbericht bereits darauf spekuliert, Mayer 1956 anzuwerben.⁹⁵¹ Doch daraus wurde nichts. Biedermann notierte rückblickend: „Da M. nicht wieder in den Bundestag kam und seine Informationen sehr spärlich waren, wurde der Kontakt seinerzeit auf Eis gelegt.“⁹⁵²

Die Kontakte zu zwei weiteren CDU-Bundestagsabgeordneten beschränkten sich auf einmalige Gespräche. Josef Rösing, 1953/54 Zentrumsabgeordneter, der anschließend zur CDU wechselte, führte mit Biedermann ein Gespräch im Bundeshaus: „Verbindung war sehr förmlich u. wur-

⁹⁴⁴ Ebenda, Bl. 24.

⁹⁴⁵ Einem Vermerk der MfS-Hauptabteilung Kader und Schulung vom Januar 1956 zufolge wurde im „westlichen Rundfunk“ sowie in „Hetzmateriale“ vor Biedermann, Jonny Löhr und einer weiteren Person gewarnt, „da sie für das MfS arbeiten würden“. Ebenda, Bl. 139–141.

⁹⁴⁶ Zur Auskunft „Spieß“. Direkte Kontakte. In: ebenda, Bl. 236.

⁹⁴⁷ HV A, 4.1.1957: Ergänzungen zur Auskunft über den GM „Spieß“; ebenda, Bl. 259–264, hier 260.

⁹⁴⁸ Zur Auskunft „Spieß“. Direkte Kontakte. In: ebenda, Bl. 236.

⁹⁴⁹ Ebenda, Bl. 237.

⁹⁵⁰ Ebenda, Bl. 237 u. 260. In Bl. 260 wird „Henrich“ als „Kontaktperson“ („KP“) bezeichnet; er war stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises Großenhain.

⁹⁵¹ Auskunft, 15.12.1955, ebenda Bl. 254–258, hier 257 (zu „Merten“).

⁹⁵² Zur Auskunft „Spieß“. Direkte Kontakte. In: ebenda, Bl. 237. In einem HVA-internen Auskunftsbericht über „Spieß“ vom 4.1.1957 hieß es ebenso klar, dass „eine Möglichkeit zur Werbung nicht vorhanden“ sei. Ebenda, Bl. 260.

de nicht fortgesetzt“, notierte Biedermann.⁹⁵³ Ähnlich verhielt es sich mit dem nordrhein-westfälischen Abgeordneten Walter Kühlthau: „Wurde ein oder zweimal aufgesucht. Kontakt wurde durch [einen Kölner Kaufmann] vermittelt und war informativ wenig ergiebig, weshalb er auch nicht vertieft bzw. fortgesetzt wurde.“⁹⁵⁴

Auf den Abgeordneten Anton Hilbert hatte sich einer der geheimen Mitarbeiter Biedermanns konzentriert, der CDU-Volkskammerabgeordnete Hans Gorzynski. Gorzynski hatte bis Ende 1956 allerdings erst ein Gespräch mit Hilbert geführt und ihm seine Bereitschaft entlockt, weitere Gespräche mit ihm zu führen. Ob es noch dazu kam, ist aus den Akten nicht ersichtlich.⁹⁵⁵

Ähnlich vage war der Stand, den ein anderer geheimer Mitarbeiter Biedermanns erreicht hatte, der Weimarer Lehrer Horst R. R. wurde auf den CDU-Abgeordneten Ernst von Bodelschwingh angesetzt. Anfang 1957 stellte ein HVA-Bericht fest: „Der Kontakt ist noch ein loser, da bisher erst 2 kurze Gespräche stattfanden. B. erklärte sich aber gern zu weiteren Gesprächen bereit. Der Kontakt wird weiter gefestigt und vertieft.“⁹⁵⁶

Mit Adolf Niggemeier verfügte Biedermann kurzzeitig über einen zusätzlichen Mitarbeiter für die geheime Westarbeit. Niggemeier entstammte wie Biedermann politisch der Leipziger CDU und wurde bereits im Juni 1954 während seines Jurastudiums in Leipzig vom MfS als IM „Benno Roth“ angeworben.⁹⁵⁷ Bis 1990 stieg er innerhalb der DDR-CDU kontinuierlich auf, bekleidete verschiedene Funktionen im Hauptvorstand der DDR-CDU und war zudem von 1967 bis 1990 Volkskammerabgeordneter.⁹⁵⁸ Im Gegensatz zu den anderen geheimen Mitarbeitern Biedermanns war Niggemeier nicht bei der HVA angebunden, sondern bei der MfS-Abteilung V (der späteren Hauptabteilung XX). Erst am 15. November 1989 beendete das MfS die Zusammenarbeit mit Niggemeier.⁹⁵⁹ In seinen rund 35 Jahren als IM spähte er für das MfS vor allem die Leitungsebene der DDR-CDU aus.⁹⁶⁰ Doch anfänglich, noch 1954, erteilte Biedermann ihm die Anweisung, zu dem CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Bock Kontakt aufzunehmen.⁹⁶¹ Niggemeiers Berichten zufolge traf er sich bis Anfang 1956 etwa fünfmal mit Bock in Bonn, Westberlin sowie in dessen Haus in Lübeck, wobei er ihm als Beauftragter des DDR-CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke gegenübertrat. Bock sei an dem Kontakt zu ihm sehr interessiert gewesen, befürchte jedoch Probleme, wenn diese Ost-Kontakte bekannt würden. Bock gab sich demnach bei Niggemeier als Gegner Adenauers aus; die Pariser Verträge, die am 5. Mai 1955 in Kraft getreten waren und der Bundesrepublik weitgehende Souveränität bei gleichzeitiger Westbindung und NATO-

⁹⁵³ Ebenda, Bl. 239.

⁹⁵⁴ Ebenda.

⁹⁵⁵ HV A, 4.1.1957: Ergänzungen zur Auskunft über den GM „Spießler“; ebenda, Bl. 260.

⁹⁵⁶ Ebenda, Bl. 261.

⁹⁵⁷ BStU, MfS, AIM 11943/89, Bd. I/1, Bl. 27.

⁹⁵⁸ Biografische Angaben finden sich in der IM-Akte Niggemeiers. BStU, MfS, AIM 11943/89, Bd. I, sowie in: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Hg. von Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgoß, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst, Ingrid Kirschey-Feix unter Mitarb. von Olaf W. Reimann. 5., aktual. u. erw. Neuauflage. Berlin 2010, S. 953.

⁹⁵⁹ Hauptabteilung XX/1, 15.11.1989: Beschluss über die Archivierung des IM-Vorganges; BStU, MfS, AIM 11943/89, Bd. I/1, Bl. 196 f. Als Niggemeier 1954 in die Westabteilung beim Hauptvorstand der DDR-CDU versetzt werden sollte, wurde er MfS-intern sofort von der HVA (damals noch: Hauptabteilung XV) übernommen. Da er dann jedoch nicht in die Westabteilung kam, sondern persönlicher Referent von CDU-Generalsekretär Gerald Götting wurde, entschied Erich Mielke am 25.1.1955 nach Rücksprache mit Markus Wolf, dass Niggemeier wieder von der Hauptabteilung V/3 geführt wurde. BStU, MfS, AIM 11943/89, Bd. I/1, Bl. 32 f. Zum Streit zwischen den MfS-Hauptabteilungen V und XV um „Benno Roth“ siehe auch den Vermerk der Hauptabteilung V/3 vom 15.2.1956; ebenda, Bl. 64 f. Da die Akten der Hauptabteilung V (seit 1964: Hauptabteilung XX) im Gegensatz zu den HVA-Unterlagen zum größeren Teil erhalten blieben, sind auch einige Hinweise auf Niggemeiers Westarbeit in seiner Akte überliefert.

⁹⁶⁰ BStU, MfS, AIM 11943/89.

⁹⁶¹ Hauptabteilung V, Abteilung 3, 30.1.1956: Auszug aus Treffbericht in: BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 147; ebenso: Hauptabteilung V, Abteilung 3, 17.2.1956: Betr.: GI „Benno Roth“ in: BStU, MfS, AIM 11943/89, Bd. I/1, Bl. 45 f. u. Bd. II/1, Bl. 66 f.

Mitgliedschaft einbrachten, bezeichnete Bock demzufolge als Fehler. Die meisten CDU-Bundestagsabgeordneten seien „von Adenauer gekauft“, stellte Bock demnach fest, und er bedauere es, nicht stark genug zu sein, um offen dagegen anzutreten.⁹⁶² Niggemeier folgerte aus diesen Gesprächen, dass Bock „in der Perspektive vielleicht für uns zu gewissen Graden zu gewinnen“ sei.⁹⁶³ Doch schon im April 1956 musste Niggemeier auf Anweisung Biedermanns in die Bundesrepublik reisen und seine dortigen Kontakte lösen. Anschließend wurde er aus der Westarbeit herausgenommen. Wie Niggemeier im Juni 1956 seinem Führungsoffizier berichtete, habe er für seinen Nachfolger, der den Kontakt zu Bock weiterführen sollte, ein Empfehlungsschreiben verfassen müssen.⁹⁶⁴ Wer fortan die Gespräche mit Bock führen sollte, ist nicht ersichtlich. Die Daten auf der „Rosenholz“-Karteikarte zu Bock legen die Vermutung nahe, dass die Verbindung zu Bock bereits im Februar 1957 vollständig beendet war.⁹⁶⁵ Demnach kann man die MfS-Verbindung zu Bock als einen letztlich gescheiterten IM-Vorlauf einstufen.

Das gesamte Agentennetz um Jost Biedermann musste nach Heims Flucht seine Arbeit Richtung Westen einstellen. Ende 1959 machte der in Westberlin ansässige „Untersuchungsausschuss freier Juristen“ (UfJ) Biedermanns MfS-Mitarbeit in zwei Flugblättern erneut öffentlich. Die HV A ging 1960 davon aus, dass über diese Flugblätter und die darauf einsetzende „Flüsterpropaganda“ die meisten CDU-Mitglieder in der DDR über Biedermanns MfS-Anbindung Bescheid wussten.⁹⁶⁶ Verborgenen blieb damals nur, dass Biedermann 1958 auf eigenen Wunsch heimlich in die SED aufgenommen worden war, obwohl er weiterhin CDU-Funktionär blieb und als solcher die CDU bis 1963 auch in der Volkskammer vertrat.⁹⁶⁷ Seinen IM-Vorgang beendete die HV A 1963.⁹⁶⁸ 1965 nahm eine andere MfS-Abteilung den Kontakt zu ihm wieder auf. Für den Westeininsatz kam er nicht mehr infrage, denn in der Bundesrepublik war er noch Ende der sechziger Jahre wegen Staatsgefährdung zur Fahndung ausgeschrieben.⁹⁶⁹ 1984 beendete das MfS die Zusammenarbeit mit ihm, angeblich wegen seines Alters und seines Gesundheitszustandes.⁹⁷⁰ 1990 startete er dann eine neue Karriere und wurde (ehrenamtlicher) Präsident der Volkssolidarität, ein Amt, das er bis 2002 innehatte. Biedermann starb 2008.

Fasst man die Angaben in der Akte Biedermanns zusammen, ergibt sich ein Bild, wonach die HV A breit angelegt versuchte, Verbindungen zu CDU-Abgeordneten herzustellen. Doch es blieb bei lockeren, unverbindlichen und oberflächlichen Kontakten, die in der Akte auf den ersten Blick bedeutender erscheinen, als sie es waren. Aus geheimdienstlicher Sicht mag diese Strategie dennoch sinnvoll gewesen sein. Bestand doch die Hoffnung, im Rahmen der vielen Kontakte die eine oder andere Information zu bekommen, die als Anknüpfungspunkt für eine Anwerbung hätte dienen können.

Die Akte Biedermanns ist der großen HVA-Akten-Beseitigung entgangen, weil Biedermann in den sechziger Jahren von dem in den Westen geflüchteten HVA-Mitarbeiter Helmut Fleischer angeschrieben wurde. Dies rief die MfS-Spionageabwehr auf den Plan – damals die MfS-Abteilung XXI⁹⁷¹ – die sich den kompletten Aktenvorgang von der HV A übergeben ließ und ihn später der Abteilung XX der BV Gera weiterreichte.⁹⁷²

⁹⁶² Niggemeier: Bericht, Reise nach Bonn, 19.1.1956; BStU, MfS, AIM 11943/89, Bd. II/1, Bl. 47–52, hier 47 f., 51. Ebenso Hauptabteilung V, Abteilung 3, 17.2.1956: Betr.: GI „Benno Roth“ in: BStU, MfS, AIM 11943/89, Bd. I/1, Bl. 45 f.

⁹⁶³ Ebenda, Bl. 48 u. 51.

⁹⁶⁴ Treffbericht, Treff mit GI „Benno Roth“, 12.6.1956; ebenda, Bl. 75 f., hier 76.

⁹⁶⁵ Der Vorgang zu Bock wurde höchst wahrscheinlich im Februar 1957 archiviert. Siehe hierzu Anm. 973.

⁹⁶⁶ HVA II/1, 8.8.1960: Arbeitsanalyse über GM „Haus“ in: BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 30–33, hier 32.

⁹⁶⁷ Ausführlich zur SED-Mitgliedschaft Biedermanns in: ebenda, Bl. 173–196 u. 204–217.

⁹⁶⁸ Ebenda, Bl. 272 f.

⁹⁶⁹ BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/2, Bl. 4 f. u. 15 f.

⁹⁷⁰ Ebenda, Bl. 300 f.

⁹⁷¹ Die Abteilung XXI war 1960 aus der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) herausgelöst und 1980 wieder eingegliedert worden. Zu ihren Aufgaben gehörte unter anderem, die Aufenthaltsorte von in den Wes-

Wenn man bedenkt, wie viele historisch interessante Daten allein diese Akte enthält, so wird zugleich auch der Verlust an gesichertem Wissen fassbar, den die Beseitigung der meisten HVA-Akten mit sich brachte.

Anhand der Biedermann-Akte lassen sich einige Karteikartenerfassungen von CDU-Abgeordneten deuten. In anderen Fällen werden neue Fragen aufgeworfen. Nachfolgend werden die Karteikartenerfassungen im Einzelnen vorgestellt.

Über Paul Bock legte Helmut Schwarz, ein Mitarbeiter Heims, am 2. März 1956, eine Namenskarteikarte (F 16) an. Etwa ein Jahr später gab er den Vorgang ins Archiv. Der Karteikarte sind keine weiteren inhaltlichen Informationen zu entnehmen.⁹⁷³ Die erwähnte IM-Akte von Adolf Nigge-meier erhellt den Hintergrund der Karteikartenerfassung. Sie war Ausdruck eines letztlich misslungenen Kontaktabbauversuchs. Im November 1960 erfasste die HVA-Abteilung II Bock im Objektvorgang zur CDU/CSU.⁹⁷⁴

Über Hugo Mayer legte ebenfalls Helmut Schwarz am 2. März 1956 eine Karteikarte (F 16) an. Am 7. Juli 1959 ging der Vorgang ins Archiv. Die Karteikarte trug zunächst die Vorgangsnummer 623.⁹⁷⁵ Unter dieser Nummer hatte Max Heim im Dezember 1953 den Vorgang zu Biedermann registrieren lassen.⁹⁷⁶ In diesem Fall ist offenkundig, dass Mayer zunächst, am 2. März 1956, zum Aktenvorgang Biedermanns hinzuregistriert wurde. Drei Monate später erfasste die HV A Mayer unter einer eigenen Registriernummer (2888).⁹⁷⁷ Die Biedermann-Akte legt die Schlussfolgerung nahe, dass der Vorgang Nr. 2888 den Charakter eines IM-Vorlaufs hatte, denn zum damaligen Zeitpunkt hielt man eine Anwerbung Mayers für denkbar. Dass daraus nichts wurde, ist aktenkundig.

Zu Robert Pferdmeiges legte die HV A am 22. März 1954 eine Karteikarte (F 16) an. Sie enthält keine direkt erkennbaren Bezüge zu Max Heim oder Jost Biedermann. Der Sachbearbeiter Josef (Sepp) Ondrej, der auf der Karteikarte als Mitarbeiter angeführt ist, arbeitete damals jedoch in der HVA-Hauptabteilung I, in der auch Heims Referat angesiedelt war.⁹⁷⁸ Ob Ondrej und Heim damals im selben HVA-Referat arbeiteten, konnte noch nicht ermittelt werden.

ten geflüchteten MfS-Angehörigen zu ermitteln und sie ggf. gewaltsam in die DDR zurückzuschaffen; ferner die Überwachung unzuverlässiger ehemaliger MfS-Mitarbeiter und einige andere Aufgaben. Siehe Wiedmann: Die Dienstleistungen des MfS, 2012, S. 98.

⁹⁷² BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/2, Bl. 20 f. Ein Brief Fleischers an Jost Biedermann ist vorhanden im OV „Tourist“ (vgl. Anm. 932); BStU, MfS, GH 98/78, Bd. 1, Bl. 316–318; weitere Angaben zur versuchten Kontaktaufnahme in: ebenda, Bl. 302 f.

⁹⁷³ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Paul Bock. Die beiden Vorgangsnummern auf der Karteikarte F 16, 1036 und 2807, führen nicht zu weiteren Karteikarten. Der Stempel mit dem Datum der Archivierung – also die endgültige und förmliche Beendigung des Aktenvorgangs – ist nur schwer zu entziffern; wahrscheinlich bezeichnet er den 24.2.1957. Gegen die – optisch nicht auszuschließende – Jahreszahl 1967 spricht insbesondere die Tatsache, dass auf der Karteikarte F 16 zu Bock nur die alten Vorgangsnummern 1036 und 2807 aufgetragen sind. Vorgänge, die über das Jahr 1960 hinaus liefen, wurden 1960 grundsätzlich mit neuen Vorgangsnummern versehen. Eine solche gibt es auf dieser Karteikarte F 16 nicht.

⁹⁷⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Paul Bock, Reg.-Nr. XV/9826/60.

⁹⁷⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Hugo Mayer.

⁹⁷⁶ Beschluss über die Anlegung eines Vorgangs; BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 40; vgl. auch ebenda, Bl. 158, sowie BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Jost Biedermann, Reg.-Nr. XV/18896/60.

⁹⁷⁷ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Hugo Mayer. Unter der Reg.-Nr. 2888 ist in der Kartei F 16 keine weitere Person erfasst. Eine Karteikarte F 22 zu dieser Reg.-Nr. existiert nicht. Deshalb gibt Rosenholz keine Auskunft über die Art des Aktenvorgangs.

⁹⁷⁸ Zu Ondrej siehe BStU, MfS, HA KuSch/AKG-KA HM Josef Ondrej (Kaderkarteikarte). Außerdem dessen Kaderakte: BStU, MfS, KS II, 351/78; darin Bl. 56 f. eine Beurteilung Ondrejs durch Referatsleiter Gailat und Abteilungsleiter Laufer vom 3.11.1956, was die Annahme nahelegt, dass Ondrej nicht für Heim arbeitete. Über Ondrejs Tätigkeit finden sich, wie so oft, keine inhaltlichen Angaben in der Kaderakte, also keine Hinweise auf die von ihm geführten Vorgänge.

Den Aktenvorgang zu Pferdmenes bearbeitete federführend allerdings die Auswertungsabteilung der HV A.⁹⁷⁹ Die Registrier- bzw. Vorgangsnummer 733, unter der Pferdmenes erfasst wurde, war Teil einer ganzen Serie von Karteikarten, die die HV A Ende März 1954 über Bundestagsabgeordnete und andere bekannte Personen anlegte.⁹⁸⁰ Am 20. Oktober 1962, knapp vier Wochen nach Pferdmenes Tod, archivierte die HV A den Vorgang. In der Buchführung der HV A handelte es sich hierbei um einen IMA-Vorgang.⁹⁸¹ Bei Pferdmenes, wie auch bei den anderen Abgeordneten, die in der angesprochenen Karteikartenserie bei der Auswertungsabteilung der HV A erfasst wurden, waren diese IM-Aktenvorgänge jedoch nicht zu inoffiziellen Mitarbeitern angelegt, sondern speicherten Informationen über den betreffenden Politiker oder dienten HVA-internen Zwecken.⁹⁸²

Die oben zitierten Aufzeichnungen in der Akte Biedermann legen daher eine zusätzliche Seite der geheimdienstlichen Arbeit gegen Pferdmenes offen. Während die „Rosenholz“-Karteikarten das Interesse der HV A an Informationen über Pferdmenes andeuten, verweisen die Aufzeichnungen Biedermanns auf die Bemühungen der HV A, einen Gesprächskontakt herzustellen: Die HV A hatte versucht, Pferdmenes über Biedermann und sein Netz „abzuschöpfen“, ohne dabei allzu große Erfolge zu erzielen.⁹⁸³

Über Hermann Pünder legte Heims Mitarbeiter Helmut Schwarz am 28. März 1956 eine Karteikarte (F 16) an. Am 12. Dezember 1961 archivierte die HVA-Abteilung II/1 den Vorgang. Auch hier handelte es sich um einen IMA-Vorgang. Er lief unter dem Decknamen „Boden“ und wurde von Heims (früheren) Mitarbeitern Rolf Tröbner und Heinz Lehmann geführt.⁹⁸⁴ Näheren Aufschluss gibt die dazugehörige Karteikarte F 22. Darin wird der Vorgang zu Pünder als „Vorlauf-IM“ bezeichnet und nachgewiesen, dass nur ein einziger Aktenband angelegt wurde.⁹⁸⁵ Ohne die Biedermann-Akte könnte man aus diesen Angaben nur allgemein die Vermutung ableiten, dass die HV A auf irgendeine Weise einen Gesprächskontakt zu Pünder suchte oder schon hergestellt hatte und darauf hoffte, in absehbarer Zeit einen beständigen Gesprächs- oder Informationsfluss aufzubauen. Dabei müsste offen bleiben, ob diese Gespräche noch im Rahmen offizieller und somit plausibler Kontakte stattfanden oder für den bundesdeutschen Politiker aufgrund der Gesprächsinhalte, -umstände oder -partner bereits als geheimdienstlich zu erkennen waren. Aufgrund der oben zitierten Aussagen Biedermanns lässt sich der Gesprächshintergrund erfassen: Pünder wurde im Rahmen politischer Gespräche abgeschöpft. Zudem findet sich in der Akte die Abschrift eines Briefes Pünders an Biedermann. Dem ist zu entnehmen, dass sich beide in Pün-

⁹⁷⁹ Dies war zunächst die Abteilung III, dann die Abteilung V, ab 1959 dann die Abteilung VII der HV A.

⁹⁸⁰ Zwischen dem 22. und 29. März 1954 wurden die folgenden Politiker bzw. Bundestagsabgeordneten in Karteikarten F 16 namentlich erfasst (in Klammern die Nummer des Vorgangs): Konrad Adenauer (755), Thomas Dehler (759), Ludwig Erhard (731), August-Martin Euler (763), Walter Hallstein (781), Heinrich Hellwege (764), Waldemar Kraft (760), Heinrich Lübke (752), Reinhold Maier (762), Friedrich Middelhaue (761), Franz Neumann (737), Theodor Oberländer (766), Erich Ollenhauer (767), Robert Pferdmenes (733), Ernst Scharnowski (738), Erwin Schoettle (768), Hans-Christoph Seebohm (765), Franz Josef Strauß (758). Die Namenskarteikarte zu Ludwig Erhard, Reg.-Nr. MfS 19798/60, liegt nur in der zentralen Kartei F 16 des MfS vor, nicht jedoch in Rosenholz, wo lediglich die zugehörige Vorgangskarteikarte F 22 überliefert ist. Ausführlich zu diesen Karteikartenerfassungen siehe Kapitel 2.6.5., S. 203 ff.

⁹⁸¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/19807/60; Dass. in: BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, ZV8216743. Zu der Aktenart „IMA“ siehe S. 177.

⁹⁸² Siehe Kapitel 2.6.5., S. 203 ff.

⁹⁸³ Eine weitere Karteikarte (F 16) zu Pferdmenes hatte der HVA-Mitarbeiter Herbert Müller – ein (späterer?) Untergebener Max Heims – bereits am 1.8.1953 angelegt. Einige der dort enthaltenen Vorgangsnummern 56, 58 und 59 finden sich auch bei anderen damals bekannten Persönlichkeiten und Politikern, unter anderem bei Jakob Kaiser. Es dürfte sich hier um eine Art von Objektvorgang gehandelt haben. Der Vorgang wurde bereits am 11.8.1953 wieder archiviert.

⁹⁸⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Hermann Pünder; BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/8305/60. Bis 1960 lief der Vorgang unter der Nummer 7186. Unter beiden Registriernummern ist ausschließlich Pünder erfasst.

⁹⁸⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Karteikarte F 22 zu Reg.-Nr. XV/8305/60.

ders Kölner Wohnung im Sommer 1956 kennenlernten. Biedermann hielt sich damals in seiner Funktion als Funktionär der DDR-CDU in der Bundesrepublik auf. Pünder bot ihm in diesem Brief als einen weiteren Gesprächstermin den 3. Oktober 1956 wiederum in Köln an.⁹⁸⁶ Möglicherweise ließ das HVA-Interesse an Pünder schon 1957 nach, weil er auf eine erneute Kandidatur zum Deutschen Bundestag verzichtete. In seinen 572 Seiten umfassenden Memoiren, die 1968 erschienen, erwähnt Pünder seine damaligen DDR-Kontakte nicht.⁹⁸⁷

Über Ernst von Bodelschwingh, Hellmuth Heye, Anton Hilbert, Walter Köhlthau und Josef Rösing liegen keine Karteikartenerfassungen der HV A vor, obwohl entsprechende Einträge zumindest bei Hellmuth Heye zu erwarten gewesen wären.

Zusätzlich zu den bisher Genannten ist hier noch der CDU-Abgeordnete Rudolf Vogel anzuführen. Vogel wird zwar in der Biedermann-Akte nicht erwähnt. Die HV A brachte ihn in ihrer Buchführung aber mit einem Mitarbeiter Biedermanns, einem der beiden Ostberliner Redakteure, in Verbindung. Diesen Redakteur erfasste Heims Vorgesetzter Kurt Fricke 1954 im Vorgang Nummer 912, der später als IMA-Vorgang unter dem Decknamen „Horn“ nachgewiesen wird. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde Vogel zu diesem Vorgang hinzuregistriert.⁹⁸⁸ Da der Redakteur die Aufgabe hatte, Gespräche mit bundesdeutschen CDU-Politikern herzustellen, ist in Analogie zu den bereits dokumentierten Fällen davon auszugehen, dass Vogel von diesem Redakteur angesprochen wurde oder angesprochen werden sollte. Am 12. Dezember 1961 archivierte die HVA-Abteilung II/1 diesen Vorgang. Rudolf Vogel wurde ab 6. Dezember 1962 im Objektvorgang der HV A zur CDU/CSU erneut registriert.⁹⁸⁹

2.8.3. Von Max Heim angelegte „Rosenholz“-Karteikarten zu Abgeordneten

Die nachfolgend genannten Abgeordneten wurden in Vorgängen registriert, bei denen Max Heim als zuständiger Mitarbeiter auf den jeweiligen Karteikarten angeführt ist:

Über Josef Baumgartner von der Bayernpartei ist nur dokumentiert, dass er von Max Heim im Vorgang Nr. 2512 erfasst wurde. Diesen Aktenvorgang hatte Heim im April 1956 angelegt, als Baumgartner bereits aus dem Bundestag ausgeschieden war und dem Bayerischen Landtag angehörte.⁹⁹⁰ Neben Baumgartner waren zwei weitere Personen in dem Vorgang erfasst, ein Regensburger Ingenieur und insofern Berufskollege von ihm, sowie der damalige CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Josef Strauß.⁹⁹¹ Welchen Inhalt und welche Zielrichtung dieser Vorgang hatte, muss bis auf Weiteres offen bleiben.

Am 21. Mai 1953 legte Max Heim eine Karteikarte (F 16) zu dem Funktionär der DDR-CDU Karl Grobbel an. Grobbel war von 1950 bis 1952 Minister im Land Brandenburg und anschließend kurzzeitig stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes Cottbus gewesen. Von September 1948 bis April 1953 war er zudem Vorsitzender des Politischen Ausschusses beim Hauptvorstand der DDR-CDU. Im Mai 1953 arbeitete er dann im Ostberliner Unions-Verlag. Heim erfasste ihn unter der Vorgangsnummer 471. Vier Jahre später, am 28. Mai 1957, legte Heims Mitarbeiter Johannes Lehmann unter derselben Vorgangsnummer Karteikarten (F 16) zu dem Zentrumsvorsit-

⁹⁸⁶ BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, Bl. 137.

⁹⁸⁷ Pünder, Hermann: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1968.

⁹⁸⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/19133/60; diese Registriernummer wurde 1960 anstelle der Nummer 912 verwendet.

⁹⁸⁹ Diese Karteikartenerfassung Vogels ist nicht in Rosenholz, sondern in der zentralen Kartei F 16 nachgewiesen.

⁹⁹⁰ Baumgartner gehörte dem Bundestag bis zum 1.1.1951 an, von 1954 bis 1958 dem Bayerischen Landtag.

⁹⁹¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. 2512. Konkret liegt zu allen 3 Personen je eine Namenskarteikarte vor. Die Karteikarte F 16 zu Strauß war bereits 1952 von Herbert Müller angelegt worden und später auf den Vorgang 2512 umgeschrieben worden, weshalb der Name Heim auf der Karteikarte von Strauß nicht angeführt ist.

zenden und Bundestagsabgeordneten Johannes Brockmann und zu Willi Kreiterling an, dem damaligen Pressebeauftragten des Zentrums. Zwei Jahre später wurde mit Augustin Sudowe ein weiteres Präsidiumsmitglied des Zentrums von Heinz Lehmann zum Vorgang 471 hinzuregistriert. 1966 wurde der gesamte Vorgang als IMA-Vorgang „Wilhelm“ archiviert.⁹⁹² Die überlieferten Karteikarten legen die Schlussfolgerung nahe, dass Max Heim versuchte, über Karl Grobbel Kontakte zu Brockmann und überhaupt zur Zentrumspartei aufzubauen. Da Grobbel im August 1953, als Reaktion auf den Volksaufstand vom 17. Juni, vorübergehend seiner Ämter enthoben wurde, dürfte dieses Vorhaben anfangs erheblich gestört worden sein.⁹⁹³ Nachdem nach der Bundestagswahl im Herbst 1957 keine Zentrumsmitglieder mehr in den Bundestag einzogen, verlor diese Partei auch für die HV A an Bedeutung. Brockmann war demnach nur eine Zielperson der HV A, keinesfalls ein Informant. Sein Fall ist ein weiteres Beispiel für die Strategie der HV A, über Funktionäre der DDR-CDU Kontakte zu Bundestagsabgeordneten herzustellen.

Die Abgeordneten Ernst Müller-Hermann und Hugo Scharnberg wurden von Max Heim am 27. März 1953 auf Karteikarten (F 16) namentlich erfasst.⁹⁹⁴ Beide hatte Max Heim dem Vorgang Nr. 113 zugeordnet. Dieser Vorgang war am 5. Mai 1952 angelegt worden, sodass Müller-Hermann und Scharnberg erst nachträglich hinzuregistriert wurden. Welchen Inhalt und welche Zielrichtung dieser Vorgang hatte, muss bis auf weiteres offen bleiben. Scharnberg wurde ab 1959 in einem Objektvorgang der HV A geführt, der einfach die Objektbezeichnung „CDU“ (Reg.-Nr. XV/9126/60) trug. Er schied 1961 aus dem Bundestag aus. Müller-Hermann, der dem Bundestag noch bis 1980 angehörte, wurde seit 1960 im Objektvorgang „Schwarz“ (Reg.-Nr. XV/9826/60) registriert, also im zentralen Objektvorgang, den die HV A zur CDU/CSU führte.

Über den CSU-Abgeordneten Anton Donhauser legte die HV A am 20. Dezember 1955 eine Karteikarte (F 16) mit der Vorgangsnummer 2040 an. Als zuständige hauptamtliche Mitarbeiter sind auf dieser Karteikarte Max Heim und sein unmittelbarer Vorgesetzter, Abteilungsleiter Kurt Fricke, verzeichnet. Fast gleichzeitig, am 28. Dezember 1955, legte Fricke einen Vorgang zu Donhauser an, der am 19. Dezember 1961 als IMA-Vorgang „Döllinger“ archiviert wurde.⁹⁹⁵ Die Vorgangsnummer wurde 1960, wie bei allen Vorgängen, nach einer neuen Systematik umgeschrieben und lautete XV/14663/60. Donhauser ist die einzige Person, die in dem Vorgang erfasst ist. Die Datierungen auf der Namens- und der Vorgangskartei stimmen überein. Dies spricht dafür, dass Donhauser die Hauptperson im Vorgang „Döllinger“ ist und er nicht etwa zu einem bestehenden Vorgang hinzuregistriert wurde. Im Unterschied zu den bisher erörterten Vorgängen umfasste der Vorgang „Döllinger“ nicht nur einen einzigen Aktenband, sondern insgesamt fünf.

Im Vorgang „Döllinger“ scheint demnach tatsächlich etwas passiert zu sein. Naheliegenderweise ist anzunehmen, dass die HV A von „Döllinger“ Berichte erhielt, die sie in den Aktenbänden ablegte. Die Karteikartenerfassung lässt lediglich die Frage offen, ob Donhauser bewusst mit der HV A kooperierte und somit wissentlich als IM „Döllinger“ tätig war oder ob er unter einer „falschen Flagge“ abgeschöpft wurde, ohne den MfS- bzw. HVA-Hintergrund zu bemerken. Welche Informationen die HV A von Donhauser bezog, geht aus den überlieferten MfS-Unterlagen nicht hervor, weder aus den „Rosenholz“-Karteien noch aus den SIRA-Daten.

⁹⁹² 1960 übertrug die HV A die bisherigen Vorgangsnummern in ein neues System, sodass der Vorgang Nr. 471 dann unter der Reg.-Nr. XV/18849/60 geführt und auch archiviert wurde.

⁹⁹³ Zur Biografie Grobbels siehe Wer war wer in der DDR?, Berlin 2010, S. 431. Allein aus den vorliegenden Karteikarten ist nicht mit letzter Sicherheit festzustellen, ob Grobbel bewusst mit dem MfS kooperierte.

⁹⁹⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Ernst Hermann-Müller [!] und Hugo Scharnberg.

⁹⁹⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/14663/60. Der Vorgang zu Donhauser wurde demnach von der HV A unter der Archivnummer AIM 2517/61 abgelegt. Dieselbe Archivnummer wurde von der MfS-Hauptabteilung V für die Vorlaufakte eines Bauschlossers und Kesselmeisters in Weißenborn (Erzgebirge) verwendet, ohne dass eine Verbindung zwischen beiden Vorgängen zu erkennen ist. Die Vorlaufakte des Weißenborner Handwerkers wurde später eingefügt in: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AIM 1745/86, Bl. 24–53.

Doch über Donhauser weiß man mehr, weil Heim ihn gegenüber den bundesdeutschen Behörden 1959 als HVA-Agenten enttarnte. 1960 verurteilte ihn der Bundesgerichtshof zu einer neunmonatigen Gefängnisstrafe, setzte sie aber zur Bewährung aus.⁹⁹⁶ Donhauser, so ergaben die damaligen Ermittlungen, hatte sich für die Bayernpartei erheblich verschuldet, was die HV A 1955 für eine geheimdienstliche Ansprache ausnutzte. Er verhielt sich angeblich jedoch zunächst ablehnend. Erst ab Herbst 1957, als sein Bundestagsmandat gerade ausgelaufen war, will er demnach der HV A Informationen aus der Bayernpartei und der CSU geliefert und über einzelne Politiker wie den Finanz- bzw. Justizminister Fritz Schäffer und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß berichtet haben. Als seinerzeitiges ordentliches Mitglied in den Bundestagsausschüssen für Verkehr sowie für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht verfügte er nicht über besonders interessierende Informationszugänge. Sein Amt als stellvertretendes Mitglied des Innenausschusses legte er am 20. Januar 1956 nieder.

Der Name Donhauser nebst seinem Decknamen „Döllinger“ findet sich auch in einer Übersicht vom 18. Dezember 1959, in der die HV A 28 ihrer Agenten auflistete, die infolge der Flucht Heims in der Bundesrepublik verhaftet wurden.⁹⁹⁷ Nähere Angaben über Donhausers Tätigkeit für das MfS enthält die Akte zu Heim nicht.

Der MdB Oskar Wacker ist bei der HV A in einem IMA-Vorgang mit der Registriernummer XV/18896/60 verzeichnet. Unter derselben Registriernummer wurde zuvor bereits Jost Biedermann erfasst. Wacker wurde also lediglich hinzuregistriert, während Biedermann der IM war. Soweit ist der Fall sowohl in der Karteikartenerfassung wie auch in der Aktenüberlieferung eindeutig. Die Namenskarteikarte zu Wacker vom 2. März 1956 führt Helmut Schwarz, einen Untergebenen Heims, als zuständigen HVA-Mitarbeiter an; die Namenskarteikarte zu Biedermann vom 27. November 1953 hatte Heim selbst unterschrieben.⁹⁹⁸

Merkwürdig ist nur, dass Biedermann in seinen Aktenaufzeichnungen keinerlei Kontakte zu Wacker erwähnt. Die Karteikartenerfassungen legen nahe, dass Biedermann insbesondere auf Wacker angesetzt war, weil beide im gleichen Aktenvorgang registriert waren. Die überlieferten Akten einschließlich der darin enthaltenen Aufzeichnungen Biedermanns belegen hingegen Kontakte zu mehreren Abgeordneten, nur nicht zu Wacker.

Ebenso inkonsequent erscheint die Karteikartenerfassung jener Abgeordneten, zu denen Biedermann nachweislich Gesprächskontakte aufbaute. Denn von diesen Abgeordneten ist, laut Karteikarte F 16, nur Hugo Mayer anfänglich im Vorgang Biedermanns erfasst. Diese Eigenheiten erschweren, zumindest für den Zeitraum der fünfziger Jahre, die Interpretation der Karteikartenerfassungen.

Auf den Karteikarten F 16 wurde jeweils vermerkt, welcher hauptamtliche Mitarbeiter die Karteikarte anlegte bzw. den betreffenden Abgeordneten erfasste. Aber es ist nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich, über den Namen eines hauptamtlichen Mitarbeiters Agentenringe oder Vorgänge zusammenzustellen. So bildete zwar der gesamte Agentenring um Biedermann und seine Mitarbeiter innerhalb des von Heim geleiteten Referats eine Einheit. Die Karteikarten F 16 (Namenskartei) zu Biedermann und fünf seiner Mitarbeiter wurden jedoch von unterschiedlichen HVA-Offizieren angelegt. Auf den Karteikarten von Biedermann und Gorzynski erscheint Max Heim als zuständiger HVA-Mitarbeiter, bei drei anderen sind es Heims Mitarbeiter Helmut Schwarz und Heinz Lehmann und einmal Kurt Fricke, der als Abteilungsleiter der unmittelbare

⁹⁹⁶ BGH, Urteil v. 21.9.1960 – Az. 6 St E 2/60, S. 3–9; BA Koblenz, B 362/5697, Bl. 265–272. Heim trat im Prozess gegen Donhauser als Zeuge auf. Vgl. ebenda, S. 9 bzw. Bl. 269. Zum Übertritt Heims vgl. auch Neubert: Ein politischer Zweikampf, 2002, S. 85–87, sowie Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 246, Anm. 1083. Zu Donhauser vgl. ferner Schumacher (Hg.): M.d.B., 2000, S. 77; Der Spiegel 13(1959)25 v. 17.6.1959, S. 66: Personalien: Anton Donhauser; Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv 12/61: Anton Donhauser, fr. Politiker.

⁹⁹⁷ „Übersicht über die Verhafteten und bisher abgeurteilten“ (wie Anm. 935).

⁹⁹⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18896/60. Auf der Karteikarte F 16 zu Biedermann sind noch die alten Vorgangsnummern 609 und 623 angeführt, auf der von Wacker noch die Vorgangsnummer 623.

Vorgesetzte Heims war. Die Vorgangskarteikarte F 22 ist nicht bei allen sechs vorhanden und weist zum Teil andere Mitarbeiternamen auf, beispielsweise den von Rolf Trübner, einem weiteren Mitarbeiter Heims.⁹⁹⁹ Insgesamt erschwert diese Praxis es der heutigen Forschung, alleine über die Namen der vorgangsführenden Mitarbeiter bestimmte innere Zusammenhänge zu erkennen. Auch die Nummern der sechs Vorgänge sind, bis auf wenige Ausnahmen, unterschiedlich. Umso hilfreicher ist es, dass – gleichsam exemplarisch – die Akte Biedermann für diese Untersuchung noch zur Verfügung steht.

2.8.4. Spionage gegen die CDU: Die Überlieferung im Objektvorgang „Gegenschlag“

Wie bereits ausgeführt, legte das MfS unmittelbar nach Heims Flucht eine Akte über ihn an, die mehrere Ziele verfolgte. Der für die HV A eingetretene Schaden wurde dokumentiert, weiterer Schaden sollte verhindert werden und man versuchte bis in die achtziger Jahre, den Aufenthaltsort Heims zu ermitteln. Dahinter stand, wie in anderen Fällen, die Absicht, ihn zurück in die DDR zu schaffen, was dem MfS nicht gelang. Wahrscheinlich hätte ihm die Hinrichtung gedroht.¹⁰⁰⁰

Die Akte Max Heim belegt anhand konkreter IM-Vorgänge, wie die HV A damals DDR-Bürger als IM anwarb, sie als Flüchtlinge getarnt in die Bundesrepublik schickte und im Großraum Bonn Wohnung nehmen ließ und wie sie dann versuchten, sich dem vorgegebenen Zielobjekt zu nähern. Die bundesdeutschen Zeitungen berichteten ausführlich darüber.¹⁰⁰¹

Anders als die Akte Biedermann enthält die Akte Heim keine Unterlagen aus der operativen Tätigkeit. Zu den wichtigsten Dokumenten im OV „Gegenschlag“ gehört die schon angesprochene Liste mit den Namen von 28 Personen, die Max Heim als IM des MfS in der Bundesrepublik enttarnte.¹⁰⁰² Das MfS gelangte auch in den Besitz von Aussagen Heims, die er bei westlichen Behörden machte, und aus denen sich die Identität weiterer sechs West-IM ergibt.¹⁰⁰³ Aus der Gruppe der von Heim enttarnten IM seien nachfolgend einige genannt:

Auf den Fall des von Heim enttarnten CSU-Abgeordneten Donhauser wurde schon eingegangen. Heim bestätigte außerdem die geheimdienstliche Anbindung des früheren CDU-Abgeordneten Karlfranz Schmidt-Wittmack, der bereits im August 1954 in die DDR übergesiedelt war.¹⁰⁰⁴

In Westberlin enttarnte Heim unter anderem zwei CDU-Bezirksverordnete: Alfred Bichowski („Schildbürger“) aus Wilmersdorf und Günter Stöckel („Stab“) aus Spandau.¹⁰⁰⁵

In Bonn gab Heim die Identität mehrerer MfS-Agenten preis, die perspektivisch in die CDU eindringen sollten. Darunter befanden sich drei Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Die CDU-nahe Westberliner Zeitung *Der Tag* kommentierte schon nach Bekanntwerden der ersten Meldungen: „Das Personal der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn beträgt nur etwa 70 Köpfe. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass aus der Geschäftsstelle nicht weniger als vier [!] Perso-

⁹⁹⁹ Ein Organigramm mit den entsprechenden Mitarbeiter-Zuordnungen ist vorhanden in: BStU, MfS, BV Gera, AIM 327/84, Bd. I/1, ohne Blattangabe (zwischen Bl. 9 u. 10). Zum damaligen Zeitpunkt gehörte Heims Referat noch zur Hauptabteilung I innerhalb der HV A, es wechselte erst Anfang 1959 zur HVA-Abteilung II.

¹⁰⁰⁰ Siehe Anm. 930. Zu dem HVA-Überläufer Walter Glassl, der sich 1957 in den Westen abgesetzt hatte, existiert noch ein Entführungsplan der MfS-Hauptabteilung II vom 24.8.1981. Darin heißt es: „Operativplan zur Bearbeitung des Verräters ‚Ratte‘: Das Ziel der op. Bearbeitung besteht in der zweifelsfreien Identifizierung, Aufklärung, konspirative Festnahme u. Überführung in die DDR, um ihn seiner gerechten Strafe zuzuführen.“; BStU, MfS, HA II, 1834, Teil 2, Bl. 139.

¹⁰⁰¹ Vgl. oben, Anm. 931.

¹⁰⁰² „Übersicht über die Verhafteten und bisher abgeurteilten“ (wie Anm. 935).

¹⁰⁰³ BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 269 u. 286–291.

¹⁰⁰⁴ Entsprechende Zeitungsmeldungen in: ebenda, Bl. 69.

¹⁰⁰⁵ BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 25, 42, 93, 103, 118 u. 290. Zum IMA-Vorgang Bichowskis siehe BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/12178/60; zum IMA-Vorgang Stöckels ebenda, Recherche zu Reg.-Nr. XV/18094/60. Beide werden genannt in: *Der Spiegel* 13(1959)23 v. 3.6.1959, S. 22 f.: CDU-Spionagering: Die Herzkammer-Theorie.

nen verhaftet worden sind.“¹⁰⁰⁶ Von den vier Verhafteten waren drei tatsächlich für die HV A tätig gewesen.¹⁰⁰⁷ Das Erstaunen des Kommentators war durchaus berechtigt. Auch wenn die drei IM in der CDU-Bundesgeschäftsstelle keine Staatsgeheimnisse verraten konnten, so hatte sich die HV A hier eine perspektivreiche Basis geschaffen.

Ebenfalls in Bonn enttarnte Heim einen Mitarbeiter der „Drucksachenabteilung“ des Deutschen Bundestages, Julius Dietz. Dietz soll unbedeutende Unterlagen wie Telefonbücher und Drucksachen des Bundestages an das MfS weitergegeben haben.¹⁰⁰⁸ Er gehörte zu einem Agentenring, den Lothar Noack (IM „Norden“) in Bonn aufzubauen begann. Noack war 1954 in Leipzig von der HV A angeworben und 1956 als Medizinstudent nach Bonn übersiedelt worden, wo er als „Resident“ fungierte.¹⁰⁰⁹

Bei drei West-IM, die Heim enttarnte, verweisen die „Rosenholz“-Erfassungen auf Verbindungen zu Bundestagsabgeordneten:

Heinz Piefke („Polle“) war nach Aussagen Heims 1954 in Leipzig als IM verpflichtet worden.¹⁰¹⁰ Aus Piefkes zweiter, 1961 angelegter IM-Akte geht hervor, dass er 1954 als Westdeutscher am 2. „Deutschlandtreffen der Jugend und Studenten“ in Ostberlin teilnahm und Interesse an einem Studium in der DDR äußerte. Bei dieser Gelegenheit nahm die HV A Kontakt zu ihm auf, schickte ihn in die Bundesrepublik zurück und warb ihn noch im selben Jahr als IM an – „auf ideologischer Basis, verbunden mit materiellen Zuwendungen“.¹⁰¹¹ Die in „Rosenholz“ überlieferte Karteikarte (F 16) zu Piefke trägt Heims Unterschrift und datiert vom 9. Juni 1954. Piefke begann in Koblenz ein Studium an der Ingenieurschule für Bau und Maschinenwesen und trat auftragsgemäß der CDU und der Jungen Union bei. Zu seinem Aktenvorgang wurde, neben zwei Kollegen von der Jungen Union in Koblenz, 1954/55 auch der Bundestagsabgeordnete Horst Haasler hinzuregistriert.¹⁰¹² Welche Verbindung zwischen beiden bestand oder angestrebt wurde, geht aus den spärlichen MfS-Unterlagen nicht hervor. Möglicherweise würde das Gerichtsurteil gegen Piefke weiteren Aufschluss geben.¹⁰¹³ Haasler hatte sich nach dem Krieg als Heimatvertriebener in Niedersachsen niedergelassen, gehörte zu den führenden Politikern des BHE und war über die niedersächsische BHE-Landesliste in den Bundestag gekommen. 1953 bis 1955 war er Vorsitzen-

¹⁰⁰⁶ Der Tag, 22.5.1959: Zwei weitere Verhaftungen in Berlin; vorhanden in: BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 29.

¹⁰⁰⁷ Es handelte sich um Ellen Körner (IM „Keller“, Reg.-Nr. XV/12807/60), Archivarin in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die zur Mitarbeit erpresst wurde, Johanna Scheunert (IM „Marga“, Reg.-Nr. XV/13224/60), deren Arbeitsgebiet in der CDU-Bundesgeschäftsstelle der Exil-CDU-Landesverband Oder-Neiße war – in einem zeitgenössischen Zeitungsbericht als „Sowjetzonen-Referat“ bezeichnet – und um Johannes Splett (IM „Julius“, Reg.-Nr. XV/11225/60), wirtschaftspolitischer Referent in der CDU-Geschäftsstelle. BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 94, 97, 102–104, 270 u. 289; siehe auch BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu den hier angegebene Namen und Reg.-Nummern. Auch erwähnt in: Der Spiegel 3.6.1959, S. 22 f. (wie Anm. 1005).

¹⁰⁰⁸ BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 66 u. 291.

¹⁰⁰⁹ Ebenda, Bd. 3, Bl. 60, 102, 128–201 u. 286 f.; BStU, MfS, Bestand Rosenholz und BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/19153/60, XV/10819/60, XV/15692/60. In den Rosenholz-Unterlagen wurde Dietz noch im Vorgang von Noack, XV/19153/60, geführt.

¹⁰¹⁰ BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 288.

¹⁰¹¹ HV A, Abt. II/1, 7.2.1961: Auskunft über Piefke, Heinz; BStU, MfS, BV Frankfurt/O., AIM 14/67, Bd. P, Bl. 17. Nach Heims Flucht in die Bundesrepublik wurde Piefke 1959 enttarnt, verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. 1960 wurde er entlassen und ging in die DDR, wo er später erneut als IM angeworben wurde. Ebenda, Bl. 80. Seine IM-Akte der HV A ist nicht erhalten geblieben.

¹⁰¹² BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/19154/60. Die Karteikarte F 16 zu Haasler ist unvollständig datiert. Da sie Haasler als BHE-MdB anführt, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Karteikarte 1954/55 angelegt wurde.

¹⁰¹³ Piefke wurde nach Informationen des MfS am 9.12.1959 zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 104.

der der BHE-Fraktion, wechselte dann zur CDU und gelangte 1957 nicht wieder in den Bundestag. Den IMA-Vorgang zu Piefke archivierte die HV A im Februar 1961.¹⁰¹⁴

Johannes Müller („Mahnke“) wurde nach Aussagen Heims 1956 als IM für das MfS verpflichtet und unterhielt Verbindungen zu maßgeblichen CDU-Politikern, die er ohne deren Wissen „abschöpfte“. ¹⁰¹⁵ Auch Müller kam aus der DDR und siedelte als Student im Auftrag des MfS in die Bundesrepublik über. Damaligen Zeitungsberichten zufolge war er zeitweilig Bundesgeschäftsführer des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten). ¹⁰¹⁶ Zum Zeitpunkt seiner Enttarnung fungierte er als Geschäftsführer des „Pädagogischen Arbeitskreises Oberschulen“. Der IMA-Vorgang „Mahnke“ wurde 1956 angelegt und im Dezember 1961 archiviert. ¹⁰¹⁷ In der „Rosenholz“-Kartei liegen zu diesem Vorgang drei Namenskarteen vor. Zwei Karteikarten enthalten Namen enger Angehöriger von Johannes Müller, die dritte Karteikarte enthält Namen und Daten der CDU-Abgeordneten Elfriede Hamelbeck (seit 1959 trug sie den Familiennamen Klemmert). Als zuständiger HVA-Hauptamtlicher ist auf allen drei Karteikarten, ebenso wie im zugehörigen SIRA-Datensatz zu „Mahnke“, Heims Mitarbeiter Heinz Lehmann angeführt. Zu Johannes Müller liegt keine Karteikarte F 16 mehr vor. Er ist nur über die Heim-Akte als Hauptperson des Vorgangs erkennbar. Die vorliegenden Karteikarten und MfS-Unterlagen begründen die Annahme, dass Elfriede Hamelbeck/Klemmert von Johannes Müller ausspioniert werden sollte. Inwieweit ihm das gelang, lässt sich nicht feststellen. Immerhin zählte sie in den fünfziger Jahren zu den engagierten Nachwuchspolitikerinnen der CDU in Nordrhein-Westfalen, hatte seit Mitte der fünfziger Jahre hohe Funktionen bei der Jungen Union inne und gehörte von 1957 bis 1961 dem Bundestag an.

Charlotte Respondek wurde ebenfalls aufgrund von Heims Aussagen enttarnt. Die HV A führte sie von 1954 bis 1970 in dem IMA-Vorgang „Charlie“. Die Karteikarte F 16 unterschrieb im Januar 1954 Max Heim, die Vorgangskarteikarte F 22 sein Mitarbeiter Heinz Lehmann. ¹⁰¹⁸ Über Respondek existiert nur der Hinweis auf der Karteikarte F 16, wonach sie um 1954 einen Beruf als „freie Mitarbeiterin“ ausübte und in Berlin-Zehlendorf lebte. Zeitweise (vor 1960) führte die HV A Respondek unter der Vorgangsnummer 752. Unter derselben Vorgangsnummer hatte Heims Mitarbeiter Heinz Lehmann auch eine Karteikarte (F 16) mit Namen und Daten des Abgeordneten und Bundeslandwirtschaftsministers Heinrich Lübke ausgefüllt. Wie weiter oben bereits dargelegt, war die Vorgangsnummer 752 Teil einer ganzen Serie von Karteikarten, die die HV A Ende März 1954 über Bundestagsabgeordnete und andere bekannte Personen anlegte. ¹⁰¹⁹ So weist diese Vorgangsnummer darauf hin, dass die HV A Lübke im Blick hatte. Die Daten zu Charlotte Respondek lassen sich dahingehend verstehen, dass sie an Heinrich Lübke herangeschleust werden sollte. Spätestens 1960 wurden Lübke und Respondek in getrennten Vorgängen erfasst. ¹⁰²⁰ Zu Lübke legte Heinz Lehmann am 26. April 1960 eine IM-Vorlauf-Akte an, die erst am 12. Mai 1970 archiviert wurde. Der entsprechenden Vorgangskarteikarte ist zu entnehmen, dass der gesamte Aktenvorgang auch nach zehn Jahren nur einen einzigen Aktenband umfasste. ¹⁰²¹ Wie weiter oben im Falle Pünder gezeigt werden konnte, kann eine Vorlauf-Akte durchaus auf einen

¹⁰¹⁴ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/19154/60.

¹⁰¹⁵ BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 288.

¹⁰¹⁶ Westfälische Rundschau v. 25.5.1959, S. 2; als Abschrift vorhanden in: BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 60. Vgl. auch Übersicht über die Verhafteten, Bl. 102 (wie Anm. 935).

¹⁰¹⁷ BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, Recherche zu Reg.-Nr. XV/15936/60.

¹⁰¹⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz sowie BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA-TDB 21, jeweils Recherche zu Reg.-Nr. XV/13124/60. Eine eindeutige Zuordnung des Vorgangs zu Respondek ergibt sich aus BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 105 (wie Anm. 935).

¹⁰¹⁹ Siehe oben, Anm. 980.

¹⁰²⁰ Respondeks Vorgang erhielt 1960 die Reg.-Nr. XV/13124/60, „Charlie“. Welche Verbindung zwischen Lübke und Respondek bestand, geht aus den Karteikarten nicht hervor. In der 635 Seiten starken Lübke-Biografie von Rudolf Morsey kommt der Name Respondek nicht vor.

¹⁰²¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/2705/60.

aussichtsreichen Abschöpfkontakt hindeuten. Doch warum diese Akte zehn Jahre geführt wurde, obwohl sie nicht an Umfang zunahm, ist nicht ersichtlich. Mit Heinrich Lübke, der von 1959 bis 1969 Bundespräsident war, befassten sich im Laufe der sechziger Jahre bekanntermaßen andere MfS- und SED-Abteilungen.¹⁰²²

2.8.5. Schlussbetrachtung

Der Flucht der HVA-Offiziere Max Heim und Helmut Fleischer in die Bundesrepublik ist es zu verdanken, dass MfS-Unterlagen erhalten geblieben sind, die einige Hintergründe von Karteikartenerfassungen über Bundestagsabgeordnete erhellen.

Die Bundesregierung veröffentlichte am 6. Juni 1959 zahlreiche neue Erkenntnisse über die Westarbeit der HV A, die das Bundesamt für Verfassungsschutz aus den Befragungen Heims gewonnen hatte.¹⁰²³ Heim berichtete demnach auch über mehrere „aktive Maßnahmen“, die die HV A gegen Bundestagsabgeordnete durchgeführt hatte. So lancierte die HV A im Herbst 1956 in drei Aktionen mehrere gefälschte Briefe, die dem Anschein nach von den Politikern bzw. Abgeordneten Konrad Adenauer, Otto Lenz, Ernst Lemmer und Eugen Gerstenmaier stammen sollten. Das Ziel dieser und anderer Aktionen bestand darin, innerparteiliche oder innenpolitische Konflikte zu schüren.¹⁰²⁴ In den überlieferten MfS-Akten finden sich keine Unterlagen mehr darüber.

Angesichts der breit angelegten Westspionage der HV A mag es überraschen, wie klein die verantwortlichen HVA-Abteilungen waren. Kurt Fricke, der die Abteilung 2 innerhalb der HVA-Hauptabteilung I, leitete, unterstanden mehrere Referate – sehr wahrscheinlich die gegen CDU/CSU, FDP und katholische Kirche arbeitenden.¹⁰²⁵ Doch insgesamt verfügte er Ende 1956 nur über zwölf operative Mitarbeiter; darin eingeschlossen das Referat von Max Heim.¹⁰²⁶ Hinzuzurechnen sind noch einige Mitarbeiter in den regionalen HVA-Niederlassungen (Abteilungen XV) der MfS-Bezirksverwaltungen, die sich mit denselben Zielen befassten. Diese geringe Mitarbeiterzahl mag eine Erklärung dafür sein, weshalb die HV A auch andere DDR-Institutionen wie die Westabteilungen der Blockparteien in die geheimdienstliche Arbeit einspannte.

Aus der geringen Mitarbeiterzahl lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass Heim tatsächlich alle wesentlichen Vorgänge des CDU-Referats der HV A kannte. Es verwundert deshalb nicht, wenn Fricke Vorgesetzter Fritz Schulze¹⁰²⁷ am 4. Januar 1961 in einer Beurteilung noch einmal anmerkte, durch Heims Flucht sei „der erhebliche Teil der Informationsmöglichkeiten auf diesem Gebiet [CDU] zerstört“ worden.¹⁰²⁸ Zugleich wurde Fricke damals bescheinigt, er arbeite „mit großer Anstrengung daran, um diese Folgen zu überwinden“.¹⁰²⁹ Im Umkehrschluss heißt das, dass der Rückschlag nach eineinhalb Jahren noch nicht wettgemacht war.

¹⁰²² Zur Kampagne gegen Lübke, die maßgeblich von dem für Agitation zuständigen SED-Politbüromitglied Albert Norden getragen und von der Desinformationsabteilung der HV A unterstützt wurde, siehe Stadt, Jochen: Die Lübke-Legende. Wie ein Bundespräsident zum „KZ-Baumeister“ wurde. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat (2005)18, S. 54–71, (2006)19, S. 107–124. Anders als Stadt geht Jens-Christian Wagner davon aus, dass Lübke persönliche Verantwortung für die menschenunwürdige Behandlung der Arbeiter in den Häftlingskommandos in Peenemünde trug. Vgl. Der Spiegel 55(2001)22 v. 28.5.2001, S. 218: Massengrab an der Raketenrampe. Historiker Jens-Christian Wagner über Heinrich Lübkes Rolle beim Einsatz von KZ-Häftlingen in Peenemünde [Interview].

¹⁰²³ Enthüllungen über die Spionage im Bundesgebiet. Ergebnisse der Befragung eines Referatsleiters im sowjetzonalen Ministerium für Staatssicherheit. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 6.6.1959, Nr. 100, S. 980–983; vorhanden in: BStU, MfS, GH 7/88, Bd. 3, Bl. 236–239.

¹⁰²⁴ Ebenda, S. 981 f.

¹⁰²⁵ BStU, MfS, KS II 346/77 (Kaderakte Kurt Fricke), Bl. 42 u. 208.

¹⁰²⁶ Ebenda, Bl. 35.

¹⁰²⁷ Fritz Schulze wurde im Februar 1959 Leiter der neu geschaffenen HVA-Abteilung II, in die Fricke Abteilung eingegliedert wurde. Somit war Schulze kurzzeitig auch der übergeordnete Vorgesetzte Heims. Zu Schulze vgl. Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A, 2011, S. 61.

¹⁰²⁸ HVA-Abt. II, Leiter (Schulze), 4.1.1961: Beurteilung über Fricke, Kurt; BStU, MfS, KS II 346/77, Bl. 42.

¹⁰²⁹ Ebenda.

In derselben Beurteilung vom 4. Januar 1961 muss zugleich der nachfolgende Absatz aufhören lassen, in dem Fricke bescheinigt wurde:

„Im Referat FDP/DP kann eine gute Entwicklung festgestellt werden, was in der Schaffung einer Reihe neuer und dem Ausbau vorhandener Informationsmöglichkeiten Ausdruck findet.“¹⁰³⁰

Welche konkreten geheimdienstlichen Operationen damit angesprochen sind, lässt sich mangels entsprechender Akten nicht feststellen. Die Archivüberlieferung zu Heim und Biedermann bietet also nicht nur Einblicke in die Spionage gegen die Unionsparteien, sondern sie vermittelt zugleich einen Eindruck davon, um wie viel geringer der heutige Kenntnisstand im Hinblick auf die anderen Bundestagsparteien oder auch die bundesdeutsche Exekutive ist.

¹⁰³⁰ Ebenda.

3. „Aktive Maßnahmen“¹⁰³¹: Einflussnahme und Desinformation

3.1. Das manipulierte Misstrauensvotum 1972

Am 27. April 1972 stimmte der Deutsche Bundestag über das konstruktive Misstrauensvotum ab, zu dem sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion drei Tage zuvor entschlossen hatte. Nachdem im Laufe der aktuellen Legislaturperiode mehrere Abgeordnete der sozial-liberalen Regierungskoalition zur Union übergetreten waren, konnte sich Oppositionsführer Rainer Barzel ausrechnen, jetzt über eine Mehrheit im Parlament zu verfügen. Über ein konstruktives Misstrauensvotum wollte er die Regierung Brandt/Scheel stürzen und deren Ostpolitik revidieren. In geheimer Abstimmung folgten aber nur 247 Abgeordnete dem Antrag, erforderlich wären 249 Stimmen gewesen. Mindestens zwei Unionsabgeordnete hatten demnach Rainer Barzel die Gefolgschaft verweigert, die sozial-liberale Regierung im Amt gehalten und somit eine gravierende politische Richtungsentscheidung bewirkt.¹⁰³²

Die Suche nach den beiden Abweichlern setzte sofort ein, Gerüchte und Spekulationen machten die Runde. Über ein Jahr später, am 29. Mai 1973, bezichtigte sich Julius Steiner, der von 1969 bis 1972 für die baden-württembergische CDU im Bundestag saß, in einem Interview selbst, damals nicht für Barzel gestimmt zu haben und zudem als Doppelagent sowohl für Geheimdienste der Bundesrepublik als auch der DDR tätig gewesen zu sein. Wenig später sagte er noch aus, für sein Stimmverhalten 50 000 DM erhalten zu haben und zwar von SPD-Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand. Wienand bestritt diesen Vorwurf zeitlebens. Er ging davon aus, dass Steiner 1972 für Barzel gestimmt hatte. Die Bundesanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit gegen Steiner ein, stellte es 1975 aber ohne Ergebnis wieder ein. Der Bundestag setzte einen Untersuchungsausschuss ein, der viele Details zusammentrug. Doch den genauen Ablauf der damaligen Ereignisse konnte er nicht mit der erhofften Sicherheit feststellen.¹⁰³³

Dennoch geht man seit Steiners Selbstbezeichnung und den nachfolgenden Untersuchungen mit großer Gewissheit davon aus, dass Steiner im April 1972 vom MfS mit 50 000 Mark bestochen wurde, um sein Stimmverhalten zu beeinflussen.

Im November 2000 berichtete dann *Der Spiegel* unter Berufung auf Erkenntnisse der Bundesanwaltschaft, dass der zweite Abweichler aus den Reihen der Union der damalige CSU-Abgeordnete Leo Wagner gewesen sei. Auch Wagner habe 1972 vom MfS 50 000 Mark bekommen, damit er nicht für Barzel stimme. Das Geld sei Wagner über einen bayerischen Journalisten angeboten worden, der als IM „Dürer“ bereits seit 1966 für die HV A gearbeitet habe. Die Bundes-

¹⁰³¹ Zum Begriff „Aktive Maßnahmen“ siehe die Erläuterung in Kapitel 1.2.9.2., S. 125 ff.

¹⁰³² Der gesamte Vorgang ist zuletzt übersichtlich, quellenbasiert und mit Literaturhinweisen versehen dargestellt worden von Grau, Andreas: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 16(2009), S. 1–17.

¹⁰³³ Ebenda, S. 6–11. Andreas Grau zeigt in seinem Aufsatz, welche anderen Abgeordneten noch viele Jahre nach dem Misstrauensvotum im Verdacht standen, Barzel ihre Stimme verweigert zu haben. Die CSU-Abgeordnete Geisendörfer hatte sich 1978 gegenüber einem Spiegel-Redakteur selbst dazu bekannt, widerrief ihre Aussage aber sofort nach Erscheinen eines entsprechenden Artikels. Ebenda, S. 12–15; siehe auch Merseburger, Peter: Willy Brandt (1913–1992). Visionär und Realist. Stuttgart, München 2002, S. 689 f.; ferner die journalistisch gehaltene Darstellung von Schell, Manfred; Kalinka, Werner: Stasi und kein Ende. Die Personen und die Fakten. Frankfurt/M. 1991, S. 194–200. Wienands Perspektive beleuchtet und vertritt Lotze: Karl Wienand, 1995, S. 142–151. In dem Interviewband von Reker, Stefan: Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Gegenwart im Spiegel von Parlamentariern aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1999, äußern Karl Wienand und Rainer Barzel im Rückblick ihre Deutungen der Vorgänge um das Misstrauensvotum 1972, insbes. S. 124–126 und 142 f. Weitere Literaturhinweise in: Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 204.

anwaltschaft hatte diesen Hinweis von einem früheren MfS-Offizier erhalten.¹⁰³⁴ Wagner hat diesen Vorwurf stets bestritten.

Die bislang bekannte MfS-Überlieferung zu diesem Thema ist äußerst dürftig. Julius Steiner wurde Ende Februar/Anfang März 1973 als IM „Simon“ von der HV A erfasst, zu Leo Wagner legte die HV A im Dezember 1975 einen IM-Aktenvorgang unter dem Decknamen „Löwe“ an. Für „Simon“ weist die SIRA-Datenbank der HV A fünf Informationslieferungen nach, und zwar alle aus dem Jahr 1973, während die HV A von „Löwe“ zwischen 1976 und 1983 demnach 42 Informationen bezog. Auf beide Abgeordnete geht das vorliegende Gutachten an anderer Stelle näher ein.¹⁰³⁵

Mehr geheime Aktivitäten der beiden Abgeordneten sind in den MfS-Unterlagen nicht dokumentiert. Es ist deshalb irreführend und falsch, wenn in Veröffentlichungen mit Bezug auf Leo Wagner behauptet wird, die Stasi-Unterlagen – konkret: die „Rosenholz“-Karteikarten – würden „das Geheimnis um den zweiten Unions-Abgeordneten [lüften], der Brandt die Kanzlerschaft rettete“.¹⁰³⁶ Denn die „Rosenholz“-Karteikarten zeigen lediglich, dass Wagner seit Ende 1975 unter dem Decknamen „Löwe“ bei der HV A in einem eigenen IM-Vorgang registriert war. Zu diesem Zeitpunkt lag das Misstrauensvotum bereits dreieinhalb Jahre zurück, was in einigen Darstellungen übersehen oder übergangen wurde. Die Einträge auf den „Rosenholz“-Karteikarten zu Wagner sowie die dazugehörigen SIRA-Daten weisen keine Bezüge zu den Vorgängen 1972 auf. Das legt die Schlussfolgerung nahe, dass Wagner 1972 einfach ein bestechlicher Parlamentarier war, dessen finanziellen Probleme die HV A über den Journalisten Georg Fleissman (IM „Dürer“) kannte und ausnutzte. Die HV A manipulierte die Abstimmung über das Misstrauensvotum 1972, indem sie zielgerichtet an korrupte Abgeordnete herantrat. Es bedurfte dafür keiner heimlichen Stasi-Fraktion, die es ohnehin nicht gab.

Sofern man heute bei aller gebotenen Vorsicht doch davon ausgeht, dass es die Abgeordneten Steiner und Wagner waren, die 1972 vom MfS gekauft wurden und das Misstrauensvotum Barzels scheitern ließen, so stützt sich diese Annahme auf Zeugenaussagen, Selbstbezeichnungen, den Untersuchungsausschuss des Bundestages, Erkenntnisse der Bundesanwaltschaft aus den Spionageverfahren der neunziger Jahre und Erinnerungen von damals Beteiligten. Dagegen geben die bislang bekannten MfS-Unterlagen keinen Aufschluss über jene spektakuläre „aktive Maßnahme“ des MfS im April 1972.¹⁰³⁷ Im Umkehrschluss heißt das, dass sich die HV A auch

¹⁰³⁴ Der Spiegel 54(2000)48 v. 27.11.2000, S. 17: Stasi: CSU-Spion enttarnt. Die damalige Spiegel-Meldung wurde in anderen Medien aufgegriffen. Vgl. u. a. Christiane Schlötzer: Ein Mann mit zwei Gesichtern. Der CSU-Politiker und Strauß-Vertraute Leo Wagner soll für die DDR spioniert haben – möglicherweise stimmte er 1972 gegen Barzel. In: Süddeutsche Zeitung v. 27.11.2000, S. 6; CSU-Politiker bestreitet Stasi-Tätigkeit. Bundesanwaltschaft identifiziert Wagner als „Löwe“/Rosenholz-Datei. In: FAZ v. 28.11.2000, S. 4. Diese Meldungen aus dem Jahr 2000 gerieten jedoch rasch wieder in Vergessenheit, sodass Wagner 5 Jahre später ein zweites Mal enttarnt wurde. Vgl. Spiegel online v. 22.12.2005: Misstrauensvotum gegen Brandt: Stasi-Karten lüften das letzte Geheimnis; Abgeordneter der CSU war Stasi-Agent. In: Berliner Zeitung v. 23.12.2005, S. 5; Spekulationen über Barzels Scheitern. In: FAZ v. 23.12.2005, S. 2. Bei dem oben erwähnten IM „Dürer“ handelte es sich um den Journalisten Georg Fleissman. Ausführlicher zu Wagner und Fleissman siehe S. 232–234.

¹⁰³⁵ Ausführlichere Angaben zu den Rosenholz- und SIRA-Daten zu Steiner und Wagner sowie zu Wagners HVA-Anbindung siehe S. 232–234 u. 242.

¹⁰³⁶ Spiegel Online v. 22.12.2005: Misstrauensvotum gegen Brandt: Stasi-Karten lüften das letzte Geheimnis, im Internet unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,392036,00.html> (Stand: 14.11.2011). Die Spiegel-Meldung beruft sich auf einen Aufsatz von Knabe, Hubertus: Liebesgrüße aus Ostberlin. In: Cicero. Magazin für politische Kultur, Januar 2006, im Internet zu finden unter <http://www.cicero.de/berliner-republik/liebesgr%C3%BC%C3%9Fe-aus-ostberlin/37219> (Stand: 5.7.2012).

¹⁰³⁷ In den MfS-Unterlagen finden sich umfangreiche Materialsammlungen über den Steiner-Untersuchungsausschuss des Bundestages und bundesdeutsche Presseberichte über die sogenannte Steiner/Wienand-Affäre, aber keine originären Unterlagen über die Einflussnahme des MfS. Vgl. u. a. BStU, MfS, ZAIG/1, 9031, 9032; HA II, 41878. In einem Gespräch Stefan Rekers mit Rainer Barzel in den neunziger Jahren klingen Verwunderung und Enttäuschung darüber an, dass sich die Hintergründe des gescheiterten Misstrauensvotums aus den verbliebenen Stasi-Akten nicht aufklären ließen: „Nach der Wende in der DDR bat ich die Bundesregierung, sie möge diesbezüglich in die Stasi-Akten schauen.“

solcher Abgeordneter bediente, zu denen sie zum gegebenen Zeitpunkt keine IM-Akte führte und – wie im Falle Wagners – wahrscheinlich auch keinen direkten Kontakt unterhielt. Um einen Menschen zu bestechen, musste die HV A ihn nicht vorab als inoffiziellen Mitarbeiter rekrutieren. Sie musste damals allerdings innerhalb kürzester Zeit wissen, welcher Abgeordnete in der konkreten Situation käuflich war.

Im SED-Archiv liegt ein zeitgenössisches Dokument vor, das recht klar darauf hindeutet, dass die DDR das Misstrauensvotum zugunsten Willy Brandts manipulierte. Es handelt sich um die Niederschrift eines Gesprächs zwischen Erich Honecker und seinem rumänischen Kollegen Nicolae Ceaușescu im Mai 1972. Honecker hielt sich am 11. und 12. Mai 1972 mit einer großen Partei- und Regierungsdelegation in Bukarest auf, um dort den ersten bilateralen Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen beiden Ländern zu unterzeichnen. Im Gespräch mit Nicolae Ceaușescu prahlte er mit den innen- und außenpolitischen Erfolgen der DDR. Auf das gescheiterte Misstrauensvotum bezogen führte er aus:

„Das heißt, wir haben unsererseits entsprechend unserer gemeinsamen, koordinierten Linie auf außenpolitischem Gebiet viele Maßnahmen getroffen, um der Regierung Brandt die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag zu erleichtern. Wir hatten die verschiedensten Aussprachen, auch über interne Kanäle. An und für sich haben wir fast alles getan, wovon man annehmen könnte, dass es die Position der Regierung Brandt bei der Ratifizierung der Verträge stärkt, und wir haben noch kurz vor der Behandlung des Misstrauensvotums, das durch die CDU/CSU im Bundestag gestellt wurde, bestimmte Maßnahmen getroffen, um die Regierung Brandt zu stützen. Es ist also die groteske Lage eingetreten, dass wir als die stärksten Helfer für die Stabilisierung der Regierung Brandt auftreten mussten. Wir haben das getan, weil diese Regierung selbstverständlich für uns alle angenehmer ist als eine Regierung unter Leitung von Barzel und Strauß.“¹⁰³⁸

Damals, im Mai 1972, war man in der Bundesrepublik noch weit davon entfernt, die Ursache für den unerwarteten Ausgang des Misstrauensvotums in der DDR zu verorten. Um so bemerkenswerter ist die hier dokumentierte Offenbarung Honeckers gegenüber Ceaușescu.

3.2. Versuchte Einflussnahme auf verschiedenen Wegen

Am Beispiel des Misstrauensvotums von 1972 wird deutlich, wie schwierig es ist, alleine anhand von Stasi-Unterlagen zu belegen, welchen konkreten Einfluss das MfS auf die bundesdeutsche Politik ausübte. Es ist geboten, die Perspektive zu erweitern, zusätzliche Archive einzubeziehen und die SED als Befehlsgeber und Akteur im Blick zu behalten. So entfaltete die SED beispielsweise in den frühen fünfziger Jahren umfangreiche, verdeckte Aktivitäten, um den früheren Reichskanzler Joseph Wirth als personelle Alternative zu Konrad Adenauer aufzubauen, auf diese

Das wurde an die Gauck-Behörde zur Aufarbeitung der Stasi-Akten weitergeleitet. Eines Tages rief Herr Gauck an und wir vereinbarten einen Termin, an dem er zu mir kommen und die Akten mitbringen wollte. Ich hatte eigens meinen Schreibtisch aufgeräumt, weil ich glaubte, viel Platz für diese Akten zu benötigen. Doch er brachte mir nur ein Papier von anderthalb Seiten. Das war alles, was sie gefunden hatten, der Rest ist offenbar vernichtet worden. Es war ein minutiöser Bericht über einen Besuch von meiner verstorbenen Frau und mir in der Ostberliner Hedwigs-Kathedrale.“; Reker: Der Deutsche Bundestag, 1999, S. 142 f.

¹⁰³⁸ Stenografische Niederschrift der Beratungen der Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sozialistischen Republik Rumänien am 11./12.5.1972 in Bukarest, S. 17 f.; BArch, DY 30/J IV 2/2 J, 4088. Zwei Sätze weiter unterstellt Honecker den bundesdeutschen „Industrie- und Bankkreisen“ den „Abkauf von Abgeordneten“ und nennt diese „Kulissenschieberei“ die „klassische Form der bürgerlichen Demokratie“; er spielt damit auf den Wechsel von Bundestagsabgeordneten der SPD-FDP-Regierungsfractionen zur CDU/CSU an. Der gesamte Zusammenhang seiner Ausführungen legt die Schlussfolgerung nahe, dass er mit den oben zitierten „bestimmten Maßnahmen“ den Stimmenkauf von Abgeordneten der CDU/CSU durch die DDR andeutete.

Weise das bürgerliche Lager bei der Bundestagswahl 1953 zu schwächen und Adenauers Wiederwahl zu verhindern.¹⁰³⁹

Im Hinblick auf die Bundestagswahl 1957 war es Walter Ulbricht, der bereits am 11. Mai 1956 die MfS-Führung dazu aufforderte, alle Möglichkeiten zu nutzen, um Adenauer 1957 eine Wahlniederlage zu bescheren. Das MfS entfaltete daraufhin umfangreiche Aktivitäten.¹⁰⁴⁰ Erich Mielke setzte Ulbrichts Forderung in der MfS-Direktive Nr. 2/56 vom 25. August 1956 betreffend „Erfassung aller operativer Möglichkeiten des MfS im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen 1957“ um. Darin ordnete er an, mithilfe von West-IM, Kontaktpersonen und DDR-IM die Wahlvorbereitungen der Parteien zu erkunden, kompromittierende Unterlagen zu beschaffen, Differenzen zwischen den Koalitionsparteien zu verstärken und IM in den Bundestag, in die Parteien und in Regierungsstellen einzuschleusen.¹⁰⁴¹

Die DDR-Kampagnen gegen westdeutsche Politiker insbesondere in den sechziger Jahren gingen von der SED aus, worauf insbesondere Jochen Staadt hinweist. Das MfS lieferte in erheblichem Umfang die Materialien für die Kampagnen und beteiligte sich maßgeblich an deren Umsetzung.¹⁰⁴²

Die heutige Kenntnis über aktive Maßnahmen bzw. Desinformationskampagnen gegen Bundespolitiker speist sich aus verschiedenen Quellen: Dazu zählen bereits in den fünfziger Jahren die Aussagen von HVA-Überläufern¹⁰⁴³, in den neunziger Jahren dann die mit gewisser Vorsicht zu lesenden Erinnerungen ehemaliger HVA-Angehöriger, ferner die Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden, die in den neunziger Jahren die DDR-Spionage aufarbeiteten, außerdem Unterlagen aus den Archiven von SED und MfS. Zu den gängigen Methoden aktiver Maßnahmen gehörte es, gefälschte Briefe, kompromittierende Materialien oder verfälschte Informationen so geschickt in die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu lancieren, dass die Herkunft aus der DDR nicht erkennbar war. In den vergangenen 20 Jahren wurde darüber viel geschrieben. Nachdrücklich sei an dieser Stelle vor allem auf die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft von November 1993 gegen den langjährigen Leiter der HVA-Desinformationsabteilung Rolf Wagenbreth und einige seiner Mitarbeiter hingewiesen. Darin werden die Methoden und Strukturen der HVA-Desinformation offengelegt, konkrete Einzelmaßnahmen beschrieben und die Namen von Opfern sowie West-IM genannt. Der Bundestag war dabei nur eines von zahlreichen Zielen der „aktiven Maßnahmen“, die im Übrigen als eine „Spielwiese“ von HVA-Chef Markus Wolf galten. Diese Anklageschrift, auf die sich spätere Publikationen oft beziehen, wurde 2004 ediert.¹⁰⁴⁴ Sie ist nach wie vor lesenswert.

¹⁰³⁹ Herbstritt, Georg: Brückenbau oder Seitenwechsel? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955). Frankfurt/M. u. a. 1993; Amos, Heike; Wilke, Manfred: Die Deutschlandpolitik der SED und ihre „bürgerlichen Bündnispartner“ in der Bundesrepublik 1949 bis 1989. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2010. Berlin 2010, S. 49–65; Amos: Westpolitik, 1999, S. 99–106.

¹⁰⁴⁰ Neubert: Ein politischer Zweikampf, 2002, S. 82 f.; Neubert fasst hier die Aktionen des MfS vor der Bundestagswahl 1957 so zusammen: „Neben dem Schüren von Spannungen zwischen den bürgerlichen Parteien wurden [vom MfS] gefälschte Schreiben in Umlauf gebracht, kompromittierendes Material in die Presse eingeschleust und die ‚Friedenspropaganda‘ verstärkt“. Zur Rede Ulbrichts vom 11.5.1956 siehe Fricke: Die DDR-Staatssicherheit und Konrad Adenauer, 1996, S. 34 f.

¹⁰⁴¹ BStU, MfS, BdL/Dok 2613, Bl. 1–5. Nachdem die CDU/CSU bei den Wahlen 1957 die absolute Mehrheit errangen, musste sich HVA-Chef Markus Wolf auf der Kollegiumssitzung des MfS am 19.9.1957 rechtfertigen. Er behauptete gegenüber Mielke und anderen MfS-Generälen und Obersten, dass er das Wahlergebnis erwartet habe und machte den Einfluss der Westmächte, das „Monopolkapital“, die „Gleichschaltung der öffentlichen Meinung“, die Haltung der Kirchen, die „Demagogie der CDU“ und vor allem die Haltung der SPD-Führung, die gegen ein Zusammengehen mit Kommunisten eintrat, verantwortlich. Protokoll der Kollegiumssitzung am 19.9.1957; BStU, MfS, SdM 1900, Bl. 128.

¹⁰⁴² Staadt: Versuche der Einflussnahme, 1995, S. 2406–2600; vgl. auch Ders.: Die geheime Westpolitik, 1993.

¹⁰⁴³ Siehe hierzu Kapitel 2.8., S. 249 ff. in diesem Gutachten.

¹⁰⁴⁴ Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 459–550. „Aktive Maßnahmen“ der HVA in der Bundesrepublik sind unter anderem Gegenstand der folgenden Titel: Baron: Kalter Krieg und heißer Frieden, 2003; Dörren-

Gemessen daran, dass die HV A ihre Unterlagen 1990 weitgehend beseitigen konnte, haben sich in den MfS-Unterlagen dennoch erstaunlich zahlreiche Hinweise auf „aktive Maßnahmen“ erhalten. Dazu zählen Schreiben Markus Wolfs, in denen er Erich Mielke über einschlägige HVA-Aktionen informierte. Diese Schreiben finden sich heute beispielsweise im Aktenbestand „Sekretariat des Ministers“.¹⁰⁴⁵

Trotzdem dominieren die Überlieferungslücken. In einigen Fällen lassen sie sich konkret benennen, etwa im Hinblick auf den Bestand der MfS-Dissertationen. Die meisten Doktorarbeiten, die an der MfS-eigenen Hochschule in Potsdam eingereicht wurden, sind im Archiv des BStU vorhanden. Doch zu den Lücken in diesem Bestand gehören zwei Bände, die Einblick in aktive Maßnahmen der HV A gegeben hätten. Im einen Fall handelt es sich um die Dissertation des HVA-Oberstleutnants Henri Weiße. Er promovierte 1976 mit einer Dissertation, die den Titel trug: „Die Entlarvung der entspannungsfeindlichen antidemokratischen und sozialreaktionären Grundhaltung und Politik der CDU/CSU in der BRD durch eine aktive Maßnahme des MfS“.¹⁰⁴⁶

Die MfS-Dissertation von Kurt Gailat und Peter Kühn, die sich mit der SPD befasste, enthielt neben einem umfangreichen theoretischen Teil auch einen Katalog mit praktischen Vorschlägen und Handlungsanweisungen. Darin wurde offenbar beschrieben, wie die HV A Differenzen innerhalb der SPD für ihre Ziele und mit ihren geheimdienstlichen Möglichkeiten ausnutzen sollte und sozialdemokratische Politiker in eine DDR-freundliche Richtung lenken könnte. Doch diese Handlungsanweisung für „aktive Maßnahmen“, die ein separates Kapitel der MfS-Dissertation bildete, fehlt im Archivbestand des BStU. Überliefert ist nur der theoretische Teil.¹⁰⁴⁷

Die SIRA-Datenbank der HV A erlaubt gewisse Aufschlüsse über Inhalte und Ziele aktiver Maßnahmen. Dieser Aspekt wird in Kapitel 1.2.9.2., Seite 125 ff., ausführlicher beschrieben. Für die achtziger Jahre lässt sie erkennen, dass die HV A vor allem die vom Bundestag getragene Verteidigungspolitik im Visier hatte und diese mithilfe aktiver Maßnahmen zu bekämpfen versuchte. Doch in welchem Ausmaß dies tatsächlich geschehen ist, ist in den MfS-Unterlagen so gut wie nicht dokumentiert. Hier machen sich die Überlieferungslücken deutlich bemerkbar.

Für Insider waren aktive Maßnahmen mitunter erkennbar: So sorgte der *Stern* am 19. Juni 1975 zunächst für Schlagzeilen, als er ein abgehörtes Telefongespräch zwischen CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf und dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl veröffentlichte. Das Telefongespräch, in dem es um vermeintliche Führungsschwächen Kohls ging, war vom MfS abgehört worden, auf ein Original-Formblatt eines US-Militärnachrichtendienstes übertragen und dann als Kopie an verschiedene Adressaten in der Bundesrepublik verschickt worden, darunter den *Stern*, der es wie erhofft veröffentlichte. Diese Aktion sollte Helmut Kohl schwächen, Differenzen innerhalb der CDU verstärken und westliche Dienste in den Verdacht unzulässiger Überwachungspraktiken bringen. Ebenso geriet die Bundesregierung in den Verdacht, das Fernmeldegeheimnis ver-

berg: Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, 2003, S. 72–111; Heidemeyer, Helge: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR. In: Gassert, Philipp; Geiger, Tim; Wentker, Hermann (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. München 2011, S. 247–267, darin zahlreiche weiterführende Literaturhinweise. Auf Heidemeyer bezieht sich auch Wettig, Gerhard in seinem Diskussionsbeitrag: Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60(2012)1, S. 143–149; Wettigs Kernthese lautet hier: „Entschlossene, gut organisierte und mit den nötigen Ressourcen ausgestattete kleine Gruppen können sich durchsetzen, wenn die Mehrheit unerfahren und uneins ist.“ Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999; Ders.: Der diskrete Charme der DDR, 2001; Müller, Michael Ludwig: Die DDR war immer dabei. SED, Stasi & Co. und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik. München 2010. Siehe außerdem die Darstellung der früheren HVA-Offiziere Bohnsack und Brehmer: Bohnsack; Brehmer: Auftrag: Irreführung, 1992. Siehe ferner die Erwähnung einiger „aktiver Maßnahmen“ in diesem Gutachten, zum Beispiel S. 125 ff., 189 u. 290 f.

¹⁰⁴⁵ Dazu gehört zum Beispiel das in Anm. 1060 zitierte Dokument.

¹⁰⁴⁶ Siehe hierzu S. 26 f.

¹⁰⁴⁷ Siehe hierzu S. 25 f.

letzt zu haben.¹⁰⁴⁸ Am 24. Juli 1975 meldete sich in der Zeitschrift *Quick* der frühere HVA-Mitarbeiter Helmut Fleischer zu Wort. Fleischer war bis zu seiner Flucht in die Bundesrepublik im September 1959 im CDU-Referat der HV A beschäftigt. In seiner Stellungnahme in der *Quick* äußerte er die Überzeugung, dass das veröffentlichte Telefonprotokoll Kohl – Biedenkopf auf einer Abhörmaßnahme des MfS beruhe; eine Annahme, die sich dann nach 1990 bestätigte.¹⁰⁴⁹ Mit der ebenfalls vom MfS inszenierten Abhöraffaire Strauß/Scharnagl befasste sich zwischen 1978 und 1980 ein Bundestagsausschuss, der die MfS-Urheberschaft zwar nicht feststellen konnte, aber der Wahrheit dennoch sehr nahe kam.¹⁰⁵⁰ Inwieweit solche aktiven Maßnahmen tatsächlich praktische Auswirkungen hatten und Schaden verursachten, müsste in jedem Einzelfall geprüft werden. Hierzu liegen bislang kaum fundierte Erkenntnisse vor. Maßnahmen wie die vom MfS inszenierte Abhöraffaire Kohl/Biedenkopf entfalteten zweifelsohne ein destruktives Potenzial. Aber die Karriere Helmut Kohls hat das MfS damals ebenso wenig verhindert wie 1957 den überragenden Wahlsieg Konrad Adenauers.

3.3. Öffentliche Kampagnen gegen Bundespolitiker

Eine andere Form aktiver Maßnahmen, an denen das MfS maßgeblich beteiligt war, fand in der Öffentlichkeit statt. Gemeint sind damit vor allem die in der Literatur bereits ausführlich beschriebenen Diskreditierungskampagnen gegen Spitzenpolitiker und Bundestagsabgeordnete wie Theodor Oberländer, Eugen Gerstenmaier oder Herbert Wehner. Oberländer wurde am 29. April 1960 vom Obersten Gericht der DDR in einem Schauprozess in Abwesenheit wegen Kriegsverbrechen zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt. An den Massakern gegen jüdische Zivilisten sowie gegen 38 Professoren in Lemberg (L'viv) sowie an der Ermordung von Gefangenen im Kaukasus, wofür das DDR-Gericht ihn verurteilte, war er jedoch nicht beteiligt. Die Zeugenaussagen und der Prozessverlauf waren eine Farce, wie man heute anhand der SED- und MfS-Unterlagen nachweisen kann. Dennoch musste Oberländer, der gleichwohl ein überzeugter Nationalsozialist gewesen war und unter Verstoß gegen die Genfer Konvention maßgeblich an der Aufstellung mehrerer Kampfverbände mitgewirkt hatte (Bataillon „Nachtigall“ mit Ukrainern; Sonderverband „Bergmann“ mit kaukasischen Kämpfern; „Wlassow-Armee“) am 3. Mai 1960 auf Druck Adenauers von seinem Ministeramt zurücktreten. Bei der Bundestagswahl 1961 verpasste er den Wiedereinzug ins Parlament, gelangte aber im Mai 1963 als Nachrücker nochmals für zwei Jahre in den Bundestag.¹⁰⁵¹ Gegen Eugen Gerstenmaier, Bundestagspräsident von 1954 bis 1969, lancierten SED und MfS die ganzen sechziger Jahre hindurch ungerechtfertigte Vorwürfe, wonach er ein „Handlanger der faschistischen Gewaltherrschaft“ und ein Agent des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes gewesen sei.¹⁰⁵² Tatsächlich gehörte Gerstenmaier jedoch zu den Hitler-Gegnern des „Kreisauer Kreises“. Im Januar 1945 wurde er vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, da er in das Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli

¹⁰⁴⁸ Anklage gegen den früheren Leiter der HVA-Abteilung X, Rolf Wagenbreth und andere (wie Anm. 193), abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 463–550, hier 499 f.

¹⁰⁴⁹ *Quick* 31/1975 v. 24.7.1975: Neue Version zur Abhöraffaire; als Kopie vorhanden in: BStU, MfS, GH 98/78, Bd. 2, Bl. 130. In dem Artikel wird Fleischers Flucht in den Westen irrtümlich auf Januar 1960 datiert. Zu Fleischer siehe in diesem Gutachten auch Kapitel 2.8., S. 249 ff.

¹⁰⁵⁰ Zu dieser „aktiven Maßnahme“ siehe S. 290 f.

¹⁰⁵¹ Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998): Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt/M. 2000; Ders.: Die Inszenierung eines Schauprozesses – das Verfahren gegen Theodor Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR. In: Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.): Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte (= Schriftenreihe, Bd. 14). 2. Aufl., Berlin 2007, S. 29–54; im Internet unter http://www.berlin.de/imperia/md/content/lstu/schriftenreihe/heft14_07.pdf?start&ts=1200476145&file=heft14_07.pdf (Stand: 7.5.2012).

¹⁰⁵² Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, 2001, S. 250–269, insbes. 261 u. 269.

1944 involviert war.¹⁰⁵³ Gegen den SPD-Spitzenpolitiker Herbert Wehner führten SED und MfS vor allem seit 1964 bis in die frühen siebziger Jahre Kampagnen durch. Darin beschuldigten sie ihn zu Unrecht, er habe im schwedischen Exil faktisch mit der Gestapo kollaboriert und Namen von in Deutschland lebenden Widerstandskämpfern preisgegeben. Das Wissen um seine verhängnisvolle Rolle im Moskauer Exil hielt das MfS zurück, weil es sonst Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht ebenfalls hätte belasten müssen.¹⁰⁵⁴

Als Undurchführbar erwies sich der Versuch der HV A, Willy Brandt 1959/60 eine Gestapo-Mitarbeit anzudichten. Markus Wolf ließ für dieses Propagandavorhaben 1959 eigens den Leipziger Schriftsetzer Georg Angerer, einen Bekannten Brandts aus der Emigration, ins Gefängnis werfen, um ihm propagandistisch verwertbare Aussagen abzupressen. Doch Angerer konnte die erhofften Aussagen nicht liefern. Er verließ das Gefängnis nach einem halben Jahr seelisch zerrüttet. Somit schied er in jeder Hinsicht als Statist für eine HVA-Kampagne aus.¹⁰⁵⁵

Auch das „Braunbuch“ ist unter den aktiven Maßnahmen zu nennen, das unter der Leitung des SED-Propagandachefs und Politbüromitglieds Albert Norden erarbeitet wurde und von 1965 bis 1968 in drei Auflagen erschien. Es präsentierte die NS-Vergangenheit von 2 300 Personen, die in der Bundesrepublik in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens hohe Funktionen innehatten. In der Auflage von 1968 befanden sich darunter 15 Abgeordnete, die in der Wahlperiode 1965 bis 1969 dem Bundestag angehörten. Außerdem führte das „Braunbuch“ weitere 19 NS-belastete Politiker an, die in früheren Wahlperioden dem Bundestag angehört hatten.¹⁰⁵⁶ Das „Braunbuch“ stellt dem Bundestag somit ein ganz passables Zeugnis aus.

Bei dieser Art von Maßnahmen trat die DDR durch Pressekonferenzen oder eigene Publikationen offen als Urheber in Erscheinung; lediglich die spezifische Rolle des MfS blieb verdeckt.

In den sechziger Jahren geriet die Präsenz des Bundestags und anderer Bundeseinrichtungen in Berlin ins Visier der DDR. Die DDR-Behörden gingen mit offenen und verdeckten Maßnahmen dagegen vor. Ein Beispiel dafür ist die „Aktion ‚Karo‘“: Im Vorfeld einer Bundestags-Plenarsitzung in Westberlin Anfang April 1965 protestierten der DDR-Ministerratsvorsitzende Willi Stoph und Außenminister Lothar Bolz in Schreiben an den Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und Bundesaußenminister Gerhard Schröder erfolglos gegen diese Absicht. Während der Bundestagssitzung in Westberlin führten die Streitkräfte der Sowjetunion und der DDR westlich von Berlin Truppenübungen durch und die Sowjetunion ließ Düsenjäger über Berlin fliegen, um ein Drohszenario aufzubauen. Dem MfS kam damals die Aufgabe zu, allen Bundestagsabgeordneten die Durchreise durch die DDR nach Westberlin konsequent zu verweigern und die vorübergehende Sperrung der Verkehrswege von und nach Westberlin zu sichern. Zu

¹⁰⁵³ Brakelmann, Günter: Der Kreisauer Kreis. Chronologie, Kurzbiographien und Texte aus dem Widerstand. Münster 2003, S. 74–76.

¹⁰⁵⁴ Staat: Die geheime Westpolitik, 1993, S. 100–110. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 153–181. Zur Kampagne gegen Wehner siehe auch in diesem Gutachten S. 205 f. Als weiteres Beispiel für eine „aktive Maßnahme“ sei auf die von der „Nationalen Front“ und dem MfS lancierten Veröffentlichungen zum damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller hingewiesen. Siehe hierzu in diesem Gutachten S. 211.

¹⁰⁵⁵ Siehe hierzu S. 208 f.

¹⁰⁵⁶ Braunbuch, 1968. Ein Reprint der 3. Aufl. erschien 2002. Aus diesem Anlass setzte sich Jochen Staat in einer Rezension kritisch mit dem Braunbuch auseinander. Das Braunbuch beruhe „auf einer nach den Regeln der Desinformation im Verhältnis 80 : 20 erstellten Mixtur aus Wahrheit und Fälschung“. Staat stellt die Tatsache der NS-Belastung vieler Bereiche des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht infrage, kritisiert aber, dass die Verfasser des Braunbuchs „von Anfang an historische Quellen, die nicht in ihr Propagandabild passten, ausblendeten und systematisch einer quellenkritischen Kontrolle entzogen“. Staat, Jochen: Rezension zu Norbert Podewin (Hg.): Braunbuch [...]. Reprint der Ausgabe 1968. Berlin 2002. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 8(2003)13. S. 185–190, hier 187. Der Historiker Götz Aly bemängelt an dem „Braunbuch“ hingegen vor allem, dass es unvollständig geblieben sei, weil allzu viele Namen von NS-belasteten Funktionsträgern in der Bundesrepublik nicht aufgenommen worden seien. Siehe Aly, Götz: Zuverlässig. Lob des antifaschistischen Rentners. Rezensionsnotiz zum „Braunbuch“. In: Süddeutsche Zeitung v. 9.8.2002, hier zit. nach: Amos: Vertriebenenverbände, 2011, S. 125 f.

diesem Zweck ließ Erich Mielke einen eigenen Einsatzstab mit mehreren hundert hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern einrichten.¹⁰⁵⁷ Folgt man dem Resümee des MfS, wollten aber nur drei Bundestagsabgeordnete auf dem Landweg nach Westberlin anreisen und wurden zurückgewiesen, außerdem wurde damals Willy Brandt die Durchreise nach Westberlin verweigert.¹⁰⁵⁸ Im MfS bewertete man die „Aktion ‚Karo‘“ als Erfolg. Die entschiedenen Maßnahmen seitens der DDR und der Sowjetunion hätten die westliche Seite verunsichert und zu Differenzen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten geführt. Bei den Westmächten habe es „einige deutliche Anzeichen für ihre Unzufriedenheit mit der heraufbeschworenen Situation“ gegeben, so die Einschätzung des MfS.¹⁰⁵⁹

Vier Jahre später, am 5. März 1969, trat in Westberlin die Bundesversammlung zusammen, die Gustav Heinemann zum neuen Bundespräsidenten wählte. Erneut demonstrierten die Sowjetunion und die DDR mit militärischen Drohgebärden und zeitweiligen Grenzsperrungen ihren Protest. Dem MfS standen inzwischen noch mehr Möglichkeiten zur Verfügung als 1965, um störend einzugreifen. Der Leiter der HVA-Desinformationsabteilung, Rolf Wagenbreth, legte dazu Mitte Februar 1969 Markus Wolf einen „Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin“ vor.¹⁰⁶⁰ Ziel der Maßnahmen sollte es sein, „Vorbereitung und Durchführung der Bundesversammlung“ zu stören.¹⁰⁶¹ Die HVA wollte sich, diesem Plan zufolge, vor allem darauf konzentrieren, die Proteste der inzwischen aufgekommenen Außerparlamentarischen Opposition zu fördern und im Sinne der DDR zu lenken. Daneben lancierte die HVA Pressemeldungen, die sich gegen die Berlin-Politik der Bundesregierung und der Bonner Parteien wandten. Außerdem intensivierte sie ihre Kampagne gegen Eugen Gerstenmaier und andere Bundestagsabgeordnete, ebenso gegen den Direktor beim Deutschen Bundestag, Hans Trossmann.¹⁰⁶² Der Diskreditierung Gerstenmaiers diene eine Pressekonferenz, die Albert Norden am 21. Februar 1969 in Ostberlin abhielt. Dort stellte er eine von der HVA erarbeitete Pseudo-Dokumentation vor, die Gerstenmaier als „Himmlers Agent P 38/546“ diffamierte.¹⁰⁶³ Da Gerstenmaier jedoch am 31. Januar 1969 als Bundestagspräsident zurückgetreten war, lief die seit längerem vorbereitete Kampagne teilweise ins Leere.¹⁰⁶⁴ Markus Wolf äußert sich in seinen Erinnerungen überhaupt nicht zu den HVA-Kampagnen gegen Gerstenmaier oder zu seinem Beitrag zur Störung der Bundespräsenz in Westberlin. Die militärischen Drohgebärden und die Grenzsperrungen charakterisiert er rückblickend allerdings als „fruchtloses Kräfteressen zwischen den beiden deutschen Staaten“.¹⁰⁶⁵ Immerhin bewirkten die gegenseitigen Provokationen

¹⁰⁵⁷ MfS, 13.4.1965: Auswertungsbericht Aktion „Karo“; BStU, MfS, AGM 2559, Bl. 144–181, hier 144–152. Vom 5. bis 9. April 1965 schloss die DDR jeweils für mehrere Stunden die Grenzübergänge von und nach Westberlin. Ebenda, Bl. 149 f.

¹⁰⁵⁸ Ebenda, Bl. 149. Die drei zurückgewiesenen Abgeordneten waren demnach Oswald Kohut (FDP), Johannes Müller (CDU) und Ernst Weltner (SPD).

¹⁰⁵⁹ Ebenda, Bl. 157 u. a. Im Vorfeld und im Nachgang der Bundestagssitzung Anfang April 1965 informierte die HVA in mehreren Berichten die Partei- und Staatsführung in der DDR über diese Thematik. Siehe hierzu die Titel der Informationsberichte im Anhang dieses Gutachtens, S. 326–371.

¹⁰⁶⁰ BStU, MfS, SdM 1439, Bl. 299–305. Markus Wolf ergänzte den Plan eigenhändig mit einigen Anweisungen.

¹⁰⁶¹ Ebenda, Bl. 300.

¹⁰⁶² Zu Trossmann siehe S. 172.

¹⁰⁶³ BStU, MfS, SdM 1439, Bl. 302. Die von der HVA gefertigte Broschüre „Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundespräsidenten“ ließ Norden auf seiner Pressekonferenz am 21.2.1969 verteilen. Sie ist im Archiv des BStU vorhanden unter BStU, MfS, HA XX/4, 1889. Das Neue Deutschland berichtete in großer Aufmachung von dieser Pressekonferenz, so am 22.2.1969, S. 1 u. 6 und am 23.2.1969, S. 5 u. 7. Hier wurde Gerstenmaier als „Himmlers Agent P 38/546“ titulierte (ND v. 22.2.1969, S. 6) und sein Nachfolger im Amt des Bundestagspräsidenten als „Erzrevanchist“ (ebenda). Vgl. auch Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, 2001, S. 268 f.

¹⁰⁶⁴ Die HVA-Kampagne gegen die Bundesversammlung im März 1969 schildert ausführlich Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 221–226.

¹⁰⁶⁵ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 234.

schließlich ein Umdenken. Schon am 10. März 1969 signalisierte Bundesaußenminister Willy Brandt in einem Interview mit dem *Spiegel* Kompromissbereitschaft: „Wenn für die Berliner Bevölkerung tatsächliche Erleichterungen und Sicherungen, gerade auch im Sinne des täglichen wirtschaftlichen Lebens, erreicht werden können, dann würden bestimmte demonstrative Gesten des Bundes nicht mehr so wichtig sein. Berlin kann auf die Dauer nicht von der Symbolik leben“, so Brandt.¹⁰⁶⁶

Dass SED und MfS versuchten, auch auf Bundestagswahlen Einfluss zu nehmen, wurde bereits angesprochen. Ehrhart Neubert verweist indes zurecht darauf, wie beschränkt die Möglichkeiten des MfS letztlich waren: Trotz massiver Bemühungen konnte das MfS nicht verhindern, dass die CDU/CSU 1957 – zum ersten und einzigen Mal – die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt.¹⁰⁶⁷ Zum Ergebnis der Bundestagswahl 1961 merkt Neubert zutreffend an, dass für die damaligen Stimmenverluste der Union „nur zum kleinsten Teil die Kommunisten verantwortlich“ gewesen seien. Zugleich konstatiert er gewisse Langzeitfolgen: „Die kommunistische Propaganda half aber zumindest, die Vorbehalte gegen die Politik der CDU/CSU zu verstärken.“¹⁰⁶⁸ Die hier von Neubert angesprochene Form der langfristigen Einflussnahme betraf auch Politiker anderer Parteien. Zugleich sind diese Langzeitfolgen in ihrer Wirkmächtigkeit nur schwer konkret zu bewerten. Denn die Veränderung politischer Stimmungslagen in Medien, Bevölkerung und Öffentlichkeit geht üblicherweise auf viele und komplexe Faktoren zurück und nicht nur auf einige geheimdienstliche Desinformationsmaßnahmen. So kommt Hubertus Knabe zu der Einschätzung, dass der positive „Meinungsumschwung gegenüber der DDR nicht in erster Linie von Agenten bewirkt wurde“. Für die zunehmende Akzeptanz der SED-Diktatur in der Bundesrepublik, so Knabe, seien „andere Formen der Kooperation mit den Machthabern der DDR“ entscheidend gewesen, während die aktiven Maßnahmen des MfS „nur eine begleitende oder stimulierende Rolle spielte[n]“.¹⁰⁶⁹ Neubert spricht davon, dass das „Ineinander von gezieltem Einfluss und ideologischer Affinität [...] Synergieeffekte ausgelöst“ habe, die vom MfS beabsichtigt gewesen seien.¹⁰⁷⁰ Doch auch wenn man eine derartige Wechselwirkung annimmt, bleibt es schwierig, die Wirkmächtigkeit „aktiver Maßnahmen“ des MfS im Westen zu bewerten. Wie der Historiker Jochen Staadt feststellte, war die SED-Führung ohnehin erst 1969 und auf Drängen der sowjetischen Parteiführung endlich dazu bereit gewesen, einer SPD-geführten Regierung den Vorzug zu geben.¹⁰⁷¹ Aktiv unterstützt wurden in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem die offenen Bündnispartner der DDR, die KPD und die DFU.

Das MfS bereitete sich auf seine Weise auch später auf Bundestagswahlen vor. Wie die Informationslieferungen in der SIRA-Datenbank belegen, interessierte sich die HV A stets frühzeitig für die Wahlkampfstrategien der Parteien.¹⁰⁷²

Vor der Bundestagswahl 1972 brachte die HV A unter anderem eine Broschüre gegen Rainer Barzel in Umlauf, die äußerlich als im Westen erschienenenes Taschenbuch aufgemacht war und den CDU-Kanzlerkandidaten verunglimpfte.¹⁰⁷³ Im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 erarbeitete HVA-Oberstleutnant Henri Weiße eine Wahlkampffargumentation gegen die Unionsparteien, die unter Verschleierung des tatsächlichen Urhebers offenbar in der Bundesrepublik verteilt wurde und einen Wahlsieg von CDU/CSU verhindern helfen sollte.¹⁰⁷⁴

¹⁰⁶⁶ „Berlin kann nicht von der Symbolik leben“. Spiegel-Gespräch mit Bundesaußenminister Willy Brandt. In: Der Spiegel 23(1969)11 v. 10.3.1969, S. 25.

¹⁰⁶⁷ Neubert: Ein politischer Zweikampf, S. 82–85.

¹⁰⁶⁸ Ebenda, S. 85.

¹⁰⁶⁹ Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, 2001, S. 414.

¹⁰⁷⁰ Neubert: Ein politischer Zweikampf, 2002, S. 126.

¹⁰⁷¹ Staadt: Versuche der Einflussnahme, 1995, S. 2414, 2431.

¹⁰⁷² Siehe hierzu Kap. 1.2.2., S. 35 ff.

¹⁰⁷³ Anklage gegen den früheren Leiter der HVA-Abteilung X, Rolf Wagenbreth und andere (wie Anm. 193), abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 528.

¹⁰⁷⁴ Siehe hierzu in diesem Gutachten S. 26.

Vor der Bundestagswahl 1969 sammelte das MfS Materialien über Bundestagskandidaten aller im Parlament vertretenen Parteien sowie von der NPD und übergab sie der „Nationalen Front“ zur propagandistischen Verwertung.¹⁰⁷⁵ Die „Nationale Front“ stellte daraus eine Broschüre unter dem Titel „Neonazis und Monopolvertreter. Kandidaten für den 6. Bundestag“ zusammen und „porträtierte“ darin Bundestagskandidaten von CDU/CSU und NPD, vereinzelt auch der FDP. Als „Nazis und Neonazis“ wurden unter anderem Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel, der außen- und verteidigungspolitische Experte der CDU Werner Marx und der langjährige Bundesminister Gerhard Schröder diffamiert.¹⁰⁷⁶

Gehörte es in den sechziger Jahren zu den Routineaufgaben des MfS, die NS-Vergangenheit bundesdeutscher Politiker zu erforschen und gegebenenfalls propagandistisch zu verwerten, stellte sich in den siebziger Jahren allmählich das Problem ein, dass immer mehr Bundestagskandidaten zu jung waren, um vor 1945 in den nationalsozialistischen Macht- und Verwaltungsapparat verstrickt gewesen zu sein. Zur Bundestagswahl 1976 recherchierte das MfS daher auch verstärkt nach den Verwandten 1. Grades der Bundestagskandidaten, vor allem deren Eltern, um an belastende Informationen zu gelangen.¹⁰⁷⁷ Ende 1979/Anfang 1980 weitete das MfS vergleichbare Recherchen auf die deutschen Abgeordneten des Europaparlaments aus.¹⁰⁷⁸

Doch auch noch 1987/88 stellte das MfS unter der Überschrift „Revanchisten-Nachwuchs. ‚Vertriebene und Flüchtlinge‘ der CDU/CSU im 11. Deutschen Bundestag/MdB“ eine Übersicht über 36 Bundestagsabgeordnete zusammen, die im Wesentlichen ein gemeinsames Merkmal aufwiesen: Sie waren zwischen 1914 und 1945 auf dem Gebiet der späteren DDR oder der ehemaligen deutschen Ostgebiete zur Welt gekommen.¹⁰⁷⁹ Die meisten von ihnen gelangten im Kindesalter mit ihren geflüchteten oder vertriebenen Familien in den Westen Deutschlands. Gleichwohl erachtete das MfS es für erforderlich, sie unter diesem Aspekt im Blick zu behalten. Dass das MfS in den späten achtziger Jahren noch gezielte Maßnahmen gegen diese Gruppe ergriffen hätte, ist nicht ersichtlich. In der gegenwärtigen, 17. Wahlperiode, gehört noch ein einziger der 36 aufgelisteten Abgeordneten dem Bundestag an.

3.4. Fritz Erler – ein NS-Gegner im Visier des MfS

Aus gegebenem Anlass vertiefte das MfS seine Recherchen zu einzelnen Abgeordneten. So war das MfS in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in die Kampagnen der DDR gegen die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik eingebunden. Für den Chef-Agitator im SED-Politbüro, Albert Norden, stellte das MfS deshalb unter anderem Informationen über die NS-Vergangenheit von Mitgliedern des Innen- und des Rechtsausschusses des Deutschen Bundesta-

¹⁰⁷⁵ Entsprechende Materialsammlungen sowie Korrespondenz zwischen MfS und Nationaler Front unter anderem in: BStU, MfS, ZAIG, 11123–11124; ferner ebenda, HA IX, 3399. Die „Nationale Front des demokratischen Deutschland“ (ab 1973: der DDR) war ein Verbund der in der DDR vorhandenen Parteien und Massenorganisationen unter Führung der SED.

¹⁰⁷⁶ Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.): Neonazis und Monopolvertreter. Kandidaten für den 6. Bundestag. Berlin [Ost], August 1969, S. 1 f., 10–12, 23 f. u. 32–35. Diese Broschüre war als „Arbeitsmaterial“ deklariert und nur als Manuskript gedruckt worden. Es müsste noch untersucht werden, in welchem Ausmaß sie im damaligen Wahlkampf eingesetzt wurde. Ein Exemplar befindet sich in: BStU, MfS, ZAIG 11131, Bl. 4–150.

¹⁰⁷⁷ BStU, MfS, HA IX/11, AV 17/76, Bd. 1, Bl. 1–10.

¹⁰⁷⁸ BStU, MfS, HA IX/11, AK 6106/79, Bl. 1–22. MfS-intern waren an der sogenannten Aktion „Schwarz II“ (Mitglieder des Europäischen Parlaments) die Hauptabteilung IX/11 („Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen“) und die HVA-Abteilung X („Desinformation“, „aktive Maßnahmen“) beteiligt. Die Europaparlamentarier wurden bis 1979 von den nationalen Parlamenten, denen sie auch angehörten, entsandt. Im Juni 1979 fand die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament statt, was das gesteigerte Interesse des MfS an diesem Personenkreis ab diesem Zeitpunkt erklären kann.

¹⁰⁷⁹ BStU, MfS, HV A 1399, Bl. 1 f.

ges zusammen. Das MfS machte diese Abgeordneten für die Durchsetzung der Notstandsgesetze mit verantwortlich und zielte offenkundig darauf ab, die Gesetze zu verhindern, indem es die entsprechenden Abgeordneten als NS-belastet darstellte.¹⁰⁸⁰

Aufschlussreich ist das Vorgehen von SED und MfS Mitte der sechziger Jahre gegen den damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler. Erler hatte sich bereits frühzeitig für die Westbindung der Bundesrepublik eingesetzt und hatte maßgeblichen Anteil am Godesberger Programm der SPD von 1959. Er gehörte zu den führenden SPD-Politikern, die sich klar von der SED abgrenzten. Im Frühjahr 1965 entdeckte ein Archivar im Parteiarchiv der SED im Bestand „Nazi-Justiz“ die Akten des Hoch- und Landesverratsprozesses, der im September 1939 gegen Fritz Erler und andere NS-Gegner der Gruppe „Neu Beginnen“ vor dem Volksgerichtshof stattgefunden hatte. Der Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Lothar Berthold, dem auch das Archiv unterstand, informierte am 22. April 1965 seinen Vorgesetzten, Politbüromitglied Kurt Hager, über den Aktenfund. Über Kurt Hager gelangten die zwölf Aktenbände rasch an das MfS. Bereits am 18. Mai 1965 hatte die MfS-Hauptabteilung IX eine zwölf Seiten umfassende Einschätzung dieser NS-Justizakten ausgearbeitet und Erich Mielke vorgelegt.¹⁰⁸¹ Aus den NS-Akten ergab sich, dass Erler in den Verhören geständig war und sich reuevoll gab. Doch für die Zielstellung des MfS – „kompromittierendes Material gegen Erler [...] zu politisch-operativen Zwecken zusammenzustellen“¹⁰⁸² – genügte das nicht, weil sich daraus keine NS-Belastung Erlers konstruieren ließ. Außerdem ging aus den Akten hervor, dass die Gestapo Erlers „Reue“ als taktisch und vorgeschoben einschätzte. Immerhin wurde Erler am 15. September 1939 vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt und saß diese Strafe bis 1945 in verschiedenen Zuchthäusern ab. Abgesehen von seinem Geständnis im Rahmen der Verhöre kooperierte er in keiner Weise mit den NS-Behörden. Insbesondere konnte das MfS trotz intensiver Recherchen keinerlei Hinweise finden, dass Erler für die Gestapo tätig gewesen wäre. Auch ein eigens vernommener, ehemaliger Gestapo-Beamter, der im Zuchthaus Brandenburg einsaß, konnte dem MfS keine belastenden Informationen nennen.¹⁰⁸³ Die dem MfS vorliegenden Akten sowie die weiteren Ermittlungen zeigten Erler als authentischen Widerstandskämpfer. Doch nicht dieser positive Aspekt zählte für SED und MfS, sondern die Tatsache, dass er als SPD-Politiker und Bundestagsabgeordneter für einen politischen Kurs stand, den die SED vehement bekämpfte. Aus diesem Grund sollten die NS-Akten gegen ihn, der über sechs Jahre in NS-Zuchthäusern verbracht hatte, eingesetzt werden. Wie Hubertus Knabe schreibt, spielte die HVA über den SED-Funktionär Hermann von Berg noch im Mai 1965 einige verkürzte Informationen über Erlers Aussagen bei den Vernehmungen 1938/39 gezielt dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zu, der sie angeblich gegen seinen potenziellen Rivalen um die Kanzlerkandidatur einsetzte.¹⁰⁸⁴ Der Historiker Henry Leide hingegen bezweifelt diese Version und hält es für wenig wahrscheinlich, dass es zu dieser „klammheimlichen Kooperation“ zwischen Brandt und der DDR gekommen sei.¹⁰⁸⁵ Auch die umfangreiche Erler-Biografie von Hartmut Soell enthält keinen Hinweis darauf. Dabei geht Soell ausführlich auf die Differen-

¹⁰⁸⁰ Zuarbeiten des MfS vom 17.11.1967 an das Büro Norden sowie weitere Beschlüsse und Materialien für die geplante Pressekonferenz „Ein Jahr Große Koalition“, darin Informationen über die NS-Vergangenheit von 6 Mitgliedern des Innen- oder Rechtsausschusses, die der CDU/CSU-Fraktion angehörten (Arved Deringer, Max Güde, Fritz (Friedrich) Kempfler, Artur Missbach, Hans-Joachim Merkatz, Eduard Wahl); BStU, MfS, ZAIG 10624, Bl. 35–37 u. 77–123; ZAIG 10625, Bl. 68, 94–121, 141 u. 255 f. Inwieweit die hier genannten Abgeordneten NS-belastet waren, müsste in jedem Fall geprüft werden. Zur Resonanz in verschiedenen Zeitungen auf die Pressekonferenz siehe die Sammlung in: ebenda, ZAIG 10623.

¹⁰⁸¹ BStU, MfS, HA IX/11, SV 8/76, Bd. 1, Bl. 4–6 u. 21–32.

¹⁰⁸² Ebenda, Bl. 31.

¹⁰⁸³ Ebenda, Bl. 95.

¹⁰⁸⁴ Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, 2001, S. 134–136.

¹⁰⁸⁵ Leide: NS-Verbrecher, 2005, S. 408–412, insbes. S. 411.

zen zwischen den beiden SPD-Spitzenpolitikern ein, die bereits seit Herbst 1962 zutage getreten waren.¹⁰⁸⁶

Im Falle Fritz Erlers lässt es die vorhandene Aktenlage zu, die gegen ihn gerichteten Absichten des MfS anhand der Archivunterlagen zu erkennen. Konkrete Maßnahmen des MfS können hingegen in den meisten Fällen lediglich vermutet werden. So sammelte das MfS zu vielen Abgeordneten Dokumente zu ihrer Biografie in der NS-Zeit, und diese Materialsammlungen liegen heute im Archiv des BStU oder des Bundesarchivs vor.¹⁰⁸⁷ Doch ob und wie das MfS das gesammelte Wissen gegen die betreffenden Politiker einsetzte, kann man nur in wenigen Fällen aus den Akten heraus erkennen – sofern das Material nicht in offenen Kampagnen eingesetzt wurde. Tiefergehende Recherchen zu jedem einzelnen Abgeordneten in den Beständen der Hauptabteilung IX/11 sowie in weiteren Archiven könnten in einigen Fällen zu weiteren Erkenntnissen führen. Im Rahmen des vorliegenden Gutachtens kann diese Arbeit indes nicht geleistet werden. Zu bedenken ist noch, dass sehr wahrscheinlich auch andere kommunistische Geheimdienste, vor allem in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, ihr Wissen über die nationalsozialistische Vergangenheit bundesdeutscher Politiker für ihre Ziele einzusetzen versuchten. Das MfS kooperierte hierbei mit den verbündeten Geheimdiensten der sozialistischen Länder.¹⁰⁸⁸

* * *

In einigen Fällen ist erkennbar, dass die Verwendung von NS-Unterlagen als Chefsache behandelt wurde. So wies Erich Mielke im Juli 1970 persönlich den Leiter der MfS-Hauptabteilung IX¹⁰⁸⁹, Walter Heinitz, an, Dokumente aus der NS-Zeit über Franz Josef Strauß sowie über solche Personen, mit denen Strauß gegenwärtig eng zusammenarbeitete, zu ermitteln und zusammenzustellen. Diese Dokumente, so Mielke in seiner Anweisung, würden „für operative Zwecke“ von der HVA-Abteilung X (Desinformationsabteilung) benötigt, sie sollten also für eine „aktive Maßnahme“ oder Desinformationskampagne gegen Strauß eingesetzt werden.¹⁰⁹⁰ Die Hauptabteilung IX/11 eröffnete daraufhin den „Forschungsvorgang ‚Michel‘“ und formulierte als Zielvorgabe, „sowohl die faschistische Vergangenheit der Hintermänner und Verbindungen von Strauß als auch die Tatsache, dass er selbst ein Faschist reinsten Wassers ist, an Hand von Dokumenten [nachzuweisen]“.¹⁰⁹¹ Im August 1971 legte Hauptabteilungsleiter Heinitz Mielke die zusammengestellten Dokumente vor und resümierte: „Die Materialien sind in Verbindung mit den bei der

¹⁰⁸⁶ Soell: Fritz Erler, 1976, S. 929–956, insbes. 933 u. 948.

¹⁰⁸⁷ Von den 2 190 Bundestagsabgeordneten der Jahre 1949 bis 1989 sind alleine in der Vorgangskartei (Personenkartei) der MfS-Hauptabteilung IX/11 (zuständig für die Durchleuchtung der NS-Zeit und Ausnutzen der Erkenntnisse für Zwecke des MfS) 838 Abgeordnete (= 38 Prozent) mit Namen und Daten erfasst. Diese Kartei bildete den zentralen Speicher für Personendaten aus der NS-Zeit. Sie zeigt somit an, dass sich das MfS mit der Vergangenheit vieler Abgeordneter in der NS-Zeit befasste, ermöglicht die namentliche Identifizierung und verweist zum Teil auf weiteres Aktenmaterial. In den 1960er Jahren spielte die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit eine herausragende Rolle. So sind von den 750 Abgeordneten der 4. und 5. Wahlperiode (1961–1969) in der Vorgangskartei 531 Abgeordnete (= 71 Prozent) erfasst. Gleichwohl erfasste das MfS auch anerkannte NS-Gegner in dieser Kartei, wie die auf S. 168 exemplarisch abgebildete Karteikarte zu Herbert Wehner aus der Vorgangskartei zeigt. Das MfS dürfte sich auch für die Vergangenheit weiterer Abgeordneter in der NS-Zeit interessiert haben, was indes nicht zentral nachgewiesen ist. Zur Vorgangs- bzw. Personenkartei siehe detailliert MfS-Hauptabteilung IX/11, Dezember 1972: Arbeitsrichtlinie zur Überprüfung, Bearbeitung und Erfassung von Personen durch die Hauptabteilung IX/11; BStU, MfS, HA IX, 16380. Ein Dank gilt dem BStU-Mitarbeiter Henry Leide für den Hinweis auf dieses Dokument.

¹⁰⁸⁸ Siehe hierzu in diesem Gutachten Kapitel C.7.

¹⁰⁸⁹ Die Hauptabteilung IX war die Untersuchungsabteilung des MfS, das Referat IX/11 befasste sich mit der NS-Zeit.

¹⁰⁹⁰ MfS, Minister, 1.7.1970: Schreiben an Hauptabteilung IX, Genosse Oberst Heinitz; BStU, MfS, HA IX/11, FV 70/70, Bl. 4.

¹⁰⁹¹ HA IX/11, 11.1.1971: Maßnahmeplan zum Forschungsvorgang „Michel“; BStU, MfS, HA IX/11, FV 70/70, Bl. 32–38, Zitat Bl. 34.

HVA/X vorliegenden operativen Erkenntnissen zur Nachweisführung geeignet, dass Strauß nach 1945 von prominenten Militaristen und Faschisten gefördert wurde.“¹⁰⁹² Substanziell Neues enthielten die Dokumente offenbar nicht. Denn schon die Autoren des „Braunbuchs“ hatten sich bemüht, Strauß als einen engen Vertrauten alter und neuer Nazis darzustellen. Was Strauß' Werdegang bis 1945 betraf, so wurde er im „Braunbuch“ als „durchaus nicht unbelastet“ bezeichnet, weil er „als NS-Führungsoffizier das Hitlerregime aktiv unterstützt hat“. In der Diktion des „Braunbuchs“ kam das einer Entlastung gleich, weil Strauß damit ausdrücklich von den „tatsächlich belasteten“ Personen abgegrenzt wurde.¹⁰⁹³ Auf welche Weise die HV A von den Ergebnissen des MfS-internen „Forschungsvorgangs ‚Michel‘“ Gebrauch machte, erschließt sich aus dieser Akte nicht.

Einen Sonderfall aktiver Maßnahmen, die sich partiell auch gegen Abgeordnete richteten, bildeten die Aktionen des MfS gegen die Ostbüros von CDU, SPD und FDP. Darauf soll hier aber nicht weiter eingegangen werden.¹⁰⁹⁴ Da die Ostbüros weniger von der HV A, sondern federführend von anderen MfS-Abteilungen verfolgt wurden, ist die Aktenüberlieferung gut. Fast zwangsläufig finden sich in diesen Akten auch Informationen über Bundestagsabgeordnete.¹⁰⁹⁵

3.5. Subtile Formen der Einflussnahme

In der öffentlichen Debatte ist gelegentlich die Frage aufgeworfen worden, ob die HV A womöglich über eine ganze Fraktion im Bundestag verfügte und somit auch Einfluss auf Abstimmungen nehmen konnte. Der Publizist und Geheimdienstexperte Friedrich-Wilhelm Schlomann ist dieser These schon in den frühen neunziger Jahren entgegengetreten. Schlomann bezeichnete Äußerungen Markus Wolfs, der von einer parteiübergreifenden „HVA-Fraktion“ im Bundestag gesprochen hatte, zu Recht als „Verwirrungsmanöver“.¹⁰⁹⁶ Die Durchsicht der „Rosenholz“-Unterlagen bestätigt die damalige Annahme Schlomanns.

Der Einfluss auf das Abstimmungsverhalten ist schon deshalb begrenzt, weil die meisten Abstimmungen im Bundestag offen stattfinden. Geheim wählen die Abgeordneten den Bundestagspräsidenten, den Bundeskanzler und den Wehrbeauftragten. Außerdem wird über die Vertrauensfrage geheim abgestimmt. Mit Ausnahme des gescheiterten Misstrauensvotums 1972 sind keine geheimen Abstimmungen bekannt, die einen derart unerwarteten Ausgang genommen hätten. Die Manipulation von 1972 wiederum zeigt, dass die HV A im entscheidenden Augenblick auf eine Fraktionsstärke überhaupt nicht angewiesen war, sondern zwei käufliche Abgeordnete genügten.

Vieles spricht dafür, dass die HV A am ehesten unauffällig und subtil auf Bundestagsabgeordnete Einfluss zu nehmen versuchte. Man müsste deshalb untersuchen, inwieweit die Stasi-IM – seien es Abgeordnete, Mitarbeiter der Abgeordneten und der Fraktionen oder Parteikollegen – inhaltlichen Einfluss auf politische Meinungsfindungsprozesse genommen haben, oder wo sie die Reputation eines Abgeordneten zu untergraben versuchten. Darüber könnten am ehesten die betroffenen Abgeordneten selbst, in deren Umfeld sich Stasi-IM befanden, Auskunft geben. Ein derartiges Zeitzeugenprojekt kann an dieser Stelle jedoch nur angeregt werden.

¹⁰⁹² HA IX, Leiter, 6.8.1971, Schreiben an Genossen Minister: Übergabe von Materialien zur faschistischen Vergangenheit des Franz Joseph [!] Strauß und seines Verbindungskreises an die HVA/X; ebenda, Bl. 163 f.

¹⁰⁹³ Braunbuch, 1968, S. 3, 10, 331, 346 u. 397, Zitate S. 10.

¹⁰⁹⁴ Siehe hierzu Buschfort: Parteien im Kalten Krieg, 2000.

¹⁰⁹⁵ Siehe beispielsweise den mehrbändigen Objektvorgang gegen das FDP-Ostbüro. Darin finden sich in Band 12 Berichte über Abschöpfgespräche einer unbekanntenen Person mit dem damaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden der FDP, Thomas Dehler, im November und Dezember 1954. BStU, MfS, AOP 1539/65, Bd. 12, Bl. 459–471. Dieser Objektvorgang wurde von der damaligen MfS-Hauptabteilung V geführt, die 1964 in Hauptabteilung XX umbenannt wurde.

¹⁰⁹⁶ Schlomann: Maulwürfe, 1994, S. 114.

Der Historiker Daniel Friedrich Sturm vertritt auf der Grundlage von Aktenstudien und Zeitzeugengesprächen beispielsweise die These, dass der Mitarbeiter des SPD-Parteivorstands Wolfgang Biermann als inoffizieller Mitarbeiter des MfS Einfluss auf die deutschlandpolitischen Positionen der SPD in den achtziger Jahren genommen habe.¹⁰⁹⁷ Biermann habe, gemeinsam mit einem Kollegen im SPD-Parteivorstand, die inhaltliche Arbeit der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik „maßgeblich vorbereitet“. Diese Arbeitsgruppe war beim SPD-Parteivorstand angesiedelt und wurde von Egon Bahr geleitet. Sturm zufolge war der Einfluss von Biermann auf Bahr und die Arbeitsgruppe „enorm“. Biermann und sein Kollege hätten sich kategorisch für den Erhalt des Statuts quo im geteilten Deutschland eingesetzt. Sturm zitiert den früheren Staatssekretär Heinz Ruhнау, der neben mehreren Bundestagsabgeordneten der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik angehörte: „Biermann verfasste Papiere, die eigentlich niemand verstand [...]. Verstanden habe ich diese Papiere erst, nachdem klar wurde, dass er [Biermann] noch einen zweiten Arbeitgeber hatte’ – die DDR-Staatsicherheit.“¹⁰⁹⁸

Solche mutmaßlichen Formen der Einflussnahme erschließen sich nicht aus den Resten der überlieferten HVA-Unterlagen. Wie Hubertus Knabe bereits 2002 beschrieb, wurde Wolfgang Biermann bei der HV A seit 1969 unter dem Decknamen „Akker“ als IM registriert. Die HV A verzeichnete in der SIRA-Datenbank 206 Informationseingänge von „Akker“. Doch daran lassen sich Versuche politischer Einflussnahme nicht ablesen.¹⁰⁹⁹

Beispielhaft sei hier auch auf eine Ausarbeitung Detlef Kühns hingewiesen. Kühn leitete von 1972 bis 1991 das Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben in Westberlin. Das Gesamtdeutsche Institut war eine nachgeordnete Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. 2001 legte Kühn eine Untersuchung über den Einfluss des MfS auf die von ihm geleitete Behörde vor.¹¹⁰⁰ Dabei ergänzt er fehlende Akten durch eigene Erinnerungen. Unter anderem berichtet er über den Regierungsdirektor im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Knut Gröndahl, der bekanntermaßen als IM „Töpfer“ für die HV A arbeitete. Anhand der SIRA-Daten lässt sich belegen, dass Gröndahl ein ergiebiger IM war. Selbst im Hinblick auf den Deutschen Bundestag funktionierte IM „Töpfer“ als eine herausragende Quelle.¹¹⁰¹

¹⁰⁹⁷ Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90. Bonn 2006, S. 71.

¹⁰⁹⁸ Ebenda, S. 71.

¹⁰⁹⁹ Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, 2001, S. 222 f. In der SIRA-Datenbank sind 206 Informationslieferungen der Quelle „Akker“ nachgewiesen: BStU, MfS, HV A/MD/3 u. 5, SIRA-TDB 12 u. 14, Recherche zu Reg.-Nr. XV/1711/69. Knabe gibt die Zahl mit 181 an. Wolfgang Biermann war aufgrund eines Spiegel-Artikels 1986 öffentlich in den Verdacht geraten, Kontakte zu sowjetischen Geheimdienstoffizieren zu unterhalten. Der Verdacht ging von der CIA aus, die darüber die SPD-Parteispitze informierte, ohne dass damals Konsequenzen gezogen wurden; Der Spiegel 40(1986)41 v. 6.10.1986, S. 31 f.: „Ein relativ hohes Sicherheitsrisiko“. Die CIA verdächtigt einen Bonner SPD-Referenten. Ergänzend zu diesem Artikel siehe auch eine Richtigstellung des dort zitierten Manfred Wilke, in: Der Spiegel 40(1986)50 v. 8.12.1986, S. 120. – Ein Ermittlungsverfahren gegen Wolfgang Biermann wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit war 1996 gegen eine Geldzahlung eingestellt worden. Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR, 2001, S. 223. Knabe bezweifelt indes die Behauptung Biermanns, nur abgeschöpft worden zu sein.

¹¹⁰⁰ Kühn: Das Gesamtdeutsche Institut, 2011.

¹¹⁰¹ Insgesamt 14 Informationen des IM „Töpfer“ ordnete die HV A inhaltlich auch dem Bundestag zu, und alleine 9 davon schätzte sie mit der Spitzennote 1 ein. Seine Informationen waren für die DDR bedeutend, weil sie die innerdeutschen Beziehungen zum Inhalt hatten. Zu diesen Spitzeninformationen zählten unter anderem die drei nachfolgend bezeichneten Dokumente: 1.) „Bericht der Bundesregierung vor dem Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages am 8.3.78 über Probleme des Missbrauchs der Transitwege und Maßnahmen der Bundesregierung gemäß Artikel 17 des Transitabkommens“; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7801886, bei der HV A am 17.3.1978 eingegangen. 2.) „Information über Sitzung der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und für Verteidigung mit Bonner Ministerien zum bevorstehenden NATO-Beschluss“; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7922707, bei der HV A am 28.11.1979 eingegangen. 3.) „Gutachten des BMB [Bundesministeriums für

Während Gröndahls Informationslieferungen in der SIRA-Datenbank nachgewiesen sind, sagen die MfS-Unterlagen über sein sonstiges Verhalten nichts aus. Detlef Kühn kompensiert dieses Defizit mithilfe seiner eigenen Erinnerung: „Gröndahl versuchte sich gelegentlich auch als Einflussagent“, schreibt Kühn zurückblickend. An einem konkreten Beispiel illustriert Kühn, wie Gröndahl in seiner Eigenschaft als Grundsatzreferent im innerdeutschen Ministerium offensiv für die deutschlandpolitischen Ziele der DDR eintrat: Gröndahl wandte sich 1978 gegen die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur Behandlung der deutschen Frage im Unterricht.¹¹⁰² Dieser Hinweis ist wichtig, weil sich in den verbliebenen MfS-Unterlagen keine Hinweise darauf finden.

Wahrscheinlich erinnern sich auch Bundestagsabgeordnete noch an Mitarbeiter, Fraktionskollegen oder Gesprächspartner, deren Verhalten sich rückblickend – nun im Wissen um eine MfS-Anbindung – als Einflussnahme des MfS erklären lässt. Erst das Wissen um solche diskreten Beeinflussungsversuche würde das Bild der „aktiven Maßnahmen“ des MfS vervollständigen.

Als Fazit lässt sich an dieser Stelle festhalten: Versuche des MfS, Einfluss auf den Bundestag oder einzelne Abgeordnete zu nehmen, lassen sich trotz großflächiger Aktenvernichtung noch in einigen Fällen anhand der MfS-Unterlagen belegen. MfS und SED waren als politische Akteure – teils sichtbar, teils unsichtbar – für die Interessen der DDR in Bonn präsent und gehören bei zeitgeschichtlichen Forschungen berücksichtigt. Ihr Einfluss darf aber auch nicht überschätzt werden. Zum einen war das MfS nicht der einzige aktive Geheimdienst. Zum anderen verfügte der Bundestag über genügend eigenständig handelnde und gestaltende Politiker.

3.6. Transparenz als Mittel gegen geheime Einflussnahme

Abschließend soll hier ein Gedanke des langjährigen SPD-Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel stehen. Er zeigt auf, dass der unmittelbarste Eingriff des MfS in die Arbeit des Bundestages – die manipulierte Abstimmung von 1972 – durch ein transparentes Abstimmungsverfahren hätte vermieden werden können. Sein Plädoyer für mehr Transparenz brachte Norbert Gansel 1976 in die öffentliche Diskussion ein. Den unmittelbaren Anlass seiner damaligen Wortmeldung bildete die überraschende Wahl Ernst Albrechts (CDU) zum niedersächsischen Ministerpräsidenten. Albrechts CDU verfügte im Landtag zwar nicht über die Mehrheit der Stimmen, in geheimer Abstimmung erhielt er aber auch Stimmen aus dem sozial-liberalen Regierungslager.¹¹⁰³ Norbert Gansel erinnerte nun daran, dass es schon mehrfach solche Abstimmungen gegeben habe, bei denen unerkannt gebliebene Abgeordnete eine Richtungsentscheidung bewirkten und bezog sich unter anderem auch auf das Misstrauensvotum von 1972. Seine Forderung lautete: „Unsere Parlamente brauchen [...] das Licht der Öffentlichkeit. Für geheime Abstimmungen in den Parla-

innerdeutsche Beziehungen] zu den mit Kontakten zwischen Volkskammer und Bundestag aus BRD-Sicht entstehenden Problemen“; BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8507416, bei der HV A am 25.10.1985 eingegangen. – Einen Bericht von „Töpfer“ über eine „Sitzung der SPD-Fraktion innerhalb des innerdeutschen Ausschusses des BRD-Bundestages am 16./17.11.1978“ schätzte die HV A mit der Note 2 als „wertvoll“ ein. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7823580, bei der HV A am 5.12.1978 eingegangen. – Einen Bericht von „Töpfer“: „Zur Einschätzung des SPD-MdB Bruno Friedrich und seines Auftretens in der Bundestagsdebatte zur großen Anfrage der CDU/CSU zur Deutschlandpolitik“ bewertete die HV A als eine durchschnittlich wichtige Information mit einer 3. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7704522, bei der HV A am 24.6.1977 eingegangen.

¹¹⁰² Kühn: Das Gesamtdeutsche Institut, 2011, S. 22. Für Kühn bleibt am Ende ausschlaggebend, dass es ihm gelungen war, die politische Linie seines Instituts ungeachtet der geheimdienstlichen Unterwanderungsversuche durch das MfS durchzuhalten; ebenda, S. 57 f.

¹¹⁰³ Im Januar 1976 trat der niedersächsischen Ministerpräsident Alfred Kubel zurück, um einem jüngeren Nachfolger Platz zu machen. Die sozial-liberale Koalition im niedersächsischen Landtag verfügte über eine knappe Mehrheit von nur einer Stimme. Der nominierte Nachfolger Helmut Kasimier erreichte im Landtag indes keine Mehrheit, statt dessen wurde in einem späteren Wahlgang am 6.2.1976 Oppositionsführer Ernst Albrecht mit Stimmen nicht identifizierter Abgeordneter aus der bisherigen Regierungskoalition zum Ministerpräsidenten gewählt.

menten von Bund und Ländern gibt es keine Begründung. Sie sollten abgeschafft werden.“¹¹⁰⁴ Verfassungsrechtlich argumentierte Gansel damit, dass das Grundgesetz lediglich die geheime Wahl zum Bundestag vorsehe, aber nicht die geheime Wahl im Bundestag. Inhaltlich gab er zu bedenken, dass der Wähler ein Recht darauf habe zu wissen, für welche Positionen ein bestimmter Abgeordneter stehe. Das Argument, dass Abgeordnete nur ihrem Gewissen verpflichtet seien, erachtete Gansel als unproblematisch: Über viele Abstimmungen werde ohnehin namentlich entschieden, was kein Hinderungsgrund sei, seinem Gewissen zu folgen: „Die Abgeordneten sind dabei [bei namentlichen Abstimmungen] nicht frei von Pressionen durch veröffentlichte Meinung, Lobby und Fraktionsführung. Genau da muss sich zeigen, ob es im Parlament Gewissensentscheidungen gibt.“¹¹⁰⁵ Die Auswirkungen geheimer Abstimmungen beschrieb er plastisch: „Was Bonn [1972] durchgemacht hat, wird heute [1976] in Hannover durchlitten: die Spekulation auf Überläufer, der Triumph der Feigheit im Parlament, die große Stunde der Denunzianten in den Fraktionen, der provozierte Bruch in der Koalition, die drohende Regierungsunfähigkeit.“¹¹⁰⁶ Gansel hatte die Beobachtung gemacht, dass gerade diejenigen Abgeordneten, die ihre Kritik offen äußerten, aber aus Gründen der Solidarität oder Parteidisziplin dennoch mit der Partei stimmten, als erste in Verdacht gerieten, obwohl in Wirklichkeit eher die „böartigen Duckmäuser“ geheime Wahlen im Parlament für ihre „ganz persönlichen Interessen missbrauchten“.¹¹⁰⁷ Das Misstrauensvotum 1972 bestätigt Gansels These: Ganz offenkundig schützte die geheime Durchführung der Abstimmung 1972 nicht Abgeordnete vor Gewissensnot, sondern machte sie für Korruption empfänglich. Den Parlamentsabstimmungen in dunklen Wahlkabinen setzte Gansel deshalb abschließend seine Forderung entgegen: „Die deutschen Parlamente brauchen mehr Licht!“¹¹⁰⁸ Wäre Gansels Vorschlag bei dem Misstrauensvotum 1972 parlamentarische Praxis gewesen, wäre den geheimdienstlichen Dunkelmännern aus Ostberlin von vornherein das Handwerk gelegt worden.

¹¹⁰⁴ Gansel, Norbert: Schluss mit der Geheimniskrämerei. In: Stern (1976)5 v. 22.1.1976, S. 20; als Kopie in: BStU, MfS, HA III, 11870, Bd. 1, Bl. 96. Der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg regte in einem Beitrag in der „Zeit“ vom 13.2.1976 eine „öffentliche und [...] wissenschaftliche Diskussion“ um die Frage an, ob der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten der Länder in offenen Abstimmungen gewählt werden sollten. Eschenburg, Theodor: Nur noch ein alter Zopf? Nach den Erfahrungen im Landtag von Niedersachsen. Die „verdeckten Stimmzettel“ könnten offengelegt werden. In: Die Zeit v. 13.2.1976. In der Zeitschrift „Berliner Republik“, 11(2009)6, argumentiert auch der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker gegen die geheime Wahl der Regierungschefs in den deutschen Parlamenten und kritisiert: „Die überkommene Geheimwahl bedeutet einen schweren Verstoß gegen die Prinzipien der Demokratie“; im Internet abrufbar unter <http://www.b-republik.de/archiv/schafft-die-geheimwahl-ab> (Stand: 11.12.2012).

¹¹⁰⁵ Gansel: Schluss mit der Geheimniskrämerei (wie Anm. 1104), S. 20.

¹¹⁰⁶ Ebenda. Aus jüngster Zeit ist die gescheiterte Wiederwahl der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis im Kieler Landtag im Frühjahr 2005 als weiteres Beispiel anzuführen. Obwohl die Probeabstimmungen in den Fraktionen eine hauchdünne Mehrheit für Simonis ergaben, verweigerte ihr ein unbekannter Abgeordneter aus dem vorgesehenen Regierungslager bei den Wahlgängen im Landtag die Stimme.

¹¹⁰⁷ Gansel, Norbert: Sechs Anmerkungen zur morgigen Kanzlerwahl. Ein Plädoyer gegen verdeckte Stimmzettel und für offene Kontroversen. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 49(1994)217 v. 14.11.1994, S. 1 f. In diesen 6 Anmerkungen erneuert Gansel unter anderem seine 1976 im Stern dargelegte Kritik an geheimen Parlamentsabstimmungen.

¹¹⁰⁸ Gansel: Schluss mit der Geheimniskrämerei (wie Anm. 1104), S. 20.

4. Telefonüberwachung

Die internen Fernsprechverzeichnisse des Deutschen Bundestages enthielten auf einer der ersten Seiten eine Warnung: „Achtung Mithörgefahr“ hieß es da in großen Buchstaben.¹¹⁰⁹ Die Abgeordneten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekamen somit (und bekommen vielleicht noch heute) unmissverständlich zu verstehen, dass Telefongespräche „in der Regel nicht gegen unbefugtes Abhören gesichert werden [können]“.¹¹¹⁰ Als generelle Verhaltensregel galt daher: „Gespräche über Verschlussachen und sonstige vertrauliche Angelegenheiten dürfen grundsätzlich nicht geführt werden. Dies gilt für sämtliche Fernsprechverbindungen [...]“¹¹¹¹.

Wie man anhand der überlieferten MfS-Unterlagen nachvollziehen kann, war die Warnung vor der Mithörgefahr gleichermaßen berechtigt und vergeblich. Die Funkaufklärung des MfS beschaffte in erheblichem Umfang Informationen zu sämtlichen Belangen des Deutschen Bundestages, indem sie Telefone von Abgeordneten, deren Angehörigen und Mitarbeitern abhörte und Fax-Sendungen mitlas.

Zeitlich setzte diese Form der Spionage in den frühen siebziger Jahren ein und wurde in den achtziger Jahren nochmals intensiviert. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatte das MfS damit begonnen, die organisatorisch-technischen Voraussetzungen zu schaffen, um mit den Mitteln und Methoden der Funkaufklärung die Telekommunikation zwischen Westberlin und Westdeutschland sowie innerhalb Westdeutschlands systematisch anzuzapfen.¹¹¹² Im Archiv des BStU findet man erste Abhörprotokolle der MfS-Telefon- und Funküberwachung aus den Jahren 1968 bis 1970. Sie sind zumeist das Ergebnis gelungener Abhör-Einzelaktionen und zielten fast ausschließlich auf westliche Geheimdienste und den Bundesgrenzschutz.¹¹¹³ Im Laufe der siebziger Jahre gewann das MfS zunehmend an technischen Möglichkeiten und konnte in der Folge die Funkaufklärung profilierter und zielstrebigere betreiben.¹¹¹⁴ Schon 1974 bediente die MfS-Funkaufklärung einen ambitionierten Informationsbedarf: Sie belauschte damals in der Bundesrepublik vorrangig Politiker, Journalisten und Diplomaten. Inhaltlich interessierten vor allem deutschland- und ostpolitische Themen, innenpolitische Kräftekonstellationen sowie Militärpolitik, ferner Informationen über die Vorbereitung und Durchführung anstehender Wahlen.¹¹¹⁵

¹¹⁰⁹ Deutscher Bundestag (Hg.): Fernsprechverzeichnis des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, Stand: 25. Juli 1988. Zitat S. 3. In Kopie vorhanden in: BStU, MfS, HVA 1496; Zitat Bl. 1.

¹¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹¹ Ebenda.

¹¹¹² Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 190–196. In den 1970er Jahren wurden Telefonate zwischen Westdeutschland und Westberlin sowie solche zwischen beiden deutschen Staaten auch von der Abteilung 26 des MfS abgehört, siehe Schmöle, Angela: Abteilung 26. Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung (MfS-Handbuch). Hg. BStU. 2., durchges. Aufl., Berlin 2009, S. 27–29. Beide Titel sind im Internet abrufbar unter http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/Publikationen/Reihen/Handbuch/handbuch_node.html.

¹¹¹³ BStU, MfS, HA III 15175–15178. Vereinzelt fing das MfS schon früher Telefonate westlicher Politiker ab; eine Abhörstation in Stralsund, die den Telefonverkehr zwischen Westberlin und Skandinavien überwachte, zeichnete zum Beispiel Ende 1965 ein Telefonat zwischen Willy Brandt und Herbert Wehner auf. Siehe Schmidt, Andreas: „Aufklärung“ des Funkverkehrs und der Telefongespräche in Westdeutschland – Die Hauptabteilung III. In: Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS, 1999, S. 205–244, hier 206.

¹¹¹⁴ Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 196–220 u. a.; siehe hierin auch S. 202, Fn. 832 zur Entwicklung der Funkbrücke zwischen Westberlin und der Bundesrepublik. Zum Eindringen des MfS in die B- und C-Netze (Autotelefone und Funknetze der Sicherheitsbehörden) in den 1980er Jahren siehe ebenda, S. 84–86.

¹¹¹⁵ MfS-Abteilung III/1: Informationsbedarf zum Jahresarbeitsplan 1974; BStU, MfS, HA III, 452, Bl. 1–66, insbes. Bl. 2 f. Siehe hierzu auch die Akte BStU, MfS, HA III, 10120, die zahlreiche Telefonabhörprotokolle zu bundesdeutschen Politikern aus den Jahren 1970 und 1974 enthält, also aus einer recht frühen

Diese Fragenkataloge – Jahr für Jahr, wöchentlich und monatlich aktualisiert – gerieten in den achtziger Jahren zu regelrechten Konvoluten. Mit ihrer unerhörten Umfangserweiterung ging eine inhaltliche und psychologische Präzisierung und Vertiefung einher. Dies, kombiniert mit den technischen Möglichkeiten, versetzte die Funkaufklärung in die Lage, einen nennenswerten Beitrag zur geheimdienstlichen Informationsgewinnung zu erbringen.¹¹¹⁶

Seit Ende der siebziger Jahre war das MfS in der Lage, westliche Telefon- und Faxanschlüsse halb- und vollautomatisch zu überwachen. Im Kern hieß das: Gespräche zu bestimmten Anschlüssen wurden automatisch aufgezeichnet, sobald die entsprechende Telefonnummer angewählt wurde.¹¹¹⁷ Allerdings waren dem MfS Grenzen gesetzt. Der kabelgebundene Telefonverkehr innerhalb Westdeutschlands und innerhalb Westberlins konnte – bis auf gezielte Einzelaktionen – nicht abgehört werden, sondern nur der kabelgebundene Telefonverkehr zwischen Westberlin und Westdeutschland, da er durch die DDR hindurch verlief. Telefonate, die von der Deutschen Bundespost mittels Richtfunk übertragen wurden, hörte das MfS mehr oder weniger problemlos ab. Insbesondere in die Richtfunkstrecken zwischen Westdeutschland und Westberlin konnte es sich von Stützpunkten im Innern der DDR relativ leicht einschalten. Richtfunktrassen innerhalb der Bundesrepublik schöpfte das MfS mit Gerätetechnik auf diversen Funkaufklärungsstationen entlang der innerdeutschen Grenze ab. Auf diese Weise hörte das MfS beispielsweise Telefongespräche ab, die die Bundespost auf den Richtfunktrassen zwischen München im Süden und Hamburg und Hannover im Norden übertrug.¹¹¹⁸

Das Abhören von Autotelefonen innerhalb der Bundesrepublik konnte das MfS unkompliziert bewerkstelligen. Allerdings mussten sich die Gesprächsteilnehmer in Regionen aufhalten, die von den Abhörstützpunkten des MfS an den Westgrenzen der DDR und der Tschechoslowakei oder in Köln, Bonn und Düsseldorf abgedeckt werden konnten.¹¹¹⁹ Die MfS-Funkaufklärung war in der Lage, den Autotelefonverkehr in weiten Teilen der Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Hessen und Bayern sowie im Großraum Bonn-Köln-Düsseldorf zu erfassen. In einer Expertise aus dem Jahre 2010 heißt es dazu, dass die Autotelefone „alle[r] wichtigen Persönlichkeiten aus Politik, Militär und Wirtschaft“ in der Bundesrepublik der funkelektronischen Aufklärung des MfS unterlagen. Und weiter:

Phase. Alle in dieser Akte dokumentierten Telefonate wurden innerhalb Bayerns getätigt oder zumindest einer der Gesprächsteilnehmer befand sich in Bayern.

¹¹¹⁶ Siehe exemplarisch die Informationsschwerpunkte und Fragenkataloge, die für bestimmte Wochen und Monate in den Jahren 1985, 1986 und 1989 von der Hauptabteilung III formuliert wurden. Demnach sollten mittels Telefonabhören zahlreiche, konkret formulierte Fragen zu vielen Details der Bundespolitik beantwortet werden. BStU, MfS, HA III, 452, Bl. 207–353. Dasselbe für das Jahr 1987 in ebenda, HA III, 453, Bl. 1–168. Einen 186 Seiten langen, inhaltlich sehr weit gefassten Fragenkatalog von grundlegender Bedeutung legte der Leiter der MfS-Hauptabteilung III, Horst Männchen, mit Datum vom 23.2.1983 vor. Er trug den Titel „Langfristiger Informationsbedarf für 1983 und den Zeitraum bis 1985“ und deckt in 12 Kapiteln die Fragen zu etlichen Politikfeldern, zur Wirtschaft, westlichen Sicherheitsbehörden und militärischem Bereich ab. BStU, MfS, HA III, 287. Der Bundestag nimmt darin keine herausgehobene Stellung ein. Vgl. ebenda, z. B. Bl. 23 f. u. 26. Siehe auch das auf S. 292 ff. wiedergegebene Dokument „Langfristiger Informationsbedarf zum Auswertebereich ‚Politik‘“.

¹¹¹⁷ Wenn ein bundesdeutscher Telefonanschluss unter der Zielkontrolle der MfS-Funküberwachung stand und von einem anderen Gesprächsteilnehmer (Gegenstelle) angerufen wurde, so hörte das MfS das Telefonat in einem automatisierten Verfahren ab. Ging das Telefonat hingegen von dem zu überwachenden Anschluss aus, so wurde das Gespräch nur dann automatisch aufgezeichnet, wenn der angewählte Anschluss (Gegenstelle) ebenfalls unter Zielkontrolle stand – was häufig genug der Fall war. Das heißt, die automatische Überwachung setzte immer dann ein, wenn ein zu überwachender Anschluss angerufen wurde.

¹¹¹⁸ Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 76–84.

¹¹¹⁹ Das MfS unterhielt seit etwa Mitte der 1970er Jahre Abhörstützpunkte in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn („Steuerung 1“), in der sowjetischen Botschaft in Bonn („Steuerung 1a“), in der Handelspolitischen Abteilung der Sowjetunion in Köln („Steuerung 1b“) und in der Handelspolitischen Abteilung der DDR in Düsseldorf („Steuerung 1c“); Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 19 f., 85 f. u. 106 f.

„Daneben standen die Autotelefone sämtlicher Mitglieder der Bundesregierung seit etwa 1987 unter Zielkontrolle. Das Gleiche galt für zahlreiche Abgeordnete des Bundestages. Normalerweise sollte das Abhören durch den Einsatz von Sprachverschleierern geschützt werden. Doch wurde auf die Benutzung dieser Geräte in vielen Fällen offensichtlich verzichtet. Zudem war die HA III¹¹²⁰ in der Lage, die Codes mit entsprechenden Geräten zur Sprachentschlüsselung zu knacken. Diese Sprachentschlüsselungstechnik wurde zumeist aus der Bundesrepublik beschafft.“¹¹²¹

Im Archiv des BStU sind in großer Zahl sogenannte Zielkontrollaufträge (ZKA) überliefert. Das sind MfS-interne Formulare im DIN-A5-Format, auf denen eingetragen wurde, welche Telefon- oder Faxnummer unter welchen inhaltlichen Aspekten zu überwachen war. Exemplarisch ist auf Seite 285 das Formular eines Zielkontrollauftrags abgebildet. Häufig, aber nicht immer, enthalten die Formulare auch Vor- und Zuname sowie Angaben zur Tätigkeit der auszuspionierenden Person.¹¹²² Die HV A ließ sich von ihren Agenten viele Telefonverzeichnisse aushändigen und verfügte beispielsweise auch über Fernsprechverzeichnisse des Deutschen Bundestages und der im Bundestag vertretenen Parteien.¹¹²³ Somit besaß sie eine kompakte Übersicht über interessante Telefonanschlüsse.

Die überlieferte Kartei der Zielkontrollaufträge beschränkt sich zeitlich auf die Jahre 1981 bis 1989. Neben unzähligen anderen Namen enthält sie auch die Namen und Telefonnummern (Dienst- und Privatanschlüsse) von mindestens 271 Abgeordneten, deren Telefone während ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag vom MfS überwacht wurden.¹¹²⁴ Insgesamt gehörten dem Deutschen Bundestag zwischen Ende 1980 und Ende 1989 821 Abgeordnete an. Das bedeutet, für jeden dritten Abgeordneten der achtziger Jahre lässt sich heute noch die Überwachung konkret feststellen. Zudem kann man erkennen, für welche Themen sich das MfS jeweils interessierte. Das MfS hielt auch die Telefonanschlüsse von Abgeordneten unter Kontrolle, die als IM tätig waren, etwa im Falle des Grünen-Abgeordneten Dirk Schneider.¹¹²⁵

Vermutlich sind die Zielkontrollaufträge nicht vollständig überliefert. Es ist anzunehmen, dass die meisten Telefonanschlüsse der Abgeordneten, zumindest in ihren Bonner Abgeordnetenbü-

¹¹²⁰ MfS-Hauptabteilung III, zuständig für Funkaufklärung und Funkabwehr.

¹¹²¹ Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 86.

¹¹²² Zum System der Zielkontrollaufträge siehe auch die Darstellung in der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft gegen den früheren Leiter der MfS-Hauptabteilung III, Horst Männchen, vom 3.5.1993 – Az. 3 StE 3/93-2; veröffentlicht in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, S. 713–751, hier 724–728; demnach standen Ende der 1980er Jahre 60 000 bis 100 000 bundesdeutsche Telefonanschlüsse unter Zielkontrolle, wobei die MfS-Hauptabteilung III „etwa 5 000 Kommunikationen gleichzeitig aufzeichnen“ konnte, was sich nach Einschätzung der Bundesanwaltschaft „jederzeit als ausreichend“ erwies. Ebenda, S. 726. Hierzu sowie zu den Richtfunkstrecken zwischen Westberlin und Westdeutschland siehe auch Herrleben, Günter: Fernmeldespionage im Kalten Krieg. Cui bono? In: Das Archiv. Magazin für Post- und Telekommunikationsgeschichte 57(2009)3, S. 88–95.

¹¹²³ Das vom Deutschen Bundestag herausgegebene „Fernsprechverzeichnis des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, Stand: 25. Juli 1988“ befindet sich in Kopie noch heute im MfS-Archiv: BStU, MfS, HVA 1496. Eine Sammlung mit Anschriften- und Telefonverzeichnissen der Bundesministerien sowie von CDU (Bundesvorstand usw.), CSU, SPD (Parteipräsidium, Vorstand usw.) und Grünen, in denen alle Telefonanschlüsse von der Parteispitze bis zum einfachen Mitarbeiter enthalten sind, liegt mit Stand ca. 1987 vor in: BStU, MfS, HVA 924. Ein Fernsprechverzeichnis des Bundestages und des Bundesrates mit Stand vom 9.12.1977, das bei der HV A am 4.4.1978 einging, wurde immer noch mit der Note „2“ als überdurchschnittlich wertvolles Dokument eingeschätzt. Siehe Anm. 310.

¹¹²⁴ BStU, Abteilung Archiv, dezentrale Kartei der MfS-Hauptabteilung III/ZKA. In dieser Kartei der Zielkontrollaufträge wurde im Rahmen des vorliegenden Gutachtens nach allen Abgeordneten der Jahre 1949 bis 1989 recherchiert. In einigen Fällen war eine zweifelsfreie Zuordnung nicht möglich, vor allem wenn auf dem Zielkontrollauftrag neben der Telefonnummer und einem Familiennamen keine weiteren Angaben enthalten waren. Sofern Abgeordnete zugleich andere Ämter wie Minister oder Staatssekretär innehatten, interessierte sich das MfS mehr für diese Funktionen als für die Abgeordnertätigkeit. Die genannte Zahl von 271 beinhaltet auch solche Abgeordneten mit weiteren Ämtern.

¹¹²⁵ BStU, MfS, HA III, ZKA-Z, Bl. 31419.

ros, in den achtziger Jahren vom MfS überwacht wurden. Für diese Annahme sprechen verschiedene allgemeine Unterlagen der MfS-Hauptabteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr), in denen Angaben über den Informationsbedarf zu einzelnen Parteien, Ministerien und sonstigen Institutionen zu finden sind. Es handelte sich hierbei faktisch um einen Fragenkatalog, der, wie schon dargelegt, entsprechend den aktuellen politischen Entwicklungen und Ereignissen ständig aktualisiert wurde. Er lässt die begründete Schlussfolgerung zu, dass fast alle Bundestagsabgeordneten von der MfS-Telefonüberwachung betroffen waren.¹¹²⁶ Allerdings muss nochmals daran erinnert werden, dass rein technisch nicht jedes Telefongespräch vom MfS abgehört werden konnte. Aus vielen Zielkontrollaufträgen geht hervor, dass auch die Telefonanschlüsse der Abgeordneten in ihren jeweiligen Heimatorten in die Funkaufklärung einbezogen waren. Ferner standen die zentrale Einwahl bzw. Vermittlung des Bundestages (Telefonnummer 0228/161)¹¹²⁷ sowie die Telefonanschlüsse der Mitarbeiter der Abgeordneten unter Kontrolle, selbst wenn die entsprechenden Mitarbeiter zugleich IM des MfS waren.¹¹²⁸

Auf den Formularen der Zielkontrollaufträge geben bestimmte Codes und Abkürzungen Auskunft darüber, wie mit den abgehörten Informationen zu verfahren war. Die Telefonanschlüsse der Bundestagsabgeordneten waren durchgängig den sogenannten Bewertungs- und Weiterleitungskategorien (BWK) 2 oder 3 zugeordnet. Kategorie 2 verlangte, dass die abgehörten Gespräche wörtlich abzuschreiben und dann innerhalb von 24 Stunden fernschriftlich an die Zentrale Auswertung der Hauptabteilung bzw. Linie III weiterzuleiten waren. Kategorie 3 verlangte ebenfalls eine wörtliche Abschrift des mitgehörten Telefonats, jedoch genügte es, die Mitschrift innerhalb von vier Tagen auf dem MfS-internen Postweg an die Zentrale Auswertung der MfS-Funkaufklärung (Linie III) zuzustellen. Inhaltlich waren die Informationen aus den abgehörten Telefonaten dem Auswertungsbereich „Politik“ (= AWB-Klassifikation 1.5) zugeordnet. Auf einigen Formularen der Zielkontrollaufträge ist ausdrücklich vermerkt, dass der entsprechende Telefonanschluss im Auftrag der HV A überwacht wurde (Klassifikation 11.015).¹¹²⁹

Im Folgenden werden exemplarisch einige Fragenkataloge wiedergegeben, die sich auf den Zielkontrollaufträgen von Bundestagsabgeordneten befinden. Jede Zeile in der nachfolgenden Tabelle enthält wortgetreu den Fragenkatalog (Informationsbedarf) zu je einem Abgeordneten. In der Tabelle wird lediglich darauf verzichtet, die Namen der betreffenden Abgeordneten und deren Telefonnummern zu nennen. Die Tabelle gibt somit Auskunft darüber, wie das MfS den Informationsbedarf zu jedem Politiker formulierte und wofür sich die Abhörspezialisten des MfS im Einzelnen interessierten. Neben häufig wiederkehrenden Standardformulierungen finden sich auch spezifische Fragen, die mit der Funktion oder Stellung des jeweiligen Abgeordneten zu tun haben.

¹¹²⁶ Siehe hierzu die zahlreichen Angaben zu Abhörzielen und abzuhörenden Personen in: BStU, MfS, HA III, 452.

¹¹²⁷ BStU, MfS, HA III, ZKA-RÜ-GEBUA, 5302 f.

¹¹²⁸ Die drei nachfolgend genannten Signaturen verweisen auf IM des MfS, die zum Teil eng mit Bundestagsabgeordneten zusammenarbeiteten (Referenten, Sekretärinnen), und deren Telefonanschlüsse trotz – oder wegen – ihrer IM-Tätigkeit vom MfS überwacht wurden: BStU, MfS, HA III, ZKA-RÜ-GEBUA, 42, 121, 2903. So konnte das MfS seine eigenen Mitarbeiter überwachen sowie ggf. vor Gefahren schützen. Siehe auch den Hinweis zur Telefonüberwachung des Ex-Abgeordneten Arno Behrisch, S. 217 f.

¹¹²⁹ Über die Auswertung der abgehörten Telefonate und die Bedeutung der Kategorien und Klassifikationen siehe Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 101 f. u. 221–224.

Vorwahlnummer		Anschlußnummer		BWK <u>2</u> AWB <u>1.5</u> BWK _____ AWB _____ MA <u>Albrecht</u> Telefon <u>66623</u> ED <u>12.04.89</u> LD _____ SKZ _____	
0 2 2 8		[REDACTED]			
5300	Ronn	BRD			
PLZ	Anschlußort	Staat			
Telefon <input checked="" type="radio"/> Telex <input type="radio"/> Telefax <input type="radio"/> Autotelefon <input type="radio"/>					
Vorgangsname _____				Laufzeit <u>N</u>	
Inhaber Name	[REDACTED]			Spitzname	
Objekt- Vorn.	[REDACTED]			PKZ	
bez. PLZ	5300	Ort	Donn 1	Str.	[REDACTED]
					Haus-Nr.
Ziel- Name	[REDACTED] MdB-Die Grünen			Spitzname	
person Vorn.	[REDACTED]			PKZ [REDACTED]	
					Haus-Nr.
Kon- Name				Spitzname	
takt- Vorn.				PKZ	
pors. PLZ		Ort		Str.	Haus-Nr.
Name				Spitzname	
Vorn.				PKZ	
PLZ		Ort		Str.	Haus-Nr.
Informations- bedarf	- Differenzen innerhalb der Grünen und zu den Regierungsparteien - Angaben zu Flügelkämpfen bei den Grünen - Aktivitäten der Grünen und der Friedensbewegung, die im Zusammenhang mit den soz. Staaten stehen. Private Probleme.				
Die dick umrandeten Felder werden durch die HA III ausgefüllt.					
V/1/30 1987					

Dok. 10: Formular eines sogenannten Zielkontrollauftrags der MfS-Hauptabteilung III. Angegeben sind unter anderem der Name der Person, deren Telefongespräche abgehört werden sollten, sowie die Nummer des entsprechenden Telefonanschlusses. Im Feld „Informationsbedarf“ steht, an welchen Inhalten der mitgeschnittenen Telefongespräche das MfS interessiert war.

Tabelle 17: Informationsbedarf des MfS in Zielkontrollaufträgen: Fragenkataloge zu einzelnen Abgeordneten, die mithilfe der Telefonüberwachung beantwortet werden sollten

Telefonüberwachung eingeleitet am	Parteizugehörigkeit des/der betreffenden Abgeordneten	Informationsbedarf zu dem/der betreffenden Abgeordneten (in der Formulierung der MfS-Hauptabteilung III)	Archivsignatur (BStU, MfS, HA III, ...)
10.03.1981	CSU	<ul style="list-style-type: none"> - Hinweise zu seinen Aktivitäten im Bundestag - Verbindungen zu führenden Politikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion - Aktivitäten die sich gegen die DDR und andere sozialistische Staaten richten - Aktivitäten die sich gegen die Politik der BRD-Regierung richten - Angaben aus dem persönlichen Bereich - Hinweise zu Sekretärinnen 	ZKA-Z, 8779
25.03.1981	SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Internas [!] aus Regierungskreisen, Aktivitäten des Nutzers in seiner Funktion - Internas [!] aus den Parteien, Haltung zu führenden Politikern - Aktivitäten gegen die DDR und andere sozialistische Staaten - Hinweise zur Person, dessen Verbindungen, Hinweise zu Sekretärinnen 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5240
09.09.1982	FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Kontakte zur FDP-Führung - Aktivitäten innerhalb der FDP und in seinen Funktionen - Meinungen zu Politikern aller Parteien - Aktivitäten gegen die sozialistischen Staaten - Finanzielle Praktiken der FDP - Hinweise zur Person [Name des MdB] - Hinweise zu Sekretärinnen 	ZKA-Z, 4083
09.09.1982	FDP	<ul style="list-style-type: none"> - Angaben zum Persönlichkeitsbild - Kontakte in kapitalistische und sozialistische Staaten - Verbindungen zu Politikern, Journalisten und Wirtschaftskreisen - Hinweise zu engen Mitarbeitern - Angaben aus dem Tätigkeitsbereich - Interna aus den Parteien - Stellung innerhalb der Partei und zum jeweiligen Vorsitzenden 	ZKA-Z, 401
Okt. 1982; 10.05.1989	CDU	<p>Okt. 1982:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aktivitäten als Landesvorsitzender der CDU Hessen - Kontakte zu Politikern aller Parteien - Haltung zu führenden Unionspolitikern - Kontakte zu Vertretern der Wirtschaft - geplante Vorgehensweisen gegen sozialistische Staaten - Angriffe gegen die BRD-Regierung - Hinweise zur Person - Hinweise zu Sekretärinnen <p>10.05.1989:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Differenzen innerhalb der CDU/CSU und der Regierungskoalition - interne Einschätzungen zur Lage in der Fraktion und Partei - Äußerungen zu Abrüstungs- u. Militärfragen - Aktivitäten mit DDR-Bezug, DDR-Kontakte 	ZKA-Z, 143963; ZKA-Z, 143964

Telefonüberwachung eingeleitet am	Parteizugehörigkeit des/der betreffenden Abgeordneten	Informationsbedarf zu dem/der betreffenden Abgeordneten (in der Formulierung der MfS-Hauptabteilung III)	Archivsignatur (BStU, MfS, HA III, ...)
12.10.1982	SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Aktivitäten als MdB – Hinweise zur Person - Kontakte zu anderen Bundespolitikern - Verbindungen zur US-Militärmission - Internas [!] aus der SPD 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5811
30.09.1983	SPD	<ul style="list-style-type: none"> - alle anfallenden Gespräche 	ZKA-Z, 122864
16.01.1984	SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Kontakte zu Bürgern in der DDR - geplante Einreisen in sozialistische Staaten sowie Reisen in kapitalistische Staaten - Interna aus der SPD - Angaben zu politischen Aktivitäten - Angaben zum Persönlichkeitsbild 	ZKA-Z, 117519
08.04.1984	CDU	<ul style="list-style-type: none"> - Angaben zu den persönlichen Daten der Zielpersonen und den sie umgebenden Personenkomplex - Angaben, aus denen die gesellschaftliche Stellung, politische Haltungen, politische und wissenschaftliche und andere Interessengebiete sowie inhaltliche Angaben zur Berufstätigkeit entnehmbar sind - Angaben über weltanschauliche Positionen der Einzelpersonen, des Personenkomplexes sowie zu persönlichen Plänen, Wünschen und Zukunftsvorstellungen, kompromittierende Umstände 	ZKA-RÜ-GEBUA, 89206
20.06.1984	Grüne	<ul style="list-style-type: none"> - Angaben zu den persönlichen Daten der Zielperson und den sie umgebenden Personenkreis - Pläne, Absichten und Maßnahmen der Grünen - Interna aus der Partei der Grünen - Aktivitäten, die gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten gerichtet sind 	ZKA-Z, 92113
09.08.1984	CDU	<ul style="list-style-type: none"> - Lageeinschätzung zur Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der BRD - Pläne und Maßnahmen bei der Gestaltung der Politik gegenüber sozialistischen Ländern - Differenzen innerhalb der CDU-Fraktion - alle Angaben zum Privatbereich des Nutzers und der Kontaktpersonen 	ZKA-Z, 116034
09.08.1984	SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Angaben zum Persönlichkeitsbild und zum Privatbereich - Angaben zu politischen Aktivitäten sowie Interna aus der SPD in Westberlin und aus der SPD-Bundestagsfraktion - Kontakte in die DDR bzw. in sozialistische Staaten, Reisetätigkeit - Haltung der SPD zur DDR bzw. zu DDR-Einrichtungen – Personen - Angaben zur Vorbereitung der Wahlen - Haltung der SPD zur Friedensbewegung im Operationsgebiet - Differenzen in der SPD und zu anderen Personen 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5807
09.08.1984	SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Lageeinschätzung zur Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik der BRD - Pläne und Maßnahmen der Politik gegenüber sozialistischen Ländern - Differenzen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion - Angaben zum Privatbereich des Nutzers und [zu] Kontaktpersonen 	ZKA-RÜ-GEBUA, 4071

Telefonüberwachung eingeleitet am	Parteizugehörigkeit des/der betreffenden Abgeordneten	Informationsbedarf zu dem/der betreffenden Abgeordneten (in der Formulierung der MfS-Hauptabteilung III)	Archivsignatur (BStU, MfS, HA III, ...)
13.08.1984	CDU	<ul style="list-style-type: none"> - Haltung der CDU zur DDR/angestrebte Entwicklungstendenzen - innere Situation der CDU/Kaderpolitik der CDU - kompromittierende Angaben zu CDU-Funktionären - Verbindungen zu feindlichen Geheim- und Sicherheitsdiensten 	ZKA-Z, 27621
10.09.1984	CDU	<ul style="list-style-type: none"> - Internas [!] aus der Bundestagsfraktion der CDU/CSU - Aktivitäten des Petitionsausschusses des Bundestages - Angabe zum Privatleben der [Name d. MdB] und ihrer Kontaktpersonen - Verbindungen zu Personen gegnerischer Geheimdienste 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5130
12.02.1985	Grüne	<ul style="list-style-type: none"> - Angaben zum Persönlichkeitsbereich des Nutzers und Umfeldpersonen - Interna aus der Partei der Grünen - Aktivitäten des [Name des MdB] im Haushaltsausschuss des Bundestages 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5493
10.06.1986	CSU	<ul style="list-style-type: none"> - Hinweis zu privaten und dienstlichen Problemen und Schwierigkeiten - interne politische Meinungsäußerungen - Verbindungen in die DDR 	ZKA-Z, 132434
16.03.1988	CDU	<ul style="list-style-type: none"> - Interna aus dem Bereich der CDU, die insbesondere die „Deutschland-Politik“ betreffen - Kontakte zu feindlichen Kräften im Operationsgebiet - Hinweise zu Kontakten zu (ehem.) feindlich-negativen DDR-Bürgern 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5563
11.05.1988; 10.05.1989	Grüne	<p>11.05.1988:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hinweise zu Aktivitäten der Grünen - Kontakte zu feindlich-negativen Kräften in der DDR sowie im Operationsgebiet - Angaben zu Differenzen innerhalb der Bundestagsfraktion <p>10.05.1989:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hinweise zu Differenzierungs- und Spaltungsprozessen bei den Grünen - Wahlkampfstrategie und Koalitionsüberlegungen im Zusammenhang mit bevorstehenden Wahlen (Europa/BRD) - Angaben zu Mitarbeitern der Bundestagsfraktion/Bundevorstand 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5747; ZKA-RÜ-GEBUA, 15616
20.07.1988	CDU	<ul style="list-style-type: none"> - Differenzen innerhalb der CDU - Kritik an der Regierungspolitik bzw. einzelnen -politikern - Konzeptionelle Fragen der „Deutschlandpolitik“ sowie Menschenrechtsfragen - Kontakte in die DDR, insbesondere zu feindlich-negativen Kräften 	ZKA-RÜ-GEBUA, 1297
12.04.1989	Grüne	<ul style="list-style-type: none"> - Differenzen innerhalb der Grünen und zu den Regierungsparteien - Angaben zu Flügelkämpfen bei den Grünen - Aktivitäten der Grünen und der Friedensbewegung, die im Zusammenhang mit den sozialistischen Staaten stehen – Private Probleme 	ZKA-RÜ-GEBUA, 2674

Telefonüberwachung eingeleitet am	Parteizugehörigkeit des/der betreffenden Abgeordneten	Informationsbedarf zu dem/der betreffenden Abgeordneten (in der Formulierung der MfS-Hauptabteilung III)	Archivsignatur (BStU, MfS, HA III, ...)
10.05.1989	SPD	<ul style="list-style-type: none"> - Interna aus dem Bereich der SPD - Aktivitäten der Bundestagsfraktion mit DDR-Bezug - Hinweise zu Auseinandersetzungen innerhalb der SPD - Reiseaktivitäten und Kontakte in die DDR/sozialistischen Staaten 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5591
10.05.1989	Grüne	<ul style="list-style-type: none"> - Hinweise zu Differenzierungs- und Spaltungsprozessen bei den Grünen - Wahlkampfstrategie und Koalitionsüberlegungen im Vorfeld der anstehenden Wahlen (Europa/BRD) - Angaben zu Mitarbeitern der Bundestagsfraktion/Bundesvorstandes der Grünen 	ZKA-RÜ-GEBUA, 5817
30.08.1989	Grüne	<ul style="list-style-type: none"> - Einschätzung zur Situation und zu Vertretern der Partei - Wahlkampfstrategie und Koalitionsüberlegungen (Wahl 1990) - Aktivitäten in sozialistischen Staaten und in Verbindung mit sog. Umwelt- und Friedensgruppen in diesen Ländern 	ZKA-RÜ-GEBUA, 17841

Im Archiv des BStU befinden sich in großem Umfang wörtliche Mitschriften von Telefongesprächen bundesdeutscher Politiker. Diese Mitschriften hatte das MfS auf der Grundlage der abgehörten Telefongespräche angefertigt. Doch stehen sie der zeitgeschichtlichen Forschung im Regelfall nicht zur Verfügung. Denn nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts verletzte das MfS bei der Telefonüberwachung das „Recht am gesprochenen Wort“. Damit liege eine Menschenrechtsverletzung vor. Das Bundesverwaltungsgericht leitete daraus ein absolutes Verwendungsverbot für die heimlichen Telefonmitschriften des MfS ab.¹¹³⁰ Eine Nutzung ist jedoch unter anderem zulässig, wenn die Telefonprotokolle vollständig anonymisiert werden, oder wenn alle Betroffenen einer Nutzung ausdrücklich zustimmen.¹¹³¹

Das MfS gelangte durch die Funkaufklärung an ein breites Spektrum unterschiedlichster Informationen. Es erfuhr, wie Politiker über einzelne Fragen und anstehende Entscheidungen dachten, wie sie gegenüber engen Vertrauten übereinander sprachen, es kannte vorab Terminabsprachen und Reisepläne und konnte sich entsprechend vorbereiten. Es gelangte auf diese Weise an eine Vielzahl politischer Hintergrundinformationen, auch aus verschiedenen Bundestagsausschüssen, es zeichnete aber ebenso sehr persönliche Details über einzelne Politiker auf.

Die Abhörprotokolle sind überwiegend in zeitlicher Reihenfolge abgelegt worden. Vereinzelt sind auch kompakte Personendossiers überliefert, also Akten im Umfang von bis zu 500 Seiten, in denen sich nur Abhörprotokolle zu einem einzigen Abgeordneten befinden.¹¹³²

Die Aufgaben der MfS-Hauptabteilung III beschränkten sich nicht auf die Funkaufklärung, sondern beinhalteten auch die Informationsauswertung. Auf der Grundlage der aufgezeichneten

¹¹³⁰ Stasi-Unterlagen-Gesetz: Kommentar. Begründet von Hansjörg Geiger und Heinz Klinghardt, fortgeführt und neu bearbeitet von Martin Budsinowski, Josephine Burth, Jörg Pietrkiewicz, Juliane Rapp-Lücke. 2., überarb. Aufl., Stuttgart 2006, S. 222 f. Der StUG-Kommentar bezieht sich hier auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 2004. Die rechtlichen Auseinandersetzungen um die Nutzung von Informationen aus abgehörten Telefonaten erörtert ausführlich die juristische Dissertation von Bonitz, Kai: Persönlichkeitsrechtsschutz im Stasi-Unterlagen-Gesetz. Berlin 2009, insbes. S. 96–209.

¹¹³¹ Unter den oben genannten Maßgaben erarbeiten Ilko-Sascha Kowalczyk, Arno Polzin und Wolfgang Templin derzeit in der BStU-Forschungsabteilung eine Studie mit dem Arbeitstitel „Das MfS und die Überwachung oppositioneller Telefonkontakte“.

¹¹³² BStU, MfS, HA III, 10091, 10096, 10099, 11872, 11876 u. 11877.

Telefongespräche wurden Berichte, Meldungen und Analysen zu festgelegten Themen angefertigt und anderen MfS-Abteilungen zugeleitet.¹¹³³

Die HV A verzeichnete relevante Informationen, die ihr aus der Telefonüberwachung zugingen, seit 1978 mit thematischen Schlagworten und Personennamen in der SIRA-Datenbank. Bis 1989 verbuchte sie auf diese Weise 1 983 Informationseingänge. Davon ordnete sie 205 Informationen ausdrücklich dem Bundestag zu.¹¹³⁴ Quantitativ und qualitativ gehörte die Funkaufklärung demnach zu den wichtigsten Quellen der HV A. Das gilt sowohl für die HVA-Spionage insgesamt als auch für die Informationsbeschaffung über den Deutschen Bundestag.

Die Unterlagen der MfS-Hauptabteilung III enthalten in der Regel keine Hinweise darauf, in welcher Weise das geheime Wissen aus der Telefonüberwachung für gezielte Maßnahmen gegen einzelne Abgeordnete verwendet wurde. Und die Akten der für „aktive Maßnahmen“ zuständigen HV A sind weitgehend beseitigt worden. Einzelne Aktionen ließen sich nach 1990 belegen, insoweit Ermittlungsbehörden und frühere HVA-Akteure diese Thematik beleuchteten.¹¹³⁵

Exemplarisch sei hier an eine Aktion der HV A gegen Franz Josef Strauß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre erinnert, an der die MfS-Funkaufklärung maßgeblichen Anteil hatte. Das MfS hatte am 28. September 1976 ein Telefongespräch zwischen Strauß und dem Chefredakteur des *Bayernkurier* Wilfried Scharnagl abgehört. Eine Mitschrift des Gesprächs, von der HV A um einige fiktive Sätze ergänzt, montierte diese in ein Formular, das denen des BND glich. Das derart verfälschte Abhörprotokoll schickte sie anonym an die *Süddeutsche Zeitung*. Die Redaktion prüfte das Dokument gründlich und legte es den Betroffenen Strauß und Scharnagl und den Sicherheitsbehörden vor. Erst danach, am 14. Januar 1978, veröffentlichte sie es auszugsweise. Franz Josef Strauß geriet durch den wiedergegebenen, vermeintlichen Gesprächsinhalt in den Verdacht der Bestechlichkeit. Und die bundesdeutschen Nachrichtendienste – insbesondere der Militärische Abschirmdienst (MAD) – sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt, heimlich und ohne Rechtsgrundlage Politiker abzuhören.¹¹³⁶

Mit der Abhöraffaire befasste sich von Januar 1978 bis März 1980 ein eigens eingesetzter Bundestags-Untersuchungsausschuss. Der Ausschuss konnte eine Verwicklung der bundesdeutschen Dienste in die Abhöraffaire sowie den Verdacht der Bestechlichkeit gegen Strauß ausschließen und die Aktion als Diskreditierungsmaßnahme erkennen. Er vermochte jedoch nicht, das MfS als Urheber nachzuweisen. In seinen Schlussfolgerungen kam er der Wahrheit aber sehr nahe. Die Ausschussmitglieder brachten darin zum Ausdruck, dass sich hier eine bislang nicht vorstellbare Dimension an Grundrechtsverletzung auftrat:

„Vermutungen hinsichtlich des oder der Täter bleiben deshalb auch nach den Ermittlungen des Ausschusses nur Spekulationen. Alle Theorien, die dazu aufgestellt wurden, ließen sich nicht durch Tatsachen erhärten. Die einzige sichere Erkenntnis des Ausschusses besteht darin, dass es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Unternehmen gehandelt haben muss, dessen Urheber nicht nur über technisches Spezialkönnen, sondern auch über erhebliches Wissen aus dem Bereich des Nachrichtendienstes verfügten, und das sich sowohl gegen Dr. h. c. Strauß wie gegen die Dienste als solche gerichtet haben kann. Als Ergebnis mehr als

¹¹³³ Das Verfahren der Informationsauswertung und Dossierarbeit der MfS-Hauptabteilung III ist anschaulich beschrieben in Schmidt: Hauptabteilung III, 2010, S. 101–105.

¹¹³⁴ BStU, MfS, HV A/MD/3-4, SIRA-TDB 12–13, Recherche zu Reg.-Nr. XV/213/73. 1 979 Informationen sind in der SIRA-Teildatenbank 12 (Informationen über Außen-, Innen-, Wirtschafts-, Verteidigungs- und Militärpolitik) verbucht, 4 in der Teildatenbank 13 („Regimeverhältnisse“). Ausführlicher zum Thema Funküberwachung im Spiegel der SIRA-Datenbank siehe Kapitel 1.2.8.3., ab S. 105.

¹¹³⁵ Aus Perspektive des Bundesamtes für Verfassungsschutz beschrieb BfV-Direktor Dirk Dörrenberg den Einsatz der Telefonüberwachung des MfS für „aktive Maßnahmen“: Dörrenberg: Erkenntnisse des Verfassungsschutzes, 2003, S. 79–83. Aus Perspektive des MfS siehe den Insiderbericht Bohnsack; Bremer: Auftrag: Irreführung, 1992. Bohnsack und Bremer arbeiteten als Offiziere in der Desinformationsabteilung der HV A.

¹¹³⁶ Der Ablauf der Ereignisse, wie er sich damals darstellte, ist dokumentiert in: Beschlussempfehlung und Bericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes vom 20.3.1980, Bundestags-Drucksache 8/3835 (auch als Strauß-Scharnagl-Ausschuss oder Lockheed-Ausschuss bezeichnet), S. 15–38. Im Internet abrufbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/08/038/0803835.pdf>.

zweijähriger Arbeit steht damit lediglich fest, dass hier in unerträglicher Weise ein Grundrecht durch Dritte verletzt wurde, und dass eine solche Grundrechtsverletzung erheblich leichter zu sein scheint, als die Mitglieder des Ausschusses, die insoweit überwiegend auch nur Laien waren bzw. sind, je geahnt hatten. Insbesondere kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich nicht um einen Einzelfall gehandelt hat oder dass ähnliche Fälle sich in Zukunft nicht wiederholen.“¹¹³⁷

Der CDU-Bundestagabgeordnete Franz Möller schreibt in seinen Erinnerungen über diese Abhöraffaire und den Bundestags-Untersuchungsausschuss, dem er seinerzeit angehörte. Für ihn lag schon damals die Schlussfolgerung nahe, dass die Urheberchaft der Affäre in Ostberlin zu suchen sei: „[...] damals schon [kam] bei mir die Vermutung, ja der Verdacht auf, dass es sich um einen fremden Nachrichtendienst handeln musste. Das konnte dann nur die Stasi in Ostberlin mit ihrem Spionageapparat sein.“¹¹³⁸ Heute weiß man, dass es sich tatsächlich um eine „aktive Maßnahme“ des MfS gehandelt hatte.¹¹³⁹

Die SIRA-Datenbank legt außerdem die Schlussfolgerung nahe, dass die HV A über den früheren CSU-Abgeordneten Leo Wagner schon sechs Wochen vor der Vorlage des Ausschuss-Berichts am 20. März 1980 über dessen Ergebnisse in Kenntnis gesetzt wurde.¹¹⁴⁰

¹¹³⁷ Beschlussempfehlung und Bericht (wie Anm. 1136), S. 27.

¹¹³⁸ Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 17: Franz Möller. Hg. v. Deutschen Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. München 2004, S. 131–138, hier 133.

¹¹³⁹ Ebenda, S. 133 f. Anklage gegen den früheren Leiter der HVA-Abteilung X, Rolf Wagenbreth und andere (wie Anm. 193), abgedruckt in: Marxen; Werle: Spionage, 2004, hier S. 501 f.

¹¹⁴⁰ BStU, MfS, HV A/MD/5, SIRA-TDB 14, SE8018016. Die Einträge in diesem Datensatz lassen nicht erkennen, ob Wagner nur mündlich über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses berichtete oder Dokumente übergab. Seine Information traf am 7.2.1980 bei der HVA-Auswertungsabteilung ein. Der Untersuchungsausschuss tagte letztmalig am 24.1.1980, legte seinen Bericht aber erst am 20.3.1980 vor. Zu Wagners HVA-Anbindung siehe oben, S. 232–234. Wagner war bereits 1976 aus dem Bundestag ausgeschieden. Er kann daher nur auf Umwegen über die Arbeit des Ausschusses erfahren haben. Weitere Informationslieferungen an die HV A zu diesem Ausschuss sind in der SIRA-Datenbank nicht dokumentiert.

Dokument: Bundespolitische Themen, für die sich die MfS-Telefonüberwachung im Frühjahr 1989 interessierte

Das nachfolgend wiedergegebene, undatierte Dokument aus dem Bestand der MfS-Funkaufklärung vom Frühjahr 1989 veranschaulicht, welche politischen Informationen die Funkaufklärung des MfS damals auf dem Wege der Telefonüberwachung erlangen wollte. Deutlich werden hier nebenbei auch die fließenden Grenzen zwischen Parlament, Parteien und Bundesregierung.

Langfristiger Informationsbedarf zum Auswertebereich „Politik“¹¹⁴¹

BRD-Innenpolitik

- Angaben zur Entwicklung wahlstrategischer und -taktischer Konzepte in den Bundestagsparteien für 1990, Widerspruchsfelder und Differenzierungslinien mit den Schwerpunkten Außen-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik; Belastbarkeit der Regierungskoalition angesichts verstärkter Rechtstendenzen in CDU/CSU; Einschätzungen zu den Auswirkungen der nationalistischen und revanchistischen Kampagne auf die Regierungspolitik
- Einschätzungen zu eventuell neuen Denkprozessen in der SPD in der Koalitionsfrage für 1990 mit Angaben zu politischen und programmatischen Schlussfolgerungen, Wertungen zur Koalitionsfähigkeit von FDP und Grünen, einschließlich der Vorbedingungen der SPD
- Angaben zur Lage bei den Grünen nach Bildung des SPD-AL-Senats in Westberlin und der Bundesdelegiertenkonferenz; Haltung in der Koalitionsfrage und zu Schwerpunktsetzungen; Angaben zum persönlichen Entwicklungsweg, den Persönlichkeitseigenschaften und dem politischen Profil der neuen Sprecher des BV
- Aufklärung neofaschistischer Kräfte; Angaben zum Rivalitätsverhältnis von Republikaner, DVU und NPD und seiner Entwicklung.

Angaben zur Umsetzung der Orientierungen des BMB für die Aktivierung der deutschlandpolitischen Forschung:

- Hinweise auf die differenzierte Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel und veränderte Schwerpunktsetzung für die staatliche Forschungsförderung
- Informationen über konkrete Maßnahmen zur stärkeren Berücksichtigung der „Dynamik in den Ost-West-Beziehungen“ und der „Krisenprozesse in den sozialistischen Ländern“
- Angaben über die zusätzliche Einbeziehung von Wissenschaftlern von Universitäten und Hochschulen auf Honorarbasis
- Hinweise auf Bemühungen im Zusammenhang mit der Förderung jugendspezifischer Untersuchungen, Kontakte zum Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig herzustellen sowie die DDR-Kontakte der Jungen Union und der „Königssteiner Anstalten“ gezielt zu nutzen bzw. aufzubauen

¹¹⁴¹ BStU, MfS, HA III, 7394, Bl. 1–7.

- Angaben zu „DDR-Forschern“ der BRD, bei denen die BMB-Orientierungen zur Verstärkung der deutschlandpolitischen Forschung auf Kritik stoßen, sowie zu anderweitigen Problemen der Orientierungsumsetzung.

CDU/CSU

- Angaben zum geplanten Dokument der CDU „Charta NATO 2000“ zur grundlegenden Neubewertung der veränderten politischen Situation
- Haltung der BRD zum Afghanistanproblem und zur oppositionellen Interimsregierung, Beitrag der BRD und Möglichkeiten zur Konfliktregelung
- stellt die Regierungsumbildung eine tragbare personelle Konzeption bis zur Bundestagswahl 1990 dar?
 - Mängel in der CDU mit Führungswechsel beseitigen?
 - Steht die CDU hinter KOHL?
 - Vorstellungen zur Standortbestimmung der Partei, zu Sachfragen und zu Korrekturen bisheriger Beschlüsse (z. B. Wehrdienst, Wackersdorf, Quellensteuer) (neuer Konfliktstoff in der Koalition?)
 - Reaktionen der Parteibasis
 - Trägt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Konzeption voll mit?
 - Neue Strategie der Verkaufspolitik der Ergebnisse der Bundesregierung unter Einsatz aller Medien
 - In welchen Punkten sind programmatische Veränderungen zu erwarten und wer sind die personellen Träger?
 - Gewicht der CSU in dieser Konstellation (6 Minister), Konsequenzen, Auswirkungen der Kabinettsinbindung von Waigel
 - Gibt es eine tragfähige Verbindung Späth – Waigel?
 - (wer trägt sie, wohin führt sie und welche starken Leute schließen sich ihr an?)
 - Verhältnis Kohl – Geißler
- weiterer Umgang mit den Rechtsparteien. Welche Politiker sollen den rechten Rand binden? (Lummer, Todenhöfer)
- Hinweise auf Nachfolgekandidaten für CDU/CSU-MdB, die 1990 nicht mehr kandidieren
- Aussagen zu geplanten Veränderungen in der CDU-Zentrale (CDU-Bundesgeschäftsstelle Konrad-Adenauer-Haus)
 - ausgewogene Parteistruktur (Altersstruktur)
 - konsequente Politik der Mitte
 - Arbeit einer eingesetzten Kommission des Bundesvorstandes zu diesen Fragen
 - personelle Veränderungen in der BGS der CDU (ca. 25 %) weniger Mitarbeiter
 - finanzielle Regelungen (Beitragserhöhung)
- CDU/CSU-„Deutschlandpolitik“
 - Initiativen der CDA
 - Aussagen zu Beziehungen Bundestag – Volkskammer
 - Aktivitäten von Bundesfachausschuss „Deutschlandpolitik“ und AG „Deutschlandpolitik“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 - Aktivitäten der parteinahen Stiftungen (KAS, HSS)
 - konzeptionelle Überlegungen zur künftigen Einwirkung auf die DDR und zur Unterstützung feindlich-negativer Organisationen und Personen unter Einbeziehung vor allem parteinaher Stiftungen und der CDA

- konkrete Absichten und Pläne der CDU/CSU über die Nutzung von Städtepartnerschaften, Jugendaustausch und Kulturabkommen.

FDP

- Zum Stand der Vorbereitung des Bundesparteitages am 27./28. Mai 1989 in Köln, insbesondere Hinweise auf die inhaltliche Ausgestaltung, Beschlussvorstellung und Angaben zur Diskussion im Parteivorstand oder Präsidium zum inhaltlichen Konzept,
- Angaben zum weiteren Vorgehen der FDP gegenüber der DDR (bleibt der Kurs der Besuchsabsage und der Einschränkung der Kontakte zur LDPD erhalten?)
- Koalitionsüberlegungen der FDP für 1990
- Aussagen zum Verhältnis Kohl – Genscher
Kohl – Lambsdorff
- Gibt es in der FDP Zweifel an der Politik des Parteivorsitzenden Lambsdorff?
- Verhältnis der FDP zu den Auseinandersetzungen in der Koalition mit der CDU/CSU (Konfliktfelder, Konsens, Differenzierungen)
 - Welche Bemühungen sieht die FDP seitens der CDU/CSU, die eigenständige Position der FDP in der Koalition zurückzudrängen? (z. B. in Fragen Außenpolitik, Asyl- und Ausländerproblematik, innere Sicherheit)
 - Welche Maßnahmen entwickelt die FDP, dem Druck der CDU/CSU standzuhalten?
 - Wertung der FDP hinsichtlich der Fortsetzung der derzeitigen Koalition nach 1990 zur Lösung des Problems „europäischer Binnenmarkt“
 - Bewertung der beabsichtigten Koalitionsentscheidungen zum Wohnungsbau, Familienpolitik, Hochschulen, Asyl- und Ausländerpolitik durch FDP-Politiker verschiedener Flügel
 - Koalitionsüberlegungen in der FDP für 1990 (Hinweise auf Koalitionsbestrebung mit der SPD: Welche Politiker stehen hinter welchen Aktionen? Wurden mit der Wahl Lambsdorff und seinem jetzigen Auftreten die Weichen für 1990 richtig gestellt? Entwickelt sich ein Strategiestreit?)
- Konzeptionelle Überlegungen zur Profilierung der FDP und zur Wählergewinnung
 - Vorbereitungen auf den Parteitag am 27./28. Mai 1989
 - Analyse der bisherigen Wahlergebnisse
 - Vorbereitung, Verlauf und Wertung der Beratung des Parteivorstandes hinsichtlich der Strategie für die noch ausstehenden Kommunalwahlen 1989, die Europawahl 1989 und längerfristig anstehende Wahlen 1990 (Kommunal- und Landtagswahlen, Bundestagswahlen)

SPD

- Zur Lage der Partei mit Blick auf die Bundestagswahlen
 - Angaben zur Entwicklung von Politik und Programmatik im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlkämpfe (besonders territoriale Entwicklungen)
 - Hinweise auf eventuell innerparteiliche Auseinandersetzungen in der Koalitionsfrage sowie hinsichtlich Kanzler-Kandidatur (Position von Vogel, Lafontaine und A. Fuchs), „Regierungsprogramm“ und Regierungsmannschaft (Hinweise auf sich diesbezüglich besonders profilierende SPD-Politiker und deren gegenwärtiges Umfeld)

- Einschätzung zur Akzeptanz der SPD als potenzielle Regierungspartei (auch hinsichtlich der möglichen Bildung einer „rot-grünen“ Koalition auf Bundesebene)
 - Informationen über die Nichtkandidatur von MdB/SPD zu den kommenden Bundestagswahlen sowie Hinweise auf deren bereits festgelegte Nachfolger bzw. eventuell dafür infrage kommende Personen und deren gegenwärtiges Umfeld.
 - Einschätzung der Situation in den Kräftegruppierungen („Frankfurter Kreis“/nächste Tagung am 29. April und 1. Juli 1989 und „Seeheimer Kreis“) und deren Schwerpunktaktivitäten in Vorbereitung auf die Wahlkämpfe und den Programmparteitag
- Zur gegenwärtigen „Deutschland- und Ostpolitik“ der SPD
 - Bewertung des innerparteilichen Differenzierungsprozesses im Hinblick auf die weitere Gestaltung der Beziehungen der SPD gegenüber der SED bzw. der DDR nach der Stellungnahme der SPD-Grundwertekommission vom 29. März 89 und deren DDR-Aufenthalt vom 13. bis 15. April 1989 zum 8. Treffen mit Vertretern der AfG beim ZK der SED (insbesondere Hinweise auf Aktivitäten der Rechten zur Unterminierung und Modifizierung der „Deutschlandpolitik“)
 - Hinweise auf spezifische Absichten und Vorhaben in Weiterführung des sicherheitspolitischen Dialogs mit der SED bzw. der DDR, z. B. in Vorbereitung der Tagung der AG „SED/SPD-Bundestagsfraktion“ (Bonn, 26. April 89) und des Symposiums „Sicherheitsinteressen der beiden deutschen Staaten“ (Bonn, 26. April 89)
- Lage der Partei mit Blick auf die Bundestagswahlen:
 - Einschätzung der gegenwärtigen Programmarbeit und der sich abzeichnenden Tendenzen (insbesondere betr. interner Diskussionen im Rahmen der langfristigen Vorbereitung des Programmparteitages)
 - Interne Diskussion im Parteivorstand und in der Fraktion um die Kanzlerkandidatur sowie „Regierungsmannschaft“ und das „Regierungsprogramm“ (derzeitige Position Vogels, Lafontaines und Raus sowie sich gegenwärtig zunehmend profilierender SPD-Politiker, z. B. Christoph Zöpel) und Bewertung gegenwärtiger Koalitionsspekulationen (koalitionspolitische Vorstellungen der Kräfte auf Bundes- und Landesebene in Auswirkung der AH-Wahlen in WB-Koalitionsverhandlungen, Senatsbildungs- und den Hessischen Kommunalwahlen)
 - Hinweise auf besondere territoriale Entwicklungen der Partei mit absehbaren Auswirkungen auf Aktionsfähigkeit und Kräftekonstellation der Gesamtpartei
 - Situation in den Kräftegruppierungen (Informationen zu den Führungskräften des „Frankfurter Kreises“ und des „Seeheimer Kreises“, Aktivitäten in Vorbereitung der „FK“-Tagungen am 29. April und 1. Juli 1989)
- Zu weiteren Problemen:
 - Haltung der Partei zu den neonazistischen Tendenzen in der BRD und in WB; Bereitschaft zum Zusammengehen mit anderen demokratischen Kräften zur Zurückdrängung des Neonazismus (Gründe für diesbezügliche Zurückhaltung)
 - Bewertung der Ergebnisse der Wiener Tagung der SI am 9./10. März 1989 aus der Sicht der SPD-Führung
 - Einschätzung des gegenwärtigen Verhältnisses der SPD zur USA-Führung und diesbezüglich absehbarer Tendenzen (Information zu SPD-Politikern und deren Umfeld, die mit der amerikanischen Problematik befasst sind; interne Vorbereitung der USA-Aufenthalte Vogels vom 5. April bis 7. April 1989 sowie Ehmkes und Stobbes im Mai 1989)

Grüne/AL

- Einschätzungen zur Tätigkeit des neuen Bundesvorstandes sowie zur Situation in der Partei, weitere Angaben zu den Bundesvorstandsmitgliedern, aufkommende Differenzen zu politischen und

innerparteilichen Fragen, Verhältnis zwischen Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, Stand der Urabstimmung

- Angabe zu den in der Bundesgeschäftsstelle und Bundestagsfraktion tätigen Personen (Abgeordnete, Mitarbeiter, Angestellte), Kenntnisse zu innerbetrieblichen Abläufen (Organisationsstruktur)
- Bestrebungen fundamentalistischer Kräfte zur Bildung einer eigenständigen Bewegung außerhalb der Grünen bzw. Bestrebungen zur Bildung einer neuen ökologischen Partei (Kreise um Ebermann/Trampert, Hamburg)
- weitere Hinweise und Angaben zu den individuellen Plänen solcher Funktionäre wie Ditfurth, Vollmer, Schily u. a., die im neuen Vorstand nicht vertreten sind. Weitere Angaben zur Rolle von Kelly/Bastian)
- Aktivitäten gegenüber sozialistischen Staaten DDR, SU, VRP, UVR, Initiativen der Grünen im Bereich Sicherheitspolitik und Friedensbewegung

Republikaner

- Pläne und Absichten, sich als Partei weiter zu profilieren:
 - Territorien (Bundesländer, Bezirke, Kreise, Städte ...), auf die man sich vor allem konzentrieren will
 - Mitglieder- und Sympathisanten-Gewinnung, Auf- und Ausbau der Parteistrukturen
 - Einschätzung zu den bereits vorhandenen Bundes-, Landes- und Ortsverbänden sowie den Geschäftsstellen
 - Zusammengehen mit anderen rechtsextremistisch-neonazistischen Kräften wie Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschland (FAP), Deutsche Volksunion (DVU) und andere Gruppierungen bzw. Rivalitäten zwischen diesen
 - Einschätzung des Anteils und Wirkens der Angehörigen von Polizei, Staats- und Grenzschutz der BRD und WB und anderer Repressivorgane
- Vorhaben und Aktivitäten zur weiteren Einflussnahme auf die politische Entwicklung in der BRD/WB
 - Teilnahme an Wahlen
 - Verhältnis zu den anderen Parteien der BRD/WB, CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne/Alternative; Auseinandersetzungen, Bündnisfragen, inhaltliche Aussagen zur Politik und zum Programm
- Pläne zum inhaltlichen und organisatorischen Wirksamwerden gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Staaten: Verbindungen zu feindlich-negativen Kräften in der DDR und anderen sozialistischen Ländern, zu Kräften des politischen Untergrundes, jugendlichen Personenkreisen mit neofaschistischen Tendenzen und Merkmalen
- Verbindungen zu imperialistischen Geheimdiensten, Zentren der PID, den Revanchistenverbänden, Auslandsverbindungen, Inspiratoren der PUT aus dem Operationsgebiet
- Allseitige Aufklärung der Führungskräfte, Bundes- und Landesvorstände, Abgeordnete, deren Hintermänner und Finanzquellen (Angriffsflächen aus Vergangenheit und Gegenwart) und evtl. DDR-Verbindungen
- Schwerpunktmäßige Angaben zu folgenden Personen:

Schönhuber, Franz	–	Bundvorsitzender
Poser, Günter	–	stellv. Bundvorsitzender
[...] ¹¹⁴²		

Friedensbewegung

- Vorbereitung Gorbatschow-Besuch in BRD, Ergebnisse der Aktionskonferenz 8. bis 9. April der Friedensbewegung zur Vorbereitung der Friedenswoche BRD/UdSSR vom 15. bis 31. Mai 1989 sowie der Großkundgebung am 10. Juni 1989 in Westberlin. In diesem Zusammenhang auch Pläne zur Kontaktaufnahme mit sogenannten autonomen Friedensgruppen in der DDR von WB aus oder auf Transitstrecke, geplante Provokationen gegen die DDR
- Weitere Maßnahmen und Initiative der Friedensbewegung gegen Modernisierung sowie zur Unterstützung der Entspannungspolitik, z. B. Initiativen des Bahr-Institutes, Forderungen nach Treffen Kessler/Scholz sowie weitere Vorhaben zum 40. Jahrestag der BRD, zum 50. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges und des 75. Jahrestages des Beginns des 1. Weltkrieges
- Differenzierungen innerhalb der Friedensbewegung sowie neue Orientierungen
- Internationale Koordinierung der Friedensbewegung, Reaktionen und Maßnahmen auf Abrüstungsschritte der Staaten des Warschauer Vertrages, u. a. zu den Vorschlägen auf internationalen Konferenzen (Wien, Genf)
- Aktivitäten und Bestrebungen maßgeblicher Kräfte der Friedensbewegung zur Unterstützung sogenannter autonomer Kräfte in der DDR und anderen sozialistischen Staaten unter dem Deckmantel der Menschenrechte, pazifistischer und ökologischer Auffassungen

Westberlin – Innenpolitik

- Senatspolitik
 - Akzeptanz der Senatspolitik in der SPD und der AL
 - Erwartungen an das geplante Treffen Momper – Honecker; Hinweise auf Probleme/Vorhaben in der Verhandlungsführung mit der DDR.
- Westberliner SPD
 - innerparteiliche Lage; Situation nach Senatsbildung und Postenvergabe in Fraktion und Landesverband. Widerstände gegen Mompers Kurs aufgrund eventueller Verprellungen bei der Ämterverteilung; inhaltlicher Dissens
 - Situation im rechten Flügel; bleibt die relative Geschlossenheit erhalten oder ist das jüngste Fernbleiben Spandaus bei den informellen Treffen Indiz für neue Entwicklungen?
 - Situation links; Wird die Politik von Momper, der aus dem linken Flügel stammt, von linken Politikern getragen oder wird ihm „Verrat“ vorgeworfen?
- Einschätzungen aus den Parteien zur Stabilität und Handlungsfähigkeit des SPD-AL-Senats sowie seiner Akzeptanz in Wirtschaftskreisen und bei den Alliierten; Hinweise auf Strategie und Taktik der CDU zur Torpedierung des Senats; Störmanöver der Alliierten gegen den Senat
- Angaben zu den Widerspruchsfeldern in SPD und AL sowie zwischen ihnen; Vorhaben im Bereich der Beziehungen mit der DDR in den Grundfragen der Anerkennung der Realitäten des Vierseitigen Abkommens; Verhandlungskonzepte in Sachfragen

¹¹⁴² Es folgen die Namen weiterer 15 Spitzenfunktionäre oder regionaler Mandatsträger der Republikaner mit Angabe ihrer Funktion.

- Aufklärung der Republikaner, Hinweise auf Graufelder zwischen CDU und Republikaner

Verh. DDR – BRD

- Konzeptionelle Vorstellungen auf Regierungs- und Parteebene zu den weiteren Verhandlungen über die Eisenbahnstrecke Westberlin – Hannover, für die Verhandlungen über die Gewässergüte der Elbe, einschließlich der Handhabung der Grenzfrage, und für den Abschluss eines Luftverkehrsabkommens BRD – DDR
- Pläne, Maßnahmen und Absichten im Hinblick auf den Missbrauch des Wiener KSZE-Abschlussdokuments als Mittel der Druckausübung auf die DDR; Angriffe auf die Reiseverordnung; Vorgehensweise im Zusammenhang mit dem Mindestumtausch und mit Vorstellungen bezüglich der Verordnung über die Tätigkeit der in der DDR akkreditierten Korrespondenten und von Reisejournalisten; Widerspruchsfelder in Regierung und Parteien

5. Bundestagsabgeordnete und ihre Einreisen in die DDR

Bundestagsabgeordnete aller Parteien reisten in die DDR und unterhielten Beziehungen zu DDR-Bürgern. Einige stammten selbst aus der DDR, andere besuchten Verwandte und Freunde, viele kamen in die DDR, um das Land kennenzulernen und um Gespräche mit DDR-Politikern, mit Kirchenvertretern oder gelegentlich auch mit Oppositionellen zu führen.

Über diese verschiedenartigen DDR-Engagements der Abgeordneten gibt es keinen systematischen Überblick, obwohl das Thema aus heutiger Sicht vermutlich ein ergiebiges Forschungsfeld wäre und die Archivüberlieferung vergleichsweise gut ist.¹¹⁴³ Bislang sind vor allem die Beziehungen von Abgeordneten und Mitgliedern der Grünen sowohl zu Friedensgruppen als auch zu Politikern in der DDR auf ein gewisses Forschungsinteresse gestoßen.¹¹⁴⁴ Die engen Beziehungen vieler SPD-Politiker zur SED in den achtziger Jahren sind Gegenstand von Kontroversen und werden mitunter auch als „Nebenaußenpolitik“ kritisiert.¹¹⁴⁵ Das vorliegende Gutachten kann die Forschungslücke nicht füllen, sondern dieses Thema nur knapp ansprechen. Zeitlich bildet der Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 eine Zäsur. Bis zu diesem Datum war zumindest die Einreise nach Ostberlin mehr oder weniger ungehindert möglich. Mit Margarete Berger-Heise (ab 1953) und Kurt Neubauer (ab 1952) hatten bis zum Mauerbau 1961 sogar zwei SPD-Bundestagsabgeordnete ihren Wohnsitz in Ostberlin.¹¹⁴⁶

5.1. Vor dem Mauerbau: Freies Geleit für Adenauer in Ostberlin

In den fünfziger Jahren stand den Bundestagsabgeordneten die Einreise nach Ostberlin theoretisch jederzeit offen. Selbst angefeindete Spitzenpolitiker wie Konrad Adenauer oder Franz Josef Strauß wären von DDR-Behörden offenbar nicht daran gehindert worden, sich im Ostteil der Stadt umzusehen. Das legt eine Entscheidung Walter Ulbrichts nahe, die er auf Bitten Erich Mielkes hin 1958 gefällt hatte.

¹¹⁴³ Mit den Einreisen von bundesdeutschen Politikern in die DDR befassten sich unter anderem die MfS-Hauptabteilungen VI (zuständig für Personenkontrollen an den Grenzübergängen sowie generell für Einreisen und Tourismus) und VIII (zuständig für die heimliche Überwachung anderer Menschen). Akten dieser Hauptabteilungen sind zu einem großen Teil im Archiv des BStU überliefert. Eine wichtige Studie zu diesem Themenbereich stammt von dem früheren Grünen-Abgeordneten Knabe, Wilhelm: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluss der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. Deutscher Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. VII/2, S. 1110–1202.

¹¹⁴⁴ Knabe, W.: Westparteien und DDR-Opposition, 1995. Baron, Udo: Die Deutschlandpolitik der Grünen und das Ministerium für Staatssicherheit. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 1999. Baden-Baden 1999, S. 47–77; Jordan; Mitter; Wolle: Die Grünen der Bundesrepublik, 1994. Siehe exemplarisch auch die in Anm. 1185 erwähnte MfS-Akte über Begegnungen von Grünen-Politikern mit DDR-Oppositionellen.

¹¹⁴⁵ Aus der Perspektive der DDR-Opposition siehe Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Bonn 1997, darin S. 663–668 über „Die SPD und die [DDR-]Opposition. Die Haltung der SPD zur DDR von 1945 bis 1990 beschreibt kritisch und auf breiter Quellengrundlage Sturm: Uneinig in die Einheit, 2006. Kritik an der SED-Nähe vieler SPD-Politiker übte auf der Grundlage einiger soeben erst gesichteter SED-Akten schon 1992 Christian von Ditfurth: Angst vor den Akten. Archive enthüllen den Umgang von SPD- mit SED-Politikern. In: Der Spiegel 46(1992)35 v. 24.8.1992, S. 50–62.

¹¹⁴⁶ Rexin, Manfred: Die SPD in Ost-Berlin 1946–1961. 2. Aufl., Berlin [West] 1989, S. 15–17. Neubauer war SPD-Kreisvorsitzender im Ostberliner Bezirk Friedrichshain, Berger-Heise im Ostberliner Bezirk Weißensee. Vgl. auch Heimann, Siegfried: Die SPD in Ostberlin 1945–1961. In: Stephan, Gerd-Rüdiger u. a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 402–425, hier 410.

Am 30. September 1958 hatte sich Mielke in einem dringenden Schreiben an Ulbricht gewandt. Mielke informierte darüber, dass eine Bundestagssitzung in Westberlin bevorstehe und sehr wahrscheinlich Bundestagsabgeordnete in dieser Zeit auch Ostberlin besuchen würden. Im Vorjahr hätte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier offiziell eine touristische Einreise nach Ostberlin beantragt. Andere Abgeordnete würden jedoch erneut ohne Anmeldung kommen. Die MfS-Mitarbeiter an den Kontrollpunkten seien darauf vorbereitet. Aber sie wüssten nicht, wie sie sich verhalten sollten: „Einerseits gehören die Besucher zu den Personen, die gegen die DDR hetzen und der DDR feindlich gesinnt sind, andererseits besuchen sie den demokratischen Sektor“, so Mielke.¹¹⁴⁷ Mielke neigte in seiner Anfrage an Ulbricht erkennbar dazu, die Abgeordneten nicht ohne Weiteres einreisen zu lassen. Aber mehr noch fürchtete er Gegenreaktionen des Westens:

„Die Entscheidung ist deshalb auch schwer, damit den Vertretern unserer Partei, die den Westsektor betreten, danach keine Schwierigkeiten gemacht werden können, falls von unserer Seite aus Behinderungen angeordnet werden. Es scheint zweckmäßiger, eher mit diesen Menschen eine politische Auseinandersetzung zu führen, die jedoch sehr gut organisiert werden müsste, damit es zu keinen Ereignissen kommt, die die Politik unserer Partei nach Westberlin und Westdeutschland stören.“¹¹⁴⁸

Walter Ulbricht beriet sich daraufhin mit dem Sekretär der Sicherheitskommission beim SED-Politbüro, Erich Honecker. Sie entschieden, alle Bundestagsabgeordneten sollten unbehelligt nach Ostberlin einreisen dürfen. Ausdrücklich bezogen sie darin Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß ein. Den Vorschlag, wenigstens Strauß „mithilfe der Bevölkerung [...] eine politische Abfuhr zu erteilen“, lehnten sie ab. Nur im Falle von Provokationen seien die Kampfgruppen einzusetzen.¹¹⁴⁹ Walter Ulbricht informierte Mielke am 1. Oktober 1958 telefonisch über diese Entscheidung.

Welche Abgeordneten damals tatsächlich Abstecher nach Ostberlin unternahmen, geht aus der vorliegenden Akte nicht hervor. DDR-Zeitungen begleiteten die damalige Sitzungswoche jedoch mit gehässiger Propaganda und unterstellten den Parlamentariern, sich nur für das Westberliner Nachtleben zu interessieren.¹¹⁵⁰ Zu den derartig namentlich Angegriffenen gehörte der SPD-Abgeordnete Erich Meyer. Meyer wohnte während der betreffenden Bundestagssitzungen bei seinem Schwager in Ostberlin und zeigte sich gegenüber DDR-Vertretern gesprächsbereit. Doch als er sich – nachweislich zu Unrecht – dieser primitiven Kampagne ausgesetzt sah, verweigerte er jedes weitere Gespräch mit DDR-Vertretern. Damit war auch der Versuch der HV A gescheitert, längerfristig einen vertraulichen Kontakt zu ihm aufzubauen.¹¹⁵¹

5.2. Nach dem Mauerbau: Einreisen und Einreiseverbote

Wenn Bundestagsabgeordnete in die DDR reisten, bedeutete das für das MfS stets einen erhöhten Arbeitsaufwand. Abgeordnete zählten in der MfS-Terminologie der siebziger und achtziger Jahre zu den „Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der BRD und in Westberlin“, also zur Politprominenz. Deshalb waren sie bei Einreisen in die DDR „politisch-operativ zu sichern“, das heißt: zu überwachen.¹¹⁵² In einigen Fällen informierte das MfS direkt SED-

¹¹⁴⁷ Schreiben Mielkes an Ulbricht vom 30.9.1958, mit Vermerken „persönlich“ und „eilt sehr“; BStU, MfS, SdM 1893, Bl. 47.

¹¹⁴⁸ Ebenda.

¹¹⁴⁹ Aktennotiz vom 1.10.1958: Betr.: Eventuelle Einfahrt von Bundestagsabgeordneten anlässlich der Bundestagssitzung in Westberlin am 1.10.1958; ebenda, Bl. 48.

¹¹⁵⁰ Neues Deutschland v. 3.10.1958, S. 8: Hetzer, Schlemmer, Lüstlinge. Bundestagsabgeordnete waten im Frontstadtumpf. Ähnlich in der (Ost-)Berliner Zeitung v. 3.10.1958, S. 2: Sitzung bei nackten Tatsachen. Im „Dorette“ wurde der Bundestag aktiv; vorhanden in: BStU, MfS, AIM 8653/68, Bl. 70 f.

¹¹⁵¹ Zu diesem Vorfall siehe ausführlicher S. 183 f.

¹¹⁵² MfS, Minister, 16.2.1981: 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 3/75: Politisch-operative Sicherung privater touristischer Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesell-

Generalsekretär Erich Honecker über Einreisen bundesdeutscher Politiker, so bereits vorab im September 1978, als die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nebst einigen Angestellten mit 250 Personen nach Potsdam zu reisen beabsichtigte,¹¹⁵³ oder vor allem dann, wenn Mitglieder der Grünen-Fraktion in die DDR kamen.¹¹⁵⁴

Eine Dienstanweisung der MfS-Bezirksverwaltung Potsdam aus dem Jahre 1979 ordnete die Bundestagsabgeordneten den „Persönlichkeiten der Kategorie I“ zu, die bei DDR-Aufenthalten durchgängig zu überwachen waren. Darunter gab es noch die Kategorien II und III.¹¹⁵⁵

Eine MfS-interne Festlegung aus dem Jahre 1987 unterschied nur zwischen Prominenz der Kategorien I und II. Menschen beider Kategorien waren bei Einreisen in die DDR gleich intensiv zu überwachen. Gewöhnliche Bundestagsabgeordnete zählten hierbei als Politprominenz der Kategorie II. Nur den Bundestagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden ordnete das MfS der Kategorie I zu, ebenso die Bundesminister und die Vorsitzenden der Bundestagsparteien. Diese Eingruppierung war unter anderem für das MfS-interne Berichtswesen von Belang: Berichte über DDR-Aufenthalte von Persönlichkeiten der Kategorie I mussten sofort nach oben gesendet werden, von Persönlichkeiten der Kategorie II nur innerhalb von fünf Tagen.¹¹⁵⁶

Auch in den sechziger Jahren gehörten die Abgeordneten zu dem Personenkreis, für den sich das MfS bei Einreisen in die DDR besonders interessierte. Am Grenzübergang im Berliner Bahnhof Friedrichstraße hatten die Passkontrolleure offenbar die Aufgabe, die HV A über Einreisen von Bundestagsabgeordneten zu informieren. Die HV A entsandte dann unter Umständen umgehend einen Mitarbeiter zur Friedrichstraße, der dort – getarnt als Mitarbeiter des DDR-

schaftlichen Lebens der BRD und Westberlins; abgedruckt in: Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS, 1999, S. 388–395, Zitat 394. Vgl. auch Schmole, Angela: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2011, darin S. 91–94 einige Fallbeispiele für die Überwachung bundesdeutscher Spitzenpolitiker bei Reisen in die DDR.

¹¹⁵³ MfS, 1.9.1978: Information [Nr. 522/78] über die beabsichtigte Einreise der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 19. September 1978 in die DDR zum Besuch von Potsdam; BStU, MfS, ZAIG 2860, Bl. 1–3. Diese Reise war bereits bei der Generaldirektion des DDR-Reisebüros beantragt worden, dennoch informierte das MfS hiermit Erich Honecker „streng geheim“ über diesen Sachverhalt.

¹¹⁵⁴ Siehe beispielsweise MfS, 29.9.1986: Information [Nr. 445/86] über Zusammenkünfte von Mitgliedern der Delegation der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN während ihres Aufenthaltes in der DDR vom 1. bis 5. September 1986 mit Exponenten politischer Untergrundtätigkeit; BStU, MfS, ZAIG 3550, Bl. 1–5; diese Information sowie eine ergänzende Meldung (Information Nr. 448/86) vom 30.9.1986 (in: ebenda, Bl. 6–9) ging unter anderem an Honecker, Stoph, Axen, Hager und Krenz.

¹¹⁵⁵ BVfS Potsdam, Leiter, 21.8.1979: Anlage 3 [= Sicherung, Kontrolle und Überwachung von Persönlichkeiten aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin entsprechend ihrer politisch-operativen Bedeutsamkeit] zur 1. Ergänzung zur Dienstanweisung Nr. 2/76 über Erforschung, Aufklärung und Bearbeitung operativ bedeutsamer Verbindungen von Bürgern des Verantwortungsbereiches in nichtsozialistische Staaten und nach Westberlin, unter besonderer Beachtung des Einreiseverkehrs; BStU, MfS, BV Potsdam, BdL 400028, S. 11–14. Zur Kategorie I zählten demnach außerdem die Ministerpräsidenten der Länder und der Regierende Bürgermeister von Berlin, die Bundesminister, die Parteivorsitzenden der Bundestagsparteien und ihre Stellvertreter, Diplomaten sowie analoge Positionen in anderen westlichen Ländern.

¹¹⁵⁶ Zur Kategorie I gehörten demnach auch: Bundespräsident, Bundeskanzler, Ministerpräsidenten der Länder und die Bürgermeister Hamburgs, Bremens und Westberlins, ferner aus Westberlin der Präsident des Abgeordnetenhauses, die Senatoren und die Landesvorsitzenden von CDU, SPD, FDP und AL. Zur Kategorie II gehörten neben den gewöhnlichen Abgeordneten auch die Staatssekretäre der Bundesregierung, die Landesvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, die Mitglieder der Bundes- und Landesvorstände der Bundestagsparteien, Minister der Landesregierungen, Landtagsabgeordnete, Gewerkschaftsvorsitzende und Präsidenten der Unternehmerverbände. Analog wurden Positionen in anderen westlichen Ländern zugeordnet; MfS, Minister, 6.4.1987: 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 3/75: Politisch-operative Sicherung privater und touristischer Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie touristischer Einreisen politisch-operativ bedeutsamer Reisegruppen aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin in die DDR; BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Sachakten Nr. 1647, Bl. 85–109, hier 104 u. 107 f. In der Praxis scheinen aber auch einfache Bundestagsabgeordnete der Kategorie I zugeordnet worden zu sein. Vgl. BStU, MfS, HA VI 3024, Bl. 8 u. a.

Innenministeriums – mit dem Abgeordneten ein Gespräch führte. Wie aus einem HVA-Bericht über die Einreise des SPD-Abgeordneten Karl Mommer im Januar 1966 hervorgeht, wies dieses System aber noch erhebliche Mängel auf. Mommer war damals unter dem Vorwand festgehalten worden, sein Diplomatenpass berechtige ihn nicht zur Einreise nach Ostberlin. Nachdem er ein- einhalb Stunden warten musste, wurde ihm schließlich die Einreise als Zeichen des guten Willens genehmigt. HVA-Chef Markus Wolf kommentierte diesen Vorfall in einer kurzen, aufschlussreichen Notiz vom 21. Januar 1966 an Mielke-Stellvertreter Bruno Beater wie folgt:

„Der Mitteilungsweg über KPF [Kontrollpunkt Friedrichstraße] bei Bundestagsabg., für die die HV A zuständig ist, dauerte schon öfters zu lange. Oft wurden auch schon längere Befragungen [durch Mitarbeiter der Grenzübergangsstelle] durchgeführt. Die KPP [Kontrollpassierpunkte, d. h. Grenzübergangsstellen] sollten uns sofort und direkt verständigen. Ein Zimmer sollte möglichst geschaffen u. entspr. eingerichtet werden.“¹¹⁵⁷

Über Mommer hatte die HV A bereits zwei Jahre zuvor einen Aktenvorgang angelegt. Die Art des Aktenvorgangs, eine IM-Vorlauf-Akte, lässt erkennen, dass die HV A an Mommer interessiert war und Informationen über ihn sammelte.¹¹⁵⁸ Dieser Sachverhalt wird in Wolfs Notiz aber mit keiner Silbe auch nur angedeutet.

Im Archiv des BStU gibt es über die DDR-Besuche von Abgeordneten eine Vielzahl dokumentarischer Unterlagen wie Avisierungen und Beobachtungsberichte. Unter anderem gehört dazu auch ein kompakter Bestand an Handakten aus den achtziger Jahren: „Reisetätigkeit ‚Prominenz‘ BRD/WB“¹¹⁵⁹. Diese Akten hatte die MfS-Hauptabteilung VI angelegt, die unter anderem die Passkontrolleure an den DDR-Grenzen stellte und für die Überwachung des Reiseverkehrs zuständig war. Darin sind DDR-Reisen von Bundestagsabgeordneten vor allem aus der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dokumentiert, gelegentlich um geheime Observationsfotos ergänzt. Für die MfS-Hauptabteilung VI bildete jede Politiker-Einreise eine eigene Aktion, für die sie häufig auch einen Decknamen wählte. Die Decknamen spielten zum Teil mit Äußerlichkeiten, etwa wenn eine DDR-Reise von Ex-Kanzler Helmut Schmidt beim MfS als „Aktion ‚Mütze“¹¹⁶⁰ oder von Rainer Barzel als „Aktion ‚Zigarre“¹¹⁶¹ lief. Andere Decknamen bezogen sich auf Herkunft oder Familiennamen, so beim nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau („Aktion ‚Wupper“)¹¹⁶², beim SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel („Flieger“)¹¹⁶³, dem Abgeordneten Friedrich Vogel („Aktion ‚Star“)¹¹⁶⁴ oder bei Staatssekretär Dieter Würzen („Aktion ‚Maggi“)¹¹⁶⁵. Eine DDR-Reise des Bundestagsausschusses für Post- und Fernmeldewesen lief beim MfS als „Aktion ‚Kabel“¹¹⁶⁶, die des Bundestagsinnenausschusses hingegen als „Aktion ‚Knüp-

¹¹⁵⁷ BStU, MfS, HA VI, 1431, Bl. 345. Zu diesem Zeitpunkt gab es kein separates Zimmer am Grenzübergang Friedrichstraße, in dem die HV A Bundestagsabgeordnete oder andere Prominente hätte warten lassen und mit ihnen sprechen können. In dem Raum, in dem MdB Mommer eineinhalb Stunden warten musste und befragt wurde, wurden zeitgleich andere Reisende abgefertigt. Bericht der HVA-Abt. II/4 v. 21.1.1966 in: ebenda, Bl. 346 f. In den Jahren zuvor verfügte die HV A indes über einen eigenen „Empfangsraum“ am Bahnhof Friedrichstraße, und kurz nach Wolfs Intervention sollte sie einen solchen auch wieder bekommen. Vgl. die Entgegnung des Leiters der MfS-Hauptabteilung Passkontrolle und Fahndung, Oberst Switala, v. 29.1.1966, auf Wolfs Notiz, in: ebenda, Bl. 341 f. Switala merkte hier ferner an, dass die HV A bei Einreisen von Abgeordneten innerhalb weniger Minuten benachrichtigt werde.

¹¹⁵⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/4802/63. Die IM-Vorlauf-Akte wurde von der HV A II/4 am 27.12.1963 eröffnet und am 14.1.1971 offenbar ohne greifbares Ergebnis archiviert.

¹¹⁵⁹ Etwa 100 dieser Handakten befinden sich im Bestand BStU, MfS, HA VI, vor allem im Bereich der Aktennummern 2675 bis 3780.

¹¹⁶⁰ BStU, MfS, ZAIG 25466, Bl. 3–6.

¹¹⁶¹ BStU, MfS, HA VI, 2926.

¹¹⁶² BStU, MfS, ZAIG 25466, Bl. 64–70.

¹¹⁶³ Ebenda, Bl. 58–63.

¹¹⁶⁴ BStU, MfS, HA VI, 2954

¹¹⁶⁵ Ebenda.

¹¹⁶⁶ BStU, MfS, HA VI, 3010.

pel“¹¹⁶⁷. Eine DDR-Reise von Mitgliedern des Bundestagssausschusses für innerdeutsche Beziehungen 1983 sowie die nachfolgenden Einreisen von Mitgliedern der „Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bis 1988 liefen beim MfS unter der verächtlichen Bezeichnung „Aktion ‚Spinner I‘“ bis „Aktion ‚Spinner VII‘“.¹¹⁶⁸

Eine Statistik des MfS wies alleine für die Monate Januar bis Mai 1987 schon 93 Einreisen von Bundestagsabgeordneten in die DDR aus.¹¹⁶⁹

Seltener findet man in den MfS-Unterlagen kompakte Übersichten über die Verbindungen von Bundestagsabgeordneten zu DDR-Oppositionellen. Im Frühherbst 1989 stellte beispielsweise die MfS-Hauptabteilung XX/5 solche kurzen Dossiers im Umfang von je ein bis zwei Seiten zu mehreren Bundestagsabgeordneten zusammen, nannte darin deren Gesprächspartner in der DDR, die dem kirchlichen und/oder oppositionellen Bereich angehörten, und skizzierte das Engagement der jeweiligen Abgeordneten zugunsten ihrer DDR-Partner. Darunter befanden sich die Grünen-Abgeordneten Gert Bastian, Karitas Hensel, Petra Kelly, Wilhelm Knabe und Helmut Lippelt, die SPD-Abgeordneten Hans Büchler, Freimut Duve, Horst Ehmke, Jürgen Schmude, Horst Sielaff und Gert Weisskirchen und die Unionsabgeordneten Eduard Lintner, Heribert Scharrenbroich, Herbert Werner und Dorothee Wilms.¹¹⁷⁰

Am 13. Oktober 1988 hielt der Deutsche Bundestag eine „Aktuelle Stunde“ ab. Er reagierte damit auf die zunehmenden Repressionsmaßnahmen der DDR-Regierung wie die ausufernde Zensur gegen die Kirchenpresse, die Unterdrückung freier Meinungsäußerung und die Behinderung der Arbeit westlicher Journalisten.¹¹⁷¹ Das MfS registrierte nicht nur die Reden der zwölf Abgeordneten, die sich damals in der „Aktuellen Stunde“ zu Wort meldeten und gegen das Verhalten der SED-Führung protestierten, sondern erfasste in einem internen Hinweis statistisch auch deren Besuche in der DDR:

Eduard Lintner, damals Vorsitzender der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU und in der MfS-Terminologie als einer der „Spinner“ abqualifiziert, reiste demnach zwischen 1978 und 1988 22-mal in die DDR ein und unterstützte Ostberliner Oppositionelle. Hans Büchler, SPD-Mitglied im innerdeutschen Ausschuss und Sprecher der Arbeitsgruppe innerdeutsche Beziehungen der SPD-Fraktion, hielt sich allein zwischen 1986 und 1988 zehnmal in der DDR auf. Der FDP-Abgeordnete Uwe Ronneburger war zwischen 1986 und 1988 neunmal in der DDR gewesen. Karitas Hensel, Grünen-Abgeordnete im innerdeutschen Ausschuss, traf sich

¹¹⁶⁷ BStU, MfS, HA VI, 3014.

¹¹⁶⁸ BStU, MfS, HA VI, 3020–3024. Die deutschlandpolitischen Initiativen der „Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen“ und ihre Stellung innerhalb der Unionsparteien in den 1980er Jahren analysiert Gros, Jürgen: Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982–1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik. Berlin 1998, S. 216–224.

¹¹⁶⁹ MfS, 19.6.1987: Hinweis zur Einreise von Reisegruppen und Persönlichkeiten im Rahmen des Politourismus aus der BRD und Westberlin in die DDR im Zeitraum 1. Januar bis 31. Mai 1987; BStU, MfS, ZAIG 27818, Bl. 24–26. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres lag die Zahl mit 96 MdB-Einreisen geringfügig höher.

¹¹⁷⁰ Die Dossiers verfasste die MfS-HA XX/5 zwischen dem 26.9 und 10.10.1989; BStU, MfS, HA XX, 133, Bl. 1 f., 9–13, 27, 33, 36, 44, 46, 63, 72, 92, 94 u. 100. Die Aufgabe der MfS-HA XX/5 bestand darin, gegen SED-Gegner vorzugehen, die im Westen – vor allem in Westberlin – lebten, ebenso gegen deren in der DDR lebende Gesprächspartner. Siehe hierzu Auerbach, Thomas u. a.: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“ (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2008, S. 111–121. Vgl. auch Anm. 1177.

¹¹⁷¹ Das Wortprotokoll der „Aktuellen Stunde“ liegt vor in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Stenographischer Bericht der 100. Sitzung v. 13.10.1988 (= Plenarprotokoll 11/100), S. 6840–6852: Aktuelle Stunde. Jüngste Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Ost-Berlin und der DDR; im Internet unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/11/11100.pdf>. Siehe auch die Wochenzeitung „Das Parlament“ (1988)44 v. 28.10.1988, S. 8: Vorgehen der DDR „menschenverachtend“. Beschränkung der Meinungsfreiheit kritisiert. In der Sprache des MfS war nicht von Unterdrückungsmaßnahmen die Rede, sondern von „Maßnahmen der DDR gegen Teilnehmer einer kleinen Zusammenrottung und gegen in diesem Zusammenhang wirksam gewordene westliche Journalisten“. BStU, MfS, ZAIG 27818, Bl. 277.

1987/88 mindestens viermal in Ostberlin mit bekannten Oppositionellen. Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, war seit 1986 viermal in die DDR gekommen. Der SPD-Abgeordnete Freimut Duve reiste nur im Jahre 1988 schon viermal in die DDR, wo er sich ebenfalls mit Oppositionellen traf. Bei den übrigen Abgeordneten verzeichnete das MfS weniger DDR-Reisen.¹¹⁷² Alle zwölf Abgeordneten protestierten damals gegen die Repressionen in der DDR. Das MfS empfahl als Reaktion hierauf, gegen sie alle, mit Ausnahme von Dorothee Wilms und Uwe Ronneburger, vorübergehende Einreisesperren zu verhängen.¹¹⁷³

Bereits im Mai 1988 war eine Einreise der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik und Berlin-Fragen“ der CDU/CSU-Fraktion in die DDR abgelehnt worden, konnte aber Ende August 1988 trotz Bedenken des MfS nachgeholt werden. In den MfS-Unterlagen liest sich das so:

„Die für Mai 1988 geplante Einreise von ‚Spinner VI‘, [...] wurde vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wegen der zu erwartenden relevanten politischen Aktivitäten abgelehnt. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Zielstellung auch mit der jetzigen Reiseabsicht verfolgt wird.“¹¹⁷⁴

Schon im Mai 1987 bereitete Eduard Lintner dem MfS Schwierigkeiten. Damals sollte der *Deutschlandfunk*-Journalist Karl Wilhelm Fricke die Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik und Berlin-Fragen“ bei ihrer Reise durch die DDR begleiten. Fricke war wegen seiner DDR-kritischen Berichterstattung 1955 vom MfS aus Westberlin entführt worden und blieb bis 1959 in der DDR inhaftiert. Noch in den achtziger Jahren galt er dem MfS als einer der „aggressivsten publizistischen [...] Vertreter der ideologischen Diversion gegen die DDR“.¹¹⁷⁵ Das MfS hatte mit Fricke kritischer und zugleich fundierter und sachlicher DDR-Kritik große Probleme. Gegen ihn bestand eine ständige Einreisesperre in die DDR, die aber „auf zentrale Entscheidung“ hin von den DDR-Behörden seit 1976 häufig ausgesetzt wurde. So durfte Fricke schließlich auch mit Lintners Reisegruppe Ende Mai 1987 in die DDR einreisen, obwohl das MfS der Partei- und Staatsführung im Vorfeld empfohlen hatte, ihm die Einreise zu verweigern.¹¹⁷⁶

Am 4. Dezember 1987 beabsichtigten die SPD-Abgeordneten Jürgen Schmude, Horst Sielaff und Gert Weisskirchen, nach Ostberlin einzureisen und mit Manfred Stolpe, Rainer Eppelmann, Wolfgang Schnur und anderen über die aktuelle Lage der evangelischen Kirche in der DDR sowie der oppositionellen Gruppen zu sprechen. Während Schmude und Sielaff einreisen durften, ver-

¹¹⁷² MfS, ohne Datum: Hinweis zum Auftreten von 12 Abgeordneten des Bundestages der BRD in der auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion am 13. Oktober 1988 im Bundestag stattgefundenen „Aktuellen Stunde“; BStU, MfS, ZAIG, 27818, Bl. 277–284. Bei den übrigen Rednern dieser „aktuellen Stunde“ handelte es sich um Wilfried Böhm (CDU), Dieter Haack (SPD); das MfS nannte statt Dieter Haack hier irrtümlich den SPD-Abgeordneten Karl Hermann Haack, Heinrich Lummer (CDU), Horst Niggemeier (SPD), Gerhard Reddemann (CDU), Herbert Werner (CDU).

¹¹⁷³ BStU, MfS, ZAIG, 27818 (wie Anm. 1172), Bl. 284. In besonderen Fällen, etwa wenn die Genannten in Diplomatenfahrzeugen einreisten oder sie nur von Westberlin zum DDR-Flughafen Schönefeld fuhren, sollten Einreisen weiterhin möglich sein. Siehe hierzu die Festlegungen der HA VI, Abt. Objektsicherung und Tourismus, vom 21. und 24.10.1988 in: BStU, MfS, HA VI, 2675, Bl. 5–9. Da das MfS den SPD-Abgeordneten Dieter Haack, der in der „Aktuellen Stunde“ sprach, mit seinem Fraktionskollegen Karl Hermann Haack verwechselte (siehe Anm. 1172), wurde Karl Hermann Haack auf die Liste derer gesetzt, die nicht oder nur in Ausnahmesituationen in die DDR einreisen durften; BStU, MfS, HA VI, 2675, Bl. 7.

¹¹⁷⁴ MfS, HA VI, 25.8.1988: Information über die beabsichtigte Einreise von Persönlichkeiten der Kategorie I gemäß der 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung 3/75 des Genossen Minister; BStU, MfS, HA VI 3024, Bl. 8. Der abschließende MfS-Bericht über den Aufenthalt dieser Reisegruppe in: ebenda, Bl. 2–7.

¹¹⁷⁵ MfS, 14.5.1987: Information [Nr. 192/87] über Pläne und Aktivitäten im Zusammenhang mit der vorgesehenen touristischen Einreise der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik und Berlinfragen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 25. bis 28. Mai 1987 in die DDR; BStU, MfS, ZAIG 3589, Bl. 1–3, hier 2. Diese Information ging unter anderem an Erich Honecker und Egon Krenz.

¹¹⁷⁶ Ebenda, Bl. 3. Siehe auch Fricke, Karl Wilhelm: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Berlin 1995, darin S. 182–234 zu Fricke's Einreisen in die DDR; Fricke reiste in den 1980er Jahren viermal mit der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik und Berlin-Fragen“ in die DDR; ebenda, S. 206.

weigerten die DDR-Behörden Weisskirchen ohne erkennbaren Grund die Einreise. Das MfS zeichnete über seine Telefon-Abhörstationen die Kontroversen innerhalb der SPD-Führung über diesen Vorfall auf. Gestritten wurde demnach in der SPD darüber, ob solche DDR-Besuche von SPD-Politikern überhaupt bei DDR-Behörden angemeldet werden sollten und ob im konkreten Fall nicht die Abgeordneten Schmude und Sielaff aus Gründen der Solidarität mit Weisskirchen auf die Einreise hätten verzichten sollen.¹¹⁷⁷ Was an dieser Stelle nicht zur Sprache kam, ist der Umstand, dass zur damaligen Zeit Abgeordnete wie Weisskirchen, aber auch Freimut Duve, Norbert Gansel oder Hans Büchler, mit ihrem offenen Eintreten für DDR-Oppositionelle sowie ihrer Kritik an der SED allenfalls geduldete Außenseiter innerhalb der SPD waren, „marginalisiert“ von Realpolitikern wie Egon Bahr und Horst Ehmke, so der Historiker Daniel Friedrich Sturm.¹¹⁷⁸

Eine längere Einreisesperre erwirkte das MfS 1978 gegen den damaligen Publizisten Freimut Duve, der 1980 erstmals in den Bundestag einzog. Duve gehörte zu den Mitbegründern des „Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus“ in Westberlin, das sich für verfolgte Regimekritiker in der DDR wie Jürgen Fuchs, Rudolf Bahro und Robert Havemann einsetzte.¹¹⁷⁹ Gegen Duve ermittelte bis 1985 die MfS-Hauptabteilung XX/5, deren Aufgabe es war, DDR-Regimekritiker im Westen, vor allem in Westberlin, zu verfolgen. Im Abschlussbericht dieser MfS-Abteilung vom 27. Juni 1985 zum Vorgang gegen Duve hieß es:

„Durch seine Möglichkeiten als Herausgeber der Reihe ‚rororo aktuell‘ trug Duve wesentlich dazu bei, linksopportunistisches, antikommunistisches Ideengut zu popularisieren. Diese Aktivitäten resultieren aus seinen entsprechenden politischen Positionen. Konkrete strafrechtlich relevante Handlungen gegen die DDR konnten im Verlauf der Bearbeitung nicht nachgewiesen werden. [...] Seit der Zugehörigkeit Duves zum BRD-Bundestag hat er sich zunehmend für linke sozialdemokratische Positionen in Fragen der Erhaltung des Friedens und in der Abrüstungspolitik engagiert. Aufgrund der Bearbeitungsergebnisse, wonach Duve, Freimut seit 1982 nicht mehr DDR-feindlich in Erscheinung trat¹¹⁸⁰ und keine Hinweise auf Organisation oder Inspirierung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR vorhanden sind, erfolgt eine Einstellung der Bearbeitung durch die HA XX/5 und die Übergabe des Materials zur weiteren objektmäßigen Bearbeitung an die HVA/2/IV¹¹⁸¹, Mitarbeiter 413.“¹¹⁸²

¹¹⁷⁷ MfS, HA III: Information G/041866/09/12/87/06: Aktuelle Hinweise zu Aktivitäten äußerer und innerer Feinde der DDR, 9.12.1987; BStU, MfS HA XX/4, 3262, Bl. 1–7, hier 3–5. Zur Zurückweisung Weisskirchens siehe auch Der Spiegel 41(1987)51 v. 14.12.1987, S. 38 f. Siehe auch MfS, HA XX/5, 2.10.1989: Kurzauskunft zu Weißkirchen [!], Gert; BStU, MfS, HA XX, 133, Bl. 92, darin eine knappe Zusammenfassung der Aktivitäten Weisskirchens zugunsten der DDR-Opposition. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Zusammenstellungen der MfS-HA XX aus den Jahren 1987 bis 1989, in denen die Kontakte von SPD-MdB und anderen führenden SPD-Mitgliedern zu Vertretern der Kirchen und des politischen Untergrunds in der DDR verzeichnet wurden. Es handelte sich im Wesentlichen um die bereits genannten Schmude, Sielaff, Weisskirchen, Duve, ferner um Helmut Schmidt, Erhard Eppler, Rüdiger Reitz und Wolfgang Sieler, die bei ihren damaligen Einreisen in die DDR vom MfS besonders beargwöhnt wurden. BStU, MfS, HA XX/AKG, 7257, Bl. 85–90, 152 f. u. 261–263.

¹¹⁷⁸ Sturm: Uneinig in die Einheit, 2006, S. 70 f. u. 107 f. Wie Sturm darlegt, gehörte die Mehrzahl dieser deutschlandpolitisch „Marginalisierten“ zum linken Flügel der SPD. Für sie stand weniger die nationale Frage im Vordergrund, sondern die Einhaltung der Menschenrechte: „Anders als die Vertreter des Etatismus in der eigenen Partei sprachen sie Demokratiedefizite sowohl in der DDR als auch in Südafrika an. Für sie musste der ‚Wandel durch Annäherung‘ durch ‚Wandel durch Abstand‘ (Gansel) ersetzt werden“, so Sturm; ebenda, S. 469.

¹¹⁷⁹ Mytze, Andreas W. (Hg.): Das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus in Selbstzeugnissen, Dokumenten, Briefen und im Zerrspiegel der MfS-Akten. Mit einem Vorwort von Hannes Schwenger und einem Nachwort von Jürgen Fuchs (= Europäische Ideen; Sonderheft 1995,1). London 1995.

¹¹⁸⁰ Am 17.4.1982 war Duve zur Beerdigung des DDR-Regimekritikers Robert Havemann in die DDR eingereist.

¹¹⁸¹ Gemeint war die HVA II/4, also das SPD-Referat der HV A.

¹¹⁸² MfS, Hauptabteilung XX/5, 27.6.1985: Abschlussbericht zum kk-erfassten Material Duve, Freimut; BStU, MfS, HA XX, 17990, Bl. 1–3.

Doch spätestens 1988 registrierte das MfS erneut, dass sich Duve in der DDR aufhielt, sich dort mit Dissidenten traf und sich für sie einsetzte.¹¹⁸³

Das MfS überwachte in der DDR nicht nur die Bundestagsabgeordneten, sondern möglichst auch sämtliche ihrer privaten und politischen Gesprächspartner.¹¹⁸⁴ Eine besondere Brisanz besaßen aus Sicht des MfS Begegnungen mit DDR-Oppositionellen.¹¹⁸⁵

5.3. Anwerbungsversuche

Im Laufe der Jahre entwickelte das MfS einen ausgefeilten Katalog an „durchzuführende[n] politisch-operative[n] Maßnahmen während des Aufenthaltes [von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin] in der DDR“.¹¹⁸⁶ Dazu gehörte es unter anderem, DDR-Gesprächspartner der Abgeordneten zumindest abzuschöpfen, um an Informationen über die Politiker zu kommen.¹¹⁸⁷ Das MfS prüfte aber auch Möglichkeiten, direkt mit den Politikern Verbindung aufzunehmen.

Im Archiv des MfS liegen umfangreiche Aktenvorgänge über die Bundestagsabgeordneten Friedrich Beermann, Otto Wittenburg und Willi Wolf vor. Aus ihnen geht hervor, welche Anstrengungen das MfS unternahm, um sie bei ihren Besuchen bei Verwandten und Freunden in der DDR geheimdienstlich anzusprechen und einen Gesprächskontakt herzustellen. Alle drei Fälle endeten für das MfS ohne Erfolg.¹¹⁸⁸

Andererseits strebte das MfS offenbar nicht zu jedem Bundestagsabgeordneten einen Gesprächskanal oder Kontakt an. Ein Beispiel hierfür ist der hessische CDU-Abgeordnete Walther Leisler Kiep. Kiep, der 1965 erstmals in den Bundestag einzog, reiste im Sommer 1966 gemeinsam mit einem Bekannten in die DDR nach Erfurt. Bei dieser Gelegenheit ergab sich ein Gespräch mit dem NDPD-Bezirksvorsitzenden Bernhard Bendt. Das Gespräch wurde am 3. Dezember 1966 in einem größeren Kreis fortgesetzt, als Kiep sich erneut in Erfurt aufhielt. Sein hauptsächlicher Gesprächspartner war nun Gerd Delenschke, der Leiter der Westabteilung beim Sekretariat des NDPD-Hauptausschusses und Ostberliner Abgeordneter der Volkskammer. Kiep beeindruckte seine Gesprächspartner mit seinem sachlichen Stil und mehr noch durch seine Auffassungen. Auf verschiedenen Politikfeldern zeigte er sich während der acht Stunden dauernden Unterhaltung verständigungsbereit: Er erkannte die europäischen Nachkriegsgrenzen an, lehnte eine

¹¹⁸³ MfS, HA XX/5, 27.9.1989: Kurzauskunft zu Duve, Freimut; BStU, MfS, HA XX, 133, Bl. 11 f.

¹¹⁸⁴ Exemplarisch hierfür: MfS, Hauptabteilung VI, 2.9.1988: Abschlussbericht zum Aufenthalt der Mitglieder der Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Zeitraum vom 29.8. bis 1.9.1988 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie in den Bezirken Magdeburg und Erfurt – Aktion „Spinner VII“; BStU, MfS, HA VI, 3024, Bl. 2–7.

¹¹⁸⁵ Siehe exemplarisch eine Sammelakte mit Informationen über Begegnungen von Grünen-Politikern mit DDR-Oppositionellen in Ostberlin zwischen 1983 und 1986: BStU, MfS, HA XX/9, 2077, Bl. 1–46. Ferner ein MfS-Bericht von Mitte Oktober 1987 für die Partei- und Staatsführung in der DDR: Information [376/87] über ein Treffen feindlich-negativer Kräfte mit Bundestagsabgeordneten und weiteren Funktionären der CDU/CSU in der Hauptstadt der DDR, Berlin; BStU, MfS, HA XX/AKG, 7256, Bl. 1–10; dieser Bericht gibt den Gesprächsverlauf wieder und macht auf 3 Seiten nähere Angaben zu den teilnehmenden Unionsabgeordneten Eduard Lintner, Heribert Scharrenbroich und Werner Schreiber. Die Abgeordneten informierten nach dem Gespräch die Presse über die Begegnung. Vgl. ebenda, Bl. 18–20.

¹¹⁸⁶ Diese durchzuführenden Maßnahmen sind aufgelistet in der 2. Durchführungsbestimmung zur Dienstanweisung Nr. 3/75 in der Fassung vom 6.4.1987 (wie Anm. 1156); BStU, MfS, BV Halle, Abt. XX, Sachakten Nr. 1647, Bl. 99–101.

¹¹⁸⁷ Ebenda, Bl. 100. Ein konkretes Beispiel unter vielen anderen ist die OPK „Dialog“; in diesem Aktenvorgang wurde der DDR-Verwandte eines prominenten Bundestagsabgeordneten bearbeitet mit dem Ziel, auf dem Weg über den DDR-Verwandten an Informationen über den Abgeordneten zu gelangen. BStU, MfS, HA XIX, 6447, Bl. 1–5.

¹¹⁸⁸ Ausführlicher zu den 3 genannten Abgeordneten siehe S. 201–203, 217 sowie Anm. 676.

Atombewaffnung der Bundeswehr ab und hielt eine Anerkennung der DDR für denkbar, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien und die östliche Seite Gegenleistungen erbringe – etwa die Freizügigkeit im innerdeutschen Reiseverkehr.¹¹⁸⁹ Gegenüber Delenschke zeigte sich Kiep sehr daran interessiert, das Gespräch fortzusetzen.¹¹⁹⁰ Doch als Kiep in den beiden folgenden Jahren konkrete Gesprächstermine vorschlug, sagte Delenschke ab. Im Juni 1967 gab er Terminschwierigkeiten an, im März 1968 sah er „gegenwärtig keine gemeinsame Basis“ für ein Gespräch. Diese Absagen erfolgten nach Absprachen mit dem MfS, das seit Sommer 1966 über diese Verbindung informiert war, sowie in Abstimmung mit dem Vizepräsidenten des Nationalrats der Nationalen Front der DDR, Gerhard Dengler.¹¹⁹¹ Das MfS blockierte in diesem Falle einen interessanten Gesprächskontakt. Eine Ursache für dieses Verhalten könnte gewesen sein, dass sich das MfS unsicher darüber war, ob Kiep aus eigener Initiative heraus das Gespräch suchte, oder ob er von einer bestimmten politischen Gruppierung geschickt worden war.¹¹⁹² Möglicherweise folgte das MfS aber auch einer Weisung des SED-Zentralkomitees, das ebenfalls über den Inhalt des Gesprächs Kieps am 3. Dezember 1966 in Erfurt informiert wurde.¹¹⁹³

Kiep gehörte in der CDU seit den späten sechziger Jahren zu den Wegbereitern einer neuen Ostpolitik. In seinen Erinnerungen schreibt er, dass er spätestens seit 1968 die These vertreten habe, „dass eine deutsche Ostpolitik weltpolitisch und deutschlandpolitisch notwendig sei“.¹¹⁹⁴ Über seine politischen Gespräche 1966 in der DDR und seine folgenden Gesprächsangebote berichtet Kiep in seinen Erinnerungen nicht.¹¹⁹⁵ 1975 führte Kiep dann in Absprache mit CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf ein erstes Gespräch mit dem Leiter der Westabteilung im SED-Zentralkomitee, Herbert Häber.¹¹⁹⁶ Daraus erwuchs, schließlich auch mit Rückendeckung der CDU-Spitze, ein beständiger und vertrauensvoller Gesprächskontakt. Wie Kiep sich erinnert, traf er sich mit Häber zwischen 1975 und 1985 etwa 20-mal, und man habe auch Themen besprechen können, „die auf ‚offizieller‘ Ebene tabu waren“.¹¹⁹⁷

Anders als bei Kiep ging die HV A rund 20 Jahre später bei dem CDU-Abgeordneten Michael Jung vor, als dieser in den Bezirk Erfurt einreiste. Bei Jung, der dem Bundestag von 1987 bis 1998 angehörte, legen die Rosenholz-Karteikarten die Schlussfolgerung nahe, dass die HV A seine Einreisen in den Bezirk Erfurt zu dort lebenden Verwandten dazu nutzen wollte, einen Kontakt zu ihm herzustellen. Nachdem er in den Bundestag eingezogen war, begann die HVA-Dependance im Bezirk Erfurt (Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Erfurt), sich für ihn zu interessieren. Am

¹¹⁸⁹ Über das Gespräch fertigte Delenschke am 5.12.1966 einen als „Entwurf“ gekennzeichneten, neunseitigen „Bericht über das Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten der CDU Walther Leisler Kiep am 3.12.1966 im Hotel ‚Erfurter Hof‘ in Erfurt“ an. BStU, MfS, HA XX, 7602, Bl. 12–20.

¹¹⁹⁰ Ebenda, Bl. 18 u. 20.

¹¹⁹¹ Siehe Vermerke von MfS-Mitarbeitern und kodierte Briefe Kieps in: ebenda, Bl. 1–3, 6–10 u. 31.

¹¹⁹² In seinem Gesprächsbericht vom 5.12.1966 schreibt Delenschke: „Kiep gehört offensichtlich zu einer Gruppe christlicher Politiker, die in einer Reihe von Punkten zu realistischeren Einschätzungen gekommen sind. Es ist möglich, dass er als ein Abgesandter solcher Gruppen bei uns Kontakte sucht. Andererseits sprechen [!] seine hier gezeigte Haltung [...] dafür, dass Kiep auch starke Eigeninitiative entwickelt.“. Ebenda, Bl. 20.

¹¹⁹³ Vermerk vom 17.1.1967 über die Weitergabe eines Gesprächsberichts von der MfS-HA XX an das ZK der SED und die HV A; ebenda, Bl. 11. In den Rosenholz-Unterlagen ist Kiep seit dem 9.8.1965 für den Objektvorgang zur CDU/CSU, Reg.-Nr. XV/9826/60, erfasst.

¹¹⁹⁴ Kiep, Walther Leisler: Was bleibt ist große Zuversicht. Berlin, Wien 1999, S. 37 u. a.

¹¹⁹⁵ Kiep erwähnt in seinen Erinnerungen lediglich den Erfurter Arzt Winfried Müller, den er als seinen „engen Freund und ständigen Gesprächspartner [...] in DDR-Angelegenheiten“ vorstellt. Ebenda, S. 431.

¹¹⁹⁶ Ebenda, S. 98–101, sowie Kiep, Walther Leisler: Brücken meines Lebens. Die Erinnerungen. München 2006, insbes. S. 162–165. Siehe auch Potthoff: Die „Koalition der Vernunft“, 1995, S. 16 f.

¹¹⁹⁷ Kiep: Brücken meines Lebens, 2006, insbes. S. 160–166 u. 173–176, Zitat 162. Das erste Treffen Kieps mit Häber war in der CDU-Führung noch auf starke Vorbehalte gestoßen. Ebenda, S. 165.

29. Juni 1987 leitete sie eine Operative Personenkontrolle (OPK) ein.¹¹⁹⁸ Sie überwachte ihn im Rahmen der OPK systematisch und trug Informationen über ihn zusammen. 1988 oder Anfang 1989 legte sie eine Kontaktpersonen-Akte (KP-Akte) zu ihm an, die sie ebenso wie die OPK unter dem Decknamen „Fraktion“ führte.¹¹⁹⁹ Gemäß der Aktenordnung 1/84 der HV A sollten KP-Akten insbesondere zu solchen Personen angelegt werden, „die beständig unbewusst für die operative Arbeit genutzt werden“.¹²⁰⁰ In diesem Zitat ist zugleich eine Definition für „Kontaktperson“ enthalten. Ob die HV A tatsächlich schon soweit war, ihn „beständig unbewusst“ für ihre Zwecke auszunutzen, oder ob sie sich noch in der Vorlaufphase befand, kann man den wenigen Unterlagen nicht entnehmen. Der Stempelaufdruck „System“, den die HV A am 2. Dezember 1987 auf der Karteikarte F 16 von Jung aufbrachte, deutet auf ein erhöhtes Misstrauen der HV A ihm gegenüber hin. Dieser Stempelaufdruck bedeutete, dass die Daten der entsprechenden Person in den gemeinsamen Datenspeicher „SOUND“ der kommunistischen Geheimdienste in Moskau eingegeben wurden.¹²⁰¹ In dieser gemeinsamen Datenbank wurden Personen registriert, die das MfS als Bedrohung für die sozialistischen Staaten einschätzte.¹²⁰²

Den schleswig-holsteinischen CDU-Politiker Uwe Looft, der dem Bundestag von 1971 bis 1972 angehörte, hatte das MfS vor seiner Abgeordnetenzeit vergeblich versucht anzuwerben. Looft hatte mehrere Bekannte in der DDR. Unter ihnen auch einen Studenten, mit dem er erstmals im April 1965 bei einem Besuch in Ostberlin ins Gespräch gekommen war und mit dem er sich in der Folgezeit einige Male schrieb. Der DDR-Student, der bereits an das MfS angebunden war, berichtete seinem Führungsoffizier davon. Dieser beauftragte ihn, den Kontakt zu Looft zu intensivieren, was er auch versuchte. Das genügte bereits, damit die zuständige MfS-Abteilung XXI¹²⁰³ eine IM-Vorlaufakte zu Looft anlegte. Looft war zu dieser Zeit Mitglied des Vorstands der Jungen Union Schleswig-Holsteins. Aus Sicht des MfS gehörte er daher in die Kategorie der Nachwuchspolitiker, die man gerne frühzeitig ins Visier nahm.¹²⁰⁴ Looft brach den Kontakt zu diesem Studenten allerdings nach einiger Zeit ab. Er reagierte nicht mehr auf die Post, die der Student im Auftrag des MfS schrieb. Das MfS gab den Anwerbungsversuch deshalb nach zwei

¹¹⁹⁸ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Reg.-Nr. XV/2717/87. Vgl. außerdem verschiedene Karteikarten zu Jung im Bestand BStU, MfS, BV Erfurt, VSH Abt. VIII; VSH AKG; Abt. II Politiker/Parteimitglieder BRD; sowie ebenda, Abt. VI 358, Bl. 31 f., 46, und ebenda, AOP 709/85, Bl. 230.

¹¹⁹⁹ BStU, MfS, HV A/MD/6, SIRA TDB 21, ZV8237239.

¹²⁰⁰ Aktenordnung HV A (wie in Anm. 502); BStU, MfS, HV A 797, Bl. 2–57, hier 8 u. 28. Die Aktenordnung trat am 15.5.1984 in Kraft, wurde jedoch 1988 erweitert; erst 1988 wurde die Aktenart „KP-Akte“ eingeführt. Die in Müller-Enbergs: IM in der Bundesrepublik, 1998, S. 830–857, edierte Aktenordnung gibt den Stand von 1988 wieder, ist aber auf 1984 datiert.

¹²⁰¹ Müller-Enbergs: Rosenholz. Eine Quellenkritik, 2007, Kap. 4.14., S. 60. Eine weitere Karteikarte zu Jung aus dem Bestand der MfS-HA VI/OuT (VSH „Prominenz“) weist den Vermerk „ZAIG/5“ auf, was ebenfalls auf eine Erfassung in der SOUND-Datenbank hinweist.

¹²⁰² Zu den erfassten Personengruppen in SOUND gehörten tatsächliche oder vermeintliche Mitarbeiter westlicher Geheimdienste, ausgewiesene oder unerwünschte Personen, Unterstützer oppositioneller Gruppen, Diplomaten, Korrespondenten, Terroristen und andere. Das MfS ließ zwischen 1981 und 1989 rund 75 000 Personen in „SOUND“ registrieren. Vgl. hierzu den Artikel „SOUND“ in: Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2011, S. 274 f. Ausführlicher Wegmann, Bodo; Tantzsch, Monika: SOUND. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems. Berlin 1996. SOUND bedeutet „System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner“.

¹²⁰³ Die Abteilung XXI war 1960 aus der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) herausgelöst und 1980 wieder eingegliedert worden. Teile der Abteilung XXI gingen an die Abt. KuSch/Disziplinar. Zu den Aufgaben der Abt. XXI gehörte neben vielem anderen die Bearbeitung feindlicher Zentren im Westen. Siehe Wiedmann: Die Dienstleistungen des MfS, 2012, S. 98.

¹²⁰⁴ Der gesamte Vorgang ist dokumentiert in der IM-Vorlaufakte BStU, MfS, AIM 6988/67. In dieser Akte, Bl. 67, wird Looft unzutreffenderweise eine „Funktion in der Jugendarbeit des Kuratoriums unteilbares Deutschland“ zugeschrieben. Tatsächlich hatte Looft lediglich 1965 als ein an der Wiedervereinigung interessierter Bürger an einer großen Debatte des Kuratoriums teilgenommen (Schriftliche Mitteilung Loofts v. 20.6.2012 an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt).

Jahren auf. Es schloss die Akte am 30. Juni 1967 mit der lapidaren Feststellung: „Keine Perspektive für Werbung. Person reist nicht ein.“¹²⁰⁵

Der SPD-Politiker Dieter Schanz, Bundestagsabgeordneter von 1983 bis 1998, geriet 1984 aus einem völlig unpolitischen Grund in den Aktenvorgang des im Bezirk Leipzig lebenden IM „Manfred Siakou“. Schanz reiste immer wieder in die DDR, vor allem um seine Verwandten im Bezirk Frankfurt/O. zu besuchen. Das MfS zeichnete, wahrscheinlich während einer seiner Einreisen, seine Personendaten und die Details seines Personalausweises auf und fertigte damit im Jahr 1984 für den DDR-IM „Manfred Siakou“ ein sogenanntes Doppelgängerdokument an. Dabei handelte es sich um einen in der MfS-eigenen Fälscherwerkstatt hergestellten bundesdeutschen Personalausweis, der auf den Namen und die Personendaten von Schanz ausgestellt war, aber das Foto des DDR-IM „Manfred Siakou“ enthielt. „Manfred Siakou“ sollte unter dieser Identität Kurierreisen in die Bundesrepublik unternehmen. Schanz bekam davon nichts mit.¹²⁰⁶ In einem Gespräch mit Dieter Schanz im September 2012 bestätigte „Manfred Siakou“, dass er mit dem gefälschten Personalausweis unter dem Namen Dieter Schanz in der Bundesrepublik unterwegs war.¹²⁰⁷ Die zuständige MfS-Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung XV, entschied jedoch spätestens 1988, den gefälschten Personalausweis nicht mehr einzusetzen. Offenbar schreckte man davor zurück, da Schanz Bundestagsabgeordneter war.¹²⁰⁸ Außerdem entwarf der zuständige MfS-Mitarbeiter in Leipzig im Oktober 1988 den Plan, einen IM an Schanz heranzuführen, sodass die gleichzeitige Nutzung seiner Daten durch einen Doppelgänger nicht mehr opportun erschien. Das MfS zielte perspektivisch darauf ab, Schanz beständig abschöpfen oder gar anwerben zu können. Doch die Aussichten schätzten die verantwortlichen MfS-Mitarbeiter in Leipzig von vornherein als ungünstig ein, denn sie verfügten über keinen geeigneten IM. So blieb Schanz unbehelligt.¹²⁰⁹

Erfolgreich war die HV A bei dem SPD-Politiker Gerhard Flämig, der dem Bundestag von 1963 bis 1980 angehörte. Flämig, der aus Sachsen stammte, war nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft 1966 anlässlich eines Verwandtenbesuches in der DDR (in Sachsen) von einem MfS-

¹²⁰⁵ Ebenda, Bl. 69.

¹²⁰⁶ Der Sachverhalt ist ausführlich dokumentiert in der Akte BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1022/91 beige-braune Mappe, Bl. 1–19 u. 22–25. Schanz ist zu dem IM-Vorgang „Manfred Siakou“ erkennbar nur nachträglich hinzuregistriert; die ihn betreffende Karteikarte trägt neben der Reg.-Nr. XIII/895/77 auch den Stempel „Dokument“ und die Reg.-Nr. XV/360/76 (Objektvorgang „Register“; in diesem Vorgang führte die HV A Personendaten von Bundesbürgern und anderen Westbürgern zusammen, die diese bei der Einreise in die DDR zwangsläufig abgeben mussten. Diese Personendaten konnten von der HV A zur Grundlage für Doppelidentitäten benutzt werden. Vgl. u. a. BStU, MfS, Abt. XII, 3185, Bl. 167 ff.); diese Auftragungen verwiesen darauf, dass die Personendaten von Schanz für ein gefälschtes Personaldokument verwendet wurden. Bedenkenswert ist allerdings, dass Bundesbürger bei Einreisen in die DDR ihren Pass, nicht ihren Personalausweis vorlegen mussten. Es lässt sich deshalb nicht sicher feststellen, bei welcher Gelegenheit oder auf welchem Wege es dem MfS gelang, Schanz' Personalausweis abzulichten. IM „Manfred Siakou“ reiste seit Anfang der 1980er Jahre als Kurier/Instrukteur der Abt. XV der BV Leipzig häufig in die Bundesrepublik, seine achtbändige Akte liegt vor unter: BStU, MfS, BV Leipzig, AIM 1773/91. Zu IM „Siakou“ vgl. auch den Jahresbericht 1983 und die Jahresplanung 1984 der Abt. XV der MfS-Bezirksverwaltung Leipzig; BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. 00090, Bl. 10 u. 38. Die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtete am 10.2.2012 in ihrer Lokalausgabe Oberhausen über diesen Datenmissbrauch: „Ein Doppelgänger bei der Stasi. Ein Spion der Stasi benutzte die Identität von Ex-Bundestagsmitglied und SPD-Chef in Oberhausen Dieter Schanz“; im Internet unter <http://www.derwesten.de/staedte/oberhausen/ein-doppelgaenger-bei-der-stasi-id6337736.html> (Stand: 29.5.2012).

¹²⁰⁷ Über dieses Gespräch berichtete Dieter Schanz im Rahmen eines öffentlichen Zeitzeugengesprächs am 25.9.2012 im Bildungszentrum des BStU in Berlin.

¹²⁰⁸ BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1022/91, beige-braune Mappe, Bl. 13. Der gefälschte Personalausweis ist vorhanden in: ebenda, Bl. 14–19; er befindet sich in einem Umschlag, auf dem ein MfS-Mitarbeiter den undatierten Vermerk anbrachte „Schanz, Dieter [...] Bundestagsabgeordneter der SPD → Keine Benutzung!“.

¹²⁰⁹ BStU, MfS, BV Leipzig, AP 1022/91, gelbe Mappe, Bl. 2–5 u. 172.

Mitarbeiter unter einer Legende angesprochen worden und traf ihn bei späteren Reisen nach Sachsen erneut. Spätestens 1969 kam es demnach in der DDR zu einem Treffen Flämigs mit HVA-Chef Markus Wolf, dem Leiter des SPD-Referats der HV A Kurt Gailat und weiteren HVA-Mitarbeitern, bei dem Flämig der geheimdienstliche Hintergrund dieser Begegnungen offenbar wurde.¹²¹⁰ Im Statistikbogen der Rosenholz-Unterlagen ist als Jahr der Anwerbung 1967 angegeben, als Einstiegsmotiv für die Zusammenarbeit der vieldeutige Begriff der „ideologischen Überzeugung“.¹²¹¹ Die Bundesanwaltschaft ermittelte zudem materielle Vorteile für Flämig.¹²¹² Die SIRA-Datenbank der HV A weist ihn als einen der ergiebigsten West-IM aus: sie verzeichnete von Flämig (IM „Walter“) zwischen 1969 und 1989 insgesamt 957 gelieferte Informationen.¹²¹³

Markus Wolf schreibt in seinen Erinnerungen, ein HVA-Mitarbeiter habe unter der Legende des DDR-Ministerrats schon seit Ende der fünfziger Jahre Kontakt zu Flämig unterhalten. Doch erst Ende der sechziger Jahre habe er, Wolf, ihn persönlich bei einem absichtsvoll arrangierten Treffen in der Sowjetunion für die HV A geworben.¹²¹⁴

¹²¹⁰ GBA, Anklage vom 19.4.1994 – 3 StE 7/94-1, S. 17–24. Zu Flämig siehe auch S. 241 f.

¹²¹¹ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Statistikbogen zu Reg.-Nr. XV/750/66.

¹²¹² GBA, Anklage vom 19.4.1994 – 3 StE 7/94-1, S. 25–28.

¹²¹³ BStU, MfS, HV A/MD/2-5, SIRA-TDB 11–14, Einträge zu Reg.-Nr. XV/750/66.

¹²¹⁴ Wolf: Spionagechef, 1997, S. 240–243. Flämig wird hier mit dem Decknamen „Julius“ bezeichnet. Vgl. auch Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, 1999, S. 48 f.

6. Die Rolle von Entführungen in die DDR und Haft-Erfahrungen von Abgeordneten in der DDR

Mehrere Abgeordnete brachten persönliche Erfahrungen mit DDR-Gefängnissen in den Bundestag ein. Ein Abgeordneter wurde während seiner Mandatszeit vom MfS nach Ostberlin gelockt und dort verhaftet.

Diese Schicksale sind durch verschiedene Veröffentlichungen bekannt geworden, aber sie wurden bislang nicht zusammen betrachtet. Dieses Kapitel erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern will lediglich als Impuls verstanden werden.

Am bekanntesten dürfte der Fall des stellvertretenden KPD-Vorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Kurt Müller sein. Im März 1950 wurde er nach Ostberlin gelockt und dort am 22. März 1950 vom MfS verhaftet. Seine Verhaftung erfolgte unter der Leitung Erich Mielkes, der damals Staatssekretär im MfS war. Die folgenden fünf Monate verbrachte Müller unter schlimmen Haftbedingungen in Untersuchungshaft in Berlin-Hohenschönhausen. Mit stalinistischen Methoden wurde er Tag und Nacht verhört, oft von Mielke selbst.¹²¹⁵ Ein Fernurteil aus Moskau sprach gegen ihn am 28. Februar 1953 „wegen Zugehörigkeit zu einer antisowjetischen, terroristischen, trotzkistischen Organisation, wegen aktiven Kampfes gegen die Arbeiterklasse, wegen Spionagetätigkeit und antisowjetischer Agitation“ eine 25-Jährige Gefängnisstrafe aus.¹²¹⁶ Zweieinhalb Jahre davon musste Kurt Müller in der Sowjetunion verbüßen, ehe er im Oktober 1955 in die Bundesrepublik zurückkehren durfte.¹²¹⁷ Die Historikerin Wilfriede Otto ordnet das Verfahren gegen Müller in eine groß angelegte, von Moskau organisierte stalinistische Säuberungswelle ein.¹²¹⁸

In einem Schreiben vom 6. Mai 1950 teilte Kurt Müller angeblich dem Bundestag seine Mandatsniederlegung mit. Der Bundestag erkannte dieses Schreiben jedoch nicht an und führte Müller vom 10. Mai 1950 bis zum Ende der 1. Legislaturperiode am 7. September 1953 als fraktionslosen Abgeordneten.¹²¹⁹ Bald nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik trat Kurt Müller der SPD bei. Von 1960 bis 1985 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung und leitete dort die Abteilung Außenpolitik und DDR-Forschung.¹²²⁰

Über den Berliner FDP-Politiker William Borm hat unter anderem der Historiker Hubertus Knabe schon Ende der neunziger Jahre geschrieben. Borm war demnach 1950 in der DDR auf der Transitstrecke zwischen Berlin und der Bundesrepublik verhaftet und wegen „Kriegs- und Boykotttätigkeit“ zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Borm war damals stellvertretender FDP-Landesvorsitzender in Westberlin. Erst 1959 wurde er freigelassen.¹²²¹ Noch in der Haft hatte ihn das MfS jedoch als inoffiziellen Mitarbeiter angeworben. Später trafen sich HVA-Chef Markus Wolf und William Borm regelmäßig zum Informationsaustausch, zumeist unter konspirativen Bedingungen. Anfangs, so erinnert sich Wolf rückblickend, sei er Borm wegen dessen Haftzeit

¹²¹⁵ Müller, Kurt: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Mit einer Vorbemerkung von Hermann Weber. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1990)11, S. 16–29, hier 16, 18 u. 28.

¹²¹⁶ Otto, Wilfriede: Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Berlin 2000, S. 130–139, Zitat S. 136. Vgl. auch Bästlein, Klaus: Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR. Baden-Baden 2002, S. 105–109. Zur Thematik von Entführungen und Verschleppungen aus dem Westen in den Osten siehe auch die in Anm. 434 genannten Titel.

¹²¹⁷ Otto: Erich Mielke, 2000, S. 136.

¹²¹⁸ Ebenda, S. 133.

¹²¹⁹ Schindler: Datenhandbuch, Bd. 1, 1999, S. 403 f., 934 u. 970. Auf S. 970 auch der weiterführende Literaturhinweis auf Klocksinn: *Kommunisten im Parlament*, 1994. Vgl. auch Weinke, Annette: Der Justizfall Kurt Müller und seine Bedeutung für die kommunistische Parteisäuberungswelle im geteilten Deutschland. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 45(1997)4, S. 293–310.

¹²²⁰ *Wer war wer in der DDR?*, Berlin 2010, S. 917.

¹²²¹ Knabe, Hubertus: *Die unterwanderte Republik*, 1999, S. 67–70. Siehe auch in diesem Gutachten S. 240 f.

mit Misstrauen begegnet. Denn Borm habe doch Grund genug gehabt, der DDR ablehnend gegenüberzustehen. Doch Borm habe ihm dargelegt, dass die Haftzeit „die wichtigste Erfahrung seines Lebens“ gewesen sei, in der er „geschichtliche Einsichten“ gewonnen und sich „mit der marxistischen Interpretation des Sozialismus vertraut“ gemacht habe.¹²²²

In der SIRA-Datenbank der HV A sind Informationslieferungen der Quelle „Olaf“ – unter diesem Decknamen wurde er bei der HV A geführt – bis 1986 verzeichnet, also bis ein Jahr vor seinem Tod. Für die HV A zählte Borm gerade in der Zeit der sozial-liberalen Koalition zu den ergebigeren Quellen und zugleich zu ihren Einflussagenten.¹²²³ Borm gehörte unter anderem von 1960 bis 1982 dem FDP-Bundesvorstand und von 1965 bis 1972 dem Deutschen Bundestag an. 1985 ehrte ihn die DDR mit der Ehrendoktorwürde der Karl-Marx-Universität Leipzig. Die jahrelange Gefängnishaft in der DDR hatte ihn nicht etwa zu einem Gegner des dortigen Systems gemacht, sondern zu einem Helfer.

Eine andere Schlussfolgerung zog der spätere SPD-Abgeordnete Kurt Koblitz. Koblitz stammte aus Schlesien, war bis 1945 als Soldat im Zweiten Weltkrieg und kam unmittelbar danach nach Brandenburg, wo er der SPD beitrug. In Brandenburg machte er schnell Karriere: von November 1946 bis zu seiner Flucht nach Westberlin im Januar 1950 war er Landtagsabgeordneter in Brandenburg.¹²²⁴ Das MfS verdächtigte Koblitz, er habe im Februar 1950 von Westberlin aus damit begonnen, im Auftrag eines US-amerikanischen Geheimdienstes ein Agentennetz in der DDR aufzubauen und somit Spionage zu betreiben. Es setzte deshalb mehrere inoffizielle Mitarbeiter auf ihn an und entführte ihn am 16. November 1950 von Westberlin aus in die DDR.¹²²⁵ Noch am gleichen Tag wurde Koblitz vom MfS in Potsdam verhört und am Tag darauf den sowjetischen Behörden „zur weiteren Bearbeitung“ übergeben.¹²²⁶ Zu welcher Strafe er verurteilt wurde, geht aus den Akten nicht hervor. Das übliche Strafmaß belief sich damals auf 25 Jahre Strafzarbeitslager. Nach seinen eigenen Angaben verbüßte er bis 1955 eine politische Haft im nordrussischen

¹²²² Wolf: Freunde sterben nicht, 2002, S. 135. Wolf widmet Borm in diesem Buch ein eigenes Kapitel, ebenda, S. 133–149. Jürgen-Bernd Runge, in den 1970er Jahren Mitarbeiter Borms, vertritt die Auffassung, Borm sei „tragisch neu schuldig geworden“. Borm habe vom Nationalsozialismus wirtschaftlich profitiert, habe sich darüber während seiner DDR-Haftzeit Rechenschaft abgelegt und sich zum Ziel gesetzt, nie wieder schuldig zu werden und nie wieder zu schweigen. Als IM der HV A, so Runge im Rahmen eines öffentlichen Zeitzeugengesprächs am 25.9.2012 im Berliner Bildungszentrum des BStU, habe Borm jedoch ebendieses Ziel verfehlt.

¹²²³ Herbstritt: Bundesbürger, 2007, S. 134 f. Neubert: Ein politischer Zweikampf, 2002, S. 88; Neubert geht an dieser Stelle auf mehrere Westagenten des MfS ein, die in der DDR-Haft angeworben wurden und nach ihrer Entlassung weiterhin für das MfS spionierten.

¹²²⁴ Deutscher Bundestag (Hg.): Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 8. Wahlperiode, biografischer Eintrag zu Koblitz.

¹²²⁵ BStU, MfS, BV Potsdam, AU 249/52, Bl. 6–27 u. 344–347. Der genau vorbereitete Plan der Entführung ist enthalten in: BStU, MfS, BV Potsdam, AOP 100/52, Bd. 3, Bl. 290 f.; demnach wurde Koblitz von einem IM des MfS (damals noch als „V-Person“ bezeichnet) vor seiner Wohnung im Westberliner Stadtbezirk Kreuzberg beobachtet, wie er erwartungsgemäß die U-Bahn Richtung Wedding bestieg, die auch durch den Ostberliner Stadtbezirk Mitte führte. Am U-Bahnhof Stadtmitte stiegen dann 6 MfS-Hauptamtliche in den entsprechenden U-Bahnzug, nahmen Koblitz kurz vor der nächsten Station Stadtmitte fest und schafften ihn in ein bereitstehendes Auto in der Jägerstraße. Auf einer Karteikarte F 16 der MfS-Verwaltung Brandenburg (Potsdam) wird als Entführungsdatum der 15.11.1950 angegeben. Auch in einem Zwischenbericht der MfS-Verwaltung Brandenburg vom 20.6.1952 heißt es, Koblitz sei am 15.11.1950 „an der Sektorengrenze in Berlin W festgenommen“ worden; BStU, MfS, BV Potsdam, AOP 100/52, Bd. 1, Bl. 265. Denselben Zwischenbericht ist ein weiteres, infames Detail zu entnehmen: Ein IM, der auf Koblitz angesetzt war, setzte sich nach Koblitz' Entführung auftragsgemäß nach Westberlin ab und quartierte sich in der ersten Zeit bei Frau Koblitz und somit in der Wohnung des Entführungsofopfers ein, um von dort aus seine Spitzeltätigkeit fortzusetzen. Ebenda, Bl. 265.

¹²²⁶ MfS, Verwaltung Brandenburg, Abteilung IX, Potsdam, 29.1.1951: Bericht. Betr.: Spionagegruppe Koblitz; BStU, MfS, BV Potsdam, AU 249/52, Bl. 344–347, hier 346. Ebenda heißt es nur allgemein, Koblitz und 9 weitere Personen seien der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) übergeben worden, also der Nachfolgeeinrichtung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Wahrscheinlich wurde Koblitz einem in der DDR ansässigen Sowjetischen Militärtribunal (SMT) überstellt.

Strafarbeitslager Workuta.¹²²⁷ Von dort kam er in die Bundesrepublik. Dem Bundestag gehörte er als SPD-Abgeordneter vom 13. Dezember 1972 bis zu seinem Tod am 13. Oktober 1979 an. In dieser Zeit registrierte das MfS auf zwei Karteikarten sein Engagement für die „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS): Koblitz unterstütze die VOS und interessiere sich zudem für Material über Entführungsfälle aus der Bundesrepublik einschließlich Westberlins in die DDR.¹²²⁸ Koblitz hatte die stalinistische Willkür demnach nicht vergessen, sondern sich in seiner politischen Arbeit auch von diesen Erfahrungen leiten lassen.

Der spätere CDU-Abgeordnete Herbert Helmrich lehnte sich bereits 1950 als 16-jähriger Schüler in der DDR gegen die neue politische Ordnung auf. Helmrich selbst charakterisierte später das erste offene Aufbegehren gegen den FDJ-Leiter seiner Schule als „halbpolitischen Widerstand“, der indes rasch „zu einer hochpolitischen Angelegenheit geworden“ sei.¹²²⁹ Vor der ersten Volkammerwahl am 15. Oktober 1950 riss er in seinem Wohnort Osterburg Wahlplakate ab, später verteilte er mit Freunden zusammen immer wieder Flugblätter, die sich gegen die SED richteten. Am 10./11. April 1952 wurden er und seine Freunde deshalb verhaftet, nachdem Polizei und MfS ihnen durch eine Indiskretion auf die Spur gekommen waren. Rund eineinhalb Jahre lang blieb Helmrich inhaftiert, und ihm widerfuhr – wie er schreibt – die für einen politischen Häftling damals typische Behandlung: „Einzelhaft, Vernehmungen nur abends oder nachts, Prügel bei den verschiedensten Gelegenheiten, als Folge davon eiternde und stinkende Platzwunden, zeitweilig Kellerhaft in kleinen Löchern ohne Liege und am Fußboden ständig nachgefüllt bis zu 5 cm Wasser usw.“¹²³⁰ Dank einiger politischer Erleichterungen nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 kam er im Herbst 1953 vorzeitig frei und ging noch im selben Jahr nach Westberlin.¹²³¹ Knapp 30 Jahre später veröffentlichte er eine Broschüre mit seinen damaligen Erlebnissen und charakterisierte die DDR als „totales Überwachungs- und Einschüchterungssystem“.¹²³² Dem Bundestag gehörte er von 1976 bis 1992 an. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands bekleidete er von 1992 bis 1994 das Amt des Justizministers in Mecklenburg-Vorpommern und engagierte sich in dieser Zeit für die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die Rehabilitierung von SED-Opfern.

Diese vier Lebenswege zeigen, dass Menschen aus ihrer zu Unrecht erlittenen Haft in der DDR und der Sowjetunion verschiedene Schlussfolgerungen zogen und als politisch Handelnde in verschiedenen Parteien aktiv waren. Wie sehr die Hafterlebnisse ihr Handeln als Politiker konkret beeinflussten, müsste noch genauer untersucht werden.

Weitere Abgeordnete mit DDR-Hafterfahrung sind bei den Arbeiten für das vorliegende Gutachten nicht bekannt geworden. Allerdings wurde nach dieser Frage nicht systematisch recherchiert.

In den Akten befindet sich noch ein Vorgang, in dem das MfS die Verschleppung eines bundesdeutschen Politikers in die DDR beabsichtigte. Dies betraf den nordrhein-westfälischen SPD-Politiker Hermann Runge, der in der entsprechenden Zeit allerdings schon aus dem Bundestag ausgeschieden war und als SPD-Landtagsabgeordneter in Düsseldorf wirkte. Runge, der wegen seines frühen Widerstands gegen die Nationalsozialisten von 1935 bis 1945 im Gefängnis saß, begann rasch nach Kriegsende eine parlamentarische Karriere: 1946 bis 1947 Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen (und erneut 1958 bis 1962 und 1965 bis 1966), 1948 bis 1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates und 1949 bis 1957 SPD-Bundestagsabgeordneter.¹²³³ Die MfS-Objektdienststelle „Wismut“ in Karl-Marx-Stadt bearbeitete Runge seit November 1959 in dem

¹²²⁷ Deutscher Bundestag (Hg.): Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. 8. Wahlperiode, biografischer Eintrag zu Koblitz.

¹²²⁸ BStU, MfS, ZKG-VSH-Karteikarte zu Koblitz.

¹²²⁹ Helmrich, Herbert; Ahrndt, Bernd: Schüler in der DDR. Zwei Erlebnisberichte (1945–1952/1964–1977). München u. a. 1980, S. 25.

¹²³⁰ Ebenda, S. 34–48, Zitat S. 48.

¹²³¹ Ebenda, S. 48.

¹²³² Ebenda, S. 7.

¹²³³ Siehe die biografischen Angaben zu Runge in Schumacher (Hg.): M.d.B., 2000, S. 350.

Operativ-Vorgang „Spion“. Sie war durch ihren in der DDR lebenden inoffiziellen Mitarbeiter „Enzian“ auf Runge aufmerksam geworden. „Enzian“, der als Geophysiker bei der SDAG Wismut arbeitete, und Runge kannten sich aus gemeinsamer Parteilarbeit für die SPD vor 1933. 1958 reaktivierte „Enzian“ auf Initiative des MfS den Kontakt zu Runge.¹²³⁴ Runge wurde verdächtigt, dem rechten Flügel der SPD anzugehören und in Zusammenarbeit mit dem Ostbüro der SPD Spionage gegen die DDR zu betreiben. Das MfS prüfte deshalb die Möglichkeit, ihn in die DDR zu entführen. Doch nach drei Jahren wurde die Akte ohne nennenswerte Folgen geschlossen. Der zuständige Unterleutnant Walther vermerkte hierzu: „Der Beschuldigte [Runge] kann gegenwärtig für seine feindliche Tätigkeit nicht zur Verantwortung gezogen werden, da er in Westdeutschland lebt und die Versuche einer Überführung scheiterten.“¹²³⁵

Eigentümlich ist im Falle Runge, dass sich gleichzeitig – von Dezember 1959 bis Juli 1963 – auch die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt mit ihm befasste und das Ziel verfolgte, ihn für eigene geheimdienstliche Zwecke zu benutzen. Sie schätzte Runge als linken Sozialdemokraten ein, der Gespräche mit der DDR befürworte. Allerdings habe er schließlich dem Druck der rechten Parteiführung um Wehner und Brandt nachgegeben. Die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt schickte einige Male einen IM zu Runge, der unter einem Vorwand Kontakt zu ihm aufnahm. Nach anfänglich verheißungsvollen Gesprächen verhielt sich Runge jedoch abweisend, sodass kein Gesprächskontakt oder gar ein Informationskanal entstand. Die Akte wurde geschlossen, weil der Vorgang „nicht erfolgversprechend“ sei, wie es im Abschlussbericht vom 24. Juli 1963 hieß.¹²³⁶

Die beiden Akten zu Runge legen beim gegenwärtigen Erkenntnisstand die Schlussfolgerung nahe, dass hier zwei MfS-Abteilungen unabhängig voneinander und ohne von den Aktionen der je anderen Abteilung zu wissen, denselben Politiker ins Visier genommen hatten und zugleich – letztlich vergeblich – zwei Extreme der geheimdienstlichen Bearbeitung verfolgten: Entführung und Anwerbung.

¹²³⁴ BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOP 1831/62 "W", Bl. 54 u. 59. Zu „Enzian“ siehe ausführlich dessen IM-Akte: BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AGI „W“ 339/63.

¹²³⁵ Ebenda: Zitat Bl. 181. Ein MfS-interner Vermerk vom 23.2.1962 legt die Schlussfolgerung nahe, dass Runge von einem nun in der DDR lebenden Bekannten dazu bewegt werden sollte, sich mit ihm in Berlin zu treffen, Runge darauf aber nicht einging; ebenda, Bl. 131.

¹²³⁶ BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AP 2769/63, Bl. 14–18, 46–50 u. a.

7. Der Deutsche Bundestag im Blickfeld anderer östlicher Geheimdienste

Unter den Geheimdiensten der sozialistischen Länder war unbestritten, dass das MfS bei der Spionage gegen die Bundesrepublik führend war. Ein MfS-interner Gesprächsvermerk über eine Besprechung Erich Mielkes mit dem damaligen KGB-Chef Wladimir Semitschastny Ende 1964 bringt diese Vorrangstellung auf den Punkt. Semitschastny referierte demzufolge seinem DDR-Kollegen, wie der KGB aufgrund seiner Spionageerkenntnisse die Haltung der Bundesregierung zu aktuellen politischen Fragen einschätzte. Folgt man diesem Gesprächsvermerk, so äußerte Semitschastny damals gegenüber Mielke auch, dass das MfS über die bundesdeutsche Politik „besser informiert wäre“ als der KGB.¹²³⁷ Ebenso bilanzierte 1990 das Bundesamt für Verfassungsschutz, die HV A habe „auch nahezu 80 % des Gesamtinformationsaufkommens der sowjetischen Nachrichtendienste über die Bundesrepublik Deutschland“ bestritten.¹²³⁸

Vor allem der sowjetische Geheimdienst KGB erhielt vom MfS umfassende Spionageinformationen über die Bundesrepublik. In den achtziger Jahren kennzeichnete die HV A in der SIRA-Teildatenbank 12 die Informationen, die sie an verbündete Geheimdienste weitergab. Man kann daher recht genau recherchieren, worüber die HV A den KGB in Kenntnis setzte. Quantitativ reichte die HV A rund ein Drittel aller Informationen, die sie beschaffte, dem KGB weiter. Gewiss gab es auch darüber hinaus Informationsübergaben. Die HV A fungierte in dieser Hinsicht zweifelsohne als Filiale des KGB. Die anderen „Bruderorgane“ erhielten weitaus weniger Informationen.

Die MfS-Unterlagen geben hingegen fast keinen Einblick in Spionageaktivitäten anderer sozialistischer Geheimdienste in der Bundesrepublik. Eine Ausnahme kann bei solchen Aktionen vorliegen, die das MfS gemeinsam mit einem verbündeten Geheimdienst durchführte. Die SIRA-Daten geben immerhin ansatzweise eine Vorstellung davon, welche Informationen andere Geheimdienste an die HV A gaben. Zu diesem Aspekt sei auf das Kapitel 1.2.8.4., Seite 106, verwiesen.

In den späten fünfziger Jahren war der tschechoslowakische Geheimdienst Státní bezpečnost (StB) offenbar in der Lage, dem MfS Sitzungsprotokolle aus mehreren Bundestagsausschüssen zu besorgen. Das belegt ein Schreiben Markus Wolfs vom 9. Mai 1958. Darin erklärt er sein Interesse an einem entsprechenden Angebot der Prager Kollegen und listete die Bundestagsausschüsse auf, an denen die HV A interessiert war.¹²³⁹ Welche Sitzungsprotokolle die HV A vom tschechoslowakischen Geheimdienst dann tatsächlich erhielt, geht aus den bislang durchgesehenen Akten nicht hervor.

In den MfS-Unterlagen findet man auch keinerlei Hintergrundinformationen über die Spionageaktivitäten des SPD-Abgeordneten Alfred Frenzel. Frenzel, der aus dem nördlichen Böhmen stammte und 1946 als Sudetendeutscher nach Bayern kam, gehörte dem Bundestag von 1953 bis 1960 an. 1956 warb ihn der tschechoslowakische Geheimdienst als Agenten an. Bis zu seiner

¹²³⁷ Bericht über die Besprechungen im Komitee für Staatssicherheit der UdSSR am 30. November/1. Dezember 1964; BStU, MfS, SdM 576, Bl. 7.

¹²³⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Jahresbericht für 1990. Bonn 1990, S. 173. Die öffentlich zugänglichen Jahresberichte des BfV dokumentierten seit Ende der 1960er Jahre immer wieder Spionageaktivitäten verschiedener sozialistischer Länder in der Bundesrepublik.

¹²³⁹ Stellvertreter des Ministers [Markus Wolf], 9.5.1958: Schreiben an den Leiter der Abteilung X des MfS, Genossen Major Damm. Betr.: Ermittlungen durch die tschechoslowakischen Genossen. Übersendung von Bundestagsprotokollen. Bezug: Protokoll über die Verhandlungen mit der ČSR am 21.3.1958; BStU, MfS, Abt. X, 746, Bl. 555 f. In der MfS-Akte eines Bundesbürgers, der 1960/61 für den tschechoslowakischen Geheimdienst arbeitete, ist eine 11-seitige Liste „Verzeichnis der Aufträge der Agentur W[...]“ enthalten. Darin wird aufgezählt, welche Informationen aus der Bundespolitik der Agent W. beschaffen sollte. BStU, MfS, Abt. X, AP 7681/79, Bl. 20–30. Welche Informationen er tatsächlich lieferte, müsste in tschechischen Archiven geprüft werden. Da W., der zeitweise auch für das MfS arbeitete, beim MfS in den Verdacht geriet, ein Doppelagent eines US-Geheimdienstes zu sein, stellten MfS und StB die Zusammenarbeit mit ihm 1961 ein, und W. wurde in der DDR zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, die er von 1962 bis 1969 absitzen musste.

Enttarnung im Herbst 1960 lieferte Frenzel sensible Informationen aus den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik. Vor allem seine Zugehörigkeit zum Verteidigungsausschuss des Bundestages von 1955 bis 1960 eröffnete ihm Zugang zu geheimdienstlich relevanten Informationen. Ferner gehörte Frenzel von 1953 bis 1960 den Ausschüssen für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen an sowie von 1955 bis 1960 dem Ausschuss für Wiedergutmachung, dessen Vorsitz er von 1958 bis 1960 innehatte. Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs verurteilte ihn 1961 wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen zu 15 Jahren Zuchthaus.¹²⁴⁰

Ebenso wenig erhellen die MfS-Unterlagen Gerüchte über einen vermeintlichen Agenten des rumänischen Geheimdienstes Securitate unter den Bundestagsabgeordneten. Als der stellvertretende Chef der rumänischen Auslandsspionage, Ion Mihai Pacepa, 1978 über die Bundesrepublik in die USA flüchtete, behauptete er gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz, die Securitate habe den SPD-Abgeordneten Uwe Holtz als Agenten geführt. Er konnte seine Anschuldigungen allerdings nicht untermauern, sondern beließ sie im Allgemeinen, sodass sie schließlich als unglaubwürdig betrachtet wurden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verhielt es sich so, dass Pacepa die offiziellen Gespräche, die Holtz als Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsabteilung der rumänischen Botschaft in Köln geführt hatte, als geheimdienstlichen Kontakt ausgegeben hatte.¹²⁴¹ In der rumänischen Securitate-Akten-Behörde CNSAS liegen keine Erkenntnisse vor, die Pacepas Aussagen belegen würden.¹²⁴² Dagegen ist bekannt, dass Pacepa auch in seinen späteren Erinnerungsbüchern viele Sachverhalte ungenau, verzerrt oder verfälscht wiedergegeben hat.¹²⁴³

Vereinzelt belegen die MfS-Unterlagen indirekt das Interesse sozialistischer Geheimdienste an einzelnen Bundestagsabgeordneten.

So geriet der Hamburger SPD-Abgeordnete Peter Blachstein 1967 ins Blickfeld des tschechoslowakischen Geheimdienstes StB. Den Anlass hierfür bildete eine Reise nach Prag, die er in der zweiten Septemberhälfte 1967 gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Erhard Eppler unternahm. Die beiden Abgeordneten führten in der tschechoslowakischen Hauptstadt verschiedene politische Gespräche. Im Vorfeld dieser Reise fragte der tschechoslowakische Geheimdienst Mitte August 1967 beim MfS an, was dort über Blachstein bekannt sei, wie er vom MfS eingeschätzt werde, welcher Strömung innerhalb der SPD er angehöre und ob er bedeutend sei.¹²⁴⁴ Das MfS vermutete hinter dieser Anfrage ein gesteigertes Interesse der tschechoslowakischen Kollegen an dem SPD-Politiker. Die HV A führte über ihn jedoch schon seit 1961 eine Vorlauf-Akte.¹²⁴⁵ Ihr konnte nicht daran gelegen sein, dass noch ein zweiter Geheimdienst mit dem Versuch begann, einen Kontakt zu ihm aufzubauen. Deshalb hieß es in der Antwort des MfS knapp und deutlich: „Der Genannte [Peter Blachstein] ist für das Ministerium für Staatssicherheit von operativem

¹²⁴⁰ Gerken, Richard: Spion in Bonn. Der Fall Frenzel und andere. Zum erstenmal nach Dokumenten der Sicherheitsbehörden. Donauwörth o. J. [1964], insbes. S. 102–116. Frenzel. Der Topfgucker. In: Der Spiegel 14(1960)46 v. 9.11.1960, S. 23–31; Schumacher (Hg.): M.d.B., 2000, S. 109. 1966 wurde Frenzel benadigt und in die ČSSR abgeschoben.

¹²⁴¹ Der Spiegel 32(1978)36 v. 4.9.1978, S. 21–27: Agentenjagd in Bonn: „Alles Qualm“. Der Spiegel 32(1978)39 v. 25.9.1978, S. 24–26: Spionage-Affäre: Höchst dürftig. – Das sozialistische Rumänien hatte offiziell den Status eines Entwicklungslandes, was die Zuständigkeit des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit erklärt.

¹²⁴² Mündliche Auskunft des CNSAS an den BStU-Mitarbeiter Georg Herbstritt vom 23.11.2010 auf der Grundlage einer schriftlichen Anfrage.

¹²⁴³ Vgl. Herbstritt, Georg: Menschenraub in Berlin: Die gemeinsamen Aktionen von Securitate und Stasi gegen die rumänische Emigration in den fünfziger Jahren, eine siebenbürgisch-sächsische Agentin als Schlüsselfigur und die unscharfen Erinnerungen des Securitate-Überläufers Ion Mihai Pacepa. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 22(2010)1–2, S. 7–32, hier 27–32.

¹²⁴⁴ BStU, MfS, AP 10677/79, Bl. 11 u. 17 f.

¹²⁴⁵ BStU, MfS, Bestand Rosenholz, Recherche zu Reg.-Nr. XV/10977/61.

Interesse. Es wird gebeten, von einer Kontaktaufnahme Abstand zu nehmen und mitzuteilen, welche Angaben über ihn vorliegen.“¹²⁴⁶

Der rumänische Geheimdienst versuchte seit 1960, einen Kontakt zu dem bayerischen SPD-Abgeordneten Arno Behrich aufzubauen. Der rumänische Innenminister Alexandru Drăghici, dem die Securitate unterstand, wandte sich im Januar 1961 in dieser Sache telegrafisch an Erich Mielke. Er teilte ihm mit, die Securitate habe sich bereits mit Behrich in Verbindung gesetzt und wolle nun wissen, wie Behrich beim MfS erfasst sei.¹²⁴⁷ Mielke blieb diese Auskunft schuldig und antwortete stattdessen wie folgt:

„Werter Genosse Drăghici! Aus wichtigen operativen Gründen bitte ich Sie zu veranlassen, dass von Seiten Ihrer Organe die Verbindung zu dem in Ihrem Telegramm vom 22.1.1961 genannten Arno Behrich abgebrochen wird. Sollte bei Ihnen Material über diese Person vorliegen, bitte ich um Übersendung an das MfS. Mit sozialistischem Gruß! [Mielke.]“¹²⁴⁸

Tatsächlich hatte die HV A Behrich bereits seit 1955 in einem Aktenvorgang erfasst.¹²⁴⁹

Blachstein und Behrich sind derzeit die einzigen Abgeordneten, bei denen die bislang durchgesehenen MfS-Unterlagen auf Anwerbepläne anderer sozialistischer Geheimdienste hindeuten. In welchem Umfang die sozialistischen Geheimdienste Versuche unternahmen, um Bundestagsabgeordnete anzuwerben, wird man nur in den entsprechenden Archiven der betreffenden Länder herausfinden. Grundsätzlich stehen diese Archive in den meisten Ländern Ostmittel- und Südosteuropas für solche Fragen offen.¹²⁵⁰

Weniger brisant, aber dennoch relevanter Teil der geheimdienstlichen Kooperation, war der Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten über einzelne Abgeordnete. Er lässt sich teilweise mithilfe der SIRA-Datenbank nachvollziehen.¹²⁵¹ Wenn Bundestagsabgeordnete zu politischen Gesprächen in sozialistische Staaten reisten, informierten die dortigen Geheimdienste das MfS gelegentlich über Inhalt und Verlauf dieser Besuche.¹²⁵² Die sozialistischen Geheimdienste tauschten sich aber auch über Besuche von Bundestagsabgeordneten in Drittstaaten aus.¹²⁵³

¹²⁴⁶ Schreiben des MfS an die Operativgruppe des tschechoslowakischen Geheimdienstes in Ostberlin vom 27.9.1967; BStU, MfS, AP 10677/79, Bl. 18.

¹²⁴⁷ Telegramm von Drăghici an Mielke vom 22.1.1961; BStU, MfS, AP 3526/76, Bl. 8.

¹²⁴⁸ Ebenda, Bl. 9.

¹²⁴⁹ Siehe S. 217.

¹²⁵⁰ Ein Überblick über die Behörden, die die Geheimdienstarchive in den postsozialistischen Ländern verwalten, findet sich in: Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“. Ein Reader zu ihren gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben. Hg. BStU. Berlin, 2010. Im Internet zu finden unter http://www.bstu.bund.de/DE/BundesbeauftragteUndBehoerde/AufarbeitungImAusland/Download%20Reader.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 5.4.2012).

¹²⁵¹ Siehe hierzu auch Kapitel 1.2.8.4., S. 106.

¹²⁵² Zur Veranschaulichung seien hier nur wenige Beispiele genannt: Über politische Gespräche Petra Kellys und anderer Grünen-Politiker in Moskau am 26.10.1983 ging der HVA am 3.11.1983 ein Bericht des KGB zu. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE8332252. Am 23.3.1971 erhielt die HV A vom polnischen Geheimdienst Służba Bezpieczeństwa (SB) Informationen über Herbert Wehners Äußerungen während seines Polen-Aufenthalts. Ebenda, SE7100398. Der tschechoslowakische Geheimdienst StB informierte die HV A am 6.6.1985 über den Besuch Hans-Jochen Vogels am 11./12. Mai 1985 in der Tschechoslowakei. Ebenda, SE8531157.

¹²⁵³ Beispielsweise informierte der KGB die HV A am 19.9.1975 über Inhalte der Gespräche, die der CDU-Abgeordnete Olaf Baron von Wrangel in den USA führte; Wrangel war zu dieser Zeit Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen. BStU, MfS, HV A/MD/3, SIRA-TDB 12, SE7503458. Über einen Besuch Willy Brandts in Jugoslawien erhielt die HV A am 3.10.1978 einen Bericht des polnischen SB. Ebenda, SE7821182. Mit der seltenen Note 1 schätzte die HV A einen am 19.5.1980 erhaltenen Bericht des tschechoslowakischen StB ein, in dem es um eine Reise von Mitgliedern des Bundestags-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle nach Wien ging. Ebenda, SE8003659. Gesprächsinhalte der Konsultationen Außenminister Hans-Dietrich Genschers mit seinem

Das MfS forderte bei seinen Verbündeten auch gezielt Informationen über solche Abgeordneten an, die nach 1945 als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Westdeutschland gekommen waren. So bat die HV A im Frühjahr 1956 und erneut im Frühjahr 1957 den tschechoslowakischen Geheimdienst um umfassende Auskunft zu den Bundestagsabgeordneten Alfred Frenzel (SPD), Hubertus von Golitschek (FDP), Wenzel Jaksch (SPD), Oskar Matzner (SPD), Ernst Paul (SPD), Richard Reitzner (SPD), Hans Schütz (CSU), Hans-Christoph Seebohm (DP) und Frank Seiboth (GB/BHE), die früher alle in der Tschechoslowakei gelebt hatten. Die HV A interessierte sich für deren politisches Engagement in der damaligen Tschechoslowakei und für ihre persönliche Biografie. Sie erkundigte sich außerdem direkt nach „Kompromaten“, das heißt nach Schwachstellen in den Lebensläufen, mit denen die Betroffenen erpresst werden könnten. Außerdem erbat die HV A von den tschechoslowakischen Kollegen Hinweise, unter welchem Vorwand man am geschicktesten mit den Abgeordneten in Verbindung treten könnte.¹²⁵⁴ Später kooperierte das MfS mit seinen Verbündeten auf der Suche nach NS-Belastungen bundesdeutscher Politiker.¹²⁵⁵

Als Fazit lässt sich festhalten: In den MfS-Unterlagen finden sich nur wenige Hinweise auf die Spionage anderer sozialistischer Geheimdienste gegen den Deutschen Bundestag und seine Abgeordneten. Da bekanntermaßen alle europäischen sozialistischen Geheimdienste Spionage in der Bundesrepublik betrieben und dies, wie der Fall Frenzel belegt, auch den Bundestag betreffen konnte, muss man davon ausgehen, dass die überlieferten MfS-Unterlagen nur Bruchstücke davon abbilden.

Schweizer Amtskollegen Pierre Aubert am 16./17.9.1982 gingen der HV A am 20.10.1982 vom ungarischen Geheimdienst (= III. Hauptverwaltung des Innenministeriums/Belügyminisztérium, III. Főcsoportfőnökség) zu. Ebenda, SE8222543.

¹²⁵⁴ BStU, MfS, Abt. X, 746, Bl. 503, 511, 514–516a, 525–529, 545a u. 562. Die in der Akte vorhandene Antwort aus Prag enthält einige biografische Angaben zu Reitzner und Seebohm. Ebenda, Bl. 536 f. u. 543. Zu den übrigen angefragten Abgeordneten teilte der tschechoslowakische Geheimdienst mit, es seien „weder Archivmaterialien noch Agenturangaben neueren Datums vorhanden“. Ebenda, Bl. 542 u. 547 f. Das ist zumindest im Falle des Abgeordneten Frenzel offenkundig falsch, der bereits seit 1956 als Agent des StB arbeitete.

¹²⁵⁵ Leide: NS-Verbrecher, 2005, S. 181–190 u. a.

D. Anhang

Spionageberichte über den Deutschen Bundestag: Die Informationen der HV A für die Partei- und Staatsführung

1. Einführung

Zu den wesentlichen Aufgaben der HV A gehörte es, die beschafften Geheimdienstinformationen aufzubereiten und der Partei- und Staatsführung in der DDR in geeigneter Weise zur Kenntnis zu geben. Die HV A verfasste, nach gegenwärtigem Kenntnisstand, zu diesem Zweck zwischen 1959 und 1989 rund 23 000 Informationsberichte zu den verschiedensten Themen. Der Empfängerkreis variierte je nach Gegenstand der Information. Die Berichte hatten einen durchschnittlichen Umfang von drei bis sechs Seiten. Viele lagen den SED-Generalsekretären Walter Ulbricht und Erich Honecker vor. Drei davon werden in diesem Gutachten exemplarisch als Faksimile veröffentlicht, und zwar auf den Seiten 60 ff., 160 f. und 321 ff.

Die nachfolgende Liste enthält die Titel von 790 Informationsberichten, die sich bereits anhand ihrer Überschriften der Bundestagsthematik zuordnen lassen.¹²⁵⁶ Man kann daran den Kenntnisstand und das Erkenntnisinteresse der HV A sowie ihrer Auftraggeber ablesen. Ein großer Teil dieser Berichte ist im Archiv des BStU noch vorhanden.

In welchem Umfang die Partei- und Staatsführung in der DDR von den Spionageinformationen Gebrauch machte, inwiefern Spionage also politisches Handeln beeinflusste, muss jedoch erst noch erforscht werden. Hier stellt sich erneut die Frage nach der Wirkungsgeschichte der MfS-Westarbeit.

Eine Übersicht über alle rund 23 000 Informationsberichte der HV A nebst Einführung hat 2011 der BStU-Archivar Stephan Konopatzky vorgelegt.¹²⁵⁷ Geht man diese Übersicht durch, so findet man noch weitere Informationsberichte mit Bundestagsbezug, die je nach Fragestellung relevant sind, etwa über einzelne Abgeordnete oder Parteivorstandssitzungen. Für einen Teil der Informationsberichte ist es möglich, die Quellen bzw. Informanten festzustellen. Bei jedem einzelnen Bericht müsste man prüfen, wie vertraulich und wie aktuell die Informationen zu dem Zeitpunkt waren, als sie der politischen Führung vorgelegt wurden.

Die Liste ließe sich außerdem mit den Aktenbeständen des Bundesarchivs ergänzen. So zitiert die Historikerin Heike Amos in ihrem Buch über die „Westpolitik der SED“ mehrere Geheimdienstinformationen, die in den fünfziger Jahren vom MfS an die SED-Führung gegeben wurden und heute im Bundesarchiv einsehbar sind. Diese Berichte referierten beispielsweise aus dem Jahre 1955 Überlegungen innerhalb der Bundestagsparteien zu Kontakten mit Ostberlin, informierten über SPD-Fraktionssitzungen jenen Jahres oder über ein Gespräch zwischen Erich Ollenhauer und Konrad Adenauer im Mai 1955.¹²⁵⁸

Die Quelleneditionen der Parlamentarismuskommission bilden einen leicht zugänglichen Fundus, anhand dessen einige HVA-Informationsberichte gegengeprüft und bewertet werden können. So liegen inzwischen die Sitzungsprotokolle der Bundestagsfraktionen mindestens bis

¹²⁵⁶ Als Suchbegriffe wurden „Bundestag“, „*Abgeordnete*“ und „*Fraktion*“ verwendet.

¹²⁵⁷ Konopatzky: Verzeichnis der Ausgangsinformationen der HV A, 2011. Die HV A scheint auch schon vor 1959 kontinuierlich Informationsberichte an Empfänger innerhalb und außerhalb des MfS verschickt zu haben. Hierüber liegen derzeit aber nur bruchstückhafte Erkenntnisse vor. Vgl. auch S 57.

¹²⁵⁸ Amos: Westpolitik, 1999, S. 226 f.

zum Ende der sechziger Jahre vor, ebenso die Sitzungsprotokolle des Gesamtdeutschen und des Auswärtigen Ausschusses.¹²⁵⁹

Die nachfolgende Liste versteht sich auch als Anregung für weiterführende Forschungen.

Editorische Hinweise:

Diese Aufstellung bildet einen Auszug aus der von Stephan Konopatzky 2011 erstellten Gesamtübersicht über die rund 23 000 Informationsberichte der HV A. Die HV A verfügte für ihre Berichte über mehrere Informationsreihen. Diese sind hier durch Großbuchstaben vor der Jahreszahl gekennzeichnet.¹²⁶⁰ Die Liste führt die Titel getrennt nach Informationsreihen auf. Sofern eine Signatur angegeben ist, liegt der entsprechende Bericht im Archiv des BStU vor. Die Titel der Berichte gehen zu einem großen Teil auf eine Zusammenstellung der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) des MfS und auf die Einträge in der SIRA-Datenbank zurück.

¹²⁵⁹ Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 11/I–V: Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1949–1969; Bd. 15/I: Sitzungsprotokolle der CSU-Landesgruppe 1949–1972; Bd. 8/I–IV: Sitzungsprotokolle der SPD-Fraktion 1949–1969; Bd. 7/I–II: Sitzungsprotokolle des FDP-Bundesvorstands 1949–1960; Bd. 14/I: Sitzungsprotokolle der Grünen 1983–1987. Düsseldorf 1990–2011. Bd. 12: Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953. Bd. 13/I–VII: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1976.

¹²⁶⁰ EI = Einzelinformation, dies war die hauptsächliche Informationsreihe; APUE = Außenpolitische Übersicht; AUE = Aktuelle Informationsübersicht; AWI = Abwehrinformation; LI = Leiterinformation; MPUE = Militärpolitische Informationsübersicht; OEI = sehr wahrscheinlich: Operative Einzelinformation. In den Akten wurde noch keine Auflösung dieser Abkürzung gefunden. OH = Operativhinweis; PDOS = Personendossier; PES = Persönliche Einschätzung; REF = Referat; WPUE = Wirtschaftspolitische Informationsübersicht. Nähere Erläuterungen zu den Informationsreihen in Konopatzky: Verzeichnis der Ausgangsinformationen der HV A, 2011, S. 5–8.

25.2.
 Streng geheim!
 Um Rückgabe wird gebeten!

1. Ulbricht ✓
 2. Honecker ✓
 3. Sika ✓
 4. Ax ✓
 5. Winzer / Florin ✓
 6. Pfl ✓
 7. Pfl ✓

Berlin, den

25.2.

5 Blatt

1 Exemplar

Nr. 207 / 70

INFORMATION

über

die Unterrichtung der FDP-Bundestagsfraktion über die westdeutsch-sowjetischen Gespräche in Moskau

Wie eine zuverlässige Quelle berichtet, wurde Mitte Februar die FDP-Bundestagsfraktion durch den Fraktionsvorsitzenden Mischnick und den Parlamentarischen Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt Dahrendorf über den bisherigen Verlauf der westdeutsch-sowjetischen Gespräche in Moskau unterrichtet.

Eingangs habe Mischnick auf die Frage, ob das Bonner Auswärtige Amt von Bundeskanzler Brandt mit der Entsendung von Staatssekretär Bahr nach Moskau umspielt worden sei, erklärt, daß die Entsendung Bahrs im einzelnen mit dem Bundeskanzler abgestimmt worden sei. Nach Absprachen mit den Westmächten sei festgelegt worden, daß Staatssekretär Bahr die Verhandlungsführung in Moskau übernehmen soll. Dieser Wunsch der Westmächte sei bekannt gewesen. Dementsprechend sei zwischen Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel eine Abstimmung erfolgt.

Dok. 11: Informationsbericht der HVA vom 25.2.1970 für Walter Ulbricht, Erich Honecker, Ministerpräsident Willi Stoph, ZK-Sekretär Hermann Axen (zuständig für Außenpolitik und internationale Beziehungen), Außenminister Otto Winzer und dessen 1. Stellvertreter Peter Florin sowie den sowjetischen Geheimdienst KGB (mit der Abkürzung „AG“ gekennzeichnet). Der Bericht basierte im Wesentlichen auf Angaben von Herbert Willner (IM „Stamm“), einem langjährigen Mitarbeiter der FDP-Bundesgeschäftsstelle und Referenten unter anderem für Außen- und Deutschlandpolitik. Egon Bahr kommentierte dieses Dokument in einem Brief vom 8.10.2012 an die Behörde des Bundesbeauftragten pointiert: „Wenn Willner beauftragt gewesen wäre, eine für die DDR-Führung völlig irreführende Information über den Verhandlungsstand zu geben, er hätte es nicht besser machen können.“

Mischnick habe die Fraktion informiert, daß er sowie die anderen beiden Fraktionsvorsitzenden von Bundeskanzler Brandt über die bisherigen Gespräche zwischen Staatssekretär Bahr und dem sowjetischen Außenminister Gromyko unterrichtet worden seien. Bundeskanzler Brandt habe dabei darauf hingewiesen, daß die sowjetische Seite darum gebeten habe, den bisherigen Verlauf der westdeutsch-sowjetischen Gespräche streng vertraulich zu behandeln.

Nach den Ausführungen von Brandt habe Bahr bei seinen bisherigen Gesprächen mit Gromyko den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion ein Interesse an den westdeutsch-sowjetischen Gesprächen habe und sie in Verhandlungen überleiten möchte. Die Sowjetunion betrachte offensichtlich die Frage des Gewaltverzichts als einen Ansatzpunkt, um weitergehende Fragen zu behandeln, um gegenüber der Bundesrepublik eine Reihe von Forderungen zu stellen und um die Problematik Gewaltverzicht schrittweise mit Fragen der von der Sowjetunion gewünschten europäischen Sicherheitskonferenz koppeln zu können. Die Sowjetunion sei sich bewußt, daß der Weg zu einer europäischen Sicherheitskonferenz nicht leicht sei. Aus diesem Grunde wolle sie durch eine Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik Möglichkeiten schaffen, um diesem Ziel näherzukommen.

Der Parlamentarische Staatssekretär Dahrendorf habe die Ausführungen von Mischnick unterstrichen und nochmals auf die Vertraulichkeit der westdeutsch-sowjetischen Gespräche hingewiesen.

Dahrendorf habe ausgeführt, daß das Bonner Auswärtige Amt nach dem Eingang des Briefes von Willi Stoph an Brandt bei Bahr in Moskau habe anfragen lassen, ob zwischen der westdeutschen Antwort auf den Brief und den westdeutsch-sowjetischen Gesprächen in Moskau ein Zusammenhang bestünde. Dazu habe Bahr übermittelt, von der sowjetischen Seite sei ihm erklärt worden, es sei nicht notwendig, daß ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen hergestellt werde. Eine Zusammenfassung der ersten Gesprächsphase werde auch

ohne Einbeziehung der westdeutschen Reaktion auf den Brief von Willi Stoph möglich sein.

Vom Bonner Auswärtigen Amt werde dazu eingeschätzt, daß die Regierung der Sowjetunion bewußt keinen Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen habe herstellen wollen. Das Auswärtige Amt sei sich allerdings noch nicht im klaren, wie das zu werten sei. Es könnte als eine Desavouierung der DDR aufgefaßt werden. Sicherlich gebe es aber weitergehende Zielsetzungen. Es sei aber sicher nicht falsch, wenn angenommen werde, daß die Sowjetunion Reaktionen der DDR nicht brauche. Die Sowjetunion setze ihre Linie auch ohne solche politischen Schritte durch. Dabei brauchte die Frage, ob die Abstimmung zwischen der Sowjetunion und der DDR perfekt sei und funktioniere, nicht erörtert zu werden, weil diese Frage derzeit von der Bundesregierung nicht genau beantwortet werden könne.

Dahrendorf habe erklärt, daß die westdeutschen Gespräche in Moskau mit den Westmächten sehr eingehend geplant und abgestimmt worden seien. Dabei seien alle Eventualitäten, die sich aus diesen Gesprächen ergeben könnten, bereits im einzelnen abgestimmt.

Zum Ergebnis der Gespräche Bahrs in Moskau habe Dahrendorf erklärt, bei der klaren Härte, mit der Gromyko die sowjetischen Forderungen vorgetragen habe, seien trotzdem interessante Ansatzpunkte für weitere Gespräche erkennbar geworden. Der Tenor der westdeutschen Presse sollte aber sein, die Bundesregierung habe kaum Hoffnungen auf Erfolg bei den Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung. Ein solcher pessimistischer Tenor sei gegenwärtig dem Bonner Auswärtigen Amt angenehmer. Das Auswärtige Amt sei außerordentlich belastet, wenn ständig von Erwartungen gesprochen werde, die an diese Verhandlungen geknüpft würden. Auch in Zukunft sollte publiziert werden, daß wenig Hoffnung auf Erfolg in Moskau bestehe. Die Bundesregierung wolle nicht in eine Lage geraten, daß sie in Moskau mit dem Rücken an die Wand komme. Dahrendorf habe betont, daß es bisher in den Gesprächen zwi-

schen Bahr und Gromyko keine Erfolge gegeben habe. Es gebe aber kleine Elemente für die Fortsetzung der Gespräche. Diese dürften jedoch nicht öffentlich frühzeitig verspielt werden.

Dahrendorf habe darauf hingewiesen, daß Staatssekretär Bahr bei seinen Gesprächen mit Gromyko keinen Verhandlungsspielraum als Vertreter der Bundesrepublik habe. Die Koordination mit den Westmächten hinsichtlich der westdeutschen Argumente sei so, daß die Bundesrepublik im wesentlichen der Sowjetunion nichts bieten könne. Die Hauptentscheidungen würden nur mit den Westmächten fallen. Dafür müßten zunächst entsprechende Schritte vorbereitet werden.

Nach Ansicht von Dahrendorf sei es jetzt wichtig, sich zunächst darüber klar zu werden, in welchen Fragen Entscheidungen gefällt werden müssen. Diese müßten mit den Westmächten zu einem Verhandlungsprogramm ausgebaut und zur Direktive für die westdeutsche Verhandlungsdelegation werden. Eine Politik in der Schwebe, wie sie von der westdeutschen Seite jetzt in Moskau geführt wurde, führe nicht zu Verhandlungsergebnissen. Deshalb müßte entschieden werden, was von westdeutscher Seite anerkannt werden könne und was abgelehnt werden müsse. Solange das nicht geschehe, bestünde für die Bundesregierung auch bei weiteren Gesprächen in der Sowjetunion kaum eine Chance für ernsthaft positive Ergebnisse.

Wie eine andere zuverlässige Quelle in diesem Zusammenhang berichtet, hat Mitte Februar 1970 ein leitender Angestellter des Bundeskanzleramtes zu den bisherigen westdeutschen Gesprächen in der VR Polen und in der Sowjetunion Stellung genommen. Von diesem Angestellten sei die Auffassung vertreten worden, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen in Warschau eine eindeutige Ohrfeige erhalten habe. Die Verhandlungen seien nicht so gelaufen, wie es sich die Bundesregierung gewünscht habe.

Hinsichtlich der Beauftragung von Bahr mit der Gesprächsführung in Moskau habe der Angestellte die Auffassung vertreten, daß die Bundesregierung einige SPD-Vertreter nach vorn bringen müsse. Vor allem hinsichtlich der bevorstehenden Landtagswahlen komme es für die Bundesregierung darauf an, bei ihren Gesprächen in Moskau und Warschau Erfolge zu erzielen. Da die SPD die Landtagswahlen unbedingt gewinnen wolle, müsse sie in erster Linie Erfolge in der Außenpolitik, speziell in der Osteuropapolitik erzielen. Falls sie dazu nicht in der Lage sei, bestehe die Gefahr, daß die CDU bei den Landtagswahlen als Sieger hervorgeht..

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quellen nicht publizistisch ausgewertet werden.

2. Titelliste der Spionageberichte

EI 1959/0063 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 184

Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 24.02.1959 zu Wehrfragen

EI 1959/0123 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 184

Einschätzung der Ostasien-Reisen Erhards durch den FDP-Bundestagsabgeordneten Lenz

EI 1959/0146 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 184

Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 19.03.1959

EI 1959/0196 SIRA: - , Signatur: -

Fraktionssitzungen der SPD zur Ablehnung der außenpolitischen Debatte und zum Deutschlandplan

EI 1959/0210 SIRA: - , Signatur: -

Auseinandersetzungen in der SPD-Bundestagsfraktion über die außenpolitische Debatte um den Deutschlandplan

EI 1959/0281 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 187

SPD-Bundestagsabgeordnete, die für eine außenpolitische Debatte stimmten

EI 1959/0311 SIRA: - , Signatur: -

Äußerung des CDU-Abgeordneten Kliesing über die zwischen Bonn und den Westmächten abgestimmte Marschrichtung in Genf

EI 1959/0355 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 186

Unterredung zwischen dem Pressechef der SPD-Bundestagsfraktion Barsig und dem Chef der CSR-Militär-Mission in Westberlin Novak

EI 1959/0357 SIRA: - , Signatur: -

Bericht Brentanos über die Genfer Konferenz vor dem außenpolitischen Ausschuss des Bonner Bundestages

EI 1959/0376 SIRA: - , Signatur: -

CDU-Abgeordneter Kliesing über angebl. und spekulative Pläne der Westmächte im Falle des Scheiterns der Genfer Konferenz

EI 1959/0421 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 186

Einzelheiten über die Fraktionssitzungen der SPD am 02.-09.06.1959 zum Fall Mommer

EI 1959/0435 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 186

Informationsreise von SPD-Bundestagsabgeordneten nach Rumänien und Bulgarien

EI 1959/0608a SIRA: - , Signatur: -

Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordn. Kühn zu den Ausschlüssen im Raum Aachen und zur Kontaktfrage

EI 1959/0725 SIRA: - , Signatur: -

Haltung des SPD-Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch zur Osteuropa-Politik des Parteivorstandes

EI 1959/0737 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 188

Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 08.10.1959 und die Haltung der CDU und SPD zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den sozialistischen Ländern

EI 1959/0767 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 188

Vorbereitung der Westberliner SPD auf die außen- und pol. Bundestagsdebatte und andere politische Fragen

EI 1959/0794 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 188

Äußerungen des Westberliner SPD-Bundestagsabgeord. Mattick zur Wiedervereinigung und zur Flaggenprovokation des Senats

EI 1959/0795 SIRA: - , Signatur: -

Diskussionen auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 22. Okt. 1959 zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten

EI 1959/0840 SIRA: - , Signatur: -

Fraktionstätigkeit der Brandt-Leute in der SPD

EI 1959/0849 SIRA: - , Signatur: -

Diskussionen in der SPD-Bundestagsfraktion nach dem Abbruch der außenpolitischen Debatte

EI 1959/0861 SIRA: - , Signatur: -

Haltung der SPD-Fraktion zur Wehrpolitik

EI 1959/0884 SIRA: - , Signatur: -

Sitzung des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 04.12.1959

EI 1960/0033 SIRA: - , Signatur: -

Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 14.01.1960 und über verschiedene außenpolitischen Fragen

EI 1960/0034 SIRA: - , Signatur: -

Verhältnis der katholischen Kirche zur SPD in der Vorbereitung der Bundestagswahlen im Jahre 1961

EI 1960/0044 SIRA: - , Signatur: -

Expertise des SPD-Bundestags-Abgeordneten Helmut Schmidt zur wirtschaftspolitischen Konzeption der SPD im Deutschlandplan

EI 1960/0060 SIRA: - , Signatur: -

Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zu den neofaschistischen Provokationen in Westdeutschland

EI 1960/0074 SIRA: - , Signatur: -

Haltung der Bundestagsfraktion der SPD zum Notstandsgesetz

EI 1960/0091 SIRA: - , Signatur: -

Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 21.01.1960 über Fragen des Haushalts des Bonner AA unter besonderer Berücksichtigung der sog. Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit im Ausland

EI 1960/0109 SIRA: - , Signatur: -

Bericht des CDU-Bundestagsabgeordn. Heye über zivile Notstandsmaßnahmen, gegeben im Namen des Verteidigungsausschusses der Versammlung der WEU auf der Tagung der Versammlung der WEU vom 30.11.-3.12.1959 (Dokument 1 4 5)

EI 1960/0181 SIRA: - , Signatur: -

Ausführungen des SPD-Rechtsexperten Dr. Arndt zur Zwei-Staatentheorie vor der Bundestagsfraktion

EI 1960/0184 SIRA: - , Signatur: -

Reiseabsichten des CDU-Abgeordneten Bucerius durch die DDR

EI 1960/0203 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 273

Ausführungen Brentanos auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 10.03.1960

EI 1960/0296 SIRA: - , Signatur: -
Erklärungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Barzel zur Herausgabe des "Rotbuches" durch das Komitee "Rettet die Freiheit"

EI 1960/0317 SIRA: - , Signatur: -
Auseinandersetzungen in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1960/0411 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 25.05.1960 und über eine vorangegangene Besprechung der SPD-Mitglieder dieses Ausschusses

EI 1960/0413 SIRA: - , Signatur: -
Haltung des Partei- und Fraktionsvorstandes der SPD zum Abbruch der Pariser Besprechungen

EI 1960/0502 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der SPD-Führung zur bevorstehenden außenpolitischen Bundestagsdebatte und über die Reaktion in Funktionärskreisen der SPD auf eine "gemeinsame Außenpolitik"

EI 1960/0514 SIRA: - , Signatur: -
Ausführungen Brentanos auf der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 23.06.1960

EI 1960/0523 SIRA: - , Signatur: -
Völlige Kapitulation des Partei- und Fraktionsvorstandes der SPD vor der CDU in ihrer Sitzung am 01.07.1960 zur außenpolitischen Debatte

EI 1960/0533 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der außenpolitischen Bundestagsdebatte vom 30.06.1960 durch die Westberliner SPD-Führung

EI 1960/0570 SIRA: - , Signatur: -
Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme durch den SPD-Parteivorstand und die Moskaureise eines SPD-Bundestagsabgeordneten

EI 1960/0592 SIRA: - , Signatur: -
Reaktion in Funktionärskreisen der SPD auf den Verrat der Kriegs-Fraktion

EI 1960/0593 SIRA: - , Signatur: -
Vorbereitungen der Westberliner SPD auf die Bundestagswahlen

EI 1960/0693 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 189
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages

EI 1960/0694 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 189
Sitzung des Bundestagsausschusses für "Gesamtdeutsche Fragen " am 06.10.1960

EI 1960/0706 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 189
Haltung des Bundestagsabgeordneten Dr. Thomas Dehler zu verschiedenen politischen Problemen

EI 1960/0739 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages am 20.10.1960

EI 1960/0794 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordn. Dr. Heinemann zur Kündigung des Abkommens über den innerdt. Handel und zur Politik der DDR gegenüber progressiven Kräften in Westdeutschland

EI 1960/0814 SIRA: - , Signatur: -
Gründe des Austritts des ehemaligen FDP-Bundestagsabgeordneten Schwann aus der FDP

EI 1960/0838 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen des CDU/CSU Bundestagsabgeordneten Krone zu aktuellen politischen Fragen

EI 1961/0001 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 190
Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes durch die SPD-Führung

EI 1961/0040 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 190
Weitere Vorbereitungen der SPD auf den Bundestagswahlkampf

EI 1961/0053 SIRA: SE[A]6905005, Signatur: BStU, MfS, HVA 190
Neue Richtlinien der Bonner Regierung zur Behandlung von Verschlussachen für die Mitglieder des Deutschen Bundestags

EI 1961/0059 SIRA: - , Signatur: -
Vorgänge in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1961/0103 SIRA: - , Signatur: -
Weitere Vorbereitung der SPD auf den Bundestagswahlkampf

EI 1961/0127 SIRA: - , Signatur: -
Standpunkt des FDP-Bundestagsabgeordn. Dehler zu aktuellen politischen Fragen

EI 1961/0135 SIRA: SE[A]6904077, Signatur: -
Zur Lage in der SPD Führung im Zusammenhang mit der bevorstehenden Bundestagswahl 1961

EI 1961/0164 SIRA: - , Signatur: -
Briefwechsel des SPD-Bundestagsabgeordneten Heinemann und des Oberkirchenrates Kloppenburg mit Ollenhauer über die Ostermärsche und die atomare Aufrüstung

EI 1961/0178 SIRA: - , Signatur: -
Meinung eines führenden SPD-Funktionärs zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in NRW und Niedersachsen und zu den Aussichten der SPD bei den Bundestagswahlen

EI 1961/0194 SIRA: - , Signatur: -
Standpunkte des FDP-Bundestagsabgeordneten Rademacher zu verschiedenen politischen Problemen

EI 1961/0230 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 192
Stand der Vorbereitungen auf den Bundestagswahlkampf der SPD

EI 1961/0260 SIRA: - , Signatur: -
Einige Vorgänge in der CDU/CSU im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf

EI 1961/0293 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 192
Vorstellungen der CDU für den Bundestagswahlkampf

EI 1961/0299 SIRA: - , Signatur: -
Gewisse Vorstellungen von Strauß im Hinblick auf die Bundestagswahl

EI 1961/0301 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des SPD-Präsidiums am 05.06.1961 und der SPD-Bundestagsfraktion am 06.06.1961 in Westberlin

EI 1961/0308 SIRA: - , Signatur: -
Entwurf eines Berichtes des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten über die Gestaltung der Beziehungen der Bundesrepublik zu den sozialistischen Ländern

EI 1961/0319 SIRA: - , Signatur: -
Besprechung zwischen Vertretern des Parteipräsidiums, des Parteivorstandes, Mitgliedern der Bundestagsfraktion der SPD und des Geschäftsführenden Hauptvorstandes und Hauptvorstandes der IG Metall am 07.06.1961

EI 1961/0322 SIRA: - , Signatur: -
Bericht des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages zur Lage der in den sozialistischen Ländern verbliebenen deutschen Bevölkerung

EI 1961/0340 SIRA: - , Signatur: -
Weitere Maßnahmen der SPD im Bundestagswahlkampf

EI 1961/0401 SIRA: - , Signatur: -
Weitere Einzelheiten des Bundestagswahlkampfes der SPD

EI 1961/0455 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Außenpolitischen und Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages am 16.08.1961

EI 1961/0526 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen führender SPD- und Gewerkschaftsfunkt. zu den Chancen der SPD bei der Bundestagswahl

EI 1961/0539 SIRA: - , Signatur: -
Situation der FDP im Bundestagswahlkampf

EI 1961/0577 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Gemeinsame Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstandes der SPD am 19.09.1961

EI 1961/0609 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Fraktionssitzung der SPD am 28.09.1961 in Bonn

EI 1961/0636 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Meinungen führender SPD-Funktionäre zur Frage der Bildung einer Koalition und zur Situation in der SPD nach der Bundestagswahl

EI 1961/0637 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Rede des SPD-Bezirkvorsitzenden von Hessen-Süd, Birkelbach, auf der Delegiertenkonferenz des Bezirks, Ende Sept. 1961 und über Äußerungen anderer führender Funktionäre der SPD nach der Bundestagswahl

EI 1961/0654 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 17.10.1961

EI 1961/0657 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Parteivorstandes der SPD und des Vorstandes der Bundestagsfraktion am 16.10.1961

EI 1961/0674 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Einschätzung der politischen Lage durch die SPD-Bundestagsfraktion

EI 1961/0700 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Vorbereitungen der SPD-Bundestagsfraktion auf die bevorstehende Tätigkeit der SPD im Bundestag

EI 1961/0702 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Auseinandersetzungen zwischen der CDU und der SPD über das Abstimmungsrecht Westberliner Bundestagsabgeordneter

EI 1961/0705 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 193
Meinungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zum XXII. PT [Parteitag] sowie zur Lage in der Fraktion und in der Partei

EI 1961/0734 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Arbeitskreises für Außenpolitik, gesamtdeutsche und Berliner Fragen der SPD-Bundestagsfraktion am 14.11.1961

EI 1961/0746 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 194
Meinungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zur Lage in der Fraktion und zur künftigen Politik der SPD im Bundestag

EI 1961/0775 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 194
Meinungen in der SPD-Bundestagsfraktion zur Regierungserklärung und zur Stellungnahme der SPD im Bundestag

EI 1961/0804 SIRA: - , Signatur: -
Einige Vorgänge in der SPD-Bundestagsfraktion und andere Fragen

EI 1962/0018 SIRA: - , Signatur: -
Tätigkeit der SPD-Bundestagsfraktion vom 09.-11.01.1962 in Westberlin und über Meinungen führender SPD-Funktionäre zu Westberlinproblem

EI 1962/0024 SIRA: - , Signatur: -
Tagung des Bundestagsausschusses für "gesamtdeutsche und Berliner Fragen" am 10./11.01.1962 in Westberlin

EI 1962/0032 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 19.01.1962 und der SPD-Bundestagsfraktion am 16.01.1962

EI 1962/0039 SIRA: - , Signatur: -
Weitere Einzelheiten zur Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 16.01.1962

EI 1962/0066 SIRA: - , Signatur: -
Einige Vorgänge in der Westberliner SPD, besonders im Zusammenhang mit dem Gespräch des Westberliner SPD-Bundestagsabgeordneten Neubauer mit dem Genossen Danelius

EI 1962/0072 SIRA: - , Signatur: -
Einige Vorgänge in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1962/0097 SIRA: - , Signatur: -
Haltung des CDU-Bundestagsabgeordneten Majonica zu einigen aktuell-politische Fragen, insbesondere zum sowjetischen Aide Mémoire und zum Westberlin-Problem

EI 1962/0106 SIRA: - , Signatur: -
Stellungnahmen von SPD-Abgeordneten zur Verlängerung der Wehrpflicht der Bonner Bundeswehr und zu Fragen des sogen. zivilen Bevölkerungsschutzes

EI 1962/0107 SIRA: - , Signatur: -
Standpunkte des FDP-Bundestagsabgeordneten Dehler zu aktuellen politischen Fragen

EI 1962/0157 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Bundestagsausschusses für "gesamtdeutsche und Berliner Fragen " vom 01.-02.03.1962 in Westberlin

EI 1962/0160 SIRA: - , Signatur: -
Standpunkte des FDP-Bundestagsabgeordneten Dehler zu aktuellen politischen Fragen

EI 1962/0163 SIRA: - , Signatur: -
Abstimmung in der SPD-Bundestagsfraktion über die Verlängerung der Wehrdienstpflicht in Westdeutschland

EI 1962/0207 SIRA: - , Signatur: -
Tagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 26.-27.03.1962 in Westberlin

EI 1962/0213 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Bundestagsausschusses "für gesamtdeutsche und Berliner Fragen" vom 28.-29.03.1962 In Westberlin

EI 1962/0246 SIRA: - , Signatur: -
Besprechung Adenauers und Schröders mit den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion am 12.04.

EI 1962/0301 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 596
Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 10.05.1962

EI 1962/0319 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen des Bundestagsvizepräsidenten Dr. Dehler zur Deutschland- und Westberlin-Frage

EI 1962/0324 SIRA: - , Signatur: -
Fraktionssitzung der SPD am 15.05.1962

EI 1962/0383 SIRA: - , Signatur: -
Einige Vorgänge in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1962/0384 SIRA: - , Signatur: -
Eine Sitzung der FDP-Bundestagsfraktion Mitte Mai 1962 zum Thema "Deutschland- und Berlinpolitik"

EI 1962/0409 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 15.05.1962

EI 1962/0410 SIRA: - , Signatur: -
Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Schäfer zur geplanten Notstandsgesetzgebung in Westdeutschland

EI 1962/0441 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 196
Reise des Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid nach Jugoslawien

EI 1962/0474 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 196
Reise des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Brentano nach Großbritannien

EI 1962/0496 SIRA: - , Signatur: -
Brief des SPD-Bundestagsabgeordneten Kalbitzer an Erler zur Haltung der SPD zur Rüstungspolitik in Westdeutschland

EI 1962/0508 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 196
Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zur Reise Adenauers nach Frankreich

EI 1962/0512 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 196
Äußerungen des FDP-Bundestagsvizepräsidenten Dehler zum Fall Fränkel

EI 1962/0628 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 197
Ergebnisse des Besuchs des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden von Brentano in Österreich im August 1962

EI 1962/0643 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 197
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 02.10.1962

EI 1962/0644 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 197
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu Fragen der Bonner Außenpolitik, besonders zum Westberlin-Problem

EI 1962/0647 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 197
Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 01.-3.10.1962

EI 1962/0665 SIRA: - , Signatur: -
Vorgänge in der SPD-Bundestagsfraktion im Zusammenhang mit dem sogen. Berlin-Treffen der SPD und der Bundestagsdebatte in der vergangenen Woche

EI 1962/0679 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages vom 26.10. anlässlich der aggressiven Akte der USA gegen Kuba

EI 1962/0692 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zu wichtigen politischen Fragen

EI 1962/0713 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen in der SPD-Bundestagsfraktion zur "*Spiegel*"-Affäre und zum Westberlinproblem

EI 1962/0727 SIRA: - , Signatur: -
Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion am 13.-15.11.1962

EI 1962/0733 SIRA: - , Signatur: -
Haltung führender Kreise der SPD, und der Bundestagsfraktion, zur Notstandsgesetzgebung im Zusammenhang mit der "*Spiegel*-Affäre"

EI 1962/0743 SIRA: - , Signatur: -
Sondierungen des CDU-Abgeordneten Blumenfeld in der DDR

EI 1962/0787 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 27.11. (Diskussion über Notstandsgesetzgebung)

EI 1962/0805 SIRA: - , Signatur: -
Vorgänge in der SPD-Bundestagsfraktion nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU

EI 1962/0816 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der Regierungsbildung in Bonn durch den Bundestagsvizepräsidenten Dehler

EI 1963/0004 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 195
Die Lage in der SPD-Bundestagsfraktion im Zusammenhang mit den Koalitionsgesprächen der SPD mit der CDU, der Notstandsgesetzgebung und der *Spiegel*-Affäre

EI 1963/0015 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 195
Die Haltung von Gewerkschaftsfunktionären zur Notstandsgesetzgebung und Angaben über die Bildung einer "linken Fraktion" in den Gewerkschaften

EI 1963/0020 SIRA: - , Signatur: -
Die Einschätzung der gegenwärtigen Deutschlandfrage durch den Bundestagspräsidenten [!] Dehler

EI 1963/0047 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 195
Vorgänge in der SPD Bundestagsfraktion

EI 1963/0069 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen aus der SPD-Bundestagsfraktion zum VI. Parteitag der SED, zum Treffen Adenauers mit de Gaulle und zur geplanten Notstandsgesetzgebung in Westdeutschland

EI 1963/0114 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 195
Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zu dem westdeutsch-französischen Vertrag

EI 1963/0126 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 195
Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Lemmer zum 7-Punkte-Vorschlag des VI. Parteitages sowie über einen britischen Kompromissvorschlag zur Westberlinfrage

EI 1963/0177 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen in der Bundestagsfraktion der SPD zum westdeutsch-französischen Vertrag

EI 1963/0222 SIRA: - , Signatur: -
Beeinflussung der Bundestagsabgeordneten in der Frage der Krankenversicherungsreform durch den Präsidenten der BDA Paulssen

EI 1963/0274 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 198
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 23.04.1963

EI 1963/0278 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 198
Meinungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zur 2. Tagung des ZK der SED, zur geplanten Reise Kennedys nach Westberlin, zum Metallarbeiterstreik und zu einigen anderen Fragen

EI 1963/0292 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 198
Auffassungen des Bundestagsvizepräsidenten Dehler zu einigen aktuell-politischen Fragen

EI 1963/0315 SIRA: - , Signatur: -
Haltung führender Kreise der SPD-Bundestagsfraktion zu wichtigen außenpolitischen Fragen

EI 1963/0316 SIRA: - , Signatur: -
Haltung führender Kreise der SPD-Bundestagsfraktion zu wichtigen innenpolitischen Fragen

EI 1963/0349 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 198
Tagung des Bundestagsausschusses "für gesamtdeutsche und Berliner Fragen" am 23. /24. Mai 63 in Westberlin

EI 1963/0391 SIRA: - , Signatur: -
Ausführungen Erlers vor der Bundestagsfraktion der SPD am 11.06. zu wichtigen außen- und innenpolitischen Fragen

EI 1963/0400 SIRA: - , Signatur: -
Kontakte des DGB zur Bundeswehr und zur Bundestagsfraktion der CDU/CSU

EI 1963/0408 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 19.06.1963

EI 1963/0447 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zu verschiedenen Problemen

EI 1963/0504 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 200
Untersuchung des "Deutschen Industrieinstituts" über zu erwartende sozial-politische Kämpfe in Vorbereitung der Bundestagswahlen 1965

EI 1963/0508 SIRA: - , Signatur: -
Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Merten über die "Landesverteidigung" und die Haltung der SPD zur Bundeswehr

EI 1963/0657 SIRA: - , Signatur: -
Auseinandersetzungen in Kreisen der SPD-Bundestagsfraktion und in führenden Funktionärskreisen über die Wirtschaftskonferenz der SPD Anfang Oktober 1963 in Essen

EI 1963/0663 SIRA: - , Signatur: -
Beratung des Entwurfs eines Notstandsgesetzes im Rechtsausschuss des Bonner Bundestages

EI 1963/0687 SIRA: - , Signatur: -
Haltung führender SPD-Funktionärskreise zu den Angriffen der CDU/CSU auf die Bundestagsabgeordneten Hans Merten und Wilhelm Berkhan

EI 1963/0694 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen in Kreisen der SPD-Bundestagsfraktion zu innenpolitischen Fragen Westdeutschlands

EI 1963/0718 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen führender FDP-Funktionäre zu außenpolitischen Fragen und zu einigen Problemen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Bundestagswahl 1965

EI 1963/0750 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen führender SPD-Funkt. zum Brief des SPD-Bundestagsabgeordneten Lohmar an Brandt (zur Frage der Kanzlerdiktatur [!])

EI 1964/0050 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 201
Stellungnahme des Bundestagsausschusses "für gesamtdeutsche und Berliner Fragen" zum Berliner Abkommen

EI 1964/0188 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 858
Geplante Südostasienreise des SPD Bundestagsabgeordneten Maier

EI 1964/0248 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 202
Geplante Maßnahmen der Bundestagsfraktion der SPD vor der Bundestagswahl 1965 und über die Haltung zur Notstandsgesetzgebung

EI 1964/0255 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 202
Ausführungen des Wehrbeauftragten des Bundestages, Heye, vor der SPD-Fraktion des Bundestages zur Lage in der Bundeswehr

EI 1964/0295 SIRA: - , Signatur: -
Vorstellungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Jaksch über einen sogen. Stufenplan für Osteuropa

EI 1964/0305 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 205
Meinungen führender SPD-Funktionäre zur Deutschlandpolitik der SPD und zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1965

EI 1964/0312 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 858
Südostasienreise des SPD-Bundestagsabgeordneten Maier [korrekt: Ernst Wilhelm Meyer]

EI 1964/0346 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 205
Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zum Haushaltsplan der Bundesregierung und zur Parteienfinanzierung

EI 1964/0385 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zu Fragen der Bonner Außen- und Innenpolitik

EI 1964/0489 SIRA: SE[A]7001469, Signatur: BStU, MfS, HVA 206
Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Jaksch zur Politik des Bundes der Vertriebenen

EI 1964/0490 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 206
Äußerungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zu verschiedenen Fragen

EI 1964/0586 SIRA: - , Signatur: -
Reise des SPD-Bundestagsabgeordneten Prof. Meyer nach Südostasien vom 28.02.-20.03.1964

EI 1964/0689 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 204
Äußerungen des FDP-Bundestagsabgeordneten Dürr zur politischen Position des CDU/CSU Bundestagsfraktionsführer Rasner

EI 1964/0713 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 204
Äußerungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zur Opposition in der SPD

EI 1964/0740 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 204
Vorschlag zu einem Kontaktgespräch zwischen FDP-Bundestagsabgeordneten und DDR-Wirtschaftsfunktionären

EI 1964/0776 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 204
Äußerungen des FDP-Bundestagsabgeordneten Moersch zu aktuell-politischen Fragen

EI 1964/0906 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 203
Rede Schröders vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

EI 1964/0936 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 203
Vorbereitung der Stellungnahme Erlers zur Rede des Bundeskanzlers Erhards in der Bundestagsdebatte

EI 1964/0989 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 207
Äußerungen führender Funktionäre der westdeutschen Parteien und der Gewerkschaften zum Wahlsieg der Labour-Party in England im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1965 in Westdeutschland

EI 1964/0996 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 207
Derzeitiger Stand der Beratungen über die Notstandsgesetzentwürfe der Bundesregierung im Rechtsausschuss des Bundestages

EI 1964/1002 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 207
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 03.11.

EI 1964/1029 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 207
Gespräche zwischen Vertretern der evangelischen Kirche und Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion über sozialpolitische Fragen

EI 1964/1046 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 207
Vortrag von Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Meyer, ehemaligen Botschafter der Bundesrepublik in Indien, Mitglied der Bundestagsfraktion der SPD und Berichterstatter für Südostasien im AA, zur "Ostpolitik"

EI 1964/1136 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 983
Äußerungen führender CDU-Kreise zu Fragen der innerparteilichen Lage und des Bundestagswahlkampfes

EI 1965/0049 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 209
Äußerungen führender SPD-Funktionäre zu außen- und innenpolitischen Fragen in den Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion am 12.01.-19.01.1965

EI 1965/0050 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 209
Vorbereitungen der SPD-Führung auf den Bundestagswahlkampf 1965

EI 1965/0053 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen von Bundestagsabgeordneten zu den Bonner Atom-Minenplänen

EI 1965/0054 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen führender FDP-Politiker zur Deutschlandfrage und zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1965

EI 1965/0062 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 209
Vorstellungen der SPD-Führung zur Sozialpolitik im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf 1965

EI 1965/0076 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 209
Tagung des Bundestagsausschusses für "gesamtdutsche und Berliner Fragen"

EI 1965/0079 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 209
Äußerungen Westberliner SPD-Funktionäre zu den Wahlchancen der SPD bei der Bundestagswahl 1965

EI 1965/0096 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 999
Äußerungen führender CDU-Kreise zu den außenpolitischen Ergebnissen der sogen. Arbeitswoche des Bundestages in Westberlin

EI 1965/0121 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 209
Sitzung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU Anfang Dezember 1964

EI 1965/0129 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 209
Meinungen von SPD-Funktionären zum Bundestagswahlkampf 1965

EI 1965/0211 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 210
Vorbereitungen der SPD auf den Bundestagswahlkampf

EI 1965/0230 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 210
Haltung führender Politiker der FDP zur Deutschlandfrage, zum Bundestagswahlkampf und zum bevorstehenden Parteitag der FDP

EI 1965/0234 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 210
CDU-Bundestagsabgeord. Dr. jur Birrenbach

EI 1965/0242 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 210
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 09.03.1965

EI 1965/0253 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 210
Meinung des FDP-Bundestagsabgeordn. Borm zum Handel zwischen beiden dt. Staaten und zu seinem Besuch in Lpz.

EI 1965/0265 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 210
Ausführungen des SPD-Vorsitzenden Brandt zum bevorstehenden Bundestagswahlkampf

EI 1965/0267 SIRA: - , Signatur: -
Für den 07.04.1965 vorgesehene Bundestagssitzung in Westberlin

EI 1965/0269 SIRA: - , Signatur: -
Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordn. Pöhler zu Fragen der Militärstrategie

EI 1965/0295 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen des amerikanischen Gesandten in Bonn, Hillenbrand, zur Sitzung des Bundestages am 07.04.1965 in Westberlin

EI 1965/0298 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 211
Ergebnis der Reise des SPD-Bundestagsabgeordneten Wischnewski nach Algerien

EI 1965/0299 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen Brandts zur Sitzung des Bundestages am 07.04.1965 in Westberlin

EI 1965/0302 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zur Verjährung von Naziverbrechen in der Bundesrepublik

EI 1965/0310 SIRA: - , Signatur: -
Haltung führender westdeutscher und Westberliner Kreise zur Bundestagssitzung in Westberlin

EI 1965/0318 SIRA: - , Signatur: -
Reaktion Westberliner Kreise um Brandt auf die Maßnahmen der Regierung der DDR im Zusammenhang mit der geplanten Bundestagssitzung in Westberlin

EI 1965/0319 SIRA: - , Signatur: -
Geplante Kabinetts- und Bundestagssitzung in Westberlin

EI 1965/0321 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 211
Haltung von SPD-Funktionären zur Ost-Politik, zur Deutschlandfrage und zu den Vorbereitungen der SPD auf den Bundestagswahlkampf

EI 1965/0326 SIRA: - , Signatur: -
Reaktion im Zusammenhang mit der stattgefundenen Kabinetts- und Bundestagssitzung in Westberlin

EI 1965/0329 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen von FDP- und CDU-Politikern zur Bundestagssitzung

EI 1965/0349 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 211
Westliche Reaktion im Zusammenhang mit der stattgefundenen Bundestagssitzung in Westberlin

EI 1965/0356 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 211
Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Jaksch zu Fragen der Ostpolitik

EI 1965/0370 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der Bundestagssitzung in Westberlin durch westliche Kreise

EI 1965/0395 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 211
Weitere Reaktion auf die Bundestagssitzg. in Westberlin

EI 1965/0408 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 211
Vorbereitungen der SPD auf den Bundestagswahlkampf

EI 1965/0418 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 211
Kontakte französischer gaullistischer Abgeordneter mit SPD-Abgeordneten

EI 1965/0458 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 212
Bericht Erlers vor der SPD-Bundestagsfraktion zu seiner Spanien- und Amerika-Reise

EI 1965/0463 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 212
Vorbereitungen der SPD auf den Bundestagswahlkampf

EI 1965/0490 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 212
Vorbereitungen der SPD auf den Bundestagswahlkampf

EI 1965/0500 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 212
Einbeziehung der Sozialausschüsse der CDU/CSU in den Bundestagswahlkampf

EI 1965/0534 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 1068
Äußerungen führender CDU-Kreise zu innenpolitischen und innerparteilichen Fragen im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlen

EI 1965/0570 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 212
Meinungen in SPD-Kreisen zu den Chancen der SPD bei der Bundestagswahl 1965

EI 1965/0576 SIRA: - , Signatur: -
Haltung von SPD-Bundestagsabgeordn. zur Notstandsgesetzgebung

EI 1965/0638 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen von SPD-Funktionären zu den Aussichten der SPD bei der Bundestagswahl 1965

EI 1965/0666 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen führender SPD-Funktionäre zum Bundestagswahlkampf 1965 und zur Koalitionsfrage

EI 1965/0679 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen eines Bundestagsabgeordn. der CDU/CSU zu geplanten Maßnahmen gegen die DDR

EI 1965/0690 SIRA: - , Signatur: -
Auseinandersetzung in der SPD-Bundestagsfraktion über die Notstandsgesetze

EI 1965/0698 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen führender SPD-Funktionäre zur Deutschland- und Westberlinfrage sowie zur Bundestagswahl

EI 1965/0775 SIRA: - , Signatur: -
Auskunft über einige außenpolitischen Probleme Westdeutschlands vor den Bundestagswahlen 1965

EI 1965/0791 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen von SPD-Funktionären zum Bundestagswahlkampf

EI 1965/0845 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 213
Äußerungen Westberliner SPD-Funktionäre zum Ergebnis der Bundestagswahl 1965

EI 1965/0858 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 213
Erste Reaktionen in führenden CDU- und FDP-Kreisen auf das Ergebnis der Bundestagswahl

EI 1965/0862 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 213
Äußerungen führender SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre zum Ergebnis Bundestagswahl

EI 1965/0865 SIRA: - , Signatur: -
Reaktion der FDP-Führung auf das Ergebnis der Bundestagswahl

EI 1965/0869 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 213
Äußerungen führender SPD-Funktionäre zum Ergebnis der Bundestagswahl 1965

EI 1965/0894 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen führender SPD-Funktionäre zum Ergebnis der Bundestagswahl 1965

EI 1965/0897 SIRA: - , Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 1113
Außenpolitische Konzeption der CDU/CSU nach den Bundestagswahlen

EI 1965/0944 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 213
Meinungen führender SPD-Funktionäre zum Ergebnis der Bundestagswahl

EI 1965/0964 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen von SPD-Funktionären zur Lage nach Bundestagswahl

EI 1965/0983 SIRA: - , Signatur: -
Lage in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1965/0999 SIRA: - , Signatur: -
Meinungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zur Denkschrift der evangelischen Kirche in Deutschland

EI 1965/1003 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 214
Haltung führender DGB- und Gewerkschaftsfunktionäre zum Ausgang der Bundestagswahl und zur SPD

EI 1965/1005 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 214
Lage in der SPD-Bundestagsfraktion und in der Westberliner SPD nach Bundestagswahl

EI 1965/1054 SIRA: - , Signatur: -
Einige Vorgänge in der SPD nach den Bundestagswahlen 1965

EI 1965/1065 SIRA: SE[A]6904078, Signatur: -
Äußerungen in Funktionärs und Mitgliederkreisen der SPD über die Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 und die Regierungsbildung

EI 1965/1092 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 214
Lage in der SPD nach der Bundestagswahl 1965

EI 1965/1128 SIRA: - , Signatur: -
Reaktion in führenden FDP-Kreisen auf die Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung Erhards

EI 1965/1143 SIRA: - , Signatur: -
Auseinandersetzungen in der SPD-Bundestagsfraktion nach der Bundestagsdebatte über die Kanzler-Erklärung Erhards

EI 1966/0088 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen führender SPD-Funktionäre zur Deutschland- und Westberlin-Frage und zur Lage in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1966/0105 SIRA: - , Signatur: -
Analyse der Ergebnisse der Bundestagswahl 1965 durch führende Kreise der evangelischen Kirche

EI 1966/0107 SIRA: SE[A]6902964, Signatur: -
Tagung des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen vom 20.-27.01.1966

EI 1966/0165 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der FDP-Bundestagsabgeordneten Dorn und Opitz zu Fragen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

EI 1966/0175 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der FDP-Bundestagsabgeordneten Dorn und Opitz zu Fragen des Handels zwischen beiden deutschen Staaten

EI 1966/0178 SIRA: - , Signatur: -
Aufenthalt der FDP-Bundestagsabgeordneten Dorn und Opitz am 07.–8.03.1966 in Leipzig

EI 1966/0267 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 216
Diskussionen in der SPD-Bundestagsfraktion zur Krise im westdeutschen Steinkohlebergbau

EI 1966/0278 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 217
Wesentliche Schlussfolgerungen der FDP aus der Bundestagswahl 1965

EI 1966/0330 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 217 (nur Deckblatt)
Auskunft zur Außenpolitik Westdeutschlands seit den Bundestagswahlen (Oktober 1965–April 1966)

EI 1966/0360 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 217
Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Franz Seume zu Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der SU und der DDR sowie zum innerdt. Handel

EI 1966/0386 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der SPD-Bundestagsfraktion zur Denkschrift der evangelischen Kirche "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östl. Nachbarn"

EI 1966/0407 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der Bundestagsfraktion der SPD zu einigen von den Rechtsexperten und Bonner Parteien ausgearb. Gesetzentwurf "Über die Befreiung von der deutschen Gerichtsbarkeit und z. Frage des freien Geleits"

EI 1966/0466 SIRA: - , Signatur: -
Gegenw. Stand der Beratungen der Bundestagsfrakt. mit Lücke über Fragen Schaffung einer Notstandsverfassung

EI 1966/0578 SIRA: - , Signatur: -
Interne Unterlagen des Verteidigungsministers von Hassel für die Fragestunde im Bundestag (Probleme des Devisenausgleichs USA und Großbrit.)

EI 1966/0615 SIRA: - , Signatur: -
Arbeitsunterlagen Hassels zur "Sicherheitspolitik und Bundeswehr in der 2. Legislaturperiode" des westdeutschen Bundestages (Kurzfassung dazu)

EI 1966/0620 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 218
Einschätzung des Zentralorgans "ND" durch verschiedene CDU-Funktionäre im Wirtschaftsausschuss des Bundestages

EI 1966/0666 SIRA: - , Signatur: -
Im August 66 stattgefunden Reise des SPD-Bundestagsabgeordn. Schmidt in die SU, CSSR und Polen

EI 1966/0729 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Bundestagsausschusses für "gesamtdeutsche und Berliner Fragen" vom 22.09.1966

EI 1966/0799 SIRA: SE[A]6902893, Signatur: -
Sitzung des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen vom 17.–21.10.1966 in Westberlin

EI 1966/0802 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 220
Neue Kontaktversuche des CDU-Abgeordneten Blumenfeld

EI 1966/0839 SIRA: - , Signatur: -
Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion am 27.-28.10.1966

EI 1966/0861 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 220
Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Seume zu Fragen des Handels zwischen beiden deutschen Staaten

EI 1966/0872 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 220
Ausführungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Wienand zu Fragen der sogen. nuklearen Gemeinschaftslösung der NATO

EI 1966/0914 SIRA: - , Signatur: -
Situation in der SPD-Bundestagsfraktion im Zusammenhang mit der Regierungsbildung

EI 1966/0915 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 220
Fraktionssitzung der SPD am 23.11.1966

EI 1966/0926 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 220
Fraktionssitzung der SPD am 26.11.

EI 1966/0933 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 220
Fraktionssitzung der SPD am 30.11.

EI 1967/0024 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 221
Beabsichtigte Sondierungen des Bundestagsabgeordneten Blumenfeld in der DDR

EI 1967/0072 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 221
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 17.01.

EI 1967/0099 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 221
Sitzung der SP-Bundestagsfraktion am 24.01.1967

EI 1967/0129 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 221
Einschätzung führender SPD-Funktionäre der Lage in der Partei, insbesondere der Fraktion

EI 1967/0136 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 222
Beabsichtigtes Gespräch des CDU-Bundestagsabgeordneten Blumenfeld mit Vertretern der Regierung der DDR

EI 1967/0228 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 222
Sitzung des Bundestagsausschusses für "Gesamtdeutsche und Berliner Fragen" am 08.-09.03.1967 in Westberlin

EI 1967/0348 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Fraktion des Bundestages vom 11.04.1967

EI 1967/0366 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der Lage und einiger Vorgänge in der SPD-Fraktion des Bundestages

EI 1967/0401 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 26. April 1967

EI 1967/0437 SIRA: - , Signatur: -
Weitere Einzelheiten des Verlaufs der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 26.04.

EI 1967/0537 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1967/0540 SIRA: SE[A]6902896, Signatur: -
Sitzung des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsch und Berliner Fragen am 21.-22.06.1967 in Westberlin

EI 1967/0559 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Fraktion des Bundestages am 20.06. in Westberlin

EI 1967/0574 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 27. Juni 1967

EI 1967/0601 SIRA: - , Signatur: -
Einige Probleme der Haltung der SPD-Fraktion des Bundestages zur Notstandsgesetzgebung

EI 1967/0615 SIRA: - , Signatur: -
Außerordentliche Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 07.07.1967

EI 1967/0622 SIRA: - , Signatur: -
Sitzungen des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion am 06.06.1967 und 13.06.1967 zur Notstandsgesetzgebung

EI 1967/0659 SIRA: - , Signatur: -
Notstandsgesetzgebung – Änderungsanträge zur Bundestagsdrucksache U/1879-Gescheidle [!], Kafka [!], Lenders, Matthöfer u. a.

EI 1967/0811 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 05.09.1967

EI 1967/0919 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 229
Geplante Sitzungen der Bundestagsfraktion und Bundestagsausschüsse in Westberlin (17.-20.10.1967) und über Aufenthalt Kiesingers in Westberlin

EI 1967/0927 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 03.10.1967

EI 1967/0933 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 229
Auseinandersetzungen um die Annahme eines Gesetzes zu "Erleichterung des innerdeutschen Vertriebs von Druckerzeugnissen" im Bonner Bundestag

EI 1967/0976 SIRA: - , Signatur: -
Aufenthalt des CDU-Bundestagsabgeordneten Majonica vom 15.-24.09. in Moskau

EI 1967/1073 SIRA: - , Signatur: -
Schreiben des Geschäftsführers der FDP-Bundestagsfraktion, Genscher, an Landesbischof Mitzenheim zum Briefwechsel zwischen Kiesinger und Stoph

EI 1967/1106 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 231
Rede Kiesingers vor der SPD-Bundestagsfraktion am 12.12.1967

EI 1967/1109 SIRA: - , Signatur: -
Aussprache von Mitgliedern der Arbeitskreise für Innenpolitik und Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion zur Notstandsgesetzgebung

EI 1968/0035 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der Gewerkschaftspresse durch die SPD-Bundestagsfraktion

EI 1968/0097 SIRA: - , Signatur: -
Beratung der Notstandsgesetze in der Klausurtagung der SPD-Fraktion am 15.-16.01.1968

EI 1968/0215 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der erwarteten Reaktion der DDR auf die Sitzungswoche des Bundestages in Westberlin durch die Bundesregierung

EI 1968/0219 SIRA: SE[A]6902794, Signatur: -
Besuch Südvietnams durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Blumenfeld

EI 1968/0279 SIRA: - , Signatur: -
Tagung des Außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1968/0287 SIRA: SE[A]6902897, Signatur: -
Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsch und Berliner Fragen des Bonner Bundestages am 04.03.-07.03.1968 in Westberlin

EI 1968/0290 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 05.03.1968 in Westberlin

EI 1968/0498 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 129
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 29.04.

EI 1968/0504 SIRA: SE[A]6902211, Signatur: BStU, MfS, HVA 129
Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel vor dem Beirat der IG Chemie-Papier-Keramik

EI 1968/0536 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 130
Haltung der sozialistischen Fraktionen des Europäischen Parlaments zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

EI 1968/0563 SIRA: - , Signatur: -
Die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion zur Notstandsgesetzgebung

EI 1968/0603 SIRA: - , Signatur: -
Beratung der Notstandsgesetze in der SPD-Bundestagsfraktion vor der 2. und der 3. Lesung

EI 1968/0652 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 131
Westdeutsche und Westberliner Reaktion auf die Maßnahmen der DDR, die sich aus der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch den westdeutschen Bundestag ergeben

EI 1968/0695 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 131
Ergebnisse der Indonesienreise der westdeutschen Bundestagsdelegation

EI 1968/0743 SIRA: SE[A]6905354, Signatur: BStU, MfS, HVA 132
Die Haltung des Rechtsausschusses des Bundestages zu einem Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten

EI 1968/0759 SIRA: - , Signatur: -
Vorlage des Rüstungsplanes des Bundesministeriums der Verteidigung im Verteidigungsausschuss des Bundestages

EI 1968/0813 SIRA: - , Signatur: -
Besprechung des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Bundestagsfraktion Ende Juni 1968

EI 1968/0975 SIRA: SE[A]6904385, Signatur: BStU, MfS, HVA 134
Bericht des Vorstandsmitglieds der CDU/CSU Fraktion Prof. Stein

EI 1968/1014 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung der Ereignisse in der CSSR in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 27.08.

EI 1968/1080 SIRA: - , Signatur: -
Haltung des SPD-Parteivorstandes zur Bildung von Wahlbündnissen oppositioneller Kräfte zur Bundestagswahl 1969

EI 1968/1094 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 23./24.09.1968

EI 1968/1095 SIRA: - , Signatur: -
USA-Reise des CDU-Bundestagsabgeordneten Birrenbach

EI 1968/1105 SIRA: - , Signatur: -
Stellung westdeutscher Bundestagsabgeordneter zur Haltung Finnlands gegenüber der DDR und zum "Deutschlandkommuniqué" der Sozialdemokratischen Partei Finnlands vom 04.04.1968

EI 1968/1115 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 136
Sitzung des Bundestagsausschusses für "Gesamtdeutsche und Berliner Fragen" am 01.10.1968 in Westberlin

EI 1968/1121 SIRA: - , Signatur: -
Interne Analyse des CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Stein zu den Auswirkungen der großen Koalition auf die wirtschaftspolitische Aktivität des Bundestages

EI 1968/1134 SIRA: SE[A]6903405, Signatur: -
Einige Angaben zur Einschätzung der militärpolitischen Situation durch den Verteidigungsausschuss des Bundestages

EI 1968/1153 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 136
Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Birrenbach über die Ergebnisse seiner USA - Reise

EI 1968/1199 SIRA: - , Signatur: -
Bericht des FDP-Bundestagsabg. Dr. Menne vor dem Bundesvorstand der FDP am 14.10.

EI 1968/1273 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 137
Vorbereitungen der SPD zur Bundestagswahl

EI 1968/1328 SIRA: - , Signatur: -
Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wehner, über die Aufgaben der SPD in der großen Koalition bis zur Bundestagswahl 1969

EI 1968/1377 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 139
Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1969 durch die SPD

EI 1968/1382 SIRA: - , Signatur: -
Haltung des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion zum Stand der Ermittlungen von Verbrechen aus der Zeit des Faschismus

EI 1968/1386 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen des westdeutschen Außenministers Brandt vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

EI 1969/0039 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 140
Informationsreise des CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx nach Jugoslawien

EI 1969/0055 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen des Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion Barzel zur Nahostkrise

EI 1969/0101 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 141
Diskussionen des FDP-Generalvertragsentwurfs zwischen der BR und der DDR in der Bundestagsfraktion der FDP und im Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen

EI 1969/0129 SIRA: - , Signatur: -
Einflussnahme der Messerschmitt-Bölkow-GmbH auf Bundestagsabgeordnete und Vertreter der militärischen Führung der Bundeswehr mit dem Ziel der forcierten Ausrüstung der Bundeswehr mit Geräten und Anlagen für die Elektronische Kampfführung

EI 1969/0263 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 143
Zwischenbericht des SPD-Bundestagsabgeordneten Hirsch zur Vorbeugungshaft

EI 1969/0434 SIRA: SE[A]7001732, Signatur: -
Die Agitation und Wahlkampfaktik der NPD zur Bundestagswahl 1969 sowie die innere Lage der NPD

EI 1969/0485 SIRA: SE[A]6900147, Signatur: BStU, MfS, HVA 146
Hinweise eines SPD-MdB zur taktischen Haltung der DDR bei den Bundestagswahlen 1969

EI 1969/0572 SIRA: SE[A]6900811, Signatur: BStU, MfS, HVA 147
Die Haltung der SPD-Führung zu Fragen der Koalitionspolitik und des Bundestagswahlkampfes

EI 1969/0669 SIRA: SE[A]6900209, Signatur: BStU, MfS, HVA 148
Ergebnisse der Reise des westdeutschen Bundestagsabgeordneten Menne zur Poznaner Messe

EI 1969/0860 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 151
Reise einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion nach Moskau vom 20.-23.08.1969

EI 1969/0865 SIRA: SE[A]6900976, Signatur: -
Einen Bericht des BMVtdg vor dem Verteidigungsausschuss des Bonner Bundestages zu den Aktionen politischer Gruppen in Westdeutschland gegen die Bundeswehr

EI 1969/0878 SIRA: SE[A]6900804, Signatur: -
Differenzen in der SPD bei der Führung des Bundestagswahlkampfes 1969

EI 1969/0985 SIRA: SE[A]6901174, Signatur: BStU, MfS, HVA 152
Äußerungen und Einschätzungen führender SPD-Funktionäre zum Bundestagswahlkampf

EI 1969/0997 SIRA: SE[A]6901425, Signatur: -
Die mögliche Koalitionspolitik der FDP-Führung nach der Bundestagswahl

EI 1969/1028 SIRA: - , Signatur: -
Tagung des Parteirates der SPD am 30.09.1969 und die Lage in der SPD-Führung nach Bekanntwerden des Ergebnisses der Bundestagswahlen

EI 1969/1034 SIRA: SE[A]6901228, Signatur: BStU, MfS, HVA 152
Die Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion am 03.10.1969

EI 1969/1047 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 153
Reaktionen in der CSU-Führung sowie in katholischen Kirchenkreisen auf das Bundestagswahlergebnis und die zu erwartende SPD/FDP-Koalition

EI 1969/1061 SIRA: SE[A]6901419, Signatur: -
Korruptionsversuche und Absichten der CDU/CSU gegenüber FDP und SPD Bundestagsabgeordneten

EI 1969/1069 SIRA: SE[A]6901364, Signatur: BStU, MfS, HVA 153
Die Reaktion in führenden Gewerkschafts und Unternehmerkreisen auf die Ergebnisse der Bundestagswahl

EI 1969/1082 SIRA: SE[A]6901426, Signatur: -
Die Haltung führender FDP- und CDU/CSU-Politiker zu einer SPD-FDP Koalition und zum Bundestagswahlergebnis, Stand 10.10.1969

EI 1969/1083 SIRA: SE[A]6901807, Signatur: BStU, MfS, HVA 153
Äußerungen führender SPD Funktionäre zum Ergebnis der Bundestagswahlen und zur Politik der neuen westdeutschen Regierung gegenüber den sozialistischen Ländern

EI 1969/1086 SIRA: SE[A]6901777, Signatur: BStU, MfS, HVA 153
Die Sitzung der SPD-Fraktion am 14.10.1969 und den Stand der Koalitionsverhandlungen zwischen der SPD und FDP vom 15.10.1969

EI 1969/1097 SIRA: SE[A]6901511, Signatur: BStU, MfS, HVA 153
Die Lage in der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten VUS nach der Bundestagswahl

EI 1969/1131 SIRA: SE[A]6901513, Signatur: -
Vorgänge in der CDU und CSU nach der Bundestagswahl

EI 1969/1134 SIRA: SE[A]6901514, Signatur: -
Eine Kurzanalyse der NPD-Ergebnisse bei der Bundestagswahl durch den DGB

EI 1969/1146 SIRA: SE[A]6901801, Signatur: -
Die Lage in der SPD-Bundestagsfraktion und über Äußerungen maßgeblicher SPD-Funktionäre zu einigen personalpolitischen Entscheidungen

EI 1969/1149 SIRA: SE[A]6901646, Signatur: BStU, MfS, HVA 154
Die Haltung führender Gewerkschaftskreise zur weiteren Durchsetzung der qualifizierten Mitbestimmung nach der Bundestagswahl

EI 1969/1154 SIRA: SE[A]6901611, Signatur: -
Meinungen zur Forderung nach Gewährung des vollen Stimmrechts für die Westberliner Bundestagsabgeordneten im westdeutschen Bundestag

EI 1970/0052 SIRA: SE[A]7000395, Signatur: -
Die Vorbereitung der Rede Brandts zur Lage der Nation vor dem Bundestag am 14.01.1970

EI 1970/0069 SIRA: SE[A]7000558, Signatur: -
Einige Aspekte der Vermögensbildung aus der Sicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Philipp [!] Rosenthal

EI 1970/0115 SIRA: SE[A]7000731, Signatur: -
Die Einschätzung der Bundestagsdebatte vom 15.-16.01.1970 zum "Bericht zur Lage der Nation"

EI 1970/0144 SIRA: SE[A]7001696, Signatur: BStU, MfS, HVA 160
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu aktuellen Fragen der Deutschlandpolitik

EI 1970/0147 SIRA: SE[A]7000730, Signatur: -
Die westdeutsche Antwort auf die sowjetische Demarche gegen die Fraktions- und Ausschusssitzungen des Bundestages im Januar 1970 in Westberlin

EI 1970/0206 SIRA: SE[A]7001694, Signatur: -
Haltung maßgeblicher Kreise der Westmächte sowie der Bundestagsparteien zu Verhandlungen zwischen der BRD und DDR

EI 1970/0207 SIRA: SE[A]7001399, Signatur: BStU, MfS, HVA 161
Die Unterrichtung der FDP-Bundestagsfraktion über die westdeutsch-sowjetischen Gespräche in Moskau¹²⁶¹

EI 1970/0407 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 163
Einschätzung der Außenpolitik der SPD/FDP-Regierung durch das Mitglied des Bundestages, Prof. Gustav Stein

EI 1970/0501 SIRA: SE[A]7003392, Signatur: -
Eine Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion am 04.05.1970

EI 1970/0582 SIRA: - , Signatur: -
Spekulationen in führenden FDP-Kreisen zur möglichen Auflösung des Bundestages

EI 1970/0594 SIRA: - , Signatur: -
Ausführungen Brandts, Scheels und Bahrs vor den außenpolitischen Arbeitskreisen der Koalitionsfraktionen zum westdeutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsabkommen

EI 1970/0598 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 166
Gegenwärtige Situation in der Führungsspitze der Bundestagsfraktion der CDU

EI 1970/0622 SIRA: SE[A]7003927, Signatur: BStU, MfS, HVA 167
Die Diskussion der westdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik in der SPD-Bundestagsfraktion am 25.05.1970

¹²⁶¹ Dieser Bericht ist als Faksimile auf S. 321 ff. abgebildet.

EI 1970/0733 SIRA: SE[A]7004150, Signatur: BStU, MfS, HVA 168
Eine Zusammenkunft von Mitgliedern des auswärtigen Ausschusses und des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Bundestages am 15.07.1970 in Bonn

EI 1970/0753 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 169
Vorstellungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Dichgans zur Verbesserung der Beziehungen gegenüber Polen

EI 1970/0776 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 169
Besuch Zyperns durch die westdeutschen Bundestagsabgeordneten Rollmann und Dr. Müller im Mai 1970

EI 1970/0809 SIRA: SE[A]7004794, Signatur: -
Die Unterrichtung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch die Bundesregierung über die Verhandlungen UdSSR BRD in Moskau

EI 1970/0825 SIRA: SE[A]7004791, Signatur: BStU, MfS, HVA 169
Die Unterrichtung der auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und des Bundesrates sowie der Vertreter des Bundestagsausschusses für innerdtisch Beziehungen über die sowjetisch-westdeutschen Verhandlungen in Moskau durch Scheel

EI 1970/0864 SIRA: - , Signatur: -
Vergleich zwischen dem sogen. Gromyko-Papier und dem Bahr-Papier sowie dem Text des Vertrages UdSSR/BRD durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Reddemann

EI 1970/0875 SIRA: SE[A]7004641, Signatur: BStU, MfS, HVA 170
Differenzen in der SPD-Bundestagsfraktion wegen der Konjunkturpolitik der Bundesregierung

EI 1970/0901 SIRA: SE[A]7004782, Signatur: BStU, MfS, HVA 171
Die Einschätzung des sowjetisch-westdeutschen Vertrages durch Kreise der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1970/0918 SIRA: - , Signatur: -
Analysen von Mitgliedern der "Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Auswertung des Vertragswerkes UdSSR-BRD"

EI 1970/0943 SIRA: SE[A]7004910, Signatur: -
Die gegenwärtige Lage in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1970/0959 SIRA: - , Signatur: -
Zusammenfassender Bericht der "Komm. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Auswertung des Vertrages UdSSR/BRD"

EI 1970/1010 SIRA: - , Signatur: -
Stellungnahme des Mitglied des Bundestages der CDU, Prof. Stein, beratendes Präsidialmitglied des "BDI", im Sept. 1970 zum sowjetisch-westdeutschen Vertrag

EI 1970/1032 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 172
Gespräch des MdB der FDP und Vorsitzenden der National-Liberalen Aktion (NLA) [Siegfried Zoglmann] mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im westdeutschen Bundestag, Rainer Barzel, und dem Vorsitzenden der CSU, Franz-Josef [!] Strauß

EI 1970/1100 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 173
Äußerungen von Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion zu einigen Aspekten der Politik der SPD

EI 1970/1192 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 174
Geplante Tagungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ihres Vorstandes in Westberlin

EI 1970/1248 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 175
Aufenthalt des CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx in Budapest am 23./24.10.

EI 1970/1274 SIRA: - , Signatur: -
Aktivitäten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gegen den Vertrag zwischen der BRD und Polen

EI 1970/1317 SIRA: SE[A]7005847, Signatur: -
Sitzung des außenpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion der SPD am 1. Dez 1970

EI 1970/1338 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung des Bundesministeriums des Innern über die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Ratifizierung des Vertrages Polen/BRD

EI 1971/0026 SIRA: - , Signatur: -
Haltung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages zum westdeutsch-poln. Vertrag

EI 1971/0060 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen eines führenden Vorstandsmitgliedes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Bonner Ostpolitik

EI 1971/0061 SIRA: SE[A]7100017, Signatur: -
Zusammenarbeit zwischen dem Bundesnachrichtendienst und der CDU/CSU Bundestagsfraktion

EI 1971/0097 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 178
Bericht des CDU-Bundestagsabgeordneten Schröder zu seiner SU-Reise 14.-20.01.1971

EI 1971/0178 SIRA: SE[A]7100525, Signatur: BStU, MfS, HVA 179
Einschätzung der Moskau-Reise des SPD-Bundestagsabgeordneten Wienand und des FDP-Abgeordneten Mertes vom 16.-20.02.1971

EI 1971/0218 SIRA: SE[A]7100535, Signatur: BStU, MfS, HVA 179
Tagung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen des Bonner Bundestages am 22.03.1971 in Westberlin

EI 1971/0255 SIRA: SE[A]7100839, Signatur: BStU, MfS, HVA 180
Eine geplante Sitzung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft in Westberlin

EI 1971/0297 SIRA: SE[A]7100624, Signatur: BStU, MfS, HVA 180
Eine Sitzung des Bundestagshaushaltsausschusses am 06-07.05.1971 in Westberlin

EI 1971/0345 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 181
Entwicklung eines modernen Informations- und Dokumentationssystems für den westdeutschen Bundestag

EI 1971/0428 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 181
Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion vom 04.05.1971 zur Wirtschaftssituation/ Währungskrise

EI 1971/0660 SIRA: SE[A]7101929, Signatur: -
Sitzung des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen am 01.07.1971 in Westberlin

EI 1971/0869 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 393
Anforderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an einen Vertrag zwischen BRD-CSSR

EI 1971/0887 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 393
Unterrichtung der Bundestagsfraktionen zum 4-seitigen Abkommen über Westberlin

EI 1971/0991 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 395
Bildung eines wissenschaftspolitischen Beratungsgremiums bei der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

EI 1971/1107 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnik [!] vor leitenden Beamten Bonner Ministerien zu den Verhandlungen DDR-BRD

EI 1971/1132 SIRA: - , Signatur: -

Westl. Haltung zur Durchführung von Bundestagsausschuss-Sitzungen in Westberlin

EI 1971/1226 SIRA: - , Signatur: -

Westd. Vorstellungen und Überlegungen zur pol. Entwicklung in der BRD bis zu den Bundestagswahlen 1973

EI 1971/1228 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 398

Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Gustav Stein zur Ratifizierung der Verträge der BRD mit der SU und der VR Polen

EI 1972/0106 SIRA: - , Signatur: -

Äußerungen Wehners und anderer SPD-Funktionäre zu den von den Westberliner SPD-Bundestagsabgeordneten Seume und Bartsch begangenen Indiskretionen

EI 1972/0117 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 380

Geplante innerparteiliche Aktivitäten der CDU in Vorbereitung der Bundestagswahl 1973

EI 1972/0248 SIRA: - , Signatur: -

Äußerungen führender westdeutscher Politiker über die Möglichkeit von Neuwahlen in der BRD im Fall der Ablehnung der Verträge zwischen der BRD und der UdSSR bzw. der VR Polen durch den Bundestag

EI 1972/0266 SIRA: - , Signatur: -

Einschätzung der gegenwärtigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der BRD im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der VR Polen im Bundestag durch einen leitenden amerikanischen Diplomaten in Bonn

EI 1972/0282 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 381

Jahresbericht 1971 des Wehrbeauftragten des Bundestages

EI 1972/0354 SIRA: - , Signatur: -

Bonner Einschätzung der Haltung der Sowjetunion zur Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der VR Polen im Bundestag

EI 1972/0357 SIRA: - , Signatur: -

Äußerungen maßgeb. Kreise der Bundesregierung und des Westberliner Senats zum Stand der Verhandlungen DDR-BRD über einen Verkehrsvertrag und zu einer möglichen Geste der DDR in Vorbereitung der Ratifizierungsdebatte Anfang Mai 72 im Bundestag

EI 1972/0375 SIRA: - , Signatur: -

Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu den Verkehrsverhandlungen DDR-BRD und zur Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der VR Polen

EI 1972/0399 SIRA: - , Signatur: -

Einige Hintergründe in Vorbereitung des konstruktiven Misstrauensvotum der CDU/CSU im Bundestag

EI 1972/0403 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 383

Reaktionen zum konstruktiven Misstrauensvotum innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

EI 1972/0421 SIRA: - , Signatur: -

Haltung führender Kreise der Regierungskoalition und der Opposition zur weiteren Tätigkeit des Bundestages

EI 1972/0436 SIRA: - , Signatur: -

Die von den Koalitionsparteien vorgelegte Gemeinsame Erklärung der Bundestagsparteien zur Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der VR Polen

EI 1972/0451 SIRA: - , Signatur: -

Von den Koalitionsparteien vorgelegte gemeinsame Erklärung der Bundestagsparteien zur Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und der VR Polen

EI 1972/0476 SIRA: - , Signatur: -
Innere Lage in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Verträge der BRD mit der UdSSR und der VR Polen

EI 1972/0484 SIRA: - , Signatur: -
Situation in der CDU/CSU vor der Ratifizierungsdebatte im Bundestag am 17. Mai 1972

EI 1972/0502 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 384
Erwägungen führender Funktionäre der Bonner Koalitionsparteien zur vorzeitigen Durchführung der Bundestagswahlen

EI 1972/0586 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 385
Sitzung des Kontaktausschusses des Bundestages am 14. Juni 1972 in Bonn

EI 1972/0603 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 385
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu einigen aktuellen Fragen der Außen- und Innenpolitik

EI 1972/0606 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des Kontaktausschusses des Bundestages am 23.06.1972 in Bonn

EI 1972/0619 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 385
Äußerungen führender Politiker der Bonner Bundestagsparteien zu vorzeitigen Bundestagswahlen

EI 1972/0726 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zum Stand der Verhandlungen DDR-BRD und zur Lage der Regierung der BRD

EI 1972/0739 SIRA: - , Signatur: -
Wahlkampfkonzeption der SPD zum bevorstehenden Bundestagswahlkampf

EI 1972/0786 SIRA: - , Signatur: -
Haltung führender westdeutscher Kreise der Regierungskoalition und der Opposition in Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

EI 1972/0801 SIRA: - , Signatur: -
Äußerungen führender SPD-Kreise zur Vorbereitung der Bundestagswahl

EI 1972/0825 SIRA: SA7202600, Signatur: BStU, MfS, HVA 387
Einschätzung des Standes der Vorbereitungen auf die Bundestagswahlen durch führende FDP-Funktionäre

EI 1972/0829 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 387
Konzeption Brandts zur Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahlen

EI 1972/0858 SIRA: SA7202670, Signatur: BStU, MfS, HVA 387
Haltung führender westdeutscher Kreise der Regierungskoalition und der Opposition in Vorbereitung der Bundestagswahl

EI 1972/0867 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der westdeutschen Bundesregierung zur bevorstehenden Neuwahl des Bundestages und zu den Beziehungen DDR-BRD

EI 1972/0898 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 388
Konzeptionelle Überlegungen in führenden CDU/CSU-Kreisen zu einem Wahl- und Regierungsprogramm in Vorbereitung der Bundestagswahlen

EI 1972/0903 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 388
Strategie der SPD zu den Bundestagswahlen am 19.11.1972

EI 1972/0923 SIRA: SA7202921, Signatur: BStU, MfS, HVA 388
Äußerungen führender SPD-Funktionäre zum Stand der Vorbereitungen auf die Bundestagswahl am 19.11.1972

EI 1972/0936 SIRA: SA7202920, Signatur: BStU, MfS, HVA 388
Auffassungen von SPD-Spitzenpolitikern zur Situation im Bundestagswahlkampf

EI 1972/0937 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 388
Äußerungen führender SPD-Kreise zur Rolle der Außenpolitik im Bundestagswahlkampf

EI 1972/0955 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 388
Äußerungen führender Mitarbeiter des Parteivorstandes der SPD zu aktuellen politischen Fragen vor den Bundestagswahlen

EI 1972/0959 SIRA: SA7203398, Signatur: -
Geplante Aktivitäten der SPD auf dem Gebiete der Ostpolitik vor den Bundestagswahlen

EI 1972/0995 SIRA: - , Signatur: -
Sitzung des ehemaligen Kontaktausschusses des Bundestages am 27.10.1972 und die Argumentation zuständiger Kreise der Bundesregierung zu Fragen des Grundvertrages DDR-BRD

EI 1972/1003 SIRA: - , Signatur: -
Haltung der Bundesregierung zu den Verhandlungen mit der DDR und zu innenpolitischen Fragen vor der Neuwahl des Bundestages

EI 1972/1012 SIRA: SA7203380, Signatur: BStU, MfS, HVA 389
Eine Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur möglichen Paraphierung des Vertrags über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD

EI 1972/1015 SIRA: - , Signatur: -
Auskunft über den Wahlkampf der Bonner Parteien zu den Bundestagswahlen am 19.11.1972

EI 1972/1040 SIRA: - , Signatur: -
Haltung führender westdeutscher CDU/CSU-Politiker zur Bundestagswahl

EI 1972/1062 SIRA: SA7203397, Signatur: -
Äußerungen führender Funktionäre der SPD zur Politik der Regierung der BRD nach den Bundestags-Wahlen am 19. Nov. 1972

EI 1972/1077 SIRA: - , Signatur: -
Einschätzung des Ergebnisses der Bundestagswahl vom 19.11.1972 durch führende Kreise der SPD

EI 1972/1078 SIRA: - , Signatur: -
Erste interne Reaktionen aus führenden CDU-Kreisen nach der Bundestagswahl

EI 1972/1092 SIRA: - , Signatur: -
Reaktion der FDP-Führung auf das Ergebnis der Bundestagswahl

EI 1972/1113 SIRA: - , Signatur: -
Reaktion führender CDU/CSU-Kreise auf das Bundestagswahlergebnis und die Auseinandersetzungen über die Bildung einer gemeinsamen Bundestagsfraktion

EI 1972/1133 SIRA: - , Signatur: -
Stellungnahme der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen DDR-BRD

EI 1973/0051 SIRA: SA7300142, Signatur: -
Die Einschätzung führender CDU-Kreise zu den Ergebnissen der Bundestagswahl

EI 1973/0052 SIRA: SA7300141, Signatur: BStU, MfS, HVA 88
Die Bundestagswahlkampfführung der CDU/CSU

- EI 1973/0054 SIRA: SA7300108, Signatur: -
Haltung der NPD-Führung nach den Bundestagswahlen vom November 1972
- EI 1973/0105 SIRA: SA7300139, Signatur: -
Die Haltung führender CDU-Politiker zu den Ergebnissen der Bundestagswahl und zur weiteren Strategie und Taktik als Oppositionspartei
- EI 1973/0127 SIRA: SA7300951, Signatur: -
Äußerungen führender Kreise der SPD-Bundestagsfraktion zur weiteren Entwicklung der Beziehungen DDR-BRD
- EI 1973/0197 SIRA: SA7300705, Signatur: -
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu Vorgängen in der SPD und zu einigen Fragen der Beziehungen DDR-BRD
- EI 1973/0252 SIRA: SA7300702, Signatur: -
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu Vorgängen in der SPD und zur Problematik der Ratifizierung des Grundvertrages
- EI 1973/0445 SIRA: SA7301276, Signatur: -
Die Lage der CDU nach dem Rücktritt als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Barzels
- EI 1973/0492 SIRA: SA7301703, Signatur: -
Das weitere Vorgehen der Regierung der BRD gegenüber der DDR nach der Ratifizierung des Grundlagenvertrages im Bundestag sowie bei der UNO-Aufnahme der DDR und der BRD
- EI 1973/0616 SIRA: SA7301835, Signatur: BStU, MfS, HVA 96
Eine Informationsfahrt des SPD-Bundestagsabgeordneten Wernitz entlang der Staatsgrenze der DDR
- EI 1973/0909 SIRA: SA7303247, Signatur: -
Äußerungen eines einflussreichen SPD-Bundestagsabgeordneten zu einigen aktuellen Problemen der westdeutschen Regierungspolitik
- EI 1973/1092 SIRA: SA7303359, Signatur: -
Bestrebungen der CDU/CSU gegen die Ratifizierung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen durch den Bundestag
- EI 1973/1121 SIRA: SA7303261, Signatur: -
Die Haltung des CDU-Bundestagsabgeordneten Alfred Dregger zur nuklearen westeuropäischen Verteidigung
- EI 1973/1163 SIRA: SA7303705, Signatur: BStU, MfS, HVA 103
Haltung der CDU/CSU und der FDP zur Ratifizierung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen NV-Vertrag durch den Bundestag
- EI 1973/1249 SIRA: SA7303790, Signatur: BStU, MfS, HVA 103
Haltung der CDU und CSU zur Ratifizierung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (NV-Vertrag) durch den Bundestag
- EI 1973/1266 SIRA: SA7304410, Signatur: -
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu aktuellen politischen Problemen
- EI 1974/0069 SIRA: SA7400238, Signatur: -
Haltung der BRD Regierung gegenüber der UdSSR und der DDR sowie über das Verhältnis zwischen dem Bundeskabinett und der SPD Bundestagsfraktion
- EI 1974/0111 SIRA: SA7400503, Signatur: BStU, MfS, HVA 105
Gespräche des SPD-Bundestagsabgeordneten Nölling in der VR Polen

EI 1974/0133 SIRA: SA7400501, Signatur: -
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu Fragen der Beziehungen BRD-DDR

EI 1974/0210 SIRA: SA7400911, Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 8366
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu aktuellen politischen Problemen

EI 1974/0243 SIRA: SA7400906, Signatur: BStU, MfS, HVA 106 sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 8391
Äußerungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten zu aktuellen Vorgängen in der SPD-Führung

EI 1974/0254 SIRA: SA7401605, Signatur: BStU, MfS, HVA 106
Berichte der CDU-Bundestagsabgeordneten die Anfang Januar 1974 in Chile weilten sowie eine kurze Einschätzung der chilenischen Außenpolitik durch die BRD-Regierung

EI 1974/0400 SIRA: SA7401850, Signatur: -
Äußerungen eines SPD-Bundesabgeordneten zu aktuellen politischen Problemen

EI 1974/0574 SIRA: SA7403301, Signatur: -
Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Kohl zur weiteren Strategie und Taktik der CDU in Vorbereitung der Bundestagswahl 1976

EI 1974/0724 SIRA: SA7403341, Signatur: -
Die weitere Strategie und Taktik der CDU/CSU in Vorbereitung auf die Bundestagswahl

EI 1974/0791 SIRA: SA7404406, Signatur: -
Einschätzung des Besuchs von Tito vom 24.-27.06.1974 in der BRD und der Reise einer Bundestagsdelegation vom 07.-10.09.1974 in der SFRJ

EI 1975/0086 SIRA: SA7500425, Signatur: BStU, MfS, HVA 114
Die weitere Strategie und Taktik der CDU/CSU in Vorbereitung der Bundestagswahl 1976

EI 1975/0139 SIRA: SA7501319, Signatur: BStU, MfS, HVA 114
Weitere Strategie und Taktik der CDU/CSU in Vorbereitung der Bundestagswahl 1976

EI 1975/0471 SIRA: SA7502496, Signatur: BStU, MfS, HVA 116
Ergebnisse von internen Meinungsumfragen zum möglichen Bundestagswahlausgang 1976

EI 1975/0556 SIRA: SA7504209, Signatur: BStU, MfS, HVA 117
Konzeptionelle Wahlkampfvorstellungen der FDP-Führung bis zu den Bundestagswahlen 1976

EI 1975/0570 SIRA: SA7504094, Signatur: -
Einschätzung der bisherigen Vorbereitungen der im Bundestag der BRD vertretenen Parteien auf die Bundestagswahlen 1976

EI 1975/0672 SIRA: SA7503375, Signatur: -
Konzeptionelle Vorstellungen eines führenden CDU-Politikers über die weitere Profilierung der CDU/CSU in Vorbereitung der Bundestagswahl 1976

EI 1975/0775 SIRA: SA7503478, Signatur: BStU, MfS, HVA 119(nur Deckblatt) sonst. Signatur: BStU, MfS, HVA 318
Auskunft über die Haltung führender Kreise der westdeutschen Monopolbourgeoisie zur Bundesregierung und zu den Bonner Parteien in Vorbereitung der Bundestagswahlen 1976

EI 1975/0820 SIRA: SA7503466, Signatur: -
Konzeptionelle Vorstellungen führender CDU/CSU-Kreise über die weitere Profilierung der Union in Vorbereitung der Bundestagswahl 1976

EI 1976/0047 SIRA: SA7601474, Signatur: -
Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen in Verbindung mit der Ratifizierung der Vereinbarung VRP-BRD vom 09.10.1975 durch den Bundestag

EI 1976/0058 SIRA: SA7600921, Signatur: -
Eine Einschätzung zur Reise von SPD-Bundestagsabgeordneten unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Wehner in die VR Polen

EI 1976/0086 SIRA: SA7600089, Signatur: -
Äußerungen prominenter BRD-Unternehmer zur Bundestagswahl 1976 und zur Wirtschafts- und Ostpolitik der BRD

EI 1976/0140 SIRA: SA7601086, Signatur: -
Einschätzung aktueller Aspekte der Lage in der BRD im Hinblick auf die Bundestagswahl 1976

EI 1976/0151 SIRA: SA7600924, Signatur: BStU, MfS, HVA 123
Situation innerhalb der SPD-Führung in Vorbereitung der Bundestagswahl 1976

EI 1976/0152 SIRA: SA7600925, Signatur: -
Aufenthalt des außenpolitischen Assistenten der SPD-Bundestagsfraktion Eugen Selbmann Mitte Februar 1976 in Moskau

EI 1976/0166 SIRA: SA7600960, Signatur: BStU, MfS, HVA 123
Die Wahlkampfkonzeption der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1976

EI 1976/0179 SIRA: SA7600926, Signatur: BStU, MfS, HVA 123
Vorbereitungen der Führungsgremien der SPD und der FDP sowie des DGB auf den Bundestagswahlkampf 1976

EI 1976/0272 SIRA: SA7600930, Signatur: -
Einige Aspekte der Taktik und der innerparteilichen Lage der SPD in Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf 1976

EI 1976/0329 SIRA: SA7601199, Signatur: BStU, MfS, HVA 124
Einschätzung der SPD-Führung zum Bundestagswahlkampf und zur innerparteilichen Lage

EI 1976/0344 SIRA: SA7600989, Signatur: -
Die Haltung führender Kreise der BRD-Monopolbourgeoisie im Bundestagswahlkampf 1976

EI 1976/0345 SIRA: SA7601087, Signatur: BStU, MfS, HVA 124(nur Deckblatt)
Einschätzung über neue Aspekte im Kräfteverhältnis zwischen den Bundestagsparteien unter besonderer Berücksichtigung der Perspektiven der SPD/FDP-Koalition

EI 1976/0406 SIRA: SA7601451, Signatur: BStU, MfS, HVA 124
Die Haltung führender amerikanischer und CDU-Kreise zur Außenpolitik einer möglichen CDU/CSU-Regierung nach der Bundestagswahl

EI 1976/0550 SIRA: SA7603475, Signatur: BStU, MfS, HVA 125
Haltung der Aktionsgemeinschaft Vierte Partei zur Beteiligung an der Bundestagswahl 1976

EI 1976/0632 SIRA: SA7603981, Signatur: -
Die Haltung der SPD-Führung zu aktuellen Fragen der Beziehungen DDR-BRD sowie des Bundestagswahlkampfes

EI 1976/0648 SIRA: SA7603472, Signatur: BStU, MfS, HVA 125
Hintergründe zum Beschluss des Bundesvorstandes der AVP vom 04.09.1976 über die Nichtteilnahme an der Bundestagswahl am 03.10.1976

EI 1976/0655 SIRA: SA7603861, Signatur: BStU, MfS, HVA 126(nur Deckblatt) sonst. Signatur: BStU, MfS, HVA 314
Einschätzung der innenpolitischen Lage in der BRD vor der Bundestagswahl am 03.10.1976 unter besonderer Berücksichtigung der Ausgangspositionen der SPD/FDP-Koalition

EI 1976/0690 SIRA: SA7603979, Signatur: BStU, MfS, HVA 126
Erste Reaktionen in der SPD-Führung zu den Ergebnissen der Bundestagswahl vom 03.10.1976 sowie zu Fragen der Fortsetzung der SPD/FDP-Regierungskoalition

EI 1976/0708 SIRA: SA7603483, Signatur: -
Erste Einschätzungen des FDP-Bundestagswahlergebnisses durch die Parteiführung und daraus resultierende Schlussfolgerungen für die künftige Strategie und Taktik der Partei

EI 1976/0712 SIRA: SA7603986, Signatur: -
Einschätzungen der SPD-Spitze zu aktuellen Problemen nach der Bundestagswahl vom 03.10.1976

EI 1976/0731 SIRA: SA7603942, Signatur: -
Erste Vorstellungen der CDU/CSU-Führung zur politischen Linie der Opposition nach der Bundestagswahl

EI 1976/0766 SIRA: SA7603984, Signatur: BStU, MfS, HVA 126
Eine Einschätzung von Prof. Oberndörfer zu möglichen politischen Konsequenzen des Bundestagswahlergebnisses

EI 1976/0819 SIRA: SA7603978, Signatur: -
Weitere Reaktionen führender SPD-Kreise auf das Ergebnis der Bundestagswahl vom 03.10.1976 sowie einige Aspekte der innerparteilichen Lage

EI 1976/0841 SIRA: SA7603995, Signatur: -
Die Reaktion in führenden politischen Kreisen der BRD auf den Beschluss der CSU-Landesgruppe im Bonner Bundestag, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzulösen

EI 1976/0873 SIRA: SA7604981, Signatur: BStU, MfS, HVA 127
Hintergründe der Wiederherstellung der CDU/CSU-Fraktionseinheit

EI 1977/0005 SIRA: SA7700512, Signatur: BStU, MfS, HVA 62
Eine Analyse der SPD-Führung zu den Ergebnissen der Bundestagswahl vom 03. Oktober 1976

EI 1977/0035 SIRA: SA7700547, Signatur: -
Innen- und außenpolitische Aktivitäten des Bundes der Vertriebenen (BdV) während der 8. Legislaturperiode des Bundestages

EI 1977/0732 SIRA: SA7720965, Signatur: -
Gespräch des stellvertr. Ministerpräsidenten der VR China, Deng Xiaoping, mit dem wehrpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Dr. Wörner Ende Sept. 1977

EI 1978/0125 SIRA: SA7802272, Signatur: -
Einschätzung der Haltung führender Kreise der im Bundestag vertretenen Parteien zu einer mögl. Neugestaltung der Parteistruktur in der BRD

EI 1978/0227 SIRA: SA7802766, Signatur: -
Die Position der oppositionellen Kräfte in der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1978/0276 SIRA: SA7804733, Signatur: -
Konzeptionelle Vorstellungen der Arbeitsgruppe Berlin der Bundestagsparteien zu den Grundsätzen der Westberlin-Politik

EI 1978/0687 SIRA: SA7822401, Signatur: -
Deutschlandpolitische Aktivitäten der SPD-Bundesfraktion

EI 1979/0017 SIRA: SA7900584, Signatur: BStU, MfS, HVA 75
Über Vorstellungen führender CDU-Kreise zur weiteren Strategie und Taktik der CDU/CSU in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 1980

EI 1979/0028 SIRA: SA7900435, Signatur: BStU, MfS, HVA 75
Die Reise eines CDU-Bundestagsabgeordneten nach Chile

EI 1979/0070 SIRA: SA7900835, Signatur: -
Einschätzung über aktuelle Aspekte der innenpolitischen Lage in der BRD im Hinblick auf die Bundestagswahl 1980

EI 1979/0097 SIRA: SA7900973, Signatur: BStU, MfS, HVA 75
Abrüstungspolitische Aktivitäten der SPD-Führung und die Hintergründe der Äußerungen des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Wehner zur Abrüstungsproblematik

EI 1979/0261 SIRA: SA7902984, Signatur: BStU, MfS, HVA 77
Bewertung der Ergebnisse des Besuches einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung Wehners vom 03.-06.04.1979 in der VR Polen durch die SPD-Führung

EI 1979/0565 SIRA: SA7921483, Signatur: -
Vorstellungen in Kreisen der Regierung der BRD, der Bundestagsparteien und SPD nachstehender Journalisten für ein Spitzentreffen DDR-BRD

EI 1979/0604 SIRA: SA7921406, Signatur: -
Die weitere Vorbereitung des SPD-Parteitages vom 03.-07.12.1979 und Vorüberlegungen der SPD-Führung zum Bundestagswahlkampf 1980

EI 1979/0608 SIRA: SA7921153, Signatur: -
Einschätzungen zum Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Bundesparteien in Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes

EI 1979/0683 SIRA: SA7922930, Signatur: -
Zu aktuelle Aspekten der innerparteilichen Entwicklung in der CDU zu aktuellen Aspekten der Strategie und Taktik der CDU/CSU für den Bundestagswahlkampf 1980

EI 1979/0690 SIRA: SA7922502, Signatur: -
Einschätzung aktueller ökonomischer Probleme der BRD und der Haltung einflussreicher Monopolkreise gegenüber der Bundesregierung und den Bundestagsparteien

EI 1979/0712 SIRA: SA7922929, Signatur: BStU, MfS, HVA 80
Über die Haltung der FDP in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 1980

EI 1980/0098 SIRA: SA8001201, Signatur: BStU, MfS, HVA 23
Ergebnisse der Reise des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ehmke in die Republik Kuba

EI 1980/0209 SIRA: SA8021450, Signatur: BStU, MfS, HVA 1
Einschätzungen des Bundestagsparteien zur bevorstehenden Landtagswahl in Nordrhein Westfalen

EI 1980/0268 SIRA: SA8004097, Signatur: BStU, MfS, HVA 2
Die Wahlerwartungen und Wahlkampfaktik der SPD zur Bundestagswahl 1980

EI 1980/0331 SIRA: SA8005981, Signatur: BStU, MfS, HVA 2
Die gegenwärtige Haltung führender Kreise der BRD-Monopolbourgeoisie zur Bundesregierung und zu den Bundestagsparteien

EI 1980/0430 SIRA: SA8020095, Signatur: BStU, MfS, HVA 3
Einschätzung über Stand und Entwicklung des Wahlkampfes zu den Bundestagswahlen am 05.10.1980 in der BRD

EI 1980/0439 SIRA: SA8020525, Signatur: BStU, MfS, HVA 3
Aktuelle Aspekte des Bundestagswahlkampfes in der BRD

EI 1980/0477 SIRA: SA8022510, Signatur: -
Die Ergebnisse und Auswirkungen der Bundestagswahl 1980 aus SPD Sicht

EI 1980/0587 SIRA: SA8023157, Signatur: BStU, MfS, HVA 4
Wirtschaftspolitische Einschätzungen und Grundpositionen des BDI nach der Bundestagswahl

EI 1981/0533 SIRA: SA8121618, Signatur: BStU, MfS, HVA 9
Inf. über Aktivitäten der Arbeitsgruppe USA der SPD-Bundestagsfraktion

EI 1982/0451 SIRA: SA8220214, Signatur: -
Inf. über Äußerungen des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Herbert Wehner zu den Beziehungen BRD–USA

EI 1983/0065 SIRA: SA8350065, Signatur: BStU, MfS, HVA 24
Einschätzung zum innenpolitischen Kräfteverhältnis in der BRD vor der Bundestagswahl am 06.03.1983

EI 1983/0089 SIRA: SA8350089, Signatur: BStU, MfS, HVA 24
Inf. über erste Äußerungen und Einschätzungen führender Funktionäre der Bundestagsparteien über die weitere politische Entwicklung in der BRD und die Situation in den Parteien

EI 1983/0136 SIRA: SA8350136, Signatur: BStU, MfS, HVA 24
Inf. über die Situation der Grünen nach der Bundestagswahl vom 06.03.1983

EI 1983/0165 SIRA: SA8350165, Signatur: -
Einschätzung zu den Grundzügen der nach der Bundestagswahl vom 06.03.1983 zu erwartenden Regierungspolitik in der BRD

EI 1983/0203 SIRA: SA8350203, Signatur: BStU, MfS, HVA 25
Inf. über die Situation in der Führung des Bundesministeriums für "innerdeutsche" Beziehungen und die Arbeitsplanung des gleichnamigen Bundestagsausschusses

EI 1984/0274 SIRA: SA8450274, Signatur: BStU, MfS, HVA 31
Inf. über die Anhörung im Verteidigungsausschuss des Bundestages zum militärischen Konzept der NATO 1983/84

EI 1984/0355 SIRA: SA8450355, Signatur: -
Einschätzung Vorstellungen der BRD-Bundestagsparteien für die langfristige Konzipierung der Deutschlandpolitik und unterschiedliche Positionen hinsichtlich ihrer Verwirklichung

EI 1984/0416 SIRA: SA8450416, Signatur: BStU, MfS, HVA 32
Inf. über die Einschätzung der Situation der BRD-Bundestagsparteien im Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre durch die SPD-Führung

EI 1984/0442 SIRA: SA8450442, Signatur: BStU, MfS, HVA 33
Inf. über die Einschätzung des Polen-Besuchs von Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, sowie der Hintergründe für die Absage des Besuches von BRD-Außenminister Genscher in der VRP durch führende SPD-Kreise

EI 1985/0169 SIRA: SA8550169, Signatur: -
Inf. über das Gespräch eines Westberliner SPD-Bundestagsabgeordneten mit einem maßgeblichen Vertreter der katholischen Kirche in der DDR

EI 1985/0441 SIRA: SA8550441, Signatur: -
Inf. über BRD-Einschätzungen der rechtlichen und politischen Wirkungen offizieller Besuche führender Repräsentanten der BRD in der DDR-Hauptstadt und der Aufnahme von Kontakten zwischen dem Bundestag und der Volkskammer

EI 1985/0482 SIRA: SA8550482, Signatur: BStU, MfS, HVA 38
Inf. über Vorstellungen führender SPD-Kreise zum Beginn der mit der SED vereinbarten Expertengespräche über die Bildung einer von atomaren Gefechtsaffen-freien Zone in Europa und diesbezügliche Auffassungen in der CDU/CSU Bundestagsfraktion

EI 1986/0014 SIRA: SA8650014, Signatur: BStU, MfS, HVA 40
Inf. über Vorstellungen der CDU/CSU zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1987

EI 1986/0063 SIRA: SA8650063, Signatur: -
Geplante Reise einer Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen vom 03.–07.03.1986 in die DDR

EI 1986/0207 SIRA: SA8650207, Signatur: BStU, MfS, HVA 41
Inf über die Vorbereitung der SPD auf den Wahlkampf für die Bundestagswahlen Anfang 1987

EI 1986/0208 SIRA: SA8650208, Signatur: BStU, MfS, HVA 41
Inf über konzeptionelle Vorbereitung der FDP auf die Bundestagswahlen 1987

EI 1986/0248 SIRA: SA8650248, Signatur: BStU, MfS, HVA 41
Inf über die Erwartungen der Bundestagsparteien an die Landtagswahlen in Niedersachsen am 15.06.1986 sowie Vorstellungen zur künftigen politischen Entwicklung in der BRD

EI 1986/0434 SIRA: SA8650434, Signatur: -
Information über die Vorbereitung der CDU auf den Bundesparteitag am 06.-08.10.1986 in Mainz und die Hauptetappe des Bundestagswahlkampfes

EI 1986/0459 SIRA: SA8650459, Signatur: BStU, MfS, HVA 43
Inf über die gegenwärtige Situation der SPD im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf

EI 1986/0495 SIRA: SA8650495, Signatur: BStU, MfS, HVA 43
Einschätzung zu einigen Schwerpunkten der Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsparteien im Vorfeld der Bundestagswahlen 1987

EI 1986/0497 SIRA: SA8650497, Signatur: BStU, MfS, HVA 43
Inf über die Lage in der CDU nach dem Bundesparteitag am 07.-08.10.1986 in Mainz und über einige Aspekte des Bundestagswahlkampfes

EI 1986/0514 SIRA: SA8650514, Signatur: BStU, MfS, HVA 43
Inf über die Situation der FDP vor dem außerordentlichen Parteitag am 21./22.11.1986 in Mainz und vor der Endphase des Bundestagswahlkampfes

EI 1986/0529 SIRA: SA8650529, Signatur: BStU, MfS, HVA 43 sonst. Signatur: BStU, MfS, Sekr. Neiber 437(8.Ex.)
Information über Einschätzungen maßgeblicher Vertreter der Grünen zu den Ergebnissen der Reise einer Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen vom 01.-05.09.1986 in die DDR

EI 1986/0561 SIRA: SA8650561, Signatur: BStU, MfS, HVA 44
Inf über die Situation der SPD in der Endphase des Bundestagswahlkampfes

EI 1986/0564 SIRA: SA8650564, Signatur: BStU, MfS, HVA 44
Inf über die aktuelle Lage in der BRD-Regierungskoalition vor der Endphase des Bundestagswahlkampfes

EI 1987/0018 SIRA: SA8750018, Signatur: BStU, MfS, HVA 45
Inf über die Vorgänge in der SPD in der letzten Phase des Bundestagswahlkampfes 1987

EI 1987/0062 SIRA: SA8750062, Signatur: -
Inf über Äußerungen führender SPD-Politiker zur Lage nach der Bundestagswahl

EI 1987/0130 SIRA: SA8750130, Signatur: -
Einschätzung zu den Auseinandersetzungen in der BRD-Regierungskoalition über einige Fragen der Sicherheitspolitik und der Beziehungen mit den sozialistischen Staaten nach der Bundestagswahl vom 25.01.1987

EI 1987/0182 SIRA: SA8750182, Signatur: BStU, MfS, HVA 47
Erwartungen der Bundestagsparteien an die Bürgerschaftswahl in Hamburg und die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 17.05.1987

EI 1987/0321 SIRA: SA8750321, Signatur: BStU, MfS, HVA 49
Inf über die Situation in den Bundestagsparteien der BRD und ihre Haltung zu Grundfragen der internationalen Politik sowie zum Besuch von E. Honecker in der BRD

EI 1987/0459 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 50
Position maßgeblicher BRD-Regierungskreise zum Antrag der SPD-Bundestagsfraktion " Die Freiheit Berlins zwischen Ost und West"

EI 1988/0254 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 52
Sicherheitspolitische Vorstellungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger im Vorfeld des Gesprächs mit E. Honecker

EI 1988/0501 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 54
Gespräche des stellvertr. CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden V. Rühle in Ungarn

EI 1989/0107 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 761 (1.Ex.)
Information über eine geplante Bundestagsdebatte über "Menschenrechtsverletzungen" in der DDR

EI 1989/0243 SIRA: SA8950243, Signatur: BStU, MfS, HVA 812
Inf über konzeptionelle Überlegungen in der SPD-Bundestagsfraktion zum "Berlin-Flugverkehr"

EI 1989/0410 SIRA: - , Signatur: -
Auskunft über die Entwicklung und den Stand des rechtsextremistischen und neofaschistischen Potentials in der BRD sowie seine Bewertung durch die Bundestagsparteien

EI 1989/0461 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 644 sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 16246
Deutschlandpolitische Diskussionen in der FDP im Zusammenhang mit der geplanten Reise der Bundestagsfraktion nach Dresden am 21./ 22.10.1989

APUE 1978/0004 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 81
Darin: Äußerungen aus Kreisen der SPD-Bundestagsfraktion zur Regierungserklärung Schmidts vom 18.01.1978

APUE 1978/0017 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 81
Darin: Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Waffenexporte der SPD-Bundestagsfraktion

APUE 1978/0031 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 81 sonst. Signatur: BStU, MfS ZAIG 8305
Geplante Erörterung der kulturellen Auslandsaktivitäten der DDR im Bonner Bundestag

APUE 1979/0008 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Hintergründe der Äußerungen des SPD-Bundesfraktionsvorsitzenden Wehner zur Abrüstungsproblematik

APUE 1979/0020 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Zur geplanten Regierungserklärung von Kanzler Schmidt im Bundestag am 17.05.1979

APUE 1979/0022 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Zum Vorgehen von Strauß in Vorbereitung auf die Bundestagswahl 1980

APUE 1979/0022 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Auffassungen in der SPD-Bundestagsfraktion über die Aktivitäten der Massenmedien der BRD und Westberlins gegen die DDR

APUE 1979/0024 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Zu Auseinandersetzungen in der CDU zur Kandidatur von Weizsäcker für das Amt eines Bundestagsvizepräsidenten

APUE 1979/0027 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Zu Reaktionen innerhalb der CDU/CDU-Bundestagsfraktion auf die Auseinandersetzungen um die Kanzlerkandidatur

APUE 1979/0028 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Haltung führender Kreise der BRD-Rüstungsindustrie sowie der Bundestagsparteien zur Kanzlerkandidatur von Strauß

APUE 1979/0033 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Wahltaktische Überlegungen in FDP-Führungskreisen zur Bundestagswahl 1980

APUE 1979/0035 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Zu außenpolitischen Aktivitäten von Strauß im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1980

APUE 1979/0038 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: BRD-Unternehmerkreise zur Kanzlerkandidatur von Strauß und Aktivitäten des CDU-Wirtschaftsrates zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der Union

APUE 1979/0038 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 82
Enthält u. a.: Überlegungen der SPD-Führung zum Bundestagswahlkampf 1980

APUE 1981/0005 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 12
Darin: Diskussion im "Frankfurter Kreis" der SPD-Bundestagsfraktion zum sog. Nachrüstungsbeschluss

APUE 1981/0015 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 12
Darin: Kritik in der SPD-Bundestagsfraktion am Führungsstil von BRD-Kanzler Schmidt

APUE 1981/0026 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 12
Darin: Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Schröder zu seinem DDR-Besuch

APUE 1983/0001 SIRA: SA8372008, Signatur: -
SPD-Führungskreise zur Lage der FDP im Vorfeld der angestrebten Bundestagswahlen im März 1983

APUE 1983/0002 SIRA: SA8372029, Signatur: -
Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß zu den Bundestagswahlen 1983

APUE 1983/0003 SIRA: SA8372047, Signatur: -
Zur Vorbereitung der SPD auf den Bundestags-Wahlkampf

APUE 1983/0004 SIRA: SA8372065, Signatur: -
Erwartungen führender SPD-Politiker zum Ausgang der Bundestagswahlen am 06.03.1983

APUE 1983/0005 SIRA: SA8372082, Signatur: -
SPD-Einschätzungen zu den Chancen bei den Bundestagswahlen am 06.03.1983

APUE 1983/0008 SIRA: SA8372151, Signatur: -
Vorstellungen maßgeblicher Kreise des Bundeskanzleramtes zur Gestaltung der Beziehungen BRD-DDR nach den Bundestagswahlen am 06.03.1983

APUE 1983/0008 SIRA: SA8372150, Signatur: -
Erwartungen der BRD-Bundestagsparteien und der Grünen zum Ausgang der Wahlen am 06.03.1983

APUE 1983/0009 SIRA: SA8372167, Signatur: -
Äußerungen prominenter SPD-Vertreter im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen am 06.03.1983

APUE 1983/0010 SIRA: SA8372194, Signatur: -
SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzender Wehner zu Parteikontakten SPD-SED und zur künftigen Deutschlandpolitik der SPD

APUE 1983/0010 SIRA: SA8372176, Signatur: -
Erste Reaktionen auf das Ergebnis der Bundestagswahl am 06.03.1983

APUE 1983/0011 SIRA: SA8372200, Signatur: -
Reaktionen aus BRD-Unternehmerkreisen zum Ausgang der Bundestagswahl

APUE 1983/0011 SIRA: SA8372199, Signatur: -
Situation in der SPD nach der Niederlage bei den Bundestagswahlen am 06.03.1983

APUE 1983/0012 SIRA: SA8372496, Signatur: -
Weitere USA-Reaktion zum Ergebnis der Bundestagswahl vom 06.03.1983

APUE 1983/0012 SIRA: SA8372484, Signatur: -
Reaktion der SPD-Führung auf die Unterstützung der CDU/CSU durch die USA im Bundestagswahlkampf

APUE 1983/0020 SIRA: SA8372348, Signatur: -
Erste Reaktionen auf die Aktion einiger Bundestagsabgeordneter der Grünen am 12.05.1983 auf dem Berliner Alexanderplatz

APUE 1983/0021 SIRA: SA8372377, Signatur: -
Administration und rechtliche Maßnahmen zentraler BRD Einrichtungen zur Begrenzung der parlamentarischen Wirkungsmöglichkeiten der Grünen im Bundestag

APUE 1983/0021 SIRA: SA8372378, Signatur: -
Weitere Reaktionen auf die Aktion einiger Bundestagsabgeordneter der Grünen am 12.05.1983 auf dem Alexanderplatz in Berlin

APUE 1983/0026 SIRA: SA8372454, Signatur: -
Anhaltende Differenzen in der SPD-Bundestagsfraktion zur Raketenstationierung

APUE 1983/0026 SIRA: SA8372446, Signatur: -
Aktivitäten des Bundestagsausschusses für "innerdeutsche" Beziehungen gegenüber der DDR

APUE 1983/0033 SIRA: SA8372573, Signatur: -
Einschätzung der Haltung politischer Kreise der USA zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa durch den stellv. SPD-Fraktionsvorsitzenden Ehmke

APUE 1983/0038 SIRA: SA8372664, Signatur: - sonst. Signatur: BStU, MfS, ZAIG 8311
Erste Reaktionen auf die DDR-Reise des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle

APUE 1983/0046 SIRA: SA8372795, Signatur: -
Zur Taktik der Grünen während der Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung am 21./21.11.1983 [!]

APUE 1983/0047 SIRA: SA8372809, Signatur: -
Führende SPD-Politiker zum Verlauf des Sonderparteitages am 18.-19.11.1983 und zur Bundestagsdebatte am 21.-22.11.1983

APUE 1983/0048 SIRA: SA8372832, Signatur: -
Einschätzung zur Situation in der SPD nach dem Sonderparteitag am 18./19.11.1983 und der Bundestagsdebatte am 21./22.11.1983

APUE 1984/0005 SIRA: SA8472085, Signatur: -
Zur Vorbereitung der Reise des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel in die USA

APUE 1984/0007 SIRA: SA8472115, Signatur: -
Zu den Auseinandersetzungen in der Bundestagsfraktion der Grünen

APUE 1984/0009 SIRA: SA8472154, Signatur: -
Zum USA-Besuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel

APUE 1984/0009 SIRA: SA8472155, Signatur: -
Vorstellungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel zu seinen Reisen in die UdSSR und die DDR

APUE 1984/0009 SIRA: SA8472156, Signatur: -
SPD-Vorstellungen zu den Gesprächen mit Abgeordneten der Volkskammer am 08.-09.03.1984 in der Hauptstadt der DDR

APUE 1984/0013 SIRA: SA8472217, Signatur: -
Mögliche Rückkehr Bastians in die Bundestagsfraktion der Grünen

APUE 1984/0015 SIRA: SA8472246, Signatur: -
Zu aktuellen Vorgängen in der Bundestagsfraktion der Grünen

APUE 1984/0022 SIRA: SA8472366, Signatur: -
Haltung der Bundestagsfraktion der Grünen zum Rotationsprinzip der Partei

APUE 1984/0032 SIRA: SA8472509, Signatur: -
Vorstellungen führender Vertreter der Grünen der BRD zur politischen Tätigkeit ihrer Abgeordneten im Europäischen Parlament

APUE 1984/0038 SIRA: SA8472584, Signatur: -
Zur Diskussion bei den Grünen über die Rotation ihrer Abgeordneten

APUE 1984/0040 SIRA: SA8472607, Signatur: -
Hans Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, über sein Gespräch mit dem Gen. Axen

APUE 1984/0045 SIRA: SA8472696, Signatur: -
Äußerungen des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Vogel zu den Beziehungen DDR-BRD

APUE 1984/0047 SIRA: SA8472734, Signatur: -
SPD-Bundestagsdebatte zu den "Thesen der SPD-Bundestagsfraktion zur Deutschlandpolitik"

APUE 1984/0050 SIRA: SA8472799, Signatur: -
Äußerungen von Bundestagspräsident Jenninger über seine Pläne gegenüber der DDR

APUE 1985/0001 SIRA: SA8572007, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Zur bevorstehenden Rotation der Abgeordneten der Bundestagsfraktion der Grünen

APUE 1985/0008 SIRA: SA8572128, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-BT-Fraktion über die Aufnahme von Kontakten zur Volkskammer der DDR

APUE 1985/0008 SIRA: SA8572138, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Zur Nominierung des SPD-Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1987

APUE 1985/0010 SIRA: SA8572177, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Überlegungen in Fraktionskreisen der Grünen zur Bildung einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe "Deutschlandpolitik"

APUE 1985/0015 SIRA: SA8572262, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Zur Situation bei den Grünen nach der Rotation in der Bundestagsfraktion

APUE 1985/0017 SIRA: SA8572289, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Zur Situation im neugebildeten Fraktionsvorstand der Grünen nach der Rotation

APUE 1985/0022 SIRA: SA8572374, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Erste konzeptionelle Vorstellungen der neuen Bundestagsfraktion der Grünen zur Gestaltung ihrer Politik gegenüber der DDR

APUE 1985/0023 SIRA: SA8572389, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Zur BRD-Diskussion über Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

APUE 1985/0023 SIRA: SA8572392, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Zur außenpolitischen Wahlkampfkonzeption der SPD für die Bundestagswahlen 1987

APUE 1985/0023 SIRA: SA8572390, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Haltung des Westberliner Senats zur Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

APUE 1985/0029 SIRA: SA8572503, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Gespräche des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel in der Zeit vom 01.–04.07.1985 in Großbritannien

APUE 1985/0033 SIRA: SA8572572, Signatur: BStU, MfS, HVA 56
Haltung der BRD-Bundestagsparteien zu einem Besuch H. Sindermanns in der BRD

APUE 1985/0036 SIRA: SA8572628, Signatur: -
Außenpolitische Schwerpunktaufgaben der BRD-Regierung bis zur Bundestagswahl 1987

APUE 1985/0038 SIRA: SA8572647, Signatur: -
Überlegungen des SPD-Politikers Rau zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1987

APUE 1985/0042 SIRA: SA8572710, Signatur: -
Stand der Diskussion um die Einladung einer Volkskammer-Delegation durch die SPD Bundestagsfraktion

APUE 1985/0045 SIRA: SA8572762, Signatur: -
Vorstellungen in der CDU/CSU Bundestagsfraktion zum Vorschlag der DDR und der CSSR zur Schaffung einer chemiewaffenfreie Zone in Europa

APUE 1985/0050 SIRA: SA8572847, Signatur: -
Einschätzung der SPD-Bundestagsfraktion zum sog. Teltschik Bericht über die Beteiligung der BRD am SDI Forschungsprogramm

APUE 1986/0001 SIRA: SA8672013, Signatur: BStU, MfS, HVA 57
Aktivitäten von Kohl zur Begrenzung der Vertriebenenpolitiker in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

APUE 1986/0016 SIRA: SA8672301, Signatur: BStU, MfS, HVA 57
Einschätzung der Konsultationen einer Delegation des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des BRD-Bundestages in der UdSSR

APUE 1986/0025 SIRA: SA8672462, Signatur: BStU, MfS, HVA 57
Aktivitäten rechtskonservativer Kräfte in der BRD im Vorfeld der Bundestagswahl

APUE 1986/0032 SIRA: SA8672584, Signatur: BStU, MfS, HVA 57
BRD-Kanzler Kohl gegen Kandidatur Hupkas zur Bundestagswahl 1987

APUE 1986/0035 SIRA: SA8672623, Signatur: BStU, MfS, HVA 57
Aktivitäten des DGB im Bundestagswahlkampf

APUE 1986/0037 SIRA: SA8672276, Signatur: -
Auffassungen linker SPD-Kreise zum Auftreten der Friedensliste bei der Bundestagswahl 1987

APUE 1986/0037 SIRA: SA8672275, Signatur: -
Interessen der USA und von Wirtschaftskreisen der BRD hinsichtlich der Bundestagswahl 1987

APUE 1986/0037 SIRA: SA8672270, Signatur: -
Zum Besuch einer Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen vom 01.–5.09.1986 in der DDR

APUE 1986/0038 SIRA: SA8672289, Signatur: -
Bewertung des Bundestagswahlkampfes durch Führungskreise von CDU und SPD

APUE 1986/0041 SIRA: SA8672691, Signatur: -
Äußerungen von SPD-Bundestagsabgeordneten zu den von SED und SPD ausgearbeiteten Grundsätzen für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa

APUE 1986/0042 SIRA: SA8672713, Signatur: -
Äußerungen von BRD-Wirtschaftsrepräsentanten zur Bundestagswahl 1987

APUE 1986/0044 SIRA: SA8672748, Signatur: -
Einige Aspekte des Bundestagswahlkampfes der CDU

APUE 1986/0048 SIRA: SA8672819, Signatur: -
Auswirkungen der Diskussion um das Newsweek-Interview Kohls auf den Bundestagswahlkampf

APUE 1986/0049 SIRA: SA8672839, Signatur: -
Bewertung einer Wahlumfrage zum Ausgang der Bundestagswahl am 25.01.1987 durch SPD-Führungskreise

APUE 1987/0005 SIRA: SA8772075, Signatur: BStU, MfS, HVA 58
Westliche Reaktionen zum Ergebnis der Bundestagswahlen

APUE 1987/0005 SIRA: SA8772074, Signatur: BStU, MfS, HVA 58
Reaktionen aus den Regierungsparteien und der SPD auf den Ausgang der Bundestagswahlen am 25.01.1987

APUE 1987/0006 SIRA: SA8772089, Signatur: BStU, MfS, HVA 58
Einschätzung der Grünen zu den Ergebnissen der Bundestagswahl und ihren Auswirkungen auf die Partei

APUE 1987/0022 SIRA: SA8772313, Signatur: BStU, MfS, HVA 58
Zu geplanten außenpolitischen Aktivitäten der SPD-Bundestagsfraktion

APUE 1987/0024 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 58
Enthält u. a.: Ausbau der "UdSSR-Arbeitsgruppe" der SPD-Bundestagsfraktion

APUE 1987/0026 SIRA: SA8772377, Signatur: BStU, MfS, HVA 58
SPD-Aktivitäten im Hinblick auf die Bundestagsdebatte zur Lage der Nation Mitte September 1987

APUE 1987/0038 SIRA: SA8772544, Signatur: BStU, MfS, HVA 58
Aktivitäten der SPD zur Herstellung offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

APUE 1987/0041 SIRA: SA8772589, Signatur: BStU, MfS, HVA 59
Diskussion über die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

APUE 1987/0042 SIRA: SA8772605, Signatur: BStU, MfS, HVA 59
Führende CSU-Politiker zur Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

APUE 1987/0042 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 59
Enthält u. a.: Meinungsverschiedenheiten zum Entschließungsantrag der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik für die Bundestagssitzung am 15.10.1987

APUE 1987/0044 SIRA: SA8772640, Signatur: BStU, MfS, HVA 59
Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem offiziellen Besuch von Bundeskanzler Kohl in der DDR

APUE 1987/0045 SIRA: SA8772660, Signatur: BStU, MfS, HVA 59
Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Aufnahme offizieller Beziehungen Bundestag-Volkskammer

APUE 1988/0041 SIRA: SA8872572, Signatur: BStU, MfS, HVA 60
Auffassungen des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ehmke zum Dialog mit der SED bzw. DKP

APUE 1989/0021 SIRA: SA8972311, Signatur: -
Strategie der SPD für die Bundestagswahlen 1990

AUE 1977/0002 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 83
Enthält u. a.: Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner zur Lage in der CDU/CSU

AUE 1977/0008 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 83

Enthält u. a.: Zur geplanten Tagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28.02.1977 in Westberlin

AUE 1977/0010 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 83

Enthält u. a.: Äußerung des außenpolitischen Mitarbeiters der SPD-Bundestagsfraktion, Eugen Selbmann, zu Fragen der Beziehungen DDR-BRD

AUE 1977/0023 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 83

Enthält u. a.: Aktivitäten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Vorbereitung des Belgrader KSZE-Folgetreffens

AUE 1977/0024 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 83

Enthält u. a.: Zu den Auseinandersetzungen in der SPD um die bevorstehende Bundestagsabstimmung zum Steuerpaket der Koalition

AUE 1977/0033 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 83

Enthält u. a.: Aktivitäten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Fertigstellung der Dokumentation über Menschenrechte

AUE 1979/0003 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Zu ersten Reaktionen auf die Kreuther Tagung der CSU-Landesgruppe im Bundestag vom 13.01.1979

AUE 1979/0007 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Hintergründe der Äußerungen des SPD-Bundesfraktionsvorsitzenden Wehner zur Abrüstungsproblematik

AUE 1979/0008 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzender Wehner zu den Beziehungen BRD-DDR

AUE 1979/0009 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Zu den geplanten Reisen des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Wehner in sozialistische Länder

AUE 1979/0016 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Zu den Ergebnissen des Besuchs einer Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung Wehners vom 03.-06.04.1979 in der VR Polen

AUE 1979/0019 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Zur geplanten Regierungserklärung von BRD-Kanzler Schmidt im BRD-Bundestag am 17.05.1979

AUE 1979/0021 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Auffassungen in der SPD-Bundestagsfraktion über die Aktivitäten der Massenmedien der BRD und Westberlins gegen die DDR

AUE 1979/0021 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Zum Vorgehen von Strauß in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen 1980

AUE 1979/0023 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: SPD-Führungskreise zum Besuch des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Ehmke Mitte April 1979 in China

AUE 1979/0026 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Zu Reaktionen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf die Auseinandersetzung um die Kanzlerkandidatur

AUE 1979/0027 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84

Enthält u. a.: Haltung führender Kreise der BRD-Rüstungsindustrie sowie der Bundestagsparteien zur Kanzlerkandidatur von Strauß

AUE 1979/0027 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84
Enthält u. a.: Beabsichtigter Vorstoß der CDU im Bundestag wegen der Kampfgruppen der DDR

AUE 1979/0037 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84
Enthält u. a.: BRD-Unternehmerkreise zur Kanzlerkandidatur von Strauß und Aktivitäten des CDU-Wirtschaftsrates zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der Union

AUE 1979/0037 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84
Enthält u. a.: Überlegungen der SPD-Führung zum Bundestagswahlkampf 1980

AUE 1979/0037 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84
Enthält u. a.: Vorstellungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Bildung eines Bundestagsausschusses zur Effektivierung der Mitarbeit der BRD im Europaparlament (EP)

AUE 1979/0039 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84
Enthält u. a.: CDU-Führungskreise Niedersachsens zu den politischen Plänen von Kiep und zur Haltung Albrechts im Bundestagswahlkampf 1980

AUE 1979/0046 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84
Enthält u. a.: Überlegungen in CDU-Führungskreisen zu Fragen der Vorbereitung der Bundestagswahl 1980

AUE 1979/0050 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 84
Enthält u. a.: Einschätzung der Haltung einflussreicher Monopolkreise der BRD gegenüber der Bundesregierung und den Bundestagsparteien

AUE 1981/0005 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 11
Enthält u. a.: Diskussion im "Frankfurter Kreis" der SPD-Bundestagsfraktion zum sog. Nachrüstungsbeschluss

AUE 1981/0011 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 11
Enthält u. a.: Widersprüchliche Positionen in der SPD-Bundestagsfraktion zur Friedensinitiative des XXVI. Parteitages der KPdSU

AUE 1981/0015 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 11
Enthält u. a.: Kritik in der SPD-Bundestagsfraktion am Führungsstil von BRD-Kanzler Schmidt

AUE 1981/0026 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 11
Enthält u. a.: Äußerungen des SPD-Bundestagsabgeordneten Schröder zu seinem DDR-Besuch

AUE 1981/0033 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 11
Enthält u. a.: Einschätzungen des SPD-Präsidiums und der SPD-Bundestagsfraktion zur Lage in der Bonner Regierungskoalition

AUE 1981/0036 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 11
Enthält u. a.: Erste Reaktionen der Bundestagsparteien auf die Bonner Friedensdemonstration am 10.10.1981

AUE 1982/0005 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 21
Enthält u. a.: Erste Reaktionen aus Führungskreisen der SPD zum Parteiaustritt des Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik

AUE 1982/0006 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 21
Enthält u. a.: Erste Reaktionen auf das Ergebnis der Abstimmung im Bundestag über die Vertrauensfrage

AUE 1982/0036 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 21
Enthält u. a.: Haltung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick in der Koalitionsfrage

AUE 1982/0043 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 22
Enthält u. a.: Erste Reaktionen auf die Nominierung Vogels zum SPD-Kanzler-Kandidaten für die Bundestagswahlen am März 1983

AUE 1982/0048 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 22
Enthält u. a.: Anhaltende Differenzen zwischen CDU und CSU zur Taktik gegenüber der FDP im bevorstehenden Bundestagswahlkampf

AUE 1982/0049 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 22
Enthält u. a.: Äußerungen führender SPD-Politiker zu den Bundestagswahlen im März 1983

AUE 1983/0012 SIRA: SA8370024, Signatur: -
Weitere Reaktionen aus BRD-Wirtschaftskreisen zum Ausgang der Bundestagswahl

AUE 1985/0002 SIRA: SA8570002, Signatur: -
Zur bevorstehenden Rotation der Abgeordneten der Bundestagsfraktion der Grünen

AUE 1987/0005 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: westliche Reaktionen zum Ergebnis der Bundestagswahlen

AUE 1987/0005 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Reaktionen aus den Regierungsparteien und der SPD auf den Ausgang der Bundestagswahlen am 25.01.1987

AUE 1987/0006 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Einschätzung der Grünen zu den Ergebnissen der Bundestagswahl und ihren Auswirkungen auf die Partei

AUE 1987/0018 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: zu geplanten außenpolitischen Aktivitäten der SPD-Bundestagsfraktion

AUE 1987/0020 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Ausbau der "UdSSR-Arbeitsgruppe" der SPD-Bundestagsfraktion

AUE 1987/0028 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Aktivitäten der SPD zur Herstellung offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

AUE 1987/0031 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Diskussion über die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

AUE 1987/0032 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Führende CSU-Politiker zur Aufnahme offizieller Kontakte zwischen Bundestag und Volkskammer

AUE 1987/0033 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem offiziellen Besuch von Bundeskanzler Kohl in der DDR

AUE 1987/0034 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Auseinandersetzungen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Aufnahme offizieller Beziehungen Bundestag-Volkskammer

AUE 1987/0037 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 61
Enthält u. a.: Haltung der SPD-Führung zur Einreiseverweigerung für den SPD-Bundestagsabgeordneten Weisskirchen

AWI 1984/1542 SIRA: SA8480106, Signatur: -
Beabsichtigte Reise des CDU [!]-Bundestagsabgeordneten Lintner in die DDR

LI 1983/0239 SIRA: SA8380022, Signatur: -
Leiterinf. zur Vorbereitung der Bundestagswahl am 06.03.1983

LI 1983/0550 SIRA: SA8380020, Signatur: -
Leiterinformation zu den Ergebnissen der Bundestagswahl vom 06.03.1983

LI 1985/1410 SIRA: SA8580129, Signatur: -
Leiterinformation über den Differenzierungsprozess in der Haltung der im Bundestag vertretenen Parteien zur sog. Deutschen Frage

LI 1986/1287 SIRA: SA8680086, Signatur: -
Leiterinformation über die innenpolitischen Lage in der BRD im Vorfeld der voraussichtlich am 25.01.1987 stattfindenden Bundestagswahlen

LI 1986/1642 SIRA: SA8680120, Signatur: -
Leiterinformation zur innerparteilichen Lage der CDU/CSU im Vorfeld der Bundestagswahl 1987

LI 1987/0207 SIRA: SA8780015, Signatur: -
Leiterinformation zu den Ergebnissen der Bundestagswahl vom 25.01.1987 und ihren Konsequenzen für die Regierungspolitik der BRD

LI 1987/0700 SIRA: SA8780041, Signatur: -
Leiterinformation zur Lage in der CDU/CSU nach der Bundestagswahl vom 25.01.1987 und den Koalitionsverhandlungen

MPUE 1977/0008 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 85
Darin: Arbeitsprogramm der FDP-Bundestagsfraktion zur Sicherheits- und Militärpolitik der BRD

MPUE 1978/0004 SIRA: - , Signatur: BStU, MfS, HVA 85
Darin: Stellungnahme der FDP-Bundestagsfraktion zur Beschaffung des flugzeuggestützten Frühwarn- und Führungssystem (AWACS)

MPUE 1986/0005 SIRA: SA8674050, Signatur: -
Übersicht der im zweiten Halbjahr 1986 im Verteidigungsausschuss des Bundestages zur Beratung anstehenden Rüstungsvorhaben der BRD-Streitkräfte

OEI 1977/0097 SIRA: SA7722664, Signatur: -
Empfehlungen der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments zu den Beziehungen der EG zu den Entwicklungsländern

OEI 1984/0112 SIRA: SA8460112, Signatur: -
Inf. über die Tätigkeit einer Beratergruppe bei der Bundestagsfraktion der Grünen zu Fragen der Politik dieser Partei gegenüber der DDR

OEI 1986/0125 SIRA: SA8660125, Signatur: -
Inf. über Stellungnahmen des Arbeitskreises II (Inneres, Bildung, Sport) der SPD Bundestagsfraktion, Referat Geschädigtenfragen, zu den Anerkennungsgrundsätzen für sog. Vertriebenen

OH 1983/0722 SIRA: SA8380081, Signatur: -
Operativhinweis zur Lage in der CDU/CSU nach den Bundestagswahlen vom 06.03.1983

OH 1983/0722 SIRA: SA8380033, Signatur: -
Operativhinweis zur Lage in der CDU/CSU nach den Bundestagswahlen vom 06.03.1983

PDOS 1983/0571 SIRA: SA8380011, Signatur: -
Kurzeinschätzung über Heinrich Windelen, Vizepräsident des Bundestages und designierter Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

PDOS 1983/1359 SIRA: SA8380055, Signatur: -
Zur Person von Dr. Dregger, Alfred, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU

PDOS 1984/0387 SIRA: SA8480015, Signatur: -
Zur Person von Ruhe, Volker, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

PDOS 1984/0757 SIRA: SA8480046, Signatur: -
Zur Person von Borgmann, Annemarie, Sprecherin der Fraktion der Grünen

PDOS 1984/0757 SIRA: SA8480045, Signatur: -
Zur Person von Dr. Vollmer, Antje, Bundestagsabgeordnete und Sprecherin der Fraktion der Grünen

PDOS 1984/0757 SIRA: SA8480044, Signatur: -
Zur Person von Schoppe, Waltraud, Bundestagsabgeordnete und Sprecherin der Fraktion der Grünen

PDOS 1984/0788 SIRA: SA8480047, Signatur: -
Bio zur Person von Dr. Apel, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

PDOS 1984/0894 SIRA: SA8480050, Signatur: -
Bio zur Person von Beck-Oberdorf, Marieluise, Abgeordnete der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag

PDOS 1984/1046 SIRA: SA8480083, Signatur: -
Zur Person von Dann, Heidemarie, stellv. parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag

PDOS 1984/1046 SIRA: SA8480084, Signatur: -
Zur Person Prof. Dr. Hickel, Erika, stellv. parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag

PDOS 1984/1046 SIRA: SA8480085, Signatur: -
Zur Person von Nickels, Christa, parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag

PDOS 1984/1170 SIRA: SA8480080, Signatur: -
Zur Person von Fischer, Joseph (Joschka), Abgeordneter der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag

PDOS 1984/1674 SIRA: SA8480179, Signatur: -
Angaben zur Person von Wolfgang Mischnik [!], Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag

PDOS 1984/1722 SIRA: SA8480154, Signatur: -
Angaben zur Person von Theodor Waigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag

PDOS 1984/1798 SIRA: SA8480155, Signatur: -
Zur Person von Burgmann Dieter, Abgeordneter der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag

PDOS 1985/0177 SIRA: SA8580007, Signatur: -
Zur Person von Philipp Jenninger, Präsident des Bundestages der BRD

PDOS 1985/0217 SIRA: SA8580009, Signatur: -
Angaben zur Person von Borgmann, Annemarie, Sprecherin der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag, als Nachrückerin vorgesehen

PDOS 1985/0388 SIRA: SA8580008, Signatur: -
Angaben zur Person von Dr. Schierholz, Henning, Nachfolger des deutschlandpolitischen Sprechers der Fraktion der Grünen im BRD-Bundestag, D. Schneider

PDOS 1985/0857 SIRA: SA8580083, Signatur: -
Angaben zur Person von Hönes Hannegret, Sprecherin der Fraktion der Grünen im BRD Bundestag

PDOS 1985/0858 SIRA: SA8580084, Signatur: -
Angaben zur Person von Dr. Bard, Sabine Sprecherin der Fraktion der Grünen im BRD Bundestag

PDOS 1985/0859 SIRA: SA8580085, Signatur: -
Angaben zur Person von Schmidt Christian, Sprecher der Fraktion der Grünen im BRD Bundestag

PDOS 1985/1397 SIRA: SA8580131, Signatur: -
Angaben zur Person von Herbert Czaja, Präsident des Bundes der Vertriebenen der BRD und Mitglied der CDU/CSU Bundestagsfraktion

PDOS 1985/1500 SIRA: SA8580134, Signatur: -
Zur Person von Karsten D. Voigt, Mitglied des SPD-Parteivorstandes, stellv. Vorsitzender der Kommission internationale Beziehungen des SPD-Parteivorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

PDOS 1986/0330 SIRA: SA8680022, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Eduard Lintner (CDU [!]), Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Deutschlandpolitik und Berlinfragen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

PDOS 1986/0713 SIRA: SA8680040, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Jürgen Todenhöfer, CDU-Bundestagsabgeordneter und abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion

PDOS 1986/1194 SIRA: SA8680080, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Erwin Horn, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

PDOS 1986/1270 SIRA: SA8680083, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Gerhard Reddemann, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

PDOS 1986/1271 SIRA: SA8680084, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Lothar Löffler, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

PDOS 1987/0238 SIRA: SA8780018, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Theodor Waigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag

PDOS 1987/1836 SIRA: SA8780122, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Dr. Volker Hauff, Mitglied des Parteivorstandes der SPD und stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

PDOS 1989/0728 SIRA: SA8980055, Signatur: -
Personeneinschätzung zu Herta Däubler-Gmelin, stellv. Vorsitzende der SPD und der SPD-Fraktion in Bundestag

PES 1983/0050 SIRA: SA8380050, Signatur: -
Erste interne Äußerungen führender Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und des Senats von Westberlin zum Tod des BRD-Bürgers Burkert

PES 1984/1242 SIRA: SA8480120, Signatur: -
Zum parlamentarischen Kräfteverhältnis in der BRD und zur Politik der Bundestagsparteien

PES 1985/0089 SIRA: SA8580069, Signatur: -
Übersicht über die künftigen Bundestagsabgeordneten der Grünen

PES 1985/0331 SIRA: SA8580041, Signatur: -
Persönliche Angaben über die voraussichtlich durch die Rotation neu in den Bundestag gelangenden Abgeordneten der Grünen

PES 1985/1456 SIRA: SA8580144, Signatur: -
Einige Überlegungen für aktive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einschätzung über einige Aspekte der Haltung der BRD-Regierung zu den Verträgen mit den sozialistischen Ländern, insbesondere mit der VRP und der DDR, und der Leiterinformation über den Differenzierungsprozess in der Haltung der im Bundestag vertretenen Parteien zur sog. Deutschen Frage

PES 1985/2194 SIRA: SA8580186, Signatur: -
Festlegungen eines CSU-Kreisvorstandes zur Reisetätigkeit von CSU-Abgeordneten in die DDR

PES 1986/0000 SIRA: SA8680042, Signatur: -

Inf über eine geplante Reise einer Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen vom 03-07.03.1986 in die DDR

PES 1986/2032 SIRA: SA8680150, Signatur: -

Aus der "Einschätzung zu einigen Schwerpunkten der Auseinandersetzungen zwischen den Bundestagsparteien im Vorfeld der Bundestagswahl 1987" abgeleitet Überlegungen für aktive Maßnahmen

PES 1987/0132 SIRA: SA8780132, Signatur: BStU, MfS, HVA 59 (APUE_1987/0042)

Meinungsverschiedenheiten zum Entschließungsantrag der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion zur Sicherheits- und Abrüstungspolitik für die Bundestagssitzung am 15.10.1987

REF 1985/0071 SIRA: SA8580071, Signatur: -

Interne Einschätzung der Gespräche der Bundestagsabgeordneten der Grünen A. Vollmer und D. Schneider mit feindlich-negativen Kräften der DDR am 19.12.1984 in der Hauptstadt der DDR

REF 1987/0000 SIRA: SA8780013, Signatur: -

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahlen am 25.01.1987

WPUE 1977/0002 SIRA: -, Signatur: BStU, MfS, HVA 85

Darin: Arbeitsprogramm des BMFT in der 8. Wahlperiode des Bundestages

WPUE 1983/0007 SIRA: SA8375104, Signatur: -

Aktivitäten des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen gegenüber der DDR

WPUE 1986/0016 SIRA: SA8675242, Signatur: -

Äußerungen von BRD Wirtschaftsrepräsentanten zur Bundestagswahl 1987

Literaturverzeichnis

Biografische Nachschlagewerke bzw. Handbücher:

Als biografische Datengrundlage dienen vor allem die nachfolgend genannten Titel:

- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.): Biographische Datenbanken. Im Internet unter <http://www.stiftung-aufarbeitung.de/recherche-1078.html> (Stand: 3.8.2012).
- Deutscher Bundestag (Hg.): Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages. Darmstadt/Rheinbreitbach, verschiedene Wahlperioden.
- Feldkamp, Michael F.: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010 (Hg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste). Baden-Baden 2011.
- Handbuch der Volkskammer. Berlin [Ost], verschiedene Wahlperioden.
- Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999 (Hg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste). Baden-Baden 1999.
- Schumacher, Martin (Hg.): M.d.B. Volksvertretung im Wiederaufbau 1946–1961. Bundestagskandidaten und Mitglieder der westzonalen Vorparlamente. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 2000. Hierzu auch eine Onlineversion mit erweiterten biografischen Einträgen unter <http://www.kgparl.de/online-volksvertretung/online-mdb.html> (Stand: 10.8.2012).
- Vierhaus, Rudolf; Herbst, Ludolf (Hg.); Jahn, Bruno (Mitarb.): Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. München 2002–2003.
- Weber, Hermann; Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. 2., überarb. und stark erw. Aufl., Berlin 2008.
- Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Hg. von Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgoß, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst, Ingrid Kirschey-Feix unter Mitarb. von Olaf W. Reimann. 5., aktual. u. erw. Neuausgabe. Berlin 2010.
- Wikipedia. Die freie Enzyklopädie: <http://de.wikipedia.org>
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hg.): Die Mitglieder des Deutschen Bundestages. 1.-13. Wahlperiode. Alphabetisches Gesamtverzeichnis, Stand: 28. Februar 1998 (= Materialien Nr. 127). Bonn 1998.

Literatur:

Die nachfolgende Übersicht nennt die im vorliegenden Gutachten zitierten Bücher und Zeitschriftenbeiträge. Es handelt sich nicht um eine vollständige Bibliografie zum Thema.

- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 14: Olaf Baron von Wrangel. Hg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. Boppard 1995.
- Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen. Bd. 17: Franz Möller. Hg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. München 2004.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. Hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte. München 2000.
- Aly, Götz: Zuverlässig. Lob des antifaschistischen Rentners. Rezensionenotiz zum „Braunbuch“. In: Süddeutsche Zeitung v. 9.8.2002.
- Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961: „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1999.
- Amos, Heike; Wilke, Manfred: Die Deutschlandpolitik der SED und ihre „bürgerlichen Bündnispartner“ in der Bundesrepublik 1949 bis 1989. In: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2010. Berlin 2010, S. 49–65.
- Amos, Heike: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011.

- Appelius, Stefan (Hg.): Alma Kettig. Verpflichtung zum Frieden. Biographie einer Bundestagsabgeordneten. Oldenburg 1990.
- Appelius, Stefan: Als Pazifistin in Bonn: Alma Kettigs Weg in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. In: Ders. (Hg.): Alma Kettig. Verpflichtung zum Frieden. Biographie einer Bundestagsabgeordneten. Oldenburg 1990, S. 121–136.
- Arndt, Claus: 25 Jahre Post- und Telefonkontrolle. Die G 10-Kommission des Deutschen Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24(1993)4, S. 621–634.
- Auerbach, Thomas u. a.: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“ (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2008.
- Bästlein, Klaus: Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR. Baden-Baden 2002.
- Baron, Udo: Die Deutschlandpolitik der Grünen und das Ministerium für Staatssicherheit. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 1999. Baden-Baden 1999, S. 47–77.
- Baron, Udo: Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei „Die Grünen“. Münster 2003.
- Baum, Karl-Heinz: Stasi und Bundestag. Weitere Ex-Abgeordnete im Blickpunkt. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (2007)5, S. 41–45.
- Becker, Klaus J.: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946–1956. Mainz 2001.
- Berg, Hans-Joachim: Der Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Kontrollorgan zwischen Macht und Ohnmacht. München 1982.
- Bergh, Hendrik van: ABC der Spione. Pfaffenhofen 1965.
- Betzing, Lorenz: Im Regierungsbunker. In: Eichner; Schramm (Hg.): Kundschafter im Westen, 2003, S. 355–359.
- Bock, Siegfried; Muth, Ingrid; Schwiesau, Hermann (Hg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Daten, Fakten, Personen (III). Münster 2010.
- Bohnsack, Günter; Brehmer, Herbert: Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte. Hg. von Christian von Ditfurth. Hamburg 1992.
- Bonitz, Kai: Persönlichkeitsrechtsschutz im Stasi-Unterlagen-Gesetz. Berlin 2009.
- Brakelmann, Günter: Der Kreisauer Kreis. Chronologie, Kurzbiographien und Texte aus dem Widerstand. Münster 2003.
- Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft. Hg.: Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland; Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR. 3. Aufl., Berlin [Ost] 1968.
- Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968. Frankfurt/M. 1978.
- Buchna, Kristian: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 101). München 2010.
- Bundestagsfraktion der KPD (Hg.): Kommunisten geben Rechenschaft. 4 Jahre Wirken im Bundestag für das Wohl des Volkes. Mannheim o. J. [1953].
- Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.
- Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.): 40 Jahre Sportausschuss. Berlin 2009.
- Ditfurth, Christian von: Angst vor den Akten. Archive enthüllen den Umgang von SPD- mit SED-Politikern. In: Der Spiegel (1992)35, S. 50–62.
- Dörrenberg, Dirk: Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zur Westarbeit des MfS. In: Herbstritt; Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu, 2003, S. 72–111.
- Ehlert, Hans; Wagner, Armin (Hg.): Genosse General! Die Militärelite der DDR in biografischen Skizzen. Berlin 2003.
- Eichner, Klaus; Schramm, Gotthold (Hg.): Kundschafter im Westen. Spitzenquellen der DDR-Aufklärung erinnern sich. Mit einem Vorwort von Markus Wolf und Werner Großmann. Berlin 2003.

- Engelhard, Peter: Die Ökonomen der SPD. Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts. Bielefeld 2010.
- Engelmann, Roger: Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966. In: Engelmann, Roger; Erker, Paul: Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 66). München 1993.
- Engelmann, Roger u. a. (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. Berlin 2011.
- Eppler, Erhard: Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik. Frankfurt/M. 2001.
- Fiebig-Weng, Sabine: Die „Rosenholz“-Dateien im Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen. (= FH Potsdam, Diplomarbeit). Potsdam 2011.
- Förster, Günter: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie. 2. Aufl., Berlin 1997.
- Förster, Günter: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlussarbeiten an der Hochschule des MfS. Berlin 1998.
- Foschepoth, Josef: Rolle und Bedeutung der KPD im deutsch-deutschen Systemkonflikt. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 56(2008)11, S. 889–909.
- Frederik, Hans (Hg.): Der aufhaltsame Aufstieg des Karl August Schiller. München 1969.
- Fricke, Karl Wilhelm: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Berlin 1995.
- Fricke, Karl Wilhelm: Die DDR-Staatssicherheit und Konrad Adenauer. In: Hockerts, Hans Günter (Hg.): Das Adenauer-Bild in der DDR. Bonn 1996, S. 29–45.
- Fricke, Karl Wilhelm; Ehlert, Gerhard: Entführungsaktionen der DDR-Staatssicherheit und die Folgen für die Betroffenen. In: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. Deutscher Bundestag. Baden-Baden 1999, Bd. VIII/2, S. 1169–1208.
- Gansel, Norbert: Schluss mit der Geheimniskrämerei. In: Stern (1976)5 v. 22.1.1976, S. 20.
- Gansel, Norbert: Sechs Anmerkungen zur morgigen Kanzlerwahl. Ein Plädoyer gegen verdeckte Stimmzettel und für offene Kontroversen. In: Sozialdemokratischer Pressedienst 49(1994)217 v. 14.11.1994, S. 1 f.
- Gerken, Richard: Spion in Bonn. Der Fall Frenzel und andere. Zum erstenmal nach Dokumenten der Sicherheitsbehörden. Donauwörth o. J. [1964].
- Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000.
- Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990. München 2011.
- Grau, Andreas: Vom Aufsteiger zum Überläufer. Der Fall des CDU-Abgeordneten und DDR-Spions Karlfranz Schmidt-Wittmack. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 14(2007), S. 213–230.
- Grau, Andreas: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt. In: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik 16(2009), S. 1–17.
- Graubuch: Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland. Hintergründe. Ziele. Methoden. Hg.: Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland. Berlin [Ost] 1967.
- Gros, Jürgen: Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktion, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982–1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik. Berlin 1998.
- Großmann, Werner: Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs. Berlin 2001.
- Harich, Wolfgang: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Berlin 1993.
- Heidemeyer, Helge: NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR. In: Gassert, Philipp; Geiger, Tim; Wentker, Hermann (Hg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. München 2011, S. 247–267.

- Heimann, Siegfried: Die SPD in Ostberlin 1945–1961. In: Stephan, Gerd-Rüdiger u. a. (Hg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002, S. 402–425.
- Helmrich, Herbert; Ahrndt, Bernd: Schüler in der DDR. Zwei Erlebnisberichte (1945–1952/1964–1977). München u. a. 1980.
- Herbstritt, Georg: Brückenbau oder Seitenwechsel? Die umstrittene Deutschland- und Ostpolitik des Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der Zeit des Kalten Krieges (1945/51–1955). Frankfurt/M. u. a. 1993.
- Herbstritt, Georg; Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003.
- Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie. Göttingen 2007.
- Herrleben, Günter: Fernmeldespionage im Kalten Krieg. Cui bono? In: Das Archiv. Magazin für Post- und Telekommunikationsgeschichte 57(2009)3, S. 88–95.
- Jordan, Carlo; Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Die Grünen der Bundesrepublik in der politischen Strategie der SED-Führung (Zwischenbericht). Berlin 1994 (Manuskript).
- Junke, Christoph (Hg.): Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus? Hamburg 2010.
- Kiep, Walther Leisler: Was bleibt ist große Zuversicht. Berlin; Wien 1999.
- Kiep, Walther Leisler: Brücken meines Lebens. Die Erinnerungen. München 2006.
- Kilz, Hans Werner; Preuß, Joachim: Flick. Die gekaufte Republik. (Spiegel-Buch, 48). Reinbek 1983.
- Klocksinn, Jens Ulrich: Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945–1956). 2. Aufl., Bonn 1994.
- Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“. Berlin 1999.
- Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999.
- Knabe, Hubertus: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. Berlin, München 2001.
- Knabe, Hubertus: Liebesgrüße aus Ostberlin. In: Cicero. Magazin für politische Kultur, Januar 2006, im Internet unter <http://www.cicero.de/berliner-republik/liebesgr%C3%BC%C3%9Fenaus-ostberlin/37219> (Stand: 5.7.2012).
- Knabe, Wilhelm: Westparteien und DDR-Opposition. Der Einfluss der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige politische Bestrebungen in der ehemaligen DDR. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. Deutscher Bundestag. Baden-Baden 1995, Bd. VII/2, S. 1110–1202.
- Knabe, Wilhelm: Zur Westarbeit der Stasi bei den Bonner Grünen. Auswertung der SIRA-Dateien von 1979 bis 1987 und Erinnerungen eines Zeitzeugen. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall (= Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, 98). Münster 2003.
- Kössler, Till: Kaderpartei oder Milieupartei? Die KPD in Westdeutschland 1945 bis 1960. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004. Berlin 2004, S. 131–155.
- Kössler, Till: Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968. Düsseldorf 2005.
- Konopatzky, Stephan: Möglichkeiten und Grenzen der SIRA-Datenbanken. Die Beispiele Günter Guillaume und Werner Stiller. In: Herbstritt; Müller-Enbergs: Das Gesicht dem Westen zu, 2003, S. 112–132.
- Konopatzky, Stephan: Die Datenbanken der Spionageabteilung der DDR-Staatssicherheit als archivalische Überlieferung bei der Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen. (= FH Potsdam, Diplomarbeit). Potsdam 2007.
- Konopatzky, Stephan: Verzeichnis der Ausgangsinformationen der HVA des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Version 3.2. v. 9.2.2011). Hg. BStU, Abteilung Archivbestände. Berlin 2011. Im Internet zu finden unter http://www.bstu.bund.de/DE/Archive/Findmittel/Findbuch/ausgangsinformationen-hva.pdf?__blob=publicationFile.

- Kubina, Michael: Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat von KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren. In: Wettig, Gerhard (Hg.): Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer (= Rhöndorfer Gespräche, Bd. 16). Bonn 1997, S. 37–47.
- Kubina, Michael: „Was in einem Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.“ Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945–1949. In: Wilke, Manfred (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 413–500.
- Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978). Münster 2000.
- Kühn, Detlef: Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. Hg. LStU Berlin (= Schriftenreihe, Bd. 13). 3. Aufl., Berlin 2011.
- Küsters, Hanns Jürgen: Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40(1992)1, S. 107–153.
- Lampe, Joachim: Juristische Aufarbeitung der Westspionage des MfS. Eine vorläufige Bilanz. Hg. BStU. 3., durchges. Aufl., Berlin 2002.
- Lampe, Joachim: Die strafrechtliche Aufarbeitung der MfS-Westarbeit. Fortdauernde Lehren aus einem abgeschlossenen Kapitel deutscher Justiz- und Zeitgeschichte. In: Herbstritt, Georg; Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland. Bremen 2003, S. 359–366.
- Lapp, Peter Joachim: General bei Hitler und Ulbricht. Vincenz Müller – Eine deutsche Karriere. Berlin 2003.
- Leide, Henry: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR. Berlin 2005.
- Leugers-Scherzberg, August H.: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition. Berlin, München, 2002.
- Lösche, Peter; Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Darmstadt 1992.
- Lotze, Gerd: Karl Wienand. Der Drahtzieher. Köln 1995.
- Marxen, Klaus; Werle, Gerhard (Hg.); Schäffer, Petra; Thiemrodt, Ivo (Mitarb.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Bd. 4: Spionage. Berlin 2004.
- Mehringer, Hartmut: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie. München u. a. 1989.
- Meier, Richard: Geheimdienst ohne Maske. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes über Agenten, Spione und einen gewissen Herrn Wolf. Bergisch Gladbach 1992.
- Mende, Erich: Von Wende zu Wende. 1962–1982. München, Berlin, 1986.
- Mensing, Wilhelm: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976). Hg. BStU. Berlin 2010.
- Merseburger, Peter: Willy Brandt (1913–1992). Visionär und Realist. Stuttgart, München 2002.
- Meyer, Christoph: Herbert Wehner. Biographie. München 2006.
- Michels, Bernd: Spionage auf Deutsch. Wie ich über Nacht zum Top-Agenten wurde. Düsseldorf 1992.
- Möller, Franz: Aufzeichnungen und Erinnerungen (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 17). Hg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. München 2004.
- Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn 1996.
- Müchler, Günter: „Es weiß niemand, dass ich in Ostberlin bin“. Geschichte aktuell: Die Geheimtreffen zwischen Fritz Schäffer und Vinzenz [!] Müller (= Sendung des Deutschlandfunks am 11.6.2007). Im Internet unter <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/634873/> (Stand: 30.1.2012).

- Müller, Kurt: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Mit einer Vorbemerkung von Hermann Weber. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1990)11, S. 16–29.
- Müller, Michael-Ludwig: Vom Friseur zum IM „Komet“: Die Karriere des Journalisten K.-H. Maier. In: Fischer, Evelyn (Hg.): unter 3. Berliner Presse Club. *Geschichte einer Institution*. Berlin 2007.
- Müller, Michael Ludwig: *Die DDR war immer dabei. SED, Stasi & Co. und ihr Einfluss auf die Bundesrepublik*. München 2010.
- Müller-Enbergs, Helmut (Hg.): *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen*. 2. Aufl., Berlin 1996.
- Müller-Enbergs, Helmut: *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland*. 2. Aufl., Berlin 1998.
- Müller-Enbergs, Helmut: Was wissen wir über die DDR-Spionage? In: Herbstritt; Müller-Enbergs (Hg.): *Das Gesicht dem Westen zu ...*. Bremen 2003, S. 34–71.
- Müller-Enbergs, Helmut: Kleine Geschichte zum Findhilfsmittel namens „Rosenholz“. In: *Deutschland Archiv* 36(2003)5, S. 751–761.
- Müller-Enbergs, Helmut: Das MfS steht völlig entblößt da. Kleine Geschichte zu Rosenholz. In: *Gerbergasse 18*, 8(2003)3, S. 12–17.
- Müller-Enbergs, Helmut: Fleißiger SPD-Mann: IM „Sense“. Hans Kohlberger (Berlin) spionierte auch Willy Brandt aus. In: *Gerbergasse 18* 10(2005)39, S. 21–22.
- Müller-Enbergs, Helmut: Das Gewerkschaftsreferat der HV A – eine Analyse seiner Spitzenquellen. In: *Horch und Guck* 16(2007)57, S. 44–48.
- Müller-Enbergs, Helmut unter Mitarbeit von Sabine Fiebig, Günter Finck, Georg Herbstritt, Stephan Konopatzky: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik. Hg. BStU. Berlin 2007.
- Müller-Enbergs, Helmut: Der 6. Deutsche Bundestag und die Staatssicherheit. In: *Deutschland Archiv* 40(2007)4, S. 665–670.
- Müller-Enbergs, Helmut: *Hauptverwaltung A: Aufgaben – Strukturen – Quellen (MfS-Handbuch)*. Hg. BStU. Berlin 2011.
- Münkel, Daniela: „Alias Frahm“ – Die Diffamierungskampagnen gegen Willy Brandt in der rechtsgerichteten Presse. In: Dies.: *Bemerkungen zu Willy Brandt*. Berlin 2005, S. 211–236.
- Muhle, Susanne: *Auftrag: Menschenraub. Das Ministerium für Staatssicherheit und seine inoffiziellen Mitarbeiter im speziellen Westeinsatz*. Diss. Münster 2012.
- Mytze, Andreas W. (Hg.): *Das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus in Selbstzeugnissen, Dokumenten, Briefen und im Zerrspiegel der MfS-Akten*. Mit einem Vorwort von Hannes Schwenger und einem Nachwort von Jürgen Fuchs (= Europäische Ideen; Sonderh. 1995,1). London 1995.
- Nakath, Detlef; Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): *Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985*. Berlin 1999.
- Neubert, Ehrhart: *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*. Bonn 1997.
- Neubert, Ehrhart: *Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi. Freiburg im Breisgau 2002*.
- Notz, Gisela: *Linkssozialistin im Bundestag: Alma Kettig (1915–1997)*. In: Junke, Christoph (Hg.): *Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus?* Hamburg 2010, S. 106–123.
- Otto, Wilfriede: *Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten*. Berlin 2000.
- Pfister, Elisabeth: *Unternehmen Romeo. Die Liebeskommandos der Stasi*. Berlin 1999.
- Pilwousek, Ingelore (Hg.): *Otto und Wolfgang Graf. Leben in bewegter Zeit 1900–2000*. München 2003.
- Pöhlandt, Johannes: *Wanzen, Inoffizielle Mitarbeiter, Desinformation – Spiegel, Frankfurter Allgemeine Zeitung und das Ministerium für Staatssicherheit*. Diplomarbeit. Leipzig 2011.
- Potthoff, Heinrich: *Die „Koalition der Vernunft“*. *Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*. München 1995.

- Potthoff, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente. Bonn 1997.
- Prokop, Siegfried: Ich bin zu früh geboren. Auf den Spuren Wolfgang Harichs. Berlin 1997.
- Pünder, Hermann: Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1968.
- Pumphrey, Doris und George: Ein langer Weg zur DDR. In: Eichner; Schramm (Hg.): Kundschafter im Westen, 2003, S. 103–113.
- Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Hg. von Karl Dietrich Bracher, Klaus Hildebrand, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 11/I-V: Sitzungsprotokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1949–1969; Bd. 15/I: Sitzungsprotokolle der CSU-Landesgruppe 1949–1972; Bd. 8/I-IV: Sitzungsprotokolle der SPD-Fraktion 1949–1969; Bd. 7/I-II: Sitzungsprotokolle des FDP-Bundesvorstands 1949–1960; Bd. 14/I: Sitzungsprotokolle der Grünen 1983–1987. Düsseldorf 1990–2011; Bd. 12: Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953; Bd. 13/I-VII: Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1976.
- Quoirin, Marianne: Agentinnen aus Liebe. Warum Frauen für den Osten spionierten. Frankfurt/M. 1999.
- Reker, Stefan: Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Gegenwart im Spiegel von Parlamentariern aus fünf Jahrzehnten. Berlin 1999.
- Rexin, Manfred: Die SPD in Ost-Berlin 1946–1961. 2. Aufl., Berlin [West] 1989.
- Richter, Saskia: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly. München 2010.
- Schäfer, Madlen: Die Zusammenarbeit der Geheimdienste der DDR und Syriens in den 1970er und 1980er Jahren. Bachelorarbeit am Institut für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität. Magdeburg 2011.
- Schell, Manfred; Kalinka, Werner: Stasi und kein Ende. Die Personen und die Fakten. Frankfurt/M. 1991.
- Schick, Rupert; Zeh, Wolfgang: So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise. Die Gesetzgebung des Bundes. 3., völlig überarb. Aufl., Rheinbreitbach 1987.
- Schlomann, Friedrich Wilhelm: Die Maulwürfe. Die Stasi-Helfer im Westen sind immer noch unter uns. Aktualis. Ausg., Frankfurt/M., Berlin 1994.
- Schmidt, Andreas: „Aufklärung“ des Funkverkehrs und der Telefongespräche in Westdeutschland – Die Hauptabteilung III. In: Knabe, Hubertus: West-Arbeit des MfS, 1999, S. 205–244.
- Schmidt, Andreas: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2010.
- Schmidt-Eenboom, Erich: BND: Der deutsche Geheimdienst im Nahen Osten. Geheime Hintergründe und Fakten. München 2007.
- Schmole, Angela: Abteilung 26. Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung (MfS-Handbuch). Hg. BStU. 2., durchges. Aufl., Berlin 2009.
- Schmole, Angela: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme (MfS-Handbuch). Hg. BStU. Berlin 2011.
- Schütt, Hans-Dieter: Markus Wolf. Letzte Gespräche. Berlin 2007.
- Seeliger, Rolf: Rainer Barzel – Kronprinz im Zwielficht. Eine Dokumentation von Rolf Seeliger. München 1966.
- Seiffert, Wolfgang: Selbstbestimmt. Ein Leben im Spannungsfeld von geteiltem Deutschland und russischer Politik. Graz 2006.
- Sélitrenny, Rita; Weichert, Thilo: Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi. Leipzig 1991.
- Soell Hartmut: Fritz Erler – Eine politische Biographie. Berlin, Bonn 1976.
- Sonntag, Elke (Bearb.): Teilbestand Hauptverwaltung Aufklärung. Aktenverzeichnis zu den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Hg. BStU, Abteilung Archivbestände. Berlin 2008.
- Staat, Jochen: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Berlin 1993.

- Staat, Jochen: Die SED-Kampagne gegen Herbert Wehner. Neue historische Quellen und der Umgang mit ihnen. In: *Deutschland Archiv* 27(1994)4, S. 345–354.
- Staat, Jochen: Versuche der Einflussnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau. In: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*. Hg. v. Deutschen Bundestag. Bd. V/3, Frankfurt/M. 1995, S. 2406–2600.
- Staat, Jochen: Rezension zu Norbert Podewin (Hg.): *Braunbuch [...]*. Reprint der Ausgabe 1968. Berlin 2002. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 8(2003)13, S. 185–190.
- Staat, Jochen: Die Lübke-Legende. Wie ein Bundespräsident zum „KZ-Baumeister“ wurde. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* (2005)18, S. 54–71, (2006)19, S. 107–124.
- Staat, Jochen: Die Lübke-Legende – Teil III. Das Korruptionsverfahren von 1933/34 und seine Rezeptionsgeschichte. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 12(2007)21, S. 18–27.
- Staat, Jochen: Deutsch-Deutsche Beziehungen von 1949 bis 1989. In: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*. Köln u. a. 2008, S. 157–179.
- Stasi-Unterlagen-Gesetz: Kommentar. Begründet von Hansjörg Geiger und Heinz Klinghardt, fortgeführt und neu bearbeitet von Martin Budsinowski, Josephine Burth, Jörg Pietrkiewicz, Juliane Rapp-Lücke. 2., überarb. Aufl., Stuttgart 2006.
- Sturm, Daniel Friedrich: *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*. Bonn 2006.
- Suckut, Siegfried: Generalkontrollbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan? Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren. In: Suckut, Siegfried; Süß, Walter (Hg.): *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*. Berlin 1997, S. 151–167.
- Suckut, Siegfried: Der DDR-Staatssicherheitsdienst und die Deutschlandpolitik der KPdSU 1969/70. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 58(2010)3, S. 403–439.
- Tiedge, Hansjoachim: *Der Überläufer. Eine Lebensbeichte*. Berlin 1998.
- Untersuchungsausschuss freier Juristen (Ufj): *Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten*. Berlin [West] 1958.
- Wachs, Philipp-Christian: *Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998): Ein Lehrstück deutscher Geschichte*. Frankfurt/M. 2000.
- Wachs, Philipp-Christian: Die Inszenierung eines Schauprozesses – das Verfahren gegen Theodor Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR. In: *Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.): Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte (= Schriftenreihe, Bd. 14)*. 2. Aufl., Berlin 2007.
- Wagner, Armin: *Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971)*. Berlin 2002.
- Weber, Hermann (Hg.): *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985*. 3. Aufl., München 1987.
- Wegmann, Bodo; Tantzsch, Monika: *SOUND. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems*. Hg. BStU. Berlin 1996.
- Weinke, Annette: Der Justizfall Kurt Müller und seine Bedeutung für die kommunistische Partei-säuberungswelle im geteilten Deutschland. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 45(1997) 4, S. 293–310.
- Wettig, Gerhard: Der Kreml und die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60(2012)1, S. 143–149.
- Wiedmann, Roland: *Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (MfS-Handbuch)*. Hg. BStU. 2. Aufl., Berlin 1996.
- Wiedmann, Roland: *Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch)*. Hg. BStU. Berlin 2012.
- Wiegrefe, Klaus; Tessmer, Carsten: Deutschlandpolitik in der Krise. Herbert Wehners Besuch in der DDR 1973. In: *Deutschland Archiv* 27(1994)6, S. 600–627.
- Willner, Herbert: Als Ghostwriter Verheugens. In: Eichner; Schramm (Hg.): *Kundschafter im Westen*, 2003, S. 299–312.
- Wolf, Markus: *Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen*. München 1997.

Wolf, Markus: Freunde sterben nicht. Berlin 2002.

Wrangel, Olaf Baron von: Aufzeichnungen und Erinnerungen (= Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. 14). Hg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste. Boppard 1995.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
Abt.	Abteilung
AfG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften
AFO	archivierter Feindobjektvorgang/-akte
AG	Aktiengesellschaft
AG	Arbeitsgruppe
AGI	archivierte GI-Akte
AGM	Arbeitsgruppe des Ministers
AH	Abgeordnetenhaus
AIM	archivierter IM-Vorgang
AK	Arbeitskreis
AKK	archiviertes Material zu einer in einer Kerblockkarte(i) erfassten Person
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AL	Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
AOP	archivierter Operativer Vorgang
AP	Allgemeine Personenablage
APN	Außenpolitischer Nachrichtendienst
APUE	Außenpolitische Übersicht
A-Quelle	Abschöpfquelle
AR	Archiv
AS	allgemeine Sachablage
A-SiVo	archivierter Sicherungsvorgang
AU	archivierter Untersuchungsvorgang
AUE	Aktuelle Informationsübersicht
AVP	Aktionsgemeinschaft Vierte Partei
AWI	Abwehrinformation
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BdL	Büro der Leitung
BFA	Bundesfachausschuss
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGH	Bundesgerichtshof
BGS	Bundesgeschäftsstelle
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BKA	Bundeskriminalamt
BM	Belügyminisztérium (dt.: Innenministerium; der ungarische Geheimdienst bildete die III. Hauptverwaltung des ungarischen Innenministeriums)
BM	Bundesminister
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMV	Bundesministerium der Verteidigung
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMVG	Bundesministerium der Verteidigung
BMVtdg	Bundesministerium der Verteidigung
BND	Bundesnachrichtendienst
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BT	Bundestag
BTW	Bundestagswahl
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft

CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIA	Central Intelligence Agency (US-amerikanischer Geheimdienst)
CNSAS	Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității (dt.: Landesrat für das Studium der Archive der Securitate)
COCOM	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls (dt.: Koordinationsausschuss für mehrseitige Ausfuhrkontrollen)
ČSR/CSR	Tschechoslowakische Republik
ČSSR/CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
CSUS	Christlich-Soziale Union (Saarland)
DA	Deckadresse
DFU	Deutsche Friedensunion
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIN	Deutsches Institut für Normung
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DRP	Deutsche Rechtspartei; ab 1950 Deutsche Reichspartei
DVU	Deutsche Volksunion
EFTA	European Free Trade Association (dt.: Europäische Freihandelsassoziation)
EG	Europäische Gemeinschaft
EI	Einzelinformation
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
F 16	Form (Formblatt/Formular) 16: Karteikarte der Personenkartei
F 22	Form (Formblatt/Formular) 22: Karteikarte der Vorgangskartei
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FH	Fachhochschule
FK	Frankfurter Kreis
FV	Forschungsvorgang
FVP	Freie Volkspartei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GBA	Generalbundesanwalt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GI	Geheimer Informator
GH	Geheime Hauptablage
GM	Geheimer Mitarbeiter
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
HA	Hauptabteilung
HDW	Howaldtswerke-Deutsche Werft AG
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
HV A	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
HVA	Hauptverwaltung A (Aufklärung)
IG	Industrie-Gewerkschaft
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMA	Inoffizieller Mitarbeiter für besondere Aufgaben
IMA	IM-Akte A (IM-Akte mit Personal- und Arbeitsakte)
IMB	IM-Akte B (IM-Akte mit kombinierter Personal- und Arbeitsakte)
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen

IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
JHS	Juristische Hochschule
KA HM	Kaderakte Hauptamtliche Mitarbeiter
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KDS	Komitet za dăržavna sigurnost (dt.: Komitee für Staatssicherheit, bulgarischer Geheimdienst)
KG	Kommanditgesellschaft
KGB	Komitet Gosudarstvennoj Bezopasnosti (dt.: Komitee für Staatssicherheit, sowjetischer Geheimdienst)
KL	Kreisleitung
KMK	Kultusministerkonferenz
KO	Konspiratives Objekt
KP	Kontaktperson
KPA	Kontaktperson-Akte
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KS	Kader und Schulung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KuSch	Kader und Schulung
KW	Konspirative Wohnung
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
LI	Leiterinformationen
LStU	Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen
MA	Mitarbeiter
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MBFR	Mutual Balanced Forces Reduction (gegenseitiger ausgeglichener Truppenabbau)
MD	Maschinenlesbare Datenträger
MdB, M.d.B.	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MPUE	Militärpolitische Übersicht
MRCA	Multi-Role Combat Aircraft (dt.: Mehrzweckkampfflugzeug)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
NV	Nichtverbreitungsvertrag (Atomwaffensperrvertrag)
NVA	Nationale Volksarmee
OEI	sehr wahrscheinlich: Operative Einzelinformation; in den Akten wurde noch keine Auflösung dieser Abkürzung gefunden
OH	Operativhinweis
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OLG	Oberlandesgericht
OPK	Operative Personenkontrolle
O-Quelle	Objektquelle
OV	Operativer Vorgang
OVO	Objektvorgang
PA	Personenakte

PID	Politisch-ideologische Diversion
PDOS	Personendossier
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PES	Persönliche Einschätzung
PLO	Palestine Liberation Organization (dt.: Palästinensische Befreiungsorganisation)
PS	Parti socialiste (Frankreich; dt.: Sozialistische Partei)
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
RAF	Rote Armee Fraktion
REF	Referat
Reg.-Nr.	Registriernummer
SA	SIRA-Ausgang (Ausgangsinformation)
SA	Sturmabteilung
SALT	Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung)
BArch	Bundesarchiv
SB	Śłużba Bezpieczeństwa (polnischer Staatssicherheitsdienst)
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SDI	Strategic Defense Initiative (USA; dt.: Strategische Verteidigungsinitiative)
SdM	Sekretariat des Ministers
SE	SIRA-Eingang (Eingangsinformation)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SIRA	System der Informationsrecherche der HV A
SOUD	System der vereinigten Erfassung von Daten über den Gegner
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StäV	Ständige Vertretung
StUG	Stasi-Unterlagen-Gesetz
StB	Státní bezpečnost (dt.: Staatssicherheit; Tschechoslowakei)
StGB	Strafgesetzbuch
SU	Sowjetunion
SVG	Sicherungsvorgang
taz	die tageszeitung
TDB	Teildatenbank (SIRA)
TOP	Tagesordnungspunkt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	Vereinte Nationen
Ü-V	Überprüfungsvorgang
UVR	Ungarische Volksrepublik
VA	Vorlauf-Akte
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VOS	Vereinigung der Opfer des Stalinismus
V-Person	Verbindungsperson; Vertrauensperson
VR	Volksrepublik
VRP	Volksrepublik Polen
VS	Verschlusssache
VSH	Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskartei
WB	Westberlin
WEU	Westeuropäische Union
WPUE	Wirtschaftspolitische Informationsübersicht
WV	Warschauer Vertrag
ZAGG	Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

ZDS	Zentrale Dokumentationsstelle
ZK	Zentralkomitee
ZKA	Zielkontrollauftrag
ZKA-Z	Zielkontrollauftrag - Zentralarchiv
ZKA-RÜ-GEBUA	Zielkontrollauftrag - Rückführung Generalbundesanwalt
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZMA	Zentrale Materialablage

Personenverzeichnis

- Abelein, Manfred 80, 103, 137, 180, 225
Achenbach, Ernst 62, 137, 210, 213, 214
Adams, Rudi 137
Adam-Schwaetzer, Irmgard 137
Adenauer, Konrad 14, 18, 59, 91, 170, 174, 184,
188, 202, 203, 210, 253, 254, 256, 263, 267, 268,
270, 293, 299, 300, 319, 331, 332, 333
Adler, Brigitte 137
Aerssen, Jochen van 137
Agatz, Willi 176
Ahlers, Conrad 73, 80, 137
Aigner, Heinrich 137
Albrecht, Ernst 27, 279, 366
Althammer, Walter 137
Altmeier, Peter 170
Aly, Götz 271
Amos, Heike 24, 319
Amrehn, Franz 51, 137
Anbuhl, Jürgen 137
Andres, Gerd 137
Angerer, Georg 208, 209, 271
Angermeyer, Joachim 137
Antretter, Robert 137
Apel, Hans 80, 81, 137, 369
Appelius, Stefan 220
Arendt, Walter 137
Arndt, Claus 137, 180, 187, 327
Arndt, Klaus Dieter 137
Auerbach, Thomas 99
Augstein, Rudolf 137
Auhagen, Hendrik 137
Austermann, Dietrich 137
Axen, Hermann 68, 181, 183, 321, 362
Baade, Fritz 189, 237
Bahner, Dietrich 137
Bahr, Egon 39, 79, 80, 83, 137, 189, 278, 297, 305,
321, 322, 324, 346, 347
Bahro, Rudolf 160, 189, 305
Balke, Wilhelm 32
Bangemann, Martin 44, 73, 109, 137, 179, 192
Barche, Hermann 137
Bard, Sabine 137, 369
Bardens, Hans 137
Bärsch, Siegfried 217
Barsig, Franz 326
Bartram, Walter 201
Bartsch, Willy 56, 137, 349
Barzel, Rainer 80, 84, 98, 137, 167, 189, 224, 225,
233, 242, 265, 266, 267, 273, 274, 302, 328, 343,
344, 347, 352
Bastian, Gert 93, 99, 135, 137, 161, 296, 303, 362
Bauer, Hannsheinz 137, 227
Bauer, Hans Mario 39, 45, 50, 52, 54, 68, 129, 191
Baum, Gerhart Rudolf 73, 137, 187
Baum, Karl-Heinz 226
Baumann, Gerhard 44, 49, 50, 52, 90, 129, 131
Baumgartner, Josef 250, 257
Bayerl, Alfons 137
Beater, Bruno 302
Becher, Walter 137
Bechert, Karl 137
Beck, Marieluise 137
Becker, Curt 137
Becker, Helmuth 101, 137
Becker, Karl 138
Beckmann, Klaus 138
Beckmann, Lukas 135
Beck-Oberdorf, Marieluise 99, 160, 369
Beer, Angelika 138
Beermann, Friedrich 24, 138, 216, 217, 306
Behrendt, Walter 138, 223, 224, 226, 245
Behrisch, Arno 217, 218, 220, 317
Benda, Ernst 138
Bendt, Bernhard 306
Benedix-Engler, Ursula 138
Benz, Gerold 138
Berberich, August 138
Berg, Hermann von 275
Berger, Lieselotte 138
Berger, Markus 138
Berger-Heise, Margarete 299
Bergerowski, Wolfram 138
Berkhan, Karl Wilhelm 24, 138, 334
Bernrath, Hans Gottfried 138
Berthold, Lothar 275
Betzing, Lorenz 173
Beuster, Willi 189, 228
Bichowski, Alfred 260
Biechele, Hermann 138
Biedenkopf, Kurt 27, 35, 90, 112, 113, 138, 249,
269, 270, 307
Biedermann, Jost 250, 251, 252, 253, 254, 255,
256, 257, 259, 260, 264
Biehle, Alfred 38, 138
Biermann, Wolfgang 278
Bindig, Rudolf 138
Birkelbach, Willi 330
Birkenhauer, Erich 206
Birrenbach, Kurt 63, 138, 337, 343, 344
Birthler, Marianne 9, 210
Bismarck, Philipp von 138
Blachstein, Peter 192, 193, 316, 317
Blau, Hagen 131, 134
Blüm, Norbert 138
Blumenfeld, Erik Bernhard 138, 333, 341, 342
Bock, Paul 250, 253, 254, 255
Bodenschwingh, Ernst von 250, 253, 257
Bohl, Friedrich 138
Bohley, Bärbel 246
Böhm, Wilfried 138
Böhme, Rolf 138
Borgmann, Annemarie 138, 368, 369
Borm, William 12, 14, 15, 37, 44, 53, 54, 55, 72, 73,
114, 133, 138, 235, 240, 241, 311, 312, 337

Börner, Holger 138
 Börnsen, Arne 138
 Boroffka, Peter 138
 Bothmer, Lenelotte von 102, 103, 138, 180, 181
 Bötsch, Wolfgang 138
 Brand, Hans-Ulrich 138
 Brandes, Bruno 138
 Brandt, Hugo 180, 186, 187
 Brandt, Jürgen 83
 Brandt, Willy 12, 14, 18, 24, 37, 54, 56, 80, 82, 84, 99, 138, 179, 189, 204, 205, 208, 209, 211, 216, 233, 234, 239, 242, 245, 265, 266, 267, 271, 272, 273, 275, 281, 314, 317, 321, 322, 327, 334, 337, 344, 346, 350
 Braun, Josef 12, 189, 239, 240
 Braun-Stützer, Carola von 138
 Bredehorn, Günther 138
 Bredl, Wenzel 138
 Breidbach, Ferdinand 138
 Brentano, Heinrich von 59, 60, 61, 62, 63, 193, 326, 327, 328, 332
 Breschnew, Leonid Iljitsch 81
 Bretschneider, Doris 38
 Briefs, Ulrich 138
 Brincker, Karl 201
 Brockmann, Johannes 180, 250, 258
 Brökelschen, Else 238
 Brookmann, Walter 238
 Broszey, Christel 35, 44, 89
 Brück, Alwin 66, 80, 138
 Brünen, Eberhard 138, 189, 228
 Brunner, Guido 138
 Brunner, Ute 32
 Brunnstein, Klaus 138
 Bucerus, Gerd 238, 327
 Buch, Heinrich 128
 Bucher, Ewald 217
 Büchler, Hans 80, 84, 101, 138, 303, 305
 Buchstaller, Werner 139
 Bueb, Eberhard 139
 Bühler, Klaus 139
 Bühling, Reinhard 139, 198
 Bülow, Andreas von 80, 129, 139
 Burgbacher, Fritz 139
 Burgmann, Dieter 139, 369
 Burkert, Rudolf 370
 Busch, Gottfried 90
 Buschbom, Helmut 139
 Buschfort, Hermann 139
 Buschfort, Wolfgang 217, 218
 Carrington, Lord Peter 131
 Carstens, Karl 73, 91, 139
 Carstens, Manfred 139
 Carstensen, Peter Harry 101, 102
 Catenhusen, Wolf-Michael 139
 Ceaușescu, Nicolae 267
 Christ, Herbert 139
 Chruschtschow, Nikita 239
 Collet, Hugo 139
 Conrad, Margit 139
 Conradi, Peter 25, 139
 Coppik, Manfred 80, 139, 198, 366
 Corterier, Peter 80, 139
 Cramer, Johann 139
 Cremer, Friedrich 118
 Croissant, Klaus 94
 Cronenberg, Dieter-Julius 139
 Curdt, Lothar 139
 Czaja, Herbert 139, 370
 Czempiel, Christa 139
 Dahms, Alexander 32
 Dahrendorf, Ralf 139, 322, 323, 324
 Dallmeyer, Harm 139
 Damm, Carl 139
 Danelius, Gerhard 331
 Daniels, Hans 139
 Daniels, Wolfgang 139
 Dann, Heidemarie 139, 369
 Daubertshäuser, Klaus 139
 Däubler-Gmelin, Herta 113, 139, 180, 184, 185, 186, 370
 Daweke, Klaus 139
 Dehler, Thomas 204, 210, 213, 256, 277, 328, 329, 331, 332, 333
 Delden, Rembert van 139
 Delenschke, Gerd 306, 307
 Deng, Xiaoping 355
 Dengler, Gerhard 307
 Deringer, Arved 275
 Deuling, Barbara 38, 39, 68, 69
 Dewald, Georg 219
 Dichgans, Hans 139, 347
 Diederich, Nils 80, 139
 Diemer-Nicolaus, Emmy 139
 Diepgen, Eberhard 139
 Dietz, Julius 261
 Dirnecker, Rupert 90
 Ditfurth, Jutta 296
 Dohnanyi, Klaus von 80, 139
 Dollinger, Werner 139
 Donhauser, Anton 12, 235, 238, 250, 258, 259, 260
 Döring, Wolfgang 210, 213
 Dorn, Wolfram 139, 340
 Dörrenberg, Dirk 290
 Drabiniok, Dieter 139
 Draeger, Heinrich 139
 Drăghici, Alexandru 317
 Dregger, Alfred 27, 98, 139, 352, 359, 368
 Dreßler, Rudolf 139
 Dröscher, Wilhelm 25, 139, 188
 Dübber, Ulrich 139
 Dürr, Hermann 335
 Duve, Freimut 140, 303, 304, 305, 306
 Ebermann, Thomas 140, 224, 296
 Echternach, Jürgen 140
 Eck, Helmut 17, 27
 Eckardt, Felix von 140
 Eckerland, Günther 140

Egert, Jürgen 140
 Ehlers, Hermann 238
 Ehmke, Horst 24, 80, 82, 99, 140, 295, 303, 305,
 356, 361, 364, 365
 Ehmke, Wolfgang 140
 Ehrenberg, Herbert 140
 Eickmeyer, Karl-Arnold 140
 Eid, Uschi 140
 Eiermann, Egon 173
 Eilers, Elfriede 140
 Eimer, Norbert 73, 140
 Einicke, Ludwig 28
 Emmerlich, Alfred 140
 Engel, Eva Sibylle 140
 Engelhard, Hans A. 140
 Engelmann, Bernt 189
 Engelsberger, Matthias 140
 Engholm, Björn 25, 140, 180, 218
 Eppelmann, Rainer 99, 188, 304
 Eppler, Erhard 23, 80, 140, 200, 228, 305, 316
 Erhard, Ludwig 140, 166, 203, 204, 205, 256, 326,
 335, 339
 Erler, Brigitte 140
 Erler, Fritz 140, 211, 216, 220, 221, 234, 274, 275,
 276, 332, 334, 335, 338
 Ernesti, Leo 140
 Ertl, Josef 73, 140
 Eschenburg, Theodor 280
 Etzel, Hermann 238
 Euler, August-Martin 193, 194, 204, 210, 256
 Evers, Hans 66, 140
 Ewen, Carl 140
 Eymer, Ekkehart 140
 Eyrich, Heinz 140
 Faller, Walter 140
 Faltlhauser, Kurt 140
 Farthmann, Friedhelm 140
 Feilcke, Jochen 140
 Feldmann, Olaf 73, 140
 Felfe, Heinz 243
 Feller, Erwin 203
 Fellermaier, Ludwig 140
 Fellner, Hermann 140
 Figgen, Werner 217
 Filbinger, Hans 27
 Fisch, Walter 176
 Fischer, Dirk 140, 192
 Fischer, Joseph (Joschka) 140, 369
 Fischer, Lothar 140
 Fischer, Ulrich 140
 Fischer, Werner 155, 157, 246
 Flach, Karl-Hermann 140
 Flämig, Gerhard 12, 38, 44, 53, 54, 55, 79, 104,
 140, 231, 241, 242, 309, 310
 Fleischer, Helmut 249, 252, 254, 255, 263, 270
 Fleissman, Georg 223, 233, 234, 266
 Flieg, Leo 206
 Florin, Peter 60, 321
 Flöthe, Charlotte 65
 Focke, Katharina 140
 Foschepoth, Josef 174
 Francke, Klaus 117, 140
 Franco, Francisco 193
 Franke, Egon 37, 73, 80, 114, 115, 140
 Franke, Heinrich 140
 Fränkel, Wolfgang 332
 Franz, Ludwig 140
 Frederik, Hans 211, 212
 Frehsee, Heinz 140
 Frenzel, Alfred 13, 235, 247, 315, 316, 318
 Freyh, Brigitte 141, 179, 192
 Fricke, Karl Wilhelm 210, 304
 Fricke, Kurt 257, 258, 259, 263, 264
 Friderichs, Hans 141
 Friedmann, Bernhard 141
 Friedrich, Bruno 73, 74, 141
 Frindt, Josef 121
 Fritsch, Horst 141
 Fromm, Rita 141
 Fuchs, Anke 141, 294
 Fuchs, Jürgen 99, 305
 Fuchs, Katrin 141
 Funcke, Liselotte 73, 141
 Gailat, Kurt 19, 20, 24, 25, 26, 28, 183, 216, 234,
 255, 269, 310
 Gallus, Georg 141
 Gansel, Norbert 14, 39, 45, 52, 67, 68, 80, 116, 141,
 191, 279, 280, 305
 Gärtner, Klaus 73, 141
 Gast, Gabriele 44, 132
 Gattermann, Hans H. 141
 Gauck, Joachim 267
 Gaulle, Charles de 333
 Gautier, Fritz 141
 Gedat, Gustav-Adolf 219
 Gehlhoff, Walter 87
 Geiger, Hans 141
 Geiger, Michaela 141
 Geisendörfer, Ingeborg 265
 Geisenhofer, Franz Xaver 141
 Geißler, Heiner 80, 141, 293
 Geldern, Wolfgang von 141
 Gemeinhardt, Wolfgang 184
 Genscher, Hans-Dietrich 73, 74, 75, 80, 82, 99,
 141, 294, 317, 342, 357
 Gensel, Johannes 125
 Gerns, Heinrich 238
 Gerstenmaier, Eugen 14, 204, 205, 263, 270, 272,
 300
 Gerster, Florian 141
 Geßner, Manfred Achim 141
 Gewandt, Heinrich 141
 Gilges, Konrad 141
 Ginsberg, Matthias 141
 Girnus, Wilhelm 207
 Glassl, Walter 260
 Gleisner, Alfred 226, 227
 Glombig, Eugen 141

Glos, Michael 141
 Glotz, Peter 80, 141
 Glüsing, Hermann 66
 Gobrecht, Horst 141
 Göhner, Reinhard 192
 Goliath, Inge 44, 55, 91, 119, 180
 Goliath, Wolfgang 118, 119
 Golitschek, Hubertus von 318
 Gölter, Georg 141
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 297
 Görden, Hermann Mathias 193
 Gorzynski, Hans 251, 253, 259
 Götting, Gerald 253
 Gottwald, Gabriele 141
 Götzl, Eduard 188
 Graaff, Carlo 141
 Gradl, Johann Baptist 61, 141
 Graf, Otto 12, 189, 234, 235, 236, 237, 238, 239
 Grau, Andreas 265
 Greve, Otto Heinrich 200
 Gries, Ekkehard 141
 Griesinger, Annemarie 66
 Griesmayr, Gottfried 242
 Grimming, Jürgen 141
 Grobbel, Karl 257, 258
 Gröbl, Wolfgang 141, 190
 Gromyko, Andrei Andrejewitsch 322, 323, 324, 347
 Gronau, Wilhelm 37
 Gröndahl, Knut 278, 279
 Groß, Rötger 141
 Großmann, Werner 18, 27, 36, 221, 235
 Grotewohl, Otto 60
 Gruhl, Herbert 141
 Grünbeck, Josef 141
 Grüner, Martin 73, 141
 Grunwald, Gerhard 37, 114
 Grützmann, Angela 141
 Gscheidle, Kurt 141, 342
 Güde, Max 275
 Guillaume, Günter 79, 179, 231
 Gundelach, Gustav 176
 Günther, Horst 141
 Gutau, Friedrich 51, 190, 191
 Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 141, 167, 242
 Haack, Dieter 80, 81, 141, 304
 Haack, Karl Hermann 304
 Haar, Ernst 142
 Haas, Christian Albrecht 190
 Haase, Horst 142
 Haase, Lothar 142
 Haasler, Horst 191, 250, 261
 Häber, Herbert 103, 307
 Hackel, Wolfgang 142
 Haehser, Karl 142
 Haenschke, Frank 142
 Häfele, Hansjörg 142
 Hager, Kurt 275
 Hahn, Peter 155, 157
 Haid, Bruno 175, 236
 Hallstein, Walter 142
 Hamelbeck, Elfriede 250, 262
 Hammans, Hugo 142
 Hamm-Brücher, Hildegard 73, 80, 142
 Hammer, Wolfgang 225
 Hämmerle, Gerlinde 142
 Handlos, Franz 49, 142
 Hanke, Inge 118, 119
 Hansch, Ernst 207
 Hansen, Karl-Heinz 80, 142
 Hansen, Uwe 142
 Happe, Heinrich 197, 198
 Harich, Wolfgang 239
 Hartenstein, Liesel 142
 Hassel, Kai-Uwe von 98, 142, 204, 274, 340
 Hasselfeldt, Gerda 142
 Hauchler, Ingomar 142
 Hauck, Rudolf 66, 142
 Hauff, Volker 80, 142, 370
 Haungs, Rainer 142
 Hauser, Hansheinz 142
 Hauser, Otto 142
 Haussmann, Helmut 73, 142
 Hausstein, Peter 101, 102
 Havemann, Robert 305
 Hebecker, Siegrid 192
 Heck, Bruno 142, 193
 Hecker, Klaus 142
 Heereman von Zuydtwyck, Constantin 142
 Heiland, Rudolf-Ernst 193
 Heim, Max 212, 238, 248, 249, 250, 251, 252, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264
 Heimann, Gerhard 142
 Heinemann, Gustav 173, 196, 214, 272, 328, 329
 Heinitz, Walter 276
 Heinrich, Brigitte 135
 Heinrich, Ulrich 142
 Heistermann, Dieter 142
 Hellwege, Heinrich 203, 204, 238, 256
 Helmrich, Herbert 14, 15, 142, 313
 Helms, Wilhelm 142
 Henke, Erich 142
 Hennig, Ottfried 73, 142
 Hensel, Dagmar 142
 Hensel, Karitas 303
 Hentschke, Herbert 250, 251
 Herbig, Gustav 189, 237
 Herkenrath, Adolf 142
 Hermsdorf, Hans 142
 Herold, Karl 142
 Herterich, Günter 80, 142
 Herzog, Roman 244
 Heubl, Franz 27
 Heydt Freiherr von Massenbach, Peter von der 142
 Heye, Hellmuth 250, 251, 252, 257, 327
 Heyen, Roelf 142

Heyl, Wolfgang 251
 Hickel, Erika 142, 369
 Hiehle, Joachim 127
 Hilbert, Anton 250, 253, 257
 Hillenbrand, Martin J. 337
 Hiller, Reinhold 142
 Hillerich, Imma 142
 Hindenburg, Paul von 202
 Hindrichs, Armin 50, 78, 79, 81
 Hinrichs, Jürgen 181, 183
 Hinsken, Ernst 142
 Hirsch, Burkhard 143
 Hirsch, Martin 24
 Hitler, Adolf 202
 Hitzigrath, Rüdiger 143
 Höcherl, Hermann 143, 220
 Hoffacker, Paul 143
 Hoffie, Klaus-Jürgen 143
 Höffkes, Peter Wilhelm 143
 Hoffmann, Ingeborg 143
 Hofmann, Karl 143
 Höhmann, Egon 143
 Höhne, Knut 17
 Hölscher, Friedrich 73, 143
 Holsteg, Erwin 143
 Holtz, Uwe 80, 143, 316
 Holzapfel, Friedrich 238
 Honecker, Erich 71, 84, 93, 99, 135, 160, 161, 184,
 190, 207, 246, 267, 297, 300, 301, 319, 321, 358,
 359
 Hönes, Hannegret 143, 369
 Hoogen, Matthias 57
 Hoppe, Hans-Günter 73, 80, 143
 Horáček, Milan 99, 143, 161
 Hörauf, Fritz Wilhelm 189, 229, 234
 Horn, Erwin 80, 143, 370
 Hornhues, Karl-Heinz 143
 Horten, Alphons 143
 Hösl, Alex 143
 Hoss, Willi 99, 143
 Hoyer, Werner 143
 Huber, Antje 143
 Hubrig, Hans 143
 Huonker, Gunter 143
 Hupka, Herbert 143, 363
 Hürland-Büning, Agnes 121, 143
 Hüscher, Heinz Günther 143
 Hussing, Dieter 66
 Huyn, Hans Graf 39, 127, 143
 Ibrügger, Lothar 143
 Immer, Klaus 143
 Irmer, Ulrich 143
 Jacobi, Werner 143
 Jaeger, Elfriede 167
 Jaeger, Richard 27, 143, 238
 Jaeger, Wolfgang 117
 Jäger, Claus 143
 Jagoda, Bernhard 143
 Jahn, Friedrich-Adolf 143
 Jahn, Gerhard 24, 143
 Jahn, Hans Edgar 143
 Jahn, Roland 160
 Jaksch, Wenzel 24, 318, 326, 335, 337
 Jamin, Erich 217
 Jänicke, Horst 209
 Janssen, Gert 143
 Jansen, Günther 101, 114, 143, 187, 188
 Jaunich, Horst 143
 Jenninger, Philipp 143, 362, 369
 Jens, Uwe 143
 Jentsch, Hans-Joachim 143
 Johannsen, Gustine 135
 Jordan, Carlo 29
 Josten, Johann Peter 143
 Jung, Kurt 38, 73, 143
 Jung, Michael 144, 198, 307
 Jung, Volker 144
 Jungmann, Horst 39, 45, 50, 51, 52, 68, 80, 116,
 129, 144, 190, 191
 Junker, Heinrich 25, 80, 144, 226, 229, 230, 231,
 234
 Jüttner, Wolfgang 115
 Kaffka, Rudolf 144, 342
 Kahn-Ackermann, Georg 25, 144
 Kaiser, Jakob 238, 256
 Kalbitzer, Hellmut 192, 332
 Kalisch, Joachim 144
 Kanter, Adolf 43, 70, 71, 132
 Karwatzki, Irmgard 144
 Kasimier, Helmut 279
 Kater, Helmut 144
 Katzer, Hans 144
 Kaufmann, Arthur 228
 Keilhack, Irma 192
 Kelly, Petra 99, 134, 135, 136, 144, 160, 161, 296,
 303, 317
 Kemper, Herbert 134
 Kempfler, Friedrich 275
 Kennedy, John F. 333
 Keßler, Heinz 297
 Kettig, Alma 219, 220
 Keuning, Dietrich 180
 Kiechle, Ignaz 144
 Kiefel, Josef 201
 Kienbaum, Gerhard 144
 Kiep, Walther Leisler 27, 117, 144, 306, 307, 366
 Kiesinger, Kurt Georg 144, 211, 342
 Kießling, Günter 131
 Killat, Arthur 65, 226, 228, 229, 241
 Kipp-Kaule, Liesel 167
 Kirst, Victor 144
 Kittelmann, Peter 144
 Klarsfeld, Beate 214
 Klein, Hans 90, 144
 Klein, Josef 144
 Kleinert, Detlef 73, 144
 Kleinert, Hubert 144
 Klejdzinski, Karl-Heinz 80, 144

Klemmert, Elfriede 180, 262
 Klepsch, Egon Alfred 144
 Kley, Gisbert 144
 Kliesing, Georg 144, 193, 326
 Klocksinn, Jens Ulrich 174
 Klose, Hans-Ulrich 144
 Knabe, Hubertus 78, 144, 206, 207, 239, 243, 246,
 248, 273, 275, 278, 311
 Knabe, Wilhelm 72, 94, 144, 303
 Knoeringen, Waldemar von 25, 167
 Knorr, Hans 118, 119
 Knorr, Inge 118, 119
 Koblitz, Kurt 14, 15, 312, 313
 Koch, Gerhard 144
 Koch, Harald 167
 Kohl, Helmut 70, 80, 98, 103, 131, 144, 170, 172,
 249, 269, 270, 293, 294, 353, 363, 364, 367
 Kohl, Michael 103
 Kohlberger, Hans 115
 Köhler, Herbert W. 144
 Köhler, Volkmar 144
 Kohn, Roland 144
 Kolbow, Walter 51, 144
 Könen, Willy 200
 Konopatzky, Stephan 319, 320
 Kopp, Horst 233
 Köppler, Heinrich 66, 144
 Korber, Horst 144
 Körner, Ellen 261
 Koschnick, Hans 25, 144
 Köster, Gottfried 144
 Kotowski, Georg 144
 Kraft, Waldemar 204, 256
 Krall, Lothar 144
 Krappe, Edith 144, 219
 Kraske, Konrad 66, 144
 Kraus, Friedrich 192
 Krause, Christian 129
 Krause, Wolfgang 198
 Krawczyk, Stephan 122
 Kreile, Reinhold 144
 Kreiterling, Willi 258
 Krenz, Egon 181
 Kreß, Hanneliese 224, 225
 Kreuzmann, Heinz 144
 Kreuzeder, Matthias 144
 Krey, Franz Heinrich 144
 Krieger, Verena 144
 Krockert, Horst 145
 Kroll, Hans 63
 Kroll-Schlüter, Hermann 145
 Krone, Heinrich 61, 203, 204, 205
 Krone-Appuhn, Ursula 50, 145
 Kronenberg, Friedrich 145
 Kubel, Alfred 279
 Kubina, Michael 175, 207
 Kübler, Klaus 145
 Küche, Lutz 131
 Kühbacher, Klaus-Dieter 145
 Kühlmann-Stumm, Knut Freiherr von 145
 Kühlthau, Walter 250, 253, 257
 Kuhlwein, Eckart 145
 Kühn, Detlef 120, 278, 279
 Kühn, Heinz 24, 326
 Kühn, Peter 19, 20, 24, 25, 28, 234, 269
 Kunz, Gerhard 145
 Kunz, Max 145
 Kurlbaum, Georg 24
 Kurlbaum-Beyer, Lucie 180
 Kuron, Klaus 32, 102
 Laermann, Karl-Hans 73, 145
 Lafontaine, Oskar 99, 294, 295
 Lahnstein, Manfred 145
 Lahr, Rolf Otto 60, 61, 62
 Lambinus, Uwe 145
 Lambsdorff, Otto Graf 70, 73, 80, 99, 145, 294
 Lamers, Karl 145
 Lammert, Norbert 9, 145
 Lampe, Joachim 163
 Lange, Erwin 145
 Lange, Torsten 39, 145
 Langguth, Gerd 145
 Lattmann, Dieter 145
 Lauritzen, Lauritz 145
 Leber, Georg 24, 80, 145
 Ledermann, Otto 18, 239
 Lehmann, Heinz 232, 256, 258, 259, 262
 Lehmann, Johannes 257
 Leibbrand, Robert 176
 Lemmer, Ernst 145, 263, 333
 Lemmrich, Karl Heinz 145
 Lemper, Hubert 145
 Lenders, Helmut 25, 145, 342
 Lenz, Carl Otto 145
 Lenz, Hans 326
 Lenz, Otto 263
 Leonhart, Günther 145
 Lepsius, Renate 145
 Levins, Carl 84
 Liedtke, Karl 145
 Liehr, Harry 145
 Linde, Jürgen 145
 Linow, Heinz 202
 Linsmeier, Josef 145
 Lintner, Eduard 90, 145, 303, 304, 306, 367, 370
 Lippelt, Helmut 145, 303
 Lippold, Klaus W. 145
 Lochmann, Ernst-Randolf 135
 Lockmann, Gertrud 192
 Löffler, Lothar 80, 145, 370
 Logemann, Fritz 145
 Lohmar, Ulrich 25, 145
 Löhr, Jonny 252
 Lölhöffel, Helmut 244
 Looft, Uwe 308
 Lorenz, Peter 80, 145
 Lotze, Rudi 145, 196, 197, 244, 245

Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, Hubertus
 Prinz zu 180
 Lübke, Friedrich Wilhelm 201, 202
 Lübke, Heinrich 195, 201, 202, 250, 256, 262, 263
 Lücke, Johannes 219
 Lücke, Paul 145
 Lücker, Hans August 145
 Luda, Manfred 145
 Lüder, Wolfgang 145, 221, 222
 Ludewig, Walther 73, 146, 198, 199
 Ludwig, Peter 223, 233
 Lummer, Heinrich 146, 222, 223, 293
 Lüneburg, Sonja 44, 72, 73, 74, 78, 133, 179
 Luster, Rudolf 146
 Lutz, Egon 146
 Luuk, Dagmar 146
 Maerker, Rudolf 71, 99, 132, 135
 Mahlo, Dietrich 146, 198, 199
 Mahne, Erhard 146
 Maier, Karl-Heinz 38
 Maier, Reinhold 204, 256
 Maihofer, Werner 146, 240
 Majonica, Ernst 146, 167, 238, 331, 342
 Mann, Norbert 146
 Männchen, Horst 282
 Männing, Peter 146
 Marquardt, Werner 146
 Martiny-Glotz, Anke 146
 Marx, Franz 25
 Marx, Werner 27, 44, 55, 90, 91, 103, 118, 119,
 146, 180, 274, 344, 347
 Massoth, Willy 238
 Matern, Hermann 207
 Matthäus-Maier, Ingrid 146
 Matthöfer, Hans 25, 146, 342
 Mattick, Kurt 62, 73, 80, 146, 189, 327
 Matzner, Oskar 318
 May, Erich 183
 Mayer, Hugo 250, 251, 252, 255, 259
 McAdams, A. James 103
 Mechtersheimer, Alfred 146
 Meermann, Hedwig 146
 Meier, Richard 212
 Meinecke, Rolf 146
 Meinike, Erich 146
 Memmel, Linus 146
 Mende, Erich 61, 146, 193, 194, 195, 205, 213
 Meneses Vogl, German 146
 Menne, Wilhelm Alexander 146, 203, 344, 345
 Menzel, Heinz 146
 Merkatz, Hans-Joachim 275
 Merker, Rolf 146, 180, 181, 182, 183
 Merten, Hans 334
 Mertes, Alois 80, 146
 Mertes, Werner 37, 146
 Metz, Reinhard 223
 Metzger, Günther 66, 146
 Meyer, Erich 180, 183, 184, 300
 Meyer, Ernst Wilhelm 334, 335, 336
 Meyer, Heinz-Werner 146
 Michels, Bernd 67, 188, 189
 Michels, Wilhelm 146
 Middelhauve, Friedrich 203, 256
 Miegel, Meinhard 113
 Mielke, Erich 18, 177, 201, 206, 209, 215, 217, 244,
 249, 253, 268, 269, 272, 275, 276, 299, 300, 302,
 311, 315, 317
 Mierscheid, Jakob 165
 Mikat, Paul 98, 146
 Miltner, Karl 146
 Mischnick, Wolfgang 37, 66, 73, 99, 146, 208, 321,
 322, 348, 366, 369
 Missbach, Artur 275
 Missmahl, Friedhelm 167
 Mittag, Günther 215
 Mitter, Armin 29
 Mitzscherling, Peter 146
 Moersch, Karl 73, 146, 335
 Moldt, Ewald 103
 Möllemann, Jürgen 38, 73, 133, 134, 146
 Möller, Alex 24, 37, 146
 Möller, Franz 291
 Möller, Heiner 146
 Mommer, Karl 62, 193, 302, 326
 Momper, Walter 297
 Morsey, Rudolf 202, 262
 Mühlbauer, Hans-Ulrich 28
 Müller, Adolf 146
 Müller, Albrecht 146
 Müller, Alfons 146
 Müller, Günther 66, 146, 347
 Müller, Hans-Werner 146
 Müller, Herbert 256
 Müller, Joachim 146
 Müller, Johannes 147, 262, 272
 Müller, Josef 147
 Müller, Kurt 14, 15, 175, 176, 311
 Müller, Michael 147
 Müller, Oskar 175, 176
 Müller, Rudi 212
 Müller, Uwe 181
 Müller, Vincenz 214, 215
 Müller, Willi 66
 Müller, Willy 229
 Müller-Emmert, Adolf 66, 147
 Müller-Enbergs, Helmut 163, 164, 194, 199, 205
 Müller-Hermann, Ernst 147, 250, 258
 Musculus, Hermann Paul 241
 Narjes, Karl-Heinz 147
 Nase, Henning 79
 Neemann, Georg 147
 Nehm, Albert 147
 Nellen, Peter 189, 193, 195, 198, 229
 Neubauer, Kurt 299, 331
 Neubert, Ehrhart 268, 273, 312
 Neuhausen, Friedrich 147
 Neuling, Christian 147
 Neumann, Bernd 147

Neumann, Franz 205, 256
 Neumann, Gerd 190
 Neumann, Paul 147
 Neumann, Volker 147
 Nickels, Christa 147, 369
 Niebergall, Otto 176
 Niebes, Heinrich 174, 175
 Niederländer, Harald 22, 23
 Niegel, Lorenz 147
 Niehuis, Edith 101, 102
 Niese, Rolf 147
 Niggemeier, Adolf 147, 253, 254, 255
 Niggemeier, Horst 147
 Nippel, Wolfgang 50
 Noack, Lothar 261
 Nöbel, Wilhelm 101, 102, 147, 180
 Nölling, Wilhelm 147, 352
 Norden, Albert 263, 271, 272, 274
 Nordenskjöld, Günter von 147
 Noth, Erke 147
 Novák, Miroslav 326
 Nuschke, Otto 253
 Oberländer, Theodor 256, 270
 Oberndörfer, Dieter 355
 Oertzen, Peter von 115
 Offergeld, Rainer 80, 147
 Olbrich, Johanna 44, 45, 49, 52, 72, 73, 74, 78, 133, 179
 Ollenhauer, Erich 61, 63, 167, 256, 319, 329
 Ollesch, Alfred 73, 147
 Olms, Ellen 147
 Ondrej, Josef 255
 Oostergetelo, Jan 147
 Opel, Manfred 192
 Opitz, Rudolf 73, 147, 198, 340
 Oswald, Eduard 147
 Ott, Reinhard 113
 Otto, Wilfriede 311
 Pacepa, Ion Mihai 316
 Pack, Doris 147
 Paintner, Johann 147
 Paterna, Peter 147
 Paul, Ernst 318
 Paul, Hugo 176
 Pawelczyk, Alfons 38, 80, 147
 Peiter, Willi 147, 226, 230, 231
 Penner, Willfried 147
 Pensky, Heinz 147
 Peter, Horst 101, 102, 147, 231
 Peters, Georg 147
 Peters, Walter 147
 Petersen, Peter 147
 Pfeifer, Anton 147
 Pfennig, Gero 147
 Pferdenges, Robert 203, 250, 251, 252, 255, 256
 Picard, Walter 147
 Pieck, Wilhelm 206, 271
 Piefke, Heinz 261, 262
 Pieroth, Elmar 147
 Pieser, Liselotte 147
 Pilny, Alfred 190
 Pirker, Theo 22, 234
 Pohle, Wolfgang 147
 Pöhler, Heinz 147, 337
 Polkehn, Walter 147
 Popp, Karl-Heinz 148
 Porst, Hannsheinz 190, 195
 Porzner, Konrad 148
 Poser, Günter 297
 Poß, Joachim 148
 Potthast, Gabriele 148
 Prantl, Heribert 244
 Preusker, Victor-Emanuel 193, 194
 Probst, Albert 148
 Pumphrey, Doris 95
 Pumphrey, George 95
 Pünder, Hermann 195, 250, 251, 252, 256, 257, 262
 Puschkin, Georgi 214
 Rademacher, Willy Max 219, 329
 Raffert, Joachim 148
 Rapp, Heinz 148
 Rappe, Hermann 148
 Rasner, Will 148, 204, 205
 Rau, Johannes 196, 295, 302, 363
 Ravens, Karl 148
 Rawe, Wilhelm 148
 Reagan, Ronald 85, 88
 Reddemann, Gerhard 103, 148, 180, 347, 370
 Reents, Jürgen 148
 Reetz, Christa 148
 Regenspurger, Otto 148
 Reggentin, Rudolf 225
 Rehmer, Kurt 188
 Reichel, Helmut 196
 Reichold, Heinrich 148
 Reif, Hans 203, 205
 Reimann, Manfred 148
 Reimann, Max 176
 Reimers, Stephan 148
 Reischl, Gerhard 148
 Reitz, Rüdiger 305
 Reitzner, Richard 318
 Renger, Annemarie 73, 80, 132, 133, 148
 Renner, Heinz 176
 Rentrop, Friedhelm 148
 Reschke, Otto 148
 Respondek, Charlotte 262
 Reuschenbach, Peter 80, 148
 Reuter, Bernd 148
 Richter, Manfred 148
 Riedel, Clemens 148
 Riedl, Erich 148
 Riemer, Horst-Ludwig 148
 Riesenhuber, Heinz 148
 Rind, Hermann 148
 Rinsche, Günter 148
 Rische, Friedrich 176

Ritz, Burkhard 148
Rock, Helga 148
Rohde, Helmut 80, 114, 115, 148
Röhner, Paul 148
Roitzsch, Ingrid 148
Rollmann, Dietrich-Wilhelm 148, 347
Rommerskirchen, Josef 148
Ronneburger, Uwe 73, 80, 99, 148, 303, 304
Rösch, Klaus 148
Rosenthal, Philip 148, 346
Rösing, Josef 250, 252, 257
Rossmanith, Kurt J. 148
Rost, Dorothea 158, 160
Rost, Michael 158, 160
Roth, Wolfgang 80, 99, 148
Rühe, Volker 117, 148, 359, 361, 368
Rühle, Otto 214, 215
Ruhnau, Heinz 278
Rumpf, Wolfgang 73, 75, 148
Runge, Hermann 313, 314
Runge, Jürgen-Bernd 72, 73, 133, 312
Rupp, Rainer 97, 132
Rusche, Herbert 148
Russe, Hermann Josef 149
Rust, Bärbel 149
Rutschke, Wolfgang 149
Saibold, Hannelore 149
Sänger, Fritz 25
Sauer, Helmut 149
Sauer, Roland 149
Sauter, Alfred 149
Saxowski, Karl-Heinz 149
Schachtschabel, Hans Georg 149, 193
Schade, Irene 49
Schäfer, Friedrich 24, 149, 332
Schäfer, Harald B. 149
Schäfer, Helmut 39, 73, 149
Schäffer, Fritz 204, 214, 215, 248, 259
Schalck-Golodkowski, Alexander 69, 215
Schanz, Dieter 149, 180, 309
Scharnagl, Wilfried 232, 270, 290
Scharnberg, Hugo 238, 250, 258
Scharnowski, Ernst 256
Scharrenbroich, Heribert 149, 303, 306
Schäuble, Wolfgang 149
Scheel, Walter 18, 53, 55, 56, 73, 149, 213, 265, 321, 346, 347
Scheer, Hermann 149, 192
Schelkmann, Rudolf 187, 189
Schellknecht, Helmut 172
Scherrer, Manfred 149
Schetter, Martin 149
Scheu, Adolf 149, 196
Scheunert, Johanna 261
Schieder, Leo 236
Schierholz, Henning 149, 188, 369
Schiller, Karl 24, 149, 210, 211, 212
Schilling, Gertrud 149
Schily, Otto 99, 135, 149, 160, 296
Schinzel, Dieter 149
Schirmer, Friedel 66, 149
Schlaga, Georg 80, 149
Schlatter, Günter 149
Schlei, Marie 80, 87, 88, 149
Schleicher, Ursula 149
Schleifenbaum, Eckhard 149
Schlomann, Friedrich-Wilhelm 235, 277
Schluckebier, Günter 149
Schmid, Carlo 24, 149, 205, 332
Schmidhuber, Peter M. 149
Schmidt, Adolf 149
Schmidt, Christian 149, 369
Schmidt, Hansheinrich 149
Schmidt, Helmut 24, 37, 73, 80, 98, 99, 149, 192, 210, 211, 302, 305, 327, 340, 359, 360, 365, 366
Schmidt, Hermann 149
Schmidt, Horst 149
Schmidt, Manfred (CDU) 149
Schmidt, Manfred (SPD) 66, 149
Schmidt, Reinhold Martin 149, 198, 219
Schmidt, Renate 149
Schmidt, Walter 200
Schmidt, Wolfgang 149
Schmidt-Bott, Regula 149
Schmidt-Wittmack, Karlfranz 12, 235, 237, 238, 239, 260
Schmitt, Erika 44, 49
Schmitt-Vockenhausen, Hermann 150
Schmitz, Karl-Heinz 150, 195, 196
Schmöle, Hans Werner 150
Schmücker, Kurt 150
Schmude, Jürgen 150, 303, 304, 305
Schneider, Dirk 12, 29, 32, 94, 99, 135, 150, 154, 155, 156, 157, 159, 160, 161, 235, 245, 246, 247, 248, 283, 369, 371
Schneider, Heinrich 203, 204
Schneider, Herbert 150, 193, 194
Schneider, Oscar 150
Schnur, Wolfgang 304
Schoeler, Andreas von 73, 150
Schoettle, Erwin 150, 205, 256
Schöffberger, Rudolf 150, 188, 189
Schollwer, Wolfgang 77
Scholz, Rupert 297
Schönhuber, Franz 297
Schoppe, Waltraud 150, 369
Schreiber, Heinz 150
Schreiber, Werner 150, 306
Schreiner, Ottmar 150
Schröder, Diethelm 52, 188
Schröder, Gerhard (CDU) 55, 98, 150, 203, 204, 205, 238, 241, 242, 271, 274, 331, 335, 348
Schröder, Gerhard (SPD) 115, 150, 360, 366
Schröder, Horst 150
Schroeder, Conrad 150
Schroeter, Ludwig von 120
Schuchardt, Helga 73, 150
Schulhoff, Georg 192

Schulte, Dieter 150
 Schulte, Manfred 150
 Schulz, Klaus-Peter 150, 180
 Schulze, Fritz 263
 Schulze, Gerhard 150
 Schulze, Waldemar 150, 224
 Schulze-Vorberg, Max 150
 Schumacher, Kurt 174
 Schumacher, Wolfgang 220
 Schumann, Wolfgang 220, 221
 Schuster, Johannes 219
 Schütt, Hans-Dieter 219
 Schütz, Hans 318
 Schwann, Hermann 328
 Schwarz, Heinz 150
 Schwarz, Helmut 255, 256, 259
 Schwarz-Schilling, Christian 150
 Schwedler, Rolf 150, 167
 Schweitzer, Carl-Christoph 150
 Schwencke, Olaf 150
 Schwenninger, Walter 150
 Seebohm, Hans-Christoph 203, 205, 256, 318
 Seefeld, Horst 150
 Seeliger, Rolf 188, 189
 Seibert, Philipp 150
 Seiboth, Frank 203, 318
 Seidel, Max 150
 Seiffert, Wolfgang 184, 185, 186
 Seiler-Albring, Ursula 150
 Seiters, Rudolf 150
 Selbmann, Eugen 82, 354, 365
 Sélitrenny, Rita 181
 Sellin, Peter 150
 Semitschastny, Wladimir 315
 Senfft, Hans-Werner 150
 Seume, Franz 56, 150, 340, 341, 349
 Sieglerschmidt, Hellmut 150
 Sielaff, Horst 150, 303, 304, 305
 Sieler, Wolfgang 305
 Simonis, Heide 39, 45, 52, 68, 116, 150, 191, 280
 Simpfendörfer, Hansmartin 150
 Sindermann, Horst 71, 363
 Skarpelis-Sperk, Sigrid 150
 Slotta, Günter 151
 Soell, Hartmut 151, 220, 275
 Solms, Hermann Otto 151
 Späth, Lothar 293
 Speer, Helmuth 212
 Sperling, Dietrich 25, 151, 226, 230, 231
 Spiekermann, Erich 122, 133
 Spies von Büllenheim, Adolf Freiherr 151
 Spilker, Karl-Heinz 66
 Spillecke, Hermann 151
 Spitzmüller, Kurt 151
 Splett, Johannes 261
 Spöri, Dieter 80, 151
 Spranger, Carl-Dieter 151
 Sprung, Rudolf 151
 Staadt, Jochen 21, 22, 23, 188, 206, 215, 263, 268, 271, 273
 Staak, Werner 151
 Starke, Heinz 151
 Stauch, Robert 238
 Staud, Toralf 228
 Stauffenberg, Franz Ludwig Schenk Graf von 38, 151
 Stavenhagen, Lutz 151
 Steger, Ulrich 151, 180
 Stegner, Artur 219
 Stehle, German Otto 151
 Stein, Gustav 151, 344, 346, 347, 349
 Stein, Horst 181, 182, 183
 Steinbiß, Viktoria 238
 Steiner, Heinz-Alfred 151
 Steiner, Julius 12, 151, 233, 235, 242, 243, 265, 266
 Steinhoff, Fritz 189, 228
 Stercken, Hans 151
 Stiegler, Ludwig 151
 Stierle, Georg 193
 Stobbe, Dietrich 80, 87, 151, 295
 Stöckel, Günter 260
 Stockleben, Adolf 151
 Stolpe, Manfred 304
 Stoltenberg, Gerhard 68, 151
 Stoph, Willi 18, 68, 71, 243, 244, 245, 271, 321, 322, 323, 342
 Straßmeir, Günter 151
 Stratmann-Mertens, Eckhard 151
 Strauß, Franz Josef 27, 67, 80, 151, 190, 203, 204, 205, 215, 216, 232, 250, 256, 257, 259, 267, 270, 276, 277, 290, 299, 300, 329, 347, 359, 360, 365, 366
 Strobel, Käte 151
 Strohbach, Gertrud 176
 Stücklen, Richard 151
 Sturm, Daniel Friedrich 278, 305
 Stutzer, Hans-Jürgen 151
 Suckut, Siegfried 19
 Sudowe, Augustin 258
 Suhr, Heinz 151
 Sund, Olaf 151
 Susset, Egon 151
 Süßmuth, Rita 151
 Switala, Eduard 302
 Tafelski, Reinhard 17
 Tallert, Harry 151
 Tamblé, Richard 191
 Tatge, Willi 151
 Terborg, Margitta 151
 Thiele, Grete 176
 Thomas, Bodo 44, 50, 79
 Thürk, Kurt 151
 Thüsing, Klaus 151
 Tillmanns, Robert 238
 Timm, Helga 151
 Tischler, Horst 118
 Tito, Josip Broz 353

Todenhöfer, Jürgen 39, 151, 293, 370
Toetemeyer, Hans-Günther 151
Topmann, Günter 151
Trampert, Rainer 296
Traupe, Brigitte 151
Tröbner, Rolf 256, 260
Trossmann, Hans 172, 173, 272
Ueberhorst, Reinhard 152
Ueberschär, Kurt 152
Ulbricht, Walter 18, 57, 60, 175, 206, 214, 234,
235, 268, 271, 299, 300, 319, 321
Uldall, Gunnar 152
Unland, Hermann Josef 152
Unruh, Gertrud 152
Urbaniak, Hans-Eberhard 152
Vahlberg, Jürgen 152
Vennegerts, Christa 152
Verheugen, Günter 39, 99, 152
Verheyen, Hans 152, 188
Verhülsdonk, Roswitha 152
Vesper, Walter 13, 174, 175, 176
Vieweg, Kurt 207
Vogel, Axel 152
Vogel, Friedrich 152
Vogel, Hans-Jochen 80, 99, 152, 294, 295, 302,
317, 357, 361, 362, 366
Vogel, Rudolf 180, 250, 257
Vogel, Wolfgang 207
Vogelsang, Kurt 152
Vogt, Roland 99, 152, 161, 180
Vogt, Wolfgang 152
Vohrer, Manfred 73, 152
Voigt, Karsten 38, 80, 81, 102, 103, 152, 180, 181,
370
Völkel, Alfred 243, 244, 245
Vollert, Ursula 71
Vollmer, Antje 99, 135, 152, 296, 369, 371
Volmer, Ludger 152
Vondran, Ruprecht 152
Vosen, Josef 152
Voss, Friedrich 152
Wacker, Oskar 180, 250, 259
Waffenschmidt, Horst 152
Wagenbreth, Rolf 55, 211, 268, 272
Wagner, Jens-Christian 263
Wagner, Klaus 51
Wagner, Leo 32, 152, 223, 232, 233, 234, 265, 266,
267, 291
Wagner, Marita 152
Wahl, Eduard 275
Waigel, Theodor 152, 293, 369, 370
Walkhoff, Karl-Heinz 152
Wallmann, Walter 152
Waltemathe, Ernst 152
Walther, Henri 27, 28
Walther, Rudi 152
Walz, Ingrid 152
Wand, Kurt jun. 192
Wand, Kurt sen. 192
Warnke, Jürgen 73, 78, 152
Wartenberg, Gerd 152
Wartenberg, Ludolf-Georg von 152
Wawrzik, Kurt 152
Weber, Bernhard 188
Weber, Hubert 152
Weber, Paul 197
Wehner, Herbert 21, 24, 56, 78, 80, 99, 152, 165,
168, 188, 195, 205, 206, 207, 208, 211, 228, 234,
243, 244, 270, 271, 281, 314, 317, 344, 349, 354,
356, 357, 359, 360, 364, 365
Wehr, Philipp 193
Weichert, Thilo 181
Weil, Otto 207
Weiland, Alfred 207
Weirich, Dieter 152
Weiskirch, Willi 152
Weiße, Henri 26, 27, 269, 273
Weisskirchen, Gert 152, 303, 304, 305, 367
Weizsäcker, Richard von 27, 80, 152, 222, 359
Welke, Erwin 189, 227, 228, 234
Welslau, Heinrich 219
Weltner, Ernst 272
Wende, Manfred 66, 152
Wendelborn, Helmut 152, 193
Wendig, Friedrich 73, 153
Weng, Wolfgang 153
Werner, Helmut 153
Werner, Herbert 153, 303
Werner, Paul 197
Werner, Rudolf 153, 180
Wernitz, Axel 153, 352
Wessel, Helene 174
Westerwelle, Guido 171
Westphal, Heinz 153
Wettig, Gerhard 269
Wetzel, Dietrich 153
Wex, Helga 153
Weyer, Willi 210, 213
Wichert, Günter 153
Wieczorek, Norbert 153
Wieczorek-Zeul, Heidemarie 153
Wiefel, Bruno 153
Wienand, Karl 12, 32, 37, 71, 99, 111, 153, 231,
243, 244, 245, 265, 266, 341, 348
Wiesel, Rolf 244
Wilke, Manfred 22
Wilkenloh, Friedhelm 77
Willner, Herbert 72, 73, 133, 321
Willner, Herta-Astrid 72, 73
Wilms, Dorothee 153, 303, 304
Wilz, Bernd 153
Windelen, Heinrich 66, 98, 153, 368
Winzer, Otto 321
Wischnewski, Hans-Jürgen 73, 80, 153, 221, 337
Wissebach, Hans 153
Wissmann, Matthias 153
Wittenburg, Otto 200, 201, 202, 203, 306
Wittmann, Fritz 153

Wohlrabe, Jürgen 80, 153
 Wolf, Markus 18, 26, 45, 57, 58, 139, 153, 190, 195,
 203, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 215, 217, 219,
 220, 221, 225, 234, 238, 239, 241, 243, 244, 249,
 251, 253, 268, 269, 271, 272, 277, 302, 310, 311,
 315
 Wolf, Willi 153, 200, 201, 306
 Wolfgramm, Torsten 73, 153
 Wolle, Stefan 29
 Wollweber, Ernst 238, 239
 Wörner, Manfred 48, 50, 73, 80, 128, 131, 132,
 133, 153, 355
 Wörsching, Rudolf 236
 Wrangel, Olaf Baron von 103, 153, 180, 317
 Wrede, Lothar 66, 153, 192
 Wucyna, Inge 43
 Wuermeling, Franz-Josef 238
 Wüppesahl, Thomas 153
 Wurbs, Richard 73, 153
 Wurche, Gottfried 153
 Würtz, Peter 153
 Würzbach, Peter Kurt 153
 Würzen, Dieter 302
 Wuttke, Günther 153
 Zander, Karl Fred 25, 153
 Zebisch, Franz Josef 153
 Zechmeister, Klaus 102, 103, 180, 181, 248
 Zeitel, Gerhard 153
 Zeitler, Karin 153
 Zeyer, Werner 153
 Zimmermann, Friedrich 153, 187
 Zink, Otto 153
 Zoglmann, Siegfried 153, 347
 Zöpel, Christoph 295
 Zumpfort, Wolf-Dieter 153
 Zwerenz, Gerhard 195
 Zywietz, Werner 73, 153